

Universität Duisburg-Essen
Historisches Institut

**„Zu Abwendung eines Mangels an
benöthigten Korn-Früchten und zu Verhütung
einer übermäßigen Theurung“**

**Getreidepolitisches Vorsorgehandeln und
mangelindizierte Krisenbewältigung in
Braunschweig-Wolfenbüttel 1745-1790.**

Inaugural-Dissertation zur Erlangung des akademischen Grades

Doktor der Philosophie (Dr. phil.)

der Fakultät für Geisteswissenschaften der Universität Duisburg-Essen

vorgelegt von

LENA MARIA KAISER-KULINS
aus Moers

Erstgutachter/Betreuer: Prof. Dr. Stefan Brakensiek, Universität Duisburg-
Essen

Zweitgutachter: Prof. Dr. Ralf-Peter Fuchs, Universität Duisburg-Essen

Datum der Disputation: 26.10.2022

DuEPublico

Duisburg-Essen Publications online

UNIVERSITÄT
DUISBURG
ESSEN

Offen im Denken

ub | universitäts
bibliothek

Diese Dissertation wird via DuEPublico, dem Dokumenten- und Publikationsserver der Universität Duisburg-Essen, zur Verfügung gestellt und liegt auch als Print-Version vor.

DOI: 10.17185/duepublico/77380

URN: urn:nbn:de:hbz:465-20230329-082512-8



Dieses Werk kann unter einer Creative Commons Namensnennung - Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 Lizenz (CC BY-SA 4.0) genutzt werden.

Danksagung

Die vorliegende Arbeit wurde im Mai 2022 von der Fakultät für Geisteswissenschaften der Universität Duisburg-Essen als Dissertation angenommen. Für die Veröffentlichung wurde sie geringfügig überarbeitet.

Bei der Entstehung dieser Arbeit habe ich Zuspruch und Unterstützung von verschiedenen Seiten erfahren. Zunächst möchte ich meinem Doktorvater Prof. Dr. Stefan Brakensiek danken, der meinen Werdegang seit dem Studium begleitet hat und stets ein offenes Ohr für alle meine Anliegen hatte.

Prof. Dr. Ralf-Peter Fuchs möchte ich dafür danken, dass er das Zweitgutachten verfasst und mir mit wertvollen Hinweisen geholfen hat. Prof. Dr. Amalie Föbel danke ich für die Übernahme der Zweitbetreuung im Rahmen des Graduiertenkollegs und den wertschätzenden und gewinnbringenden Austausch.

Diese Arbeit ist im Kontext des DFG-Graduiertenkollegs 1919 „Vorsorge, Voraussicht und Vorhersage. Kontingenzbewältigung durch Zukunftshandeln“ entstanden. Ich bedanke mich ganz herzlich für die Aufnahme in das Kolleg. Ich danke allen Kollegiat:innen und Mitarbeitenden, insbesondere der 2. Kohorte, für organisatorische, fachliche und freundschaftliche Unterstützung und für eine großartige Zeit. Ebenso bedanke ich mich bei den Mitarbeitenden des Lehrstuhls für Frühe Neuzeit der Universität Duisburg-Essen für wertvolle Anregungen und den informativen, gewinnbringenden und freundschaftlichen Austausch

Die Stiftung Bildung und Wissenschaft hat mich durch die großzügige Gewährung eines Promotionsabschluss-Stipendiums unterstützt und somit zur Fertigstellung dieser Arbeit beigetragen. Dafür möchte ich mich ganz herzlich bedanken.

Meinen Freund:innen und meiner Familie danke ich dafür, dass sie mich stets unterstützt und an mich geglaubt haben. In den vergangenen Jahren haben sie sicherlich mehr über Getreide erfahren als sie je wissen wollten. Insbesondere danke ich meiner besten Freundin Christina Toussaint, die nicht nur Teile der Arbeit Korrektur gelesen hat, sondern mich immer in jeglicher Hinsicht unterstützt hat. Ohne dich wäre das Studium nur halb so schön gewesen!

Maxi, Linguini und Emma danke ich für emotionale Unterstützung, bedingungslose Zuneigung und die nötige Ablenkung. Ihr habt mir immer wieder gezeigt was wirklich wichtig ist.

Mein besonderer Dank gilt meinem Ehemann Daniel Kulins, der diese Arbeit in vielerlei Hinsicht ermöglicht hat. Vielen Dank für unschätzbare emotionale, wirtschaftliche, technische und fachliche Unterstützung, dafür, dass du immer an mich geglaubt hast, immer an meiner Seite warst und dir, ohne zu klagen, meine zahlreichen Ideen angehört hast.

Meiner Mutter Petra Mill, die mein Interesse an Geschichte geweckt, mir das Studium ermöglicht hat und immer stolz auf mich war, danke ich für alles. Ihr ist diese Arbeit, deren Fertigstellung sie nicht mehr erleben durfte, gewidmet.

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung.....	3
1.1 Der Stellenwert von Getreide in der frühneuzeitlichen Ernährung und Gesellschaft	4
1.2 Fragestellung und Aufbau	15
1.3 Braunschweig-Wolfenbüttel in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts.....	24
1.4 Wirtschaftspolitische Lage in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts.....	34
1.5 Quellenlage	36
2. Getreidepreise und Konjunktur.....	39
2.1 Die Bedeutung von Getreidepreisen im 18. Jahrhundert	39
2.2 Datengrundlage und Methodik.....	51
2.3 Getreidepreise in Braunschweig-Wolfenbüttel 1745-1790.....	61
2.4 Zwischenfazit.....	86
3. Praktiken der Getreidepolitik	90
3.1 Debattieren	90
3.1.1 Bewahren – Beibehaltung von Handelseinschränkungen	91
3.1.2 Verbessern – Reformierung der Landwirtschaft	100
3.1.3 Erneuern – Freigabe des Getreidehandels	122
3.1.4 Absichern – Anlegung von Getreidemagazinen.....	148
3.1.5 Zwischenfazit und Ausblick.....	168
3.2 Speichern.....	176
3.2.0 Eine Einrichtung „zum Besten unserer Unterthanen vorerst aber nur zur Versorgung unserer Stadt Braunschweig“. Das öffentliche Magazin in Braunschweig 1773-1788.....	178
3.2.1 Planen – Ideen für Getreidemagazine entwickeln.....	186
3.2.2 Befüllen – Getreide beschaffen	214
3.2.3 Lagern – Getreide aufbewahren.....	233
3.2.4 Ausgeben – Getreide verteilen	252
3.2.5 Zwischenfazit und Ausblick.....	266

3.3 Handel treiben	272
3.3.1 Sperren – Getreideexport verhindern	273
3.3.2 Regulieren – Getreidehandel steuern	310
3.3.3 Verhandeln – Handelsmodalitäten abstimmen.....	327
3.3.4 Nutzen – Zusammenarbeit mit Getreidehändlern	340
3.3.5 Zwischenfazit und Ausblick.....	357
3.4 Standhalten	364
3.4.1 Erklären – Deutungen für Getreidemangel suchen	365
3.4.2 Supplizieren – Um Unterstützung bitten.....	381
3.4.3 Protestieren – Für Getreide auf die Straße gehen	387
3.4.4 Beschaffen – Diebstahl und Schmuggel von Getreide.....	395
3.4.5 Ersetzen – Getreide substituieren	406
3.4.6 Zwischenfazit und Ausblick.....	413
4. Fazit.....	420
5. Abbildungs- und Tabellenverzeichnis	429
5.1 Abbildungsverzeichnis	429
5.2 Tabellenverzeichnis	431
6. Quellen- und Literaturverzeichnis	432
6.1 Quellen.....	432
6.1.1 Ungedruckte Quellen.....	432
6.1.2 Gedruckte Quellen.....	433
6.1.3 Getreidepolitische Verordnungen Braunschweig-Wolfenbüttel.....	437
6.2 Literatur.....	439
6.3 Internetseiten	461
7. Eidesstattliche Versicherung	463

1. Einleitung

„[E]s dürfe der Vorsichtigkeit gemäß, wo nicht gar eine Schuldigkeit seyn, in guten Tagen daran zu denken, daß schlimme an komen können.“¹

Mit diesen eindringlichen Worten appellierte Heinrich Bernhard Schrader von Schliestedt, Geheimer Rat und Minister in Braunschweig Wolfenbüttel, an den Herzog und die weiteren Regierungsmitglieder, um sie dazu zu bewegen, Vorsorge für die nächste Versorgungskrise zu betreiben. Derartige Vorsorge konnte aus diversen Maßnahmen bestehen, so beispielsweise dem Speichern von Getreide, der Förderung oder Einschränkung des Handels oder der Verbesserung landwirtschaftlicher Methoden. So unterschiedlich und teilweise gegenläufig diese Maßnahmen auch waren, hatten sie doch alle ein gemeinsames Ziel: Die Sicherstellung der aktuellen und zukünftigen Ernährungslage des Landes.

Eben diesen Bestrebungen widmet sich vorliegende Arbeit. Es soll um die Getreidepolitik des Herzogtums Braunschweig-Wolfenbüttel in den Jahren 1745-1790 gehen. Um die sehr verschiedenen Handlungsfelder gleichermaßen abbilden und gewichten zu können, wird ein praxistheoretisch informierter Zugang gewählt, der es ermöglicht diese alle als Maßnahmen zur Sicherung der kurz- und langfristigen Getreideversorgung zu untersuchen. Zum möglichst umfassenden Einstieg in die Thematik soll die nun folgende Einleitung in mehrere Teilabschnitte gegliedert werden. Zunächst soll der Stellenwert von Getreide innerhalb der Ernährung und Gesellschaft der Frühen Neuzeit und vor allem des 18. Jahrhunderts betrachtet werden, um dadurch die Handlungsweisen der historischen Akteur:innen² und deren Haltung zum Getreide besser verorten zu können. Darauf aufbauend folgt die Entwicklung der Fragestellung, sowie die Abgrenzung des Untersuchungsgegenstandes und die Quellenlage. Da die Arbeit sich an der Schnittstelle verschiedener Forschungsfelder bewegt, wird es keinen zusammenhängenden Forschungsüberblick geben, sondern auf die jeweils relevanten Forschungsstände an den betreffenden Stellen Bezug genommen.

¹ Pro Memoria H. B. Schrader von Schliestedt. 1750. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13390. Bl. 2r-2v.

² Ich bemühe mich in dieser Arbeit gendergerechte Sprache möglichst der historischen Realität entsprechend zu gebrauchen. Wenn in einer referierten Gruppe alle Geschlechter vertreten waren oder dies sehr wahrscheinlich ist, werde ich den Doppelpunkt verwenden. Da im Untersuchungszeitraum viele der erwähnten Positionen und Handlungsfelder allerdings nur für Männer zugänglich waren, werde ich in Teilen der Arbeit das Maskulinum verwenden.

1.1 Der Stellenwert von Getreide in der frühneuzeitlichen Ernährung und Gesellschaft

Dass die Aufnahme von Speisen und Getränken in der Regel weitaus mehr bedeute als das bloße Stillen von Hunger und Durst, stellte der Münsteraner Historiker Hans Jürgen Teuteberg bereits vor über 30 Jahren als „eine alte Einsicht“ dar.³ Diese zwar alte und vermutlich auch nicht besonders originelle Einsicht besitzt dennoch nach wie vor höchste Relevanz. In einer Zeit und an einem Ort, an dem viele Menschen sich keine Gedanken mehr darüber machen müssen, ob sie auch morgen noch genug zu essen haben, wird das „Wie“ der Ernährung immer wichtiger.⁴ Dabei schwören die einen auf eine steinzeitlich angehauchte Diät, die anderen nehmen nur Rohkost zu sich und wieder andere verzichten für eine bestimmte Zeit komplett auf feste Nahrung. Die Frage nach einer möglichst biologischen, fairen, regionalen und tierleidfreien Ernährung, die dazu auch noch kalorienreduziert, kostengünstig, wohlschmeckend und leicht erhältlich sein soll, ist, zumindest wenn man entsprechende Debatten vornehmlich in sozialen Medien verfolgt, eine der großen Fragen unserer Gesellschaft.

Auch in früheren Gesellschaften waren Ernährungsfragen zweifellos von großer Wichtigkeit. Viele Menschen besaßen allerdings nicht die Sicherheit stets zu wissen, dass sie auch morgen, in einer Woche oder in einem Monat noch genug zu essen für sich und ihre Familien haben würden. Doch auch vor diesem Hintergrund bedeutete Ernährung für die meisten Menschen nicht nur „das bloße Stillen von Hunger und Durst“. Essen und Trinken war darüber hinaus in der Regel mit vielfältigen sozialen, gesellschaftlichen und politischen Konnotationen verknüpft. Die Esskulturen verschiedener Gesellschaften machten und machen es möglich Einblicke auch in andere gesellschaftliche Bereiche zu erhalten.⁵ „Die Esskultur wird dadurch zu einer Art Spiegel, in dem sich nicht nur Essgewohnheiten, sondern auch gesellschaftspolitische Werte und Ordnungen erschließen lassen“,⁶ wie es der Kulturanthropologe Gunther Hirschfelder im Vorwort seines Überblickswerks zur europäischen Esskultur treffend formulierte. Diese Beobachtungen treffen in hohem Maße auch für Getreide zu, welches in seiner Bedeutung für die Menschen weit über seine Rolle als Nahrungsmittel hinausging und teilweise auch

³ Teuteberg, Hans J.; Wiegelmann, Günter: Unsere tägliche Kost. Geschichte und regionale Prägung. Münster 1986 (2. Aufl.). S. 1.

⁴ Dass diese Unbeschwertheit für Menschen in vielen Teilen der Welt nicht gilt und vermutlich auch für Deutschland im Jahr 2022 eine privilegierte Position darstellt, ist mir bewusst und soll hier nochmal betont werden.

⁵ Vgl. Hirschfelder, Gunther: Europäische Esskultur. Geschichte der Ernährung von der Steinzeit bis heute. Frankfurt am Main 2001 (Studienausgabe 2005). S. 7.

⁶ Ebd.

noch geht. Dies liegt nicht zuletzt darin begründet, dass Kornprodukte einen erheblichen Anteil der Nahrung der meisten Menschen bis weit in das 19. Jahrhundert hinein ausmachten. Getreide spielt in der menschlichen Ernährung bereits seit der Altsteinzeit eine Rolle. Zunächst, indem Wildgräser und -getreide, aus denen später die bekannten Kultursorten entwickelt wurden, von den umherziehenden Menschen gesammelt und verarbeitet wurden.⁷ Entsprechende archäologische Funde deuten darauf hin, dass bereits vor etwa 18.000 Jahren Menschen im Niltal im heutigen Ägypten mit steinernen Klingen wilde Gerste ernteten.⁸ Der Übergang vom Sammeln des wilden Getreides zu dessen gezieltem Anbau vollzog sich allmählich, lange bestanden diese beiden Lebensformen auch nebeneinander, wie Funde aus dem heutigen Iran beweisen. Dort wurden zwischen 7.500 und 6.900 v. Chr. sowohl Weizen und Hirse angebaut als auch Wildgetreide und wilde Hülsenfrüchte gesammelt, dabei stammte ein Drittel der pflanzlichen Nahrung von den kultivierten Getreidesorten.⁹ Seit etwa 8000 v. Chr. breitete sich der Getreideanbau von Zentralasien nach Europa aus.¹⁰ Zunächst wurde hauptsächlich Hirse, Gerste und Weizen angepflanzt. Ab dem achten vorchristlichen Jahrhundert wurden auch Roggen und Hafer in Mittel- und Nordeuropa angebaut, diese Sorten erwiesen sich als widerstandsfähiger gegen Klimaschwankungen und Schädlingsbefall.¹¹ Gegessen wurde das Getreide, indem es entweder zu Brei gekocht oder aber zu Brot gebacken wurde, zwei Verarbeitungsmethoden, welche sich bis in die heutige Zeit lediglich graduell verändert haben. Brei ist die älteste und einfachste Zubereitungsform von Getreide.¹² Zu seiner Herstellung wurden die Körner zunächst geröstet und dann mit Wasser vermischt. Bei dieser Zubereitungsart sind grundsätzlich weder eine Mühle noch ein Ofen notwendig, ist Feuer bzw. ausreichend Hitze vorhanden, kann das Getreide, welches in roher Form für den Menschen ungenießbar ist, so genießbar gemacht werden. Durch die Zugabe von mehr oder weniger

⁷ Vgl.: Dünnebier, Anna: Feuer und die Folgen. In: Paczensky, Gerd von; Dünnebier, Anna: Kulturgeschichte des Essens und Trinkens. München 1999 (Genehmigte Sonderausgabe) S. 11-29. Hier S.21.

⁸ Ebd. S. 25.

⁹ Ebd. S. 26.

¹⁰ Ich beziehe mich hier in erster Linie auf die Tendenz, welche für Europa und damit für den Untersuchungsraum von Bedeutung war. Auch in anderen Teilen der Welt entwickelte sich Landwirtschaft. Es wird davon ausgegangen, dass sich im Nahen Osten und im Mittelmeerraum, in Mittelamerika sowie in der Gegend um Indien über Thailand bis Indonesien unabhängig voneinander Landwirtschaft und somit Getreideanbau entwickelte. Funde deuten darauf hin, dass beispielsweise in China mindestens seit dem fünften vorchristlichen Jahrtausend Reis kultiviert wurde, Hirse bereits früher. Im Gebiet des heutigen Mexiko wurde vermutlich bereits um 7.000 v. Chr. Mais angebaut. Vgl.: Dünnebier, Feuer. S. 27-28.

¹¹ Teuteberg/Wiegelmann, Kost. S. 304.

¹² Vgl. für das Folgende: Dünnebier, Anna: Küche der Armen. In: Paczensky/Dünnebier: Kulturgeschichte. S. 30-48. Hier S. 31- 34.

Wasser kann die Konsistenz des Breis bis hin zur Suppe verändert werden. Das Grundrezept kann durch die Zugabe verschiedener Zutaten, wie Obst, Gemüse oder Hülsenfrüchte angereichert werden. Getreidebreie blieben bis in das 18. Jahrhundert hinein eine wichtige Nahrung für viele, besonders arme, Menschen in Mitteleuropa, bis sie langsam durch andere Nahrungsmittel abgelöst wurden.¹³

Neueste archäologische Funde haben erwiesen, dass auch Brot älter ist als bisher angenommen und bereits vor 14.400 Jahren gebacken wurde. Damit gehörte es lange vor der Entwicklung des Getreideanbaus zum Speiseplan der Menschheit.¹⁴ Frühe Brotformen entstanden dadurch, dass Getreidebreie zu dünnen Fladen gepresst und auf heißen Steinen oder in heißer Asche getrocknet wurden. Diese Erzeugnisse sind mit den auch heute noch geläufigen Fladenbroten zu vergleichen, sie waren ungesäuert und ungelockert und gingen nicht auf.¹⁵ Die Art des Brotbackens veränderte sich dann nachhaltig durch die Erfindung von Backöfen, sowie durch die Entdeckung von Sauerteig. Dadurch konnte Brot nicht nur in flachen Fladen, sondern auch in runden Formen gebacken werden. Zudem wurde es luftiger und für die Menschen besser verträglich. Diese beiden Neuerungen auf dem Gebiet des Brotbackens sind für das alte Ägypten nachgewiesen. Dort wurde Brot bald zum Hauptnahrungsmittel, im Alten Reich waren bereits zahlreiche verschiedene Brotsorten im Gebrauch.¹⁶ Nach Mitteleuropa gelangte diese Art des Brotbackens von Ägypten über Griechenland und Rom. Im Römischen Reich wurden zahlreiche Wassermühlen errichtet und auch die Mahltechnik verbessert, was sich auf die Qualität des Getreides und somit auch des Brotes positiv auswirkte.¹⁷

Diese Backtechniken blieben bis auf kleinere Veränderungen im Mittelalter und der Frühen Neuzeit bis in das 19. Jahrhundert hinein unverändert.¹⁸ Auch die Art Getreide zu konsumieren, in Form von Brei oder Brot, blieb bestehen. Im Laufe des Mittelalters änderten sich dann

¹³ In verschiedenen Ländern sind Getreidebreie nach wie vor eine beliebte Mahlzeit. So beispielsweise der als Porridge bekannte Haferbrei, welcher vor allem in Großbritannien in den verschiedensten Varianten zum Frühstück verspeist wird.

¹⁴ Im Juli 2018 gab ein Team internationaler Forscher:innen bekannt, in einer jordanischen Ausgrabungsstätte auf Überreste ungesäuerten Brotes gestoßen zu sein, welche auf ein Alter von etwa 14.400 Jahren datiert wurden. Damit ist dieses Brot etwa 4000 Jahre älter als der Ackerbau und zeigt, dass die Menschen auch aus Wildgetreide Brot herstellten. Vgl. Mühlbauer, Peter: Brot ist älter als der Ackerbau. 17. Juli 2018. <https://www.heise.de/tp/features/Brot-ist-aelter-als-der-Ackerbau-4111738.html> (Zugriff am 26.07.2018).

¹⁵ Seibel, Wilfried; Spicher, Gottfried: Brei-Fladen-Brot. In: Eiselen, Hermann (Hrsg.): Brotkultur. Köln 1995. S. 49-52. Hier S. 50.

¹⁶ Hirschfelder, Esskultur. S. 49-50.

¹⁷ Vgl.: Dünnebier, Anna: Brot. In: Paczensky/Dünnebier: Kulturgeschichte. S. 77-86. Hier S. 82.

¹⁸ Im 19. Jahrhundert wurden dann neue Arten von Mühlen erfunden. Die so genannten Walzenmühlen siebten das Getreide beim Mahlen aus, so dass Keime und Kleie nicht mit vermahlen wurden. Das so hergestellte Mehl war feiner und heller. Zudem war das daraus gebackene Brot länger haltbar, da die fettigen Keime, die ranzig

allerdings die landwirtschaftlichen Methoden des Getreideanbaus und die Zusammensetzung des Speiseplans. Durch günstige klimatische Bedingungen, der Verbesserung von Ackerbaugeräten sowie dem Übergang von der Zwei- zur Dreifelderwirtschaft konnten die Erträge des Getreideanbaus in Mitteleuropa vom 10. bis zum 14. Jahrhundert deutlich gesteigert werden. Im Zuge dessen wurde Getreide, vor allem Roggen, immer wichtiger für die Ernährung der Menschen.¹⁹ Dieser Trend kehrte sich mit der (Agrar-)Krise des 14. und 15. Jahrhunderts²⁰ allerdings zunächst um. Durch große Bevölkerungsverluste standen nicht mehr genug Menschen für die Tätigkeiten in der Landwirtschaft zur Verfügung, zudem wurden durch die Aufgabe von Anbauflächen Gebiete für die extensive Weidewirtschaft frei. Somit verdrängte Fleisch, welches für lange Zeit ein Statussymbol der Wohlhabenderen war, auch bei den unteren Gesellschaftsschichten das Getreide als Hauptkalorienlieferant.²¹ Aufbauend auf Angaben Wilhelm Abels, der von einem jährlichen pro Kopf Verzehr von 100 Kilogramm Fleisch ausging, und unter Einbeziehung kirchlicher Fastentage berechnete Massimo Montanari einen täglichen pro Kopf Verbrauch an Fleisch von 400-500 Gramm für Menschen, die nördlich der Alpen lebten.²² Neuere Forschungen relativieren diese Aussagen aber insoweit, dass die Menge des Fleischkonsums stark von der Standeszugehörigkeit der betreffenden Personen abhing.²³ Im Verlauf der Frühen Neuzeit änderte sich der Schwerpunkt der Ernährung dann wieder erheblich.²⁴ Der Fleischkonsum im Gebiet des Alten Reiches ging, verglichen mit mittelalterlichen Zuständen, drastisch zurück und war um 1800 bei etwa 16 Kilogramm pro Kopf und Jahr angelangt. Ebenso verhielt es sich mit dem (Süßwasser-) Fischkonsum, der zwischen 1500 und

werden konnten, zuvor ausgesiebt worden waren. Allerdings enthielt es auch deutlich weniger Vitamine, Proteine und Fett. Im Zuge dieser Entwicklung wurden die Vorteile des Vollkornbrotes erkannt. S. dazu: Dünnebieber, Brot. S. 85-86.

¹⁹ Hirschfelder, Esskultur. S. 114-115.

²⁰ Das Konzept der spätmittelalterlichen Agrarkrise geht zu großen Teilen auf Überlegungen Wilhelm Abels zurück. Abel formulierte bereits in den 1930er Jahren entsprechende Überlegungen. Abel, Wilhelm: Agrarkrisen und Agrarkonjunktur in Mitteleuropa vom 13. bis zum 19. Jahrhundert. Berlin/Hamburg 1966 (2., neubearb. und erw. Aufl.). Die erste Auflage des Werkes erschien bereits 1935. Auch in späteren Werken befasste sich Abel mit dieser Krise. S. z.B.: Abel, Wilhelm: Geschichte der deutschen Landwirtschaft vom frühen Mittelalter bis zum 19. Jahrhundert. Stuttgart 1967 (2., neubearb. Auflage.). S. 110-149. Das Konzept der spätmittelalterlichen Agrarkrise besitzt, trotz Kritik an einzelnen Aspekten, nach wie vor Tragfähigkeit. S. z.B. Rösener, Werner: Agrarwirtschaft, Agrarverfassung und ländliche Gesellschaft im Mittelalter. München 1992. S. 101-102.

²¹ Montanari, Massimo: Der Hunger und der Überfluß. Kulturgeschichte der Ernährung in Europa. (Aus dem Italienischen übersetzt von Matthias Rawert) München 1993. S. 90.

²² Ebd. S. 91.

²³ Camenisch, Chantal: Endlose Kälte. Witterungsverlauf und Getreidepreise in den Burgundischen Niederlanden im 15. Jahrhundert. Basel 2015. S. 98.

²⁴ Teuteberg/Wiegelmann, Kost. S. 67

1800 immer weiter abnahm.²⁵ Dementsprechend stieg der Getreidekonsum wieder an und die Wichtigkeit von Korn als Lebensmittel nahm entscheidend zu. Getreide wurde im 18. Jahrhundert in Form von Brei, Brot und Bier konsumiert.²⁶ In Norddeutschland vollzog sich dabei im 16. Jahrhundert ein Wandel in den Nahrungsvorlieben. Parallel zu Entwicklungen in Süddeutschland, wo die Beliebtheit von Speisen wie Nudeln oder Knödel anstieg, wurde bei Menschen im Norden Brot allmählich beliebter als Brei oder Suppe.²⁷ Heide Wunder weist allerdings darauf hin, dass die Bedeutung von Grütze und Brei, besonders auch aus (Pseudo-)Getreidearten wie Hirse oder Buchweizen, für die frühneuzeitliche Ernährung nicht unterschätzt werden darf.²⁸

Bier galt in der Frühen Neuzeit nicht als verzichtbares Genussmittel, sondern machte einen wichtigen Teil der Ernährung aus.²⁹ Bis zu drei Liter Bier wurden pro Tag und Kopf konsumiert.³⁰ Dies lag zum einen darin begründet, dass viele Speisen mit Salz konserviert wurden und die Menschen dementsprechend sehr durstig waren. Zum anderen wurde Bier aber auch als ein nahrhaftes, kalorienreiches Getränk gesehen.³¹ So war es beispielsweise üblich, als erste morgendliche Mahlzeit in Bier gebrocktes Brot zu verzehren. Auch Biersuppen wurden häufig konsumiert. Besonders im Norden und Osten Europas galt Bier als Grundnahrungsmittel. Dies traf auch für den niedersächsischen Raum zu.³² In Braunschweig war das Bierbrauen ein wichtiger Wirtschaftszweig. Die bekannte „Braunschweiger Mumme“ beispielsweise war in der Frühen Neuzeit überregional bekannt und wurde in alle Welt verschifft.³³ Entsprechend

²⁵ Hirschfelder, Esskultur. S. 152.

²⁶ Dies bezieht sich vor allem auf den nördlichen Teil des heutigen Deutschlands. In südlicheren Gebieten wurde Mehl zu anderen Speisen, wie beispielsweise Spätzle oder Klöße, verarbeitet. Hirschfelder, Esskultur. S. 174.

²⁷ Kaiser, Hermann: Das alltägliche Brot. Über Schwarzbrot, Pumpnickel, Backhäuser und Grobbäcker. Ein geschichtlicher Abriss. Herausgegeben im Auftrag der Stiftung Museumsdorf Cloppenburg, Niedersächsisches Freilichtmuseum von Helmut Ottenjahn. Cloppenburg 1989. S. 6.

²⁸ Wunder, Heide: „Der süße Brei“. Vom Sattwerden und Überleben in der Frühen Neuzeit. In: Meiners, Uwe; Zissow, Karl-Heinz (Hg.): Dinge und Menschen. Geschichte, Sachkultur, Museologie. Beiträge des Kolloquiums zum 65. Geburtstag von Helmut Ottenjahn, Cloppenburg 2000. S. 45-57.

²⁹ Anders als Branntwein, der als verzichtbar galt. Kam es zu einem Getreidemangel wurde häufig das Brennen von Branntwein untersagt. Im Gegensatz dazu wurde aber stets darauf geachtet, dass die Brauer genug Gerste zur Verfügung hatten, um die Bevölkerung mit Bier zu versorgen.

³⁰ Lassen, Thore: Hungerkrisen. Genese und Bewältigung von Hunger in ausgewählten Territorien Nordwestdeutschlands. 1690-1750. Göttingen 2016. S. 109.

³¹ Montanari, Hunger. S. 145-146.

³² Lassen, Hungerkrisen. S. 109.

³³ S. zur Geschichte des bekannten Braunschweiger Bieres: Biegel, Gerd: Das Braunschweiger Mumme Buch. Braunschweig 2009. S. 8-13.

der großen Bedeutung von Bier, wurde während Versorgungsengpässen, zumindest in Braunschweig-Wolfenbüttel, stets darauf geachtet, dass neben den Bäckern auch die Brauer genügend Getreide zur Versorgung der Bevölkerung zur Verfügung hatten.³⁴

Angaben über die Menge des Getreidekonsums frühneuzeitlicher Menschen sind nur unter Vorbehalt zu betrachten. Selbstverständlich sind dabei immer die unterschiedlichen Ausgangssituationen zu beachten. Die Beschaffenheit einiger Landschaften sowie kulturell gewachsene, regionale Vorlieben führten dazu, dass in einigen Gegenden der Anteil an tierischen Produkten höher war.³⁵ Im 18. Jahrhundert war die Art und die Menge der Nahrung zudem auch ein Indikator für die soziale und gesellschaftliche Stellung einer Person. Wohlhabende und gesellschaftlich höher gestellte Personen aßen dementsprechend mehr und besser als arme oder gesellschaftlich niedriger stehende Menschen. Zudem muss auch die jahreszeitliche Komponente bedacht werden. Während wohlhabende Menschen durchaus das ganze Jahr hindurch auch exotischere Speisen zur Verfügung hatten, waren Angehörige unterer Schichten im 18. Jahrhundert noch stark auf die saisonale und regionale Verfügbarkeit der Nahrungsmittel angewiesen. Frisches Gemüse gab es beispielsweise nur im Sommer und nach dem Schlachten im Herbst war frisches Fleisch zu haben. Den Rest des Jahres musste dann auf eingelegtes oder eingesäuertes Gemüse und gedörrtes oder gepökeltes Fleisch zurückgegriffen werden.³⁶ Es ist davon auszugehen, dass weniger Getreide konsumiert wurde, wenn zeitweilig mehr frisches Fleisch, Obst oder Gemüse verfügbar war.

Dementsprechend existieren verschiedene Zahlen und Angaben zum Getreidekonsum. Dabei stimmen die meisten Quellen darin überein, dass ein Erwachsener deutlich mehr als 500 Gramm Getreide pro Tag konsumierte.³⁷ Dies deckt sich auch mit zeitgenössischen Angaben, bzw. wird von diesen sogar noch deutlich übertroffen. Im *Göttingischen Magazin der Wissenschaften* wurde im Jahr 1781 der Getreideverbrauch für Braunschweig-Wolfenbüttel für das Jahr 1755 abgebildet. Dort wurde der jährliche Roggenverbrauch einer „erwachsene[n], stark

³⁴ Siehe dazu Kapitel 3.2.4.

³⁵ In Braunschweig-Wolfenbüttel beispielsweise war im Gebiet des Harzrandes die Tierhaltung deutlich wichtiger als der Getreideanbau. S. dazu z.B.: Lutterloh, Ernst-Otto: Dienste und Abgaben der Bauern des Herzogtums Braunschweig-Wolfenbüttel in der Mitte des 18. Jahrhunderts. Göttingen 1969. S.78-79.

³⁶ Krug-Richter, Barbara; Zimmermann, Clemens: Ernährung. In: Jaeger, Friedrich (Hg.): Enzyklopädie der Neuzeit. Bd. 3 Dynastie-Freundschaftslinien. Stuttgart/Weimar 2006. Sp. 463-485. Hier Sp. 465 u. 468.

³⁷ Göttmann, Frank: Getreide. In: Jaeger, Friedrich (Hg.): Enzyklopädie der Neuzeit. Bd. 4 Friede-Gutsherrschaft. Stuttgart/Weimar 2006. Sp. 779-787. Hier Sp.786. Lassen gibt für den Niedersächsischen Raum bis 1740 einen täglichen Brotverzehr von 800 Gramm an. Vgl. Lassen, Hungerkrisen. S. 111.

arbeitende[n] [...] Person“ mit 18 bis 20 Himten angegeben.³⁸ Ernst-Otto Lutterloh fand ebenfalls vergleichbare Angaben. Demnach verzehrten Bauern und Knechte jährlich 19 Himten Getreide.³⁹ Der Himten, ein Hohlraummaß für Getreide, fasste in Braunschweig etwas über 31 Liter.⁴⁰ Demnach ergibt sich sogar ein täglicher Getreideverzehr von über 1,6 Litern. Bei dieser Auflistung zeigen sich zudem deutlich geschlechtsspezifische Unterschiede in der Ernährung.⁴¹ Die Bäuerin, sowie die Mägde, welche unzweifelhaft auch harte körperliche Arbeit zu verrichten hatten, verzehrten mit 14 Himten Getreide genauso viel wie Altenteiler und größere Kinder, aber deutlich weniger als ihre männlichen Pendants.⁴² Der Fleischkonsum von Mägden und Knechten, der im *Göttingischen Magazin der Wissenschaften* ebenfalls angegeben und von Lutterloh umgerechnet wurde, machte tatsächlich nur einen sehr kleinen Teil der Ernährung aus: Beide Geschlechter verzehrten etwa 30 Kilogramm Fleisch pro Kopf und Jahr.⁴³ Dies entspricht einer durchschnittlichen Menge von etwa 82 Gramm pro Tag und deutet darauf hin, dass es vermutlich nur an einigen Tagen im Jahr überhaupt Fleisch gab.

Beispielhaft wird hier deutlich, was für die meisten Menschen im 18. Jahrhundert galt: Getreide war das unbestrittene Hauptnahrungsmittel und der wichtigste Kalorienlieferant, besonders für Menschen niedriger Schichten. Montanari zufolge konnte Getreide etwa 70 bis 75 % der Kalorienzufuhr ausmachen, mindestens aber 50 %.⁴⁴ Ärmere Menschen mussten bis zu 90 % ihres Einkommens für Lebensmittel aufwenden.⁴⁵ Walter Achilles wertete anhand erhaltener Kämmereregister das Einkommen von Zimmerleuten im Stift Hildesheim, einem der Nachbarterritorien Braunschweig-Wolfenbüttels, für die Jahre 1770 bis 1802 aus.⁴⁶ Achilles'

³⁸ o. V.: Verzeichnis der sämtlichen Einwohner in den Herzogl. Braunschweigischen Landen, welches bey den Berathschlagungen des im Jahre 1775 gehaltenen Landtages für richtig angenommen und zum Grunde gelegt worden. In: *Göttingisches Magazin der Wissenschaften und Literatur*. Zweyten Jahrgangs drittes Stück., 1781. S. 430-438. Hier S. 433.

³⁹ Lutterloh, Dienste. S. 121.

⁴⁰ Bis 1837 fasste ein Himten in Braunschweig 31,5 Liter, danach 31,145 Liter. S. dazu: Verdenhalven, Fritz: *Alte Meß- und Währungssysteme aus dem deutschen Sprachgebiet*. Was Familien- und Lokalgeschichtsforscher suchen. In: *Insingen* 2011 (2. wesentlich vermehrte und völlig überarbeitete Auflage). S. 23. Wobei es auch dort starke regionale Schwankungen gab, bzw. die wenigsten Himten genormt waren. Die Angaben und darauf beruhende Berechnungen können demnach lediglich als Richtwert genommen werden. S. dazu auch Kapitel 2.2.

⁴¹ Vgl. zum Genderaspekt der Ernährung z.B.: Dünnebieber, Anna: *Patriachat an Tisch und Herd*. In: Paczensky; Dünnebieber: *Kulturgeschichte des Essens und Trinkens*. S. 229-249. Hier besonders S. 229-240.

⁴² Lutterloh, Dienste. S. 120.

⁴³ Ebd.

⁴⁴ Montanari, *Hunger*. S. 129.

⁴⁵ Ebd. S. 183.

⁴⁶ Achilles, Walter: *Die Auswirkungen der Getreidepreisteigerungen gegen Ende des 18. Jh. auf das Realeinkommen von Erzeugern und Verbrauchern*. Dargestellt an Beispielen aus dem Raum Hildesheim. In: Bog, Ingomar et.

Untersuchungen ergaben, dass die Handwerker zwischen 44,1 und 55,5 % ihres Jahreseinkommens allein für Brotgetreide aufwenden mussten. Deutlich zeigt sich bei dieser Auflistung auch der Einfluss der Krise der 1770er Jahre: Während die Zimmerleute, deren Jahreseinkommen zwischen 70 und 90 Talern schwankte, in der Regel nach dem Getreideeinkauf noch etwa 32 bis 57 Taler zur Verfügung hatten, sank diese Summe im Jahr 1771 auf knapp über sechs Taler.⁴⁷ Ein Anstieg der Getreidepreise konnte demnach dazu führen, dass Menschen ohne finanzielle Rücklagen sich nicht mehr ausreichend ernähren konnten. Dies führte dazu, dass die Entwicklung der Getreidepreise, der Zustand des Korns und die Gesamtlage der Getreideversorgung stets mit größter Aufmerksamkeit beobachtet wurden. Dennoch, oder vielleicht manchmal auch dadurch begünstigt, kam es im Verlauf der Frühen Neuzeit immer wieder zu Versorgungskrisen, die sich bis hin zu Hungersnöten ausweiten konnten. Die wohl schlimmste und am breitesten rezipierte derartige Krise im 18. Jahrhundert ereignete sich in den Jahren 1770-1773 und betraf fast ganz Europa. Auf dem Gebiet des Alten Reiches ereigneten sich während des 18. Jahrhunderts auch in den Jahren 1709-12, 1724-25, 1739-41, 1755-58, 1787-90 sowie 1793-95 mehr oder weniger schwerwiegende Versorgungskrisen.⁴⁸ Auch zwischen diesen Phasen kam es immer wieder zu Zeiten, in denen der Getreidepreis kurzfristig anstieg oder es zu Ernteeinbußen kam. Es zeigt sich also, dass die Getreideversorgung für die Menschen des 18. Jahrhunderts keineswegs gesichert war. Ein Mensch, der zu Beginn der Krise 1770 beispielsweise 50 Jahre alt war, hatte in seinem Leben bereits drei größere Versorgungsbeziehungsweise Hungerkrisen oder sogar Hungersnöte erlebt und vermutlich auch diverse Erzählungen älterer Leute über derartige, weiter zurückliegende Ereignisse in seinen Erfahrungshorizont eingearbeitet. Vor diesem Hintergrund ist es verständlich, dass mitunter bereits

al (Hg.): Wirtschaftliche und soziale Strukturen im säkularen Wandel. Festschrift für Wilhelm Abel zum 70. Geburtstag. Band I: Agrarische Wirtschaft und Gesellschaft in vorindustrieller Zeit. Hannover 1974. S. 112-130. Hier S. 122.

⁴⁷ Im Jahr 1771 behielten die Handwerker lediglich 6,21 Taler ihres Jahreseinkommens von 77,47 Talern übrig. Auch in den Jahren 1770 und 1772 zeigen sich diese Einflüsse mit verbleibenden Summen von 29,28 und 24,50 Talern. Für die Jahre 1773 bis 1779 schwanken diese Summen zwischen 44,48 und 57,36 Talern. Zwischen 1780 und 1789 verblieben den Zimmerleuten zwischen 26,70 und 54,66 Talern ihres Verdienstes. Für die Jahre 1790 bis 1796 belief das verbleibende Einkommen sich auf Summen zwischen 30,22 und 55,99 Talern. Die deutlichen Schwankungen rühren einerseits von variierenden Jahresverdiensten, aber auch von Änderungen des Getreidepreises her. Im langen Verlauf zeigt sich zudem, dass die Getreidepreise stiegen und die Handwerker durch Mehrarbeit ihren Verdienst erhöhen mussten, um das gewohnte Konsumniveau erreichen zu können. S. dazu: Achilles, Getreidepreissetigerungen. S. 117 u. S. 121.

⁴⁸ Übersicht zu Hungerkrisen in Deutschland, Österreich und der Schweiz zwischen 1315 und 1848 bei: Collet, Dominik; Krämer, Daniel: Germany, Switzerland and Austria. In: Alfani, Guido; Ó Gráda, Cormac: Famine in European History. Cambridge 2017. S. 101-119. Hier S. 117.

auf Gerüchte über Versorgungsengpässe oder Preissteigerungen extrem nervös reagiert wurde.

Über seine Funktion als Grundnahrungsmittel und Hauptkalorienlieferant hinaus hatte Getreide, und dabei vor allem Brot, auch eine wichtige gesellschaftliche Bedeutung. „Seine [...] Bedeutung war so umfassend, dass man die Kulturen zu dieser Zeit zu Recht als ‚Getreidegesellschaften‘ bezeichnen kann“, wie Dominik Collet in seiner Studie zur Hungerkrise der 1770er Jahre treffend feststellt.⁴⁹

Zunächst einmal sagte die Art des konsumierten Brotes einiges über die finanzielle Situation und den gesellschaftlichen Stand einer Person aus. Wohlhabende und gesellschaftlich hochstehende Menschen aßen weißes Brot, welches aus fein gemahlenem und gesiebttem Weizen hergestellt wurde. Diese Art von Brot war besonders beliebt, aber auch teuer. Die Bauern, welche Weizen anbauten, konsumierten diesen meist nicht selbst, sondern verkauften das kostbare Gut lieber. Weniger beliebt, aber deutlich erschwinglicher war dunkleres Brot. Dieses wurde in Nord- und Mitteleuropa hauptsächlich aus Roggen, Gerste, Hafer, Dinkel, Buchweizen oder anderen Getreidesorten gebacken. Das Mehl wurde zudem nicht gesiebt und enthielt das ganze Korn. Häufig wurden bei den dunkleren Broten auch verschiedene Mehlsorten gemischt.⁵⁰ Im nordwestdeutschen Raum war Roggen das primäre Brotgetreide. Gerste und Hafer waren für die Brotherstellung von geringerer Bedeutung und wurden als Viehfutter, im Fall von Gerste zum Brauen von Bier, oder als Substitutgetreide in Mangelzeiten verwendet.⁵¹ Helles Brot war so beliebt, dass Bäcker teilweise zu abenteuerlichen und höchst gesundheitsgefährdenden Methoden griffen, um dunkles Brot aufzuhellen. Das Mehl wurde mit Gips, Kreide, gemahlene Knochen oder Alaun vermischt, oder aber das Brot in der Sonne mit Chlor gebleicht.⁵² Trotz der allgemeinen Vorliebe für helles Brot stand es doch für die meisten Menschen nur selten auf dem Speiseplan. Der größte Teil der Bevölkerung aß täglich dunkles Roggen oder Mischbrot, während das helle Weizenbrot nur bei den Privilegierten regelmäßig konsumiert wurde.

Unabhängig von der Art des Brotes besaß es eine große emotionale, symbolische und sogar spirituelle Bedeutung, welche sich teilweise bis in die heutige Zeit gehalten hat. „Brot“ galt

⁴⁹ Collet, Dominik: Die doppelte Katastrophe. Klima und Kultur in der europäischen Hungerkrise 1770-1772. Göttingen 2019. S. 41

⁵⁰ Vgl. dazu: Dünnebier, Brot. S 83-84; Monatanri, Hunger. S. 183.

⁵¹ Lassen, Hungerkrisen. S. 95-96.

⁵² Um 1800 konnte der Chemiker Friedrich Accum derartige schädliche Zusätze in den Broten Londoner Bäcker nachweisen. S. dazu: Dünnebier, Brot. S 84.

lange Zeit als Synonym für Nahrung. Dies lässt sich beispielsweise noch am Vaterunser erkennen, in dem um „das tägliche Brot“ gebeten wird. Im christlichen Glauben besitzt das Brot eine besondere Bedeutung, die sich unter anderem darin zeigt, dass während der Eucharistie Brot und Wein an die Gläubigen gereicht werden. Um das Brot ranken sich zudem zahlreiche Bräuche, von denen sich einige bis in die heutige Zeit gehalten haben. So wird zum Einzug in eine neue Wohnung oder zur Hochzeit häufig Brot und Salz als symbolträchtige Gabe gereicht, um den Beschenkten so Wohlstand und Sesshaftigkeit zu wünschen.⁵³

Aufgrund dieser und ähnlicher Bräuche und Vorstellungen, sowie auch aufgrund seiner zentralen Rolle in der Ernährung, war Brot für die meisten Menschen des 18. Jahrhunderts mehr als nur ein Nahrungsmittel. Brot zu haben bedeutete versorgt zu sein und leben zu können. Dementsprechend wurde es als eine wichtige Aufgabe frühneuzeitlicher Herrschaft gesehen, ihre Untertanen mit dem „täglichen Brot“ zu versorgen, wenn diese es selbst nicht konnten.⁵⁴ Kamen sie dieser Aufgabe nicht, oder nicht ausreichend, nach, konnte es zu Unruhen, Aufständen oder sogar Revolutionen kommen.⁵⁵ Dort riefen die Menschen dann in der Regel nicht nach Fleisch, Obst oder Gemüse, sondern nach Brot. Lebensmittelunruhen wurden bislang vor allem für England und Frankreich erforscht, allerdings gab es auch auf dem Gebiet des Alten Reiches immer wieder derartige Vorkommnisse.⁵⁶ In Frankreich, wo sich die wohl bekanntesten Lebensmittelunruhen ereigneten, kam es 1788 am Vorabend der Revolution zu einer katastrophalen Missernte, in deren Folge der Brotpreis in Paris auf mehr als 80 Prozent des durchschnittlichen Tagesverdienstes eines Arbeiters stieg.⁵⁷ Obwohl es innerhalb der Forschung strittig ist, ob die folgende Eskalation in direktem Zusammenhang mit den vorange-

⁵³ Hirschfelder, Gunther: Brot. In: Jaeger, Friedrich (Hg.): Enzyklopädie der Neuzeit. Bd.2 Beobachtung-Dürre. Stuttgart/Weimar 2005. Sp. 443-445. Hier Sp. 443.

⁵⁴ Eine der wichtigsten Aufgaben frühneuzeitlicher Guter Policy war es, für das leibliche Wohl der Untertanen zu sorgen. S. dazu für Braunschweig-Wolfenbüttel z.B.: Dehesselles, Thomas: Policy, Handel und Kredit im Herzogtum Braunschweig-Wolfenbüttel in der frühen Neuzeit. Frankfurt am Main 1999. S. 61-62. Im Laufe der Frühen Neuzeit ging die Verantwortung für die Versorgung der Untertanen immer mehr direkt auf die Person des Fürsten über, so zumindest in Braunschweig-Wolfenbüttel. Diese Verantwortung wurde von den Menschen, besonders in Krisenzeiten, auch so formuliert. S. dazu: Albrecht, Peter: Die Förderung des Landesausbaues im Herzogtum Braunschweig-Wolfenbüttel im Spiegel der Verwaltungsakten des 18. Jahrhunderts (1671-1806). Braunschweig 1980. S. 93.

⁵⁵ S. dazu Kapitel 3.4.3.

⁵⁶ Zu Hungerunruhen im Alten Reich: Odenwälder, Nina: Nahrungsproteste und moralische Ökonomie. Das Alte Reich von 1600-1789. Saarbrücken 2008.

⁵⁷ Greyerz, Kaspar von: Die englischen und französischen Brotaufstände des 18. Jahrhunderts und die Anfänge der Französischen Revolution. In: Hagenmaier, Monika; Holtz, Sabine (Hg): Krisenbewußtsein und Krisenbewältigung in der Frühen Neuzeit - Crisis in Early Modern Europe. Festschrift für Hans-Christoph Rublack. Frankfurt am Main 1992. S. 99-112. Hier S. 100.

gangenen Hungerunruhen steht, haben sie doch sicherlich zur Diskreditierung der Königsfamilie und des Adels beigetragen und Misstrauen gegen die Privilegierten geschürt. Es kursierten zahlreiche Gerüchte, laut denen die Eliten künstliche Knappheit herbeiführten und der Bevölkerung Nahrung vorenthalten würden.⁵⁸ Der Zusammenhang von Nahrungssicherheit und Akzeptanz der Herrschaft wird frühneuzeitlichen Obrigkeiten wohl sehr bewusst gewesen sein und beeinflusste ihr Handeln in diesem Bereich.

Brot bedeutete aber auch Normalität. Sobald es kein Brot mehr zu essen gab, stieg die Krisenwahrnehmung zahlreicher Zeitgenossen an, selbst wenn es noch ausreichend andere Nahrungsmittel gab. Denn „[a]ndere Produkte können eventuell das Überleben sichern, aber *dieser* Mangel ist ein Indiz für eine Krisensituation [...], so Montanari.⁵⁹ Dementsprechend wurden, wenn nicht genug Getreide zur Verfügung stand, andere Lebensmittel zu Mehl gemahlen und verbacken, da der Brotkonsum kulturell derartig stark verankert war.⁶⁰ Montanari berichtet von Fällen aus dem 11. Jahrhundert, in denen die Hungernden Sand unter das wenige verbleibende Mehl mischten und daraus Brot buken, mit gravierenden gesundheitlichen Folgen.⁶¹ Die Menschen im Braunschweig-Wolfenbüttel des 18. Jahrhunderts mussten keinen Sand essen, zumindest ist es nicht überliefert. Allerdings mischten sie in Zeiten knapper Getreideversorgung gemahlene Erbsen, Bohnen, Rüben oder später Kartoffeln unter ihr Getreidemehl. Nahrungsmittel, bei denen eine andere Zubereitungsart vermutlich einfacher, ergiebiger und schmackhafter gewesen wäre. Denn die „Hungererfahrung wurde vor allem auch durch den Verlust traditioneller zubereiteter Speisen und Nahrungsmittel geprägt.“⁶² So ist es beispielsweise für Württemberg überliefert, dass dort während der Krise 1816-17 versucht wurde, die vertrauten und beliebten „Spätzle“ aus einer Mischung von Kleie, Mehl und Feldsalat herzustellen.⁶³

Der hohe Stellenwert von Brot und Getreideprodukten blieb im 18. Jahrhundert unangetastet, obwohl einige neuartige Lebensmittel auf dem Speiseplan der Menschen auftauchten, allen voran die Kartoffel. Im niedersächsischen Raum wurden Kartoffeln seit der zweiten Hälfte des Jahrhunderts angebaut. Besonders die Versorgungskrisen, die sich in dieser Zeit ereigneten,

⁵⁸ Kaplan, Steven L.: The Famine Plot Persuasion in Eighteenth-Century France. In: Transactions of the American Philosophical Society. 72/3 (1982). S. 1-79. Hier S. 1-4.

⁵⁹ Montanari, Hunger. S. 62.

⁶⁰ Lassen, Hungerkrisen. S. 107.

⁶¹ Montanari, Hunger. S. 63

⁶² Medick, Hans: Teuerung, Hunger und moralische Ökonomie von oben. Die Hungerkrise der Jahre 1816-17 in Württemberg. In: Beiträge zur historischen Sozialkunde 2 (1985). S. 39-44. Hier S. 44.

⁶³ Ebd.

hätten der Kartoffel zu ihrem Durchbruch verholfen, so schreibt Lassen in seiner Dissertation zu Hungerkrisen in Nordwestdeutschland.⁶⁴ Während der Krise der 1770er Jahre waren die Kartoffeln zumindest schon so verbreitet, dass deren Ausfuhr verboten wurde.⁶⁵ Allerdings spielten sie während des Untersuchungszeitraums eine lediglich untergeordnete Rolle und wurden überwiegend als Ersatznahrung wahrgenommen, wenn es an Getreide fehlte.⁶⁶ Um 1800 galten nach wie vor „Brot und Brei als Hauptbestandteile des Speiseplans im Nordwesten.“⁶⁷ Im 19. Jahrhundert setzte die Kartoffel sich dann durch und verdrängte teilweise das Getreide bzw. Brot als Hauptnahrungsmittel. Die große europäische Hungerkrise der 1840er Jahre wurde dann nicht mehr von Getreidemangel, sondern von einer Kartoffelkrankheit ausgelöst.⁶⁸

1.2 Fragestellung und Aufbau

Die menschliche Klugheit erfordere es, „sich so viel man kann, wegen der Zukunft in Sicherheit zu setzen“⁶⁹ stellte der Pfarrer Adam Friedrich Ernst Jacobi 1773 in einem Artikel im *Churbairischen Intelligenzblatt* treffend fest und forderte in diesem Sinne die Einrichtung öffentlicher Getreidespeicher zur Kornversorgung der Bevölkerung in Zeiten des Mangels.

Wie sich im vorangegangenen Kapitel zeigte, war Getreide für die Gesellschaft des 18. Jahrhunderts von großer Wichtigkeit. Dabei sind nicht nur die Rolle als unbestrittenes Hauptnahrungsmittel, sondern auch die gesellschaftspolitischen Implikationen dieses Nahrungsmittels im Blick zu behalten. Dementsprechend wichtig war eine stabile und kontinuierliche Getreideversorgung. Diese war aber keineswegs gesichert. Die klimatischen Bedingungen führten zu häufigen Missernten und niedrigen Erträgen. Zudem wuchs die Bevölkerung im 18. Jahrhun-

⁶⁴ Lassen, Hungerkrisen. S. 98-99.

⁶⁵ Schreiben Vertreter Amt Hessen an Herzog Karl. 27.02.1772. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13476. Bl. 131r-132r.

⁶⁶ Im Oktober 1770 klagten die Bewohner des Hartz- und Weserdistrikts darüber, lediglich Kartoffeln, Gerste und Erbsen zu essen zu haben und baten den Herzog um Roggen. Schreiben O. von Hoym an Herzog Karl. 19.10.1770. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13476. Bl. 14r-15v.

⁶⁷ Kaiser, Brot. S. 9.

⁶⁸ S. dazu: Schanbacher, Ansgar: Kartoffelkrankheit und Nahrungskrise in Nordwestdeutschland 1845-1848. Göttingen 2016.

⁶⁹ Jacobi, Adam Friedrich Ernst: Plan zu einem Societätsmagazin. In: Churbairisches Intelligenzblatt. XXV (1773) S. 313-314. Hier 313.

dert vielerorts stark an, die Getreideproduktion konnte den steigenden Bedarf nur unzureichend abdecken.⁷⁰ Dementsprechend kam es immer wieder zu Teuerungen und Versorgungsengpässen, die die Menschen zwar mit großer Regelmäßigkeit trafen, dennoch aber nicht langfristig vorhersehbar waren.

Die Sicherstellung der zukünftigen Ernährung, die der Pfarrer Jacobi im Eingangszitat als ein Erfordernis menschlicher Klugheit bezeichnete, stellte eine stete Herausforderung an die historischen Akteur:innen dar, die eine Reihe von entsprechenden Maßnahmen verlangte. Sie sicherte das Überleben des Einzelnen und die Stabilität und Funktionsfähigkeit der Gesellschaft. Da Getreide im Untersuchungszeitraum fast synonym mit Nahrung zu setzen ist, ist die Sicherstellung der Ernährung als Sicherstellung der Getreideversorgung zu verstehen. Obwohl es immer wieder auch Bestrebungen gab, die Verfügbarkeit anderer Nahrungsmittel zu verbessern, stand doch zumeist das Getreide im Fokus. Ernährungspolitik war also in großen Teilen Getreidepolitik. Besonders deutlich wurde dies während Versorgungskrisen. Dort konnte auf einen historisch gewachsenen Katalog zurückgegriffen werden, welcher Maßnahmen wie Exportverbote oder die Abgabe von verbilligten Lebensmitteln enthielt, welche sich zumeist auf Getreide konzentrierten. Vormoderne Versorgungskrisen sind seit einiger Zeit verstärkt in den Fokus der historischen Forschung geraten. Dabei wurde besonders die Krise der Jahre 1770-1773⁷¹ in zahlreichen Regionalstudien erforscht, die sich zumeist auf eine einzelne Stadt oder Region konzentrieren und häufig obrigkeitliche Bewältigungsstrategien untersuchen.⁷²

⁷⁰ Vasold, Manfred: Die Hunger- und Sterblichkeitskrise von 1770/73 und der Niedergang des Ancien régime. In: *Saeculum* 59 (2008). S. 107-142. Hier S. 107-109.

⁷¹ Die Krise wird, auch wegen des regional verschiedenen Verlaufs, in der Forschung unterschiedlich datiert. So nehmen einige Arbeiten beispielsweise nur die Jahre 1770-1771 in den Blick, andere betrachten auch noch die Jahre 1772 und 1773.

⁷² Einschlägig dazu u.a.: Brázdil, Rudolf; Valášek, Hubert; Luterbacher, Jörg; Macková, Jarmila: Die Hungerjahre 1770-1772 in den böhmischen Ländern. Verlauf, meteorologische Ursachen und Auswirkungen. In: *Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften* 12/2 (2001). S. 44-78; Freitag, Werner: Krisen vom „type ancien“. Eine Fallstudie: Die Grafschaft Lippe 1770-1773. In: *Lippische Mitteilungen* 55 (1986). S. 97-139; Göttmann, Frank: Die Versorgungslage in Überlingen zur Zeit der Hungerkrise 1770/71. In: Ders. (Hg.): *Vermischtes zur neueren Sozial-, Bevölkerungs- und Wirtschaftsgeschichte des Bodenseeraums*. Horst Rabe zum Sechzigsten. Konstanz 1990. S. 75-134; Graber, Rolf: Protektionistische Marktsteuerung oder physiokratische Freihandelsdoktrin? Zum Verhalten städtischer Obrigkeiten der alten Eidgenossenschaft während der Hungerkrise 1770/72. In: Fischer, Michael; Gilli, Marita; Jochum, Manfred; Pelinka, Anton (Hg.): *Aufklärung, Freimaurerei und Demokratie im Diskurs der Moderne: Festschrift zum 60. Geburtstag von Helmut Reinalter*. Frankfurt am Main u.a. 2003. S. 123-142; Huhn, Michael: Zwischen Teuerungspolitik und Freiheit des Getreidehandels: Staatliche und städtische Maßnahmen in Hungerkrisen 1770-1847. In: Teuteberg, Hans-Jürgen (Hg.): *Durchbruch zum modernen Massenkonsum. Lebensmittelmärkte und Lebensmittelqualität im Städtewachstum des Industriezeitalters*. Münster 1987. S. 37-90.; Mattmüller, Markus: Die Hungersnot der Jahre 1770/71 in der Basler Landschaft. In: Bernard, Nicolai; Reichen, Quirinus (Hg.): *Gesellschaft und Gesellschaften. Festschrift zum 65. Geburtstag von Professor Dr. Ulrich im Hof*. Bern 1982. S. 271-291; Schmitt, Richard: Die Hungerjahre 1770-1773 in Rothenburg. In: *Die Linde* 65/9 (1983). S. 60-62, 65-72, 78-80; Schneider, Britta: Wo der getreid-Mangel Tag für Tag grösser, und

Für das Fürstentum Braunschweig-Wolfenbüttel existiert allerdings bislang keine derartige Untersuchung. Zur Krise der 1770er Jahre forschte in den letzten Jahren besonders auch Dominik Collet, der verschiedene Beiträge zu ausgewählten Aspekten und Fallbeispielen veröffentlichte und sich dabei unter anderem auch mit öffentlichen Getreidemagazinen und Handelsbeschränkungen befasste.⁷³ Im Jahr 2019 erschien dann in Gestalt der Habilitationsschrift Collets erstmals eine umfassende Studie dieser Jahre, welche auch umwelthistorische Aspekte einbezieht und damit die Perspektiven der neueren Hungerforschung mit großem Gewinn verbindet.⁷⁴

Eine Studie zu Hungerkrisen in nordwestdeutschen Territorien zwischen 1690 und 1750 legte Thore Lassen mit seiner 2016 erschienenen Dissertation vor, in der er sich auch mit der Situation in Braunschweig befasste.⁷⁵ Die Arbeit, welche, neben umfangreichen Auswertungen von Getreidepreisreihen, besonders auf Ursachen und Bewältigungsstrategien der Hungerkrisen eingeht, steht ebenfalls im Kontext der neueren Hungerforschung. Auch die Versorgungskrisen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurden bereits aus mehreren Perspektiven erforscht. Die Hungerkrise der Jahre 1816/17 wurde durch einen ungewöhnlich kalten Sommer im Jahr 1816, dem so genannten Jahr ohne Sommer, ausgelöst. Wie heute bekannt ist, wurde dieser unter anderem durch den Ausbruch des Vulkans Tambora verursacht. Besonders mit diesen Zusammenhängen und globalen Auswirkungen befasste sich in den letzten Jahren

bedenklicher werden will. Die Teuerung der Jahre 1770-1772 im Hochstift Bamberg. In: Häberlein, Mark; Kech, Kerstin; Staudenmaier, Johannes (Hg.): Bamberg in der Frühen Neuzeit: Neue Beiträge zur Geschichte von Stadt und Hochstift. Bamberg 2008. S. 261-292.; Vasold, Manfred: Die Hunger- und Sterblichkeitskrise von 1770/73 und der Niedergang des Ancien régime. In: Saeculum 59 (2008). S. 107-142.; Zimmermann, Clemens: Obrigkeitliche Krisenregulierung und kommunale Interessen: Das Beispiel Württemberg 1770/71. In: Gailus, Manfred; Volkmann, Heinrich (Hg.): Der Kampf um das tägliche Brot. Nahrungsmangel, Versorgungspolitik und Protest 1770-1990. Opladen 1994. S. 107-131.

⁷³ Für diese Arbeit dabei besonders einschlägig: Collet, Dominik: Storage and Starvation. Public Granaries as Agents of 'Food Security' in Early Modern Europe. In: Historical Social Research 35/4 (2010). Special issue: The Production of Human Security in Premodern and Contemporary History. S. 234-353; Ders.: ‚Moral economy‘ von oben? Getreidesperren als territoriale und soziale Grenzen während der Hungerkrise 1770-1772. In: Jahrbuch für Regionalgeschichte 29 (2011). S. 45-61; Ders.: Eine Kultur der Unsicherheit? *Empowering Interactions* während der Hungerkrise 1770-1772. In: Kampmann, Christoph; Niggemann, Ulrich (Hg.): Sicherheit in der Frühen Neuzeit. Norm. Praxis. Repräsentation. Köln/Weimar/Wien 2013. S. 367-380; Ders.: Waren alle Hungertoten Sünder? Eine frühneuzeitliche Debatte an der Schnittstelle von Religion und Umwelt. In: Petersen, Sven; Collet, Dominik; Füssel, Marian (Hg.): Umwelten. Ereignisse, Räume und Erfahrungen der Frühen Neuzeit. Göttingen 2015. S. 129-144.

⁷⁴ Collet, Katastrophe.

⁷⁵ Lassen, Hungerkrisen.

Wolfgang Behringer, dessen Studie „*Tambora und das Jahr ohne Sommer*“ im Jahr 2015 erschien.⁷⁶ Eine Untersuchung zur Krise der Jahre 1816/17, in deren Verlauf freihändlerische Bestrebungen zurückgestellt und wieder auf altbewährte Maßnahmen zurückgegriffen wurde, sowie einen Überblick über die Tendenzen der neueren Hungerforschung legte Daniel Krämer mit seinem Werk „*Menschen grasten nun mit dem Vieh*“ im Jahr 2015 vor.⁷⁷

Auch zur Krise der 1840er Jahre, welche unter anderem durch einen Pilzbefall der Kartoffeln ausgelöst wurde, und bei der dementsprechend nun erstmals eher die Kartoffel als das Getreide im Fokus stand, erschienen in jüngster Zeit verschiedene Studien. Dabei ist vor allem die 2016 erschienene Dissertation Ansgar Schanbachers zu nennen, in der er mit einem Fokus auf Nordwestdeutschland die Ursachen und Folgen der Krise untersucht und diese mit Hilfe der neuen Hungerforschung und der Umweltgeschichte deutet.⁷⁸

Einen Überblick über Hunger(-Krisen) in der europäischen Geschichte liefert das von Guido Alfani und Cormac Ó Gráda im Jahr 2017 herausgegebene Werk „*Famine in European history*“, in welchem der von Dominik Collet und Daniel Krämer bearbeitete Abschnitt sich mit der Situation in Deutschland, der Schweiz und Österreich befasst.⁷⁹ In diesem Band findet sich auch eine Auseinandersetzung mit mittelalterlichen und weiteren frühneuzeitlichen Hungerkrisen.⁸⁰

Vorliegende Arbeit kann von diesen umfassenden vorangegangenen Forschungen zu vormodernen Hungerkrisen profitieren und darauf, so hoffe ich, gewinnbringend aufbauen.

In meiner eigenen Untersuchung möchte ich den Fokus allerdings noch erweitern und die Getreidepolitik Braunschweig-Wolfenbüttels nicht nur in Krisen, sondern auch in Zeiten guter Versorgung betrachten. Dieser Zuschnitt erlaubt es mir, längerfristige Tendenzen offenzulegen und Entwicklungen zu betrachten, welche bei einem rein krisenzentrierten Zugang verborgen bleiben könnten.

⁷⁶ Behringer, Wolfgang: *Tambora und das Jahr ohne Sommer*. Wie ein Vulkan die Welt in die Krise stürzte. München 2015.

⁷⁷ Krämer, Daniel: »Menschen grasten nun mit dem Vieh.« Die letzte grosse Hungerkrise der Schweiz 1816/17. Basel 2015.

⁷⁸ Schanbacher, Ansgar: *Kartoffelkrankheit und Nahrungskrise in Nordwestdeutschland 1845-1848*. Göttingen 2016.

⁷⁹ Alfani, Guido; Ó Gráda, Cormac (Hg.): *Famine in European History*. Cambridge 2017.

⁸⁰ Dazu auch: Jörg, Christian: *Teure, Hunger, Großes Sterben*. Hungersnöte und Versorgungskrisen in den Städten des Reiches während des 15. Jahrhunderts. Stuttgart 2008.

Ich gehe dabei von der These aus, dass die unsichere Lage der zukünftigen Ernährung nicht nur in Krisensituationen einen steten Kontingenzbereich darstellte, der von den verschiedenen Akteur:innen durch unterschiedliche Maßnahmen bewältigt werden musste. Diese Maßnahmen bewegten sich in verschiedenen Bereichen und verfolgten häufig nicht die gleiche Ausrichtung, hatten aber gemeinsam, dass die zukünftige Getreideversorgung gesichert beziehungsweise verbessert werden sollte. Zur Untermauerung dieser These möchte ich folgende drei Hauptfragen beantworten:

1. Welche Maßnahmen wurden im Untersuchungszeitraum unternommen, um die Getreideversorgung sicherer zu machen oder zumindest sicherer erscheinen zu lassen?

Zur Beantwortung dieser Frage habe ich die Maßnahmen im dritten Kapitel in vier Themenkomplexe eingeteilt. Unter dem ersten Punkt „Debattieren“ soll es um die breite öffentliche Debatte zu Themen der Getreidepolitik und deren Schwerpunkte gehen. Der darauffolgende Komplex „Speichern“ befasst sich in erster Linie mit dem vorausschauenden Speichern von Korn in Gestalt öffentlicher Magazine. Betrachtet werden soll deren Planung, Organisation und Wirkungsweise. Im Unterkapitel „Handel treiben“ soll es um Fragen des Getreidehandels, dessen Regulierung und Freigabe sowie das Verhältnis zu Getreidehändlern gehen. Das vierte und letzte Unterkapitel „Standhalten“ wird sich mit Maßnahmen befassen, welche außerhalb organisierter Strukturen stattfanden und zumeist von der Bevölkerung ausgingen. Jedes Unterkapitel wird mit einem Zwischenfazit abgeschlossen. Um die dargestellten Maßnahmen besser verorten zu können, wird im zweiten Kapitel dieser Arbeit zunächst auf die Braunschweiger Getreidepreise im Untersuchungszeitraum eingegangen. Dabei wird mithilfe der in den Braunschweigischen Anzeigen veröffentlichten Daten aufgezeigt, wie sich der Getreidepreis im untersuchten Zeitraum entwickelte

2. Welche Entwicklungen lassen sich innerhalb der Getreidepolitik erkennen?

Um diese Entwicklungen deutlich zu machen, sind die jeweiligen Unterkapitel, im Gegensatz zur Gesamtgliederung, überwiegend chronologisch aufgebaut. So wird sich zeigen, wie im Laufe des untersuchten Zeitraums Erfahrungen generiert und in der Zukunft genutzt oder auch verworfen wurden. Zudem soll deutlich werden, wie die Maßnahmen an die Erfordernisse der jeweiligen Situation angepasst und bei Bedarf verändert werden konnten. Zusätzlich sollen die

Praktiken der Getreidepolitik auch mit den damaligen aktuellen wirtschafts- und gesellschafts-politischen Debatten in Zusammenhang gebracht werden, um so zu untersuchen, inwiefern diese die etablierten Maßnahmen in Frage stellten oder unterstützten.

3. Wie interagierten die beteiligten Personen auf dem Feld der Getreidepolitik?

Das Feld der Getreidepolitik betraf ausnahmslos alle Mitglieder der Gesellschaft. Auf die eine oder andere Art und Weise hatten alle ein Interesse an einer funktionierenden Getreideversorgung. Alle beteiligten Personen(gruppen) brachten ein bestimmtes Selbstverständnis sowie gewisse von ihnen ausgehende und an sie gerichtete Erwartungen mit, welche ihr Handeln innerhalb der Getreidepolitik beeinflussten. Zudem erforderte fast jedes der in Kapitel vier behandelten Felder der Getreidepolitik ein hohes Maß an Interaktion und Kooperation zwischen den verschiedenen beteiligten Akteur:innen. Anhand der verschiedenen Maßnahmen soll gezeigt werden, welche Personen(-Gruppen) inkludiert, welche Kommunikationswege genutzt und welche Argumentationsmuster bemüht wurden.

Um die hier aufgezeigten Fragen mithilfe des Quellenmaterials zu beantworten, werde ich mich eines Zugangs bedienen, den ich als praxistheoretisch informiert bezeichnen möchte.⁸¹ Vereinfacht ausgedrückt möchte ich untersuchen, was die historischen Akteur:innen *taten*, um ihre Zukunft, in diesem Fall die zukünftige Ernährung, zu sichern, und nicht welche Vorstellungen sie über diese Zukunft hatten und wie sie darüber redeten. Doch selbstverständlich kann dies nicht völlig trennscharf behandelt werden, denn welche Vorstellungen man von der Zukunft hat, beeinflusst ganz entscheidend, wie man handelt und auch das Reden über die Zukunft kann bereits eine Handlung zu ihrer Beeinflussung sein. In diesem Sinne möchte ich, in Abgrenzung zu streng praxeologisch ausgerichteten Ansätzen, auch Diskurse untersuchen sowie nicht nur Routinen, sondern auch intentionales Handeln einbeziehen.

Dementsprechend fasse ich in dieser Arbeit vier, zunächst recht unterschiedlich anmutende und aus verschiedenen (Teil-)Handlungen bestehende, Komplexe unter „Praktiken der Getreidepolitik“. Bei meinem Praktikenbegriff möchte ich mich an der von Jan-Hendryk de Boer in der Einleitung des Bandes „*Praxisformen*“ entwickelten Definition anlehnen. Bei einer Praktik

⁸¹ S. zu dieser Terminologie: Berger, Claudia et al.: Einleitung. In: de Boer, Jan-Hendryk (Hg.): *Praxisformen. Zur kulturellen Logik von Zukunftshandeln*. Frankfurt/New York 2019. S. 15-20.

handelt es sich für mich demnach „um beobachtbares menschliches Tun, das nach bestimmten impliziten Regeln vollzogen wird, auf praktischem Wissen darüber, was zu tun ist, beruht und einer oder mehreren Funktionen dient, die den die Praktik vollziehenden Akteur:innen zumindest latent präsent sind.“⁸² Nach dieser Definition kann ich die hier vorgestellten Themenkomplexe sämtlich als Praktiken fassen, welche alle dem Zweck dienen die (zukünftige) Getreideversorgung zu sichern bzw. zu verbessern. Ein weiterer wichtiger Punkt, der sich deutlich bei den hier betrachteten Aktivitäten zeigt, ist dabei die Wiederholbarkeit des beobachtbaren Tuns. Das Ziel ist es dabei nicht Einzelereignisse aufzeigen, sondern Handlungen, welche als „Iteration einer Praktik“⁸³ zu erkennen sind und von den Zeitgenoss:innen auch so gelesen und ebenfalls mit der Iteration einer weiteren Praktik beantwortet werden können. So lassen sich sowohl Routinen und bestimmte Handlungsfelder als auch Abweichungen und Grenzen von diesen identifizieren. Im konkreten Fall könnte dies beispielsweise bedeuten, dass während einer Krise eine Supplik mit der Bitte um Getreide verfasst wird. Diese Praktik folgt bestimmten impliziten Regeln, die allen Beteiligten bekannt sind. Im Normalfall wird darauf mit einer Reihe weiterer Praktiken geantwortet, so dem Einziehen von Informationen, der Zusage von Hilfe und schließlich der Entsendung von Unterstützung. Fasst man dies als Einzelereignis, lassen sich daraus Informationen über eine bestimmte Situation ziehen. Liest man die Begebenheit aber als Iteration einer bzw. mehrerer Praktiken, lassen sich daraus nicht nur Informationen über die bestimmte Situation, sondern auch darüberhinausgehende Schlussfolgerungen ziehen.

Abschließend soll noch auf zwei Begrifflichkeiten eingegangen werden, welche in dieser Arbeit eine entscheidende Rolle spielen. Der erste und wichtigste, denn vermutlich kontroverseste, ist dabei der Begriff der *Krise*.

Aufgrund seiner fast schon inflationären Verwendung in der Geschichtswissenschaft, ist der Begriff durchaus problematisch.⁸⁴ Es gebe mittlerweile „keine Phase der Nz, [...], die nicht als eine K[rise] beschrieben worden wäre.“⁸⁵ Spätestens seit den Forschungen Reinhart Kosellecks geht es in der Geschichtswissenschaft aber weniger darum, „ob eine bestimmte histor.

⁸² de Boer, Jan-Hendryk: Praktiken, Praxen und Praxisformen, oder: Von Serienkillern, verrückten Wänden und der ungewissen Zukunft. In: Ders. (Hg.): Praxisformen. S. 21-43.

⁸³ Ebd. S. 28.

⁸⁴ Vgl. dazu auch: Schanbacher, Kartoffelkrankheit. S. 12-15

⁸⁵ Ramonat, Oliver: Krise. In: Jaeger, Friedrich (Hg.): Enzyklopädie der Neuzeit. Bd.7 Konzert-Männlichkeit. Stuttgart/Weimar 2008. Sp.226-229. Hier Sp. 228

Konstellation eine K[rise] gewesen sei“, sondern eher um die Wahrnehmung der Zeitgenoss:innen und Fragen „nach den je konkreten Gründen, aus denen in einer bestimmten histor. Situation ein K[risen]-Diskurs eröffnet wurde“. ⁸⁶

Obwohl ich den Bedenken gegen einen zu ubiquitären Gebrauch des Krisenbegriffs zustimme, werde ich in dieser Arbeit daran festhalten. Für Phasen, in denen Menschen aufgrund von Getreidemangel um ihren Lebensunterhalt oder gar um ihr Leben fürchten mussten, halte ich ihn für gerechtfertigt. Allerdings soll es weniger darum gehen, bestimmte Zeiträume retrospektiv als krisenhaft zu identifizieren, sondern vielmehr um die Wahrnehmung der Akteur:innen und deren Umgang mit der jeweiligen Situation.

Dabei wird sich zeigen, dass die Zeitgenoss:innen im gesamten Untersuchungszeitraum eine geschärfte Krisenwahrnehmung an den Tag legten. Neben Phasen, die in der Forschung bislang als unzweifelhaft krisenhaft identifiziert wurden, kam es immer wieder zu mehr oder weniger kurzen Zeiträumen, in denen, aufgrund Preissteigerungen, Missernten, Gerüchten oder anderen Faktoren, erhöhte Wachsamkeit geboten war. Neben den Krisen selbst, war also immer auch die Angst vor einer Krise präsent.

Dabei möchte ich nicht so weit gehen, den gesamten Untersuchungszeitraum als krisenhaft zu beschreiben, da dies wiederum die Gefahr eines zu ubiquitären und somit entwerteten Krisenverständnisses in sich trüge. Es wird sich aber zeigen, dass die Erwartung kommender Krisen den Erwartungshorizont und somit auch die Handlungen der Akteur:innen entscheidend prägte und beeinflusste.

In seinem Artikel in der Enzyklopädie der Neuzeit beschreibt Manfred Gailus Hungerkrisen als „relativ abrupte und vorübergehende, in unregelmäßigen Zeitabständen wiederkehrende Phasen einer für breite Volksschichten existenziell bedrohlichen Verknappung und extremen Teuerung von lebensnotwendigen Grundnahrungsmitteln.“ ⁸⁷ Im weiteren Verlauf meiner Arbeit werde ich mich an diese Definition anlehnen. Zusätzlich möchte ich den Begriff „Versorgungskrisen“ verwenden, um damit Phasen abzugrenzen, in denen es zu einer deutlichen Preissteigerung und einer daraus folgenden Verknappung von Lebensmitteln kam, der Großteil der Bevölkerung aber noch nicht existenziell bedroht war.

⁸⁶ Ebd. Sp.229.

⁸⁷ Gailus, Manfred: Hungerkrisen und -revolten. In: Jaeger, Friedrich (Hg.): Enzyklopädie der Neuzeit. Bd. 5 Gymnasium-Japanhandel. Stuttgart/Weimar 2007. Sp. 711-723. Hier Sp. 712.

Durch ihre regelmäßige Wiederkehr entwickelten frühneuzeitliche Hungerkrisen, trotz des jeweils kritischen und für den Einzelnen im Zweifelsfall extrem beängstigenden Charakters und obwohl selbstverständlich alle Krisen „als individuelle Ereignisse thematisiert werden“⁸⁸ sollten, doch eine gewisse Routine.⁸⁹ Im Krisenfall konnte auf einen allen Beteiligten bekannten Kanon von Maßnahmen⁹⁰ zurückgegriffen werden und die Handlungsoptionen der Betroffenen waren, wenn auch begrenzt, so jedoch zumeist klar aufgezeigt.

Abschließend soll noch betont werden, dass es sich bei den hier verwendeten Krisenbegriffen um Analysekategorien und nicht um Quellenbegriffe handelt. Die historischen Akteur:innen in den konsultierten Quellen sprachen (beziehungsweise schrieben) in Bezug auf Versorgungsschwierigkeiten niemals von Krise, sondern etwa von „Noth“, „Mangel“ oder „Theuerung“.

Als nächstes soll kurz auf den hier verwendeten Begriff der *Kontingenz* eingegangen werden. Gemäß der Ausrichtung des Graduiertenkollegs „Vorsorge, Voraussicht, Vorhersage. Kontingenzbewältigung durch Zukunftshandeln“, in dessen Umfeld vorliegende Arbeit entstand, möchte ich untersuchen, wie die Menschen mit den Möglichkeiten, die ihnen die Zukunft bot, umgingen.⁹¹ In diesem Sinne bedeutet Kontingenz für mich zunächst einmal die potenzielle Offenheit einer zukünftigen Situation. Im Kontext dieser Arbeit lässt sich dies so fassen, dass bei den Akteur:innen stets Unsicherheit über die Lage der zukünftigen Ernährung, aber auch die Zuversicht, dass man diese durch eigenes Handeln positiv oder negativ beeinflussen

⁸⁸ So stellt Behringer in seinen „Zehn Geboten der Krisenforschung“ treffend fest. Behringer, Wolfgang: Die Krise von 1570. Ein Beitrag zur Krisengeschichte der Neuzeit. In: Jakubowski-Tiessen, Manfred; Lehmann, Hartmut (Hg.): Um Himmels Willen. Religion in Katastrophenzeiten. Göttingen 2003. S. 51-156. Hier S. 153.

⁸⁹ Den ähnlichen und zyklischen Verlauf vormoderner Hungerkrisen betont auch das Modell der Krise alten Typs bzw. *crise de type ancien*, welches von Ernest Labrousse und Wilhelm Abel entwickelt bzw. vertreten wurde. Nach diesem Modell wurden vormoderne Hungerkrisen, vereinfacht dargestellt, zunächst durch eine Missernte ausgelöst, die die Getreidepreise in die Höhe trieb. Infolgedessen mussten die Getreideproduzenten Einkommensverluste hinnehmen, da die höheren Preise nicht ausgleichen konnten, dass weniger verkauft wurde. Da die Preise für Nahrungsmittel stiegen, mussten die Menschen einen größeren Teil ihres Einkommens dafür ausgeben, somit sank die Nachfrage nach anderen Produkten. Infolgedessen sank auch das Einkommen anderer Professionen, die gesamte Wirtschaft wurde in Mitleidenschaft gezogen. Dieser Prozess wurde dann erst durch eine gute Ernte wieder gestoppt. S. dazu: Labrousse, Ernest: *La Crise de l'économie française à la fin de l'ancien régime et au début de la Révolution*. Paris 1943; Abel, Wilhelm: *Massenarmut und Hungerkrisen im vorindustriellen Europa. Versuch einer Synopsis*. Hamburg/Berlin 1974. Nach dieser Deutung sei die Krise in den 1840er Jahren die letzte derartige Hungerkrise vom alten Typ in Europa gewesen. Obwohl die Thesen Labrousse und Abels besonders bezüglich des engen Zusammenhanges von Getreidepreis und allen anderen Bereichen des Lebens in vormodernen Gesellschaften nach wie vor interessant sind, wird der rein naturdeterministische Ansatz in der neueren Hungerforschung mittlerweile abgelehnt. Dort wird die Entwicklung von Hungerkrisen nicht mehr nur auf einzelne Auslöser, sondern auf eine Reihe von Faktoren zurückgeführt. S. zur Kritik z.B.: Lassen, Hungerkrisen. S. 14-16.

⁹⁰ Zum Krisenkanon vgl.: Huhn, Teuerungspolitik. S. 39-42.

⁹¹ S. dazu: Scheller, Benjamin: *Kontingenzkulturen – Kontingenzgeschichten: Zur Einleitung*. In: Becker, Frank, Scheller, Benjamin, Schneider, Ute: *Die Ungewissheit des Zukünftigen. Kontingenz in der Geschichte*. Frankfurt/New York 2016. S. 9-30.

könne, bestand. Obwohl das Wissen um diese Kontingenz beschränkt war, man konnte zwar davon ausgehen, dass es in der Zukunft wieder zu Versorgungsschwierigkeiten kommen würde, aber nicht wann dies geschehen, und in welchem Maße es zutreffen würde, manifestierte sich in den Praktiken ein festes Wissen über den Umgang mit dieser Kontingenz. Die Akteur:innen besaßen durch lange Erfahrung generiertes praktisches Wissen, welches zwar routiniert angewendet, dennoch aber nicht unhinterfragt blieb. Dementsprechend möchte ich im Folgenden nicht nur aufzeigen, welche Handlungen unternommen wurden, um die Kontingenz möglichst zu minimieren. Denn wenn innerhalb der Kontingenz weitere Offenheit entstand und altbewährte Praktiken der Bewältigung in Frage gestellt wurden, konnte sich der Weg für Akteur:innen und Handlungswege öffnen, welche von eben jener Offenheit profitierten. In diesem Sinne möchte ich hier nicht nur die negative, also vermeidende, Seite der Kontingenz betrachten, sondern auch die ermöglichende. Ein und dieselbe kontingente Situation konnte für manche Akteur:innen einschränkend und beängstigend sein und wiederum für andere Handlungsoptionen bieten, welche ohne diese Kontingenz wohl nicht so bestanden hätten.

1.3 Braunschweig-Wolfenbüttel in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts

„Braunschweig – Ein besonders Land“, so überschrieb Peter Albrecht das einführende Kapitel seines immer noch grundlegenden Überblickswerks zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Braunschweig-Wolfenbüttels aus dem Jahr 1980.⁹²

Ein besonderes Land war Braunschweig-Wolfenbüttel sicherlich in einiger Hinsicht und in anderen Aspekten wieder typisch für die kleineren deutschen Territorien des 18. Jahrhunderts. Die Getreidepolitik des Landes kann exemplarisch für die Getreidepolitik eines bestimmten Typus paternalistischer Fürstenregimenter stehen. Diese hatten „im Gegensatz zu den ganz großen Ländern, [...] eine sehr auf den Einzelfall abgestellte Form der Verwaltung.“⁹³ Zu nennen wären Reichsterritorien wie Baden-Durlach, Hessen-Darmstadt, Hessen-Kassel, Württemberg, Sachsen-Gotha, Sachsen-Weimar und die geistlichen Fürstentümer. Dabei stehen diese im Gegensatz zu den größeren deutschen Territorien wie Preußen und Bayern, oder europäischen Staaten beziehungsweise Reichen wie Frankreich oder der Habsburgermonarchie, die

⁹² Albrecht, Landesausbau. S. 9.

⁹³ Ebd.

in vielerlei Hinsicht eine andere Form der Getreidepolitik betrieben. An der Spitze dieser kleinen und mittelgroßen Territorien standen Herrscher und Regierungen, die sich als aufgeklärt verstanden und bestrebt waren, neue ökonomische Erkenntnisse in die Getreidepolitik einfließen zu lassen. Dabei waren sie eingebunden in einen europäischen Wissenstransfer zu Themen der Getreidepolitik, auf den sie sich bei anstehenden Entscheidungen stützten. Zeittypische Entwicklungen zeigten sich hier oftmals in geradezu exemplarischer Weise. Christian Lippelt und Gerhard Schildt führten beispielsweise aus, dass Braunschweig-Wolfenbüttel „an den deutschen und europäischen Strömungen der Zeit in besonders auffälliger, oft extremer Weise teilgenommen“ habe.⁹⁴

Aus diesen Gründen, wie auch aufgrund seiner Lage und Größe, der personellen Konstanz im Untersuchungszeitraum und nicht zuletzt auch der breiten Überlieferungslage, erscheint mir Braunschweig-Wolfenbüttel sehr geeignet auf seine Getreidepolitik im 18. Jahrhundert hin untersucht zu werden. Den Anfangspunkt der Untersuchung bildet das Jahr 1745. In diesem Jahr wurden die *Braunschweigischen Anzeigen* gegründet, in denen nicht nur regelmäßig die Getreidepreise veröffentlicht wurden, sondern die auch zahlreiche getreidepolitische Verordnungen abdruckten. Es ist davon auszugehen, dass diese Informationen einen breiten Rezipient:innenkreis erreichten und somit Einfluss auf das getreidepolitische Handeln der historischen Akteur:innen hatten. Den Endpunkt der Untersuchung bildet das Jahr 1790. Die untersuchten 46 Jahre umfassen dabei Zeiten guter Versorgung und niedriger Getreidepreise sowie Phasen des Mangels und der teils extremen Teuerung. Zudem fallen der Siebenjährige Krieg, eine massive Geldentwertung sowie die einschneidende Versorgungskrise der Jahre 1770 bis 1773 in den betrachteten Zeitraum. Im Folgenden soll ein Einblick in den Untersuchungsraum gegeben werden, um die folgenden Teile der Untersuchung besser verortbar zu machen.⁹⁵

⁹⁴ Lippelt, Christian; Schildt, Gerhard: Bilanz und Ausblick – Eine Einleitung. In: Dies. (Hg.): Braunschweig-Wolfenbüttel in der Frühen Neuzeit. Neue historische Forschungen. Braunschweig 2003. S. 7-9. Hier S. 7.

⁹⁵ An dieser Stelle soll lediglich ein stark verkürzter Einblick in die Geschichte Braunschweig-Wolfenbüttels gegeben werden. Bei Bedarf wird im weiteren Verlauf der Untersuchung auf relevante Aspekte näher eingegangen werden. Einen umfassenden Überblick von der Frühgeschichte bis in das 20. Jahrhundert bietet der Sammelband: Jarck, Horst-Rüdiger; Schildt, Gerhard (Hg.): Die Braunschweigische Landesgeschichte. Jahrtausendrückblick einer Region. Braunschweig 2000. Für die vorliegende Arbeit besonders relevant ist der darin enthaltene Beitrag Albrechts: Albrecht, Peter: Das Zeitalter des aufgeklärten Absolutismus. In: Jarck, Horst-Rüdiger; Schildt, Gerhard (Hg.): Die Braunschweigische Landesgeschichte. Jahrtausendrückblick einer Region. Braunschweig 2000. S. 575-610. S. zur Situation Braunschweig-Wolfenbüttels nach dem Dreißigjährigen Krieg und den gewerbepolitischen Maßnahmen zum Wiederaufbau unter Herzog Augusts dem Jüngeren: Brohm, Ulrich: Die Handwerkspolitik Herzog Augusts des Jüngeren von Braunschweig-Wolfenbüttel (1635-1666). Zur Rolle von Fürstenstaat und Zünften im Wiederaufbau nach dem Dreißigjährigen Krieg. Stuttgart 1999.

Das Land Braunschweig-Wolfenbüttel entstand in seiner für diese Untersuchung relevanten Form durch verschiedene Teilungen, (Wieder-)Zusammenführungen, Gebietsverluste und -gewinne und wurde von diversen welfischen Teildynastien regiert. Im Jahr 1235 wurde Otto dem Kind, Enkel von Heinrich dem Löwen, der frühere Allodialbesitz der Welfen von Kaiser Friedrich II als Lehen gegeben. Otto wurde als Herzog eingesetzt und das Herzogtum wurde, nach den herausragenden Zentren des Gebietes, als Braunschweig-Lüneburg bezeichnet. Bald nach dem Tod Ottos kam es in den Jahren 1267/69 zur ersten Teilung unter dessen Söhnen Albrecht und Johann. Albrecht erhielt dabei den südlichen Teil des Herzogtums, aus dem sich später Braunschweig-Wolfenbüttel entwickeln sollte. Johann erhielt die nördlichen Gebiete um Lüneburg. Das aus diesen Gebieten entstehende Fürstentum Lüneburg wurde zu Beginn des 18. Jahrhunderts Teil des Kurfürstentums Hannover. Im Jahr 1428 wurde schließlich die Teilung der Welfen in die Häuser Braunschweig und Lüneburg besiegelt.⁹⁶ Am Ausgang des 15. Jahrhunderts hatte es bereits zwölf Teilungen gegeben. Die Stadt Braunschweig erhielt 1432 städtische Unabhängigkeit, die Landesherrschaft verlegte ihre Residenz aufgrund ständiger Konflikte mit der Stadtbevölkerung nach Wolfenbüttel. Im Jahr 1671 wurde die Stadt zurückerobert und wieder ins Herzogtum Braunschweig-Wolfenbüttel eingegliedert.⁹⁷

Durch die zahlreichen, hier lediglich kurz angerissenen, Verschiebungen, hatte sich im Jahr 1745, dem Startpunkt der Untersuchung, folgende Struktur ergeben:

Die Besitzungen der Herzöge von Braunschweig-Wolfenbüttel bestanden im Untersuchungszeitraum aus fünf Gebieten: Dem Fürstentum Wolfenbüttel, dem Fürstentum Blankenburg, dem Stiftsamt Walkenried, dem Amt Thedinghausen und dem Anteil am Kommunionharz. Blankenburg und das angeschlossene Stiftsamt Walkenried wurden gesondert verwaltet. Der Kommunionharz, in dem Bergbau betrieben wurde, wurde bis 1788 gemeinschaftlich mit dem Kurfürstentum Hannover verwaltet.⁹⁸

⁹⁶ S. zu den Teilungen und Entwicklungen der welfischen Besitze im Mittelalter: Hauptmeyer, Carl-Hans: Geschichte Niedersachsens. München 2009. Märtl, Claudia: Die Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Braunschweigischen Landes im Mittelalter – Einführung. In: Märtl, Claudia; Kaufhold, Karl Heinrich; Leuschner, Jörg (Hg.): Die Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Braunschweigischen Landes. Band I Mittelalter. Hildesheim 2008. Pischke, Gudrun: Die Landesteilungen der Welfen im Mittelalter. Hildesheim 1987. Schubert, Ernst (Hg.): Geschichte Niedersachsens. Begründet von Hans Patze. Zweiter Band, Teil 1: Politik, Verfassung, Wirtschaft vom 9. bis zum ausgehenden 15. Jahrhundert. Hannover 1997.

⁹⁷ S. zu den Gebietsentwicklungen ab 1495 den knappen, aber anschaulichen Abschnitt bei: Dehesselles, Policy. S. 7-8.

⁹⁸ Albrecht, Landesausbau. S. 9. Aufgrund der anderen Verwaltungsstruktur und zur weiteren Eingrenzung des Quellenmaterials wird sich die Untersuchung hauptsächlich auf das eigentliche Fürstentum Wolfenbüttel beschränken.

Braunschweig-Wolfenbüttel umfasste nach zeitgenössischen Berechnungen, die sich auf eine General-Landesvermessung von 1755 stützten, etwa 71 Quadratmeilen. Neuere Berechnungen gehen für das Jahr 1800 von etwa 3.600 Quadratkilometern aus. Die Grenzen des Landes hatten dabei eine ungewöhnliche Länge von etwa 1240 km.⁹⁹ Das Gebiet Braunschweig-Wolfenbüttels zeichnete sich durch eine große Zerrissenheit aus. Bereits die beiden Hauptteile des Landes, das Kerngebiet mit den Städten Braunschweig, Wolfenbüttel und Helmstedt, sowie der Harz- und Weserbereich mit den Städten Holzminden, Gandersheim und Seesen waren hauptsächlich durch das Gebiet des Hochstifts Hildesheim komplett voneinander getrennt. Insgesamt bestand das Herzogtum aus neun nicht miteinander verbundenen Teilen, zusätzlich waren einige Teile zwar mit den anderen verbunden, aber verkehrsmäßig nur über andere Länder zu erreichen.¹⁰⁰ Diese Situation sowie die ungewöhnlich langen Grenzen führten dazu, dass Braunschweig-Wolfenbüttel stets darauf angewiesen war, in Fragen der Wirtschaftspolitik mit den umliegenden Territorien zu kommunizieren und zu kooperieren. Dies gilt in besonderem Maße auch für Fragen der Getreidepolitik, da etwa eine Getreidesperre der Nachbarn das Herzogtum unmittelbar betraf, die Getreideversorgung massiv erschwerte und kleinere Exklaven sogar komplett vom Handel abschneiden konnte. Besonders die Aktionen der großen Nachbarn, Hannover im Westen und Preußen im Osten, spielten eine wichtige Rolle und wurden dementsprechend intensiv beobachtet.¹⁰¹ Auch das Hochstift Hildesheim war ein wichtiger Partner, mit dem sich in Fragen der Getreidepolitik häufig intensiv auseinandergesetzt wurde.¹⁰²

⁹⁹ Albrecht, Landesausbau. S. 10-11.

¹⁰⁰ Ebd. S. 11

¹⁰¹ Das Kurfürstentum Braunschweig-Lüneburg wird aus Gründen der Vereinfachung und Lesbarkeit als Hannover bezeichnet. Das Königreich Preußen wird abgekürzt als Preußen bezeichnet.

¹⁰² Albrecht, Landesausbau. S. 11.



Abbildung 1: Braunschweig-Wolfenbüttel 1780.¹⁰³

Braunschweig-Wolfenbüttel hatte im Jahr 1760 etwa 159.000, im Jahr 1774 etwa 166.500 und im Jahr 1788 etwa 184.700 Einwohner:innen.¹⁰⁴ Die mit Abstand größte Stadt war dabei Braunschweig, dort lebten im Jahr 1774 etwa 22.800 Menschen. Wolfenbüttel hatte im selben Jahr knapp 7.000, Helmstedt knapp 3.900 Einwohner:innen.¹⁰⁵

Das Land war in fünf Distrikte aufgeteilt: Den Wolfenbütteler, Schöninger, Harz- und Weserdistrikt sowie das Amt Thedinghausen.¹⁰⁶

Die Residenz der Herzöge wurde in den Jahren 1753/54 nach Braunschweig zurückverlegt, nachdem diese mehr als drei Jahrhunderte lang in Wolfenbüttel residiert hatten.

Im Untersuchungszeitraum wurde Braunschweig-Wolfenbüttel von den Herzögen Karl I und dessen Sohn Karl Wilhelm Ferdinand regiert. Karl I trat seine Herrschaft im Jahr 1735 an, nachdem sein Vater Ferdinand Albrecht II, Fürst von Braunschweig-Wolfenbüttel-Bevern, das gesamte Fürstentum Braunschweig-Wolfenbüttel geerbt hatte. Karl I regierte das Herzogtum

¹⁰³ Kartenausschnitt entnommen aus: Albrecht, Absolutismus. S. 589.

¹⁰⁴ Die Zahlen stammen aus Albrecht, Landesausbau, S. 11-13. Militär ist dabei nicht berücksichtigt. Albrecht bezieht sich dabei teilweise auf Seelenlisten, welche zusammengestellt wurden, um Basiswerte für eine Kopfsteuer zu ermitteln. Zusätzlich wurden zeitgenössische Veröffentlichungen und handschriftliche Listen der Einwohner:innen verschiedener Orte zu Rate gezogen.

¹⁰⁵ Ebenfalls bei Albrecht, Landesausbau. S. 14.

¹⁰⁶ Dazu kamen das Fürstentum Blankenburg und das Stiftsamt Walkenried.

offiziell bis zu seinem Tod im Jahr 1780. Seit dem Jahr 1770 war sein Sohn und Erbe, Karl Wilhelm Ferdinand, Mitregent und übernahm bereits vor seinem offiziellen Amtsantritt zahlreiche Regierungsgeschäfte.¹⁰⁷ Dieser regierte Braunschweig-Wolfenbüttel bis 1806, als er einer Verletzung, die er sich in der Schlacht bei Auerstedt zugezogen hatte, erlag.¹⁰⁸ Kurz nach seinem Tod wurde das Fürstentum in der Napoleonischen Ära von französischen Truppen besetzt und in das Königreich Westphalen eingegliedert. Nach dem Wiener Kongress wurde in der Nachfolge Braunschweig-Wolfenbüttels das Herzogtum Braunschweig begründet, welches bis 1918 Bestand hatte.

Die Herzöge der Untersuchungszeit zeichneten sich durch eine große Begeisterung für das Militär und eine Nähe zum benachbarten Preußen aus. Karl war zunächst Inhaber verschiedener kaiserlicher Regimenter, im Laufe seiner Regierungszeit löste sich allerdings die Bindung zu Wien zugunsten einer Hinwendung zum preußischen Nachbarn.¹⁰⁹ Karl Wilhelm Ferdinand kämpfte in preußischen Diensten und wurde 1787 zum preußischen Feldmarschall ernannt. Er nahm am Siebenjährigen Krieg und an den Koalitionskriegen teil, im Jahr 1806 wurde er mit dem Oberbefehl über die preußische Armee betraut.¹¹⁰ Zweifelhaften Ruhm erlangte Karl Wilhelm Ferdinand auch als Verfasser des Manifestes des Herzogs von Braunschweig, in der er im Jahr 1792 der französischen Bevölkerung mit Konsequenzen drohte, wenn diese dem König Louis XVI nicht wieder die nötige Ehrerbietung entgegenbrächten. Der Aufruf erreichte allerdings das glatte Gegenteil und führte im August des Jahres zum Tuileriensturm.

Die Bindung zu Preußen zeigte sich auch in verwandtschaftlichen Beziehungen, so war Karl I mit Philippine Charlotte, der Schwester Friedrich II verheiratet. Dieser ehelichte wiederum Elisabeth Christine, die Schwester Karls.¹¹¹ Funktionierende dynastische Beziehungen wie diese bewertete Ernst Hinrichs als „wichtigste Voraussetzung für den Fortbestand eines klei-

¹⁰⁷ S. dazu: Ludewig, Hans-Ulrich: Karl I, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg (Wol.). In: Braunschweigisches Biographisches Lexikon. 8. bis 18. Jahrhundert. Im Auftrag der Landschaft e.V. herausgegeben von Horst-Rüdiger Jarck mit Dieter Lent und Gudrun Fiedler, Martin Fimpel, Silke Wagener-Fimpel, Ulrich Schwarz. Braunschweig 2006. S. 391-392 sowie Biegel, Gerd: 6. Februar 1794. Rückkehr von Herzog Carl Wilhelm Ferdinand aus Frankreich und die Geschichte von Braunschweigs Stiftung. Braunschweig 1994. S. 35.

¹⁰⁸ Biegel, Rückkehr. S. 33.

¹⁰⁹ Biehringer, Frieda: Herzog Karl I von Braunschweig. Wolfenbüttel 1920. S. 28-31.

¹¹⁰ S. zur militärischen Karriere Karl Wilhelm Ferdinands: Biegel, Rückkehr. S. 17-33.

¹¹¹ Biehringer, Karl I. S. 18.

nen Staates und für einen dauerhaften, seine tatsächlichen Möglichkeiten weit übersteigenden Ansehens- und Machtgewinn“.¹¹² Allerdings enthielten sie auch die „ständige Gefahr der Nötigung“.¹¹³ Besonders die Großmacht Preußen sei demnach bestrebt gewesen „das niedersächsische Geschehen in ihrem Sinne zu kontrollieren und zu lenken.“¹¹⁴ In seinem zweiten politischen Testament von 1768 behandelte Friedrich II die Rolle kleinerer Länder wie Braunschweig-Wolfenbüttel dann auch eher geringschätzig, „für die große Politik“ bedeuteten diese wenig.¹¹⁵ Eine „eigenständige Mächtepolitik“ konnte das kleine Land in der Tat kaum führen.¹¹⁶ Trotz der engen Beziehungen war Braunschweig-Wolfenbüttel aber keineswegs ein „Klein-Preußen“,¹¹⁷ sondern führte seine eigene Wirtschaftspolitik, die im Zweifelsfall auch gegen die Interessen des großen Nachbarn durchgesetzt werden sollte.

Aufgrund der eher geringen Rolle im Mächtegeschehen, suchten kleine Länder wie Braunschweig-Wolfenbüttel „ihre Eigenständigkeit, ihre historische Identität“ nicht darin, sondern wandte sich dem Geschehen im Inneren zu. „Ihr Markenzeichen war, vor allem nach 1763 ein anderes: Es war der Reformabsolutismus, der seine Initiativen nicht nach außen, sondern nach innen richtete.“¹¹⁸

Die Regierungszeit von Karl I und Karl Wilhelm Ferdinand war dementsprechend einerseits geprägt von Reformen und merkantilistischen Wirtschaftsprojekten, andererseits aber auch von großer finanzieller Not. So gründete Karl beispielsweise im Jahr 1744 die Spiegelglashütte auf dem Grünen Plan¹¹⁹ und 1745 das Collegium Carolinum in Braunschweig. Auch verschiedene Reformen im Bildungs- und Armenwesen fallen in diese Zeit.¹²⁰ Doch viele der in Angriff genommenen Projekte scheiterten oder entwickelten sich nicht wie gedacht.¹²¹ Dies war, neben

¹¹² Hinrichs, Ernst: Die großen Mächte... und die kleinen Mächte: Zur Stellung der kleinen niedersächsischen Staaten im europäischen Mächtesystem, des 18. Jahrhunderts. In: Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte 67 (1995). S. 1-22. Hier S.15.

¹¹³ Ebd.

¹¹⁴ Hinrichs, Ernst: Aufklärung in Niedersachsen. Zentren, Institutionen, Ausprägungen. In: Vierhaus, Rudolf (Hg.): Das Volk als Objekt obrigkeitlichen Handelns. Tübingen 1992. S. 5-30. Hier S. 10-11.

¹¹⁵ Friedrich der Grosse – Die Politischen Testamente. Übersetzt von Friedrich v. Oppeln-Bronikowski. Berlin 1922. S. 211.

¹¹⁶ Hinrichs, Mächte. S. 8.

¹¹⁷ Albrecht, Landesausbau. S. 9.

¹¹⁸ Hinrichs, Mächte. S. 20.

¹¹⁹ Wohlauf, Gabriele: Die Spiegelglasmanufaktur Grünenplan im 18. Jahrhundert. Eine Studie zu ihrer Betriebstechnologie und Arbeiterschaft. Hamburg 1981. Einer der dortigen Pächter sollte in den 1770er Jahren einen Plan zur Anlage öffentlicher Getreidemagazine vorlegen. S. dazu Kapitel 3.2.1.

¹²⁰ Ludewig, Karl I. S.392.

¹²¹ Gerd Biegel verweist hier auf „wenig erfolgreiche Wirtschaftsprojekte im Sinne des Merkantilismus“. Biegel, Rückkehr. S. 34-35.

hohen Kosten für die Haushaltung der herzoglichen Familie¹²² und Schulden aus dem Siebenjährigen Krieg,¹²³ ein Grund dafür, dass die Finanzen des Landes in der Regierungszeit Karls in Bedrängnis gerieten. Die desolante finanzielle Lage führte dazu, dass 1768/70 erstmals seit 1682 der allgemeine Landtag ausgeschrieben wurde, der schließlich einen Teil der Kammer-schulden übernahm und neue Steuern einführte.¹²⁴ Zusätzlich führte die Situation dazu, dass die Regierungsgeschäfte seit 1773 hauptsächlich von Karl Wilhelm Ferdinand geleitet wurden, dessen Vater Karl sich weitgehend zurückzog. Unter der Ägide des Kronprinzen wurde dann im selben Jahr das Finanzkollegium eingerichtet, welches von nun an die Aufsicht über die Finanzen des Fürstentums führte.¹²⁵ Albrecht bewertet das Kollegium als eine „überaus erfolgreiche Einrichtung“, die Landesverschuldung ging zurück und das Bewusstsein für Sparsamkeit wuchs.¹²⁶ Obwohl er sparsamer agierte als sein Vater, setzte Karl Wilhelm Ferdinand dessen Reformeifer in verschiedenen Feldern fort. So bemühte der Herzog sich unter anderem um eine Verbesserung des Bildungs- und Armenwesens.¹²⁷

Insgesamt galten sowohl Karl I und Karl Wilhelm Ferdinand als beliebte Souveräne, die den Ruf genossen, sich um die Belange ihrer Landesuntertanen zu sorgen.¹²⁸

Obwohl beide sich als absolutistische Herrscher verstanden, regierten sie das Land selbstverständlich nicht allein. Der *Geheime Rat*, von Albrecht als „eigentliche[s] Machtzentrum des Landes“ bezeichnet,¹²⁹ bestand in der Regel aus vier Geheimen Räten. Zu deren Aufgaben gehörten, kurzgefasst, „alle Regierungssachen in ihrem ganzen Umfange“.¹³⁰ Die *Kammer* war dabei als eine Unterbehörde des Geheimen Rates anzusehen, sie konnte zwar selbst Verordnungen erlassen, diese wurden in der Regel aber zunächst im Rat besprochen. Die *Klosterratsstube* verwaltete das Vermögen, der im Zusammenhang mit der Reformation säkularisierten ehemals geistlichen Besitzungen des Landes. Das bereits erwähnte *Finanzkollegium* hatte seit

¹²² Neben den Kosten für die Haushaltung des Herzogs waren noch mehrerer herzogliche Witwen sowie eine Reihe von Prinzen zu versorgen. Ebd.

¹²³ So wurde beispielsweise von Hannover im Jahr 1774 ein Darlehen über zwei Millionen Taler aus dem Jahr 1756 zurückgefordert. Biegel vermutet dahinter Kalkül des größeren Nachbarn, der die desolante finanzielle Lage Braunschweig-Wolfenbüttels ausnutzen wollte um das Land zu schwächen. Biegel, Rückkehr. S. 35. Allerdings muss dabei auch bedacht werden, dass auch Hannover selbst infolge des Krieges verschuldet war, wenn auch nicht in dem Maße wie der kleinere Nachbar. S. dazu: Oberschelp, Reinhard: Politische Geschichte Niedersachsens 1714-1803. Hildesheim 1983. S. 107-108.

¹²⁴ Oberschelp, Politische Geschichte. S. 109-110.

¹²⁵ Ebd. S. 110.

¹²⁶ Albrecht, Landesausbau. S. 21.

¹²⁷ Biegel, Rückkehr. S. 37-40.

¹²⁸ Albrecht, Absolutismus. S. 575.

¹²⁹ Albrecht, Landesausbau. S. 20.

¹³⁰ Zitiert nach Albrecht, Landesausbau. S. 21.

1773 die Oberaufsicht über alle Kassen inne. Für alle Policeysachen war der Geheime Rat zuständig, da dieser aber freilich nicht die Übersicht über alle Vorgänge haben konnte, unterstanden ihm mehrere untergeordnete Verantwortliche. Die Städte Braunschweig, Wolfenbüttel und Helmstedt verfügten dabei über eigene *Policeyämter*, wichtige Entscheidungen mussten aber stets vom Rat genehmigt werden. Die fünf Distrikte des Landes verfügten jeweils über einen *Oberamtmann*, der häufig zu Stellungnahmen herangezogen wurde. Unter diesen standen verschiedene weitere lokale Obrigkeiten. In den Städten waren die *Stadtmagistrate* verantwortlich, häufig wurden deren Mitglieder, mindestens aber der Gerichtsschultheiß vom Herzog ausgewählt. Bei den Fürstlichen Ämtern, Stifts- und Klostergerichten wurde über die Verpachtung der Amts- und Klosterhöfe Einfluss auf die Besetzung der jeweiligen Posten genommen.

Auch auf die landwirtschaftliche Situation in Braunschweig-Wolfenbüttel soll an dieser Stelle noch eingegangen werden. Landwirtschaft war der wichtigste Wirtschaftszweig des Landes, um 1800 gab es etwa 542.000 braunschweigische Morgen Ackerland.¹³¹ Getreide wurde am häufigsten angebaut. Am weitesten verbreitet war dabei der Anbau von Roggen, dem primären Brotgetreide. Im Verlauf des 18. Jahrhunderts weitete sich dann der Weizenanbau aus.¹³² Der größte Teil des Ackerlandes, nämlich 67,4 %, war in bäuerlicher Hand. Etwas über 10 % gehörten zu Domänen und Klosterpachtungen, knapp 8 % befanden sich im adligen Besitz. Das restliche Ackerland verteilte sich auf Frucht-, Obst- und Hopfengärten (5,5 %), Städte und Bürgerschaften (5,1 %) sowie Geistlichkeit und Stiftungen (3,7 %).¹³³ Die Bodenqualität der adligen Besitztümer war in der Regel deutlich besser als beim Land der Bauern und brachte dementsprechend höhere Erträge hervor.¹³⁴ Die Güte des Ackerlandes wurde in sechs Klassen eingeteilt, die angaben, dass Wievielfache der Saatmenge der jeweilige Boden hervorbrachte. Der beste Boden brachte dabei das Siebenfache der ausgesäten Menge und mehr hervor, dies entsprach etwa 14 Himten Ernte pro Morgen. Der schlechteste Boden brachte lediglich die doppelte Saatmenge hervor, dies entsprach etwa vier Himten Ernte pro Morgen.¹³⁵ Nach einer Kontributionsbeschreibung von 1696 verteilte sich das von Bauern bewirtschaftete Ackerland

¹³¹ Ein Braunschweiger Feldmorgen entsprach etwa 2.502m². S. dazu: Ebd. S. 579.

¹³² März, Olav: Kleinstadt – Flecken – Dorf. Soziale und ökonomische Übergänge ländlicher Siedlungsformen im Braunschweiger Weserdistrikt des 18. Jahrhunderts. In: Lippelt; Schildt (Hg.): Braunschweig-Wolfenbüttel. S. 163-180. Hier S. 169.

¹³³ S. dazu die Übersicht bei Albrecht, Landesausbau. S. 96 sowie Ders.: Absolutismus. S. 600.

¹³⁴ Albrecht, Landesausbau. S. 95.

¹³⁵ Lutterloh, Dienste. S. 6-7.

Braunschweig-Wolfenbüttels folgendermaßen auf diese Klassen: Lediglich 0,7 % gehörte zur besten Klasse, allerdings ist dabei zu bedenken, dass das in der Regel bessere Land der Adligen sowie die Amts- und Klosterhöfe dabei nicht berücksichtigt wurden. Knapp 17 % gehörten der zweitbesten Klasse an und brachten das Sechsfache der Ernte hervor. Etwa 75 % der Böden waren von mittlerer Qualität, auf ihnen konnte das Drei-, Vier- und Fünffache der Saat geerntet werden. Auf etwa 7 % der Böden konnte nur das Doppelte des ausgesäten Korn wiedergewonnen werden. In besonders schlechten Jahren kam es sogar vor, dass lediglich die Saatmenge geerntet wurde.¹³⁶ Demensprechend konnten manche Bauern zeitweilig kein Korn auf den Markt bringen, sondern mussten gegebenenfalls noch zukaufen und traten somit auch als Nachfrager auf dem Getreidemarkt auf. Die meisten Bauern konnten aber Getreide auf den Markt bringen. Dabei mussten sie aber häufig gezwungen werden, ihre Erträge auf den öffentlichen Märkten anzubieten bzw. in die Städte zu bringen, da dies, unter anderem aufgrund des teilweise weiten Weges und des nicht zu unterschätzenden Zeitaufwandes, keine besonders attraktive Verkaufsmöglichkeit war. Große Kornproduzenten waren auch die Pächter von Kammer- und Klosterkammergütern sowie die Beamten der Ämter. Von Regierungsseite wurde regelmäßig versucht auch diese dazu zu bringen, ihr Getreide auf den öffentlichen Märkten anzubieten und die Städte zu versorgen, wogegen sie regelmäßig Widerstand leisteten. Auch ihrer Verpflichtung, im Krisenfall den in ihrem Gebiet lebenden Menschen mit Getreide auszuweichen, kamen sie nur widerwillig oder auch gar nicht nach. Erst gegen Ende des Jahrhunderts gab es einigermaßen erfolgreiche Bestrebungen, die Großproduzenten zur Lieferung gewisser Getreidemengen zu verpflichten.¹³⁷

Insgesamt war der Getreideanbau in Braunschweig-Wolfenbüttel regional von sehr unterschiedlicher Qualität. Die Lössböden in den Gegenden um Wolfenbüttel, Helmstedt und Schöningen ermöglichten beste Getreideernten. In den Gebieten um Vorsfelde und den Harz hingegen konnten nur geringe Erträge erzielt werden. Dennoch konnte das Herzogtum in der Regel mehr Getreide produzieren als zur eigenen Versorgung gebraucht wurde und Überschüsse

¹³⁶ Albrecht, Landesausbau. S.95. Albrecht gibt an, dass die Menge des geernteten Kornes in den folgenden 100 Jahren stark angestiegen sei. Ebd. S. 96.

¹³⁷ Albrecht, Landesausbau. S. 126-135., sowie: Ders.: Obrigkeitliche Eingriffe in das Handelsgeschehen. In: Märkl, Claudia; Kaufhold, Karl Heinrich; Leuschner, Jörg (Hg.): Die Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Braunschweiger Landes. Band II- Frühneuzeit. Hildesheim 2008. S. 700-736. Hier S. 726-727.

exportieren.¹³⁸ Auch aus diesem Grund war das Land prinzipiell am ungehinderten Getreidehandel interessiert.¹³⁹

1.4 Wirtschaftspolitische Lage in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts

Die zweite Hälfte des 18. Jahrhunderts war eine Zeit, in der sich verschiedene Wirtschaftsordnungen konträr gegenüberstanden beziehungsweise nebeneinander existierten. Auf der einen Seite stand die etablierte paternalistische Ordnung und auf der anderen Seite standen neuere freihändlerisch geprägte Ansätze.¹⁴⁰ Im Folgenden soll ein knapper Einblick in die vorherrschenden Strömungen und deren Zusammenspiel gegeben werden.¹⁴¹

Die Wirtschaftspolitik fast aller europäischer Regierungen wurde von der Mitte des 17. bis zum Ausgang des 18. Jahrhunderts vom theoretischen Ansatz des *Merkantilismus* bestimmt. Dabei handelte es sich allerdings nie um eine geschlossene Theorie, sondern um eine Sammlung von Ansätzen und Empfehlungen. Durch Eingriffe und bewusste staatliche Wirtschaftsförderung sollte nach diesem Ansatz die Produktion und der Export gesteigert werden, um Handelsüberschüsse erzielen zu können und den Wohlstand des jeweiligen Landes so auf Kosten anderer Länder zu mehren. Rohstoffe sollten möglichst im eigenen Land gehalten werden, während der Import von ausländischen Fertigprodukten unterbleiben, der Export von inländischen aber befördert werden sollte.¹⁴² Die meisten Merkantilisten gingen von einer Begrenzung aller verfügbaren Rohstoffe aus, die für das eigne Land möglichst positiv ausgenutzt werden sollte. Der *Kameralismus* wird häufig als die deutsche Variante des Merkantilismus bezeichnet oder auch als dessen Nachfolger.¹⁴³ Eine exakte Abgrenzung zwischen beiden ist schwierig. Der Begriff des Kameralismus leitet sich von den Staatsbediensteten ab, welche

¹³⁸ Albrecht, Landesausbau. S. 93.

¹³⁹ Albrecht, Eingriffe. S. 727.

¹⁴⁰ S. dazu: Schlumbohm, Jürgen: Freiheit – Die Anfänge der bürgerlichen Emanzipationsbewegung in Deutschland im Spiegel ihres Leitwortes. Düsseldorf 1975. S. 122.; Collet, Katastrophe. S. 160; Becker, Theresa: „Das Commerz muss nicht alle Ordnung umstossen wollen.“ Das Verhältnis von Politik und Handel in Lüneburg und Hann. Münden im 18. Jahrhundert. Hannover 2013. S. 4.

¹⁴¹ Im Kapitel 3.1 wird näher auf die verschiedenen Wirtschaftsrichtungen und ihre Standpunkte zur Getreidepolitik eingegangen.

¹⁴² Gömmel, Rainer: Die Entwicklung der Wirtschaft im Zeitalter des Merkantilismus 1620-1800. München 1998; Schaefer, Karl Christian: Die merkantilistische Wirtschaftspolitik. In: Tilly, Richard H. (Hg.): Geschichte der Wirtschaftspolitik. Vom Merkantilismus zur sozialen Marktwirtschaft. München 1993. S. 8-33; Sokoll, Thomas: Merkantilismus. In: Jaeger, Friedrich (Hg.): Enzyklopädie der Neuzeit. Bd. 8 Manufaktur-Naturgeschichte. Stuttgart/Weimar 2008. Sp.380-387. Hier findet sich auch eine kritische Auseinandersetzung mit dem Begriff des Merkantilismus und dessen Verwendung.

¹⁴³ S. dazu Becker, Commerz. S. 57.

dem Kammerkollegium der fürstlichen Verwaltung angehörten. Der Kameralismus sah seine Aufgaben nicht nur im Bereich der Wirtschaftspolitik, in der den Lehren des Merkantilismus gefolgt wurde. Wie dieser betrachtete auch der Kameralismus den Handel als Nullsummenspiel, in dem das eigene Land möglichst gut abschneiden müsse. Er berücksichtigte aber auch rechtliche, soziale, politische und andere Aspekte, also im Prinzip alle Belange des Landes. In diesem Sinne wurde auch die Vermehrung der jeweiligen Landesbevölkerung befördert. Auch die Förderung, und Verbesserung der Landwirtschaft neben dem Ausbau von Handel und Gewerbe war ein Ziel kameralistischer Politik. Der Kameralismus war also keine reine Wirtschaftstheorie, eng verbunden damit ist das Konzept der *Guten Policy*. Oberstes Ziel war dabei das Gemeinwohl.¹⁴⁴

Merkantilismus beziehungsweise Kameralismus sind hier als Vertreter der etablierten paternalistischen Ordnungen zu verstehen. Dies soll aber nicht so zu verstehen sein, dass dabei nur an althergebrachten Werten festgehalten wurde, es konnten durchaus auch neue wirtschaftswissenschaftliche Erkenntnisse in die Theoriegefüge eingespeist werden.

Bezüglich der Getreidepolitik stehen diese Wirtschaftstheorien für eine protektionistische Politik. Dies soll nicht heißen, dass Getreidehandel prinzipiell unterbunden wurde, allerdings wurden stattliche Eingriffe und Kontrollen befürwortet. Im Krisenfall sollten dann die Grenzen gesperrt werden, um das Getreide innerhalb des eigenen Territoriums zu halten.

Einen anderen Weg verfolgten dabei die Konzepte des *Freihandels* und der *Physiokratie*, welche im Untersuchungszeitraum begannen, den älteren Wirtschafts- bzw. Gesellschaftstheorien Konkurrenz zu machen. Anders als im Merkantilismus wurde die Wirtschaft dabei „nicht als Mittel der Politik betrachtet“.¹⁴⁵ Ökonomischen Gesetzmäßigkeiten sollte sich nicht durch Eingriffe und Regulationen entgegengestellt werden. Im Verlauf des 18. Jahrhunderts wurde es dabei vorstellbar, dass „der Außenhandel ohne jegliche Eingriffe von Seiten des Staates und der Politik auskommen könne.“¹⁴⁶ Es wurde davon ausgegangen, dass sich der Markt selbst regulieren könne und dass durch große Freiheiten innerhalb der Wirtschaft deren Wachstum erreicht werden könne. Grundzüge dieser Sichtweise finden sich in den Theorien der Physiok-

¹⁴⁴ Becker, Commerz. S. 57-61; Gömmel, Entwicklung. S. 42-43.

¹⁴⁵ Kopsidis, Michael: Liberale Wirtschaftspolitik im Zeitalter der Industrialisierung. In: Tilly, Geschichte der Wirtschaftspolitik. S. 34- 68. Hier S. 34.

¹⁴⁶ Hesse, Jan-Otmar; Roelofsen, Cornelis Gerrit: Freihandel. In: Jaeger, Friedrich (Hg.): Enzyklopädie der Neuzeit. Bd. 3 Dynastie-Freundschaftslinien. Stuttgart/Weimar 2006. Sp. 1134-1139. Hier Sp. 1134.

raten in Frankreich, dessen Begründer François Quesnay im Jahr 1758 ein Modell eines Wirtschaftskreislaufs entwickelte.¹⁴⁷ Das Motto der Physiokraten „Laissez faire, laissez passer“, wurde dann von Adam Smith in seinem 1776 erschienenen Werk „*An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations*“ übernommen und weiterentwickelt. Dieses wurde nur einige Jahre später ins Deutsche übersetzt und wurde spätestens seit den 1780er Jahren in Braunschweig-Wolfenbüttel rezipiert.¹⁴⁸

Seit den 1750er und 1760er Jahren begannen vereinzelte Theoretiker auch im deutschsprachigen Raum für den freien Handel zu plädieren.¹⁴⁹ Seit den 1770er Jahren nahmen entsprechende Stimmen zu. Die theoretischen Auseinandersetzungen führten verhältnismäßig schnell zu diversen freihändlerischen Experimenten, welche zunächst aber scheiterten. So kam es in Frankreich nach einer Liberalisierung des Getreidehandels seit den 1760er Jahren zu Hungerunruhen, welche zu einer Rückkehr zu staatlich kontrolliertem Getreidehandel führten.¹⁵⁰ Auch Baden-Durlach musste seine freihändlerischen Tendenzen in der Krise der 1770er Jahre zunächst wieder zurücknehmen.¹⁵¹

Es zeigt sich im Untersuchungszeitraum allerdings in zunehmendem Maße, dass Ideen des Freihandels in die Debatte eingespeist wurden und dass die althergebrachten Methoden protektionistischer Marktsteuerung zwar noch durchgeführt, aber vermehrt in Frage gestellt wurden und einer Rechtfertigung bedurften.

1.5 Quellenlage

Der hohe Stellenwert, den Getreide in frühneuzeitlichen Gesellschaften einnahm, wird nicht zuletzt in Menge und Umfang der thematisch einschlägigen Überlieferungen und Veröffentlichungen offenbar. Dieser Umstand ist aus Forscherinnensicht zunächst einmal erfreulich, da aus einer Fülle von potenziell interessantem Quellenmaterial geschöpft werden kann. In einem nächsten Schritt macht es aber eine sorgfältige Selektion notwendig, um dem ausgewählten Material gerecht werden zu können.

¹⁴⁷ Vgl. Pribram, Karl, *Geschichte des ökonomischen Denkens*. Erster Band (Übersetzt von Horst Brühmann). Frankfurt am Main 1992. S. 205-212.

¹⁴⁸ Vgl. dazu Kapitel 3.1.3.

¹⁴⁹ Schlumbohm, *Freiheit*. S. 124.

¹⁵⁰ Zabel, Christine: *Challenges of Food Security: free Trade, Distribution and Political (In)Stability in Mid 18th Century France*. In: *European Journal for Security Research* 3 (2018). S. 35-50. Hier S. 42-46.

¹⁵¹ Odenwälder, *Nahrungsproteste*. S. 57.

In diesem Sinne habe ich mich entschieden, vorliegende Untersuchung im Wesentlichen auf drei Quellenkomplexen aufzubauen. Der erste ist dabei eine Auswahl zeitgenössischer Veröffentlichungen zum Thema Getreide, Getreideanbau und Getreidepolitik. Die intensive publizistische Auseinandersetzung mit der Thematik wird durch einen Blick in die „*Annonarische Bibliothek*“ aus dem Jahr 1828 verdeutlicht. Der Politiker und Publizist Justus Graf von Soden stellte darin auf fast 100 Seiten die ihm bekannten Veröffentlichungen in verschiedenen Sprachen zusammen, welche sich mit Getreide befassten.¹⁵² Das 18. Jahrhundert war eine Phase besonders intensiver Auseinandersetzung mit der Thematik. Vor allem aus akuten Notlagen heraus entstanden zahlreiche entsprechende Werke, da in derartigen Krisensituationen Fehler im aktuellen System offenbar zu werden schienen und der Bedarf nach Verbesserungen hoch war.¹⁵³

In die Untersuchung einbezogen wurden überwiegend Werke, welche innerhalb des Untersuchungszeitraums veröffentlicht wurden. Dabei wurden nicht nur solche ausgewählt, welche in Braunschweig-Wolfenbüttel erschienen oder die dortige Situation thematisierten. Die öffentliche Debatte zum Thema Getreide war nicht auf ein einzelnes Territorium beschränkt, sondern umspannte den gesamten deutschsprachigen Raum und auch Teile Europas, so vor allem England und Frankreich. Da es in dieser Untersuchung vor allem darum gehen soll, die getreidepolitische Lage des Alten Reichs und besonders die eines kleineren deutschen Landes wie Braunschweig-Wolfenbüttel zu betrachten, soll sich überwiegend auf deutschsprachige Veröffentlichungen beschränkt werden.

Den zweiten Teil des Quellenkorpus bilden die Überlieferungen der Landesregierung Braunschweig-Wolfenbüttels im Niedersächsischen Landesarchiv in Wolfenbüttel. Die relevanten Bestände sind dabei zumeist in den überlieferten Akten des Geheimen Rates unter der Rubrik *Kornsachen* zu finden. Dort finden sich Vorgänge betreffend des Getreidehandels, der Anlegung von Getreidemagazinen und des Ankaufs von Getreide zur Versorgung der Bevölkerung. An geeigneter Stelle werden diese mit den Überlieferungen einzelner Ämter und Gerichte ergänzt. Da die Sicherstellung der Ernährung und somit auch die Getreideversorgung eine der

¹⁵² Soden, Julius Graf von: Die annonarische Gesetzgebung. Versuch eines Systems über den Getraidhandel und die Gesetze nach welchen die Staatsverwaltung in Absicht des Getraides zu handeln hat: Nebst einer annonarischen Bibliothek. Nürnberg 1828. S. 187-282.

¹⁵³ Bereits Wilhelm Naudé wies in seiner 1889 erschienenen Untersuchung über den Hamburger und Stettiner Getreidehandel kritisch auf die Augenblicksbezogenheit entsprechender Veröffentlichungen hin. Naudé, Wilhelm: Deutsche städtische Getreidehandelspolitik vom 15.–17. Jahrhundert, mit besonderer Berücksichtigung Stettins und Hamburgs. Leipzig 1889. S. 2. Für die Fragestellung vorliegender Arbeit mindert dies aber keineswegs den Wert derartiger Werke.

zentralen Aufgaben frühneuzeitlicher Obrigkeiten war, zeigt sich auch hier eine sehr breite Überlieferung. Dementsprechend soll in dieser Arbeit nicht der Anspruch verfolgt werden, eine umfassende Untersuchung aller getreidepolitischen Vorgänge des Untersuchungszeitraums zu liefern. Stattdessen soll ein detaillierter Einblick in bestimmte Aspekte der Getreidepolitik gegeben werden. Dazu wurden folgende Themenkomplexe ausgewählt, welche für die Sicherung der (zukünftigen) Getreideversorgung von besonderer Bedeutung waren und im Untersuchungszeitraum besondere Relevanz besaßen:

1. *Planung, Anlegung und Betrieb öffentlicher Getreidemagazine*
2. *Beschaffung von Getreide zur Versorgung der Bevölkerung*
3. *Regulation, Verbot und Freigabe des Getreidehandels*

Um einer rein obrigkeitlichen Perspektive zu entgehen, werden, wenn möglich, Wortmeldungen aus der Bevölkerung an geeigneter Stelle in die Untersuchung mit einbezogen, meist in Gestalt von Suppliken.

Den dritten Teil des Quellenkorpus bilden die *Braunschweigischen Anzeigen*. Das von Herzog Karl I im Jahr 1745 gegründete offizielle Regierungs- und Anzeigenblatt erschien zweimal wöchentlich. Regelmäßig wurden hier die Getreidepreise veröffentlicht sowie Verordnungen wie beispielsweise Grenzsperrern bekannt gemacht. Immer wieder erschienen auch Artikel, welche sich mit den Themen Ernährung, Landwirtschaft und Getreide auseinandersetzten. Teilweise handelte es sich dabei um Auszüge aus größeren Werken, die so der interessierten Leserschaft bekannt gemacht wurden. Bis 1761 an die Zeitung angeschlossen waren die *Gelehrten Beiträge zu den Braunschweigischen Anzeigen*, später wurden diese separat veröffentlicht. Ab 1788 wurden diese unter dem Namen *Braunschweigisches Magazin* herausgegeben. Auch hier finden sich zahlreiche einschlägige Artikel, welche ebenfalls in die Untersuchung einbezogen wurden. Diese Veröffentlichungen bieten einen wertvollen Einblick dessen, was in Braunschweig-Wolfenbüttel diskutiert wurde, welche Ideen rezipiert und welche Argumentationsmuster verwendet wurden

2. Getreidepreise und Konjunktur

2.1 Die Bedeutung von Getreidepreisen im 18. Jahrhundert

Die hohe Bedeutung, welche Getreidepreisen sowohl von der Gesellschaft des 18. Jahrhunderts als auch von späteren Forschenden des 19., 20. und 21. Jahrhunderts zugeschrieben wurde, lässt sich leicht an entsprechenden Zitaten ablesen. Eines der bekanntesten ist dabei das 1789 von Johann Georg Krünitz in seiner *Oeconomischen Encyclopädie* veröffentlichte und seitdem regelmäßig angeführte Urteil:

„Die Kornpreis-Verzeichnisse sind also in der Geschichte der Völker nichts anderes als die Barometer und Thermometer ihrer Schicksale [...].“¹⁵⁴

In späteren Jahren charakterisierte Wilhelm Naudé Getreideteuerungen, zeittypisch ausdrucksvoll, als „die Sturmvögel der Revolution“.¹⁵⁵ Wilhelm Abel nannte (Getreide-)Preise den „Mittelpunkt wirtschaftlichen Geschehens“ sowie „[d]as wichtigste Material der Konjunktur- und Krisengeschichte“.¹⁵⁶ In jüngerer Zeit beschrieben Gerhard und Engel sie als „ökonomische[.] Schlüsselvariable der Vormoderne.“¹⁵⁷ Christian Pfister legte dar, dass die Zeitgenossen den Getreidepreisen „ebensoviel Aufmerksamkeit [schenkten] wie heute den Börsenkursen, den Arbeitslosenzahlen oder der Veränderung des Bruttosozialproduktes.“¹⁵⁸

Entsprechend rege befassten und befassen sich Forschende verschiedener Fachrichtungen mit Getreidepreisen.¹⁵⁹ Seit der Mitte des 18. Jahrhunderts gab es ein verstärktes Interesse an Getreidepreislisten. Einer der ersten deutschsprachigen Autoren, der sich theoretisch mit Getreidepreisen befasste, war Johann Friedrich Unger. Unger, ein Arithmetiker und späterer Braunschweiger Hofrat und Geheimsekretär, veröffentlichte 1752 das Werk *„Von der Ordnung der Fruchtpreise und deren Einflüsse in die wichtigsten Angelegenheiten des menschlichen Lebens“*.¹⁶⁰ Darin hatte er Getreidepreislisten der vergangenen 100 Jahre zusammengestellt und

¹⁵⁴ Krünitz, Johan Georg: *Oeconomisch-technologische Encyclopädie, oder allgemeines System der Staats- Stadt-Haus- und Landwirthschaft und der Kunst-Geschichte in alphabetischer Ordnung*. Bd. 46 (Korn-Preis-Krams-Vogel). Berlin 1789. Stichwort Korn-Preis.

¹⁵⁵ Naudé, Getreidehandelspolitik. S. 1.

¹⁵⁶ Abel, Massenarmut. S. 15 u. S. 259.

¹⁵⁷ Gerhard, Hans-Jürgen; Engel, Alexander: *Preisgeschichte der vorindustriellen Zeit*. Ein Kompendium auf Basis ausgewählter Hamburger Materialien. Stuttgart 2006. S. 20-21.

¹⁵⁸ Pfister, Christian: *Vom Paternalismus zur Marktwirtschaft 1798 -1856*. In: *Berner Zeitschrift für Geschichte und Heimatkunde* 60/3 (1998). S. 160-176. Hier S. 162.

¹⁵⁹ Hier soll lediglich in knapper Form ein Überblick über die wichtigsten deutschen Werke zur (Getreide-)Preisforschung gegeben werden. S. für einen ausführlicheren Forschungsüberblick: Camenisch, Kälte. S. 30-34 und Gerhard; Engel, Preisgeschichte. S. 20-39.

¹⁶⁰ Unger, Johann Friedrich: *Von der Ordnung der Fruchtpreise und deren Einflüsse in die wichtigsten Angelegenheiten des menschlichen Lebens*. Erster Theil. Göttingen 1752.

arbeitete aus diesem Datenmaterial Muster heraus. Ungers Werk folgten zahlreiche weitere.¹⁶¹ Verschiedene Autoren stellten möglichst langfristige Daten zu (Getreide-)Preisen zusammen, um daraus Regelmäßigkeiten ableiten und Voraussagen treffen zu können. In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts hatte sich „eine wissenschaftliche Erforschung der Preise etabliert“.¹⁶² Krünitz konnte in seiner *Oeconomischen Encyclopädie* dementsprechend bereits auf eine Fülle von entsprechender Sekundärliteratur zurückgreifen.¹⁶³ Allerdings waren in diesen frühen Werken, nach dem Urteil Reinhard Oberschelps, „Spekulation und kritische Forschung [...] nicht immer streng geschieden.“¹⁶⁴ Im 19. Jahrhundert wuchs das Interesse an Preisgeschichte noch weiter und äußerte sich in einer wachsenden Anzahl entsprechender Veröffentlichungen. Dabei überwogen zunächst Preislisten der jüngeren Vergangenheit, da die Preisgeschichte häufig noch dem Zweck diene, die Preise der Gegenwart besser erklärbar zu machen. Gegen Ende des Jahrhunderts wurden dann auch weiter zurückliegende Epochen in den Blick genommen. In dieser Zeit entstanden dann auch die „großen preisgeschichtlichen Werke der ‚ersten Generation‘“.¹⁶⁵ So prägte der Wirtschaftshistoriker Georg Wiebe im Jahr 1895 den Begriff der „Preisrevolution“ für den allgemeinen Preisanstieg im 16. Jahrhunderts.¹⁶⁶ Die vier, zwischen 1896 und 1931 von Gustav Schmoller, Wilhelm Naudé und August Skalweit herausgegebenen, Bände der *Acta Borussica*, welche sich dem Thema der Getreidehandelspolitik widmeten, waren stark preisgeschichtlich geprägt.¹⁶⁷ Das 1929 gegründete *Internationale wissenschaftliche Komitee für die Geschichte der Preise* setzte sich zum Ziel, die Preisgeschichte in verschiedenen Ländern zu untersuchen. Für Deutschland befasste sich Moritz John Elsas dabei als einer der ersten Wirtschaftshistoriker mit Preisen und Löhnen im Mittelalter und der Frühen Neuzeit.¹⁶⁸ Sein „*Umriss einer Geschichte der Preise und Löhne in*

¹⁶¹ Der Nordhäuser Meteorologe Gottfried Erich Rosenthal beispielsweise veröffentlichte in den 1780er Jahren mehrere Werke zu Getreidepreisen, in denen er langjährige Preislisten für verschiedene deutsche Städte zusammenstellte und diese interpretierte. Vgl. z.B.: Rosenthal, Gottfried Erich: *Geschichte des Erfurtischen Getreidepreises von 1651 bis 1775*. Erfurt 1784.

¹⁶² Rahlf, Thomas: *Getreide in der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte vom 16. bis zum 18., Jahrhundert*. Das Beispiel Köln im regionalen Vergleich. Trier 1996. S. 56-57.

¹⁶³ Ebd. S. 56. Die von Krünitz selbst bearbeiteten Bände der *Encyclopädie* erschienen zwischen 1773 und 1796.

¹⁶⁴ Oberschelp, Reinhard (Hg.): *Beiträge zur niedersächsischen Preisgeschichte des 16. bis 19. Jahrhunderts*. Hildesheim 1986. S. X-XI.

¹⁶⁵ Gerhard; Engel, *Preisgeschichte*. S. 22.

¹⁶⁶ Wiebe, Georg: *Zur Geschichte der Preisrevolution des XVI. und XVII. Jahrhunderts*. Leipzig 1895.

¹⁶⁷ Vgl. auch: Gerhard; Engel, *Preisgeschichte*. S. 22-23.

¹⁶⁸ Camenisch, Kälte. S. 31.

Deutschland“ erschien zwischen 1936 und 1949.¹⁶⁹ Wilhelm Abel forschte seit den 1920er Jahren zu Getreidehandel, Getreideversorgung, Agrargeschichte und Hungerkrisen und befasste sich dabei auch immer wieder mit Preisgeschichte und besonders mit Getreidepreisen.¹⁷⁰ Walter Achilles, ein Schüler Abels, forschte ebenfalls zu Agrargeschichte, Getreidehandel und Getreidepreisen besonders auch im Gebiet um Braunschweig und Hannover.¹⁷¹ Franz Irsigler und Dietrich Ebeling bearbeiteten und veröffentlichten in den 1970er Jahren Kölner Getreidepreislisen vom 14. bis zum 18. Jahrhundert.¹⁷² Die 2006 erschienene *„Preisgeschichte der vorindustriellen Zeit“* von Hans-Jürgen Gerhard und Alexander Engel enthält Hamburger Preise des Spätmittelalters und der Frühen Neuzeit und bietet einen Überblick über die Methodik der Preisgeschichtsforschung.¹⁷³ Auch in jüngerer Zeit erschienen verschiedene Arbeiten, welche sich mit vormoderner Getreidepreisgeschichte befassen. Besonders sind dabei zwei Dissertationen hervorzuheben, aus welchen sich für vorliegende Arbeit besonders interessante Anknüpfungspunkte ergaben: *„Hungerkrisen“* von Thore Lassen, welches 2016 erschien sowie *„Endlose Kälte“* von Chantal Camenisch, welches 2014 veröffentlicht wurde.¹⁷⁴

Im 18. Jahrhundert war die Beschäftigung mit Getreidepreisen jedoch nicht nur von theoretischem Interesse geleitet, sondern konnte in Krisenzeiten lebenswichtig sein. Getreide war, wie im einführenden Kapitel gezeigt, für große Teile der mitteleuropäischen Gesellschaft das unbestrittene Hauptnahrungsmittel, der wichtigste Kalorienlieferant und darüber hinaus auch von großer emotionaler Bedeutung. Menschen mit geringem Einkommen mussten einen erheblichen Teil davon für Brotgetreide ausgeben. Achilles zeigte anhand des Einkommens von Hildesheimer Handwerkern im 18. Jahrhundert, dass diese häufig mehr als 50 % ihres Einkommens für Korn aufwandten.¹⁷⁵ Reinhard Oberschelp legte dar, dass ein einziges Einkommen für die Ernährung einer mehrköpfigen Familie oft nicht ausreichte und die Arbeit mehrerer Familienmitglieder erforderlich war, um das nötige Brotgetreide kaufen zu können.¹⁷⁶ Stieg

¹⁶⁹ Elsas, Moritz John: Umriss einer Geschichte der Preise und Löhne in Deutschland vom ausgehenden Mittelalter bis zum Beginn des 19. Jahrhundert. Leiden 1936-1949 (2 Bde).

¹⁷⁰ S. z.B. Abel, Massenarmut.

¹⁷¹ S. z.B.: Achilles, Walter: Die steuerliche Belastung der braunschweigischen Landwirtschaft und ihr Beitrag zu den Staatseinnahmen im 17. und 18. Jahrhundert. Hildesheim 1972; Ders.: Deutsche Agrargeschichte im Zeitalter der Reformen und der Industrialisierung. Stuttgart 1993.

¹⁷² Ebeling, Dietrich; Irsigler, Franz: Getreideumsatz, Getreide- und Brotpreise in Köln 1368-1797. Erster Teil: Getreideumsatz und Getreidepreise: Wochen-, Monats- und Jahrestabelle. Köln-Wien 1976. Zweiter Teil: Brotgewichte und Brotpreise. Köln-Wien 1977.

¹⁷³ Gerhard; Engel, Preisgeschichte.

¹⁷⁴ Lassen, Hungerkrisen; Camenisch, Kälte.

¹⁷⁵ Achilles, Getreidepreissteigerungen. S. 122.

¹⁷⁶ Oberschelp, Preisgeschichte S. LIII-LV.

der Getreidepreis also an, stellte das die Menschen vor ernsthafte Probleme. Um trotzdem das für die Ernährung notwendige Korn kaufen zu können, mussten andere, optionale, Ausgaben gekürzt oder völlig gestrichen werden. Robert Jütte legte dar, dass „[i]n einer durchschnittlichen Krise [...] die Folge hoher Lebensmittelpreise nicht Hungersnot, sondern allgemeine Verarmung [war].“¹⁷⁷ Ein hoher Getreidepreis wirkte sich somit nach und nach auch auf alle anderen Lebensbereiche aus.¹⁷⁸ Dieser Zusammenhang war auch den Zeitgenossen bekannt. Otto von Münchhausen, Botaniker und Autor von Hausväterliteratur sowie einem Plädoyer für den freien Handel, wusste, „daß höhere Kornpreise auch die Preise von allen übrigen Victualien steigen machen.“¹⁷⁹

Die Nachfrage nach Getreide war, im Gegensatz zu anderen einkommenselastisch nachgefragten Gütern, grundsätzlich unelastisch.¹⁸⁰ Auf andere Lebensmittel, wie Fleisch oder Milchprodukte, auf Gebrauchsgüter wie Textilien oder Hausrat oder auf Dienstleistungen wie Reparaturen konnte in der Not verzichtet werden, auf Getreide nicht. Also mussten die Menschen zwangsläufig auch hohe Getreidepreise zahlen, solange sie noch irgendwie dazu in der Lage waren. Steigende Getreidepreise führten zudem nicht zu einer Vergrößerung des Getreideangebotes in ebensolchem Maße.¹⁸¹ Das so genannte *Giffen-Paradox* konnte sogar dazu führen, dass der hohe Preis die Nachfrage nach Getreide noch erhöhte, während niedrige Preise sie wieder sinken ließen.¹⁸² Konnten sich die Menschen durch höhere Getreidepreise beispielsweise kein Fleisch mehr leisten, mussten sie mehr Korn bzw. Brot kaufen, um diesen Kalorienverlust auszugleichen und trieben so die Nachfrage weiter hoch.

Hohe Getreidepreise konnten zudem zu einem Bevölkerungsrückgang führen, standen sie doch in Zusammenhang mit niedrigen Heiratsraten und daraus folgenden niedrigen Geburtsraten sowie mit erhöhten Sterberaten.¹⁸³

¹⁷⁷ Jütte, Robert: Klimabedingte Teuerungen und Hungersnöte. Bettelverbote und Armenfürsorge als Krisenmanagement. In: Behringer, Wolfgang; Lehmann, Hartmut; Pfister, Christian (Hg.): Kulturelle Konsequenzen der »Kleinen Eiszeit«. Cultural Consequences of the »Little Ice Age«. Göttingen 2005. S. 225-237. Hier S. 225.

¹⁷⁸ Dies entspricht der Theorie der Krise vom „type ancien“, wie sie von Labrousse entwickelt und von Abel, mit Abstrichen, vertreten wurden. S. dazu: Fn 89.

¹⁷⁹ Münchhausen, Otto von: Der freye Kornhandel als das beste Mittel um Mangel und Theurung zu verhüten; zur Warnung auf künftige Zeiten aus der Erfahrung und aus neuen Gründen erwiesen von dem Verfasser des Hausvaters. Hannover 1772. S. 11.

¹⁸⁰ Pfister, Ulrich: Die Frühe Neuzeit als wirtschaftshistorische Epoche. Fluktuationen relativer Preise 1450-1850. In: Die Frühe Neuzeit als Epoche 49 (2009). S. 409-434. Hier S. 419. S. auch: Camenisch, Kälte. S. 107.

¹⁸¹ C. Pfister, Paternalismus. S. 162.

¹⁸² Das vom Ökonom Robert Giffen formulierte Paradox besagt, dass ein Gut umso mehr nachgefragt wird, wenn der Preis steigt. Dies gilt aber nur für bestimmte Güter, zu denen Getreide zu rechnen ist. Vgl. dazu: Camenisch, Kälte. S. 109.

¹⁸³ U. Pfister, Epoche. S. 420.

Sehr viele Menschen im untersuchten Zeitraum hatten also Interesse an niedrigen Getreidepreisen, für sie galt: „Schlechte Zeiten waren Teuerungen, also Phasen hoher Preise und entsprechender Probleme der Existenzsicherung, gute Zeiten waren Phasen gesicherter Versorgung und ‚normaler‘ Preise.“¹⁸⁴

Allerdings gab es durchaus auch Stimmen, die zu niedrige Getreidepreise für eine Gefahr hielten und hohe Preise befürworteten: „Gott bewahre mein Vaterland für dem Unglück einen so niedrigen Getreidepreis zu erleben!“ ließ der Berliner Polizeidirektor Johann Heinrich Philippi einen Protagonisten seiner 1765 erschienenen Schrift „*Der vertheidigte Korn-Jude*“ ausrufen.¹⁸⁵

In der Tat profitierten einige Menschen deutlich mehr von hohen oder zumindest höheren Getreidepreisen. Preissteigerungen „waren für Produzenten und Händler gut, führten aber für die Landlosen und große Teile der städtischen Bevölkerung zu Hungerkrisen.“¹⁸⁶ Auch die Regierungen hatten kein Interesse an einem zu niedrigen Kornpreis, da ein solcher, ebenso wie zu hohe Preise, die Abgaben der Untertanen gefährdete, da es an Einkommen fehlte.¹⁸⁷

Als ideal wurde also ein weder zu hoher noch zu niedriger Kornpreis angesehen. Extreme Ausschläge in beide Richtungen waren unerwünscht. Allerdings rief ein zu hoher Preis deutlich stärkere Reaktionen hervor, da er unmittelbar lebens- und existenzbedrohend sein konnte. Durch die Erfahrung vergangener Teuerungen und Krisen reagierten die Menschen auf Steigerungen des Getreidepreises alarmiert. Hohe Preise oder bloße Gerüchte über Preissteigerungen, schlechte Ernten oder Getreidemangel konnten zu Panik- und Hamsterkäufen führen, da die Menschen versuchten, sich möglichst schnell mit möglichst günstigem Getreide einzudecken.¹⁸⁸ Durch derartige psychologische Faktoren konnte der Preis dann noch stärker ansteigen und die Angst sowie den Mangel noch verstärken.

Dementsprechend hoch war der Druck auf Obrigkeiten und Regierung, bei hohen Getreidepreisen möglichst schnell zu reagieren. Starke Steigerungen zogen in der Regel baldige obrigkeitliche Aktionen nach sich.¹⁸⁹ In der Begründung von Getreidesperren fand sich dementsprechend regelmäßig der Verweis auf hohe Getreidepreise.¹⁹⁰ In Braunschweig-Wolfenbüttel lösten hohe Getreide-, Mehl- oder Brotpreise wiederholt obrigkeitliche Aktivitäten aus, neben

¹⁸⁴ Gerhard, Engel, Preisgeschichte. S. 20-21.

¹⁸⁵ Philippi, Johan Heinrich: *Der vertheidigte Korn-Jude*. Berlin 1765. S. 167.

¹⁸⁶ Lorenzen-Schmidt, Klaus-Joachim: Agrarpreise. In: Jaeger, Friedrich (Hg.): *Enzyklopädie der Neuzeit*. Bd. 1. Abendland-Beleuchtung. Stuttgart/Weimar 2005. Sp. 119-122. Hier Sp. 120.

¹⁸⁷ Dehesselles, Policy. S. 63.

¹⁸⁸ Vgl. Camenisch, Kälte. S. 110.

¹⁸⁹ Lorenzen-Schmidt, Agrarpreise. Sp.121.

¹⁹⁰ Im Kapitel 3.3.1 wird ausführlicher auf die Begründung der Getreidesperren eingegangen.

der Verhängung von Getreidesperren beispielsweise auch die Anlegung öffentlicher Magazine. So regte Herzog Karl im Jahr 1745 aufgrund des hohen Mehlspreises die Anlegung eines Magazins an, um den Bedürftigen den Zugang zu günstigem Mehl zu ermöglichen.¹⁹¹ Heinrich Bernhard Schrader von Schliestedt, Minister in Braunschweig-Wolfenbüttel, betonte 1748: „Den Korn-Preiß in seine Schranken und zu einem gemäßigten Betrag zu setzen, ist ein Objekt von großer Wichtigkeit, zumahlen nach der Situation hiesiger Lande.“¹⁹² Bei getreidepolitischen Entscheidungen war der aktuelle Kornpreis in fast jeder Diskussion ein wichtiger Faktor. Münchhausen, der Vorsitzende der 1773 in Braunschweig gegründeten Kornmagazinkommission,¹⁹³ kontaktierte im Frühsommer 1775 seine Kollegen. Er befand sich außerhalb Braunschweigs und war wegen der steigenden Kornpreise besorgt. Münchhausen erbat sich eine Einschätzung der Lage in der Hauptstadt und regte an, mit der Austeilung von Getreide aus den öffentlichen Magazinen zu beginnen. Zu Untermauerung seiner Sorge hatte er dem Schreiben eine knappe Auflistung der aktuellen Kornpreise hinzugefügt.¹⁹⁴

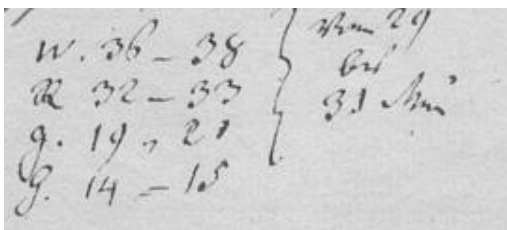


Abbildung 2: Handschriftliche Auflistung der Kornpreise von Mai 1775.¹⁹⁵

Häufig galt der Kornpreis als eine Art Krisenindikator, der den Entscheidenden ein Instrument an die Hand gab, um die Lage abseits von allgegenwärtigen Klagen und Bitten einschätzen zu können. Im November 1771 wurde vom Braunschweiger Bürgermeister Koch oder einem seiner Mitarbeiter eine handschriftliche Liste erstellt, welche die Getreidepreise der wichtigsten

¹⁹¹ Schreiben Herzog Karl an Magistrat zu Braunschweig. 11.01.1745. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13372. Bl. 2-3.

¹⁹² Schreiben H. B. Schrader von Schliestedt. 20.12.1748. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13384. Bl. 3r.-12v. Hier Bl. 9r.

¹⁹³ Die Kornmagazinkommission wurde im Winter 1773 in Braunschweig gegründet und befasste sich zunächst hauptsächlich mit der Planung und Anlegung öffentlicher Getreidemagazine. Im Kapitel 3.2 wird näher auf die Kommission eingegangen.

¹⁹⁴ Schreiben Münchhausen an Kornmagazinkommission. Juni 1775. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13491. Bl. 23 r.

¹⁹⁵ NLA WO, 2 Alt, Nr. 13491. Bl. 23r.

Getreidesorten des gegenwärtigen und vergangenen Jahres monatsweise gegenübergestellt.¹⁹⁶ Daraus konnte auf einen Blick abgelesen werden, dass die Getreidepreise sich innerhalb eines Jahres in einigen Fällen verdoppelt oder gar verdreifacht hatten. Koch sandte die Auflistung an den Geheimen Rat und nahm die Steigerungen zum Anlass in einem begleitenden Schreiben den Ankauf von ausländischem Getreide zur Versorgung der Stadtbevölkerung anzuregen.¹⁹⁷

Monat / Datum	1770			1771		
	Cubitz	Rade	Grosch	Cubitz	Rade	Grosch
Januar	26	20	14	43	43	26
Febr.	25	19	14	42	39	27
März	25	19	15	45	42	29
April	25	19	15	43	41	31
Mai	26	20	15	42	40	31
Juni	26	20	16	42	40	30
Juli	27	20	17	43	42	31
August	28	20	18	48	45	33
Sept.	29	23	19	48	45	34
Oktober	28	24	19	47	46	35
November	29	24	19	47	46	35
Dezember	30	25	19	48	45	35
Januar 1771	29	26	20	48	47	37
Febr.	27	26	21	53	49	37
März	28	26	21	60	62	40
April	28	28	24	62	55	41
Mai	30	28	24	80	55	44
Juni	30	26	24	70	55	42
Juli	30	26	20	70	52	40
August	30	27	22	55	50	28
Sept.	31	31	24	50	50	25
Oktober	40	42	25	50	54	33
November	40	40	23	64	62	33
Dezember	39	37	25	64	58	33
Januar 1771	39	39	26	64	62	34
Febr.	40	40	26	68	60	40
März	43	43	27			
April	42	43	26			
Mai	42	43	25			
Juni	43	43	26			

Abbildung 3: Handschriftliche Gegenüberstellung der Braunschweiger Getreidepreise von 1770 und 1771.¹⁹⁸

Zusätzlich wurden in Braunschweig-Wolfenbüttel regelmäßig Auskünfte zum aktuellen Stand der Getreidepreise in allen Landesteilen, aber auch in anderen Ländern, eingezogen. So schrieb beispielsweise der Stauffenburger Amtmann Conrad Viet Reinecke im Februar 1772 an die Regierung in Braunschweig und berichtete über den Stand der Getreidepreise im nahen

¹⁹⁶ Handschriftliche Gegenüberstellung der Getreidepreise der Jahre 1770 und 1771. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13491. Bl. 10r. Es wurden die Preise für jeweils einen Wispel Getreide notiert.

¹⁹⁷ Schreiben Bürgermeister Koch an Geheimer Rat. 18.11.1771. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13491. Bl. 9r-v.

¹⁹⁸ NLA WO, 2 Alt, Nr. 13491. Bl. 10r.

Seesen. Zudem konnte er offenbar auch Informationen zu ausländischen Getreidepreisen liefern und meldete, dass die Preise sowohl in der Gegend um Frankfurt als auch in Preußen gefallen seien.¹⁹⁹

Die Getreidepreise entstanden selbstverständlich nicht im luftleeren Raum, sondern wurden von verschiedenen Faktoren beeinflusst. Zunächst einmal schwankten die Preise im Verlauf eines jeden Jahres erheblich. Im Jahresverlauf kam zu unterschiedlichen Zeiten unterschiedlich viel Getreide auf die Märkte. Zudem beeinflusste die Verfügbarkeit von saisonalen Lebensmitteln den Speiseplan und somit die Nachfrage nach Getreide. Derartige Schwankungen im Jahresverlauf waren den Menschen im untersuchten Zeitraum vertraut. Unger unternahm als einer der ersten den Versuch diese zu systematisieren und zeigte auf, dass die Kornpreise kurz nach der Ernte am günstigsten seien, da zu dieser Zeit viel Getreide auf die Märkte ströme.²⁰⁰ Abel teilte die zyklischen Preisschwankungen in drei Kategorien ein. Neben der saisonalen Schwankung innerhalb eines Jahres, beschrieb er auch eine Veränderung zwischen den einzelnen Jahren.²⁰¹ Ein Grund dafür konnten „krisenhafte Angebotsverknappungen“ sein, beispielsweise durch den Ausfall der Ernte.²⁰² Eine hohe Quantität und gute Qualität des eingebrachten Getreides erhöhte die verfügbare Menge und ließ so den Preis sinken. Eine Missernte hingegen verringerte das Angebot und ließ den Preis steigen. Auch kriegerische Auseinandersetzungen sorgten regelmäßig für steigende Getreidepreise. Neben dem Angebot hatte auch die Nachfrage Einfluss auf die Preisbildung für Getreide. Camenisch legt dar, dass die Nachfrage nach Getreide eher unelastisch war, aber von demographischen Entwicklungen wie Epidemien oder vermehrter Migration beeinflusst werden konnte. Zusätzlich konnte eine Veränderung der Ernährungsgewohnheiten die Nachfrage nach Getreide langfristig prägen.²⁰³ Zudem konnte die Menge und Qualität des im Umlauf befindlichen Geldes sowie inflationäre Prozesse das Niveau der Getreidepreise stark beeinflussen, ohne dass die Angebotsmenge

¹⁹⁹ Schreiben C. V. Reinecke an Regierung Braunschweig. 27.02.1772. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13476. Bl. 139-140.

²⁰⁰ Unger, Ordnung. S. 3 u. S. 24.

²⁰¹ Abel, Massenarmut. S. 33-42.

²⁰² Gerhard; Engel, Preisgeschichte. S.21.

²⁰³ Camenisch, Kälte. S. 91-99 u. S. 107-111.

oder die Nachfrage sich verändert hätten. Gleichzeitig konnten Missernten aber auch kurzfristige inflationäre Schübe auslösen.²⁰⁴ Im niedersächsischen Raum kam es vor allem in der ersten Hälfte der 1760er Jahre zu einer starken Inflation, welche durch die Folgen des Siebenjährigen Krieges und durch im Umlauf befindliches minderwertiges Geld ausgelöst wurde.²⁰⁵

Die dritte von Abel identifizierte Kategorie der Preisschwankungen waren zyklische Schwankungen, die sich über viele Jahre erstreckten.²⁰⁶ Derartige Konjunkturverläufe sind wohl unbestreitbar. Lorenzen-Schmidt sieht bei den Agrarpreisen für die Frühe Neuzeit einen starken Anstieg bis 1600, dann eine Sattelzeit bis 1620, worauf sich ein Fall bis 1750 anschloss. Bis 1800 folgte dann ein „sehr starker Anstieg mit außerordentlicher Preishöhe“.²⁰⁷ Die hier betrachtete zweite Hälfte des 18. Jahrhunderts stellt sich also als eine Zeit mit außerordentlich hohen Getreidepreisen dar. Ulrich Pfister teilt die Zeit zwischen dem Spätmittelalter und 1850 bezüglich Bevölkerungsentwicklung, Reallohn und Preisniveau in vier Kategorien ein.²⁰⁸ Der untersuchte Zeitraum fällt dieser Einteilung zufolge in eine Phase steigender Bevölkerung und steigender Preise für Konsumgüter mit gleichzeitiger Abnahme der Reallöhne.²⁰⁹

Abschließend soll noch auf gewisse Problematiken der historischen Preisforschung eingegangen werden. Gerhard und Engel formulierten dabei eines der zentralen und bislang nicht befriedigend aufgelösten Probleme: „Preise werden in der Regel in Geld ausgedrückt. Damit enden alle Versuche, Preisvergleiche über längere Zeiträume herzustellen, fast immer beim Geld – beziehungsweise bei der Erkenntnis, dass dieses im Laufe der Geschichte von Zeit zu Zeit seinen Charakter geändert hat und damit entsprechende Versuche vor große Probleme gestellt sind.“²¹⁰

Wer vormoderne Preise verstehen möchte, muss also vormodernes Geld verstehen. Das Verständnis von Geld hat sich seit der Frühen Neuzeit in vielerlei Hinsicht grundlegend gewandelt. So hat heutiges Geld einen Nominalwertwert, welcher ihm zugeschrieben und allgemein akzeptiert wird, und der weitestgehend von dem reinen Materialwert entkoppelt ist. Der Wert

²⁰⁴ Denzel, Markus A.; Gerhard, Hans-Jürgen: Inflationäre Prozesse in Nordwestdeutschland im 18. Jahrhundert: Professor Dr. Karl Heinrich Kaufhold zum 70. Geburtstag. In: Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. 90/1 (2003). S. 1-24. Hier S. 17.

²⁰⁵ Ebd. S. 17-21.

S. auch: Gerhard, Hans-Jürgen; Kaufhold, Karl Heinrich: Preise im vor- und frühindustriellen Deutschland. Grundnahrungsmittel. Göttingen 1990. S. 29.

²⁰⁶ Als „Hyperzyklen“ bezeichnet. S. dazu: Abel, Massenarmut. S. 41-42.

²⁰⁷ Lorenzen-Schmidt, Agrarpreise. Sp.120.

²⁰⁸ U. Pfister, Epoche. S. 412.

²⁰⁹ Ebd. S. 414.

²¹⁰ Gerhard; Engel, Preisgeschichte. S. 40.

vormodernen Geldes hingegen war eng an den Materialwert gebunden. Das enthaltene Edelmetall stellte die Kaufkraft dar.²¹¹ Darüber hinaus konnte es den Wert des Geldes beeinflussen, wie viel oder wenig Edelmetall vorhanden war. Wenn beispielsweise viel Silber in ein Land strömte und in großen Mengen vorhanden war, veränderte dies den Wert des Geldes. Zudem waren größere Münzen wegen des enthaltenen Edelmetalls wertvoller als Kleinere.²¹² Heutzutage ist es für den Wert der Ware unerheblich, ob sie mit 100 Ein-Euro-Münzen oder einem 100-Euro-Schein bezahlt wird. In der Frühen Neuzeit war dies anders. Auch wenn, wie in Braunschweig-Wolfenbüttel im untersuchten Zeitraum, 288 Pfennige offiziell einen Reichstaler ergaben, war der Wert der Münzen nicht gleich. Eine Ware, die in kleinem Geld bezahlt wurde, war also teurer als eine, die in großer Münze vergütet wurde. Auch Münzen, die zwar gleich hießen, mussten nicht unbedingt gleich viel wert sein. Regelmäßig waren „schlechte“ Münzen im Umlauf, also Geld, welches einen geringeren Edelmetallgehalt hatte, als es offiziell haben sollte. In der Regel war den Menschen dies bekannt und sie weigerten sich, die schlechten Münzen anzunehmen oder verlangten einen Aufpreis, wenn mit diesen gezahlt wurde.²¹³ Während des Krisenjahres 1771 verlangte der Kaufmann Flotho, welcher mit der braunschweigischen Regierung über den Verkauf von Getreide verhandelte, die Bezahlung „in Golde, oder mit Vergütung des agio in Braunschweiger Münze“.²¹⁴ Der Verkäufer war also vom Nominalwert der braunschweigischen Währung nicht überzeugt und verlangte einen Aufschlag, wenn das Getreide in dieser bezahlt werden sollte. Die Goldwährung hingegen wurde als stabil und vertrauenswürdig angesehen. Sogar die öffentlichen Magazine, welche besonders während Mangel und Teuerung wohltätigen Zwecken dienen sollten, weigerten sich in einigen Fällen kleine Münzen anzunehmen. Das Magazin an der Alten Waage in Braunschweig nahm zu Beginn des Jahres 1772 keine Pfennigmünzen mehr an. Die Stadtbevölkerung erhielt das Korn zwar vergünstigt, musste aber „in keiner kleineren Münze, als hiesigen zwey gute Groschen Stücken“ bezahlen.²¹⁵

Zusätzlich wurden Preise häufig anders notiert als sie tatsächlich gezahlt wurden. In Geschäftsbüchern oder auf Rechnungen fand sich häufig so genanntes Rechengeld, welches nicht mit dem in der Praxis verwandten Geld übereinstimmte.²¹⁶ Zudem befanden sich im untersuchten

²¹¹ Ebd. S. 43.

²¹² Ebd. S. 57-58.

²¹³ Gerhard; Kaufhold, Preise/Grundnahrungsmittel. S. 10.

²¹⁴ A. von Hoym an Regierung Braunschweig. 16.11.1771. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13480 Bl. 51r.

²¹⁵ Mitteilung vom 09.01.1772. NLA WO, 2 Alt, Nr.13491. Bl. 14r.-14v. Hier Bl. 14r.

²¹⁶ Gerhard; Engel, Preisgeschichte. S. 59; Ebeling; Irsigler, Getreideumsatz. S. XXXII-XLIII.

Zeitraum zahlreiche verschiedene Währungen im Umlauf. Obwohl es natürlich Umrechnungskurse gab, sind diese aufgrund der zuvor geschilderten Eigenschaften vormodernen Gelds nur unter Vorbehalt zu gebrauchen.

Vergleiche zwischen Preisen sind daher in vielen Fällen heikel. Ebeling und Irsigler versuchten dieses Problem zu lösen, indem sie den Edelmetallfeingehalt des jeweiligen Geldes ausrechneten und diesen miteinander verglichen.²¹⁷ Allerdings bleiben auch bei diesem Vorgehen gewisse Schwierigkeiten bestehen. Gerhard und Kaufhold weisen darauf hin, dass in der Regel zu wenig über den Edelmetallgehalt der Münzen bekannt ist, um zuverlässig mit diesem Wert argumentieren zu können.²¹⁸

Die Herausforderungen gehen zudem noch deutlich weiter. Die Vergleichbarkeit von Getreidepreisen ist auch aufgrund der Beschaffenheit der Ware kaum zuverlässig möglich. Ein Grund dafür sind zunächst die sehr unterschiedlichen Maße und Gewichte. Diese waren, obwohl es offizielle Richtwerte gab, häufig nicht genormt und bereits regional sehr unterschiedlich. Ein Himten beispielsweise, ein verbreitetes Hohlraummaß, konnte in einem Ort sehr viel mehr Getreide fassen als in einem anderen. Bei Hohlraummaßen kommt die Schwierigkeit hinzu, dass „nichts über den technischen Umgang mit ihnen bekannt ist.“²¹⁹ Das heißt also, dass in vielen Fällen nicht klar ist, ob das Maß etwa geschüttelt, gestrichen oder gehäuft verwendet wurde. Dies kann dazu führen, dass über sehr unterschiedliche Mengen Getreides gesprochen wird und die Vergleichbarkeit leidet. Darüber hinaus hatte die Qualität des Kornes einen nicht zu unterschätzenden Einfluss auf den Preis. Unterschiedliche Preise können sich also auch durch unterschiedliche Qualität der Ware erklären.²²⁰ Dies kann so weit gehen, dass die Voraussetzungen so unterschiedlich sind, dass es sich kaum noch um eine vergleichbare Ware handelt.²²¹ Wenn von zwei Partien Roggen beispielsweise eine feucht, schimmelig und von Ungeziefer durchsetzt ist, kann diese nicht mehr sinnvoll mit einer trockenen, sauberen und schädlingsfreien Ladung Roggen verglichen werden.

Zudem kann die Beschaffenheit des Getreides Einfluss auf seine Maße haben, eine feuchte Ladung Roggen beispielsweise wiegt mehr als eine trockene.²²² Die Umrechnung alter Maße, vor allem Hohlraummaße, in heutige Gewichtseinheiten sind aufgrund dieser Besonderheiten

²¹⁷ Ebeling; Irsigler, *Getreideumsatz*. S. XXXII-XLIII.

²¹⁸ Gerhard; Kaufhold, *Preise/Grundnahrungsmittel*. S. 10.

²¹⁹ Gerhard; Engel, *Preisgeschichte*. S. 316.

²²⁰ Ebd. S. 95

²²¹ Gerhard; Kaufhold, *Preise/Grundnahrungsmittel*. S. 5.

²²² Ebd. S. 9.

laut Gerhard und Kaufhold nicht nur wenig sinnvoll, sondern sogar „bedenklich“.²²³ Derartige Umrechnungen können punktuell dazu dienen, Forschenden und Interessierten den Zugang zu historischen Maßen und Gewichten zu erleichtern, sollten aber nicht für Vergleiche genutzt werden.

Es zeigt sich also, dass Vergleichbarkeit von Getreidepreisen nur unter Vorbehalt möglich ist. Auch Warenkorbvergleiche, zu denen zu diesem Zweck häufig gegriffen wird, bringen eine Reihe von Problemen mit sich.²²⁴ Auch dort werden nicht selten unvergleichbare Dinge miteinander verglichen. Nicht einheitliche Geldsysteme, Maße und Gewichte und auch der unterschiedliche Stellenwert bestimmter Verbrauchsgüter und Lebensmittel bringen Probleme mit sich.²²⁵ Auch das Einkommen vieler Berufsgruppen kann nicht wirklich quantifiziert werden, kamen doch beispielsweise zu einem festen Geldlohn in einigen Fällen noch Sporteln oder bestimmte Sachleistungen hinzu, die nicht, oder nur unzureichend, gewichtet werden können.²²⁶ Um sich einer Bewertung verschiedener Preise anzunähern, sollten diese vielmehr „in die jeweils herrschenden Lebensumstände“ eingeordnet werden.²²⁷ Ein Preis kann also zunächst nicht als hoch oder niedrig, ein Jahr nicht als krisenhaft oder günstig bewertet werden. Um zu einer sinnvollen Einschätzung zu gelangen, müssen verschiedenen Faktoren miteinbezogen werden, so in jedem Fall auch die Wahrnehmung der Zeitgenoss:innen.²²⁸

Es wird also deutlich, dass der Umgang mit vormodernen Preisen sehr häufig nur eine Annäherung sein kann. Umrechnungen in heutige Währung oder Angaben darüber, was eine Ware aus dem 18. Jahrhundert heutzutage wert wäre, können kaum seriös gegeben werden. Dazu müsste „Unvergleichbares verglichen werden.“²²⁹

²²³ Ebd. S. 8.

²²⁴ Vgl. zur Schwierigkeit von Warenkorbvergleichen auch: Gerhard, Hans-Jürgen: Quantitative und qualitative Aspekte von Handwerkerinkommen in nordwestdeutschen Städten von der Mitte des 18. bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts. In: Engelhardt, Ulrich (Hg.): Handwerker in der Industrialisierung. Lage, Kultur und Politik vom späten 18. bis ins frühe 20. Jahrhundert. Stuttgart 1984. S.51-77. Hier besonders S. 69-72.

²²⁵ Gerhard; Engel. Preisgeschichte. S. 45-46.

²²⁶ Ebd. S. 62-63.

²²⁷ Ebd. S. 47.

²²⁸ Lassen, Hungerkrisen. S. 64.

²²⁹ Gerhard; Engel. Preisgeschichte. S. 50.

2.2 Datengrundlage und Methodik

Die ausgewerteten Getreidepreise stammen aus den *Braunschweigischen Anzeigen*, dem 1745 von Herzog Karl I gegründeten Regierungs- und Anzeigenblatt Braunschweig-Wolfenbüttels. Berücksichtigt wurden nur die Preise für die Stadt Braunschweig. Die Anzeigen erschienen zweimal wöchentlich, jeden Mittwoch und jeden Samstag. Neben amtlichen Bekanntmachungen, privaten Annoncen und Artikeln zu den verschiedensten Themen enthielten sie von Beginn an auch Getreidepreise.²³⁰ Meist erschienen diese auf den hinteren Seiten der Zeitung gemeinsam mit weiteren wechselnden Angaben wie etwa den Brottaxen, Fleisch-, Holz-, Mehl- oder Salzpreisen, Bier- und Branntweintaxen sowie Geld- und Wechselkursen.

In der Regel wurden die Preise für die vier wichtigsten Getreidesorten Weizen, Roggen, Gerste und Hafer bekanntgemacht.²³¹ Diese waren stets in derselben Reihenfolge aufgelistet. In den frühen Ausgaben der 1740er Jahre fehlte in einigen Ausgaben die Angabe zum Hafer, stattdessen wurden dann Linsen aufgenommen.²³² Aufgeteilt wurden die Angaben nach Himten, der Einzelhandelsmenge und Wispel, der Großhandelsmenge.²³³

Stets wurden die Marktpreise einige Tage im Nachhinein veröffentlicht. So erschienen beispielsweise am 5. Februar 1780 die Preise vom 23. bis zum 29. Januar, am 9. Februar 1780 die Preise vom 30. Januar bis zum 5. Februar. Für Braunschweig wurden die Preisangaben vom Alten-Stadt-Markt, dem Aegidienmarkt und dem Hagenmarkt verwendet, wobei auf dem Alten-Stadt-Markt das Getreide nach Himten und auf den beiden anderen nach Wispeln verkauft wurde. In den frühen Ausgaben stand die Herkunft der Preise über den entsprechenden Tabellen. Später wurde dies weggelassen, vermutlich, da die Quelle der Preisangaben nun als bekannt vorauszusetzen war.

Gerhard und Engel beschrieben die in den Zeitungen des späten 17. und 18. Jahrhunderts abgedruckten Preisdaten in ihrer *Preisgeschichte der vorindustriellen Zeit* als mögliche Quellen zur Untersuchung von Preisentwicklungen.²³⁴ Wichtig für den Wert preisgeschichtlicher Quellen sei der „Grad ihrer Zuverlässigkeit und ihre Nähe zum Markt.“²³⁵ Eine längere Zeitspanne

²³⁰ Die in den Braunschweigischen Anzeigen abgedruckten Getreidepreise haben bereits mehrfach das Interesse von Forschenden gefunden. Gerhard und Kaufhold werteten die Preislisten aus, rechneten die angegebenen Mengen in ein einheitliches Maßsystem um und bildeten Jahresdurchschnittspreise. Gerhard; Kaufhold, *Preise/Grundnahrungsmittel*. S.23-30; 86-91; 135-140 u. 197-202.

²³¹ In den ersten Jahren wurde Hafer dabei als „Habern“ bezeichnet.

²³² So beispielsweise in der 23. Ausgabe von 1745. (20.03.1745).

²³³ Gerhard; Kaufhold, *Preise/Grundnahrungsmittel*. S. 29. Ein Wispel entsprach 40 Himten.

²³⁴ Gerhard; Engel, *Preisgeschichte*. S. 54

²³⁵ Ebd. S. 55

erhöhe die Aussagekraft des Preismaterials, da in diesem Fall davon auszugehen sei, dass „die Käufe unter unterschiedlichen Umständen vollzogen“ wurden und somit verschiedenen Eventualitäten und unterschiedliche Einflüsse in die Preisreihen mit eingeflossen sind.²³⁶

Die in den *Braunschweigischen Anzeigen* abgedruckten Getreidepreise erfüllen verschiedene dieser Kriterien. Es liegt eine lange Preisreihe vor, welche aufgrund der stets gleichen Herkunft der Preise vergleichbar ist. Zudem umfasst der betrachtete Zeitraum Phasen guter Ernten, Kriege, Zeiten des Getreidemangels und der Inflation. Es kann also davon ausgegangen werden, dass die Preisbildung sich unter verschiedenen Vorzeichen vollzogen hat. Zuverlässigkeit und Marktnähe der zugrundeliegenden Preisdaten sind ebenfalls als zufriedenstellend zu betrachten. Die abgedruckten Preise stammten von den städtischen Getreidemärkten und wurden stets wenige Tage im Nachhinein veröffentlicht. Bei den Angaben handelte es sich um Durchschnittspreise beziehungsweise Preisspannen des auf den Märkten gehandelten Kornes. Sie schlossen also sämtliches auf diesen Märkten angebotene Getreide in verschiedenen Qualitäten und von verschiedenen Anbietern ein.

Zudem scheinen die abgedruckten Preise zuverlässig mit den Marktpreisen übereinzustimmen, so zeigen es zumindest einige Stichproben. Im vorangegangenen Kapitel wurde gezeigt, dass die Verantwortlichen für die Getreidepolitik regelmäßig mit Preisen argumentierten und Preislisten für den internen Gebrauch erstellten. Eine handschriftliche Getreidepreisliste aus dem Jahr 1771 stimmt mit den in den *Braunschweigischen Anzeigen* abgedruckten Preisen überein.²³⁷ Auch die im Juni 1775 vom Vorsitzenden der Kornmagazinkommission notierte Übersicht der Getreidepreise für die letzten Maitage stimmt weitgehend mit den Angaben in den *Braunschweigischen Anzeigen* überein.²³⁸

Selbstverständlich ist anzunehmen, dass Transaktionen außerhalb der offiziellen Märkte stattfanden und diese nicht in die ermittelten und abgedruckten Preise mit eingingen. Zudem muss stets im Blick behalten werden, dass die Preise lediglich für die Stadt Braunschweig galten und im Umland oder in anderen Städten andere Getreidepreise gezahlt wurden. Dennoch ist da-

²³⁶ Ebd.

²³⁷ S. Abbildung 3 im Kapitel 2.1.

²³⁸ Die Getreidepreise in der handschriftlichen Notiz Münchhausens umfassten den 29. bis 31. Mai 1775. (S. Abbildung 2 im Kapitel 2.1). Die entsprechenden Angaben in den *Braunschweigischen Anzeigen* vom 10. Juni stimmen weitgehend überein. Lediglich der Preis für einen Wispel Gerste wird in den *Anzeigen* mit 19-20 Taler angegeben, während Münchhausen 19-21 Taler notierte.

von auszugehen, dass die in den *Braunschweigischen Anzeigen* abgedruckten Preise einen großen Einfluss auf die Preisbildung hatten, da sie regelmäßig von zahlreichen Menschen wahrgenommen wurden.

Getreidepreis.

In Braunschw. vom 30. Jan. bis 5. Febr.

	à Himpte.	mge.		à Mispel.	
Weitzen	23 bis 24			24 bis 26	Zhr.
Rocken	17 - 19	—		18 - 20	—
Gersten	13 - 14	—		13½ - 14½	—
Hafer	9 - 10	—		9 - 10	—

Abbildung 4: Getreidepreis in den Braunschweigischen Anzeigen vom 09.02.1780.

Bis auf einige Fixpunkte variierte die Darstellung im untersuchten Zeitraum nicht unerheblich. Immer wieder wurden neben den vier Hauptgetreidesorten, die stets aufgeführt wurden, auch andere (Pseudo-)Getreidesorten oder Hülsenfrüchte in die Tabelle integriert. Dies waren beispielsweise Linsen, Bohnen, Wicken oder Buchweizen. Besonders häufig waren Erbsen mit angeführt, welche hin und wieder auch als Futter-, Koch-, weiße oder graue Erbsen auftauchten. In den 1780er Jahren wurden überwiegend nur noch die Preise der vier Hauptgetreidesorten angegeben und Hülsenfrüchte außen vorgelassen. Seit der Wende zum 19. Jahrhundert waren Erbsen dann wieder regelmäßig in den Auflistungen zu finden.

Zu Beginn der Preisveröffentlichungen waren die Getreidepreise für verschiedene Städte in Braunschweig-Wolfenbüttel angegeben. Diese Angaben wechselten immer wieder, ohne dass dabei eine längerfristige Regelmäßigkeit zu erkennen gewesen wäre. So wurden neben den Getreidepreisen für Braunschweig häufig auch die für Wolfenbüttel aufgenommen. Zudem fanden sich die Angaben der nach Braunschweig und Wolfenbüttel größten Städte Schöppenstedt, Helmstedt, Königslutter, Schöningen, Gandersheim, Seesen, Holzminden und Stadtoldendorf. Auch die Getreidepreise der zwei größten Flecken²³⁹ Vorsfelde und Calvörde wurden gelegentlich aufgenommen. Auch das bis 1731 selbstständig regierte Blankenburg und das zum Kommunionharz gehörenden Zellerfeld wurde zuweilen berücksichtigt. Die Angaben aller Orte fanden sich jedoch nie gemeinsam und die Getreidepreise einiger Städte wie

²³⁹ Der Siedlungstyp „Flecken“ ist gekennzeichnet von einer, im Vergleich zu einem Dorf, größeren Ausdehnung und einer „zentralörtliche[n] Lage in Verbindung mit Sonderfunktionen, meistens einem Marktrecht“. Allerdings ist der Übergang zwischen den Siedlungsformen fließend und eine genaue Abgrenzung kaum möglich. S. dazu: März, Kleinstadt. S. 167-168.

Stadtoldendorf oder Zellerfeld wurden nur wenige Male überhaupt erwähnt. In seltenen Fällen wurden Übersichtstabellen veröffentlicht, welche die Getreidepreise verschiedener Städte gemeinsam darstellten.

Getraydepreis. ☞

Vom 30ten bis den 31. Dec. a. p. in	Weizen		Rocken		Gersten		Haber		Erbsen		Pin- sen. Hpt.	Wi- cken Hpt.
	Wisp	Hpt.	Wisp	Hpt.	Wisp	Hpt.	Wisp	Hpt.	Wisp	Hpt.		
	ℒ. ʒ℔	℔. ʒ℔	ℒ. ʒ℔	℔. ʒ℔	ℒ. ʒ℔	℔. ʒ℔	ℒ. ʒ℔	℔. ʒ℔	ℒ. ʒ℔	℔. ʒ℔		
Braunschweig, 1	30	32	29	28	18	18	17	4	11	24	25	
Wolfenb. vom 30. Nov.		29		30		17			9		27	36
Blankenb. - 28. Dec.	32		30		20			12				
Helmstädt, - 21. --		27		25	4		15		9		25	4
Calvörde, - 25. --	32		16		20			12				
Schöning, - 31. --		30		27		16	4		10			
Königsfurt, - 28. --		23		27		15			10		24	
Schöppenst. - 28. --	36	33	30	27	20	18						
Seejen, - 28. --		28		27		16			9		27	
Gandersh. - 28. --		36		27		15			9		24	
Holzmiad. - 28. --		36		29		15			9		24	36
Stadtoldend. im Dec		36		28		15			9		26	24

Abbildung 5: Übersicht der Getreidepreise verschiedener Städte Braunschweig-Wolfenbüttels in den Braunschweigischen Anzeigen vom 04.01.1755.

Durchgehend, bis auf einige kurze Ausnahmen, wurden lediglich die Getreidepreise Braunschweigs veröffentlicht, weshalb auch nur diese in die Auswertung einbezogen wurden. Im Laufe der Jahre wurde die Darstellung der Preisangaben deutlich entschlackt. Wurde zu Beginn der Getreidepreis für Braunschweig häufig noch getrennt nach Himten und Wispeln und dementsprechend nach den verschiedenen Märkten in gesonderten Tabellen dargestellt, wurde diese Darstellungsweise in der zweiten Hälfte der 1750er Jahre aufgegeben.

XIII. Getrayde-Preis.

2) In Braunschweig.
Vom 7. 8. und 9. huj.

Auf den
Ältesten Stadt-Markte, woselbst das Korn
und Getrayde nach Himpten verkauft wird:

	mgr. pf.	mgr. pf.
Weigen à Himpte	24	auch 24 4
Roeten	17	17 4
Gersten	13	
Habern	10	

Auf den
Niegidien- und Hagen-Markten, woselbst das
Korn und Getrayde nach Wispeln verkauft
wird:

	thlr. mgr. pf.	thlr. mgr. pf.
Weigen à Wisp.	24	auch 24 18
Roeten	18	18 18
Gersten	15	
Habern	10	
Futter-Erbfen	16 9	

In andern Getrayde ist nichts zum Verkauf
gebracht.

Abbildung 6: Darstellung der Braunschweiger Getreidepreise getrennt nach Himten und Wispeln und den Getreidemärkten in den Braunschweigischen Anzeigen vom 13.01.1745.

Zu dieser Zeit verschwanden ebenfalls die Angaben der Getreidepreise anderer Städte mit Ausnahme von Braunschweig und Wolfenbüttel. In der zweiten Hälfte der 1760er Jahre hatte sich eine Form der Darstellung verstetigt. Die Braunschweiger Getreidepreise wurden regelmäßig, in einer einzigen Tabelle und unter Einbeziehung der vier Hauptgetreidesorten, angezeigt. Die Angaben für Wolfenbüttel wurden monatlich abgedruckt. Meist erschienen diese am Ende des laufenden oder am Beginn des nächsten Monats. Einmal monatlich wurden auch die Braunschweiger Taxen für Brot und Fleisch abgedruckt.

Ab der zweiten Hälfte der 1770er Jahre wurden dann nur noch die Braunschweiger Getreidepreise veröffentlicht. Ab den 1780er Jahren wurden die Getreidepreise auch nachträglich abgedruckt, wenn eine Angabe verpasst worden war. In solchen Fällen erschienen dann zwei Preistabellen.²⁴⁰ Seit dieser Zeit unterschieden die Preistabellen in einigen Fällen zwischen „altem“ und „neuem“ Korn, wobei altes Getreide preislich stets etwas höher stand.

Im untersuchten Zeitraum gab es keine wirkliche Regelmäßigkeit bei der Veröffentlichung der Getreidepreise. Mal wurden die Preise über eine Zeitspanne von zwei Jahren ohne Pause zweimal wöchentlich abgedruckt,²⁴¹ manchmal nur einmal wöchentlich. Hin und wieder pausierten die Preisveröffentlichungen für eine oder mehrere Wochen, ohne dass dies in den Anzeigen

²⁴⁰ So beispielsweise in den Braunschweigischen Anzeigen vom 31. August 1785.

²⁴¹ Vom 08.07.1767 bis zum 19.07.1769 etwa wurden die Getreidepreise in jeder Ausgabe abgedruckt.

thematisiert worden wäre. Generell ging die Tendenz seit den 1770er Jahren dahin, die Preise nur noch einmal wöchentlich oder seltener abzudrucken, doch auch hier gab es keine Regelmäßigkeit und immer wieder Phasen, in denen die Preise häufiger oder seltener veröffentlicht wurden.

Es gab im untersuchten Zeitraum zwei Phasen, in denen der Abdruck der Getreidepreise für eine längere Zeit ausgesetzt wurde. Die erste fiel in die Krise der 1770er Jahre. Vom 6. November 1771 bis zum 25. März 1772 wurden, bis auf eine Ausnahme am 11. Dezember 1771, keine Getreidepreise in den *Braunschweigischen Anzeigen* abgedruckt. Dabei handelte es sich um eine vorsorgliche Entscheidung der Regierung, um die Stimmung innerhalb der Bevölkerung zu beruhigen. Da die Preise immer weiter stiegen, wurden durch die Veröffentlichung Panikreaktionen und weitere Steigerungen befürchtet. Die Preise wurden jedoch auch weiterhin ermittelt.²⁴² Im März 1772 wurde dann nach Beratungen mit dem Braunschweiger Bürgermeister Koch entschieden, dass die Preise nun wieder gefahrlos abgedruckt werden könnten.²⁴³ Ebenfalls ausgesetzt wurden die Preisveröffentlichungen vom 28. November 1789 bis zum 6. November 1790. Gerhard und Kaufhold geben an, dass für diese Unterbrechung kein Grund bekannt sei.²⁴⁴ Auch in dieser Zeit hatte es zuvor Preissteigerungen gegeben, allerdings in geringerem Maße als in vorangegangenen Jahren, in denen der Abdruck nicht unterbrochen wurde.

Die Preise wurden bei Wispeln stets in Talern und selten zusätzlich in Groschen angegeben. Bei den Himten wurden sie in Groschen und zusätzlich gegebenenfalls in Talern oder selten in Pfennigen angegeben. Zur Bearbeitung wurden die Angaben für Himten in Groschen umgerechnet.²⁴⁵

Braunschweig-Wolfenbüttel war in Geld- und Währungsbelangen in der Frühen Neuzeit zu weiten Teilen eingebettet in größere Zusammenhänge.²⁴⁶ Durch den Abschluss verschiedener

²⁴² Albrecht, Eingriffe. S. 717.

²⁴³ Schreiben Herzog Karl an Bürgermeister Koch. 19.03.1772. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13474. Bl. 13.

²⁴⁴ Gerhard; Kaufhold, Preise/Grundnahrungsmittel. S. 29.

²⁴⁵ S. für die braunschweigische Währung sowie die Maße und Gewichte im untersuchten Zeitraum die sehr übersichtlichen Tabellen bei: Albrecht, Peter: Die Maße und Gewichte. In: Märtl; Kaufhold; Leuschner (Hg.): Wirtschafts- und Sozialgeschichte. 125-138. Hier S. 125-126.

²⁴⁶ Gerhard, Hans-Jürgen: Die Geld- und Währungsgeschichte von 1500 bis zum Ende des Alten Reiches. In: Märtl; Kaufhold; Leuschner (Hg.): Wirtschafts- und Sozialgeschichte. S. 73-124. Hier S.74.

Münzkonventionen suchte das Land mit anderen deutschen Territorien größere Währungsgebiete zu bilden.²⁴⁷ So schloss man sich 1555 mit verschiedenen niedersächsischen Teilnehmern zur Braunschweiger Münzgenossenschaft zusammen.²⁴⁸ Dort wurde festgelegt, dass ein Taler 36 Mariengroschen ergab und ein Groschen aus 8 Pfennigen bestand. Dies blieb bis in das 19. Jahrhundert gültig.²⁴⁹ Im Jahr 1668 trat das Land der Zinnaer Währungsunion bei, welche im Jahr zuvor zwischen Brandenburg und Sachsen geschlossen worden war.²⁵⁰ Der dort beschlossene Zinnaer Fuß galt allerdings als zu hoch und wurde bereits 1690 in den Leipziger Fuß umgewandelt. Versuche diesen zum Reichsmünzfuß zu erheben, scheiterten allerdings.²⁵¹ In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts führte Braunschweig-Wolfenbüttel dann eine „nahezu autonome Währungspolitik“.²⁵² Großen Einfluss hatte seit den 1740er Jahren der Kaufmann Johann Philipp Graumann, der verschiedene Reformen durchführte und in späteren Jahren das preußische Währungswesen reformierte. Unter Graumanns Ägide wurden seit 1742 *Carlsd'or* genannte Goldmünzen geprägt und 1747 der Münzfuß für die braunschweigischen Münzen erhöht.²⁵³ Im Juni 1764 ging Braunschweig-Wolfenbüttel nach einer massiven Münzentwertung zum Konventionskurantfuß über.²⁵⁴

In den *Braunschweigischen Anzeigen* wurden die Getreidepreise im August 1764 erstmals mit dem Hinweis „in Convent Gelde“ überschrieben.²⁵⁵ Der Hinweis wurde in der darauffolgenden Woche wiederholt und dann wohl als bekannt vorausgesetzt.

Für die Auswertung wurden alle in den *Braunschweigischen Anzeigen* veröffentlichten Werte für die vier Hauptgetreidesorten aufgenommen. Die Werte für das Jahr 1790 müssen allerdings, aufgrund des geringen Datenmaterials, unter Vorbehalt betrachtet werden. Für alle anderen Jahre ist ausreichendes Datenmaterial vorhanden. Bei der Angabe von Preisspannen wurde der höhere Wert in die Auswertung aufgenommen. Wenn Preise für altes und neues Getreide angegeben wurden, wurde der Mittelwert dieser Preise aufgenommen, um dies

²⁴⁷ Bilzer, Bert: Abriß der Münz- und Geldgeschichte des Landes Braunschweig. Braunschweig 1980. S. 13.

²⁴⁸ Lediglich im Harz galt ein Groschen 12 Pfennige. Gerhard, Geld. S. 83-86.

²⁴⁹ Ebd. S. 85-86.

²⁵⁰ Bilzer, Abriß. S. 13.

²⁵¹ Gerhard, Geld. S. 101-105 u. S. 107-111; Bilzer, Abriß. S. 14.

²⁵² Gerhard, Geld. S. 74.

²⁵³ Gerhard, Geld. S. 112-120.

²⁵⁴ Ebd. S. 122.

²⁵⁵ Braunschweigische Anzeigen. 66. Stück, 18.08.1764.

gleichermaßen abbilden zu können. Offensichtliche Druckfehler wurden korrigiert und der betreffende Wert angepasst.²⁵⁶ Die Preise wurden sowohl nach Monaten also auch nach Jahren ausgewertet. Dabei wurde ein Jahr als ein Kalenderjahr gefasst, da dieser Zeitraum auch von den Zeitgenoss:innen als Bezugsrahmen genutzt wurde.²⁵⁷

Zur Interpretation der ausgewerteten Preisdaten wurden Anleihen aus der modernen Preisforschung gemacht.

Die moderne, verhaltenswissenschaftlich orientierte, Preisforschung untersucht unter anderem, wie Marktpreise von Konsument:innen empfunden werden. Es gibt eine „subjektive Kodierung objektiver Marktpreise“.²⁵⁸ Diese hängt „in erster Linie vom Preisinteresse und Hintergrundmotiven des Nachfragers [...] ab.“²⁵⁹

Es existiert ein „Akzeptanzbereich“, in dem sich als angemessen empfundene Preise bewegen. Dabei handelt es sich nicht um einen bestimmten Preis, sondern um eine Spanne beziehungsweise eine Zone. Preise, die sich zu weit von dieser Zone entfernen, werden dementsprechend als „zu billig“ bzw. „zu teuer“ empfunden.²⁶⁰ Laut der modernen Preisforschung existiert ein bestimmtes Preisniveau, ab dem „sich das Preisempfinden sprunghaft ändert“.²⁶¹ Es hat sich außerdem gezeigt, dass dieses Preisempfinden besonders sensibel reagiert, wenn Preise plötzlich und stark steigen. Langsamere Steigerungen werden eher akzeptiert, da auf diese Weise die Möglichkeit besteht, den als angemessen empfundenen Preisbereich im subjektiven Preisempfinden anzupassen.²⁶² Doch auch besonders niedrige Preise finden wenig Akzeptanz, da potenzielle Käufer:innen davon ausgehen, dass sich ein zu niedriger Preis negativ auf die

²⁵⁶ Dies war nur an einer Stelle nötig. Am 12.10.1746 wurde der Preis für einen Wispel Roggen mit 36 Talern angegeben. Da der Preis in der Woche zuvor bei 25 und in der Woche darauf bei 26 Talern lag und eine so plötzliche und kurzfristige Steigerung nicht wahrscheinlich ist, wurde der Preis auf 26 Taler gesetzt.

²⁵⁷ Einige Agrarhistoriker nutzten statt dem Kalenderjahr das Erntejahr, also die Zeit von einer Ernte bis zur nächsten, in der Annahme so Verläufe besser abbilden zu können. So z.B.: Ebeling; Irsigler, Getreideumsatz. S. XXXI. Gerhard und Kaufhold bezeichneten dies als „ahistorische Fiktion“, die die Zeitgenossen so nicht anwandten. Gerhard; Kaufhold, Preise/Grundnahrungsmittel. S. 7. Auch in den für diese Arbeit ausgewerteten Quellen kann eine Verwendung des Erntejahres nicht bestätigt werden.

²⁵⁸ Müller, Holger: Statische und dynamische Messungen des Preisempfindens. Ergebnisse einer empirischen Studie im deutschen Zigarettenmarkt. In: Marketing ZFP – Journal of Research and Management. 27/3 (2005). S. 185-196. Hier S. 186.

²⁵⁹ Ebd.

²⁶⁰ Ebd.

²⁶¹ Dies sind, im Währungssystem von Euro und Cent, in der Regel glatte oder auf 50 endende Preise. Müller, Holger: Empirische Untersuchung zur Messung der Preiswahrnehmung mittels Pricesensitivity-Meter. In: Marketing ZFP – Journal of Research and Management. 31/3(2009). S. 171-182. Hier S. 179-180.

²⁶² Müller, Messungen. S. 187.

Qualität des Produktes auswirke.²⁶³ Zudem ist der als angemessen empfundene Preisbereich nicht statisch und kann sich aufgrund äußerer Umstände ändern. Werden zahlreiche Preise wahrgenommen, welche nicht im Akzeptanzbereich liegen, verschiebt sich dieser dementsprechend.²⁶⁴ Studien zeigten, dass der als Normalpreis empfundene Indifferenzpreis (IP) bei „habitualisierten Produktgruppen“ häufig dem Marktdurchschnitt entspricht.²⁶⁵ Vergangene Kaufentscheidungen haben einen großen Einfluss auf das subjektive Preisempfinden, da die Kaufinteressierten die Preise vergangener Transaktionen in Erinnerung behalten und als Anknüpfungspunkt für zukünftige Einordnungen von Marktpreisen verwenden.²⁶⁶

Es wird zudem zwischen Gelegenheitskäufer:innen und regelmäßigen Käufer:innen unterschieden. Letztere akzeptieren, aufgrund ihrer besseren Kenntnis der Marktsituation und vor allem der Marktpreise, geringere Preisabweichungen, ihr Akzeptanzbereich ist also kleiner.²⁶⁷ Für verschiedene Produkte existieren „preispolitisch bedeutsam[e]“ Preisschwellen, also Werte, welche im Bewusstsein der Käufer:innen einen Höchstpreis darstellen und bei deren Überschreitung Unzufriedenheit die Folge ist.²⁶⁸

Es wird also deutlich, dass es möglich ist, einen Preisbereich herauszuarbeiten, der von Konsument:innen als angemessen empfunden wird. Dementsprechend gibt es also auch eine Grenze, ab der Preise als zu teuer oder als zu günstig empfunden werden.²⁶⁹

Nun ist es allerdings mehr als fraglich, ob diese Methoden auch eins zu eins auf die hier ausgewerteten historischen Preisdaten angewendet werden können. So ist es beispielsweise unmöglich die historischen Akteur:innen nach ihrer Preisempfindung zu befragen. Stattdessen muss man sich mit Indizien, nachvollziehbaren Handlungen oder einzelnen Aussagen behelfen, die darauf hindeuten, dass ein Preis als zu hoch oder zu niedrig empfunden wurde. Zudem

²⁶³ Ebd. S. 189; S. auch: Reinecke, Sven; Mühlheimer, Silke; Fischer, Peter Mathias: Die van Westendorp-Methode: Ein zu Unrecht vernachlässigtes Verfahren zur Ermittlung der Zahlungsbereitschaft. In: WiSt 38/2 (2009). S. 97-100. Hier S. 97-98.

²⁶⁴ Müller, Messungen. S. 189.

²⁶⁵ Ebd. S. 190

²⁶⁶ Müller, Holger: Empirische Untersuchung zur Messung der Preiswahrnehmung mittels Pricesensitivity-Meter. In: ZFP-Journal of Research and Management. 31/3(2009). S. 171-182. Hier S. 172.

²⁶⁷ Ebd. S. 179.

²⁶⁸ Ebd. S. 180. Müller nennt hier das Beispiel Zigaretten, bei denen die Grenze von 5 € für viele Konsumierende eine derartige Schwelle darstellt(e). Ein weiteres Beispiel dürfte Benzin sein.

²⁶⁹ Ein Weg derartige Preisanalysen durchzuführen ist das *Pricesensitivity Meter*, nach seinem Urheber auch *van Westendorp-Methode* bezeichnet. Diese Methode ermittelt derartige Grenzen für verschiedene Produkte mittels gezielter Befragungen von Proband:innen. S. dazu: Müller, Untersuchung. S. 172-174; S. auch: Reinecke; Mühlheimer; Fischer, Die van Westendorp-Methode. S. 99. Kritik an der Methode betont unter anderem eine Überbewertung des Preises im Gegensatz zu anderen Produkteigenschaften. Auch die Datenerhebung mittels Befragung wird teils kritisch gesehen.

ist die Lebenssituation der historischen Marktteilnehmer:innen nicht mit den Umständen der Menschen des 20. und 21. Jahrhunderts zu vergleichen, auf welche die moderne Preisforschung abzielt. Der Kauf von Getreide war, wie bereits mehrfach dargelegt, keine optionale Konsumententscheidung, sondern eine Lebensnotwendigkeit. Es können daher nur bestimmte, beziehungsweise entsprechend modifizierte, Aspekte auf die historische Preisforschung angewandt werden. Zudem müssen die in dieser Arbeit mithilfe der modernen Preisforschung getroffenen Aussagen unter einem gewissen Vorbehalt betrachtet werden.

Allerdings können auch wertvolle Anregungen gewonnen werden. So bestätigt die moderne Preisforschung, dass der als Normalpreis empfundene Preis häufig dem mittleren Marktpreis entspricht. Es scheint also nicht abwegig zu sein, Jahre, in denen der mittlere Jahrespreis über dem mittleren Preis des untersuchten Zeitraums lag, als Krisenjahre oder Hochpreisjahre zu werten.

Auch die Existenz eines Akzeptanzbereiches, in dem der Preis einer Ware als weder zu hoch noch zu niedrig betrachtet wurde, wurde von der modernen Preisforschung bestätigt. Lassen kritisierte in seiner Dissertation in nachvollziehbarer Weise, dass die historische Preisforschung einen „Toleranzbereich um einen mittleren Preis“ „vielfach ohne weitere Erläuterung“ annehme.²⁷⁰ Um diesem Mangel abzuweichen, definierte er für die von ihm untersuchten Getreidepreise selbst einen derartigen Bereich. Dazu wurden „zwei Drittel der Differenz zwischen dem niedrigsten Preis und dem Median des zugehörigen Getreides als Abweichungsgrenze eines Toleranzbereichs um den durchschnittlichen Preis (den Median) gesetzt [...]“.²⁷¹ Diese Preisspanne könne dann den Bereich einer normalen Preisschwankung abbilden.

In dieser Arbeit soll dennoch darauf verzichtet werden einen derartigen Toleranzbereich festzulegen. Zwar bietet die moderne Preisforschung auch hier gewisse Anknüpfungspunkte, jedoch hat die Ausbildung der subjektiven Preisempfindung der historischen Marktteilnehmer unter komplexen und nur in kleinen Teilen nachzuvollziehenden Umständen stattgefunden. So erscheint es für vorliegende Untersuchung nicht zielführend einen festen definierten Toleranzbereich mittels einer bestimmten Formel festzulegen.

Stattdessen sollen die ausgewerteten Getreidepreise in Zusammenspiel mit den weiteren Quellen Hinweise auf Schwierigkeiten in der Getreideversorgung oder auf als krisenhaft empfundene Zeiten geben.

²⁷⁰ Lassen, Hungerkrisen. S. 37.

²⁷¹ Ebd.

2.3 Getreidepreise in Braunschweig-Wolfenbüttel 1745-1790

Zur Auswertung der Getreidepreise der Jahre 1745 bis 1790 wurde zunächst der Mittelwert aller Preise gebildet.²⁷² Dieser lag für einen Himten Weizen bei 37,6 Groschen, für einen Himten Roggen bei 29 Groschen, für einen Himten Gerste bei 22,4 Groschen und für einen Himten Hafer bei 15,7 Groschen. Für einen Wispel Weizen lag der Mittelwert bei 39,5 Talern, für einen Wispel Roggen bei 30,5 Talern, für einen Wispel Gerste bei 23,8 Talern und für einen Wispel Hafer bei 16,3 Talern.

Es zeigt sich also zunächst, dass die Reihenfolge, in der die Preise aufgelistet wurden, auch die Höhe der Preise abbildete. Dieses Verhältnis blieb für die meiste Zeit stabil, wenn die Preise einer Sorte stiegen, stiegen auch die drei anderen. Weizen war also fast immer die teuerste Sorte, darauf folgten Roggen, Gerste und schließlich die günstigste Sorte Hafer. Dies war kein Spezifikum für die Preise Braunschweig-Wolfenbüttels im untersuchten Zeitraum. Lassen stellte dieses Verhältnis beispielsweise ebenso für die Hannoveraner Getreidepreise der Jahre 1700 bis 1749 fest.²⁷³

Im vorangegangenen Kapitel wurde erläutert, dass die moderne Preisforschung zeigen konnte, dass der als Normalpreis empfundene Preis, bei regelmäßig gekauften Waren, häufig dem Marktdurchschnittspreis entspricht. Zudem wurde dargelegt, dass vergangene Kaufentscheidungen einen großen Einfluss auf die als angemessen empfundenen Preise haben. Der hier untersuchte Zeitraum entsprach dem Erfahrungsraum vieler Menschen, es gab also sicherlich einige Personen, welche sich auch im Jahr 1790 noch an die Getreidepreise von 1745 erinnerten. Es ist also davon auszugehen, dass die Mittelpreise des untersuchten Zeitraumes nicht völlig abgekoppelt von den Erfahrungen und Empfindungen der Menschen waren. Als ein erster Schritt zur Identifizierung potenziell krisenhafter Jahre wurden also die Jahre ermittelt, in denen der Getreidepreis diesen Wert überstieg.

Die Weizenpreise lagen im untersuchten Zeitraum in zwölf Jahren über dem Durchschnittspreis von 37,6 Groschen pro Himten. Die Roggenpreise lagen im untersuchten Zeitraum ebenfalls in zwölf Jahren über dem Durchschnittspreis von 29 Groschen pro Himten. Auch Gerste und Hafer lagen in zwölf Jahren über dem durchschnittlichen Preis von 22,4 beziehungsweise 15,7 Groschen pro Himten.

²⁷² Unter dem Mittelwert ist hier das arithmetische Mittel zu verstehen. Dieses wurde gebildet, indem die Summe der Preisdaten durch ihre Anzahl geteilt wurde.

²⁷³ Lassen, Hungerkrisen. S. 35.

Position	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer
1	1763	1762	1762	1762
2	1762	1763	1763	1763
3	1764	1772	1772	1761
4	1772	1764	1761	1772
5	1761	1771	1764	1764
6	1771	1761	1771	1757
7	1757	1765	1757	1771
8	1765	1757	1756	1784
9	1789	1789	1784	1756
10	1773	1784	1765	1789
11	1760	1773	1789	1765
12	1784	1756	1773	1760

Tabelle 1: Jahre mit überdurchschnittlich hohen Preisen für Weizen, Roggen, Gerste und Hafer je Himten. (Absteigend sortiert nach Preis).

Bei der Betrachtung der Preise je Wispel zeigt sich eine etwas weniger einheitliche Tendenz: Die Weizenpreise lagen im untersuchten Zeitraum in 14 Jahren über dem Mittelpreis von 39,5 Talern. Die Roggenpreise überstiegen den Mittelwert von 30,5 in 13 Jahren. Gerste lag in elf Jahren über dem Mittelwert von 23,8 Talern und Hafer überstieg den Mittelwert von 16,3 Talern in zwölf Jahren.

Position	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer
1	1762	1762	1762	1762
2	1763	1763	1763	1763
3	1764	1772	1772	1761
4	1772	1771	1761	1772
5	1761	1764	1764	1764
6	1771	1761	1771	1757
7	1765	1765	1757	1771
8	1757	1757	1756	1784
9	1789	1784	1784	1756
10	1773	1789	1765	1789
11	1760	1773	1789	1765
12	1784	1756	–	1760
13	1766	1766	–	–
14	1758	–	–	–

Tabelle 2: Jahre mit überdurchschnittlich hohen Preisen für Weizen, Roggen, Gerste und Hafer je Wispel. (Absteigend sortiert nach Preis).

Es zeigt sich also, dass sich im untersuchten Zeitraum zunächst 11 bis 14 Jahre darstellen, in welchen der Preis für eine oder mehrere Getreidesorten über dem Mittelpreis lag. In dieser Aufstellung sind Jahre enthalten, in denen dieser Wert nur leicht überschritten wurde, so lag der Mittelpreis für einen Wispel Roggen im Jahr 1766 bei 30,7 Talern und somit nur ganz leicht über dem Durchschnitt von 30,5. In anderen Jahren verdreifachte sich der Wert nahezu, so lag der jährliche Mittelpreis für einen Himten Gerste im Jahr 1762 bei 64,6 Groschen, der Durchschnitt für den untersuchten Zeitraum bei 22,4. In weiten Teilen sind die Jahre überdurchschnittlicher Preise bei allen vier Getreidesorten deckungsgleich, was verdeutlicht, dass eine Preissteigerung nicht nur die wichtigste Brotgetreidesorte Roggen ergriff, sondern alle Sorten gleichermaßen miteinschloss. Zudem zeigt sich, dass die Preissteigerungen sowohl den Einzel- als auch den Großhandel betrafen und die Preise sowohl für Himten als auch für Wispel anstiegen.

Für den untersuchten Zeitraum sind, in chronologischer Reihenfolge, die Jahre 1756-1758, 1760-1766, 1771-1773, 1784 und 1789²⁷⁴ als Jahre mit überdurchschnittlichen Getreidepreisen festzuhalten.

Die Jahre 1756-58, 1771-73 sowie 1789-90 gelten in der Forschung weitgehend übereinstimmend als krisenhaft bezüglich der Getreideversorgung. Die gilt auch für Braunschweig-Wolfenbüttel.²⁷⁵ Es ist also nicht überraschend, dass diese sich auch als Jahre mit überdurchschnittlich hohen Getreidepreisen darstellen. Die hohen Preise der Jahre 1760-1765/66, trotz eigentlich guter Getreideernten, lassen sich in Teilen mit Kriegsfolgen, beispielsweise einem vermehrten Getreidebedarf durch Besetzung, erklären.²⁷⁶ Die auffälligen Preisanstiege vor allem der Jahre 1762, 1763 und 1764 sind aber auch durch inflationäre Prozesse begründet. Das 18. Jahrhundert war in Mitteleuropa „von zahlreichen inflationären Prozessen geprägt“.²⁷⁷ Auch in verschiedenen niedersächsischen Städten kam es zu einer starken Geldentwertung. Es war viel minderwertiges Geld im Umlauf und es folgte ein „geldmengeninduzierte[r] Inflationprozess“.²⁷⁸ In Göttingen beispielsweise schlugen die Behörden in den Jahren 1761/62 mehr als 130 % auf, wenn sie ihre Angestellten in minderwertigem Geld bezahlen mussten.²⁷⁹

²⁷⁴ Aufgrund des fehlenden bzw. zu geringen Datenmaterials ist das Jahr 1790 ausgeklammert. Es ist aber davon auszugehen, dass dieses ebenfalls als ein Jahr mit überdurchschnittlich hohen Preisen gelten kann.

²⁷⁵ Vgl. z.B. Albrecht, Landesausbau. S. 89.

²⁷⁶ Denzel; Gerhard, Prozesse. S. 21.

²⁷⁷ Ebd. S. 1.

²⁷⁸ Ebd. S. 18.

²⁷⁹ Ebd. S. 18.

Auch in Braunschweig-Wolfenbüttel gab es massive Schwierigkeiten mit minderwertigen Münzen. Seit dem Ende der 1750er Jahre gab es diverse Bestrebungen der Problematik beizukommen. So wurde im Jahr 1761 befohlen, die Kupferdächer aller öffentlichen Gebäude abzudecken und das Kupfer der Münze zur Verfügung zu stellen.²⁸⁰ Wiederholt erschienen Verordnungen und Aufrufe in den *Braunschweigischen Anzeigen*, in denen vor den minderwertigen Münzen gewarnt und es verboten wurde, diese in Umlauf zu bringen.²⁸¹ Im Juni 1764 beschloss die Regierung in Braunschweig dann ein neues Münzgesetz und ging zum 1. August 1764 vom 14-Taler-Fuß zum 13 1/3-Taler-Fuß, dem Konventionskurantfuß, über.²⁸² Damit verbunden war die Hoffnung, dass durch die Neuordnung besonders die außerordentlich hohen Getreidepreise sinken würden.²⁸³ Infolgedessen normalisierten sich die Preise dann langsam wieder.²⁸⁴ Offenbar strahlten die Nachwirkungen dieser Finanzkrise aber noch bis in das Jahr 1765 und teilweise sogar noch bis 1766 aus. Diese Jahre zeichneten sich ebenfalls durch überdurchschnittliche Getreidepreise aus.

Es zeigt sich also, dass der Ansatz der modernen Preisforschung auch für die Betrachtung vor-moderner Preise anschlussfähig sein kann. Bei regelmäßig gekauften Waren entspricht der als Normalpreis empfundene Preis häufig dem Marktdurchschnittspreis. Preise, welche darüber liegen, werden als teuer empfunden. Die hier vorgenommene Auswertung von Preisreihen aus dem 18. Jahrhundert macht deutlich, dass die meisten der so identifizierten Jahre tatsächlich auch als Krisenjahre bekannt sind und demnach wohl auch von den Zeitgenoss:innen als Hochpreisjahre empfunden wurden.

Weitere Untersuchung bedarf dabei das Jahr 1784, welches sich als überdurchschnittlich teures Jahr darstellt, ohne Teil einer bekannten und erforschten Krise zu sein. Vermutlich handelt es sich hierbei um eine lokale Teuerung von kürzerer Dauer.

²⁸⁰ Gerhard, Hans-Jürgen: Die Geld und Währungsgeschichte von 1500 bis zum Ende des Alten Reiches. In: Märtil; Kaufhold; Leuschner (Hg.): Wirtschafts- und Sozialgeschichte. S. 73-124. Hier S. 121-122.

²⁸¹ S. z.B.: Serenissimi gnädigste Verordnung, Die Verrufung der neuen unter Chursächsischem Stempel geprägten 8 Ggr. Stücke von 1761. Ingleichen die Auskippung der hiesigen 8 Ggr. Stücke betreffend. 27. Januar 1761. In: Braunschweigische Anzeigen. 10. Stück, 04.02.1761. Weitere Verordnungen zur Thematik erschienen 1760 auch im 63., 66., 75. und 95. Stück. 1762 im 67., 74. und 98. Stück.

²⁸² Serenissimi gnädigste vorläufige Münz-Verordnung betreffend. 1. Juni 1764. In: Braunschweigische Anzeigen. 47. Stück, 13.06.1764. S. auch: Gerhard, Geld. S. 122.

²⁸³ Serenissimi gnädigste Verordnung die Zurückhaltung der Lebensmittel auf höhere Preise betref. 6. Julii 1764. In: Braunschweigische Anzeigen. 61. Stück, 01.08.1764.

²⁸⁴ Gerhard; Kaufhold, Preise/Grundnahrungsmittel. S. 29.

Zudem zeigen sich kleinere Abweichungen zu den als krisenhaft bekannten Jahren, welche näher betrachtet werden müssen. So stellen sich die Jahre 1771 bis 1773 als Jahre mit überdurchschnittlich hohen Getreidepreisen dar. In der Forschung wird der Beginn der Krise allerdings nahezu übereinstimmend bereits 1770 angesetzt.²⁸⁵ Erste Reichsterritorien sperrten bereits im Sommer 1770 die Getreideausfuhr.²⁸⁶ Auch Braunschweig-Wolfenbüttel begann bereits in den letzten Monaten des Jahres mit Maßnahmen gegen den Getreidemangel. So wurden erste Ausfuhrbeschränkungen im Oktober 1770 verhängt.²⁸⁷

Die Durchschnittspreise des Jahres 1770 liefern keine Erklärung für dieses Verhalten. Die Preise der vier Hauptgetreidesorten lagen sowohl bei den Einzel- als auch in Großhandelspreisen deutlich unter dem Mittelwert.

Getreidesorte	Mittelpreis 1745-1790	Mittelpreis 1770
Weizen	37,6	29
Roggen	29	26
Gerste	22,4	19
Hafer	15,7	12,5

Tabelle 3: Mittelpreise des Jahres 1770 im Vergleich zu den Mittelpreisen des Untersuchungszeitraums (pro Himten, in Groschen).

Getreidesorte	Mittelpreis 1745-1790	Mittelpreis 1770
Weizen	39,5	31,2
Roggen	30,5	27,8
Gerste	23,8	20,4
Hafer	16,3	12,8

Tabelle 4: Mittelpreise des Jahres 1770 im Vergleich zu den Mittelpreisen des Untersuchungszeitraums (pro Wispel, in Talern).

An dieser Stelle zeigt sich eine der Schwächen des Mittelpreises. Starke Ausschläge können diesen unproportional stark verzerren.²⁸⁸ Gleichzeitig können diese Ausschläge aber auch un-

²⁸⁵ Vgl. in jüngster Zeit: Collet, Katastrophe. Peter Albrecht setzte den Beginn der Versorgungskrise auch für Braunschweig-Wolfenbüttel auf das Jahr 1770. S. Albrecht, Landesausbau. S. 98.

²⁸⁶ Abel, Massenarmut. S. 228.

²⁸⁷ Serenissimi gnädigste Verordnung, gegen die Ausfuhr im Harz und Weser-Districte. 19. Oktober 1770. Abgedruckt in: Braunschweigische Anzeigen. 101. Stück, 29.12.1770. Warum das Edikt in diesem Fall mit einer Verspätung von über zwei Monaten abgedruckt wurde, ist aus dem gesichteten Quellenmaterial nicht nachzuvollziehen.

²⁸⁸ Lassen, Hungerkrisen. S. 36.

sichtbar gemacht werden, indem sie von niedrigen Werten ausgeglichen werden. Für das konkrete Beispiel könnte dies bedeuten, dass ein Jahr, in dem im ersten Teil niedrige Getreidepreise vorherrschten und die Preise erst in den letzten Monaten oder Wochen stark anstiegen, als ein Jahr mit durchschnittlichen Getreidepreisen erscheint. Dies ist über das Jahr gesehen dann auch richtig, verkennt aber die tatsächliche Lage und macht die Wahrnehmung der historischen Akteur:innen unsichtbar.

Zusätzlich wurden daher die Maximalpreise für jedes Jahr ausgewertet, um starke Ausschläge bei den Getreidepreisen deutlich machen zu können.

Weizen		Roggen		Gerste		Hafer	
Jahr	Maximalpreis in Groschen	Jahr	Maximalpreis in Groschen	Jahr	Maximalpreis in Groschen	Jahr	Maximalpreis in Groschen
1763	138	1762	106	1762	97	1762	69
1762	106	1763	78	1763	66	1763	40
1764	105	1764	76	1772	51	1761	36
1771	76	1771	72	1761	47	1764	30
1761	68	1761	68	1771	46	1771	30
1789	67	1772	66	1764	45	1772	30
1772	66	1789	47	1757	38	1756	25
1765	57	1773	46	1756	36	1757	25
1773	52	1765	46	1773	34	1784	25
1757	51	1756	44	1784	34	1760	24
1758	48	1766	44	1765	32	1765	24
1760	48	1784	43	1760	31	1789	24
1766	48	1770	42	1789	31	1752	21
1784	48	1757	41	1749	29	1758	21
1756	45	1760	36	1758	27	1775	20,3

Tabelle 5: Maximalpreise für Weizen, Roggen, Gerste und Hafer pro Himten 1745-1789. ²⁸⁹

Bei der Betrachtung der Maximalpreise pro Himten zeigt sich, dass das Jahr 1770 beim Roggen mit 42 Groschen pro Himten einen Maximalpreis aufweist, der unter den 15 höchsten Werten anzusiedeln ist. Der Maximalpreis für Gerste für das Jahr 1770 befindet sich zwar nicht unter den 15 höchsten Werten, nimmt mit 26 Groschen aber den 16. Platz²⁹⁰ ein und lag somit über dem Mittelpreis. Der Maximalpreis für Weizen lag mit 39 Groschen sogar noch unter dem Mittelpreis des untersuchten Zeitraums. Ebenso lag Hafer mit einem Maximalpreis von 16 Groschen noch knapp unter dem langjährigen Mittel.

²⁸⁹ Bei der Ermittlung der Maximalpreise wurden jeweils die 15 höchsten Werte berücksichtigt.

²⁹⁰ Ebenfalls einen Maximalpreis von 26 Groschen wiesen die Jahre 1753 und 1766 auf.

Es ergibt sich also ein differenzierteres Bild als bei einer reinen Betrachtung der Mittelwerte. Das Jahr 1770 wies beim Roggen und bei der Gerste erhöhte Maximalpreise auf, welche in die zweite Jahreshälfte fielen. Besonders ungewöhnlich war es, dass Roggen preislich sogar höher stieg als Weizen. Dies war in der Regel nur in teuren Zeiten der Fall. Der Roggenpreis hatte für die Bevölkerung im hier untersuchten Raum besondere Bedeutung, da Roggen das primäre Brotgetreide war.²⁹¹

Erhöhte Roggenpreise zogen offenbar besondere Aufmerksamkeit auf sich, auch wenn die Preise anderer Getreidesorten noch verhältnismäßig niedrig waren. Zusätzlich waren die Getreidepreise nur einer unter mehreren Faktoren, welche das Krisenbewusstsein der Zeitgenoss:innen ansteigen ließen. Im Fall der Krise der 1770er werden im Jahr 1770 noch weitere Faktoren eine Rolle gespielt haben, so beispielsweise Berichte aus anderen Ländern oder die Erwartung einer schlechten Ernte.

Die Wichtigkeit von Roggen zeigt sich auch darin, dass zu diesem Preis die meisten Daten vorliegen, er also am häufigsten in den *Braunschweigischen Anzeigen* veröffentlicht wurde. Die Angabe der Roggenpreise fehlte nur sehr selten in den Auflistungen. Auch die Weizenpreise waren zumeist angegeben, wenn auch etwas seltener als Roggen. Danach folgen die Haferpreise. Das Schlusslicht bilden die Gerstenpreise, welche am häufigsten nicht angegeben wurden.

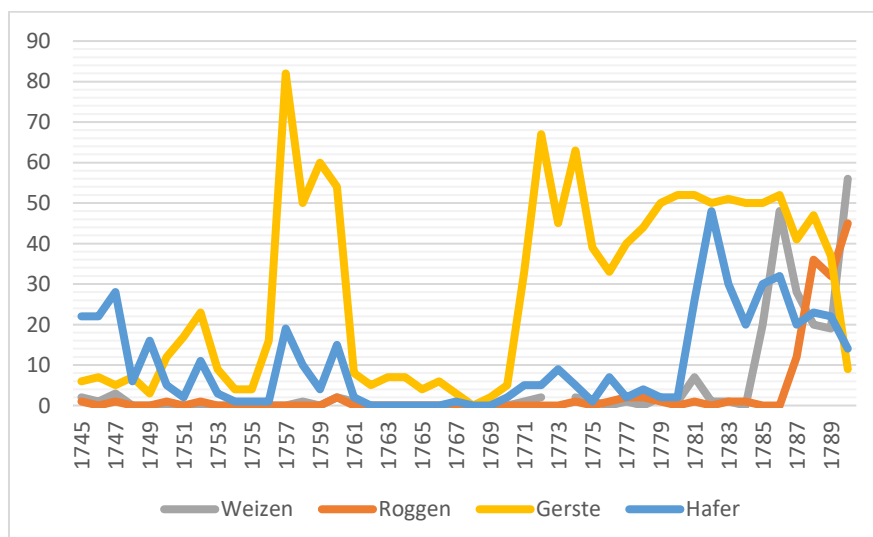


Abbildung 7: Fehlende Angaben zu den Getreidepreisen in den Braunschweigischen Anzeigen 1745-1790.

²⁹¹ Vgl. Lassen, Hungerkrisen. S. 59.

Es wird deutlich, dass die Preise für Weizen und Roggen fast während des gesamten untersuchten Zeitraumes recht kontinuierlich veröffentlicht wurden. Erst in den letzten Jahren, ab der Mitte der 1780er Jahre, wurden auch diese Angaben seltener. Dies hängt vermutlich mit einem zu dieser Zeit veränderten Turnus der Veröffentlichung zusammen.

Über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg zeigen sich verschiedene Wellen von hohen bis sehr hohen Getreidepreisen, zwischen denen das Preisniveau immer wieder absank.

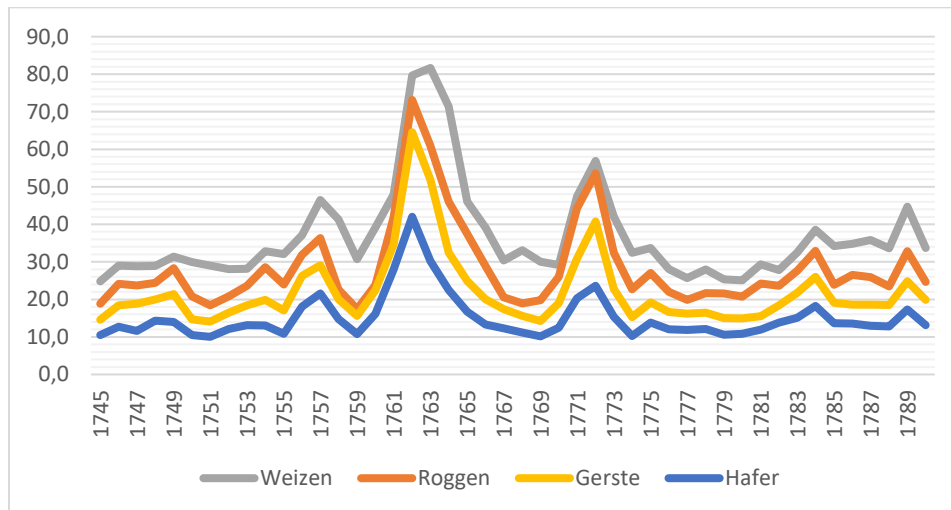


Abbildung 8: Verlauf der Getreidepreise je Himten 1745-1789 (jährliche Mittelwerte, in Groschen).

Der untersuchte Zeitraum begann mit sehr niedrigen Getreidepreisen im Jahr 1745, welche dann bis zum Jahr 1749 nur leicht anstiegen. Das Jahr 1749 zeigt eine erste kleinere Höhe, welche besonders bei Roggen und Gerste zu erkennen ist. Nach einem Tiefpunkt im Jahr 1751 schwankten die Preise auf einem mittleren Niveau bis zur Mitte des Jahrzehnts. Eine Spitze zeigt sich in den Jahren 1756 bis 1757. Diese Jahre waren geprägt vom beginnenden Siebenjährigen Krieg, der Besetzung Braunschweigs durch französische Truppen sowie schlechten Ernten.²⁹² Danach fielen die Preise für eine kurze Zeit stark ab, ein Tiefpunkt zeigte sich im Jahr 1759, um dann ab 1760 wieder zu steigen. Die höchsten Preise des untersuchten Zeitraumes wurden in der ersten Hälfte der 1760er Jahre erreicht, mit Spitzen in den Jahren 1762 und 1763. Diese extremen Preisausschläge waren auch durch inflationäre Prozesse begründet. In

²⁹² Braunschweig war von September 1757 bis Februar 1758 von französischen Truppen besetzt. Im Winter 1757 stockte die Versorgung der französischen Armee. Diese forderte von Braunschweig-Wolfenbüttel Fourage- und Lebensmittellieferungen. S. dazu: Herfordt, Ewa: Die fremden Gäste los seyn: Die Präsenz der Franzosen und ihre Wahrnehmung im Herzogtum Braunschweig-Wolfenbüttel während des Siebenjährigen Krieges (1756-1763). In: Lippelt; Schildt (Hg.): Braunschweig-Wolfenbüttel. S. 227-242. Hier S. 232-233.

der zweiten Hälfte der 1760er Jahre sanken die Preise dann wieder auf das Niveau der letzten Jahre der 1750er ab und stiegen zu Beginn der 1770er Jahre wieder an. Die Preisspitzen dieser durch mehrere aufeinanderfolgende Missernten verursachten Teuerung befanden sich in den Jahren 1771 und 1772. Diese erreichten allerdings nicht die Höhe der Jahre 1762 und 1763. Im Jahr 1774 waren die Preise auf dem Vorkrisen-Niveau angekommen und blieben bis zum Beginn der 1780er Jahre auf einem mittleren bis niedrigen Niveau. Einen kurzen Ausreißer bildet dabei das Jahr 1775, in dem die Preise kurzfristig wieder etwas stiegen. Besonders die Weizenpreise erreichten in der zweiten Hälfte der 1770er und zu Beginn der 1780er Jahre wiederholt Tiefststände. In den Jahren 1783 und besonders 1784 stiegen die Preise wieder an und erreichten im Jahr 1784 die fünfthöchsten Durchschnittspreise des Untersuchungszeitraums. In der zweiten Hälfte der 1780er sanken die Preise zunächst wieder ab und verblieben auf einem mittleren bis leicht erhöhten Niveau. Im Jahr 1789 stiegen die Preise dann wieder stark zu einer weiteren Spitze an. Die dort erreichten Durchschnittspreise bleiben etwas unter dem Niveau des Jahres 1757.

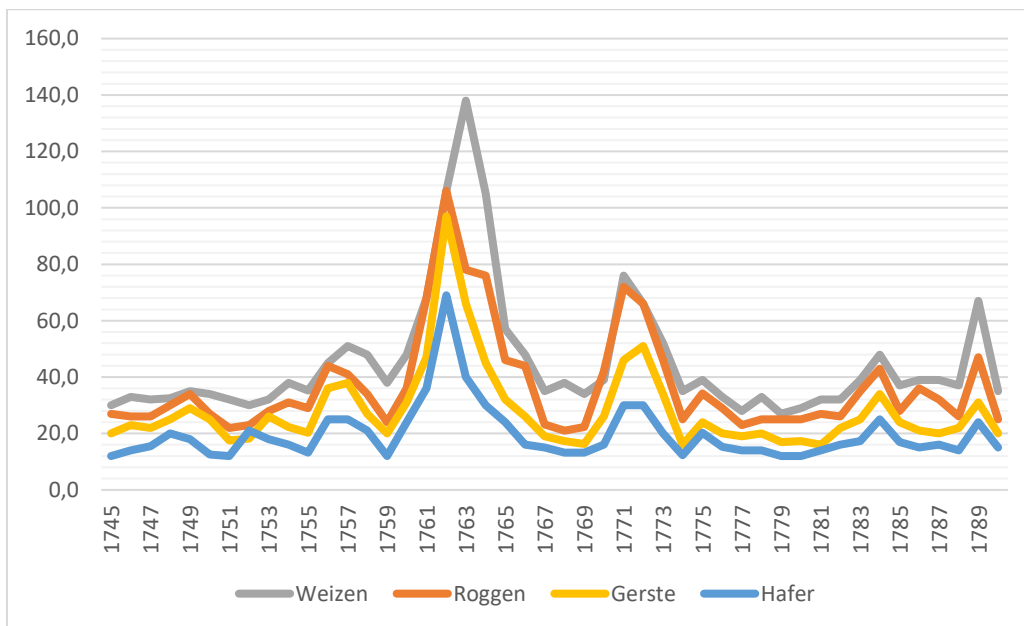


Abbildung 9: Verlauf der Getreidepreise je Himten 1745-1789 (Maximalpreise, in Groschen).

Bei der Betrachtung der Maximalpreise zeigt sich eine ähnliche Tendenz wie bei der Betrachtung der Jahresdurchschnittspreise. Auch hierbei ist ein Preisanstieg in den Jahren 1756 und 1757 zu erkennen. Dieser ist jedoch, gerade im Vergleich zu den nachfolgenden Spitzen, we-

niger ausgeprägt als bei der Betrachtung der Jahresmittelpreise. Im Jahr 1756 betrug der maximale Roggenpreis 44 Groschen pro Himten, eine Steigerung um das 1,5-Fache des langjährigen Mittelpreises. Die Preise für Weizen und Gerste stiegen im Jahr 1757 noch weiter an. Die Maximalpreise betrugen in diesem Jahr 51 beziehungsweise 38 Groschen. Hafer kostete in beiden Jahren maximal 25 Groschen. Deutliche Preissteigerungen, welche aber im Vergleich mit den folgenden Jahren moderat wirken. 1758 wiesen nur noch Weizen und Gerste erhöhte Maximalpreise auf. Die erste Hälfte der 1760er Jahre sticht bei Betrachtung der Maximalpreise noch deutlicher hervor. Wie bei den jährlichen Durchschnittspreisen wiesen die Jahre 1762 und 1763 auch die höchsten Maximalpreise auf. Die Maximalpreise machen deutlich, wie exorbitant der Preisanstieg dieser Jahre war. Im Jahr 1762 erreichte der Roggenpreis Spitzen von 106 Groschen, nahezu das 3,7-Fache des langjährigen Durchschnittspreises von 29 Groschen. Der Gerstenpreis erreichte Spitzen von 97 Groschen, mehr als das Vierfache des langjährigen Mittels. Ebenso der Haferpreis, der mit Spitzenwerten von 69 Groschen im Jahr 1762 ebenfalls das mehr als Vierfache des Mittelpreises des Untersuchungszeitraums erreichte. Weizen erreichte seinen Maximalpreis erst ein Jahr später. 1763 lag der Maximalpreis für einen Himten Weizen bei 138 Groschen, das mehr als 3,6-Fache des langjährigen Mittels von 37,6. Es wird auch deutlich, dass die Graphen für Weizen und Roggen sich in diesen Jahren schneiden, der Roggenpreis also mit dem Weizenpreis gleichzog, beziehungsweise diesen sogar kurzfristig überholte.

Die Jahre 1771 bis 1773 wiesen im Vergleich deutlich niedrigere Maximalpreise auf. Weizen und Roggen erreichten im Jahr 1771 ihre Maximalpreise. Weizen kostete in diesem Jahr maximal 76 Groschen pro Himten, immerhin mehr als das Doppelte des jährlichen Mittelpreises. Roggen erreichte 1771 Spitzenpreise von 72 Groschen pro Himten, eine Steigerung um nahezu das 2,5-Fache. Hafer wies zwei Jahre in Folge, 1771 und 1772, einen Maximalpreis von 30 Groschen auf. Gerste stieg im Jahr 1772 noch weiter an und kostete dann maximal 51 Groschen pro Himten. Auch hierbei wird deutlich, dass die Graphen für den Weizen- und den Roggenpreis sich schneiden, Roggen also zeitweilig ebenso teuer oder sogar teurer als Weizen war. Der nächste größere Anstieg war dann vergleichsweise schwach, dennoch aber deutlich zu erkennen. Im Jahr 1784 stiegen die Preise aller vier Getreidesorten kurzfristig an. Weizen erreichte einen Maximalpreis von 48, Roggen von 42, Gerste von 34 und Hafer von 25 Groschen pro Himten. Fünf Jahre später sind erneut deutlich erhöhte Maximalpreise zu erkennen. Das Jahr 1789 brachte einen starken Anstieg des Weizenpreises mit sich. Dieser erreichte Spitzen

von bis zu 67 Groschen pro Himten, ein Anstieg um mehr als das 1,7-Fache. Der Roggenpreis stieg in diesem Jahr bis auf 47 Groschen pro Himten, der Gerstenpreis auf 31 und der Haferpreis auf 24 Groschen.

Die Tendenz bei den Maximalpreisen pro Wispel sieht in großen Teilen ähnlich aus. Die mit Abstand höchsten Preise wurden beim Weizen im Jahr 1763 und bei den übrigen drei Getreidesorten im Jahr 1762 erreicht. Allerdings ist das Jahr 1771 sowohl beim Roggen als auch bei der Gerste an einer höheren Position zu finden als bei den Maximalpreisen pro Himten. Beim Roggen steht das Jahr 1771 mit einem Maximalpreis von 90 Talern pro Wispel sogar auf dem zweiten Platz, direkt hinter dem inflationsbedingten Hochpreisjahr 1762. Bei den Preisen pro Himten war das Jahr auf dem vierten Rang zu finden. Bei Gerste steht das Jahr 1771 mit einem Maximalpreis von 55 Talern pro Wispel auf dem dritten Platz, während es bei den Preisen pro Himten erst auf dem fünften Rang zu finden war. Bei Weizen und Hafer finden sich diesbezüglich hingegen keine Veränderungen.

Weizen		Roggen		Gerste		Hafer	
Jahr	Maximalpreis in Talern	Jahr	Maximalpreis in Talern	Jahr	Maximalpreis in Talern	Jahr	Maximalpreis in Talern
1763	150	1762	115	1762	105	1762	76
1762	115	1771	90	1762	71	1764	50
1764	115	1763	85	1771	55	1763	42
1771	95	1772	73	1772	53	1761	41
1772	73	1761	72	1761	50	1771	32
1761	72	1764	70	1764	48	1772	32
1789	72	1789	52	1756	38	1757	28
1765	61	1765	50	1757	38	1760	27
1757	57	1773	50	1784	37	1756	26
1773	57	1756	47	1765	34	1765	25
1758	53	1766	47	1773	34	1784	25
1760	53	1784	46	1760	33	1789	23
1766	53	1757	45	1789	33	1758	22
1784	53	1770	45	1749	31	1773	21
1756	48	1760	42	1758	29	1753	20

Tabella 6: Maximalpreise für Weizen, Roggen, Gerste und Hafer pro Wispel 1745-1789.²⁹³

Offenbar zeigte sich die Teuerung des Jahres 1771 beim primären Brotgetreide Roggen und dem wichtigen Substitutgetreide Gerste stärker in den Groß- als in den Einzelhandelspreisen.

²⁹³ Bei der Ermittlung der Maximalpreise wurden jeweils die 15 höchsten Werte berücksichtigt.

Ein möglicher Grund dafür könnten Hilfsangebote der Regierung, besonders die Ausgabe von Getreide aus öffentlichen Magazinen, sein. Diese konzentrierte sich in dieser Zeit stark auf Roggen und auch auf die Abgabe kleinerer Mengen, um besonders bedürftige Menschen zu unterstützen.²⁹⁴

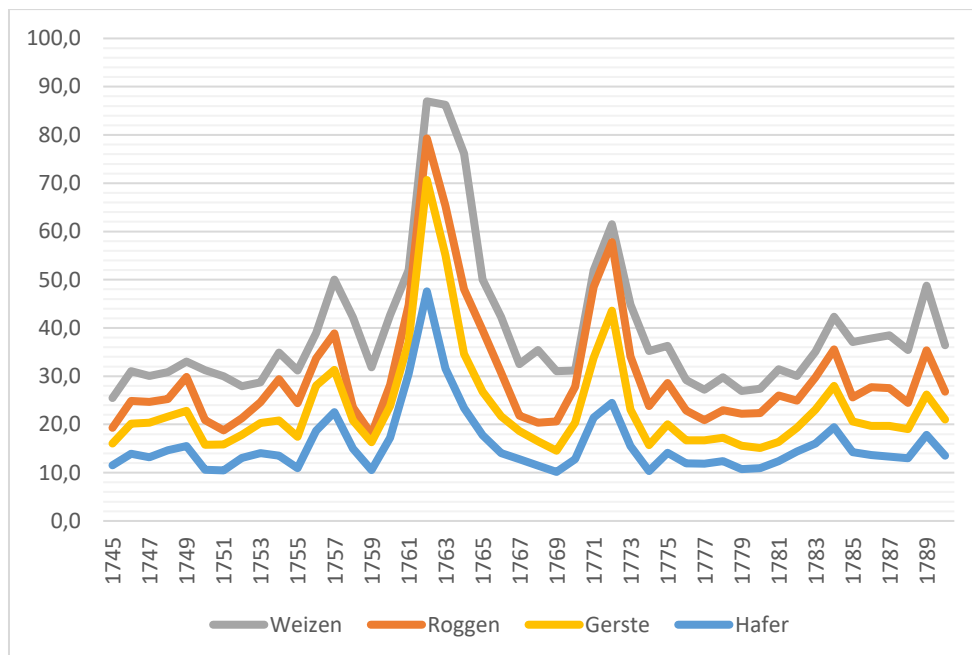


Abbildung 10: Verlauf der Getreidepreise je Wispel 1745-1789 (Durchschnittspreise, in Talern).

Zwischen den Hochpreisjahren finden sich auch immer wieder Phasen mit niedrigen Getreidepreisen. Bislang zeigte sich, dass Zeiten, in denen der jährliche Durchschnittspreis über dem langjährigen Mittel lag, von den historischen Akteur:innen zumeist auch als Teuerungsjahre empfunden wurden. Die Wahrnehmung niedriger Getreidepreise war jedoch eine andere. Obwohl sich die meisten Theoretiker im untersuchten Zeitraum einig waren, dass weder zu niedrige noch zu hohe Getreidepreise erstrebenswert seien, finden sich in der Praxis kaum Klagen über zu niedrige Preise. Große Teile der Bevölkerung freuten sich über sinkende Getreidepreise. Dementsprechend scheint es nicht sinnvoll zu sein, analog zu den hochpreisigen Jahren, alle Jahre, in denen der Durchschnittspreis unter dem langjährigen Mittel lag, als Niedrigpreisjahre zu werten. Im untersuchten Zeitraum gab es in Braunschweig-Wolfenbüttel zudem keine längeren Phasen mit niedrigen Getreidepreisen. Die Jahre mit niedrigen Getreidepreisen

²⁹⁴ S. dazu Kapitel 3.2.4.

erscheinen vielmehr als kurze Atempausen zwischen den immer wieder auftretenden Teuerungen.

Weizen		Roggen		Gerste		Hafer	
Jahr	Mittelpreis	Jahr	Mittelpreis	Jahr	Mittelpreis	Jahr	Mittelpreis
1745	24,8	1759	17,4	1751	14,1	1751	10,0
1780	25,1	1751	18,4	1769	14,3	1769	10,1
1779	25,3	1745	18,8	1745	14,6	1774	10,3
1777	25,7	1768	18,9	1750	14,7	1745	10,5
1782	27,8	1769	19,8	1780	14,9	1750	10,5
1778	28	1777	19,9	1779	15	1779	10,6
1752	28	1767	20,5	1774	15,3	1759	10,7
1753	28,2	1780	20,7	1781	15,6	1780	10,8
1747	28,9	1750	20,8	1759	15,6	1755	10,9
1748	28,9	1752	20,8	1768	15,6	1768	11,2
1751	29	1779	21,5	1777	16,2	1747	11,6
1746	29	1778	21,7	1778	16,5	1777	11,9
1770	29,2	1776	22	1752	16,5	1781	12
1781	29,3	1758	22,6	1776	16,6	1776	12
1750	29,9	1774	22,7	1755	17	1752 ²⁹⁵	12,1

Tabella 7: Geringste Jahresdurchschnittspreise für Weizen, Roggen, Gerste und Hafer pro Himten in Groschen 1745-1789.²⁹⁶

Die Jahre mit den 15 niedrigsten Getreidepreisen verteilen sich über den untersuchten Zeitraum. Sie sind für die verschiedenen Getreidesorten deutlich weniger einheitlich als die Jahre mit überdurchschnittlich hohen Preisen. So ist das Jahr 1751 bei Gerste und Hafer das günstigste, bei Roggen das zweitgünstigste Jahr, bei Weizen folgte es jedoch erst an 11. Stelle.

Das erste Jahr des untersuchten Zeitraums, 1745, gehört bei allem vier Getreidesorten zu den niedrigpreisigen Jahren, beim Weizen führt es die Liste sogar an. Für diese Getreidesorte gehören auch die folgenden Jahre bis 1753 zu den günstigsten. Lediglich 1749 zogen die Preise kurzfristig und geringfügig an. Roggen und Gerste zeigen in den Jahren 1750 bis 1752 besonders niedrige Preise. Das Jahr 1759 gehörte für alle Getreidesorten außer Weizen zu den günstigsten. Ebenso ist es bei den Jahren 1768 und 1769. Auch diese gehören für Roggen, Gerste und Hafer zu den Jahren mit den niedrigsten Preisen, für Weizen jedoch nicht. Interessanterweise gehört beim Weizen das Jahr 1770 zu den günstigsten Jahren, wenn auch erst an 13. Stelle. Für Roggen, Gerste und Hafer gehörte das Jahr 1774 zu den günstigsten Jahren. Eine

²⁹⁵ Das Jahr 1778 hatte ebenfalls einen Jahresdurchschnittspreis von 12,1 Groschen.

²⁹⁶ Berücksichtigt wurden die 15 niedrigsten Jahresdurchschnittspreise.

weitere Phase besonders niedrigpreisiger Jahre zeigte sich bei allen vier Sorten zwischen 1777 und 1780. Für Roggen, Gerste und Hafer gilt dies auch für das Jahr 1776. Weizen wies noch im Jahr 1782 besonders niedrige Preise auf, danach gehört kein Jahr mehr zu den besonders niedrigpreisigen.

Es zeigt sich also zunächst, dass die Weizenpreise bezüglich der Niedrigpreisjahre eine etwas andere Entwicklung als die drei anderen Getreidesorten nahmen. Für Roggen, Gerste und Hafer zeigt sich die Tendenz, dass vor großen Preisanstiegen Niedrigpreisjahre zu finden sind. So das Jahr 1759 vor der extremen Teuerung der 1760er sowie die Jahre 1768 und 1769 vor der Krise der Jahre 1770 bis 1773. Nach dieser Krise zeigt sich die zweite Hälfte der 1770er als Phase mit verschiedenen Niedrigpreisjahren für alle vier Getreidesorten, für Roggen, Gerste und Hafer bereits das Jahr 1774. Eine Ausnahme bildet dabei das Jahr 1775, in dem die Preise kurzfristig etwas anstiegen. Nach einigen Jahren mit außergewöhnlich hohen Preisen fielen diese also wieder stark ab. Die 1780er Jahre zeigen sich als Jahre mit eher hohen Getreidepreisen, so liegt kein Niedrigpreisjahr von Roggen, Gerste oder Hafer später als 1780.

Die Wahrnehmung der Menschen wurde jedoch nicht nur von der absoluten Höhe der Getreidepreise beeinflusst, sondern auch von deren Entwicklung. Die moderne Preisforschung zeigt, dass vor allem starke und schnelle Preissteigerungen das Preisempfinden negativ beeinflussen. Daher sollten für den untersuchten Zeitraum auch die Preisentwicklungen von einem Jahr auf das andere betrachtet werden.

Jahr	Weizenpreis	Veränderung zum Vorjahr	Jahr	Weizenpreis	Veränderung zum Vorjahr
1745	24,8		1768	33,1	9%
1746	29,0	17%	1769	30,0	-9%
1747	28,9	0%	1770	29,2	-3%
1748	28,9	0%	1771	47,4	63%
1749	31,4	9%	1772	56,9	20%
1750	29,9	-5%	1773	42,1	-26%
1751	29,0	-3%	1774	32,4	-23%
1752	28,0	-3%	1775	33,7	4%
1753	28,2	0%	1776	28,0	-17%
1754	32,9	17%	1777	25,7	-8%
1755	32,1	-2%	1778	28,0	9%
1756	37,1	16%	1779	25,3	-10%
1757	46,5	25%	1780	25,1	-1%
1758	41,3	-11%	1781	29,3	17%
1759	30,7	-26%	1782	27,8	-5%
1760	39,1	27%	1783	32,5	17%
1761	47,9	22%	1784	38,6	19%
1762	79,6	66%	1785	34,2	-11%
1763	81,7	3%	1786	34,8	2%
1764	71,4	-13%	1787	35,8	3%
1765	46,1	-35%	1788	33,6	-6%
1766	39,2	-15%	1789	44,7	33%
1767	30,3	-23%	1790	33,7	-25%

Tabelle 8: Relative Veränderung der Weizenpreise zwischen den Jahren. (pro Himten, in Groschen).

Jahr	Roggenpreis	Veränderung zum Vorjahr	Jahr	Roggenpreis	Veränderung zum Vorjahr
1745	18,8		1768	18,9	-8%
1746	24,2	28%	1769	19,8	5%
1747	23,7	-2%	1770	26,0	32%
1748	24,4	3%	1771	44,3	70%
1749	28,3	16%	1772	53,6	21%
1750	20,8	-26%	1773	32,4	-40%
1751	18,4	-12%	1774	22,7	-30%
1752	20,8	13%	1775	27,0	19%
1753	23,6	13%	1776	22,0	-19%
1754	28,6	21%	1777	19,9	-10%
1755	23,9	-16%	1778	21,7	9%
1756	31,9	33%	1779	21,5	-1%
1757	36,3	14%	1780	20,7	-4%
1758	22,6	-38%	1781	24,3	17%
1759	17,4	-23%	1782	23,6	-3%
1760	23,8	37%	1783	27,7	17%
1761	41,9	76%	1784	32,9	19%
1762	73,1	75%	1785	23,9	-27%
1763	60,9	-17%	1786	26,6	11%
1764	46,1	-24%	1787	26,0	-2%
1765	37,4	-19%	1788	23,4	-10%
1766	28,9	-23%	1789	32,9	40%
1767	20,5	-29%	1790	24,7	-25%

Tabelle 9: Relative Veränderung der Roggenpreise zwischen den Jahren. (pro Himten, in Groschen).

Jahre mit überdurchschnittlich hohen Getreidepreisen waren häufig auch mit extremen Preissteigerungen verbunden, in einigen Fällen von mehr als 70 % oder 80 %.²⁹⁷ Im Jahr 1762 war der durchschnittliche Gerstenpreis im Vergleich zum Vorjahr um 86 % gestiegen, die größte Steigerung im gesamten Untersuchungszeitraum. Die Jahre 1761 und 1762 zeigen auch für die übrigen drei Getreidesorten die höchsten Steigerungsraten zwischen 1745 und 1790. Der durchschnittliche Weizenpreis stieg im Jahr 1762 um 66 % im Vergleich zum Vorjahr an. Der Roggenpreis erfuhr im Jahr 1761 eine Steigerung um 76 %, im drauffolgenden Jahr nochmals um 75 %. Der mittlere Haferpreis stieg im Jahr 1761 um 73 % verglichen mit dem vorangegangenen Jahr.

Jahr	Gerstenpreis	Veränderung zum Vorjahr	Jahr	Gerstenpreis	Veränderung zum Vorjahr
1745	14,6		1768	15,6	-10%
1746	18,5	26%	1769	14,3	-9%
1747	18,9	2%	1770	19,0	34%
1748	20,0	6%	1771	30,9	62%
1749	21,4	7%	1772	40,7	32%
1750	14,7	-31%	1773	22,8	-44%
1751	14,1	-4%	1774	15,3	-33%
1752	16,5	17%	1775	19,2	25%
1753	18,5	12%	1776	16,6	-13%
1754	19,9	8%	1777	16,2	-2%
1755	17,0	-14%	1778	16,5	2%
1756	26,3	54%	1779	15,0	-9%
1757	29,1	11%	1780	14,9	-1%
1758	20,1	-31%	1781	15,6	4%
1759	15,6	-22%	1782	18,4	18%
1760	22,4	44%	1783	21,8	18%
1761	34,6	54%	1784	26,0	20%
1762	64,6	86%	1785	19,1	-27%
1763	51,9	-20%	1786	18,6	-3%
1764	32,5	-37%	1787	18,6	0%
1765	24,9	-23%	1788	18,5	-1%
1766	20,0	-20%	1789	24,8	34%
1767	17,4	-13%	1790	19,9	-20%

Tabelle 10: Relative Veränderung der Gerstenpreise zwischen den Jahren. (pro Himten, in Groschen).

Das Jahr 1771 brachte die nächsten extremen Preissteigerungen mit sich. Der Weizen- und Haferpreis stieg um jeweils 63 %, der Roggenpreis um 70 % und der Gerstenpreis um 62 % an. Das Jahr 1756 brachte vor allem beim Hafer eine starke Preissteigerung von 66 % verglichen

²⁹⁷ Bezogen auf den Jahresdurchschnittspreis für einen Himten Getreide.

mit dem Durchschnittspreis des Vorjahres mit sich. Der mittlere Gerstenpreis stieg um 54 %. Weizen und Roggen wiesen in diesem Jahr vergleichsweise mäßige Steigerungen von 16 % beziehungsweise 33 % auf.

Der Haferpreis war besonders anfällig für extreme Steigerungen. Im untersuchten Zeitraum stieg dieser in insgesamt zwölf Jahren um mehr als 20 % an, davon wiesen fünf Jahre extreme Steigerungen von 50 % oder mehr auf. Der Roggenpreis stieg in zehn Jahren um mehr als 20 % an, darunter drei Jahre mit Anstiegen um mehr als 50 %. Der Gerstenpreis stieg ebenfalls in zehn Jahren um 20 % oder mehr an, darunter waren drei Jahre mit extremen Steigerungen um mehr als 50 %. Am wenigsten von starken Steigerungen betroffen war der Weizenpreis, dieser stieg lediglich in sieben Jahren um mehr als 20 % an, darunter waren zwei extreme Steigerungen von mehr als 50 %.

Jahr	Haferpreis	Veränderung zum Vorjahr	Jahr	Haferpreis	Veränderung zum Vorjahr
1745	10,5		1768	11,2	-9%
1746	12,7	21%	1769	10,1	-10%
1747	11,6	-9%	1770	12,5	23%
1748	14,3	23%	1771	20,3	63%
1749	14,0	-2%	1772	23,7	16%
1750	10,5	-25%	1773	15,4	-35%
1751	10,0	-4%	1774	10,3	-33%
1752	12,1	21%	1775	13,8	35%
1753	13,1	8%	1776	12,0	-13%
1754	13,1	0%	1777	11,9	-1%
1755	10,9	-17%	1778	12,1	2%
1756	18,1	66%	1779	10,6	-12%
1757	21,5	19%	1780	10,8	2%
1758	14,8	-31%	1781	12,0	11%
1759	10,7	-27%	1782	13,8	15%
1760	16,1	50%	1783	15,1	10%
1761	28,0	73%	1784	18,2	21%
1762	42,0	50%	1785	13,7	-25%
1763	30,2	-28%	1786	13,5	-1%
1764	22,5	-26%	1787	12,9	-4%
1765	16,8	-25%	1788	12,8	-1%
1766	13,3	-20%	1789	17,3	35%
1767	12,3	-8%	1790	13,1	-24%

Tabelle 11: Relative Veränderung der Haferpreise zwischen den Jahren. (pro Himten, in Groschen).

Besorgniserregend wurde die Lage, wenn die Preise mehrere Jahre in Folge stark anstiegen. Dies traf vor allem auf die Jahre 1760 bis 1762 zu. In dieser Zeit stieg der Preis aller Getreidesorten drei Jahre in Folge um mehr als 20 % an. Der Haferpreis steigerte sich in diesen Jahren

sogar dreimal nacheinander um 50 % oder mehr. Der Roggen- und der Gerstenpreis erfuhren 1761 und 1762 zwei Jahre in Folge Steigerungen um mehr als 50 %, der Weizenpreis lediglich im Jahr 1762. Auch die Jahre 1770 bis 1772 waren von mehreren Getreidepreissteigerungen in Folge betroffen, wenn auch weniger extrem als zehn Jahre zuvor. Die Roggen- und Gerstenpreise stiegen drei Jahre in Folge um 20 % oder mehr an, das Jahr 1771 brachte dabei extreme Steigerungen von über 50 %. Die Weizen- und Haferpreise stiegen in zwei Jahren um 20 % oder mehr, auch hier brachte das Jahr 1771 extreme Steigerungen um mehr als 50 %. Eine Besonderheit hatte der Weizenpreis, dieser sank im Jahr 1770 leicht und weist dabei als einzige der vier Getreidesorten einen Preisverfall in den Jahren 1770 bis 1772 auf.

Die deutlichen Preissteigerungen für Roggen, Gerste und Hafer könnten eine weitere Erklärung dafür bieten, warum das Jahr 1770, trotz eher geringer Durchschnitts- und lediglich bei Roggen und Gerste leicht erhöhter Maximalpreise, als Krisenjahr empfunden wurde.

Eine kleinere Auffälligkeit zeigt das Jahr 1775. In diesem stiegen die Preise, nach zwei Jahren deutlicher Preissenkungen, recht abrupt an. Die Weizenpreise stiegen nur leicht um 4 %, die Roggenpreise bereits um 19 %. Gerste und Hafer zeigen sogar Preissteigerungen von 25 % beziehungsweise 35 %. Es ist zu vermuten, dass diese mit dem Jahr 1770 vergleichbaren Preissteigerungen die Menschen nervös gemacht hat, besonders vor dem Hintergrund der erst kürzlich erlebten Versorgungskrise. Dies wird im weiteren Verlauf zu überprüfen sein.

Es zeigt sich, dass starke Preissteigerungen in Verbindung mit bekannten Versorgungs- beziehungsweise Teuerungskrisen standen. Es ist also anzunehmen, dass plötzliche, starke Preissteigerungen stets zu einem geschärften Krisenbewusstsein geführt haben. Andererseits bedeuteten starke Preisabfälle nicht umgekehrt Niedrigpreisjahre, sogar ganz im Gegenteil. Es fällt auf, dass einige der Jahre, welche sich durch deutlich erhöhte Durchschnitts- und Maximalpreise auszeichnen, gleichzeitig starke Preisminderungen im Vergleich zum Vorjahr zu verzeichnen haben. Dies ist besonders auffällig bei den Jahren 1763 und 1764 sowie 1773. In diesen Jahren sanken die Durchschnittspreise im Vergleich zum Vorjahr teilweise um über 40 %. Es wird zu überprüfen sein, ob die historischen Akteur:innen durch die Preisabfälle beruhigt wurden und ein Ende der Teuerung erwarteten, oder ob die nach wie vor hohen Preise die Preissenkung überstrahlten und die Jahre trotzdem als krisenhaft empfunden wurden.

Im untersuchten Zeitraum variierten die Getreidepreise insgesamt sehr stark. Zwischen dem jeweils niedrigsten und dem jeweils höchsten Preis lagen für alle vier Getreidesorten sowohl im Einzel- als auch bei den Großhandelspreisen Schwankungsbreiten von mindestens 600 %.

	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer
Minimaler Preis	23	15	12	8
Maximaler Preis	138	106	97	69
Relative Veränderung	≈600 %	≈706 %	≈808 %	≈863 %

Tabelle 12: Spanne der Preise für Weizen, Roggen, Gerste und Hafer 1745-1790 (pro Himten, in Groschen).

Bei den Preisen pro Himten wies Hafer mit einer relativen Veränderungen von etwa 863 % die größte Schwankungsbreite auf, Weizen mit einer relativen Veränderung von 600 % die geringste. Roggen wies mit einer relativen Veränderung von 706 % die zweitgeringste Schwankungsbreite auf. Die Höchstpreise wurden alle in den Jahren 1762 und 1763 erreicht. Beim Roggen wurde der niedrigste Preis im Jahr 1759 erreicht. Demnach mussten die Menschen im Juni 1762 mehr als 90 Groschen mehr für den Himten Roggen zahlen als etwa drei Jahre zuvor, im Juli 1759.

	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer
Minimaler Preis	22	15	13,5	9
Maximaler Preis	150	115	105	76
Relative Veränderung	≈682 %	≈767 %	≈778 %	≈844 %

Tabelle 13: Spanne der Preise für Weizen, Roggen, Gerste und Hafer 1745-1790 (pro Wispel, in Taler).

Die Preise pro Wispel zeigen eine ähnliche Tendenz. Auch hier wies Hafer die höchste Schwankungsbreite auf und Weizen die geringste. Die Maximalpreise stammen ebenfalls allesamt aus den Jahren 1762 und 1763.

Es wird deutlich, dass die Preisschwankungen in den Jahren 1745 bis 1790 drastisch waren. Lassen untersuchte die Getreidepreise für Braunschweig von 1636 bis 1749 und stellte dabei weitaus weniger extreme Variationen fest.²⁹⁸ Zwischen dem höchsten und dem niedrigsten Preis für einen Himten Roggen lagen in diesen Jahren 30 Mariengroschen. In den Jahren 1745 bis 1790 betrug die Differenz 91 Groschen.

Die Menschen im untersuchten Zeitraum erlebten also auffällig starke Preisschwankungen. Zwischen dem geringsten und dem höchsten Preis konnten gerade einmal drei Jahre liegen. Es kann vermutet werden, dass diese Erfahrungen die Menschen stark verunsicherten und zu

²⁹⁸ Lassen, Hungerkrisen. Vgl. die Zahlen auf den Seiten 401-404. Die Preisdaten stammen vom Braunschweiger Stift St. Blasii.

einem Bedürfnis nach möglichst umfassender Vorsorge führten, welche im weiteren Verlauf betrachtet werden wird.

Die Getreidepreise schwankten nicht nur von einem Jahr auf das andere, sondern auch über das Jahr hinweg. Den historischen Akteur:innen waren die jährlichen Schwankungen des Getreides sehr vertraut. Im untersuchten Zeitraum gab es diverse Versuche diese zu beschreiben und zu systematisieren. Johann Friedrich Unger beschrieb die Fluktuation in seinem 1752 erschienen Werk über Getreidepreise. Er untersuchte dazu die Hannoveraner Getreidepreise von 1648 bis 1748/50. Unger gab an, dass die Preise von Martini bis Weihnachten, also etwa vom 11. November bis zum 25. Dezember, eher niedrig seien, da viel Korn auf die Märkte ströme. Danach stiegen die Preise bis Ostern wieder an, um dann bis zur neuen Ernte wieder zu fallen. Unger gab jedoch auch zu bedenken, dass „jede Regel ihre Ausnahme leidet“, es also häufig auch ganz anders sein könne.²⁹⁹

Die Getreidepreise Braunschweig-Wolfenbüttels zeigen, dass über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg der Juli der Monat mit den höchsten Durchschnittspreisen war, dies traf für alle vier Getreidesorten zu. Danach zeigen die verschiedenen Sorten jedoch unterschiedliche Preisentwicklungen über das Jahr verteilt. Die nächstteuren Monate waren für Weizen der August und der Oktober. Für Roggen waren es Oktober und Juni. Bei Gerste und Hafer lagen der Juni und der August jeweils auf dem zweiten und dritten Rang. Der jeweils günstigste Monat war für Roggen und Gerste der September, für Hafer der Oktober und für Weizen der März.

Position	Weizen		Roggen		Gerste		Hafer	
	Monat	Preis	Monat	Preis	Monat	Preis	Monat	Preis
1	Juli	40,5	Juli	30,7	Juli	25,1	Juli	19
2	August	39	Oktober	30,3	Juni	23,9	Juni	18,4
3	Oktober	38,9	Juni	29,9	August	23,3	August	18
4	Juni	38,6	November	29,7	Mai	23,1	Mai	16,9
5	Mai	37,9	Mai	29,2	April	22,3	April	15,9
6	November	37,9	Dezember	29,1	Oktober	21,9	Februar	14,9
7	Dezember	37,3	Januar	28,9	Februar	21,8	März	14,9
8	April	36,7	Februar	28,5	November	21,8	September	14,6
9	Januar	36,5	April	28,5	Dezember	21,8	Dezember	14,3
10	Februar	36,3	März	28,4	März	21,7	Januar	14,2
11	September	36,2	August	27,5	Januar	21,2	November	14,2
12	März	35,8	September	27,1	September	29,7	Oktober	14,0

Tabelle 14: Sortierte Monatsdurchschnittspreise für Weizen, Roggen, Gerste und Hafer 1745-1790 (pro Himten, in Groschen).

²⁹⁹ Unger, Ordnung. S. 2-3.

Es zeigt sich, also, dass die von Unger als Regelmäßigkeiten der jährlichen Preisbewegungen präsentierten Entwicklungen für die hier ausgewerteten Preise nur sehr begrenzt zutrafen. Die niedrigen Getreidepreise für November und Dezember beispielsweise lassen sich nur bei Gerste und Hafer feststellen. Dort gehören diese Monate jeweils zu den günstigeren im Jahr. Bei Weizen befinden sich die Monate in der Mitte. Beim Roggen hingegen gehört der November im untersuchten Zeitraum sogar zu den vier teuersten Monaten und auch der Dezember befindet sich noch in der oberen Hälfte.

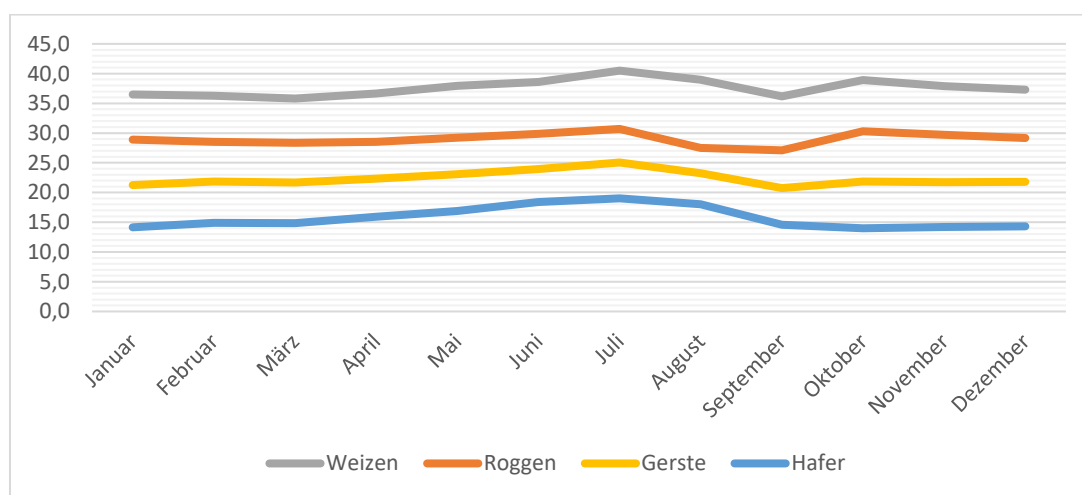


Abbildung 11: Verlauf der monatlichen Durchschnittspreise für Weizen, Roggen, Gerste und Hafer 1745-1790 (pro Himten, in Groschen).

Als eine Gemeinsamkeit fällt auf, dass die Preise aller vier Getreidesorten eine Spitze im Juli haben und im September dann einen Knick aufweisen. Dies könnte mit der Erntezeit zusammenhängen. Diese lag in Mitteleuropa hauptsächlich im August.³⁰⁰ Im Juli war das Getreide der neuen Ernte also noch nicht verfügbar, das der alten Ernte hingegen fast verbraucht. Eine Variante des so genannten „Hungry Gap“, einer Zeit im Jahr, in der das alte Getreide aufgezehrt, das neue aber noch nicht verfügbar war.³⁰¹ Mit der Nachfrage stiegen dann auch die Preise. Im September kam dann vermutlich wieder erstes Getreide aus der neuen Ernte auf den Markt und vergrößerte das Angebot, so dass der Preis sank.

³⁰⁰ Göttmann, Frank: Städtische Vorratshaltung in der Vormoderne. Gebäude-Organisation-Prinzipien. In: Sonderegger, Stefan; Wittmann, Helge (Hg.): Reichsstadt und Landwirtschaft. Petersberg 2020. S. 185-226. Hier S. 185-186.

³⁰¹ Frank, Robert Worth Jr.: The „Hungry Gap“, Crop Failure, and Famine: The Fourteenth-Century Agricultural Crisis and Piers Plowman. In: Sweeney, Del (Hg.): Agriculture in the Middle Ages. Technology, Practice, and Representation. Philadelphia 1995. S. 227-243. Hier S. 229. Hier wurde das „Hungry Gap“ im Frühsommer verortet.

Es zeigt sich allerdings auch, dass die monatlichen Durchschnittspreise über den gesamten Untersuchungszeitraum nur eine verhältnismäßig geringe Schwankungsbreite aufweisen und die Preisfluktuation über das Jahr hinweg eher gering ist. Zwischen dem teuersten und dem günstigsten Monat liegen beim Roggen beispielsweise lediglich 3,6 Groschen Unterschied.

Um nähere Einblicke in die monatlichen Preisschwankungen zu erhalten, wurden daher auch kürzere Zeiträume ausgewertet. Bei der Betrachtung des gesamten Untersuchungszeitraums besteht die Möglichkeit, dass die teilweise extremen Preissteigerungen einzelner Jahre das Gesamtergebnis beeinträchtigen.

Im Folgenden sollen daher zusätzlich die Jahre 1770 bis 1773 sowie 1777 bis 1780 gesondert betrachtet werden. Die vier Jahre zu Beginn der 1770er Jahre sollen dabei exemplarisch für eine Zeit der durch Missernten ausgelösten Teuerung stehen.

Position	Weizen		Roggen		Gerste		Hafer	
	Monat	Preis	Monat	Preis	Monat	Preis	Monat	Preis
1	Juli	48,0	Juli	43,5	Juli	32,0	Juli	21,3
2	August	45,6	April	40,2	April	30,5	August	20,5
3	Oktober	43,9	Oktober	39,7	August	29,0	April	16,6
4	April	43,6	Dezember	37,6	Mai	26,8	Juni	17,9
5	November	40,3	November	36,2	Juni	25,8	Mai	17,6
6	Dezember	40,1	August	35,9	Dezember	24,6	September	16,6
7	Mai	40,0	Mai	35,6	März	24,1	Oktober	14,9
8	September	38,8	September	34,1	Oktober	23,8	März	14,9
9	Juni	37,4	Juni	33,4	November	23,3	Dezember	14,4
10	März	36,0	März	31,7	September	23,0	November	14,0
11	Januar	35,5	Januar	30,0	Februar	22,6	Februar	13,7
12	Februar	34,8	Februar	30,7	Januar	21,9	Januar	13,4

Tabelle 15: Sortierte Monatsdurchschnittspreise für Weizen, Roggen, Gerste und Hafer 1770-1773 (pro Himten, in Groschen).

Auch in den Krisenjahren 1770 bis 1773 war der Juli für alle vier Getreidedesorten der teuerste Monat. Januar und Februar hingegen waren durchweg die Monate mit den geringsten Durchschnittspreisen.

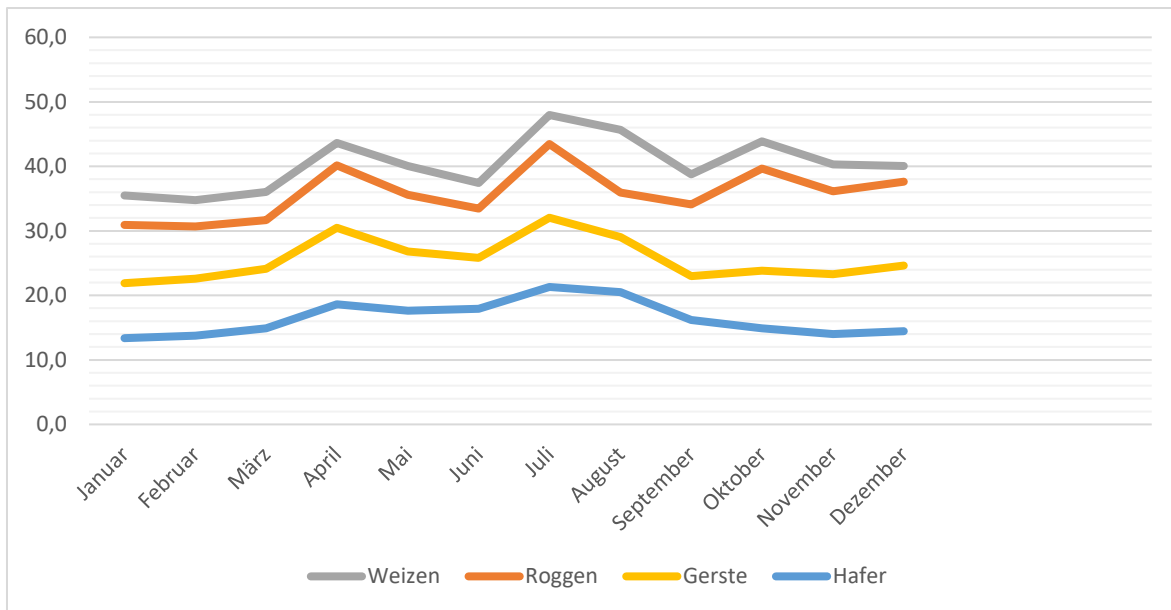


Abbildung 12: Verlauf der monatlichen Durchschnittspreise für Weizen, Roggen, Gerste und Hafer 1770-1773 (pro Himten, in Groschen).

Die Differenz zwischen dem günstigsten und dem teuersten Monat zeigt sich hier deutlich ausgeprägter als bei Betrachtung des gesamten Untersuchungszeitraums. Zwischen Februar und Juli liegen bei Weizen 13,2, bei Roggen 12,8 und bei Gerste 10,1 Groschen. Beim Hafer betrug die Differenz 7,9 Groschen. Die Menschen mussten also drastische und plötzliche Preisschwankungen bewältigen. Eine Differenz von fast 13 Groschen für den Kauf eines Himten Roggen konnte für Menschen, welche mehr als die Hälfte ihres Einkommens für Lebensmittel aufwenden mussten, einen entscheidenden Unterscheid machen.³⁰² Es ist zu vermuten, dass die stark schwankenden Preise während Versorgungskrisen zusätzlich zu Angst, Unsicherheit und Panikreaktionen geführt haben. Die Menschen wussten beim Korneinkauf nicht, ob sie auch in der nahen Zukunft noch Getreide zu einem vergleichbaren Preis erwerben könnten. Zudem luden derartige Schwankungen förmlich zu Hamsterkäufen und Spekulationen ein, welche den Preis dann noch weiter ansteigen lassen konnten.

Bei der Auswertung der Getreidepreise der Jahre 1777 bis 1780, einer Zeit guter Versorgung und niedriger Getreidepreise, zeigt sich eine weniger einheitliche Tendenz als bei den Krisenjahren. Der Juli, in den Jahren 1770 bis 1773 sowie im gesamten Untersuchungszeitraum der teuerste Monat für alle vier Getreidesorten gehört nur beim Hafer zu den teuersten drei Monaten. Bei Weizen und Gerste liegt er nur auf dem sechsten Platz, beim Roggen ist der Juli

³⁰² Walter Achilles zeigte für Hildesheimer Handwerker im 18. Jahrhundert, dass diese regelmäßig mehr als 50 % ihres Einkommens für Brotgetreide ausgeben mussten. Achilles, Getreidepreissteigerungen. S. 122.

sogar der günstigste Monat. Der teuerste Monat ist bei Weizen und Gerste der Mai, beim Roggen der Dezember und beim Hafer der August.

	Weizen		Roggen		Gerste		Hafer	
Position	Monat	Preis	Monat	Preis	Monat	Preis	Monat	Preis
1	Mai	27,2	Dezember	22,2	Mai	16,6	August	12,6
2	April	26,8	Oktober	21,4	August	16,1	Mai	12,4
3	Oktober	26,7	November	21,4	April	16,0	Juli	12,0
4	Dezember	26,3	Mai	21,1	Oktober	15,8	Juni	11,8
5	November	26,1	April	21,1	September	15,8	April	11,5
6	Juli	25,9	März	20,9	Juli	15,7	September	11,5
7	Juni	25,9	September	20,6	Juni	15,7	Oktober	11,0
8	März	25,8	August	20,6	März	15,6	März	10,9
9	August	25,8	Februar	20,5	November	15,5	Februar	10,8
10	September	25,7	Juni	20,5	Januar	15,3	November	10,8
11	Januar	25,3	Januar	20,5	Februar	15,3	Dezember	10,8
12	Februar	25,1	Juli	20,4	Dezember	15,2	Januar	10,7

Tabelle 16: Sortierte Monatsdurchschnittspreise für Weizen, Roggen, Gerste und Hafer 1777-1780 (pro Himten, in Groschen).

Die eher niedrigen Preise im Juli in dieser Zeit, vor allem für Roggen, könnten mit der Erwartung einer guten Ernte erklärbar gemacht werden. Vermutlich verfügten einige Menschen auch kurz vor der neuen Ernte noch über gewisse Getreidevorräte. Wenn dann abzusehen war, dass die nächste Ernte qualitativ und quantitativ erneut gut ausfallen würde, ist davon auszugehen, dass Händler und Privatpersonen ihre Lager leeren wollten und so Vorräte loschlugen. Diese gelangten dann auf den Markt, vergrößerten das Angebot und ließen die Preise sinken.

Im Vergleich zu den Jahren 1770 bis 1773 wiesen die Getreidepreise in den Jahren 1777 bis 1780 durchweg eine sehr geringe Schwankungsbreite auf.

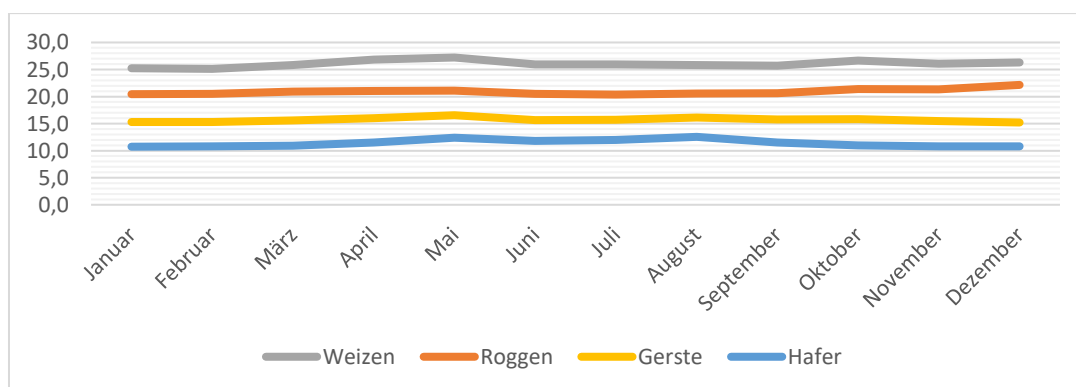


Abbildung 13: Verlauf der monatlichen Durchschnittspreise für Weizen, Roggen, Gerste und Hafer 1777-1780 (pro Himten, in Groschen).

Der Mai gehört für alle vier Sorten zu den teureren Monaten und Januar sowie Februar zu den günstigen. Zwischen dem teuersten und dem günstigsten Monat lagen in dieser Zeit jeweils nur wenige Groschen. Der Weizen kostete im Mai 2,1 Groschen mehr als im Februar. Roggen war im Dezember 1,8 Groschen teurer als im Juli. Bei Gerste betrug die Differenz zwischen Mai und Dezember lediglich 1,4 Groschen. Hafer kostete im August 1,9 Groschen mehr als im Januar.

Es ist zu vermuten, dass diese geringe Schwankungsbreite, zusätzlich zum generell niedrigen Preisniveau, in diesen Jahren zu einem gesteigerten Sicherheitsempfinden und einem Gefühl guter Versorgung beigetragen hat. Wenn die Menschen rückblickend feststellten, dass die Getreidepreise noch auf einem ähnlichen Niveau waren, wie in den vorangegangenen Monaten, konnten sie davon ausgehen, dass diese auch im folgenden Monat nicht sprunghaft ansteigen würden. So gab es in derartigen Zeiten weniger Spielraum für kurzfristige Spekulationen.

Es zeigt sich, dass die von Johann Friedrich Unger beschriebenen Regelmäßigkeiten in den jährlichen Preisverläufen im untersuchten Zeitraum für Braunschweig-Wolfenbüttel so nicht nachzuweisen sind. Stattdessen zeigen sich je nach Versorgungslage und Preisniveau unterschiedliche Jahresverläufe und eine stark variierende Bandbreite an Preisschwankungen.

In Jahren mit einem hohen Preisniveau schwankten die Getreidepreise über das Jahr betrachtet sehr stark, während sie in Jahren mit niedrigen Preisen nur eine sehr geringe Schwankungsbreite aufwiesen.

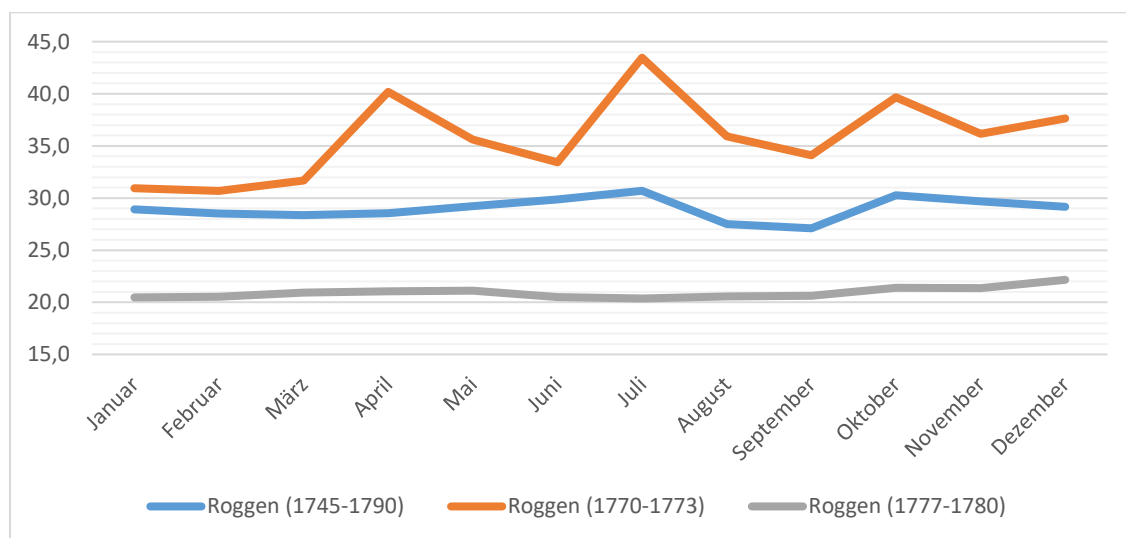


Abbildung 14: Verlauf der monatlichen Durchschnittspreise für Roggen 1745-1790, 1770-1773 und 1777-1780 im Vergleich (pro Himten, in Groschen).

Die Entwicklung der Getreidepreise wurde von den Menschen im untersuchten Zeitraum mit größtem Interesse verfolgt. Getreidepreise konnten im Extremfall über Leben und Tod entscheiden. Wenn sich die Menschen bei starken Preisanstiegen nicht mehr das notwendige Getreide leisten konnten, mussten sie nach und nach auf alles andere verzichten oder waren auf obrigkeitliche Hilfe angewiesen. Braunschweig-Wolfenbüttel wurde im 18. Jahrhundert von diversen, teils massiven, Teuerungen und Versorgungskrisen heimgesucht. Dabei war offenbar jedoch nicht die reine Höhe der Preise entscheidend für die Wahrnehmung einer Krise. Die Jahre 1770 bis 1773 wurden von vielen Menschen als extrem krisenhaft wahrgenommen, obwohl die Preise weniger hoch anstiegen als zu Beginn der 1760er Jahre. Diese Empfindung bestätigt sich kurzfristig auch in der Bevölkerungsentwicklung Braunschweigs. In den zu Beginn eines jeden Jahres in den *Braunschweigischen Anzeigen* veröffentlichten Listen zu Eheschließungen, Geburten und Todesfällen zeigt sich der Einfluss der Krise der 1770er Jahre. So stiegen die Todesfälle im Jahr 1772 stark an, es starben 1432 Menschen, davon 373 an „Auszehrung“. Im Jahr zuvor waren 857 Menschen verstorben und im Jahr darauf 888 Menschen.³⁰³ Deutlich zeigt sich in den letzten beiden Krisenjahren auch ein Rückgang der Eheschließungen. Im Jahr 1769 wurden noch 235 Paare getraut, ein Jahr später noch 213 und im Jahr 1771 noch 219 Paare. In den folgenden beiden Jahren sank diese Zahl auf 157 beziehungsweise 166 Hochzeiten. Erst im Jahr 1775 wurde wieder ein Niveau von 212 Hochzeiten erreicht.³⁰⁴

2.4 Zwischenfazit

Es wurde deutlich, dass Getreidepreise sowohl für die historischen Akteur:innen als auch für Forschende von größtem Interesse waren und sind. Obwohl sie im 21. Jahrhundert wohl niemand mehr als „Barometer und Thermometer“ der Schicksale ganzer Völker bezeichnen würde, wie Krünitz es 1789 formulierte, ist nicht abzustreiten, dass Getreidepreise im 18. Jahrhundert über Wohl und Wehe sehr vieler Menschen bestimmten.

³⁰³ Obwohl das Jahr 1771 von den Zeitgenoss:innen als Höhepunkt der Krise wahrgenommen wurde, zeigte sich eine erhöhte Mortalität erst im Jahr 1772. Dies könnte auch damit erklärt werden, dass die Menschen nach einem oder zwei Hungerjahren ausgezehrt und so anfälliger für Krankheiten waren.

³⁰⁴ Die Listen erschienen zu Beginn eines jeden Jahres in den Braunschweigischen Anzeigen und gaben die Eheschließungen, Geburten und Todesfälle für das Vorjahr an. Berücksichtigt wurden nur Ereignisse, welche in den Kirchen der Stadt dokumentiert wurden. In späteren Ausgaben wurden die Todesfälle auch nach Todesursache aufgeschlüsselt. Braunschweigische Anzeigen 3/1770, 4/1771, 4/1772, 3/1773, 5/1773, 3/1774, 4/1776.

Dementsprechend existierten im untersuchten Zeitraum bereits verschiedene Werke, welche sich auch theoretisch mit Getreidepreisen auseinandersetzten, versuchten deren Schwankungen zu systematisieren und daraus dann Voraussagen für die zukünftige Entwicklung der Preise abzuleiten. Seit dieser Zeit entwickelte sich ein ungebrochenes Forschungsinteresse, welches bis in die heutige Zeit anhält.

Für die Menschen im untersuchten Zeitraum begründete in den meisten Fällen aber nicht theoretisches Interesse die Beschäftigung mit Getreidepreisen, sondern die reine Lebensnotwendigkeit. Für Menschen, welche teilweise mehr als die Hälfte ihres Einkommens für Brotgetreide ausgeben mussten, konnten schon kleinere Steigerungen der Getreidepreise empfindliche Konsequenzen haben. Die Nachfrage nach Getreide war grundsätzlich unelastisch, steigende Preise bedeuteten daher, dass die Menschen nach und nach auf alle anderen Ausgaben verzichten mussten, um sich das benötigte Getreide leisten zu können. Hohe Getreidepreise wirkten sich dadurch auf alle anderen Bereiche des wirtschaftlichen Lebens aus.

Zudem führten hohe Getreidepreise häufig zu einem Rückgang der Eheschließungen, zu weniger Geburten und zu einem Anstieg der Todesfälle. In Braunschweig-Wolfenbüttel zeigte sich dieser Effekt im untersuchten Zeitraum in der ersten Hälfte der 1770er Jahre, als während der massiven Getreideteuerung dieser Jahre deutlich weniger Paare heirateten und die Sterberate im Jahr 1772 stark anstieg.

Dementsprechend wünschten viele Menschen sich niedrige Getreidepreise, andere hingegen profitierten von höheren Preisen. Im untersuchten Zeitraum galt darum ein möglichst ausgeglichener Preis als ideal. Allerdings riefen hohe Preise weit mehr Reaktionen hervor, da sie für viele Menschen unmittelbar existenz- und lebensbedrohend waren und die Obrigkeiten Unruhen fürchteten. Hohe Getreidepreise zogen in Braunschweig-Wolfenbüttel in der Regel schnelle obrigkeitliche Aktivitäten nach sich, so wurden deswegen Getreidesperren verhängt, öffentliche Magazine geplant oder Getreide an Bedürftige verteilt. Der Getreidepreis galt bei den Verantwortlichen für die Getreidepolitik als eine Art Krisenindikator, der half, die Lage einzuschätzen. Dementsprechend interessierte sich die Regierung sehr für dessen Entwicklung und ließ sich regelmäßig über Veränderungen informieren.

Es zeigte sich, dass die Getreidepreise ständig schwankten, teilweise auch in sehr langfristigen Zyklen. Übereinstimmend gilt die zweite Hälfte des 18. Jahrhunderts dabei als eine Zeit sehr hoher Getreidepreise. Doch auch innerhalb dieses bereits hohen Niveaus zeigten die Getreidepreise eine starke Volatilität. Untersucht wurden die Braunschweiger Preise für die vier

wichtigsten Getreidesorten Weizen, Roggen, Gerste und Hafer zwischen 1745 und 1790. Zugrunde gelegt wurden die in den *Braunschweigischen Anzeigen* abgedruckten Daten, welche auf den städtischen Getreidemärkten erhoben wurden. Zur Untersuchung dieser Daten wurden einzelne Anleihen aus der modernen Preisforschung gemacht. Diese zeigte, dass ein Akzeptanzbereich existiert, innerhalb dessen ein Preis von Kaufinteressierten als angemessen empfunden wird. Bei regelmäßig gekauften Produkten, zu denen das Getreide zweifellos gehörte, entspricht dieser akzeptierte Bereich häufig dem Marktdurchschnitt. Aufgrund dessen wurden die Mittelpreise für die Jahre 1745 bis 1790 gebildet.³⁰⁵ Es zeigten sich dabei, je nach Getreidesorte oder Verkaufsgröße, 11 bis 14 Jahre, in denen der jährliche Durchschnittspreis über dem langjährigen Mittel lag. Bis auf kleinere Abweichungen waren die so ermittelten Jahre deckungsgleich. Es handelte sich um die Jahre 1756-57/58, 1760-65/66, 1771-73, 1784 sowie 1789. Überwiegend handelte es sich dabei um Phasen, welche aufgrund von Krieg oder Missernten in der Forschung bereits als Krisenjahre mit problematischer Getreideversorgung bekannt sind. Die außergewöhnlich hohen Preise der 1760er konnten zusätzlich durch inflationäre Entwicklungen erklärt werden.

Ergänzend wurden die Maximalpreise ausgewertet, um auch kurzfristige Ausschläge sichtbar machen zu können. Besonders hohe Maximalpreise zeigten sich zu Beginn der 1760er Jahre, vor allem in den Jahren 1762 und 1763. Die dort erreichten Höchstpreise waren in einigen Fällen um mehr als das Vierfache höher als die langjährigen Mittelpreise. Die nächsthöheren Ausschläge zeigten sich zu Beginn der 1770er Jahre, diese erreichten aber nicht das Niveau der Jahre 1762 und 1763. Im Fall der Jahre 1770 bis 1773 zeigten die Maximalpreise zwei Besonderheiten auf. Zum einen wurde deutlich, dass die Teuerung sich beim wichtigsten Brotgetreide Roggen und dessen Substitut Gerste stärker in den Groß- als in den Einzelhandelspreisen zeigte. Dies könnte auf obrigkeitliche Hilfsangebote zurückzuführen sein, welche sich in dieser Zeit stark auf die Abgabe kleiner Mengen Getreide fokussierten. Zum anderen zeigte sich, dass das Jahr 1770 zwar keine erhöhten Durchschnittspreise, jedoch aber erhöhte Maximalpreise beim Roggen aufwies. Zudem stiegen die Preise im Vergleich im Vorjahr deutlich an. Dies könnte eine Erklärung dafür sein, dass verschiedene Maßnahmen zur Krisenbewältigung bereits 1770 einsetzten, ohne dass sich bei den Durchschnittspreisen Auffälligkeiten gezeigt hätten.

³⁰⁵ Das Jahr 1790 wurde aufgrund unzureichenden Datenmaterials nur sehr eingeschränkt miteinbezogen.

Zwischen den teilweise massiven Teuerungen gab es im untersuchten Zeitraum nur kurze Phasen mit niedrigen Getreidepreisen. Für Roggen, Gerste und Hafer fiel auf, dass vor starken Teuerungen meist ein oder zwei Niedrigpreisjahre lagen. Die Preise der Jahre 1777 bis 1780 waren für alle vier Getreidesorten eher niedrig, beim Weizen hielt diese Tendenz sogar bis 1782 an.

Ebenfalls ausgewertet wurden die Preissteigerungen von einem Jahr auf das andere. Für das subjektive Preisempfinden entscheidend ist nämlich nicht nur die absolute Höhe der Preise, sondern auch plötzliche und extreme Preissteigerungen. Im untersuchten Zeitraum zeigten sich mehrfach extreme Steigerungen von mehr als 60 % oder 70 %. Herausragend waren dabei die Jahre 1761 und 1762, dort kam es im Fall von Gerste sogar zu Steigerungen von mehr als 80 %.

Auch das Jahr 1771 wies, verglichen mit dem Vorjahr, extreme Steigerungsraten von 60 % bis 70 % auf. Besonders anfällig für hohe Steigerungen war dabei der Haferpreis, am wenigsten anfällig zeigte sich der Weizenpreis. Besonders kritisch wurde es, wenn es mehrere Jahre hintereinander zu derartig extremen Preisanstiegen kam. Im untersuchten Zeitraum war dies zu Beginn der 1760er und zu Beginn der 1770er Jahre der Fall. Es zeigte sich also, dass starke Preissteigerungen stets auch mit hohen Durchschnitts- und Maximalpreisen verbunden waren. Gleichzeitig bedeuteten starke Preisabfälle jedoch nicht, dass es sich um Niedrigpreisjahre handelte. Im letzten Jahr beziehungsweise in den letzten Jahren einer Teuerung fielen die Preise in der Regel stark ab, waren jedoch nach wie vor auf einem deutlich erhöhten Niveau. Dies zeigte sich vor allem in den Jahren 1763 bis 1765 sowie im Jahr 1773.

Es wurde deutlich, dass die Getreidepreise im untersuchten Zeitraum sehr stark schwankten, teilweise in einer sehr kurzen Zeitspanne. So erhöhte sich beispielsweise der Preis für einen Himten Roggen zwischen 1759 und 1762 um mehr als 90 Groschen. Es zeigte sich zudem, dass die Getreidepreise nicht nur von einem Jahr auf das andere starken Schwankungen unterworfen sein konnten, sondern auch im Jahresverlauf. Über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg ist der Juli der Monat mit den durchschnittlich höchsten Preisen für die vier Hauptgetreidesorten. Der September hingegen zeigte sich, etwas weniger eindeutig als der Juli, als ein Monat mit niedrigen Preisen. Für die Krisenjahre 1770 bis 1773 zeigte sich ebenfalls der Juli sortenübergreifend als günstigster Monat. Die Monate mit den niedrigsten Getreidepreisen waren Januar und Februar. Es wurde deutlich, dass es in diesen Jahren starke Schwankungen über das Jahr hinweg gab. Für einen Himten Roggen lagen zwischen dem teuersten und dem

günstigsten Monat fast 13 Groschen. Es ist davon auszugehen, dass diese kurzfristigen Schwankungen bei den Menschen zusätzlich zum hohen Preisniveau zu Angst und Verunsicherung geführt und Hamsterkäufe sowie Spekulation begünstigt haben. Die Jahre 1777 bis 1780, eine Zeit durchweg niedriger Getreidepreise hingegen, zeigten eine im Vergleich sehr geringe Schwankungsbreite. Zwischen dem teuersten und dem günstigsten Monat lag für einen Himmten Roggen lediglich eine Differenz von knapp zwei Groschen. Es ist davon auszugehen, dass dies, zusätzlich zum niedrigen Preisniveau, zu einem verstärkten Sicherheitsempfinden geführt hat. Es zeigte sich, dass die jährlichen Preisverläufe sich je nach Preisniveau und Versorgungslage stark unterschieden.

Insgesamt wurde deutlich, dass die Jahre 1745 bis 1790 nicht nur ein allgemein hohes Preisniveau aufwiesen, sondern auch mehrere, teilweise extreme, Teuerungen beinhalteten. Die Getreidepreise stiegen im untersuchten Zeitraum mehrfach stark an und blieben dann meist für mindestens zwei Jahre auf einem erhöhten Niveau. In den Jahren 1756-57/58, 1760-65/66, 1771-73, 1784 sowie 1789(-90) lagen die Preise über dem langjährigen Mittelpreis. Die Teuerungen wurden teilweise nur von sehr kurzen Phasen mit niedrigen Getreidepreisen unterbrochen. Im Folgenden wird zu untersuchen sein, wie die historischen Akteur:innen mit dieser Situation umgingen und inwiefern die schwankenden Getreidepreise die Getreidepolitik beeinflussten.

3. Praktiken der Getreidepolitik

3.1 Debattieren

„Die gegenwärtige Theurung machet die Materie von denen Fruchtpreisen und Getrayde=Spaaren so wichtig, daß wohl wenig Patrioten sind, die nicht darüber Betrachtungen anstellen sollten.“, schrieb der Göttinger Jurist Justus Claproth im März 1771 an den Arithmetiker und Braunschweiger Hofrat Johann Friedrich Unger.³⁰⁶ Obwohl diese Worte vor dem Hintergrund der Versorgungskrise der 1770er geschrieben wurden, trafen sie auf den gesamten Untersuchungszeitraum zu. Die Beschäftigung mit getreidenahen Themen hatte in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts Hochkonjunktur. Davon zeugen auch zahlreiche Preisfragen, in denen nach Ideen zur Sicherung der Ernährungslage und zur Verhütung von Mangel gesucht wurde.

³⁰⁶ J. Claproth an J. F Unger. März 1771. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13475. Bl. 4r.-5v.

Nicht nur Ökonomen, Agrarwissenschaftler oder Verwaltungsbeamte, auch Mediziner, Botaniker oder Geistliche entwickelten Ideen zur Verbesserung der Getreideversorgung. Die Krise der 1770er Jahre beförderte diese Debatte nochmals und half der Etablierung von „Experten“ als dritte Gruppe neben Obrigkeiten und Untertanen“. ³⁰⁷ Besonders intensiv wurde sich dabei seit den 1750er Jahren mit der Frage des freien Getreidehandels auseinandergesetzt. Viele seiner Befürworter lehnten die althergebrachten, auf Protektionismus und obrigkeitlichen Eingriffen beruhenden Methoden zur Sicherung der Getreideversorgung ab und sahen in der Hinwendung zum Freihandel die einzig sinnvolle Methode zur Verhinderung von Versorgungskrisen. Andere wiederum verteidigten die zahlreichen Eingriffe in den Getreidemarkt. Auch die Frage öffentlicher Magazine bewegte zahlreiche Menschen und brachte eine Fülle entsprechenden Schriftguts hervor. Wieder andere hielten die Verbesserung landwirtschaftlicher Methoden für den einzig sinnvollen Weg zur langfristigen Verbesserung der Ernährungslage. Aus diesen teilweise diametral entgegengesetzten Positionen entwickelte sich eine lebhafte Debatte, welche in Form von Zeitungsbeiträgen, Preisschriften und Abhandlungen ausgetragen wurde.

3.1.1 Bewahren – Beibehaltung von Handelseinschränkungen

Obwohl die Getreidehandelspolitik im 18. Jahrhundert weitgehend von protektionistischen Eingriffen in den Markt geprägt war und im Krisenfall regelmäßig auf Getreidesperren zurückgegriffen wurde, schlug sich dies in der öffentlichen Debatte kaum nieder. Trotz, oder vielleicht gerade wegen, der Allgegenwärtigkeit der Sperren wurden diese, im Gegensatz zum Freihandel, in entsprechenden Abhandlungen nur selten explizit befürwortet. Kaum einer der zahlreichen Experten stellte sich gegen den intellektuellen Zeitgeist und sprach sich für umfassende obrigkeitliche Eingriffe in den Markt aus. Dementsprechend erschienen neben einer wahren Flut freihandelsbefürwortender Schriften lediglich eine Handvoll Veröffentlichungen, welche die althergebrachten Vorgehensweisen verteidigten.

Zumeist reagierten die Autoren dabei direkt auf vorangegangene Traktate, in denen der freie Handel propagiert und die althergebrachten Maßnahmen scharf kritisiert wurden. Im Gegensatz zu vielen Befürwortern des Freihandels, welche diesen als ein Allheilmittel gegen jegliche

³⁰⁷ Collet, Katastrophe. S. 264.

Probleme der Nahrungsversorgung und als Tor in eine bessere Zukunft priesen, argumentierten die Unterstützer der Sperrpolitik in der Regel weitaus zurückhaltender. Dies war wohl auch darin begründet, dass die Freihandelsbefürworter so gut wie keine praktischen Vorbilder besaßen und hauptsächlich aus der Theorie heraus argumentierten. Dahingegen konnten die Vertreter der alten Ordnung auf einen großen Fundus an Erfahrungen zurückblicken, der durchaus auch Probleme enthielt, welche der Leserschaft bekannt waren und argumentativ eingeeht werden mussten. Sie plädierten meist für eine an die örtlichen und zeitlichen Gegebenheiten angepasste Handelspolitik, während die Freihändler ihr präferiertes System als überall passend ansahen. Die Frage nach dem angemessenen Maß an Regulierung im Getreidehandel wurde seit der Mitte des 18. Jahrhunderts intensiv und kontrovers diskutiert und beschäftigte zahlreiche Experten. Durch die Erfahrungen der Krise der 1770er wurde die Debatte zusätzlich aufgeheizt und gewann an Dringlichkeit, was sich in diversen Preisfragen zur Thematik niederschlug.

Im Jahr 1773 fragte die Göttinger Akademie der Wissenschaften: „Ist die Theorie, daß niemals die Ausfuhr der Kornfrüchte zu verbieten [...] auch auf die Churbraunschweigischen Lande anzuwenden?“³⁰⁸ Obwohl die Kommission sich letztendlich entschied, den Preis aufgrund von mangelnder Passgenauigkeit der Antworten nicht zu vergeben, wurden die (Haupt-)Argumente der eingesandten Schriften in einem Artikel in den *Göttingischen Anzeigen von den gelehrten Sachen* vorgestellt. Der Herausgeber der Zeitschrift und Autor des Artikels, Christian Gottlob Heyne, gab die Argumentationen der eingesandeten Schriften wieder und kommentierte diese. Von den sechs eingetroffenen Antworten sprachen sich zwei für die Beibehaltung der Sperren und vier für den freien Handel aus.³⁰⁹ Dieses bei den Einsendungen festgestellte Verhältnis von 3:1 gegen die Getreidesperren steht exemplarisch für die gesamte Debatte und stellte sich bei der Gesamtheit der Veröffentlichungen sogar noch deutlicher dar. Die Verteidiger der Getreidesperren gründeten ihre Ansicht hauptsächlich auf vorangegangene Erfahrungen, vor allem aus den Erlebnissen der letzten Jahre. So argumentierten sie, dass die Sperren der Jahre 1770/71 bewirkt hätten, dass „ein beträchtliches Quantum“ Getreide im Land geblieben sei, welches andernfalls ausgeführt worden wäre.³¹⁰ Der Autor des Artikels stimmte dieser Argumentation offenbar zu und bemerkte, dass wenn die Ausfuhr im Jahr 1771 nicht

³⁰⁸ Heyne, Christian Gottlob: Göttingen. In: *Göttingische Anzeigen von den gelehrten Sachen*. 86. Stück, 19.07.1773. S. 729-738. Hier S. 729.

³⁰⁹ Ebd. S. 730.

³¹⁰ Ebd. S. 733

verboten gewesen wäre, bis zur Ernte des Jahres 1772 wohl eine Hungersnot ausgebrochen wäre. Heyne stellte zudem fest, dass keiner der Freihandelsbefürworter dieses Argument habe entkräften können.³¹¹

Weiterhin argumentierten die Befürworter der Sperren in den eingesandten Texten mit der mangelnden Erfahrung und des daraus folgenden, nicht erwiesenen Nutzens des Freihandels. Über diesen könne schließlich nur spekuliert werden, während es für Getreidesperren und Regulierungen zahlreiche Beispiele gäbe.³¹² Nicht nur bei diesem Gedankengang wird deutlich, dass sich auch die Befürworter der Sperren ausgiebig mit der Frage des freien Handels befassten und die Validierung ihrer präferierten Politik argumentativ in großen Teilen aus der Ablehnung der Theorie ihrer Gegner herleiteten.³¹³

Im Umfeld der Krise der 1770er Jahre erschienen neben zahlreichen Traktaten, welche den freien Getreidehandel befürworteten, auch vereinzelt Schriften, welche darauf reagierten und die Anwendung von Sperren und Regulierungen verteidigten. Zwei dieser Veröffentlichungen sollen im Folgenden näher betrachtet werden. Im Jahr 1772 erschien in Braunschweig *„Zweifel und Bedenken bey der wichtigen Frage von der freyen Aus- und Einfuhr des Getraides“* von Joachim Diederich Lichtenstein.³¹⁴ Bereits 1770 wurde in Lindau *„Patriotische Gedanken, über die ökonomische Untersuchung, die Sperrung der Fruchtausfuhr betreffend“* eines ungenannten Verfassers veröffentlicht.³¹⁵ Die Autoren argumentierten in beiden Schriften gegen die umfassende Einführung von freiem Handel und für die Beibehaltung von Getreidesperren und Marktsteuerung.

Lichtenstein, der Rechtswissenschaft studiert hatte, war in den 1730er Jahren zunächst Amtmann, später Oberamtman im Amt Wolfenbüttel gewesen. Ab 1744 war er Bürgermeister der Stadt Helmstedt, einen Posten, den er bis zu seinem Tod im Jahr 1773 innehatte. Zudem

³¹¹ Ebd.

³¹² Ebd.

³¹³ Dies fiel auch den Begutachtern der eingegangenen Preisschriften auf: „Alle [Preisschriften] [...] halten sich bei der Bestreitung oder der Behauptung des freyen Fruchthandels mehr und länger auf, als verlangt oder erwartet werden konnte [...].“ Ebd. S. 730.

³¹⁴ Lichtenstein, Joachim Diederich: *Zweifel und Bedenken bey der wichtigen Frage von der freyen Aus- und Einfuhr des Getraides*. Braunschweig 1772.

³¹⁵ o. V.: *Patriotische Gedanken, über die ökonomische Untersuchung, die Sperrung der Fruchtausfuhr betreffend* u.s.w. Zur Prüfung und Beherzigung des vaterländischen Publici, bei jetzigen bedenklichen Zeitläuffen dem Druck überlassen. Lindau 1770.

war er braunschweigischer Hofrat.³¹⁶ Die Praxis der Getreidesperren in Braunschweig-Wolfenbüttel kannte er folglich aus eigener Erfahrung, auch aus der Sicht der Obrigkeit. In seiner Abhandlung sprach Lichtenstein sich mehrfach und deutlich für die Anwendung von Getreidesperren aus, wenn es die Lage gebiete.³¹⁷ Dabei betonte er wiederholt, dass die Ausfuhr von Waren aber solange nicht verboten werden dürfe „bis es die Noth befiehlt, sie im Lande zu behalten.“³¹⁸ Darin stimmte Lichtenstein mit dem Verfasser der *Patriotischen Gedanken* überein. Auch dieser hielt Getreidesperren und Handelseinschränkungen für ein probates Mittel, um in Notzeiten das verfügbare Getreide im eigenen Land zu halten und so den Getreidepreis nicht zu stark steigen zu lassen.³¹⁹ Beide Autoren lehnten einen frei(er)en Getreidehandel jedoch nicht grundsätzlich ab. Lichtenstein bekräftigte wiederholt, dass die Ausfuhr von Getreide in Zeiten guter Versorgung erlaubt sein müsse, denn „[e]in allgemeines Verbot der Ausfuhr wird nicht rathsam seyn, und muß in guten Jahren dem Kornhandel nicht ein Schade zugezogen werden.“³²⁰ Auch der Autor der *Patriotischen Gedanken* hielt die Behauptung „es könnte und müßte eine starke Getreideausfuhr dem Lande zu aller Zeit nachtheilig seyn“³²¹ für abwegig. Beide Verfasser betonten also, dass sie freien Handel grundsätzlich befürworteten, vermutlich auch, um Kritik aus den Reihen der Freihändler zuvorzukommen und um nicht als fortschrittlichkeitsfeindlich zu gelten. Das Hauptargument beider Autoren wandte sich direkt gegen den größten Teil der Freihandels-Traktate. Diese argumentierten zumeist, dass der freie (Getreide-)Handel grundsätzlich zu jedem Ort und zu jeder Zeit anwendbar und obrigkeitliche Eingriffe stets abzulehnen seien. Die Befürworter der Sperren hingegen propagierten eine, aus ihrer Sicht, ausgewogene Mischung von Freiheit und Beschränkungen. In Zeiten guter Versorgung sollte die Ausfuhr frei und der Getreidehandel wenig reguliert bleiben, während bei Preissteigerungen und Mangel die Ausfuhr eingeschränkt oder ganz untersagt werden solle. Der Autor der *Patriotischen Gedanken* warnte davor, die „aus guten Gründen eingeschränkten Fruchtausfuhr“ abzulehnen und diese „nicht nur für überflüssig, sondern [...] sogar für schädlich“ zu halten.³²² Mit dieser Formulierung wandte er sich gegen Kritiker, wel-

³¹⁶ Albrecht, Peter: Lichtenstein, Joachim Dietrich, Dr. jur. In: Braunschweigisches Biographisches Lexikon. S. 443-444.

³¹⁷ Lichtenstein Zweifel, z.B. S. 39, 42, 65 u. 66.

³¹⁸ Ebd. S. 12.

³¹⁹ o. V., Gedanken. S. 7, 11 u. 12.

³²⁰ Lichtenstein, Zweifel. S. 23. Ähnlich auch auf S. 11.

³²¹ o. V., Gedanken. S. 9.

³²² Ebd. S. 11.

che den Getreidesperren regelmäßig vorwarfen, die Lage nicht nur nicht zu verbessern, sondern die Not sogar häufig erst hervorzurufen. Der unbekannte Verfasser hingegen hielt dies nicht für zutreffend, sondern plädierte dafür, die vielgeschmähten Maßnahmen bei Bedarf einzusetzen. Es sei „nachtheilig und gefährlich [...] wenn man ohne Rücksicht der Zeitläufte, übermäßig erhöhten Preisen und der eigenen Bedürfniß des Landes auf alle Nothfälle der Ausfuhr immer freien Lauff lasset [...]“.³²³ Lichtenstein fasste bezüglich der Frage der freien Kornausfuhr seine Sichtweise prägnant zusammen: „Die Gestattung desselben hat ihre Zeit, und das Verbot derselben hat seine Zeit.“³²⁴ Beide Autoren wandten sich zudem vehement gegen vermeintliche Vorbilder, also Länder oder Städte, in denen der freie Handel laut seiner Befürworter bereits erfolgreich praktiziert werde. Diese wurden in entsprechenden Debatten häufig als Beleg für die tatsächliche Durchführbarkeit der auf dem Papier entwickelten Ideen angeführt. Der Autor der *Patriotischen Gedanken* verwies dabei spöttisch auf „Engelländer, Holländer, Franzosen“, welche „so gar in die Wette sich bestrebten, wer am mehrsten seiner Waaren ausser Landes bringen könne“.³²⁵ Auch Lichtenstein führte England, Frankreich aber auch Hamburg als vermeintliche Positivbeispiele für Länder ohne Einschränkungen des Getreidehandels an.³²⁶ Die Autoren gingen dabei auch auf die Plausibilität der einzelnen Exempel – so war Frankreich nach Freihandelsexperimenten bereits wieder zum Protektionismus zurückgekehrt und hatte 1769 eine Getreidesperre verhängt – ein und wiesen deren Vorbildfunktion in Gänze von sich. Beide Verfasser betonten, dass die angeführten Länder ganz und gar nicht mit den eigenen Heimatterritorien vergleichbar seien und somit auch nicht als Vorbild dienen könnten: „[D]iese Exempel [passen] entweder nicht auf unser Land [...], oder sind so ungegründet, daß sie abermal das gerade Gegenteil beweisen.“, gab der Verfasser der *Patriotischen Gedanken* an.³²⁷ „Wie wenig paßet dieses auf einzelne deutsche Staaten“ konstatierte Lichtenstein bezüglich der Beispiele Englands und Frankreichs.³²⁸

Der Verfasser der *Patriotischen Gedanken* in Lindau, einem der kleineren Territorien des Schwäbischen Reichskreises, und Lichtenstein in Braunschweig-Wolfenbüttel wollten mit ihren Schriften zeigen, dass Freihandel in Ländern wie England oder Städten wie Hamburg zwar durchaus funktionieren könne, für kleinere deutsche Territorien aber illusorisch sei.

³²³ Ebd. S. 12.

³²⁴ Lichtenstein, Zweifel. S. 39. Ähnlich auch auf S. 6.

³²⁵ o. V., Gedanken. S. 36.

³²⁶ Lichtenstein, Zweifel. S. 6 u. S. 10.

³²⁷ o. V. Gedanken. S. 36-37.

³²⁸ Lichtenstein, Zweifel. S. 7.

Lichtenstein betonte, dass er seine Abhandlung „in einem Staate [schreibe], welcher in guten Jahren weder die Ein- noch die Ausfuhr beenget“.³²⁹ Er unterstrich wiederholt, dass Braunschweig-Wolfenbüttel den Getreidehandel außerhalb von Mangelzeiten weitgehend unreguliert lasse und die Ausfuhr nicht verbiete. Städte wie Hamburg könnten es sich leisten, dies durchgehend so zu handhaben, da durch die geografische Lage und die etablierten Handelsbeziehungen dort „ein Überfluss an Geld und Getreide“ herrsche und mit ständigem Nachschub zu rechnen sei.³³⁰ Ganz anders sehe dies aber für ein Land wie Braunschweig-Wolfenbüttel, eine „eingeschlossene deutsche Provinz“ aus.³³¹ Ein solches habe keine Möglichkeit in schlechten Zeiten Getreidenachschub zu besorgen, wenn alle umliegenden Länder die Ausfuhr gesperrt hätten und wenn die eigenen Vorräte ins Ausland verkauft worden seien.³³² Die Frage des freien Handels sah Lichtenstein auch ganz klar in der Lage der Länder begründet: Diejenigen mit freiem Zugang zur See könnten Freihandelskonzepte deutlich leichter umsetzen als Binnenländer wie beispielsweise Braunschweig-Wolfenbüttel.³³³ In Zeiten schlechter Versorgung sehe sich das Land daher gezwungen, Maßnahmen zu ergreifen, um die Bevölkerung zu schützen. Die Bezüge auf Hamburg in der Abhandlung Lichtensteins adressierten Johann Albert Heinrich Reimarus, den der Helmstädter Bürgermeister auch mehrfach namentlich nannte.³³⁴ Reimarus, ein Hamburger Arzt und Nationalökonom, veröffentlichte verschiedene Abhandlungen, in denen er Getreidesperren scharf attackierte und die Freigabe des Getreidehandels forderte. Dies konnte Lichtenstein offenbar nicht so stehen lassen und wollte der populären Sichtweise des Hamburgers seine eigene entgegensetzen.

Die Meinung Reimarus', dass bei konsequenter Anwendung des freien Handels die Probleme der Getreideversorgung verschwinden würden, teilte der Helmstedter Bürgermeister ganz und gar nicht. Im Gegenteil, Lichtenstein war der Meinung, dass, wenn der Staat zu Beginn einer Krise nicht mittels Getreidesperren oder sonstigen Regulierungen einschreite, sich eine Teuerung schnell zu einer Hungersnot entwickle. Ohne entsprechende Verbote würde das im Land befindliche Getreide schnell ins Ausland verbracht. Von Gier getriebene Händler verkauften das Korn ins Ausland, um dort einerseits höhere Profite zu machen und andererseits die Preise in der Heimat weiter in die Höhe zu treiben. Könne man das nicht verhindern „so wird

³²⁹ Ebd. S. 1.

³³⁰ Ebd. S. 10.

³³¹ Ebd. S. 46.

³³² Ebd.

³³³ Ebd. S. 50.

³³⁴ S. z.B.: Ebd. S. 10.

das Land auf jetzige und künftige Zeit von Korn völlig erschöpft, und die Kasten der [...] Kornhändler dagegen mit Gelde angefüllt“, führte Lichtenstein drohend aus.³³⁵ Besonders kritisch sei eine unkontrollierte Ausfuhr, wenn während einer Krise die Einfuhr von selbst weg falle.³³⁶ Im Endeffekt führe der freie Handel laut Lichtenstein also zu Hungersnöten und reichen Kaufleuten. Auch der häufig geäußerte Vorwurf, dass Getreidesperren den Mangel erst entstehen ließen, laufe laut Lichtenstein „schnurstraks gegen die Erfahrung.“³³⁷

Lichtenstein war offenbar auch durch die Veröffentlichungen von Reimarus zu seiner eigenen Schrift getrieben worden. Der Autor der *Patriotischen Gedanken* bezog sich ebenfalls mehrfach auf den, allerdings ungenannten, Autor eines den Freihandel befürwortenden Traktates, dessen Meinung er nicht teilte.³³⁸ Im Gegensatz zu diesem glaubte der Verfasser der *Patriotischen Gedanken* nicht, dass diese der Landwirtschaft und der Getreideversorgung in Schwaben schaden würden.³³⁹ Er befürchtete, dass eine Hinwendung zum Freihandel stattdessen eine spürbare Erhöhung des Getreidepreises nach sich ziehen würde.³⁴⁰ Dies sei besonders kritisch, da höhere Getreidepreise auch eine Verteuerung „aller anderen Waaren und Bedürfnisse“ verursachen würden und somit „die Theuerung von allen Seiten allgemein und ohne Hoffnung einer Besserung unterhalten wird.“³⁴¹

Sowohl Lichtenstein als auch der unbekannte Autor der *Patriotischen Gedanken* gaben zwar an, die Ideen des Freihandels nicht grundsätzlich abzulehnen, hielten sie aber zu den tatsächlichen Gegebenheiten für nicht passend und sogar schädlich. Stattdessen glaubten beide Autoren durch Getreidesperren und Regulationen die Ernährungslage der eigenen Länder am besten sichern zu können. Beide betonten dabei, dass derartige Restriktionen lediglich bei Bedarf eingesetzt würden und der Handel bei guter Versorgungslage frei gelassen würde.

Argumentativ setzten beide Autoren den Befürwortern des Freihandels ihre praktische Erfahrung und ihre Kenntnis der betreffenden Länder entgegen. Mehrfach referierte Lichtenstein auf seine „vieljährige Erfahrung“.³⁴² Der Autor der *Patriotischen Gedanken* setzte den Beispi-

³³⁵ Ebd. S. 40.

³³⁶ Ebd. S. 1.

³³⁷ Ebd. S. 32.

³³⁸ o. V., Gedanken. S. 4.

³³⁹ Ebd. S. 4.

³⁴⁰ Ebd. S. 7.

³⁴¹ Ebd. S. 19.

³⁴² Lichtenstein, Zweifel. S. 11. Weitere Bezüge auf die Erfahrung z.B. S. 25 u. 32.

len vom fernen England oder Frankreich immer wieder die Vertrautheit suggerierende Formulierung „Unser(e) Schwaben“ entgegen.³⁴³ Zudem warnte er davor die „weislich und aus guten Grund eingeschränkte Fruchtausfuhr“ abzulehnen.³⁴⁴ Die Befürworter der Getreidesperren wollten der Leserschaft so zeigen, dass die althergebrachten Maßnahmen zur Sicherung der Getreideversorgung trotz aller Kritik von weisen und erfahrenen Männern überwacht und befürwortet würden. Im Gegensatz zur neuen Theorie des Freihandels, welcher, wenn überhaupt, erst in fremden Ländern erprobt worden war, sollte gezeigt werden, dass die Sperren sich bewährt und den Praxistest in den jeweiligen Heimatländern bereits wiederholt bestanden hätten.

Vor allem bei Lichtenstein fanden sich zudem unverhohlene Angriffe und Verdächtigungen gegen die Befürworter eines freien Getreidehandels. Mehrfach warf er Kaufleuten, welche gegen die Sperren wetteten, vor, sich durch diese lediglich in Ausübung unlauterer Tätigkeiten behindert zu fühlen. Ein Kaufmann, welcher nichts Böses im Sinne habe, könne auch nichts gegen zeitweilige Einschränkungen des Getreidehandels einzuwenden haben. Wenn es den Händlern durch die Einschränkungen des Kornhandels nicht mehr möglich sei, mit Getreide zu spekulieren, beriefen sie sich auf die Freiheit des Handels.³⁴⁵ Lichtenstein beschuldigte hier also Befürworter des Freihandels unverhohlen, diesen lediglich als Ausrede für unlautere Geschäftsinteressen zu benutzen und unter dessen Deckmantel ungestört Wucher, Fürkauf und Spekulation betreiben zu wollen. Dabei griff auf das latente Misstrauen gegen professionelle Getreidehändler innerhalb der Gesellschaft zurück, um der Leserschaft dadurch die Gefahren eines unregulierten Handels aufzuzeigen.

Sowohl Lichtenstein als auch der ungenannte Autor der *Patriotischen Gedanken* wollten dem Publikum die Vorteile von Getreidesperren und Handelsregulationen nahebringen, welche massiv kritisiert wurden. Die Verweise innerhalb der beiden Schriften zeigen, dass die Autoren die Schriften der Freihandelsbefürworter gut kannten. Mit ihren eigenen Werken wollten sie sich Veröffentlichungen, welche Sperren als nutzlos oder gar schädlich schmähten, entgegenstellen.

Ähnliche Argumente brachten auch andere Autoren hervor, welche nicht explizit gegen die Ideen des Freihandels anschrrieben. So widmete sich der Nationalökonom Johann Heinrich

³⁴³ o. V., Gedanken. S. 7, 43, 46 u. 67.

³⁴⁴ Ebd. S. 11.

³⁴⁵ Lichtenstein, Zweifel. S. 19, 27 u. 28.

Ludwig Bergius, welche zahlreiche Werke zu kameralistischen Themen veröffentlichte, auch der Frage der Getreideausfuhr. In seiner 1771 erschienenen „Abhandlung von Lebensmitteln“ plädierte Bergius für eine sorgfältige Abwägung zwischen Freiheit und Beschränkungen. So halte er es zwar für überholt „die Ausfuhr des Getreides überhaupt niemahls [zu] gestatten“, glaubte aber auch nicht, „daß man das Verbot der Ausfuhr [...] gar nicht gebrauchen müsse.“³⁴⁶ Je nach den Umständen der Zeit könne es also durchaus nötig sein, die freie Ausfuhr einzuschränken.

Im Frühjahr 1779 erschien in den *Gelehrten Beyträgen*, ein mehrteiliger Beitrag, der sich kritisch mit den Prinzipien der Physiokratie auseinandersetzte.³⁴⁷ Der Autor bezog sich auf die Schriften Jakob Mauvillons, der das physiokratische Prinzip propagierte. Die Schriften hatten eine lebhafte Debatte angestoßen und waren auch in Braunschweig-Wolfenbüttel auf großes Interesse gestoßen, wohl auch, da die Familie Mauvillon mit dem Collegium Carolinum in Braunschweig verbunden war.³⁴⁸ Der Beitrag aus dem Frühjahr 1779 widersprach dabei einigen von Mauvillon geäußerten Thesen und verteidigte stattdessen Handelseinschränkungen. Dessen ungenannter Autor wandte sich vor allem gegen die These, dass bei Freigabe des Handels bald ein Gleichgewicht erreicht werden würde, in denen keiner der teilnehmenden Partner benachteiligt würde. Er glaubte hingegen, dass es durchaus Länder gebe, die bei völliger Handelsfreiheit Vorteile und solche, die Nachteile hätten. Für die Verlierer des internationalen Handels sah er es als durchaus legitim an, Mittel zu ergreifen, um diesem vorzubeugen oder abzuwenden, also Handelseinschränkungen zu verhängen. Auch der Verfasser dieses Beitrages betonte, dem freien Handel grundsätzlich nicht ablehnend gegenüberzustehen. In Zeiten guter Versorgung stehe dem Export bestimmter Güter nichts entgegen. Lediglich in Phasen von Krieg oder Missernten werde dies zum Problem und müsse daher bei Bedarf verhindert werden. Für das altbewährte System spreche zudem die Erfahrung, welche auch hier argumentativ herangezogen wurde. Zu viele wirtschaftliche Experimente seien erfolglos verlaufen und

³⁴⁶ Bergius, Johann Heinrich Ludwig: Herrn Bergius Abhandlung von Lebensmitteln. In: Ders.: Von Getreidemagazinen, von Lebensmitteln und von dem Unterhalt des Volkes. Frankfurt am Main 1771. S. 31- 68. Hier S. 44.

³⁴⁷ o. V.: Gedanken über das Physiocratische System, bey Gelegenheit des Hrn. Hauptmann Mauvillons von der öffentlichen und der Privatüppigkeit. In: Gelehrte Beyträge zu den Braunschweigischen Anzeigen. 25. Stück, 27.03.1779. Sp. 193-232. (Fortgesetzt im 26.,27.,28.,29. Stück).

³⁴⁸ Eléazar de Mauvillon war dort Professor für französische Sprache und Literatur. Der Sohn Jakob wurde dort ausgebildet. S. dazu: Garzmann, Manfred R.W.: Mauvillon, Jakob. In: Braunschweigisches Biographisches Lexikon. S. 481-483.

somit könne „ein Regent nicht vorsichtig genug seyn, ehe er zur Umänderung einer einmal mit der Regierungsform alt gewordenen Einrichtung die Hand biethet.“³⁴⁹

Nach dieser Devise argumentierten viele Befürworter von Getreidesperren und Handelsregulierungen. Grundsätzlich lehnten sie die Prinzipien des freien Handels nicht ab, in der Regel gingen ihnen die geforderten Lockerungen aber deutlich zu weit. Zudem kritisierten sie wiederholt die mangelnde praktische Erfahrung der Theorie, welche sich im Gegensatz zu der Sperrpolitik noch nicht bewiesen hatte.

3.1.2 Verbessern – Reformierung der Landwirtschaft

„Unsere aufgeklärten Zeiten haben, vor den verflrossenen Jahrhunderten, unter anderem dieses zum voraus, daß selbst die grösesten Staatsmänner sich mit der Cammeralwissenschaft nicht nur überhaupt beschäftigen, sondern insonder auch an dem niedrigsten Theil derselben, nämlich an der Landwirthschaft ein recht groses Vergnügen finden.“³⁵⁰

Mit diesen Worten leitete Johann Philipp Breidenstein, Professor für Kameralwissenschaften in Gießen, seine 1773 erschienene Schrift *„Wahres Mittel eine Fruchthierung auf ewig von einem Staate abzuhalten“* ein. Breidenstein plädierte darin für eine grundlegende Verbesserung landwirtschaftlicher Methoden und präsentierte dies als einzig sinnvolles Mittel, um die Nahrungsversorgung langfristig zu sichern. Der Gießener Kameralist befand sich mit dieser Sichtweise in guter Gesellschaft. In ganz Europa kam das Interesse an Landwirtschaft in der Mitte des 18. Jahrhunderts in Mode.³⁵¹ In Frankreich bildet sich die Physiokratie heraus, in Deutschland kamen erste Ideen von Kameralwissenschaftlern wie Breidenstein.³⁵²

Die Beschäftigung mit agrarischen Themen erfasste auch die oberen Gesellschaftsschichten. Bürgerliche Aufklärer, Gelehrte, Adlige und sogar Staatsoberhäupter sinnierten über Verbesserungen im landwirtschaftlichen Sektor, um so einen Ausgang aus der steten Spirale von Missernten, Teuerungen und Hungerkrisen zu finden.³⁵³ Das Interesse der Staatsoberhäupter

³⁴⁹ o. V.: Physiocratisches System. Sp. 227.

³⁵⁰ Breidenstein, Johann Philipp: Wahres Mittel eine Fruchthierung auf ewig von einem Staate abzuhalten. Frankfurt und Leipzig 1773. Vorrede.

³⁵¹ Frauendorfer, Sigmund von: Ideengeschichte der Agrarwirtschaft und Agrarpolitik im deutschen Sprachgebiet. Bd. 1. München 1963 (2. Aufl). S. 155.

³⁵² Prass, Reiner: Grundzüge der Agrargeschichte, Bd.2: Vom Dreißigjährigen Krieg bis zum Beginn der Moderne (1650-1880), herausgegeben und eingeleitet von Stefan Brakensiek, mit einem Beitrag von Jürgen Schlumbohm. Köln/Weimar/Wien 2016. S. 79.

³⁵³ Obwohl die meisten Debattenteilnehmer Männer waren, gab es auch Frauen, welche sich mit dem Gebiet der Landwirtschaft befassten, praktische Versuche anstellten und ihr Wissen weitergaben. Im Umfeld der 1806 von Albrecht Daniel Thaer gegründeten Landwirtschaftlichen Akademie befanden sich mit Helene Charlotte von

an der Landwirtschaft war bis auf wenige Ausnahmen eher symbolischer Natur und äußerte sich im Besuch ländlicher Erntefeste oder der Ausrichtung von Gesellschaften in bäuerlicher oder handwerklicher Tracht, den so genannten Bauernwirtschaften.³⁵⁴ Im Zuge der Teuerungen und Hungersnöte in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts wurde von Staatsoberhäuptern jedoch bald mehr als derartige „kostümierte Inszenierung[en]“ gewünscht.³⁵⁵ Kameralisten und Physiokraten erwarteten eine engere Bindung der Herrschenden an agrarische Themen, um dadurch eine Stärkung der Landwirtschaft zu erreichen. Dabei richteten sie den Blick nach China und fanden dort das Idealbild des pflügenden Kaisers, der sich als „erster Landmann des Staates“ inszenierte und eigenhändig landwirtschaftliche Tätigkeiten übernahm.³⁵⁶ Im Zuge dessen griffen Herrscher wie Joseph II selbst zum Pflug, was in der Folge zum Medienereignis stilisiert wurde.³⁵⁷

In der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts setzten Überlegungen zur Verbesserung der Landwirtschaft und zum Einsatz neuer Methoden ein, welche in der zweiten Hälfte ausgeweitet wurden. Vermehrt ging es seit dieser Zeit „nicht mehr um eine Steigerung der Produktion durch Ausweitung der Nutzflächen, sondern um eine größere Produktivität der Landwirtschaft.“³⁵⁸ Seit etwa 1750 betonten die Autoren entsprechender Schriften verstärkt die Überlegenheit des von ihnen dargebotenen Wissens. Verena Lehmbrock stellt fest, dass „[d]ie Betonung eines neuen höherwertigen, ja wissenschaftlichen Wissens [...] charakteristisch für die Schriften der ökonomischen Aufklärung“ sei und diese sie von den „Publikationen vor 1750 darunter auch von der [...] Gattung der Hausväterliteratur“ unterscheide.³⁵⁹

Friedland und Henriette Charlotte von Itzenplitz zwei Frauen, welche sich intensiv mit agrarischen Entwicklungen befassten und diese vorantrieben. Allerdings wurde das Wissen von Frauen in diesen Bereichen zumeist anonym veröffentlicht oder Männern zugeschrieben, das Phänomen der „Entautorisierung“. Frauen veröffentlichten ihr landwirtschaftliches Wissen bis zum 19. Jahrhundert zumeist anonym und blieben auch als Informantinnen von Männern ungenannt, häufig auf eigenen Wunsch, um zeittypischen Rollenerwartungen zu entsprechen. S. dazu: Inhetveen, Heide; Schmitt, Mathilde: Agrarpionierinnen. Frauen in der Fortschrittsgeschichte der Landwirtschaft. In: Dies. (Hg.): Pionierinnen des Landbaus. Uetersen 2000. S. 15-40.; Inhetveen, Heide: Die Frauen von Friedland. In: Inhetveen; Schmitt (Hg.) Agrarpionierinnen. S. 53-58.

³⁵⁴ Richter, Susan: Pflug und Steuerruder. Zur Verflechtung von Herrschaft und Landwirtschaft in der Aufklärung. Köln/Weimar/Wien 2015. S.14.

³⁵⁵ Ebd. S. 15.

³⁵⁶ Ebd. z.B. S. 82.

³⁵⁷ Ebd. S. 386-410.

³⁵⁸ Prass, Agrargeschichte. S. 79.

³⁵⁹ Lehmbrock, Verena: Der denkende Landwirt. Agrarwissen und Aufklärung in Deutschland 1750-1820. Köln/Weimar/Wien 2020. S. 51-52.

Die Begeisterung für agrarische Themen äußerte sich auch in der Gründung landwirtschaftlicher Gesellschaften,³⁶⁰ dem Aufbau von Mustergütern und der Herausgabe agrarwissenschaftlicher Schriften. Zwischen 1760 und 1780 wurden so allein im nördlichen Teil Deutschlands 60 agrarwissenschaftliche Neuerscheinungen veröffentlicht.³⁶¹ Sogar in Romane und Gedichte wurden die neuen Vorstellungen integriert und landwirtschaftliche Themen auch literarisch behandelt.³⁶² Die Gesellschaft wurde von einer regelrechten Agromanie ergriffen. Dies wurde von den Zeitgenoss:innen auch so wahrgenommen und vereinzelt kritisch rezipiert. Der preußische Rechtswissenschaftler und Geheime Rat Johann Christoph Wilhelm (von) Steck beispielsweise widmete der grassierenden Agromanie in seinen 1776 erschienenen „*Ausführungen politischer und rechtlicher Materien*“ ein Kapitel und kritisierte viele der Bestrebungen scharf.³⁶³ Steck sprach sich gegen eine überhandnehmende Theoretisierung der Landwirtschaft, gegen das Herausgreifen einzelner Aspekte ohne Blick auf das große Ganze sowie gegen die unkritische Übernahme neuer, fremder und für die jeweilige Landschaft gegebenenfalls gänzlich ungeeigneter Methoden aus. Er wandte sich auch gegen diejenigen, welche „[b]los deswegen vom Ackerbaue Bücher schreiben und übersetzen, weil es iezo die Lieblingsmaterie und das Modethema unserer Tage ist [...]“³⁶⁴

Zahlreiche andere jedoch stürzten sich mit Feuereifer auf die Materie und entwickelten Strategien, wie die aktuelle und zukünftige Ernährungslage mit Hilfe verbesserter Landwirtschaft zu sichern sei, unabhängig von Freihandel, Sperren oder Magazinen. Die Konzentration auf agrarische Themen war dabei so ergiebig wie dankbar. Zum einen bot das Feld der Landwirtschaft zahlreiche Ansätze zu Beanstandungen, Verbesserungen und Neuerungen. Zum anderen konnte Kritik an Missständen in der Landwirtschaft in vielen Fällen angebracht werden, ohne das Herrschaftssystem zu kritisieren oder den Mächtigen zu nahe zu treten. Zwar wurde, besonders auch im Umfeld der Krise der 1770er, durchaus Kritik an den Agrarverfassungen

³⁶⁰ In ganz Europa entstanden in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts Landwirtschaftsgesellschaften. Auf deutschem Gebiet waren dies beispielsweise die 1764 ins Leben gerufene *Celler Landwirtschaftsgesellschaft* oder die 1769/70 gegründete *Kurpfälzische physikalisch-ökonomische Gesellschaft*. S. dazu: Prass, Agrargeschichte. S. 82.

³⁶¹ Ebd.

³⁶² Brakensiek, Stefan: *Agrarreform und ländliche Gesellschaft. Die Privatisierung der Marken in Nordwestdeutschland 1750-1850*. Paderborn 1991. S. 11.

³⁶³ Steck, Johann Christoph Wilhelm von: *Ausführungen politischer und rechtlicher Materien*. Berlin 1776. Kapitel VIII: Von der Agromanie. S. 158-163.

³⁶⁴ Ebd. S. 160.

und den Herrschenden geübt,³⁶⁵ zumeist wurde aber auf die Landwirte³⁶⁶ und ihre Art der Landbebauung eingegangen. Deren mangelnde Vernunft zu kritisieren, war gefahrlos und ganz und gar im Sinne der Volksaufklärung. Kritisierte man hingegen die Handels- oder Speicherpolitik eines Landes, griff man damit häufig auch die Herrschaft an.³⁶⁷

Die Themen der Landwirtschaftsverbesserung waren vielfältig und konzentrierten sich nicht nur auf den Getreideanbau. Es wurden Vorschläge zu Tierhaltung und -fütterung, zum Obstbau, zur Verbesserung der Wiesen und Weiden oder zum Anbau neuer Pflanzen entwickelt. Diese wurden sowohl in eigenständigen Veröffentlichungen als auch in Beiträgen in verschiedenen Zeitschriften bekanntgemacht. In Braunschweig-Wolfenbüttel wurden in den *Braunschweigischen Anzeigen* sowie in den *Gelehrten Beyträgen* regelmäßig Abhandlungen zu landwirtschaftlichen Themen veröffentlicht. Dabei handelte es sich teilweise um eigens verfasste Beiträge, aber auch um Auszüge aus aktuellen agrarwissenschaftlichen Veröffentlichungen oder Beiträge aus anderen Zeitschriften, welche auch für die Bevölkerung Braunschweig-Wolfenbüttels als nützlich und interessant angesehen wurden.

Bezüglich des Getreideanbaus gab es im Untersuchungszeitraum eine Reihe von thematischen Komplexen, welche wiederkehrend, teilweise kontrovers, diskutiert wurden. Alle Vorschläge hatten letztendlich die Verbesserung und langfristige Sicherung der Getreideversorgung zum Ziel. Der Nationalökonom Johann Heinrich Ludwig Bergius formulierte dieses Bestreben deutlich: „[Die Landwirtschaft] ist das beste und sicherste Mittel wider die Theurung des Getreydes.“³⁶⁸

Die Verbesserung der Getreideversorgung wollte auch der bereits zu Beginn dieses Kapitels erwähnte Johann Philipp Breidenstein erreichen. Sein am Ende der Krise der 1770er veröffentlichtes Traktat propagierte die Verbesserung der Landwirtschaft, insbesondere des Getreideanbaus, als einziges und unabdingbares Mittel zur langfristigen Verbesserung der Ernährungslage. Der Gießener Kameralist ging in seiner Argumentation auch auf andere häufig diskutierte Maßnahmen ein. Breidenstein lehnte aber sowohl Magazine als auch Getreidesperren oder

³⁶⁵ Collet, Katastrophe. S. 296- 297.

³⁶⁶ Bei der Wiedergabe der Meinungen und Äußerungen der zeitgenössischen Autoren wird auf inklusive Sprache verzichtet, da dies die historische Realität verzerren würde.

³⁶⁷ Auch Verena Lehmbruck stellt fest, dass den meisten ökonomischen Aufklärern kein „politisch-revolutionärer Impetus“ zu eigen war. Bis auf wenige Ausnahmen, wie etwa Johann Christian Schubart, waren die meisten Autoren „loyal gegenüber der absolutistisch-ständischen Gesellschaftsordnung und suchten Reformen im bestehenden System auszuloten.“ Lehmbruck, Landwirt. S 59.

³⁶⁸ Bergius, Abhandlung. S. 33.

Freihandel ab, beziehungsweise hielt diese Mittel nicht für geeignet die Ernährungslage signifikant zu verbessern. Er antwortete damit auch auf all jene, welche während der vorangegangenen Jahre eine erbitterte Grundsatzdebatte über den Sinn und die Machbarkeit von öffentlichen Getreidemagazinen und die Freigabe des Getreidehandels geführt hatten. Breidenstein betonte, dass keines dieser Mittel die bestehenden Probleme lösen könne. Öffentliche Magazine seien aufgrund der hohen Kosten nicht zu realisieren und auch nicht in der Lage Teuerungen zu verhindern, denn auch Länder mit funktionierenden Magazinsystemen seien von Preisschwankungen betroffen.³⁶⁹ Auch Getreidesperren würden mehr Unheil anrichten, als sie verhindern können, da sie bei wegfallender Zufuhr die Ausfuhr sogar noch erhöhten.³⁷⁰ Breidenstein spielte zudem auf das Gutachten des Reichstags aus dem Februar 1772 an, in dem die Partikularsperren der einzelnen deutschen Staaten untereinander verurteilt wurden.³⁷¹ Dieses beweise nochmals in aller Deutlichkeit, dass Sperren ineffektiv und sogar schädlich seien. Im Gegensatz zu vielen anderen Autoren kam er an diesem Punkt aber nicht zu der Ansicht, dass der Freihandel die Lösung aller Probleme sei. Breidenstein lehnte diesen ebenso wie Getreidesperren ab, denn er glaubte nicht, dass der freie Handel eine gleichmäßige Verteilung der Getreidevorräte nach sich ziehen würde. Dies könne man deutlich an Gegenden erkennen, in welchen dieser praktiziert werde und die dennoch von Getreidemangel und Teuerung betroffen.³⁷² Offenbar befürchtete der Gießener Professor nach Ablehnung der üblichen Mittel in der Verdacht revolutionärer Ideen zu geraten, denn er betonte nachdrücklich, dass er herrschaftliche Privilegien keinesfalls antasten und weder die Fürsten zur Sparsamkeit ermahnen noch die Erlassung von Abgaben fordere.³⁷³

Das einzig sinnvolle Mittel zur langfristigen Vermeidung von Hungerkrisen sah Breidenstein in einer Steigerung der verfügbaren Getreidemenge durch Verbesserung der landwirtschaftlichen Methoden. Um dies zu erreichen, hatte er einen mehrstufigen Plan entwickelt, der, würde er konsequent befolgt, eine Verfünffachung des Getreideertrages nach sich ziehen würde.³⁷⁴ Breidensteins konkrete Vorschläge entsprachen zu einem guten Teil dem, was zeitgenössisch zur Verbesserung der Landwirtschaft debattiert wurde. Er forderte unter anderem

³⁶⁹ Breidenstein, Mittel. S. 20-24.

³⁷⁰ Breidenstein, Mittel. S. 24-27.

³⁷¹ Magen, Ferdinand: Reichsexekutive und regionale Selbstverwaltung im späten 18. Jahrhundert. Zu Funktion und Bedeutung der süd- und westdeutschen Reichskreise bei der Handelsregulierung im Reich aus Anlaß der Hungerkrise von 1770/72. Berlin 1992. S. 88.

³⁷² Breidenstein, Mittel. S. 27-29.

³⁷³ Ebd. S. 29.

³⁷⁴ Ebd. S. 57.

die Urbarmachung von Wüstungen, Sümpfen oder sandigen Gegenden, eine ausgewogene Feldgröße, die Abschaffung der Allmenden und die Schonung der Wälder. Mit diesen Maßnahmen sollten die für den Getreideanbau zur Verfügung stehenden Flächen erweitert werden. So könnten die häufig als Hutweiden genutzten Allmendegüter besser für den Getreideanbau gebraucht werden.³⁷⁵ Durch die Schonung der Wälder könnten dort Schweine fressen und das ihnen zgedachte Korn für den menschlichen Verzehr gespart werden. Die Anpassung der Feldgrößen sollte zum einen verhindern, dass Bauern bei zu großen Besitzungen nicht mehr in der Lage wären, alle Felder gleichermaßen sorgfältig zu bestellen und so Ertrag verloren gehe. Zum anderen könnten die zahlreichen Raine zwischen den Feldern besser mit Korn bestellt werden und so die verfügbare Ackerfläche vergrößert werden.³⁷⁶ Zudem regte Breidenstein zahlreiche Verbesserungen bei der Bestellung der Felder an. So müssten die Äcker tiefer gepflügt und aufgelockert, die Qualität des Saatkorns verbessert und die Aussaat sorgfältiger durchgeführt werden. Der Düngung der Äcker und der Beschaffenheit des Düngemittels müsse weit mehr Beachtung geschenkt werden. Die Qualität der Äcker könne zudem durch die Vermischung verschiedener Erden verbessert werden.³⁷⁷ Auch soziale Aspekte gingen in Breidensteins Plan mit ein. So plädierte er dafür, die durch die Landbevölkerung zu leistenden Frondienste durch finanzielle Abgaben zu ersetzen, um die Arbeitskraft der Bauern nicht von der Bestellung ihrer Felder abzuziehen und so deren Produktion zu schmälern. Zudem regte er an, große Güter besser an geistliche Stiftungen zu verpachten, da Einzelpersonen eher Wucher treiben und den Getreidepreis so steigern würden.³⁷⁸ Als wichtigste Maßnahme zur Steigerung des Getreideertrages betrachtete der Gießener Kameralist allerdings die Abschaffung der Brachfelder. Mit adäquater Düngung der fraglichen Flächen sei es gänzlich überflüssig diese brachliegen und somit der Anbaufläche zu entziehen.³⁷⁹

³⁷⁵ Die Abschaffung von gemeinschaftlich genutzten Flächen und deren Umwandlung in privates Land forderten besonders seit der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts zahlreiche Agrarreformer. Sie hielten die Gemeinschaftsflächen für schlecht bewirtschaftet und unrentabel. Infolgedessen wurden im Laufe des 19. Jahrhunderts viele Allmenden geteilt und nicht mehr gemeinschaftlich genutzt. S. dazu z.B.: Prass, Reiner: Allmendflächen und Gemeinheitsnutzung in der bäuerlichen Ökonomie: Neue Perspektiven zu einem lange unterschätzten Thema. In: Prass, Reiner; Schlumbohm, Jürgen; Béaur, Gérard; Duramelle, Christophe (Hg.): Ländliche Gesellschaften in Deutschland und Frankreich, 18.-19. Jahrhundert. Göttingen 2003. S. 205-222. Vgl. für die Debatte und den Prozess in Nordwestdeutschland: Brakensiek, Agrarreform. S. Allgemein auch den Abschnitt bei: Achilles, Agrargeschichte. S. 101-109.

³⁷⁶ Breidenstein, Mittel. S. 35-39 u. S. 43-44.

³⁷⁷ Ebd. S. 48-56.

³⁷⁸ Ebd. S. 40-42.

³⁷⁹ Ebd. S. 45-47.

Um seine zahlreichen Vorschläge durchzusetzen, schlug Breidenstein vor, entsprechende Gesetze zu erlassen. Dabei müsse aber behutsam vorgegangen werden, um die Landbevölkerung nicht abzuschrecken. Landwirtschaftliche Kenntnisse müssten breit gelehrt werden, so dass beispielsweise Geistliche auf dem Land in der Lage seien, die dortige Bevölkerung zu unterrichten. Im Laufe der Zeit würden sich die Vorteile seiner Vorschläge von allein herumsprechen und bald viele Menschen dem positiven Vorbild nachfolgen, so war der Professor überzeugt.³⁸⁰

Keiner der Vorschläge Breidensteins war außergewöhnlich oder völlig neu. Auffallend war lediglich die Ausschließlichkeit, mit der Breidenstein seine Maßnahmen propagierte und mit der er andere Mittel als nutzlos und überflüssig darstellte. In weiten Teilen entsprachen die Forderungen des Gießener Kameralisten den Debatten, welche landwirtschaftlich interessierte Gelehrte der Zeit führten. Alle eingebrachten Vorschläge hatten das Ziel die landwirtschaftliche Produktion entscheidend zu steigern. Die Reformer waren der Ansicht, dass es möglich sein müsse, weitaus mehr zu produzieren, als die Landwirtschaft bereits leiste. Alle Praktiken, welche der Erhöhung der Erträge im Wege standen, sollten ausgemerzt und durch neue, produktionssteigernde Praktiken ersetzt werden. Clemens Zimmermann stellte fest, dass die „Kritik an der landwirtschaftlichen Unterproduktion [...] als zentrale Gedankenfigur der Agrarreform qualifiziert werden [kann].“³⁸¹

Wiederkehrende Themen der Debatte waren unter anderem:

1. Die richtige Saat- und Erntezeit
2. Der beste Dünger
3. Die Ergiebigkeit von Saatkorn
4. Die Erhöhung der Anbauflächen
5. Die Aufklärung der Landbevölkerung

Die Frage nach der richtigen Zeit zur Aussaat und Ernte des Korns war ein stets wiederkehrendes Thema mit zahlreichen verschiedenen Lösungsansätzen. Die meisten Theoretiker waren

³⁸⁰ Ebd. S. 60-62.

³⁸¹ Zimmermann, Clemens: Entwicklungshemmnisse im bäuerlichen Milieu: Die Individualisierung der Allmenden und Gemeinheiten um 1780. In: Pierenkemper, Toni (Hg.): Landwirtschaft und industrielle Entwicklung. Zur ökonomischen Bedeutung von Bauernbefreiung, Agrarreform und Agrarrevolution. Stuttgart 1989. S. 98-112. Hier S. 102.

sich allerdings darin einig, dass die Landwirte die richtigen Zeitpunkte nicht trafen und dadurch regelmäßig viel Ertrag verloren gingen. Auch in den *Braunschweigischen Anzeigen* und den *Gelehrten Beyträgen* wurde dieses Thema im gesamten Untersuchungszeitraum immer wieder aufgegriffen und intensiv diskutiert. Im November des Jahres 1758 beispielsweise wurde ein Auszug aus einer Abhandlung der Schwedischen Akademie der Wissenschaften veröffentlicht.³⁸² Der Autor Carl Cronstadt hatte sich darin mit der „rechten Erntezeit“ vor allem für Roggen beschäftigt. Baron Anders Johan von Höpken, Mitbegründer der Akademie, hatte im Vorfeld um Vorschläge gebeten, wie die Landwirtschaft zu verbessern sei, um langfristig kein Getreide mehr aus dem Ausland zukaufen zu müssen. Cronstadt sah einen Grund für niedrige Getreideerträge darin, dass viele Bauern vermeintlich nicht über die richtigen Saat- und Erntezeiten von Roggen Bescheid wüssten. Um den richtigen Zeitpunkt zur Ernte des Korns zu erwischen, müsse die Roggenpflanze gut beobachtet werden. Kurz vor der Reife würden die Körner anschwellen, was häufig zu der Fehlannahme führe, sie seien bereit zur Ernte. Da die Körner sich in diesem Stadium leicht lösten, sei eine Ernte nicht ratsam, da dabei zu viele Körner verloren gingen. Stattdessen müsse der Landwirt jedoch noch einige Zeit warten, bis die Körner fest an der Ähre hingen. Erst dann solle geerntet werden.

Hinweise wie diese waren mit Vorsicht zu genießen und zeugten von geringer Praxisnähe. Erfahrene Landwirt:innen wussten, dass mit der Roggenernte nicht zu lange gewartet werden sollte, da die Körner nach erfolgter Reife schnell keimen und so nicht mehr für den menschlichen Verzehr geeignet sind. Tatsächlich lassen die Roggenkörner sich im reifen Zustand leicht von der Ähre lösen, was aber nicht dazu führt, dass die Körner bei der Ernte verloren gehen. Wiederholt wurde auch die, nach Meinung der Agrarreformer, zu späte Aussaat kritisiert. In den *Gelehrten Beyträgen* erschienen im Untersuchungszeitraum immer wieder Beiträge, in denen dafür plädiert wurde, das Getreide so früh wie möglich zu säen.³⁸³ In einer zu späten Saatzeit sahen viele Landwirtschaftstheoretiker den Grund für schlechte Ernten. Dementsprechend forderten Beiträge mit programmatischen Titeln wie „*Ökonomische Gedanken von den Mitursachen einer schlechten Kornerndte durch spät verrichtete Bestellung*“ die Landwirte auf, ihre Felder so früh wie möglich zu bestellen.³⁸⁴ Die Devise der Befürworter lautete dabei, „daß

³⁸² Cronstadt, Carl: Versuch von der rechten Erntezeit. In: Braunschweigische Anzeigen. 95. Stück, 29.11.1758.

³⁸³ Z.B.: Einige vortheilhafte Regeln bey dem Ackerbau über Winters. In: Gelehrte Beyträge. 66. Stück, 22.08.1772.

³⁸⁴ Beitrag in: Gelehrte Beyträge. 25. u. 26. Stück, 28.03.1761 u. 01.04.1761.

man sehr leicht zu spät, nicht wohl aber zu früh säen könne.“³⁸⁵ Andere wollten diese Regel nur für Wintergetreide gelten lassen und traten dafür ein, das Sommergetreide hingegen möglichst spät auszubringen, um es vor Frost zu schützen.³⁸⁶ Wieder andere glaubten zwar auch an die Vorteile einer frühen Saat, hielten die Saatzeit aber für weniger bedeutsam als die Rahmenbedingungen und plädierten dafür, besonders Roggen in möglichst trockene Erde einzubringen. Zu diesem Zweck sei es günstiger lieber einen Monat verstreichen zu lassen, anstatt die Saat in nasse Erde zu bringen.³⁸⁷ Gemeinsam hatten fast alle Beiträge die Klage über mangelnde Einsicht der Bauern. Diese weigerten sich laut den Autoren die zahlreichen Hinweise zur rechten Saat- und Erntezeit zu befolgen, da sie fest in alten Gewohnheiten verwoben seien. Hätten also ihre Vorfahren stets spät gesät, führten sie es ebenso fort und seien stur, unbelehrbar und Neuem gegenüber uneinsichtig.³⁸⁸

Ein weiteres großes Thema war die beste Düngung der Getreidefelder. Dass eine regelmäßige Gabe von Düngemitteln unabdingbar für ein gutes Wachstum der Pflanzen sei, wurde so gut wie nie bestritten. Allerdings waren zahlreiche Landwirtschaftstheoretiker der Ansicht, dass es auch in diesem Bereich einiges zu kritisieren und zu verbessern gäbe. Bekannte Agrarökonomien der Zeit, so beispielsweise Philipp Ernst Lüders, befassten sich in ihren Werken mit Möglichkeiten zur effektiven Düngung der Getreidefelder. Lüders, ein evangelischer Pastor, bemühte sich durch eigene Versuche und zahlreiche Publikationen die landwirtschaftliche Situation der Bevölkerung zu verbessern. Im Jahr 1762 wirkte er an der Gründung der „Kgl. Dän. Acker-Akademie“ mit, einer der ersten landwirtschaftlichen Gesellschaften Schlesiens.³⁸⁹ In seinen 1765 erschienenen „*Abhandlungen*“ ging Lüders auch wiederholt auf die Frage des richtigen Düngers ein. So empfahl er an einer Stelle beispielsweise, den üblichen Stalldünger mit Küchen- und Gartenabfällen zu vermengen, um diesen zu strecken. Die Erfahrung zeige zudem, dass dieses Düngemittel sogar besser sei. Die Vermischung verschiedener Erdsorten

³⁸⁵ Von der Aussaat des Wintergetraides im Frühlinge und Anfange des Sommers. In: Gelehrte Beyträge. 97. Stück, 03.12.1766.

³⁸⁶ Kurzer Unterricht vom Ackerbau. In: Gelehrte Beyträge. 42. Stück, 27.05.1761. Z.B.: Kurze, doch gründliche und practische Abhandlung von dem Säen. Ebd. 89.u. 90. Stück. 06. u. 09.11.1765.

³⁸⁷ Z.B.: Eine sehr zu empfehlende Regel, bey der Winterbestellung sonderlich bey der Aussat des Rockens. In: Gelehrte Beyträge. 76. u. 77. Stück. 26.09.1772 u. 30.09.1772.

³⁸⁸ Z.B.: Oeconomische Betrachtung über die im Herbste 1781 verrichtete Beackerung des zu bestellenden Winterfeldes bey der gehabten nassen Witterung. In: Gelehrte Beyträge. 32. - 36. Stück, 24.04.- 08.05.1782.

³⁸⁹ Schröder-Lembke, Gertrud: Lüders, Philipp Ernst. In: Neue Deutsche Biographie. Bd. 15. Berlin 1987. S. 456-457.

hebe die Qualität des Ackers überdies beträchtlich und führe so zu besseren Erträgen, besonders gute Dienste leiste dabei mergelhaltiger Boden.³⁹⁰ Auch bekannte Kameralisten wie Johann Heinrich Gottlob Justi widmeten dem Dünger in ihren Werken Aufmerksamkeit. So empfahl Justi in seiner Staatswirtschaft es sei „besser mäßig und alle drei Jahre zu düngen, als stark und selten.“³⁹¹

Auch in den *Braunschweigischen Anzeigen* und den *Gelehrten Beyträgen* fand das Thema durchgehend große Beachtung. Regelmäßig wurden Vorschläge veröffentlicht, wie die Düngung der Felder effizienter und effektiver gestaltet werden könne. Jahre vor der Begründung der Agrochemie und dem Einsatz industriell hergestellter Düngemittel, waren die Menschen zur Anreicherung der Äcker auf Exkremete, Abfälle oder Gründünger angewiesen. Die Schwierigkeit bestand darin, dass sich viele Landwirt:innen die zur Erzeugung der benötigten Menge Dünger erforderlichen Tiere nicht leisten konnten und somit Mist häufig eine knappe Ressource war.³⁹² Viele Agrartheoretiker waren zudem der Meinung, dass Düngemittel von der Landbevölkerung nicht korrekt eingesetzt würden und so Erträge verloren gingen.

Im Mai 1761 erschien in den *Gelehrten Beyträgen* ein Ausschnitt aus einem Beitrag, der kurz zuvor in den *Hannoverschen Beyträgen zum Nutzen und Vergnügen* veröffentlicht worden war. In dem mit „*Kurzer Unterricht vom Ackerbau*“ überschriebenen Artikel wurde auch ausführlich auf die richtige Düngung der Getreidefelder eingegangen.³⁹³ Die Hinweise, welche angeblich von einem „wohl bekannten, bereits verstorbenen, sehr erfahrenen Landwirth“ stammen sollten, beinhalteten beispielsweise die Abwechslung der Düngemittel: Werde mit Tierexkrementen gedüngt, sollten die Landwirte dabei zwischen verschiedenen Tierarten abwechseln.³⁹⁴ Der Text enthielt auch genaue Angaben, wieviel Dünger auf welcher Fläche Land verteilt werden sollte. Eine Fläche von einem Morgen, also etwa 2.600 m², sollte demnach mit 8 Fudern, also etwas über 900 Litern, Kuh- oder Schweinemist gedüngt werden. Ebenso wie in den Abhandlungen Lüders wurde auch hier die Zugabe von Mergel zum Acker vorgeschlagen. Als alternative Düngemittel wurden Kalk und Asche empfohlen, allerdings mit dem dringen-

³⁹⁰ Lüders, Ernst Philipp: *Abhandlungen und Bedenken über das Acker-Wesen und den Anbau verschiedener Feldfrüchte aus eigener Erfahrung* entworfen. Flensburg 1765. S. 174-176.

³⁹¹ Justi, Johann Heinrich Gottlob von: *Staatswirtschaft oder systematische Abhandlung aller Oekonomischen und Cameral-Wissenschaften, die zur Regierung eines Landes erfordert werden. Erster Theil. Zweyte stark vermehrte Auflage.* Leipzig 1758. S. 580.

³⁹² S. dazu z.B.: Achilles, *Agrargeschichte.* S. 39.

³⁹³ *Kurzer Unterricht vom Ackerbau.* In: *Gelehrte Beyträge.* 42. Stück, 27.05.1761.

³⁹⁴ Anmerkung in den *Hannoverschen Beyträgen zum Nutzen und Vergnügen.* 26. Stück, 30.03.1761.

den Hinweis, dies nicht länger als zwei Jahre auf demselben Feld zu verteilen. Auch das Unterpflügen von Wicken oder anderen als weniger wertvoll angesehenen Pflanzen könne gute Ergebnisse bringen, besonders bei Feldern, welche wegen großer Entfernung mühsam zu düngen seien. Das Ausbringen von neuer Erde könne die Fruchtbarkeit und den zu erwartenden Kornertrag auf alten Feldern erhöhen.

Da die Düngung mit Mist die gebräuchlichste Methode war, wurden in hoher Frequenz Vorschläge zur Verbesserung und Vermehrung dieses Düngers bekannt gemacht. Häufig wurde dabei eine Vermischung verschiedener Fäkalien mit weiteren Abfällen empfohlen.³⁹⁵ Der Autor eines im November 1767 erschienenen Beitrages konstatierte die Vielzahl neuartiger Vorschläge zur Verbesserung des Ackerbaus, wobei das „leichteste und hauptsächlichste Mittel“ dazu doch „die bessere Bearbeitung und Vermehrung des bey allen Haushalten sich findenden Mistes“ sei.³⁹⁶ Die Qualität des Düngers sollte durch Verbesserung der Miststätten und dadurch beförderte Fäulung des Dinges erreicht werden.³⁹⁷

Aber auch alternative Methoden wurden regelmäßig thematisiert, darunter die Düngung mit Mergel, Kalk oder Asche. Ein Artikel in den *Gelehrten Beyträgen* aus dem Juli 1771 gab einen Überblick über mögliche Düngemethoden. Dabei wurde festgehalten, dass alle zur Fäulnis fähigen Materialien gut geeignet seien, so beispielsweise auch Lumpen oder Wollreste. Dabei wurde auch auf die Vermischung verschiedener Erdarten eingegangen und empfohlen, Graserde auf wenig fruchtbare Felder zu bringen und diese unterzupflügen.³⁹⁸ Im Mai 1763 erschien in den *Beyträgen* ein Artikel, in dem die Düngung mit Salpeter empfohlen wurde.³⁹⁹ Die Methode wurde explizit nicht als Düngung angepriesen, sondern mit „*Schöne Frucht ohne Düngung der Äcker zu erhalten*“ überschrieben. Damit sollte wohl ausgedrückt werden, dass durch die beschriebene Methode die traditionelle Düngung mit Mist entfallen könne. Der Autor versprach, so nicht nur besseres Korn ernten zu können, sondern auch Schädlingsbefall zu verhindern.

Das erklärte Ziel der Agrartheoretiker bestand darin, den Getreideertrag deutlich zu steigern. Zu diesem Zweck wurden auch verschiedenen Methoden entwickelt, deren Entdecker propa-

³⁹⁵ Z.B. Vom Acker- und Feldbau in bergigen Gegenden. In: *Gelehrte Beyträge*. 16. Stück, 23.02.1763.

³⁹⁶ Etwas von Verbesserung der Miststätten, zu Vermehrung der Viehzucht und des Getraide-Baues. In: *Gelehrte Beyträge*. 86. Stück, 04.11.1767.

³⁹⁷ S. z.B.: Oekonomische Anmerkungen. In: *Gelehrte Beyträge*. 50. Stück, 01.07.1786.

³⁹⁸ Von verschiedenen Düngearten. In: *Gelehrte Beyträge*. 53. Stück, 10.07.1771.

³⁹⁹ Schöne Frucht ohne Düngung der Äcker zu erhalten. In: *Gelehrte Beyträge*. 37. Stück, 07.05.1763.

gierten, den Ertrag eines einzelnen Saatkornes deutlich erhöhen und so die verfügbare Getreidemenge vergrößern zu können. Befürworter berichteten von hundert- oder gar tausendfachen Erträgen, welche aus einem einzelnen Saatkorn gewonnen werden könnten. Demgegenüber standen tatsächliche Erträge des höchstens Siebenfachen.⁴⁰⁰ Diese extreme Diskrepanz zwischen Realität und Versprechen machte derartige Versuche zu einem beliebten Thema. In Braunschweig-Wolfenbüttel wurde seit den 1760er Jahren regelmäßig über entsprechende Versuche berichtet. Dabei bezog man sich auch auf ein Werk des Philosophen Christian Wolff. Wolff hatte 1718 die Schrift „*Entdeckung von der wahren Ursache von der Wunderbaren Vermehrung des Getreides*“ veröffentlicht, in dem er über Versuche mit Gerste und Hafer berichtete. Derartige Versuche wurden auch mit Roggen angestellt, zunächst mit vielversprechendem Erfolg. Führend war dabei der Subsenior des Klosters Riddagshausen, Dedekind. Dieser berichtete in den *Gelehrten Beyträgen* regelmäßig von seinen Bemühungen. So hatte er Versuche angestellt, bei denen Roggenhalme immer wieder abgeschnitten wurden. Auf diese Weise könne deutlich mehr Korn aus einem einzelnen Saatkorn gewonnen werden als üblich.⁴⁰¹ Bereits drei Jahre später musste allerdings vermeldet werden, dass die Versuche bislang nicht zum erwünschten Erfolg geführt hätten.⁴⁰² Im Jahr 1770 wurde dann von entsprechenden Versuchen aus England berichtet, bei denen Carl Miller, ein Sohn des berühmten Botanikers Philipp Miller, durch Teilung von Weizenpflanzen erstaunliche Ergebnisse erzielt habe.⁴⁰³ In den 1780er Jahren kursierten dann Berichte über eine besondere Gerstenart, welche das bis zu Zweitausendfache der Einsaat ergebe.⁴⁰⁴ Angeregt durch diese Berichte rief sich auch Dedekind erneut in Gedächtnis und empfahl weitere Vorstöße.⁴⁰⁵ Obwohl bis zum Ende des Untersuchungszeitraums keine derartige Pflanze in Braunschweig-Wolfenbüttel heimisch geworden war und die Landwirte von zweitausend- oder auch nur hundertfachen Erträgen nur träumen durften, bestand ein großes Interesse an entsprechenden Versuchen und Berichten.

⁴⁰⁰ Lutterloh, Dienste. S. 6-7. Prass weist allerdings darauf hin, dass zu Bodenerträgen und deren Entwicklung nur wenig konkrete Zahlen vorliegen und diese zudem in verschiedenen Regionen sehr stark variierten. Aussagen dazu sind also stets mit einer gewissen Vorsicht zu betrachten. Prass, Agrargeschichte. S. 95-96.

⁴⁰¹ Etwas von der Vermehrung des Getraides. In: *Gelehrte Beyträge*. 71. Stück, 18.10.1766. Weitere Berichte im 84. und 85. Stück.

⁴⁰² Nachricht von Versuchen, den Rocken im Monat Junius zu säen. In: *Gelehrte Beyträge*. 94. Stück, 02.12.1769.

⁴⁰³ Von ausserordentlicher Vermehrung des Getraides. In: *Gelehrte Beyträge*. 81. Stück, 17.10.1771.

⁴⁰⁴ Erfahrungen und Bemerkungen über eine höchstergiebige Gerstenart. In: *Gelehrte Beyträge*. 71. Stück, 10.09.1785. In den Jahren 1786 und 1787 folgten weitere Berichte.

⁴⁰⁵ Ehemalige Proben der Fruchtbarkeit des Rockens, mit der Fruchtbarkeit der Japanischen Gerste, zu ihrem Vortheil verglichen. In: *Gelehrte Beyträge*. 2.u..3. Stück, 07. u. 11.01.1786.

Eines der wichtigsten und besonders intensiv diskutierten Themen im Bereich der Agrarverbesserung war die Erhöhung der verfügbaren Anbaufläche durch Abschaffung des Brachfeldes. Zahlreichen Kameralisten und Agrartheoretikern erschien es als eine unverzeihliche Verschwendung, einen großen Teil der verfügbaren Äcker dem Getreideanbau zu entziehen und damit die Erträge zu schmälern.⁴⁰⁶ Justi gestand in seiner „*Staatswirtschaft*“ dem Brachfeld zwar einen gewissen Nutzen zu, hielt es jedoch für „nicht schlechterdings nothwendig“.⁴⁰⁷ Joseph Christoph Otto Leo, Trierischer Hofkammerrat und Verfasser mehrerer agrarwissenschaftlicher Schriften, war überzeugt, dass „je dürftiger die Umstände des Landmannes“ seien, „je größer [...] der Nutzen, welcher ihm aus der Abschaffung der Brache zufließ[e]“.⁴⁰⁸ Der Erlanger Jurist Johann Philipp Franck bezeichnete die Brache gar als „ein[en] schädliche[n] Misbrauch“, der so schnell wie möglich abzustellen sei.⁴⁰⁹ Auch in der zu Beginn vorgestellten Schrift Breidensteins war die Abschaffung des Brachfeldes als wichtigste Maßnahme zur Steigerung des Getreideertrages genannt worden. Der allgemeinen Euphorie zur Abschaffung der Brachen schlossen sich nur wenige Agrartheoretiker nicht an, so beispielsweise der bayerische Jurist, Agrarreformer und Besitzer eines Mustergutes, Simon Rottmanner. Dieser hinterfragte mehrfach die, seiner Ansicht nach, übereilte Abschaffung der Brache und sprach der Dreifelderwirtschaft, bei aller Kritik, auch Nutzen zu.⁴¹⁰

Auch in Braunschweig-Wolfenbüttel befasste man sich mit der Debatte um die Abschaffung des Brachfeldes. In der Mitte des 18. Jahrhunderts herrschte im Herzogtum auf vielen Feldern bereits keine reine Brache wie etwa 100 Jahr zuvor mehr vor. Die meisten Brachflächen waren zu mehr als der Hälfte besömmert, also mit Pflanzen wie Erbsen, Kohl oder Rüben bebaut.⁴¹¹ Die Tendenz der Artikel in den *Gelehrten Beyträgen* war uneindeutig. Ein Teil der Autoren zeigte sich indifferent und sprach sich weder für noch gegen die Brache aus. Der Verfasser

⁴⁰⁶ Eine Gegenüberstellung der Jahre 1800 und 1850/55 zeigt, dass um 1800 etwa 25 % des Ackerlandes aus Brache bestand. Roggen machte, zum Vergleich, 25,1% aus. Etwa 50 Jahre später war der Anteil der Brache auf 11,3 % gesunken. Dadurch stieg der Anteil der für den Getreideanbau genutzten Fläche allerdings nicht, dieser sank von 61,1 % auf 58,8 %. Stattdessen stieg der Anbau von Kartoffeln und Grünfutter. Achilles, *Agrargeschichte*. S. 198.

⁴⁰⁷ Justi, *Staatswirtschaft*. S. 575.

⁴⁰⁸ Leo, Joseph Christoph Otto: *Reizendes Beyspiel der Nützlichkeith und Möglichkeit zu Abschaffung der Brache*. Frankfurt am Main 1777. S. 15.

⁴⁰⁹ Franck, Johann Philipp: *System der landwirthschaftlichen Policey besonders in Hinsicht auf Teutschland*. Erster Theil. Leipzig 1789. S. 202.

⁴¹⁰ Rottmanner, Simon: *Abhandlung über die Brache, oder der lateinische Wirth in Bayern*. Nürnberg 1794.

⁴¹¹ Brakensiek, *Agrarreform*. S. 218. Lutterloh weist darauf hin, dass in einigen Gebieten Braunschweig-Wolfenbüttels, so etwa in der Gegend um Vorsfelde ein Drei- und Vierzelgensystem ohne Brache vorherrschte. Lutterloh, *Dienste*. S. 79.

eines im September 1767 erschienenen Artikels führte aus: „Es ist bis jetzt in der Landwirthschaft nicht ausgemacht, ob es nöthig und nützlich sey, alle Jahre ein gewisses Theil des Ackerlandes ruhen zu lassen, oder ob es thunlich und vortheilhafter die Brache abzuschaffen [...]“⁴¹² Andere hingegen schlossen sich klar der vorherrschenden Meinung der meisten Reformer an und charakterisierten die Brache als ein Zeichen schlechter und veralteter Landwirtschaft. Der Verfasser eines Beitrages aus dem Mai 1768 führte das Festhalten an der Brache auf die Trägheit der Landwirte zurück und postulierte, dass „ein fleißiger Ackermann kein Brachfeld [...] haben soll und muß.“⁴¹³ Die Gegner der Brache glaubten, dass diese durch intensivierte Düngung, bessere Bearbeitung und angepasste Bepflanzung überflüssig werde und die so vergrößerte Anbaufläche die Getreideerträge steigern und somit die Ernährungslage verbessern könne. Die Befürworter der Brache waren jedoch der Ansicht, dass das Land die zgedachte Erholung brauche, um in der Zukunft wieder gute Erträge zu geben. Der Verzicht auf das Brachfeld schaffe zwar zunächst mehr Anbaufläche, diese bringe allerdings schlechtere Ernten hervor. Zudem wiesen sie häufig auf den Nutzen der Brachfelder als Weideflächen hin, welche bei einer Abschaffung wegfallen würde. Der Autor eines im September 1772 in den *Gelehrten Beyträgen* erschienenen Artikels plädierte gegen die aktuelle Leitmeinung für eine regelmäßige Ruhezeit des Landes, denn „es [sei] nützlicher, wie viele glauben wollen, dass man den Acker [...] braach liegen lasse.“⁴¹⁴

Ein weiteres großes Thema war die Rolle der Bauern. Die Sicht auf die Landbevölkerung war im untersuchten Zeitraum höchst ambivalent. Einerseits gab es eine regelrechte Verklärung des Bauernstandes und des ländlichen Lebens, andererseits wurden die Vertreter dieser Berufsgruppe als ungebildet, engstirnig und starrsinnig angesehen. Zahlreiche Reformer forderten jedoch eine positivere Sicht auf das Landleben und eine höhere Wertschätzung für den Bauernstand. Philippi sprach sich in seiner Schrift „*Der vertheidigte Korn-Jude*“ nicht nur für eine positive Sicht auf die als „Kornjuden“ verschrienen Getreidehändler, sondern auch für eine gesteigerte Wertschätzung der Landwirtschaft aus. Er plädierte für eine verbesserte Kenntnis des Ackerbaus, da dieser die sicherste Stütze aller Staaten sei. Schriftsteller sollten

⁴¹² Von der Brache. In: *Gelehrte Beyträge*. 70. Stück, 09.09.1767.

⁴¹³ Von Eintheilung der Felder. In: *Gelehrte Beyträge*. 37. Stück, 11.05.1768.

⁴¹⁴ Eine sehr zu empfehlende Regel, bey der Winterbestellung, sonderlich der Aussaat des Rockens. In: *Gelehrte Beyträge*. 76. u. 77. Stück, 26. u. 30.09.1772.

die Tätigkeit von Bauern nicht als schwerste aller Arbeiten hinstellen, denn sie sei gut für Körper und Seele und bilde zudem fähige Soldaten heran.⁴¹⁵ Ein Herabsehen auf Bauern sei somit vollkommen falsch. Man müsse die Profession hingegen besonders wertschätzen und sich darin ein Beispiel an Athen, China oder Persien nehmen.⁴¹⁶ Dementsprechend sollten auch die Gutsherren ihre Bauern gut behandeln und von der allseits grassierenden Willkür und Ungerechtigkeit abgehen. Denn die Untertanen seien „keine Citronen, welche nur zum ausdrücken und dann zum wegwerfen geschaffen sind [...]“.⁴¹⁷ Auch in Braunschweig-Wolfenbüttel erschienen Aufforderungen, die Landbevölkerung wertzuschätzen. Im *Braunschweigischen Magazin*, dem Nachfolger der *Gelehrten Beyträge*, wurde im Januar 1789 ein Artikel zur Wesensart der Landbevölkerung veröffentlicht, der eingangs die Aufforderung enthielt, ihr nicht gleichgültig gegenüberzustehen, da sie höchst wichtig für das Wohlergehen des Landes sei.⁴¹⁸ Zahlreiche Agrartheoretiker standen den Bauern allerdings eher negativ gegenüber, denn sie sahen den Grund für die mangelnde Umsetzung ihrer Vorschläge in der Ignoranz der Landbevölkerung. Die Grundvoraussetzung für die Umsetzung der Reformvorschläge war die Kooperation mit denjenigen, welche die Landwirtschaft betrieben. Häufig sahen sie sich aber mit teils massivem Widerstand seitens der Bäuerinnen und Bauern konfrontiert. Diese nahmen die Verbesserungsvorschläge der Reformen nicht mit der ihnen – so glaubten zumindest ihre Urheber – gebührenden Begeisterung an oder wehrten sich sogar ganz offen dagegen. Clemens Zimmermann zeigte in seiner Studie zu landwirtschaftlichen Reformen in der Markgrafschaft Baden in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts, dass die Argumentationen zwischen Landbevölkerung und Reformern oftmals ohne gegenseitiges Verständnis verliefen und besonders von Seiten der Reformen durch Überheblichkeit gekennzeichnet war. So hätten diese die widerstrebenden Bauern als „unaufgeklärt und irrational“ empfunden.⁴¹⁹ Ein Verbindungsglied zwischen den verschiedenen agrartheoretischen Veröffentlichungen waren dementsprechend Anschuldigungen gegen die Landbevölkerung, Vorschläge zum Umgang mit ihnen und Ideen zu ihrer Bildung. Trotz vordergründigem Interesse an der Lebensart der Landbevölke-

⁴¹⁵ Philippi, Korn-Jude. S. 18-22.

⁴¹⁶ Ebd. S. 33-36.

⁴¹⁷ Ebd. S. 83.

⁴¹⁸ Bedenklichkeiten bei der Verfeinerung und Aufklärung des Landvolks, aus der wirklichen Welt, aus der Lage und dem Charakter des Landmannes abstrahirt; von einem Landprediger. In: Braunschweigisches Magazin. 1. u. 2. Stück, 03. u. 10.01.1789.

⁴¹⁹ Zimmermann, Clemens: Reformen in der bäuerlichen Gesellschaft. Studien zum aufgeklärten Absolutismus in der Markgrafschaft Baden 1750-1790. Ostfildern 1983. S. 158.

rung stießen beim Kontakt zwischen bürgerlichen Reformern und Bauern verschiedene Welten aneinander und erschwerten die Kommunikation massiv. So berichtete der Agrarreformer Philipp Ernst Lüders in seinen Abhandlungen vom großen Misstrauen, welches ihm seitens der Landbevölkerung entgegenschlug und so die Umsetzung seiner Ideen verhinderte.⁴²⁰ Lüders gelang es nicht die Landwirte von ihren Gewohnheiten abzubringen. Selbst tatkräftige Beispiele, die vom Nutzen neuer Gebräuche zeugten, könnten sie oft nicht zur Abkehr vom Gewohnten bringen.⁴²¹ Der Unmut über das Beharren der Landbevölkerung auf alten Gewohnheiten zeigte sich in zahlreichen agrartheoretischen Schriften. Auch bei denen in Braunschweig-Wolfenbüttel in den *Gelehrten Beyträgen* veröffentlichten Texten war dies ein wiederkehrender Vorwurf. Der Landbevölkerung wurde angelastet, Neues nur aus dem Grund abzulehnen, weil es neu sei und, teilweise wider besseren Wissens, auf Praktiken zu bestehen, einfach weil diese bereits von den Vorvätern so ausgeführt wurden. Zudem würden sie zahlreichen falschen Glaubenssätzen anhängen, welche eine effektive Bewirtschaftung der Ländereien verhindere. Gleichzeitig lamentierten sie zwar über schlechte Ernten, weigerten sich aber etwas dagegen zu unternehmen. Diese Fortschrittlichkeitsfeindlichkeit der Landbevölkerung behinderte nach dem Empfinden zahlreicher Reformer die Einführung von Neuerungen und führte infolgedessen zu schlechteren Getreideerträgen. So wurde im Januar 1759 in einem Beitrag in den *Braunschweigischen Anzeigen* über die Sämaschine Jethro Tulls berichtet. Der englische Agronom hatte zu Beginn des 18. Jahrhunderts eine Maschine entwickelt, mit Hilfe derer Saatkörner schneller und regelmäßiger eingebracht werden konnten als bei der üblichen Handaussaat. Der Autor des Beitrages lobte die Erfindung und berichtete, dass diese in Frankreich bereits mit großem Erfolg verwendet und dadurch der Getreideertrag sowie die Qualität deutlich gesteigert werde. In Deutschland sei der Einsatz der Maschine aber wenig aussichtsreich, unter anderem auch deshalb, weil die Bauern auf alten Gewohnheiten bestehen würden.⁴²² Auch das Festhalten an falschen oder abergläubischen Glaubenssätzen behindere oftmals eine reichhaltige Ernte. Im Spätsommer 1771 erschienen in den *Gelehrten Beyträgen* eine Reihe von Artikeln, welche sich mit der Problematik der so genannten Roggen-Trespe (dort auch als Drespe bezeichnet) befasste. *Bromus secalinus*, eine Pflanze aus der Fa-

⁴²⁰ Lüders, Abhandlungen. S. 42-43. Ausführlich auch in der Vorrede.

⁴²¹ Ebd. S. 40-41.

⁴²² Anmerkung über die des Hrn. Tull Abhandlung vom Ackerbaue, und insonderheit über die neue Saemaschine, in Ansehung der hiesigen Gegenden. Braunschweigische Anzeigen. 2. Stück, 06.01.1759.

milie der Süßgräser, trat häufig als Unkraut auf Roggenfeldern auf, und wurde mit diesem zusammen geerntet. Die Körner sind zwar grundsätzlich zum Brotbacken verwendbar, geben dem Brot aber einen unangenehmen Geschmack. Durch sorgfältige Auslese des Saatkorns können die Trespen ausgesondert werden. Allerdings herrschte teilweise der Glaube vor, dass sich Trespen in Roggen verwandeln könnten und umgekehrt. Einige Reformer warfen den Bauern vor, aufgrund dieser Vorstellung Trespen bewusst auszusäen oder das Unkraut zumindest nicht zu entfernen.⁴²³ Der Verfasser eines Artikels zum Thema bezeichnete diejenigen, welche dieser Vorstellung anhängen als „im ökonomischen Aberglauben bisher verirrt [...] Ackerleute“, die auf die Aufklärung wohlwollender Reformer angewiesen seien.⁴²⁴ Außer Acht gelassen wurde von den Reformern dabei die Möglichkeit, dass die Landwirte zwar nicht an eine Verwandlung glaubten, das Unkraut aber dennoch nicht entfernten, um im Falle einer Missernte zumindest dieses zu Brot verbacken zu können.

Immer wieder wurde Bauern von Seiten der Agrartheoretiker auch vorgeworfen viel zu lamentieren, aber wenig zu handeln. Der Amtmann Siemens aus Lutter am Barenberge in Braunschweig-Wolfenbüttel berichtete im Jahr 1785 in den *Gelehrten Beyträgen*, dass die Meier sich regelmäßig über zu hohe Abgaben beklagten und angaben, diese nicht zahlen zu können.⁴²⁵ Dem stellte er eine Modellechnung entgegen, aus der hervorgehen sollte, dass die Bauern in Wahrheit sogar einen finanziellen Überschuss hätten und somit in der Lage sein müssten zu zahlen. Siemens ging dabei von einem Bauerngut aus, welches von dem Bauernpaar, zwei Knechten und einer Magd sowie sechs Kindern bewohnt würde. Dabei rechnete der Amtmann allerdings weder Posten wie Beschädigungen an Haus und Hof, Krankheiten der Menschen oder Tiere oder Verluste durch Schädlinge und Pflanzenkrankheiten ein. Zudem war auch eine höhere Kinderzahl oder die Versorgung von nicht arbeitsfähigen Erwachsenen nicht vorgesehen. Den Landwirten wurde vorgeworfen, zusätzliche Verdienstmöglichkeiten, wie die Vermietung ihrer Fuhrwerke oder die Produktion von Flachs, außer Acht zu lassen. Somit sei eine

⁴²³ Vgl. zur Roggen-Trespe z.B.: Christiansen, Mogens Skytte: *Gräser. Süßgräser, Sauergräser und Binsen Mittel- und Nordeuropas*. München/Wien/Zürich 1988 (3. Aufl.). S. 108-109. Dort wird auch auf den verbreiteten Glauben der Verwandlung von Trespen in Roggen (und umgekehrt) eingegangen. In den *Gelehrten Beyträgen* entspann sich im Jahr 1771 eine Debatte über die Roggen-Trespe, bei der auch auf die Frage einer möglichen Verwandlung eingegangen wurde. Obwohl ein Großteil der Beiträge diese Möglichkeit leugnete, wurde auch vereinzelt für die Verwandlungs-Theorie argumentiert. S. z.B. *Gelehrte Beyträge*. 74. Stück, 21.09.1771.

⁴²⁴ Fortsetzung der Beantwortung einiger die Verbesserung der Rockensaat betreffenden Fragen. In: *Gelehrte Beyträge*. 71. Stück, 11.09.1771.

⁴²⁵ Die Berechnung eines Baurenguts betreffend. In: *Gelehrte Beyträge zu den Braunschweigischen Anzeigen*. 1. u. 2. Stück, 01.u. 05.01.1785.

tatsächliche finanzielle Schieflage unwahrscheinlich, und wenn sie dann doch einmal vor-
komme, selbstverschuldet. Ein anderer Autor stellte im November 1768 spöttisch fest, dass
die Bauern sich jedes Jahr aufs Neue beschwerten würden und klagten, dass sie das Getreide
zu früh oder zu spät ausgesät hätten. Tatsächlich müssten sie aber einfach nur auf die Zeichen
der Natur hören und nicht krampfhaft an alten Gewohnheiten und starren Zeitplänen festhal-
ten.⁴²⁶ Der Amtsrat Friedrich Wilhelm Mühlenbein machte in einem Beitrag aus dem April
1782 die schlechten Gewohnheiten der Landbevölkerung und deren Beratungsresistenz für
niedrige Ernteerträge verantwortlich.⁴²⁷ So blieben sie stur bei ihren Gewohnheiten und fes-
ten Zeitplänen, obwohl, so lässt sich zwischen den Zeilen herauslesen, Mühlenbein sie mehr-
fach aufgefordert hatte, davon abzuweichen. Vieles diene dabei ihrer eigenen Bequemlich-
keit, so arbeiteten nicht wenige nur nach dem „Schlentrian“.⁴²⁸

Vereinzelt gab es jedoch auch Personen, welche die Landbevölkerung verteidigten, ohne da-
bei in eine Verklärung ihrer Lebenswelt zu verfallen. Der bereits im Zusammenhang mit der
Getreidevermehrung in Erscheinung getretene Dedekind, der seit den 1760er Jahren in den
Beyträgen regelmäßig über seine landwirtschaftlichen Versuche berichtete, meldete sich auch
zu dieser Thematik zu Wort. Der Subsenior des Klosters Riddagshausen, war einer der weni-
gen, welche nicht in die üblichen Klagen gegen die Sturheit und Unbelehrbarkeit der Bauern
einstieg, sondern diese beherzt verteidigte. Bereits im Dezember 1769 stellte er einem Bericht
über Versuche mit Roggen eine Verteidigung der Landbevölkerung hintan.⁴²⁹ Dedekind verur-
teilte die zahlreichen Schmähungen und den Spott über die Landwirte und stellte fest, dass
vor allem Vorwürfe der Trägheit vollkommen unbegründet seien. Bauern seien stattdessen
durchgehend beschäftigt, denn „in welcher anderen Lebensart liegt doch wohl der Fleiß mehr
zu Tage?“ Von den Früchten dieses Fleißes profitiere letztendlich das ganze Land. Trotz solcher
vereinzelter Einreden wurden jedoch regelmäßig spöttische oder abwertende Kommentare
zur Lebens- und Arbeitswelt der Bauern veröffentlicht. Im Jahr 1787 meldete sich Dedekind
erneut zu Wort und verteidigte die so oft geschmähte Berufsgruppe. Er stellte fest: „Zu oft
wird er [der Bauer] der Dummheit, der Trägheit, des Eigensinnes, womit er an dem alten

⁴²⁶ Wann soll man Gerste säen? In: Gelehrte Beyträge. 92. Stück, 23.11.1768.

⁴²⁷ F. W. Mühlenbein: Oeconomische Betrachtung über die im Herbste 1781 verrichtete Beackerung des zu be-
stellenden Winterfeldes bey der gehabten nassen Witterung. In: Gelehrte Beyträge. 32. Stück, 24.04.1782. Fort-
gesetzt im 33.,34.,35. und 36. Stück.

⁴²⁸ Ebd.

⁴²⁹ Nachricht von Versuchen, den Rocken im Monat Junius zu säen. In: Gelehrte Beyträge. 94. Stück, 02.12.1769.

Schlendrian klebet, beschuldigt.⁴³⁰ Die Ablehnung von Neuerungen sei aber nicht auf Starrsinn oder Trägheit zurückzuführen, sondern schlichte Vorsicht von Seiten des Landwirtes. Der Bauer könne nicht jede Neuerung annehmen, denn bringe sie nicht den gewünschten Erfolg, habe er den Schaden. Daher verlasse er sich zunächst auf seine praktische Erfahrung, denn „[a]uf dem Papiere scheint [...] mancher Vorschlag vortrefflich.“⁴³¹ Habe sich der praktische Nutzen einer neuen Idee erst gezeigt, seien die meisten Bauern durchaus bereit diese auszuprobieren. Auch Johann Ernst Spitzner, Pastor im sächsischen Trebitz und bekannter Bienenzüchter, verteidigte die als starrsinnig geschmähten Landwirte. In einer 1791 erschienenen Schrift zeigte er auf, dass die Bauern sich in vielen Fällen aus guten Gründen gegen gewisse Neuerungen sträubten. Die Abschaffung der Hutungen zu Gunsten von Getreidefeldern beispielsweise, lehnte die Landbevölkerung auch deswegen ab, weil sie aus Erfahrung wüssten, dass diese Plätze nicht zum Getreidebau geeignet seien.⁴³² In vielen Fällen sei es also ganz richtig und nicht durch Unvernunft begründet, wenn sich die Bauern „eine Umänderung ihrer Wirtschaft nicht gefallen lassen wollen.“⁴³³

Doch offenbar blieben derartige Plädoyers zugunsten der Landbevölkerung ungehört, denn die Klagen und der Spott über sie gingen unbeirrt weiter. Nur wenige Agrarreformer waren bereit zu sehen, dass ein gewisser Widerstand der Bauern gegen Neuerungen nicht etwa durch Starrsinnigkeit oder Faulheit begründet wurde, sondern durch Vorsicht.⁴³⁴ Reiner Prass weist darauf hin, dass die Bauern bei „der Umstellung auf neue agrarische Methoden oder dem Anbau neuer Pflanzen [...] nur einen begrenzten Bewegungsspielraum [besaßen].“⁴³⁵ Experimente konnten sie lediglich in kleinem Maße durchführen, da diese scheitern und somit die Ernährung der Familie oder die Zahlung von Abgaben gefährden konnten.⁴³⁶

Nachdem sich, trotz vereinzelter Gegenrede, dennoch zahlreiche Reformer einig waren, dass die Gewohnheiten und die Arbeitsweise der Bauern einer Verbesserung der Landwirtschaft und einer Steigerung des Getreideertrages entgegenstanden, wurden Ideen entwickelt, wie man auf diese Gruppe einwirken könne. Zunächst hielten es viele Theoretiker für unabdingbar den Landwirten zu verdeutlichen, dass ihre gewohnten Arbeitsweisen nicht mehr zeitgemäß

⁴³⁰ Dedekind: Ueber die Benutzung des Brachfeldes. In: Gelehrte Beyträge. 90. Stück, 17.11.1787.

⁴³¹ Ebd.

⁴³² Spitzner, Johann Ernst: Die Landwirthschaft in Gemeinheiten nach ihren unleugbaren Vortheilen, Mängeln und möglichen Verbesserungen. Leipzig 1791. S. 248

⁴³³ Ebd. S. XI.

⁴³⁴ Vgl. dazu: Zimmermann, Entwicklungshemmnisse. S. 99-100.

⁴³⁵ Prass, Agrargeschichte. S. 101.

⁴³⁶ Ebd. S. 101-102.

und sogar schädlich seien. Lüders wollte „dem zum Ackerbau bestimmten Theil einen Ekel gegen die alten schädlichen Gebräuche bey[.]bringen“ und ihnen dafür „den Begriff von einer nützlicheren Ordnung [...] schmackhaft [...] machen [...]“.⁴³⁷

Eine Strategie dabei war das Aufzeigen von Vorbildern und das Setzen positiver Anreize. Im August 1762 erschienen in den *Gelehrten Beyträgen* Auszüge aus dem ein Jahr zuvor veröffentlichten Werk „*Die Wirtschaft eines philosophischen Bauers*“ von Hans Caspar Hirzel. Hirzel beschrieb darin das Leben und die Landwirtschaft des Züricher Bauern Jacob Gujer, genannt Kleinjogg. Dieser wurde dabei als mustergültiger Landwirt dargestellt, der trotz, oder gerade wegen seines schlichten Gemütes, von besonderer Weisheit war und seinen vormals verwahrlosten Hof durch Fleiß und Klugheit zu einem Mustergut ausgebaut habe.⁴³⁸ Dabei war er Neuerungen nie abgeneigt und probierte beispielsweise die Vermischung verschiedener Erdarten, die Entwässerung der Äcker oder besondere Arten der Düngung aus. Auch neue Pflanzen wie Kartoffeln oder Mais nahm Kleinjogg gerne an und integrierte sie in seine Ernährung und Landwirtschaft. Er wurde der Leserschaft dabei als „unverdorbener Mensch im Rousseau`schen Sinne“ präsentiert.⁴³⁹ Die Vorstellung dieses Musterlandwirtes sollte andere Bauern motivieren seinem Beispiel zu folgen und die Vorschläge der Agrarreformer dankbar und willig anzunehmen.

Regelmäßig wurde auch diskutiert, Prämien für besonders gelungene Landwirtschaft auszusetzen.⁴⁴⁰ Auch grundsätzliche Erwägungen über Verbesserungen der rechtlichen Situation der Bauernschaft wurden angestellt. Philippi, der auch eine bessere Behandlung der Landwirte durch ihre Gutsherren forderte, plädierte zudem dafür, die Pachtzeiten der Ländereien zu verlängern, um den Bauern mehr Spielraum und Anreize für Neuerungen und Experimente zu geben.⁴⁴¹ Der Braunschweiger Ökonomieverwalter C. H. C. Lunquist forderte in einem Beitrag im *Braunschweigischen Magazin*, Hindernisse für die Bauern beiseite zu schaffen, um sie dazu zu bringen, Neuerungen zuzulassen.⁴⁴² In der Tatsache, dass die meisten Bauern nicht die Eigentümer der von ihnen bewirtschafteten Güter seien, sah Lunquist einen Grund für deren

⁴³⁷ Lüders, Abhandlungen. S. 52.

⁴³⁸ S. zu Hirzel und Gujer: Meyer von Konau, Gerold: Hirzel, Hans Kaspar. In: Allgemeine Deutsche Biographie. Bd. 12. Leipzig 1880. S. 485-488.

⁴³⁹ Lehmbrock, Landwirt. S. 91.

⁴⁴⁰ Der Amtmann F. W. Mühlenbein schlug beispielsweise vor Prämien für gute und reine Ernten auszusetzen. *Gelehrte Beyträge*. 32. Stück, 24.04.1782. Fortgesetzt im 33.,34.,35. und 36. Stück.

⁴⁴¹ Philippi, Kornjude. S. 109-112.

⁴⁴² C. H. C. Lunquist: Gedanken und Vorschläge über die Verbesserung des Ackerbaues. In: Braunschweigisches Magazin. 15. Stück, 11.04.1789.

Abneigung gegen Neuerungen. Könnten die Landwirte ihr eignes Land bearbeiten, würde sie dies motivieren, neue Wege zu gehen, um ihre Arbeit zu verbessern.

Die meisten Reformer waren sich aber einig, dass die Bauern nur durch verbesserte Bildung und Aufklärung von ihren alten Gewohnheiten abzubringen seien. Dabei war in den meisten Fällen aber keine Bildung im humanistischen Sinne gemeint. Viele Agrartheoretiker und Aufklärer waren der Meinung, dass dies die Landbevölkerung wahlweise überfordern oder verderben würde.⁴⁴³ Der Autor eines Beitrages im *Braunschweigischen Magazin*, welcher zwar die Wertschätzung des Bauernstandes gefordert hatte, war nichtsdestotrotz der Ansicht, dass Bücher, Bildung und Luxus in jeden Fall von Bauern ferngehalten werden müssten. Zum einen seien sie gar nicht in der Lage komplexe Zusammenhänge zu verstehen, zum anderen schade zu viel Bildung auf Dauer ihrer Gesundheit und mache sie auf lange Sicht krank und unmoralisch.⁴⁴⁴ Viele Reformer wollten also nicht, dass Bauern Zugang zu Bildung erhielten, Zusammenhänge verstehen lernten und Gegebenes hinterfragten. Die herkömmliche Ordnung sollte bestehen bleiben. Die den Landwirten vermittelte Aufklärung war von gänzlich anderer Art als die für die bürgerlichen Schichten. Trotz aller behaupteten Achtung vor dem Bauernstand forderte doch kaum einer „den freien, besitzenden“⁴⁴⁵ und vor allem wissenden Bauern. Stattdessen sollten sie wie Schüler über Neuerungen im Bereich der Landwirtschaft unterrichtet werden und diese dann nach Maßgabe der Theoretiker unhinterfragt durchführen. Das Grundproblem war freilich, dass die agrarische Debatte in Büchern oder Zeitschriften geführt wurde, welche die ländliche Bevölkerung nicht las. Dieser Schwierigkeit waren sich viele Reformer bewusst. Daher wurde nach Wegen gesucht, wie man die Landwirte erreichen konnte. Immer wieder wurde in diesem Zusammenhang die Einbindung der Gutsherren und der Landprediger gefordert. Diese schienen geeignet, die Bauern zu unterrichten, da sie sowohl über die nötige Bildung und Autorität als auch über Einsichten in den Lebensalltag der Menschen verfügten. Auch Breidenstein forderte die von ihm entwickelten Reformen mittels Landgeistlicher unter

⁴⁴³ S. dazu auch: Lehm Brock, Landwirt. S. 248.

⁴⁴⁴ Bedenklichkeiten bei der Verfeinerung und Aufklärung des Landvolks, aus der wirklichen Welt, aus der Lage und dem Charakter des Landmannes abstrahirt; von einem Landprediger. In: Braunschweigisches Magazin. 1. u. 2. Stück. 03. u. 10.01., 1789.

⁴⁴⁵ Wittmann, Reinhard: Der lesende Landmann. Zur Rezeption aufklärerischer Bemühungen durch die bäuerliche Bevölkerung im 18. Jahrhundert. In: Berindei, Dan et al. (Hg.): Der Bauer Mittel- und Osteuropas im sozio-ökonomischen Wandel des 18. und 19. Jahrhunderts. Beiträge zu seiner Lage und deren Widerspiegelung in der zeitgenössischen Publizistik und Literatur. Köln/Wien 1973. S.142-196. Hier S. 155.

der Bauernschaft bekannt zu machen.⁴⁴⁶ In einem 1769 in den *Gelehrten Beyträgen* veröffentlichten Artikel wurde eben dieses Problem erörtert. Der Autor stellte die Diskrepanz zwischen den zahlreichen theoretischen Neuerungen im Bereich der Landwirtschaft und der mangelnden praktischen Umsetzung fest. Dies sah er darin begründet, dass die Bauern in der Regel nichts von den neuen Ideen wüssten und sie somit auch nicht anwenden könnten. Zur Behebung dieses Problems sollten die Gutsherren sowie die Geistlichen herangezogen werden. Idealerweise sollten diese Autoritätspersonen die Landbevölkerung nicht nur unterrichten, sondern auch mit gutem Beispiel vorangehen, um ihre Schützlinge von der positiven Wirkung landwirtschaftlicher Neuerungen zu überzeugen.⁴⁴⁷ Um die potenziellen Lehrherren über die neuesten Entwicklungen im Bereich der Agrarwissenschaft zu informieren, wurde wiederholt diskutiert, diese regelmäßig und kostenlos mit entsprechenden Veröffentlichungen zu versorgen.⁴⁴⁸ Teilweise wurde die Landbevölkerung auch direkt adressiert. Eines der bekanntesten und einflussreichsten Werke war das *"Noth- und Hülf-Büchlein für Bauersleute"* des Volksaufklärers Rudolf Zacharias Becker. Das 1788 erstmals veröffentlichte Werk erlebte zahlreiche Auflagen. Becker sprach darin die Bäuerinnen und Bauern direkt an und bediente sich zu diesem Zweck einer eher einfach gehaltenen Sprache. In einem gereimten Vorwort gab der Verfasser zudem an, dass das Buch „[v]iel schöne Bilder“ enthalte und zu einem „wohlfeile[n] Preis“ erhältlich sei.⁴⁴⁹ Die Leser:innen erhielten bei der Lektüre von Beckers Werk Ratschläge zu zahlreichen Lebensbereichen. So wurden unter anderem Fragen der Kinderpflege- und Erziehung, Gesundheit und Ernährung oder des Ehelebens behandelt. Auch auf Fragen der Landwirtschaft wurde eingegangen, so erhielt das Publikum unter anderem Hinweise zum Anbau von Kartoffeln⁴⁵⁰ und Klee,⁴⁵¹ zwei Pflanzen, welche im untersuchten Zeitraum verstärkt propagiert und als Alternativen zum allgegenwärtigen Getreide angepriesen wurden.

Die Schwierigkeiten in der Kommunikation mit der ländlichen Bevölkerung führten im 18. Jahrhundert zur Gründung einiger besonderer Zeitschriften. Viele Aufklärer hatten dieses Medium

⁴⁴⁶ Breidenstein, Mittel. S. 62.

⁴⁴⁷ Wie sind neue Verbesserungen uns nützliche Vorschläge am leichtesten unter dem Landmanne einzuführen? In: *Gelehrte Beyträge*. 81. Stück, 18.10.1769. (Fortgesetzt im 82. Stück).

⁴⁴⁸ S. z.B.: Uebersetzung eines an den Abt Roubaud gerichteten Schreibens, als eine Antwort auf die in den *Leipziger Intelligenzbl.* im vorigen Jahr aufgeworfenen Fragen, vom Dünger. In: *Gelehrte Beyträge*. 71. u. 72. Stück. 11. u. 15.09.1771.

⁴⁴⁹ Becker, Rudolf Zacharias: *Noth- und Hülf-Büchlein für Bauersleute oder lehrreiche Freuden- und Trauer-Geschichte des Dorfs Mildheim. Für Junge und Alte beschrieben.* Gotha und Leipzig 1788. Vorwort.

⁴⁵⁰ Ebd. S. 73-77.

⁴⁵¹ Ebd. S.293-302.

als ein sinnvolles Mittel erkannt, da Zeitschriften nicht so umfangreich wie Bücher und bereits eine beliebte und etablierte Literaturgattung waren. In Braunschweig-Wolfenbüttel gründete der Pastor Hermann Werner Dietrich Braess im Jahr 1786 die *Zeitung für Städte, Flecken, Dörfer, insonderheit für die lieben Landleute alt und jung*.⁴⁵² Die Veröffentlichung befand sich in Gesellschaft einiger weiterer deutschsprachiger, volksaufklärerischer Zeitungen, beispielsweise der Grazer Bauernzeitung.⁴⁵³ Braess richtete sich speziell an die Bedürfnisse der ländlichen Bevölkerung und wollte seine Leserschaft bilden, ohne dabei einen herablassenden Ton anzuschlagen. Inhaltlich enthielten die Veröffentlichungen Anleitungen zu allen Bereichen der Landwirtschaft und zu den Aufgaben eines Landwirts.⁴⁵⁴ In Hildesheim gab der Jurist Georg Friedrich Buckup ebenfalls ab 1786 ein Intelligenzblatt heraus, welches sich auch an Bauern richtete und Diskussionen zur Situation der Landbevölkerung großen Raum gab. Buckup war mit der Lage der Bauern und deren Sorgen und Nöten vertraut, da er sich in seiner juristischen Praxis darauf spezialisiert hatte Schriftstücke für diese zu verfassen und sie bei der Durchsetzung ihrer Anliegen zu unterstützen.⁴⁵⁵

Die Bildung der Landbevölkerung war ein bestimmendes Thema, gerade weil ihre Arbeit so wichtig war, sie selbst den bürgerlichen Reformern aber so fremdartig erschienen. Manche Gelehrte, so stellte der Autor eines Artikels im Braunschweigischen Magazin fest, wüssten mehr über die Einwohner der neuen Welt als über die Landbevölkerung.⁴⁵⁶

3.1.3 Erneuern – Freigabe des Getreidehandels

„So wie ich die Hemmung des Laufs des Blutes, durch Bande ein einem Theile dem ganzen Körper als schädlich erkenne: so unnatürlich und schädlich ist auch dem ganzen Staate die

⁴⁵² Böning, Holger: Die „Zeitung für Städte, Flecken und Dörfer, insonderheit für die lieben Landleute alt und jung“. In: Albrecht, Peter; Böning, Holger (Hg.): Historische Presse und ihre Leser. Studien zu Zeitungen, Zeitschriften, Intelligenzblättern und Kalendern in Nordwestdeutschland. Bremen 2005. S. 227-264. Hier S. 228-229. In Braunschweig-Wolfenbüttel hatte es bereits in den 1750er Jahren ein weniger bekanntes Periodikum mit dem Titel „Der Wirth und die Wirthin“ gegeben, welches sich explizit an die Landbevölkerung wandte. Lehmbrock, Landwirt. S. 92.

⁴⁵³ Ebd. S. 233-234.

⁴⁵⁴ Ebd. S. 240-42 u.250.

⁴⁵⁵ Hauptmeyer, Carl-Hans: Aufklärung und bäuerliche Opposition im zentralen Niedersachsen des ausgehenden 18. Jahrhunderts. In: Vierhaus, Rudolf (Hg.): Das Volk als Objekt obrigkeitlichen Handelns. Tübingen 1992. S. 197-217. Hier S. 212-213.

⁴⁵⁶ Bedenklichkeiten. In: Braunschweigisches Magazin. 1.u. 2. Stück, 03. u. 10.01.1789.

Fruchtsperre.“⁴⁵⁷ Mit dieser in drastischen Worten vorgebrachten anatomischen Allegorie, drückte der Apotheker und Chemiker Georg Christian Albrecht Rückert 1789 seine Abneigung gegen eine Hemmung des freien Handels aus.

Rückert war mit seiner Argumentation in guter Gesellschaft: Immer mehr Theoretiker verurteilten seit der Mitte des 18. Jahrhunderts Eingriffe in den Handel und plädierten stattdessen für dessen Freigabe. Viele Autoren brachten dabei Argumentationsmuster ähnlich des eingangs angeführten Zitats vor und charakterisierten den freien Lauf des Handelsgeschehens als natürlich und gesund, während Eingriffe in dieses als unnatürlich und schädlich dargestellt wurden.

Für lange Zeit waren wirtschaftliche Prozesse im Denken der Menschen untrennbar mit der Politik eines Staates verbunden. Innerhalb dieser Vorstellung regelten sich derartige Vorgänge nicht eigenständig, sondern lagen im Verantwortungsbereich der Obrigkeit, welche regulierend eingreifen und einen Rahmen für die Wirtschaft schaffen musste. In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts wurde es für viele Menschen erstmals denk- und sagbar, dass ökonomische Prozesse sich selbst regulieren und auch ohne Eingriffe von oben funktionieren könnten.⁴⁵⁸

Der Getreidehandel war ein Bereich, für den diese Theorie besondere Schlagkraft besaß. Aufgrund ihrer politischen und emotionalen Bedeutung war die Getreideversorgung von unabdingbarer Wichtigkeit. Zudem war der Getreidehandel, besonders im Falle von Getreidemangel, von zahlreichen Regulationen betroffen. Dementsprechend bekamen Freihandelstheorien während und nach der Versorgungskrise der 1770er Jahre besonderen Auftrieb. Collet zeigt auf, dass die „abstrakten Überlegungen“ der Freihandelsbefürworter im Laufe der Krise „zunehmend materielle Evidenz“ gewannen.⁴⁵⁹ Die Befürworter eines frei(er)en Handels glaubten erkannt zu haben, dass Sperren und weitere Regulierungen nicht in der Lage seien, Krisen zu verhindern oder deren Verlauf abzuschwächen. In vielen Fällen, so glaubten sie, brächten die Einschränkungen Not und Hunger sogar erst hervor. Der Freihandel hingegen könne die Getreideversorgung effektiv und langfristig sichern.

⁴⁵⁷ Rückert, Georg Christian Albrecht: Gedanken bey dem Getreidemangel in Deutschland von 1770 bis 1771 über dessen Quellen und den Mitteln wieder denselben auf künftige Zeiten. In: Ders.: Der Feldbau chemisch untersucht um ihn zu seiner letzten Vollkommenheit zu erheben. Bd. 2. Erlangen 1789. S. 173-186. Hier S. 185.

⁴⁵⁸ Lehmbruck, Landwirt. S. 50.

⁴⁵⁹ Collet, Katastrophe. S. 270.

In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts erschien eine wahre Flut von Abhandlungen, welche für die Abschaffung der Einschränkungen und die weitgehende Freigabe des Getreidehandels plädierten. Die ersten deutschsprachigen Schriften wurden in den 1760er Jahren veröffentlicht.⁴⁶⁰ Doch erst im Zuge der Krise der 1770er Jahre erhielt die Freihandelsbewegung Auftrieb und dominierte in der Folge die öffentliche Debatte. Viele deutschsprachige Autoren bezogen sich auf französische Vorbilder. Dort hatte sich seit den 1750er Jahren die Theorie des Physiokratismus entwickelt, der nicht nur für eine Hebung der landwirtschaftlichen Produktion, sondern auch für eine Minimierung staatlicher Eingriffe in den (Getreide-)Markt plädierte. Als Begründer der Theorie gilt François Quesnay, der Arzt am Hofe Louis XV war. Quesnay entwickelte das Modell des Wirtschaftskreislaufs, sein Aufsatz zum *Tableau économique* erschien 1758. Häufig wurde ein Einfluss des im 17. Jahrhunderts erstmals von William Harvey beschriebenen Blutkreislaufs angenommen, tatsächlich wurde Quesnay aber wohl von einer mechanischen Uhr inspiriert.⁴⁶¹ In dem Modell wurde die Wirtschaft als eine Reihe von Interaktionen zwischen den drei wirtschaftlichen Klassen beschrieben, bei denen Werte nicht verloren gehen, sondern im geschlossenen Kreislauf verbleiben. Dieser sich selbst regulierende Fluss, dürfe nicht durch äußere Einflussnahmen behindert werden, der Handel solle also frei gelassen werden. Dementsprechend wurde „*Laissez faire et laissez passer*“ zur Maxime der Physiokraten. Die Vorstellung eines Wirtschaftskreislaufes läutete einen Paradigmenwechsel ein und bot zahlreichen Befürwortern des Freihandels eine theoretische Grundlage für ihre Forderungen.⁴⁶² Quesnay und weitere französische Schüler der Physiokratie, wie beispielsweise der Marquis Victor de Mirabeau de Riquetti wurden von den deutschsprachigen Debattenteilnehmern intensiv gelesen und rezipiert. Regelmäßig bezogen sich Autoren wie Reimarus oder Münchhausen auf französische Vorbilder und zitierten aus deren Werken. Physiokratisches Gedankengut war für die Teilnehmer der deutschsprachigen Debatte bereits vor den 1770er Jahren verfügbar. Rolf Graber zeigte für die Alte Eidgenossenschaft auf, dass die entsprechenden Theorien „bereits vor der grossen Hungerkrise von 1770/72 für die volkswirtschaftlich interessierten Exponenten der städtischen Oberschicht zugänglich war[en].“⁴⁶³ Im Jahr 1776 erschien dann mit „*An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Na-*

⁴⁶⁰ Schlumbohm, Freiheit. S. 124-125.

⁴⁶¹ Vgl. z.B.: Kurz, Heinz D.: Geschichte des ökonomischen Denkens. München 2013. S. 30.

⁴⁶² Graber, Marktsteuerung. S. 132.

⁴⁶³ Ebd. S. 129.

tions“ des schottischen Ökonomen Adam Smith die „Bibel des wissenschaftlichen Wirtschaftsliberalismus“.⁴⁶⁴ Das Werk wird häufig als eine Art Epochengrenze zwischen den Wirtschaftssystemen gesehen und hatte bereits unmittelbar nach seinem Erscheinen in England großen Einfluss. Deutsche Übersetzungen erschienen bereits 1776 und 1778. In den *Göttinger Gelehrten Nachrichten* erschienen im Jahr 1777 Rezensionen des Werks. August Ferdinand Lueder, der 1786 Professor am Braunschweiger Collegium Carolinum wurde, sorgte als einer der Ersten für die Verbreitung der Thesen Smiths im deutschsprachigen Raum.⁴⁶⁵ Es ist also davon auszugehen, dass das Werk entsprechend Interessierten bereits in der zweiten Hälfte der 1770er Jahre bekannt war. Dennoch wurde Smiths Werk im deutschsprachigen Raum während des Untersuchungszeitraums vergleichsweise wenig rezipiert und erfuhr erst nach 1800 größere Bekanntheit.

Spätestens in der Mitte des 1770er Jahre hatte sich dann auch eine eigenständige deutschsprachige Debatte entwickelt, deren Teilnehmer nicht nur auf ihre französischen Vorbilder, sondern auch auf die deutschen Gesinnungsgenossen Bezug nehmen konnten.

Die Allgegenwärtigkeit der Thematik und die Prävalenz der Freihandelsbefürworter während der Krise der 1770er zeigte sich auch in diversen Preisfragen, welche auf die Thematik referierten. So beispielsweise die bereits zuvor vorgestellte Frage der Göttinger Akademie der Wissenschaften aus dem Jahr 1773: „Ist die Theorie, daß niemals die Ausfuhr der Kornfrüchte zu verbieten [...] auch auf die Churbraunschweigischen Lande anzuwenden?“⁴⁶⁶

Bei den eingesandten Antworten zeigte sich ein Verhältnis von 3:1 für Freihandel. Letztendlich wurde keine der eingesandten Schriften ausgezeichnet, die Hauptargumente jedoch in einem Artikel in den *Göttingischen Anzeigen* vorgestellt.⁴⁶⁷ Der Autor des Artikels konstatierte darin: „Alle [eingelaufenen Schriften] halten sich bey der Bestreitung oder Behauptung des freyen Fruchthandels mehr und länger auf, als verlanget oder erwartet werden konnte“.⁴⁶⁸ Dies zeigt, dass die Freihandelstheorie in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts nicht zu ignorieren war. Wer sich mit der Verbesserung der Getreideversorgung befasste, kam kaum um die Theorie und ihre Vertreter herum und musste Stellung beziehen.

⁴⁶⁴ Krug, Günther E: Die Entwicklung ökonomischer Freiheitsrechte in Deutschland im Wandel von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft vom Ancien Regime bis zur Reichsgründung (1776-1871). Frankfurt am Main 1995. S.3.

⁴⁶⁵ Ebd. S. 158-160.

⁴⁶⁶ Heyne, Göttingen. S. 729.

⁴⁶⁷ Vgl. Kapitel 4.1.1.

⁴⁶⁸ Heyne, Göttingen. S.730.

Auch in Braunschweig-Wolfenbüttel wurde über die Frage des freien Handels debattiert. Da das Herzogtum jedoch, verglichen mit anderen Ländern, eher zurückhaltend sperrte und die Regulationen des Handels in Normalzeiten eher locker handhabte, wurde die Debatte weniger hitzig geführt als anderorts. Eine Verteidigungsschrift für Getreidesperren des Helmstedter Bürgermeisters Lichtenstein, in der er durch zahlreiche Bezüge erkennen ließ, dass er mit der ökonomischen Gegenposition wohl vertraut war, zeigt deutlich, dass die entsprechende Debatte von der gebildeten Oberschicht des Landes wahrgenommen und rezipiert wurde.

Zu den bekanntesten deutschsprachigen Freihandelsbefürwortern gehörte ohne Frage Johann Albert Heinrich Reimarus, ein Hamburger Arzt und Nationalökonom. Reimarus hatte unter anderem in England und den Niederlanden Medizin studiert und sich bereits während des Studiums mit verschiedenen naturwissenschaftlichen Disziplinen beschäftigt. Er engagierte sich in Hamburg für die Pockenimpfung sowie für die Einführung von Blitzableitern.⁴⁶⁹ Neben medizinischen und naturwissenschaftlichen Themen, befasste Reimarus sich auch intensiv mit der Frage der Getreideversorgung, welche er durch Freihandel am besten gesichert sah. In verschiedenen Schriften sprach er sich dementsprechend für eine völlige Freigabe des (Getreide-)Handels aus. Dabei scheute er auch nicht davor zurück, andere Themen zur Verbreitung seines bevorzugten Wirtschaftsmodells zu nutzen. So beantwortet Reimarus im Jahr 1772 eine Preisfrage der Göttinger Societät der Wissenschaften, in der nach dem Nutzen öffentlicher Getreidemagazine gefragt wurde. Zunächst ging er, wie gefordert, auf die Magazinfrage ein und legte dar, warum diese Einrichtungen seiner Ansicht nach nicht funktionieren und die Getreideversorgung nicht sichern könnten.⁴⁷⁰ Doch im zweiten Teil der Schrift ging Reimarus zu seinem eigentlichen Anliegen über und erklärte ausführlich, dass einzig der freie Handel zu einer langfristig sicheren Getreideversorgung führen werde. Die Grundthese des Hamburgers war es dabei, dass sichere Handelsfreiheit langfristig auch die Getreideversorgung verbessern würde, und zwar sehr viel besser als es jedes öffentliche Magazin vermöge: Wenn „Handel und Wandel nur Sicherheit und völlige Freyheit“ hätten und Kaufleute infolgedessen ihre Geschäfte frei entfalten können, so „hat man zwar von Zeit zu Zeit höhere Preise,

⁴⁶⁹ K.: Reimarus, Johann Albert Heinrich. In: Allgemeine Deutsche Biographie. Bd. 27. Leipzig 1888. S. 704-709.

⁴⁷⁰ Reimarus, Johann Albert Heinrich: Preisschrift über die, von der K. Societät der Wissenschaften zu Göttingen aufgegebenen Frage: In wie fern und unter welchen Umständen die Anlegung beträchtlicher öffentlicher Kornmagazine dem Kornhandel und dem Lande überhaupt nachtheilig oder nützlich oder gleichgültig sey? Wie diese Magazine mit den wenigsten Kosten anzulegen und zu erhalten, auch dergestalt zu verwalten seyn, daß dem Lande daraus der meiste Nutzen zuwachse? Welche Folgen aus den öffentlichen Kornmagazinen in den Ländern, wo dergleichen befindlich sind, entstanden? Und welche Folgen deren Mangel veranlassen habe? In: Hannoverisches Magazin. 67. u. 68. Stück, 21. u. 24.08.1772. Sp. 1057-1070 u. Sp. 1073- 1083. Hier Sp. 1058-1065.

aber keinen wirklichen Mangel oder Hungersnoth“.⁴⁷¹ Durch sichere Handelsfreiheit vermehre sich der Getreidehandel und somit könne mehr Korn ins Land gebracht werden. Dabei sei es besonders positiv zu bewerten, wenn Privatleute aus Eigennutz und Gewinnstreben Getreidevorräte anlegten. So habe ein Land, ohne Zutun der Regierung, zahlreiche kleine Privatmagazine, auf die bei Bedarf zurückgegriffen werden könne.⁴⁷² Dies waren, neben Kriegs- oder Bergwerksmagazinen, die einzigen derartigen Einrichtungen, welche laut Reimarus sinnvoll seien.

In dieser Preisschrift lassen sich bereits zahlreiche zentrale Argumente der deutschsprachigen Freihandelsdebatte erkennen. Die Befürworter waren einhellig der Ansicht, dass die Getreideversorgung durch die Freigabe des Handels deutlich verbessert und langfristig gesichert werden könne. In den meisten Fällen leiteten sie diese Ansicht aus der Ablehnung der üblichen und althergebrachten Handelsbeschränkungen, allen voran der Getreidesperren, ab.

Die Sperren standen im Zentrum der Kritik und waren für viele Freihandelsbefürworter Symbol einer verfehlten Handelspolitik. Demensprechend scheuten sie sich nicht, die, ihrer Ansicht nach, veralteten Maßnahmen mit scharfen Worten zu kritisieren. Im eingangs angeführten Zitat Rückerts wurden Eingriffe in den Getreidehandel mit Hilfe einer anatomischen Metapher als „unnatürlich und schädlich“ bezeichnet. Auch andere Autoren schlugen in diese Kerbe. Franz Clavell, ein schwäbischer Beamter, der sich unter anderem mit physiokratischen Ideen befasste, bezeichnete die in den 1770ern verhängte Sperre als „gewaltsame Operation am Staatskörper“.⁴⁷³ Paul August Schrader, Braunschweiger Hofrat, Dichter und jüngerer Bruder des Hofrates Schrader von Schliestedt, nannte „die gänzliche Versperrung der Handlung“ „ein widernatürliches Beginnen“.⁴⁷⁴ Reimarus glaubte, dass „durch den gehemmten Lauf der Handlung [...] ein unnatürlicher Mangel im Lande“ entstehe.⁴⁷⁵ Dies geschehe, „wenn man die weise geordneten Wege der Natur versperret [...]“.⁴⁷⁶

⁴⁷¹ Ebd. Sp. 1065-1066.

⁴⁷² Ebd. Sp. 1067-1068.

⁴⁷³ Clavell, Franz: Überzeugender Beweis, daß eine etwas länger andauernde Getraidesperre gegen die Schweiz den Hochlöbl. Schwäbischen Reichs-Kreis und die darinn gesessene Hoch- und Löbliche Stände in kurzer Zeit gänzlich zu Grunde richten müsse. o. O. 1772. S. 48.

⁴⁷⁴ Schrader, Paul August: Die Kunst, ohne Miswachs theure Zeiten zu machen, nebst den bewährten Mitteln darwider. Frankfurt/Leipzig 1771. S. 97.

⁴⁷⁵ Reimarus, Johann Albert Heinrich: Die wichtige Frage von der freyen Aus- und Einfuhr des Getraides, nach der Natur und Geschichte untersucht. Hamburg 1771. S. 32.

⁴⁷⁶ Ebd. S. 49.

Durch derartige Formulierungen stellten die Autoren die Freiheit des Handels als einen naturgegebenen, sich selbst regulierenden Vorgang dar, gleichsam eines sich in Bewegung befindlichen Körpers, der durch Eingriffe jeglicher Art gehemmt oder gar verletzt werde. Vor allem die zahlreichen Bezüge auf die „Unnatürlichkeit“ der Eingriffe zeigen deutlich, dass seine Befürworter den freien Handel als eine Art Naturzustand ansahen, welcher durch die Rücknahme bzw. den zukünftigen Verzicht auf menschliche Eingriffe wieder hergestellt werden sollte.

Konsens bei den meisten Autoren war es auch, dass die Behinderung des freien Handels ganz und gar nicht hilfreich, sondern sogar schädlich sei. Einige gingen darin so weit, dass sie Getreidesperren die alleinige Schuld an Getreidemangel und Hungerkrisen zuschrieben.

Christian Hiskias Heinrich von Fischer, Geheimer Rat in Neuwied, machte in seinen freihandelsbefürwortenden Schriften Getreidesperren für die Krise der 1770er verantwortlich. Laut Fischer habe es eigentlich gar keinen Kornmangel gegeben. Der Preis stieg zunächst wegen dem Treiben von Spekulanten und der Sorgen der Menschen an. Als dann Sperren erlassen wurden, wuchs die Angst weiter und keiner war mehr bereit seine Vorräte zu verkaufen.⁴⁷⁷

Fischer vertrat die Überzeugung, „daß dem Mangel der Früchte durch die Sperre nicht abgeholfen [wurde], sondern daß sie [die Sperre] [...] nichts als Kosten, Mühe, Arbeit und nachbarliche Kaltsinnigkeiten und Irrungen veranlasset hat“.⁴⁷⁸ Zudem sei die Sperre eine „Hauptursache [...], daß übergroße Summen Geldes aus Deutschland in andere Reiche und Lande für Früchte gebracht wurden, welche, wenn man dem Fruchthandel seinen freyen Lauf gelassen hätte, um das halbe Geld zu erlangen gewesen wären.“⁴⁷⁹ Fischer legte auch, wie viele andere Autoren, dar, dass Sperren nicht in der Lage seien, die Getreideausfuhr zu verhindern. Wenn der legale Handel ins Ausland verboten sei, nehme stattdessen der Schmuggel zu. So werde die Getreideausfuhr nicht wirklich verhindert, die Einfuhr hingegen massiv erschwert, da in der Regel alle umliegenden Länder sperrten.⁴⁸⁰

Auch Reimarus argumentierte wiederholt, dass Getreidesperren die Not häufig erst hervorrufen oder verschärfen würden. In seiner 1771 erschienenen Schrift *„Die wichtige Frage von der freyen Aus- und Einfuhr des Getraides, nach der Natur und Geschichte untersucht“*, gestand er

⁴⁷⁷ Fischer, Christian Hiskias Heinrich von: Anmerkungen über die dermalige Frucht-Sperre. Deutschland 1771. S. 5-7.

⁴⁷⁸ Ebd. S. 8.

⁴⁷⁹ Ebd.

⁴⁸⁰ Ebd. S. 10.

zwar ein, dass es zu den wichtigsten Aufgaben der Obrigkeit gehöre, die notwendigen Lebensmittel im Land zu behalten, Sperren seien dazu aber kein geeignetes Mittel.⁴⁸¹ Ebenso wie Fischer war Reimarus überzeugt, dass das Verbot des Getreideexportes den Mangel öffentlich bekannt mache und das Problem so noch vergrößere: „Denn die bloße Furcht trägt allemal einen großen Theil zu plötzlicher Theurung bey.“⁴⁸² Die Angst vor dem Mangel führe dazu, dass Vorräte zurückgehalten und nicht mehr auf den Markt kommen würden.⁴⁸³

Der Botaniker und Autor von Hausväterliteratur, Otto von Münchhausen, glaubte in seinem 1772 erschienenen Freihandelsplädoyer erkannt zu haben, dass die Not in den Ländern mit den strengsten Einschränkungen am größten war.⁴⁸⁴ Demnach hätten diese nicht dazu geführt den Mangel zu beheben, sondern diesen sogar noch befördert.

Doch trotz all dieser Schwächen, die in der Argumentation der Freihandelsbefürworter doch so offensichtlich sein mussten, erschienen ihre Schriften in einer Zeit, die von Getreidesperren und Markteingriffen geprägt war. Diese Diskrepanz erklärten viele Autoren sich mit der Rolle der Bevölkerung, welche bei Getreidemangel „einmüthig rufe: ‚Wird die Ausfuhr des Getreides noch nicht verbothen werden?‘“⁴⁸⁵ Getreidesperren waren innerhalb der Bevölkerung beliebt und wurden während Versorgungskrisen und bei Preissteigerungen regelmäßig eingefordert. Die Ausfuhr von Getreide durch Händler wurde in einigen Fällen sogar gewaltsam verhindert.⁴⁸⁶ Demensprechend charakterisierten die Freihandelsbefürworter die Bevölkerung in ihren Texten häufig als ängstlich und irrational oder sprachen denjenigen, welche die Sperren forderten, die Repräsentationsfähigkeit ab. Münchhausen beispielsweise vereinte alle diese Argumentationsmuster: Zunächst beteuerte er, dass die Mehrheit der Menschen, die Sperren gar nicht wünsche, sondern sogar unter ihnen leide.⁴⁸⁷ Im Folgenden diskreditierte er dann deren Befürworter als „furchtsame Hauswirthe“, Stadtbewohner, welche nur „auf ihren Privat-Vortheil“ aus seien oder Menschen, welche „blos aus Gewohnheit“, ohne die Folgen zu bedenken oder zu verstehen, Sperren forderten.⁴⁸⁸ Reimarus glaubte, dass „das Volk noch aus

⁴⁸¹ Reimarus, Frage. S.5.

⁴⁸² Ebd. S. 30.

⁴⁸³ Ebd. S. 30-31.

⁴⁸⁴ Münchhausen, Kornhandel. Vorrede.

⁴⁸⁵ Ebd. S. 14.

⁴⁸⁶ S. zu derartigen Vorkommnissen z.B.: Odenwälder, Nahrungsproteste. S. 57.

⁴⁸⁷ Münchhausen, Kornhandel. S. 14.

⁴⁸⁸ Ebd. S. 17-18.

Vorurtheil bey ungewohnter Ausfuhr des Getraides in Unruhe“ gerate, sich aber bald beruhige, die Vorteile des freien Handels erkenne und „zu besserer Einsicht“ gelange.⁴⁸⁹

Die Freihandelsbefürworter waren sich also einig, dass Getreidesperren der Versorgung eines Landes abträglich seien. Die Exportverbote kommunizierten einen Mangel an die eigene Bevölkerung und an andere Länder. Dies führe zu Angst, welche wiederum zu Hamsterkäufen oder der Zurückhaltung von Vorräten führe. Den gegenteiligen Effekt erreiche man hingegen durch die Gewährung von Handelsfreiheit. Dessen Befürworter waren überzeugt, dass durch die Abschaffung von Eingriffen in den Getreidemarkt die Kornversorgung weitaus besser zu sichern sei als es bislang geschehen sei. Ein wichtiges Argument war dabei die Rolle von Getreidehändlern. Die Befürworter eines freien Handels waren überzeugt, dass diese unabdingbar für eine gute Kornversorgung seien, denn Händler seien in der Lage, Getreide aus anderen ins eigene Land zu bringen. Je mehr Handelsfreiheit es gäbe und je mehr sich diese verstetige, desto sicherer fühlten sich auch die Händler und erhöhten ihre Aktivitäten, so dass mehr Getreide ins Land komme.

Fischer führte in seinen *„Anmerkungen über die dermalige Fruchtsperre“* aus, dass Kaufleute, wenn sie versichert seien, ihre Waren in einem freien Land nach Belieben weiterverkaufen zu können, im Ausland so viel Korn wie möglich aufkauften, und dies in das betreffende Land brächten. Wenn ihnen nämlich dort niemand vorschreibe, wo, an wen und für welchen Preis sie ihre Waren zu verkaufen hätten, hofften sie auf einen guten Profit. In gesperrten Ländern befürchteten die Kaufleute hingegen, ihre Ware nicht nach Belieben weiterverkaufen zu können und brächten so auch kein Korn hinein.⁴⁹⁰

Eine Sperre verursache also „eine wahre Erschwehung der Zufuhre von derjenigen Waare, daran man gleichwol einen Mangel hat, und die man nothwendig aus anderen Gegenden kommen lassen muß.“⁴⁹¹ Ähnlich argumentierte auch Münchhausen: „Ist der Kaufmann [...] überzeugt, daß er völlige Freyheit im Handel behalten werde, so wird er mehr wagen [...]“⁴⁹²

Die Zusicherung von freiem Handel ermutige Kaufleute also, auch risikoreiche Geschäfte einzugehen und Getreide zu importieren, um es dann weiterzuverkaufen. Reimarus legte dar, dass unbehindert handelnde Kaufleute nicht nur Korn von außerhalb ins Land brächten, sondern auch die inländische Landwirtschaft anregten. Wenn die Händler sich der Freiheit sicher

⁴⁸⁹ Reimarus, Frage. S. 38.

⁴⁹⁰ Fischer, Anmerkungen. S. 11-12.

⁴⁹¹ Ebd. S. 12.

⁴⁹² Münchhausen, Kornhandel. S. 75.

sein könnten, kauften sie auch mehr Getreide an. Da Kornproduzenten gerne direkt an Kaufleute verkauften, würden sie mehr anbauen, wenn sie sich einer steten und einfachen Abnahme sicher sein könnten. Selbst wenn ein Teil dieses Getreides dann ins Ausland verkauft würde, erhöhe sich die verfügbare Menge enorm. Denn „sobald zum Verkauf in die Fremde angebauet und aufgekauft wird, der Vorrath wächst, und Ueberfluß vorhanden bleibt.“⁴⁹³

Einen großen Beitrag zur Nahrungssicherheit leisteten für verschiedenen Autoren auch die Privatvorräte der Kaufleute. Im Gegensatz zu öffentlichen Magazinen schafften diese Privatmagazine es, Vorräte im Land zu sichern, welche bei Bedarf eingesetzt werden könnten. Münchhausen oder Reimarus beispielsweise lehnten die Einrichtung öffentlicher Magazine weitgehend ab und plädierten stattdessen für die Förderung kleiner Privatmagazine, wie sie von Kaufleuten angelegt würden. Laut Reimarus seien dies die einzigen Magazine, auf die man sich wirklich verlassen könne.⁴⁹⁴ Ohne die Zusicherung von freiem Handel würden diese von den Kaufleuten jedoch nicht angelegt, da die stete Unsicherheit bestünde, mit dem gespeicherten Korn nicht nach Belieben verfahren zu dürfen.

Häufig wurde Getreidehändlern vorgeworfen, Getreide aus Gewinnsucht zurückzuhalten, auf Preissteigerungen zu warten oder diese sogar selbst herbeizuführen.⁴⁹⁵ Die Freihandelsbefürworter widersprachen diesem weit verbreiteten Misstrauen gegen Kornhändler und den damit einhergehenden Vorbehalten gegen Privatvorräte. Viele Autoren vertraten ein eher positives Bild von professionellen Händlern. Auch die weithin verbreiteten Vorwürfe des Eigennutzes oder Gewinnstrebens verkehrten sie in ihren Schriften zum Teil ins Positive.

Besonders Reimarus drückte immer wieder seine durchweg positive Sicht auf Getreidehändler aus. Der Hamburger führte aus, dass Kaufleute durch Eigennutz getrieben würden und in der Hoffnung auf Gewinne Getreidevorräte anlegen würden. Diesen Eigennutz könne man ausnutzen, da ein Land so nichts weiter unternehmen müsse, als die Kaufleute gewähren zu lassen.⁴⁹⁶ Reimarus fasste diese Einstellung treffend zusammen: „Man fluche doch also nicht auf die Gewinnsucht: man verwünsche die Aufkäufer doch nicht, die den Staat mit Lebensmitteln versorgen.“⁴⁹⁷ Offenbar war der Hamburger durch das Leben in einer der wichtigsten deutschen Handelsstädte geprägt und hatte so eine positive Sichtweise auf professionelle Händler

⁴⁹³ Reimarus, Frage. S. 16.

⁴⁹⁴ Vgl. Münchhausen, Kornhandel. S. 74-75 u. S. 115-117; Reimarus, Preisschrift. Sp. 1067-1068.

⁴⁹⁵ Die zeitgenössische Sicht auf professionelle Getreidehändler wird in den Kapiteln 3.3.2 und 3.3.4 näher erläutert.

⁴⁹⁶ Reimarus, Preisschrift. Sp. 1068.

⁴⁹⁷ Reimarus, Frage. S. 46.

entwickelt.⁴⁹⁸ Der in der Regel verurteilte Eigennutz, wurde bei Reimarus zur lobens- und wünschenswerten Charaktereigenschaft umgedeutet.

Andere Autoren gingen, trotz aller Unterstützung des Freihandels, weniger weit in ihrer Verteidigung der Getreidehändler. So waren sich zwar alle einig, dass ein freier(er) Getreidehandel positive Effekte hervorbringe, teilweise bestanden aber dennoch Vorurteile gegen dessen Vertreter. Fischer und Münchhausen trennten in ihren Ausführungen in gute und schlechte Händler. Fischer unterschied zwischen „nützlichen“ und „vernünftigen“ Händlern, welche sich mit einem mäßigen Profit begnügten und „Wucherern“, welche erst verkauften, wenn der Preis stark gestiegen sei. Während die nützlichen Händler der Getreideversorgung sehr dienlich seien, trügen die Wucherer nichts Positives bei und bekämen bald die Konsequenzen ihrer Gier zu spüren.⁴⁹⁹ Auch Münchhausen glaubte, dass der Vorwurf des Wuchers durchaus auf einige Getreidehändler zutreffe. So gebe es Händler, „welche auf eine unerlaubte und gar zu gierige Art aus der allgemeinen Noth einen übertriebenen Gewinnst zu ziehen suchen [...]“.⁵⁰⁰ Die „Verachtung“, mit welcher man sie bedenke, sei aber Strafe genug, denn „[d]as Publikum lernt ihre gewinnsüchtigen Absichten bald kennen, und nimmt sich dagegen in Acht.“⁵⁰¹

Beide Autoren zeigten also Vorurteile gegen Getreidehändler, wie die Leserschaft sie auch bei Vertretern protektionistischer Marktsteuerung finden konnte. Auch die bei Reimarus positiv gelesenen, auf Gewinnmaximierung ausgerichteten, Geschäftspraktiken, fanden bei Fischer und Münchhausen keinen Anklang. Diesbezüglich argumentierten sie durchaus im Einklang mit den, eigentlich als Gegner aufgebauten, Vertretern von Sperrern und Handelseinschränkungen. Anders als diese leiteten die Befürworter des Freihandels aus ihren Beobachtungen aber keine Forderung nach Handelseingriffen ab. Sie waren überzeugt, dass der Markt sich selbst regulieren, die Käufer:innen „gierige“ Händler meiden und diese somit langfristig von selbst verschwinden oder ihr Geschäftsgebaren anpassen würden.

Die, trotz gewisser Einschränkungen, eher positive Sicht auf Getreidehändler führte zu einem weiteren Argument der Freihandelsbefürworter. Wiederholt brachten sie den Aspekt des Eigentumsrechts in die Debatte ein, den sie in einem freieren Handelssystem eher gewahrt sahen als in einem durch Einschränkungen geprägten. Grundgedanke vieler Autoren dabei war

⁴⁹⁸ Vgl. zum besonderen Interesse der Hamburger am freien Getreidehandel: Schlumbohm, Freiheit. S. 124.

⁴⁹⁹ Fischer, Christian Hiskias Heinrich von: Gedanken ueber das Reichs-Gutachten vom 7ten Febr. 1772 die Getreid-Sperre betreffend nebst dem Kaiserlichen Allerhöchsten Commission Ratifications Decret vom 28. Febr. 1772. Frankfurt am Main 1772. S. 13.

⁵⁰⁰ Münchhausen, Kornhandel. S. 31.

⁵⁰¹ Ebd.

es, dass es ihnen nicht gerecht erschien, dass Kaufleute, im Falle einer Sperre oder anderer Einschränkungen, nicht frei über ihr Getreide verfügen durften. Reimarus schrieb dabei vom „heilige[n] Recht des Eigenthumes“, welches man durch entsprechende Einschränkungen „mit Füßen trete[.]“.⁵⁰² Er fragte: „[S]oll der Kaufmann [...] um seines Eigenthumsrechts beraubt werden?“⁵⁰³ um seine Frage bald darauf resigniert zu beantworten: „Nun soll Privatleuten der freye Verkauf ihrer Waare gehindert werden, damit andere desto leichter dazu gelangen können.“⁵⁰⁴ Clavell erklärte, vermutlich in Anlehnung an die im Jahr zuvor erschienene Schrift Reimarus', ebenfalls, dass durch eine Sperre „[...] alle Rechte, die heiligsten Rechte des Eigenthümers und des Händlers mit Füßen [ge]treten“ würden.⁵⁰⁵ Die Frage des Eigentumsrechts lag vor allem Reimarus am Herzen. So sei es nicht hinnehmbar, dass Kaufleute auf eigenes Risiko Getreide ankauften, über das sie dann im Fall einer Sperre nicht mehr frei verfügen dürften. Besonders kritisch sah der Hamburger dabei die mangelnde Rechts- und Planungssicherheit. So konnte ein Händler eine große Menge Korn in einer Zeit ohne Beschränkungen einkaufen, mit dem Plan es zu exportieren. Eine plötzlich ausgesprochene Sperre konnte dann alle Pläne gänzlich vereiteln. Der Kaufmann, der „auf öffentliche Treue und Glauben gestützt“ gehandelt habe,⁵⁰⁶ werde nun plötzlich aller Rechte beraubt. Hätte er dies vorab gewusst, hätte er „lieber sein Getraide in Marocco liegen lassen“, als es in ein Land mit Handelseinschränkungen zu bringen.⁵⁰⁷

Einige Autoren weiteten die Frage des Eigentumsrechts auch auf kornproduzierende Bauern aus und kritisierten den Marktzwang und weitere Handelseinschränkungen. Clavell beanstandete die Verordnungen, welche Bauern zwangen, ihr Getreide in die nächste Marktstadt zu bringen, anstatt es nach Belieben zu verkaufen: „Wie beklemmend und niederschlagend ist es, wenn einem nicht gestattet wird, sein Eigenthum in seinem eigenen Hause zu verwerthen!“⁵⁰⁸ Auch Münchhausen vertrat die Ansicht, dass den Bauern im Umgang mit ihrem eigenen Getreide mehr Freiheiten gelassen werden sollten, denn „selbst der gemeinste Bauer ist klug genug, zurück zu halten, und auf seinen Vortheil bedacht zu seyn“.⁵⁰⁹

⁵⁰² Reimarus, Frage. S. 8.

⁵⁰³ Reimarus, Frage. S. 7.

⁵⁰⁴ Ebd. S. 10.

⁵⁰⁵ Clavell, Beweis. S. 49-50.

⁵⁰⁶ Reimarus, Frage. S. 8.

⁵⁰⁷ Ebd. S. 10.

⁵⁰⁸ Clavell, Beweis. S. 50.

⁵⁰⁹ Münchhausen, Kornhandel. S. 26.

Die Frage des Eigentumsrechts und dessen zeitweiliger Einschränkung beschäftigte also viele Vertreter des Freihandels. Es erschien ihnen nicht rechtens, die Freiheits- und Eigentumsrechte der Kaufleute oder anderer Menschen zugunsten des Allgemeinwohls zu beschneiden. Neben Fragen der Gerechtigkeit und der Verhältnismäßigkeit, spielte dabei auch der Aspekt des Nutzens eine Rolle. So gingen Kaufleute, die sich ihres Eigentums sicher sein könnten, Risiken ein, welche dann auch dem Land zugutekämen. Müssten sie hingegen stets befürchten in ihrem Recht eingeschränkt zu werden, reduzierten sie ihre Aktivitäten oder ließen ihr Getreide gleich „in Marocco liegen“.

Viele Einschränkungen des Getreidemarktes wurden mit einer Regulierung der Getreidepreise begründet. Dementsprechend befürchteten Gegner des Freihandels, dass die Getreidepreise nach Wegfall der Einschränkungen massiv ansteigen könnten. Verschiedene Befürworter des freien Handels gingen auf diese Befürchtung ein und suchten sie zu entkräften. Laut ihrer Argumentation würde eine Freigabe des Handels demnach sogar zu langfristig ausgeglicheneren Getreidepreisen führen. Wiederkehrend wurden dabei die positiven Auswirkungen einer von Einschränkungen befreiten, konkurrierenden Kaufmannschaft ins Feld geführt. Fischer legte dar, dass eine höhere Zahl von Kaufleuten auch eine stärkere Konkurrenz bedeute. Wenn sich also viele aktive Getreidehändler in einem Land befänden, müssten diese um die Kundschaft konkurrieren, mit qualitativ guter Ware und niedrigen Preisen. Die Händler brächten zudem viel Korn ins Land, so dass die Preise auch durch das große Angebot bald fielen.⁵¹⁰ Auch Reimarus argumentierte, dass die Konkurrenz vieler Kaufleute in einem freien Land den Preis von selbst reguliere.⁵¹¹ Die Rivalität der Kaufleute mache es zudem unmöglich, dass diese gemeinschaftlich agierten, um den Kornpreis hochzutreiben. Energisch sprach er sich gegen das verbreitete Vorurteil aus, Kaufleute träfen diesbezügliche Absprachen untereinander: „Wer Handlung aus der Nähe betrachtet, und weis, was die Eifersucht bey vielen die neben einander handeln, thun muß, der ist auch überzeugt, daß keine dergleichen Verabredung statt finden, oder wenn sie auch heilig versprochen wäre, mit Zutrauen befolgt werden kann.“⁵¹²

Obwohl sich ein Großteil der Bevölkerung über niedrige Getreidepreise freute, waren sich die meisten zeitgenössischen Theoretiker einig, dass auch zu niedrige Preise nicht erstrebenswert seien.⁵¹³ Einige Freihandelsbefürworter griffen diese Argumentation auf, um so die Angst vor

⁵¹⁰ Fischer, Anmerkungen. S. 13.

⁵¹¹ S. z.B.: Reimarus, Preisschrift. Sp. 1076.

⁵¹² Reimarus, Frage. S. 45.

⁵¹³ Vgl. dazu Kapitel 2.1.

steigenden Getreidepreisen zu entkräften. Clavell merkte an, dass den Armen auch mit einem niedrigen Kornpreis nicht geholfen sei, wenn sie kein Geld hätten.⁵¹⁴ Münchhausen plädierte intensiv für die Vorteile eines höheren Preises. In vielen Fällen seien erhöhte Kornpreise nicht wirklich gefährlich, die Menschen müssten bei Bedarf eben auf andere Lebensmittel ausweichen. Kornproduzenten nützten hohe Preise in jedem Fall deutlich mehr als niedrige. Allgemein bewirkten niedrige Preise Stillstand in allen Bereichen und seien daher nicht erstrebenswert.⁵¹⁵

Die Befürworter des Freihandels waren zudem überzeugt, dass ihr präferiertes Wirtschaftssystem nicht nur zu mehr Korn im Land führe, sondern auch zu mehr Geld. Dies meinten die meisten Autoren stimmten darin überein, dass ein Land und seine Bewohner mehr als nur Getreide brauchten, um gut zu leben. Clavell brachte diese Notwendigkeit mit dem Zitat „Non de solo pane vivit homo“ auf den Punkt.⁵¹⁶ Die Freihandelsbefürworter hatten es als Problem erkannt, dass einige Länder unter hohem finanziellen Einsatz Getreide aus dem Ausland importieren mussten. Aufgrund gesperrter Grenzen konnte von anderen Ländern hingegen kein Getreide exportiert werden, um finanzielle Mittel zu generieren. In einigen Ländern fehle es demzufolge an Getreide, in anderen hingegen an Geld. Durch die Möglichkeit der freien Ausfuhr von Getreide könne ein Land dringend benötigte finanzielle Mittel erhalten. Münchhausen beispielsweise hielt diesen monetären Gewinn für so wichtig, dass er den Verlust gewisser Getreidemengen mehr als ausgleiche. Mit diesem Geld könnte fehlendes Getreide dann bei Bedarf wieder angekauft werden.⁵¹⁷ Verschiedentlich argumentierten die Freihandelsbefürworter im Sinne des Wirtschaftskreislaufes. Geld, welches ausgegeben werde, sei nicht verschwunden, sondern zirkuliere weiter und könne auch an den ursprünglichen Besitzer zurückkehren. In diesem Sinne riet Münchhausen, den Handel mit den umliegenden Ländern nicht zu verhindern, denn Geld, welches zu den Nachbarn fließe, kehre sehr wahrscheinlich auch wieder in das eigene Land zurück.⁵¹⁸ Er war zudem überzeugt, „daß sobald nur viel geld rullirt, [...] so nimmt auch die Anzahl der Armen ab.“⁵¹⁹ Im Sinne eines Wirtschaftskreislaufes argumentierte auch Reimarus: Niemand müsse sich über den Gewinn von Getreidehändlern sorgen, denn „[w]enn aber auch der Kaufmann gewinnt, so wird ja das Geld nicht weggeschüttet

⁵¹⁴ Clavell, Beweis. S. 44.

⁵¹⁵ Münchhausen, Kornhandel. S. 78-82 u. 109-115.

⁵¹⁶ Clavell, Beweis. S. 14. Etwa: Nicht vom Brot allein lebt der Mensch.

⁵¹⁷ Münchhausen, Kornhandel. Vorbericht.

⁵¹⁸ Ebd. S. 92.

⁵¹⁹ Ebd. S. 94-95.

oder vergraben; es bleibt im Umlaufe und kömmt den Mitbürgern wieder zu Nutzen.“⁵²⁰ Diese Zirkulation könne aber nur durch einen unbehinderten, florierenden Handel funktionieren. Aus der Sicht eines Landes, welches mehr Getreide produzierte, als es benötigte und die Überschüsse exportierte, argumentierte Clavell. Durch die Exportverbote stehe Schwaben, wie auch andere exportierende Länder, vor großen Schwierigkeiten, da das Geld aus dem Verkauf des Getreides fehle. Es werde zwar Getreide im Überfluss angebaut, andere notwendige Produkte wie Salz, Käse oder Stoffe, müssten allerdings aus dem Ausland angekauft werden. Aufgrund des durch die Sperren verursachten Geldmangels sei dies aber kaum möglich.⁵²¹ Clavell plädierte also für einen unbehinderten Handel zwischen verschiedenen Ländern, welcher allen Beteiligten zum Vorteil gereiche. Um dies zu unterstreichen, stellte er dem entsprechenden Abschnitt das Zitat „Non omnis fert omnia tellus“ zuvor.⁵²² Jedes Land könne demnach die dort am besten zu produzierenden Waren exportieren und benötigte Waren importieren, welche wiederum anderorts besser herzustellen seien.

Die deutschsprachigen Freihandelsbefürworter argumentierten hier im Einklang mit internationalen Physiokraten und Freihandelsbefürwortern, deren Schriften ihnen durchaus vertraut waren. Anklänge von Quesnays *Tableau économique* lassen sich ebenso erkennen, wie Bezüge zu den Außenhandelstheorien David Humes, welche von Adam Smith aufgegriffen und im 19. Jahrhundert von David Ricardo zum *Komparativen Kostenvorteil* weiterentwickelt wurden.

Ein weiteres Argument zahlreicher Freihandelsbefürworter war die Verhinderung von Schmuggel und illegaler Ausfuhr. Die Autoren stimmten überwiegend darin überein, dass Getreidesperren und Ausfuhrbeschränkungen die Kornausfuhr nicht verhinderten. Wenn es nicht legal möglich sei Korn ins Ausland zu verkaufen, geschehe dies eben unter der Hand. So war beispielsweise Münchhausen überzeugt, dass sich der Kornhandel durch eine Sperre nicht verhindern ließe. Durch die Verlagerung von gewohnten Handelsbeziehungen in den illegalen Bereich, sei es den Käufern aber möglich, das Getreide günstiger zu kaufen als auf offiziellem Wege. Das gesperrte Land könne also sein Korn nicht, wie beabsichtigt, für die eigenen Einwohner behalten und darüber hinaus gingen ihm noch Einnahmen verloren.⁵²³ Fischer hingegen war überzeugt, dass Kornverkäufer sich durch höhere Preise im Ausland anlocken ließen

⁵²⁰ Reimarus, Preisschrift. Sp. 1076.

⁵²¹ Clavell, Beweis. S. 11-12. Etwa: Nicht jedes Land bringt alles hervor.

⁵²² Ebd. S. 10.

⁵²³ Münchhausen, Kornhandel. S. 27.

und ihr Getreide lieber illegal dorthin verkauften, als sich im eigenen Land mit einem geringeren Profit zu begnügen.⁵²⁴ Reimarus glaubte, dass Schmuggel letztendlich nur den protektionistisch orientierten Ländern schade und den freihändlerischen nütze. Nach Möglichkeit schmuggelten Kornverkäufer ihre Ware nämlich aus gesperrten Ländern heraus, um sie dann in freien Gegenden nach Belieben verkaufen zu können.⁵²⁵ Konsens bestand aber darüber, dass Schmuggel sich innerhalb des bestehenden Systems trotz aller Kontrollen und androhten Strafen nicht verhindern ließe. Die Einführung des freien Handels hingegen ließe den Schmuggel bald verschwinden. In gewisser Hinsicht lag dies natürlich in der Natur der Sache: Mit dem Wegfall von Ausfuhrverboten und -beschränkungen, gab es keinen Grund mehr diese auf illegalem Wege zu umgehen. Darüber hinaus glaubten viele Freihandelsbefürworter aber auch, dass ihr präferiertes System die Ausfuhr generell verringern würde. Reimarus war beispielsweise überzeugt, dass Kaufleute keinen besonderen Drang verspürten, ihr Getreide ins Ausland zu verkaufen. Ein Verkauf ins Ausland sei nämlich stets mit Aufwand und höheren Kosten verbunden, so dass sich dieser nur bei massiven Preisunterschieden oder eben dem Ruf der Freiheit lohne. Bei Wegfall der Beschränkungen würden sich erstens langfristig die Preise stabilisieren und zweitens die Freiheit der Kaufleute unangetastet bleiben. So wären diese gerne bereit den bequemen Weg zu gehen und ihr Getreide auch für etwas geringeren Profit im eigenen Land zu verkaufen.⁵²⁶

Ein Grundgedanke der Freihandelsbefürworter war es, den (Getreide-)Handel zu liberalisieren. Dies sollte langfristig dazu führen, dass Getreidevorräte ausgeglichen(er) verteilt würden, indem die Länder untereinander handelten und bei Bedarf ohne Einschränkungen in umliegenden Ländern einkaufen konnten. Einzelne, so beispielsweise Paul August Schrader, forderten, unwillige Nachbarn zur Not dazu zu zwingen: „[...] so sind ja unsere Nachbarn, wenn sie z.E. mehr Brodt haben, als sie gebrauchen, schuldig, uns für Geld und gute Worte etwas zu überlassen. Wollen sie dieses nicht, so sind wir berechtigt, sie darzu zu zwingen, wenn wir können.“⁵²⁷ Schrader leitete dieses Recht aus der gemeinsamen Zugehörigkeit zur „allgemei-

⁵²⁴ Fischer, Anmerkungen. S. 10.

⁵²⁵ Reimarus, Frage. S. 34-35.

⁵²⁶ Ebd. S. 11-15.

⁵²⁷ Schrader, Kunst. S. 41.

nen menschlichen Gesellschaft“ ab, die es gebiete, seine lebensnotwendigen Güter mit anderen zu teilen, so sie diese denn bezahlen könnten. Werde Hilfe verweigert, seien Notleidende berechtigt, diese auch mit Gewalt einzufordern.⁵²⁸

Andere Autoren argumentierten weniger radikal. Zwar setzten alle Befürworter des Freihandels auf nachbarschaftlichen Handel, um Getreidemangel zu verhindern, wollten diesen aber eher durch Anreize fördern. Münchhausen und Clavell beispielsweise verwiesen dabei auf eine Ebene der Solidarität und Freundschaft, welche Nachbarn dazu verpflichten sollte, sich bei Bedarf gegenseitig mit Korn auszuhelfen. Dazu sei es allerdings von höchster Wichtigkeit, gute Kontakte zu den Nachbarn zu pflegen und diese nicht vor den Kopf zu stoßen. Genau dies geschehe aber im Falle einer Sperre. Münchhausen zeigte auf, dass ein Land im Falle eines Getreidemangels darauf angewiesen sei, Korn von den umliegenden Ländern, häufig mithilfe von Kaufleuten, zu erhandeln. Diese beiden Gruppen bringe man aber durch eine Sperre gegen sich auf: „In beyden Fällen müssen wir nicht den Anfang damit machen, daß wir denjenigen, die wir zu Freunden behalten wollen, feindselig begegnen; dieses geschieht, wenn wir Zuschläge machen.“⁵²⁹ Clavell äußerte die Befürchtung durch die Getreidesperren die Schweiz zu verärgern. Diese sei eine wichtige Abnehmerin des schwäbischen Getreides. Fühlten sich die Schweizer durch die wiederholten, gegen sie gerichteten Exportverbote zurückgewiesen, suchten sie sich in Zukunft womöglich andere Bezugsquellen für ihr Getreide und brächten ihr Geld dorthin. Es gehöre sich einfach nicht einen guten Kunden in schlechten Zeiten zu verlassen.⁵³⁰ Zudem habe Schwaben allen Grund „die Herren Aydgenossen als gute Freunde und Nachbarn zu behandeln“, da diese in der Vergangenheit bereits wiederholt mit Krediten ausgeholfen hätten und man nicht ausschließen könne, diese Gefälligkeit auch in Zukunft in Anspruch nehmen zu müssen.⁵³¹

Die Argumentationen Münchhausens und Clavells besaßen den gleichen Kern: Die Verhängung einer Getreidesperre gegen umliegende Länder wurde als unfreundlicher und abweisender Akt dargestellt, welcher die Nachbarn brüskieren könnte. In Folge dieses Affronts könnten die anderen Länder beschließen, in Zukunft nicht mehr mit dem sperrenden Land zusammenzuarbeiten oder ihm Hilfe zu verweigern. Langfristig würde die wiederholte Verhängung von Getreidesperren ein Land also isolieren und massiv schaden. Im Umkehrschluss mussten der

⁵²⁸ Ebd. S. 41-42.

⁵²⁹ Münchhausen, Kornhandel. S. 25.

⁵³⁰ Clavell, Beweis. S. 46.

⁵³¹ Ebd. S. 24-25.

freie Handel und die Rücknahme aller Einschränkungen auf die Nachbarn also wohlwollend und freundlich wirken und zu zukünftigen Interaktionen einladen.

Ein Problem der Freihandelsbefürworter war es, dass es in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts praktisch keine Beispiele gab, auf die man sich beziehen konnte. Trotz einzelner Tendenzen oder zeitweiliger Freihandelsexperimente konnten die Autoren auf kein Land blicken, in dem der Freihandel konsequent und langfristig angewandt wurde. Alix Winter stellt heraus, dass die „(Frei-) Handelstheorie, wie sie im 18. Jahrhundert [...] vertreten wurde, sich in einer Zeit entwickelte [...], als von freien Märkten nirgendwo auf dem Globus die Rede sein und sich die Theorie damit in keiner Praxisprüfung bewähren konnte.“⁵³²

Die fehlende Evidenz wurde den Freihandelsbefürwortern auch bei der Beurteilung der eingelaufenen Antwort zur Preisfrage der Göttinger Akademie der Wissenschaften aus dem Jahr 1773 zum Vorwurf gemacht worden. Dort bemängelte man bei allen Antworten die mangelnde Passgenauigkeit der vorgebrachten Beispiele. Kein Text habe, obwohl es verlangt worden war, die Situation Hannovers wirklich berücksichtigt.⁵³³ Den Freihandelsbefürwortern wurde vorgeworfen, keine wirklichen Beweise für ihre Theorien vorbringen zu können. Vorgebrachte Beispiele seien fehlerhaft oder so selektiv gewählt, dass sie zur Unterstützung der eigenen These dienten.⁵³⁴ Die mangelnde praktische Repräsentation des Freihandels führte dazu, dass seine Befürworter weitgehend aus der Theorie heraus argumentierten. Im Gegensatz zu den Verteidigern von Sperren oder den Fürsprechern öffentlicher Magazine mussten sie sich anderer Argumentationsmuster bedienen. Ihr präferiertes Wirtschaftssystem hatte noch kaum praktische Erfahrung vorzuweisen. Daher mussten sie weitaus stärker aus der Theorie heraus argumentieren als ihre Gegner. Dies musste nicht unbedingt einen Nachteil bedeuten: Während Sperren oder Magazine nachweislich auch Schattenseiten hatten, konnte sich der Freihandel zunächst durchweg positiv präsentieren, ohne dass jemand das Gegenteil beweisen konnte. Allerdings wollten dessen Befürworter doch nicht ganz auf Beispiele aus der Praxis verzichten und zogen daher verschiedene Länder, Gegenden und Städte zur Untermauerung ihrer Theorie heran. Der Mangel an praktischen Beispielen führte allerdings dazu, dass die Unterstützer des freien Handels einzelne vermeintliche Vorbilder überstrapazierten oder

⁵³² Winter, Alix: Protektionismus und Freihandel. Europäische Pressedebatten um globale Märkte zur Zeit Napoleons. Potsdam 2018. S. 24.

⁵³³ Die Schriften seien „durch Einmischung fremder nicht zur Sache gehöriger Dinge so ungemein aufgeschwellt“ gewesen. Heyne, Göttingen. S. 738.

⁵³⁴ Ebd. S. 735-737.

unterschiedliche lokale Gegebenheiten völlig außer Acht ließen. Dementsprechend gab es einige Länder, welche von fast allen Autoren herangezogen wurden. Herausragend war dabei Frankreich. Zahlreiche deutsche Freihandelsbefürworter setzten sich auf die eine oder andere Weise mit dem großen Nachbarn im Westen auseinander. Dies lag nahe, hatte Frankreich doch in jüngster Zeit eines der bekannteren Freihandelsexperimente durchgeführt. Unter dem Einfluss physiokratischen Gedankengutes wurde der Getreidehandel in den 1760ern völlig freigegeben. Allerdings mussten die Freiheiten bereits wenige Jahre später aufgrund von Preissteigerungen, Versorgungsschwierigkeiten und Unruhen aus der Bevölkerung wieder zurückgenommen werden.⁵³⁵ Diese Entwicklung war von den deutschen Freihandelsbefürwortern selbstverständlich genau beobachtet worden. Einige Autoren, so beispielsweise Münchhausen, schätzten die Entwicklungen in Frankreich schon allein deswegen, da sie Anlass boten auch in Deutschland über die Frage des freien Handels zu debattieren.⁵³⁶ Aufgrund des Misserfolges des Experimentes, wurde Frankreich von den meisten Autoren allerdings als Negativbeispiel angeführt. Dabei sollte aber explizit nicht gezeigt werden, dass der Freihandel nicht funktioniere. Einig waren sich die deutschen Freihandelsbefürworter darin, dass die zahlreichen Beschränkungen des Getreidehandels in Frankreich die dortige Lage verschlechtert, oder sogar mitverursacht hätten. So führte Fischer an, dass „die Beschränkung des Handels seit mehreren Jahrhunderten die Theurung vergrößert habe“.⁵³⁷ Reimarus warf dem eigentlich „fruchtbare[n] Frankreich“ vor, „daß es solchen unbedachtsamen, obgleich abwechselnden Verordnungen [gemeint waren Ausfuhrverbote und Handelsbeschränkungen] zuzuschreiben sey, daß sich seine Kornerndten auf mehr als den vierten Theil vermindert haben.“⁵³⁸ Nach diesen Argumentationen war eine Aufhebung der Beschränkungen und eine Freigabe des Getreidehandels exakt die richtige Maßnahme gewesen. Nun hatten die Lockerungen in Frankreich allerdings nur wenige Jahre angedauert, bis das Land zu den althergebrachten Beschränkungen zurückgekehrt war. Der erhoffte Erfolg war ausgeblieben.

Für Freihandelsbefürworter war dies ein ernsthaftes Problem, welches argumentativ eingehend werden musste. Dabei griffen die deutschsprachigen Autoren auf verschiedenen Taktiken zurück. Reimarus vertrat die These, dass Frankreich nur länger hätte durchhalten müssen, um

⁵³⁵ Kaplan, Steven L.: Provisioning Paris. Merchants and Millers in the Grain and Flour Trade during the Eighteenth Century. Ithaca/London 1984. S. 190-191.

⁵³⁶ Münchhausen, Kornhandel. S. 100.

⁵³⁷ Fischer, Gedanken. S. 9.

⁵³⁸ Reimarus, Frage. S. 17.

von allen Vorteilen des Freihandels zu profitieren. Neue Systeme führten zwangsläufig zunächst zu einer „erste[n] Erschütterung“. Diese hätte sich aber „von selbst ins Gleichgewicht gesetzt“, wenn man nur geduldig geblieben und die anfänglichen Schwierigkeiten ausgehalten hätte. Die meisten dieser Schwierigkeiten seien zudem noch vom alten System der Einschränkungen verursacht worden und bloß fälschlicherweise dem Freihandel zugeschrieben worden. Die Obrigkeit in Frankreich hätte bloß die Ohren vor dem „Geschrey des Volkes“ verschließen müssen, welches nicht verstanden habe, dass der Freihandel eine gewisse Anlaufzeit benötige.⁵³⁹ Andere legten dar, dass Frankreich den Freihandel nicht korrekt durchgeführt habe und dieser daher seine Vorteile nicht habe entfalten können. Fischer behauptete, dass die Freiheit des Handels der Getreideteuerung in Frankreich „völlig abgeholfen“ hätte, „wenn man solche [die Freiheit] hätte befördern wollen.“⁵⁴⁰ Weitere Autoren wiederum redeten die Schwierigkeiten klein und beharrten fest darauf, dass der freie Handel Frankreich durchaus mehr Vor- als Nachteile gebracht habe: Sowohl Münchhausen als auch Reimarus wiesen auf die Gewinne, welche die französische Landwirtschaft aus dem neuen Handelssystem hatte ziehen können, hin. So behauptete Münchhausen, dass Frankreich seit den ersten Lockerungen im Jahr 1764 einen Zuwachs „von sechzig Millionen Livres“ bei den jährlichen Ernten gehabt habe. Seit „der 1768 erteilten völligen Freyheit“ seien zudem „viele 1000 Morgen Landes artbar gemacht worden.“⁵⁴¹ Auch Reimarus argumentierte, dass bereits die „kurze und unvollkommene Freyheit“ die Landwirtschaft in Frankreich „um ein ansehnliches vermehrt“ habe.⁵⁴² Münchhausen legte zudem dar, dass die Getreidepreissteigerungen in Frankreich in den 1760er und 1770er Jahren ganz und gar nicht vom freien Handel verursacht worden seien, sondern von einigen aufeinanderfolgenden Missernten. Er ging zudem noch weiter und behauptete, dass der Freihandel sogar dafür gesorgt habe, dass die Preise nicht weiter gestiegen seien und es zu keiner Hungersnot gekommen sei. In einer „Reihe von hundert und dreyzehn Jahren“ mit Ausfuhrbeschränkungen sei das Getreide „fünf und sechzig mal in höheren Preisen gewesen.“⁵⁴³

⁵³⁹ Alle Zitate bei: Reimarus, Frage. S. 19.

⁵⁴⁰ Fischer, Gedanken. S. 9.

⁵⁴¹ Münchhausen, Kornhandel. S. 106.

⁵⁴² Reimarus, Frage. S. 16.

⁵⁴³ Münchhausen, Kornhandel. S. 107.

Neben Frankreich, mit dem sich auffällig viele Autoren auseinandersetzten, führten die Freihandelsbefürworter weitere Länder, Gebiete und Städte als Vorbilder an. Reimarus beispielsweise bezog sich wiederholt auf die Gegend des Baltikums, dort habe der freie Handel zu Kornreichtum, Wohlstand und Zufriedenheit geführt.⁵⁴⁴ Die Menschen dort seien von den Vorteilen des freien Handels so überzeugt, dass in der Bevölkerung „Murren und Empörung“ entstehe, wenn der Kornhandel doch einmal eingeschränkt werde.⁵⁴⁵ Interessanterweise wurde eine dieser Gegenden, nämlich Livland, von einem ungenannten Freihandelsbefürworter explizit als Negativbeispiel angeführt.⁵⁴⁶ Ebenso als Belege für einen funktionierenden Freihandel, oder zumindest vielversprechende Ansätze, aufgeführt wurden beispielsweise Florenz,⁵⁴⁷ die Niederlande,⁵⁴⁸ Polen⁵⁴⁹ oder England.⁵⁵⁰ Neben diesen internationalen Beispielen führten einige Autoren auch deutsche Gebiete an, in denen der Freihandel bereits vorteilhafte Auswirkungen habe. Münchhausen erwähnte Neuwied, welches den Handel freigegeben habe, „ohne sich um die Sperren der Nachbarn zu bekümmern.“⁵⁵¹

Wenig überraschend brachte Reimarus seine Heimatstadt Hamburg in die Debatte ein. Dort sei es nach einer langen Periode von Handelseinschränkungen zu einem Umdenken gekommen. Seit einigen Jahren habe man dort nun „die Sache besser eingesehen“ und den Getreidehandel freigegeben.⁵⁵² Dies habe zu „[u]nglaubliche[r] Vermehrung der Zufuhr“, „beständig reichliche[m] Vorrath“ sowie „gute[n] Kornpreise[n]“ geführt.⁵⁵³ Sogar während der vergangenen Mangeljahre habe Hamburg so ausreichende Vorräte sowie einen florierenden Handel gehabt.

Fischer hingegen führte das Beispiel Kölns an. Da der Getreidehandel um die Domstadt nicht gesperrt war, konnte die dortige Kaufmannschaft über den Rhein „eine ungeheure Menge Früchte kommen lassen“, da sie sich der Handelsfreiheit sicher sein konnten.⁵⁵⁴ Infolgedessen

⁵⁴⁴ Reimarus, Preisschrift. Sp. 1069.; Reimarus, Frage. S. 33- 34.

⁵⁴⁵ Reimarus, Frage. S. 39.

⁵⁴⁶ So wird es im Artikel zur nicht aufgelösten Preisfrage aus dem Jahr 1773 ausgeführt. Heyne, Göttingen. S. 735.

⁵⁴⁷ Münchhausen, Kornhandel. S. 53.

⁵⁴⁸ Reimarus, Preisschrift. Sp.1066.; Fischer Gedanken. S.13.

⁵⁴⁹ Reimarus, Frage. S. 34.

⁵⁵⁰ Reimarus, Frage. S.26-27; Fischer, Gedanken. S. 13.

⁵⁵¹ Münchhausen, Kornhandel. S. 53.

⁵⁵² Reimarus, Frage. S. 34.

⁵⁵³ Ebd. S. 35.

⁵⁵⁴ Fischer, Anmerkungen. S. 12.

konnte Köln Getreide nach ganz Deutschland liefern, den Kornpreis in vielen Gegenden senken und letztendlich auch viel Profit machen.⁵⁵⁵

Trotz eher weniger Beispiele bemühten die Freihandelsbefürworter sich also die positive Wirkung ihres präferierten Handelssystems auch aus der Praxis heraus zu belegen. Während sie die negative Wirkung der Einschränkungen für andere Länder intensiv debattierten, blieben die positiven Beispiele in vielen Fällen eher an der Oberfläche und häufig auf der Ebene der Behauptung oder des Hörensagens. In den meisten Fällen hatten die Befürworter sich nicht durch eigene Anschauung von den positiven Wirkungen vermeintlicher Freihandelszonen überzeugen können, plädierten aber unbeirrt für deren Einführung.

Die Einführung des freien Handels war in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts also ganz überwiegend Zukunftsmusik. Dessen deutschsprachige Befürworter hatten wenig konkrete Vorbilder und mussten dementsprechend Ideen für die Ausgestaltung und Durchführung eines Handelssystems ohne Einschränkungen entwickeln.

Viele Autoren betonten, dass das System zunächst eine gewisse Anlaufzeit brauche, um seine volle Wirkung zu entfalten. In dieser Phase könne es durchaus auch zu einigen nachteiligen Effekten kommen, welche sich aber bald regulierten. Durch diese vorweggenommene Warnung wollten sie auch einem negativen Verlauf wie in Frankreich verhindern, wo der freie Handel nach wenigen Jahren zurückgenommen wurde.

Reimarus warnte, dass es nach der Umstellung zunächst eine „Erschütterung“ geben werde. Bis die Vorteile des Freihandels sich einstellten, müsse man eine gewisse Zeit abwarten, denn „[d]ie Ursache muß ihre Zeit haben zu würken.⁵⁵⁶ Der Erfolg werde sich „noch nicht so unmittelbar gleich nach ertheilter Erlaubniß“ einstellen.⁵⁵⁷ In diesen falschen Erwartungen sah der Hamburger den Grund für einige gescheiterte Freihandelsexperimente. Zudem gestand er ein, dass in der ersten Zeit nach der Umstellung einige Kaufleute hohe Gewinne machen würden, dies käme langfristig aber dem ganzen Land zugute.⁵⁵⁸ Zudem warnten viele Freihandelsbefürworter vor überzogenen Erwartungen, denn auch nach Abschaffung der Einschränkungen werde es weiterhin gewisse Schwierigkeiten geben. Reimarus machte deutlich, dass es auch im Freihandel weiterhin Teuerungen oder sogar Hunger geben werde. Die Schwierigkeiten seien aber im Vergleich zu den Vorteilen zu vernachlässigen. Man müsse die Nachteile des

⁵⁵⁵ Ebd. S. 11-12.

⁵⁵⁶ Reimarus, Preisschrift. Sp. 1073.

⁵⁵⁷ Ebd.

⁵⁵⁸ Reimarus, Frage. S. 16.

einzelnen gegen die Vorteile für das ganze Land abwägen: Denn „[...] wenn gleich einzelne Einwohner litten, doch das ganze Land mehr gewonnen hat.“⁵⁵⁹

Diese Aussage Reimarus ist charakteristisch für die Vorstellung vieler Freihandelsbefürworter. Während die Verfechter protektionistischer Maßnahmen sich auf die Fahnen schrieben die Ernährung jedes Einzelnen sichern zu wollen, schoben die Freihändler die Problematik weg von der individuellen Ebene. Laut Reimarus sei der Freihandel selbst dann vorzuziehen, wenn er die Lage für einzelne Menschen verschlechtere, da er dem Land im Ganzen nutze: „Man muß aber nicht nur für die gegenwärtigen Umstände Erleichterung suchen, sondern bedenken wie der Staat für jetzt und künftig am besten bestehen kann, ohne den wir selbst nicht bestehen würden.“⁵⁶⁰

Das Wohl des Individuums sollte nach dieser Argumentation also dem Wohl des Staates untergeordnet werden, wovon das Individuum auf lange Sicht auch profitieren würde. Reimarus plädierte für eine zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik, anstatt für sofortige Unterstützung. Wenn bestimmte Personen sich nicht selbst ernähren könnten, müssten sie eben „fleißiger seyn“.⁵⁶¹ Nur wenn es gar nicht anders ginge, könne der Staat völlig mittellose und nicht arbeitsfähige Personen mit Getreide unterstützen.⁵⁶²

In eine ähnliche Richtung argumentierte Münchhausen. Auch er plädierte dafür, die individuelle, sofortige Unterstützung zugunsten eines zukunftsorientierten Wirtschaftssystems zurückzustellen. Die Hilferufe der angeblich Hungernden dürfe man dabei nicht zu ernst nehmen, denn „[d]er Mensch ist überhaupt zum Klagen geneigt, stellet sich oft eine Sache schlimmer vor, als er Ursache hat, und sieht Gefahren wo keine zu befürchten sind.“⁵⁶³ Münchhausen brachte die Priorisierung des Landes über das Individuum auf den Punkt: „Wenn einer oder anderer zu Zeiten Hunger leidet oder verhungert, so sterben nicht gleich alle Menschen Hungers.“⁵⁶⁴

In diesen und ähnlichen Aussagen wird deutlich, dass viele Freihandelsbefürworter das Individuum zugunsten des angenommenen Allgemeinwohls zurückstellen wollten. Das Leiden und sogar der Tod einzelner müsse auf dem Weg zum einzig richtigen Wirtschaftssystem in Kauf genommen werden.

⁵⁵⁹ Reimarus, Preisschrift. Sp. 1066.

⁵⁶⁰ Ebd. Sp. 1077.

⁵⁶¹ Ebd.

⁵⁶² Ebd.

⁵⁶³ Münchhausen, Kornhandel. S. 58.

⁵⁶⁴ Ebd. S. 99.

Bei der Frage wie viel Freiheit der Freihandel letztendlich beinhalten sollte, waren dessen deutschsprachige Befürworter unterschiedlicher Meinung. Einige wollten die Handelsbeschränkungen gänzlich abschaffen. Andere hingegen wollten die Grenzen lediglich eine Stufe nach oben verschieben. Andere forderten den freien Handel eher situationsbezogen und den besonderen Verhältnissen ihres jeweiligen Heimatterritorioms angepasst.

Einer derjenigen, welche Handelsfreiheit ohne Einschränkungen forderte, war Reimarus. Der Hamburger plädierte in seinen Schriften für die Abschaffung jeglicher Einschränkungen. Dabei schien er sich auch nicht nur auf die deutschen Territorien zu beziehen, sondern blieb bei seinen Beschreibungen stets unspezifisch und schrieb allgemein von „Ländern“, „Inland“ oder „Ausland“. Zudem hielt Reimarus sein präferiertes Wirtschaftssystem in jedem Land für praktikabel und vorteilhaft und ließ dabei keine Ausreden gelten: So könne durchaus auch ein einzelnes Land zum Freihandel wechseln, auch wenn alle umliegenden Länder Sperrren verhängt hätten. Die Sorge, dass das Land daraufhin von Kornkäufern aus den gesperrten Ländern überschwemmt werde, sei unbegründet, denn „wer die Ausfuhr verboten hat, der hat eben so viel gethan, als ob er die Einfuhr verboten hätte.“⁵⁶⁵ In ein gesperrtes Land wolle nämlich kein Händler Korn holen, jedoch umso mehr in ein Freies hineinbringen. Auch Länder ohne Seezugang könnten den Handel ohne Schwierigkeiten freigeben und müssten nicht befürchten ihr Getreide an Handelsstädte zu verlieren, da der Landtransport zur See hin zu viel kostete, um dies lohnenswert zu machen.⁵⁶⁶

Reimarus plädierte also ohne Einschränkungen für den freien Handel. Er bezeichnete sich an mehreren Stellen seiner Schriften selbst als „Weltbürger“,⁵⁶⁷ in diesem Sinne befürwortete er den Abbau von Handelshemmnissen wohl nicht nur innerhalb der deutschen Grenzen, sondern auch darüber hinausgehend.

Andere Freihandelsbefürworter gingen mit ihren Forderungen weniger weit. Verschiedene deutsche Autoren forderten zwar den Abbau der Handelshemmnisse innerhalb der Grenzen Deutschlands, wollten das Reich nach außen aber durchaus abgrenzen.

Ein Vertreter dieser Freihandelsidee war Fischer. Bereits der Erscheinungsort seiner 1771 erschienenen „*Anmerkungen über die dermalige Frucht-Sperre*“, welcher programmatisch mit „Deutschland“ angegeben war, zeigte die Wunschvorstellung des Autors. Obwohl Fischer in

⁵⁶⁵ Reimarus, Frage. S. 33.

⁵⁶⁶ Ebd. S. 35-36.

⁵⁶⁷ S. z.B.: Reimarus, Preisschrift. Sp. 1082; Ders., Frage. S. 34.

seinen ein Jahr später erschienenen „*Gedanken ueber das Reichs-Gutachten [...] die Getreid-Sperre betreffend*“ behauptete, lediglich er selbst und Reimarus trauten sich „alle und jede Frucht-Sperren zu verwerfen“,⁵⁶⁸ zeigte sich doch wiederholt, dass er sich dabei wohl nur auf die Sperren innerhalb Deutschlands bezog.

So beklagte er, dass es zu Beginn der 1770er Jahre „keine allgemeine Sperre im ganzen deutschen Reich“ gegeben habe, sondern es „nur bey vielen einzelnen geblieben“ sei.⁵⁶⁹ Er forderte, die Sperren der deutschen Reichskreise untereinander aufzuheben, da „keines einzigen Creyses Lage so befunden werde, daß eine Sperre gegen die übrigen Creyse erforderlich seye.“⁵⁷⁰ An keiner Stelle forderte er allerdings die Sperren Deutschlands nach außen aufzuheben.

Eine ähnliche Position vertrat beispielsweise auch Rückert. Dieser machte ganz deutlich, dass er die Sperren innerhalb Deutschlands zwar ablehnte, die Abgrenzung nach außen hin jedoch befürwortete: „Die Fruchtsperre der Glieder des Deutschen Reiches unter sich ist verwerflich, aber die Fruchtsperre [...] gegen alle anderen Staaten ist Pflicht eines Reichs.“⁵⁷¹

Die Freihandelsbefürworter, welche auf diese Art und Weise argumentierten, lehnten die Sperren also nur innerhalb Deutschlands ab. Sie forderten keinen weitreichenden Freihandel, sondern wollten die Grenzen lediglich nach oben verschieben. Sperren wurden von ihnen nur so lange abgelehnt, wie sie das Reich durchschnitten, jedoch befürwortet, wenn sie dieses nach außen abgrenzten. Zu diesen Tendenzen stellte Collet fest: „Mithilfe der Nationalsperre sollten der ökonomische und der politische Raum wieder zur Deckung gebracht werden.“⁵⁷² Durch den Freihandel innerhalb Deutschlands sollte die wirtschaftliche Situation des Reiches gestärkt und es somit gegenüber anderen Ländern in eine bessere Position gebracht werden. Fischer glaubte durch die Abschaffung innerdeutscher Handelshemmnisse „das gemeine Wesen Deutschlands“ zu fördern und träumte von einer – zumindest wirtschaftlichen – „Vereinigung des gesammten Reichs“.⁵⁷³ Es wird deutlich, dass hier bei vielen Autoren Einigungswünsche und ein „deutsches“ Nationalgefühl federführend waren, welches stärker handlungsleitend zu sein schien als der Wunsch nach wirtschaftlichen Freiheiten.

Einige Autoren, welche sich für den Freihandel aussprachen, befürworteten diesen lediglich in Teilen oder situativ. So forderten einige zwar eine Aufhebung der Getreidesperren und

⁵⁶⁸ Fischer, *Gedanken*. S. 3.

⁵⁶⁹ Fischer, *Anmerkungen*. S. 3.

⁵⁷⁰ Fischer, *Gedanken*. S. 5.

⁵⁷¹ Rückert, *Gedanken*. S. 185.

⁵⁷² Collet, *Katastrophe*. S. 272.

⁵⁷³ Fischer, *Anmerkungen*. S. 15.

freie(re)n Handel, forderten gleichzeitig aber die Beibehaltung oder sogar Verschärfung gewisser Einschränkungen. Schrader beispielsweise, der „die gänzliche Versperrung der Handlung“ zwar für ein „widernatürliches Beginnen“⁵⁷⁴ hielt und in der „vollkommenen Freyheit der Handlung“⁵⁷⁵ eine wichtige Maßnahme gegen Teuerungen sah, trat dennoch für weitreichende Kontrollen und Beschränkungen ein. Ein „Staat habe den Zweck die allgemeine Wohlfahrt aller und jedweder Glieder zu befördern“ und damit gleichzeitig auch die Pflicht „was diesem widerspricht, zu verhüten“.⁵⁷⁶ Weigere sich jemand der allgemeinen Wohlfahrt zu dienen, könne und müsse der Staat ihn dazu zwingen und ihm im Zweifelsfall sein Eigentum wegnehmen.⁵⁷⁷ Schrader spielte damit auf wohl auf die Getreidevorräte großer Kaufleute an, welche diesen im Krisenfall entzogen und unter der Bevölkerung verteilt werden sollten. Damit stand er im scharfen Gegensatz zu Freihandelsbefürwortern wie Reimarus, welche das Eigentumsrecht und die Freiheit der Kornhändler hochhielten und in keinem Fall angetastet wissen wollten. Ebenso im ausgeprägten Widerspruch zur Tendenz der meisten Freihandelsbefürworter, welche sich für freie Preisentwicklung aussprachen, stand Schraders Forderung nach der Festsetzung von Kornpreisen. Im Krisenfall müsse es eine staatliche Festsetzung des „mittlern Kornpreis[es], um welchen das Getraide bey Strafe verkauft werden soll“, geben.⁵⁷⁸

Aus einer eher subjektiven Position kamen die Argumente des schwäbischen Freihandelsbefürworters Franz Clavell. Dieser betrachtete die Frage des freien Handels explizit aus der Warte schwäbischer Kornverkäufer, welche ihr Getreide in die Schweiz verkaufen wollten und das schweizerische Geld benötigten. Alle von ihm vorgebrachten Argumente befassten sich mit dieser speziellen Situation.⁵⁷⁹ Während andere Autoren zwar ebenfalls Beispiele aus ihren Heimatländern vorbrachten oder die besondere Situation der jeweiligen Gegenden berücksichtigten, bemühten sie sich in der Regel die Argumente allgemeingültig darzustellen. Clavell hingegen ging kaum auf allgemeine Erwägungen ein, sondern legte lediglich schlüssig dar, warum ein ungehinderter Handel zwischen Schwaben und der Schweiz vorteilhaft wäre. Dabei lehnte er sich zwar an zeitgenössische Freihandelstheorien und deren Befürworter – so verwies er an einer Stelle auf Reimarus – an, rezipierte aber kaum allgemeine Erwägungen.⁵⁸⁰

⁵⁷⁴ Schrader, Kunst. S. 97.

⁵⁷⁵ Ebd. S. 87.

⁵⁷⁶ Ebd. S. 32.

⁵⁷⁷ Ebd. S. 33- 34.

⁵⁷⁸ Ebd. S. 103.

⁵⁷⁹ Vgl. z.B.: Clavell, Beweis: S. 10, 12,14, 22-25, 52.

⁵⁸⁰ Ebd. S. 26. Dort findet sich der Verweis auf Reimarus.

Es zeigte sich also, dass die Vorstellungen, welche sich die als „Freihandelsbefürworter“ subsumierten Autoren von ihrem präferierten Wirtschaftssystem machten, stark differierten. Einige befürworteten tatsächlich die Idee eines freien, internationalen Getreidehandels ohne Einschränkungen und mit allen Konsequenzen. Andere hingegen sahen in der Idee des ungehinderten Getreidehandels einen Weg, um den Wirtschaftsraum einem ideellen, ersehnten politischen Raum anzugleichen. Andere wollten zwar Getreidesperren abschaffen, weitere Einschränkungen aber beibehalten oder sogar verschärfen. Wiederum andere sahen in der Möglichkeit des ungehinderten grenzüberschreitenden Handels Vorteile für die eigenen Situation und kümmerten sich nur wenig um den theoretischen Überbau oder die weitergehenden Konsequenzen eines freihändlerischen Systems.

3.1.4 Absichern – Anlegung von Getreidemagazinen

„[E]in Magazin [ist] nichts anders [...], als eine große Sparbüchse, in welche man zur Zeit des Ueberflusses zurück leget, damit man es zur Zeit des Mangels zu genießen habe.“⁵⁸¹

So schrieb Karl Gottfried Rimrod, evangelisch-lutherischer Theologe und Befürworter öffentlicher Getreidemagazine, in seiner 1772 erschienenen Abhandlung *„Ein Vorschlag zu Anlegung eines öffentlichen Getreidemagazins, zu Jedermanns Vortheil und Niemandes Nachtheil“*.

Rimrod bildete damit eine Idealvorstellung ab, welche sich die meisten Befürworter öffentlicher Magazinanstalten wünschten. Nach dieser sollte während guter Zeiten Getreide zurückgelegt, welches dann in schlechten Zeiten wieder ausgegeben werden könne. Die Praxis stellte sich jedoch im überwiegenden Teil der Fälle deutlich komplizierter dar, was zu weitreichenden Debatten zwischen Magazinbefürwortern, Gegnern und Skeptikern führte.

Getreidespeicher in unterschiedlicher Form existieren bereits seitdem die Menschheit Getreide konsumierte und ebenso lange wurde auf die eine oder andere Weise darüber diskutiert. Im Folgenden soll es um die Debatte zu öffentlichen Getreidemagazinen in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts gehen. Unter öffentlichen Getreidemagazinen sind Einrichtungen zu verstehen, welche von der Obrigkeit zur Versorgung der Zivilbevölkerung in Krisenzeiten betrieben wurden. Auch öffentliche Getreidemagazine existierten bereits lange vor dem hier

⁵⁸¹ Rimrod, Karl Gottfried: Ein Vorschlag zu Anlegung eines öffentlichen Getreidemagazins, zu Jedermanns Vortheil und Niemandes Nachtheil. Herausgegeben von Daniel Gottfried Schreber, der Rechte Doctorn, öffentlichen Lehrer der Cameralwissenschaften und Mitglieder der Leipziger öconomischen Gesellschaft. Leipzig 1772. S. 41.

untersuchten Zeitraum. Chinesische Texte aus dem fünften vorchristlichen Jahrhundert behandeln die Notwendigkeit der vorsorgenden Getreidespeicherung für die Stabilität einer Regierung.⁵⁸² Auch die regelmäßig als Beleg für die Notwendigkeit der Getreidespeicherung herangeführte biblische Geschichte von Joseph, der dem Pharao nach prophetischen Träumen empfahl, Getreide für die kommenden schlechten Jahre einzulagern, zeigt, dass die Thematik bereits für frühe Gesellschaften entscheidende Bedeutung besaß. Mit dem Aufstieg der Städte und der damit einhergehenden Trennung von Produzent:innen und Verbraucher:innen nahm die Bedeutung der Magazine nochmals zu.⁵⁸³

Die Absicherung durch die Vorratshaltung von Getreide gehörte somit zu den ältesten und bekanntesten Maßnahmen zur Sicherung der Nahrungsversorgung und war bereits fest etabliert, lange bevor über andere Eingriffe diskutiert wurde. Für lange Zeit wurden die Magazine so gut wie nicht in Frage gestellt, sondern durchweg positiv betrachtet und als ein Zeichen guter, vorausschauender und starker Herrschaft gesehen. Diese Sichtweise herrschte in weiten Teilen auch noch im 18. Jahrhundert vor, wo Getreidespeicher „as a cure-all to food insecurity“ galten, wie Collet für das Preußen des späten 18. Jahrhunderts feststellt.⁵⁸⁴ Im Verlauf des Jahrhunderts intensivierten sich allerdings die Bestrebungen „die Einrichtung solcher Lagerstätten auch bautechnisch zu reflektieren, empirische Erfahrungen zu bedenken und Erkenntnisse in die Praxis umzusetzen.“⁵⁸⁵

Dementsprechend nahm die Debatte über öffentliche Getreidemagazine im 18. Jahrhundert Fahrt auf und schlug sich in verschiedenen Preisfragen zur Thematik, Beiträgen in Zeitschriften sowie zahlreichen eigenständigen Veröffentlichungen nieder. Ein Grund dafür war es wohl auch, dass die Anlage der Vorratshäuser in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts mit der vielerorts deutlichen Zunahme der Bevölkerung und „gerade der unterstützungsbedürftigen ärmeren Schichten“ intensiviert wurde.⁵⁸⁶ Zudem kam es, vor allem in den 1770er Jahren, zu einschneidenden Versorgungskrisen. Diese verdeutlichten die Notwendigkeit der Magazine einerseits zwar, machten andererseits aber auch schmerhaft deutlich, dass die bestehenden Einrichtungen nicht in der Lage gewesen waren, die Krisen zu verhindern.

⁵⁸² Collet, Storage. S. 236.

⁵⁸³ Collet, Katastrophe. S. 169.

⁵⁸⁴ Collet, Storage. S. 235.

⁵⁸⁵ Göttmann, Vorratshaltung. S. 223.

⁵⁸⁶ Ebd. S. 192.

In den diskutierten Maßnahmen zur Abwendung oder Milderung von Getreidemangel nahmen Magazine stets eine entscheidende Rolle ein.⁵⁸⁷ Darüber hinaus tauchten Magazine in den Plänen von Kameralisten und Ökonomen auf, welche von der Vorstellung „mithilfe großer Speicher in den Markt ein[.]greifen“ und so den Getreidepreis steuern zu können, fasziniert waren.⁵⁸⁸ Gleichzeitig kam ab den 1770er Jahren aber auch vermehrte Kritik an den Prestigeobjekten herrschaftlicher Getreidepolitik auf. Freihandelsbefürworter und Physiokraten wie Reimarus oder Breidenstein sprachen den Magazinen ihren Nutzen ab und hielten allenfalls Militärmagazine für zulässig. Immer häufiger wurde der, im Verhältnis zu den immensen Kosten und dem großen Verwaltungsaufwand, geringe Nutzen der Einrichtungen herausgestellt und eine Abkehr von der Magazinpolitik gefordert. Gleichzeitig rief die Krise aber auch zahlreiche Befürworter öffentlicher Magazine auf den Plan, welche Ideen zur kostengünstigen und verwaltungswarmen Anlegung der Speicher oder vorteilhaften Bauweise der dazu nötigen Gebäude entwickelten.

Die Gründe für die Befürwortung von Magazinen waren dabei so zahlreich wie naheliegend. In erster Linie ging es darum, durch die Einrichtungen das Auftreten von Teuerungen und Getreidemangel zu verhindern oder deren Effekte zumindest zu lindern. Der Grundgedanke dabei war es, in guten Zeiten Getreide zurückzulegen, um dieses in schlechten Zeiten nutzen zu können. Magazine unterschieden sich dabei von den meisten anderen Maßnahmen zur Krisenbewältigung, da sie, zumindest im Idealfall, den Mangel nicht nur managen, sondern diesem vorbeugen sollten.⁵⁸⁹ Zahlreiche Autoren gingen auf den Aspekt der Vorsorge ein und sahen in ihm den wichtigsten Zweck der Magazine. Die Krise der 1770er gab dieser Argumentation zusätzlichen Auftrieb, da regelmäßig behauptet wurde, dass diese mit gut gefüllten und wohl verwalteten Getreidelagern zu verhindern gewesen wäre. Die Schrecken dieser Jahre wurden in der Folge als Warnung verwendet, auch bei guten Ernten an die Zukunft zu denken. Karl Gottfried Rimrod, der Magazine als eine „Sparbüchse“ verstanden wissen wollte, mahnte in seiner 1772 veröffentlichten Abhandlung künftige Vorsorge an, um „bey guter Zeit einem solchen Elend vor[zubeugen].“⁵⁹⁰ Die Speicher dürften nicht erst angelegt werden, wenn der Mangel bereits eingetreten sei. Auch im Frieden habe ein Staat Arsenale und ebenso solle er

⁵⁸⁷ Collet, Katastrophe. S. 171.

⁵⁸⁸ Ebd. S. 170-171.

⁵⁸⁹ Vgl. dazu auch: Huhn, Teuerungspolitik. S. 47.

⁵⁹⁰ Rimrod, Vorschlag. S. 2.

auch im Überfluss Getreidevorräte haben, denn Hunger sei ebenso schädlich wie Krieg.⁵⁹¹ Auch der Pfarrer Adam Friedrich Ernst Jacobi merkte in einem 1773 erschienenen Beitrag im *Churbaierischen Intelligenzblatt* an, dass die vergangenen Mangeljahre viele Leute das Haushalten gelehrt und zur Entwicklung zahlreicher vielversprechender Magazinideen geführt hätten. Jacobi betonte, dass es die menschliche Klugheit erfordere „sich so viel man kann, wegen der Zukunft in Sicherheit zu setzen.“⁵⁹² Dies funktioniere in Fragen der Getreideversorgung am besten durch Magazine. Der Kameralist Johann Heinrich Ludwig Bergius war überzeugt, dass man sich weniger vor Mangel und Teuerungen fürchten müsse, wenn über Jahre gepflegte und wohl gefüllte Magazine im Land seien.⁵⁹³

Zudem galten gut verwaltete Getreidemagazine als Zeichen einer weisen und vorausschauenden Regierung und repräsentierten diese Tugenden nach außen. Zugleich galt es als Pflicht eines christlichen Landesvaters (oder einer Landesmutter) die Bevölkerung mit Getreide zu versorgen, wenn diese es selbst nicht konnte. Der ungenannte Autor eines 1762 in den *Gelehrten Beyträgen* abgedruckten Beitrages, der ursprünglich als eine Abhandlung der Naturforschenden Gesellschaft zu Zürich erschienen war, brachte dies anschaulich auf den Punkt: „Es fällt auch dem Kurzsichtigsten in die Augen, daß angemessene und wohleingerichtete Frucht-Magazine allemal die Vortrefflichkeit einer Landes-Regierung bezeichnen, und von derselben nicht können verabsäumet werden, ohne eine der wesentlichsten Pflichten aus dem Gesichte zu verlieren.“⁵⁹⁴ Auch Bergius vertrat die Ansicht, dass öffentliche Magazine „unter die nothwendigsten Anstalten einer weisen Regierung“ fielen.⁵⁹⁵

Die Wichtigkeit von Magazinen erweise sich zudem bereits aus ihrer langen und sogar biblisch belegten Geschichte, wie zahlreiche ihrer Befürworter argumentierten. Der evangelische Theologe Justus Christoph Brasen erklärte, dass es „ein so natürliches Mittel“ sei, „[s]ich durch Ersparung in den reichen Jahren einen Vorrath [zu] sammeln, der uns in den Zeiten des Mangels zu statten kommt“, dass „so gar die rauhesten Völker, unter welchen sich sonst fast gar keine Spuren der Policey finden, auf selbiges gefallen sind.“ So legten auch Araber, Tartaren „und

⁵⁹¹ Ebd. S. 1.

⁵⁹² Jacobi, Societätsmagazin. S. 313.

⁵⁹³ Bergius, Lebensmittel. S. 7.

⁵⁹⁴ Auszug aus der Abhandlung, von der Erhaltung des Getraides. Siehe Abhandlungen der naturforschenden Gesellschaft zu Zürich. In: *Gelehrte Beyträge*. 75. Stück, 18.09.1762. (Fortgesetzt im 76., 77. u. 78. Stück). Sp. 575-604. (Fortgesetzt im 76., 77. und 78. Stück). Hier Sp. 575.

⁵⁹⁵ Bergius, Lebensmittel. S. 15.

dergleichen ungesittete Völker mehr“ Getreidemagazine an.⁵⁹⁶ Allerdings musste er eingestehen, dass auch die Magazine „des tugendhaften und weisen Josephs“ sein Volk nicht gänzlich vor den mageren Jahren schützen konnten.⁵⁹⁷ Rimrod erklärte, dass die biblischen Magazine „von Gott selbst veranlasset[.] und gesegnet[.]“ gewesen seien.⁵⁹⁸ Die Getreidespeicher Josephs wurden von zahlreichen Autoren erwähnt und galten sowohl als historisches Vorbild als auch als religiöse Verpflichtung zur vorsorglichen Speicherung von Getreide.⁵⁹⁹

Die erwünschten Effekte der öffentlichen Magazine waren vielfältig. Neben der reinen Getreideversorgung in Krisenzeiten erhofften verschiedene Befürworter sich durch die Einrichtungen eine Regulierung des Getreidepreises und des gesamten Getreidemarktes, auch in Zeiten guter Versorgung. Besonders attraktiv erschien dabei der Gedanke, dass öffentliche Magazine als Abnehmer in Phasen des Getreideüberflusses auftreten könnten und somit einen Preisverfall durch ein Überangebot verhindern könnten. Das Getreideangebot und die Getreidepreise schwankten nicht nur von Jahr zu Jahr, sondern auch im Verlauf eines jeden Jahres.⁶⁰⁰ Verschiedene Magazinbefürworter wollten diese saisonalen Schwankungen für den Einkauf der Speicher ausnutzen, andere wollten sie durch das Eingreifen der Einrichtungen ausgleichen. Bei reichhaltigen Ernten konnte es zu einem Überangebot und daraus resultierenden fallenden Preisen kommen. Konnten sich die Verbraucher:innen in einem solchen Fall zwar über niedrige Kornpreise freuen, stellte es die Produzent:innen vor Schwierigkeiten, wenn sie durch den Verkauf ihres Getreides ihre laufenden Kosten nicht mehr decken konnten. Bei einem zu großen Angebot konnte es zudem sein, dass die Landwirt:innen ihr Getreide nicht oder nur teilweise verkaufen konnten.

Verschiedene Autoren sahen in den Magazinen eine Möglichkeit diesem Problem beizukommen. Die Magazinanstalten sollten als Marktteilnehmer auftreten, welche sicherstellten, dass die Produzierenden ihr Korn stets zu einem annehmbaren Preis absetzen konnten. Jacobi sah dementsprechend einen Vorteil der von ihm erdachten Magazinanstalt darin, dass sie „bey

⁵⁹⁶ Brasen, Justus Christoph: Ueber den Nutzen öffentlicher Korn-Magazine. Braunschweig/Hildesheim 1773. S. 50.

⁵⁹⁷ Ebd. S. 51.

⁵⁹⁸ Rimrod, Vorschlag. S. 52.

⁵⁹⁹ Die Figur des Josephs wurde allerdings nicht nur positiv betrachtet. Von verschiedenen Autoren wurde Joseph als „Korn-Jude“ bezeichnet, der Getreide zurückgehalten habe. So beispielsweise Hermann Samuel Reimarus, der Vater des Freihandelsbefürworters Johann Albert Heinrich Reimarus. S. dazu: Jütte, Robert: Das Bild vom ›Kornjuden‹ als Antifigur zum frühneuzeitlichen Prinzip der ›guten nahrung‹ und der ›moral economy‹. In: Aschenas 23 (1-2) (2013). S. 27-52. Hier S. 47-49. Auf die Figur des „Korn-Juden“ wird im Kapitel 3.4.1. näher eingegangen.

⁶⁰⁰ S. dazu Kapitel 2.1 und 2.3.

wohlfeilen Zeiten dem Bauer den Absatz seiner Früchte versichert.“⁶⁰¹ Auch Brasen sah einen wichtigen Zweck der Magazine darin, den Landwirten auch bei reichhaltigen Ernten und dementsprechendem Überangebot den sicheren Verkauf ihres Kornes zu garantieren.⁶⁰² Ähnlich argumentierte Bergius.⁶⁰³ Dieser merkte zudem an, dass die Bauern durch einen steten garantierten Absatz angeregt würden, mehr Getreide anzubauen und so durch die Magazine gleichzeitig auch die Landwirtschaft gefördert werde.⁶⁰⁴ Rimrod sah durch die stete Getreideabnahme der Magazine zudem die Möglichkeit Verschwendung zu verhindern, denn in „wohlfeilen Jahren“ werde „das liebe Getreide recht sündlich vergeudet und verschleudert [...] weil man es gar für nichts achtet.“⁶⁰⁵ Eine Abgabe an die Magazine in guten Jahren könne die Menschen hingegen zu Sparsamkeit und Vorsorge erziehen.

Zudem versprachen sich die meisten Autoren von diesem Vorgehen eine Regulierung des Getreidepreises. Die meisten wollten die Magazine allerdings dafür einsetzen, den Preis nicht zu weit absinken zu lassen, anstatt Preissteigerungen zu verhindern. Obwohl Magazine während einer Teuerung Getreide ausgeben sollten und somit die Auswirkungen der hohen Preise lindern sollten, erwartete im untersuchten Zeitraum kaum noch ein Autor, dass die Einrichtungen in der Lage seien die Getreidepreise langfristig spürbar zu senken. Brasen sprach sogar gut funktionierenden Magazinen die Möglichkeit einer langfristigen Senkung des Getreidepreises ab.⁶⁰⁶ Da die meisten Befürworter die Magazine dahingehend konzipierten, dass sie nur im Krisenfall Getreide ausgeben sollten, war ein derartiger Effekt nicht vorgesehen. Bei der Verhinderung eines zu starken Preisverfalls sollten die Magazine allerdings Einfluss nehmen können. Durch den Ankauf von Getreide während Zeiten des Überschusses sollte ein Überangebot auf dem Markt und ein damit einhergehendes Absinken des Preises verhindert werden. Brasen stellte diesbezüglich fest, dass „die Anlegung beträchtlicher Magazine von einheimischen Korne“ dazu beitrage, den Getreidepreis nicht zu weit fallen zu lassen, da die so entstehende Nachfrage dabei helfen würde „die Kornpreise bey gehabten guten Erndten in Verkauf zu vertheuren“.⁶⁰⁷

⁶⁰¹ Jacobi, Societätsmagazin. S. 314.

⁶⁰² Brasen, Nutzen. S. 11.

⁶⁰³ Bergius, Lebensmittel. S. 7.

⁶⁰⁴ Ebd.

⁶⁰⁵ Rimrod, Vorschlag. S. 24.

⁶⁰⁶ Brasen, Nutzen. S. 27.

⁶⁰⁷ Ebd. S.11.

Das Ziel, welches man so zu erreichen hoffte, war in der Regel ein ausgeglichener Getreidepreis. Bergius glaubte, dass dies über die Anlage öffentlicher Magazine zu erreichen sei, da man mittels dieser „den Getreidepreis desto bequemer und leichter dirigieren kann, damit derselbe weder zu hoch hinauf steige, noch auch zu sehr herunter falle.“⁶⁰⁸

Über den Zweck öffentlicher Magazine waren sich die Autoren weitgehend einig, über den Aufbau der Einrichtungen bestanden allerdings verschiedenen Ansichten. Die meisten Veröffentlichungen zur Thematik lassen sich dabei in zwei Hauptkategorien einteilen:

1. Überlegungen zu technischen Details
2. Überlegungen zu organisatorischen Aspekten

Die Werke der ersten Kategorie befassten sich mit der Bauweise und dem Standort der Speichergebäude sowie der Lagerung des enthaltenen Getreides. Die Veröffentlichungen der zweiten Kategorie entwickelten oder verworfen Ideen zum Aufbau, zur Verwaltung sowie zur Finanzierung der Magazinanstalten.

Zwei Werke, welche in die erste Kategorie einzuordnen sind, sind *„Abhandlung oder neuer Vorschlag, das Korn, Waitzen, und andre dergleichen Waaren durch sehr viele Jahre gut, frisch und unbeschädigt zu erhalten“* des Wiener Arztes Marcus Anton von Plenciz aus dem Jahr 1764 sowie *„Die beste Art Korn-Magazine und Fruchtböden anzulegen; Auf welchen das Getreide niemahls, weder vom weissen noch schwarzen Wurm, angestecket werden kann“* des Hannoveraner Festungsbaumeisters Georg Friedrich Dinglinger, welches 1768 erschien.

Beide Werke beschäftigten sich weder mit der Sinnhaftigkeit öffentlicher Magazine, welche wohl einfach vorausgesetzt wurde, noch mit der weitergehenden Organisation der Anstalten. Sowohl Plenciz als auch Dinglinger hatten es sich zur Aufgabe gemacht, mit ihren Werken zu einer gesteigerten Funktionalität der Speicher und einer entsprechend besseren Qualität des darin gelagerten Getreides beizutragen. Bereits die Titel der Veröffentlichungen zeigten, dass es den Autoren vor allem darauf ankam, das gelagerte Getreide frisch und frei von Schädlingen zu halten. Während der Festungsbaumeister Dinglinger dabei auf die Bauweise neuer Speichergebäude abzielte und eine eher handwerkliche Herangehensweise vertrat, wählte der Mediziner Plenciz einen sowohl naturwissenschaftlichen als auch historischen Ansatz.

⁶⁰⁸ Bergius, Lebensmittel. S. 7.

Für ein Verderben des Getreides verantwortlich seien, so berichtete Plenciz, mit dem bloßen Auge kaum sichtbare „Würmlein“ und anderes Ungeziefer, welche sich rasend schnell im Getreide ausbreiteten und das Innere der Körner vernichteten.⁶⁰⁹ Plenciz referierte hier wohl auf den so genannten „schwarzen Kornwurm“ ein zeitgenössischer Überbegriff für die Larven des Kornkäfers und verschiedene andere Kornschädlinge.⁶¹⁰ Die Insekten waren ein stetes und kaum zu bewältigendes Problem der meisten Kornlager, so dass ein wirksames Mittel dagegen mehr als willkommen gewesen wäre.

Plenciz beklagte die Mangelhaftigkeit herkömmlicher Speichergebäude, in denen das Getreide zu schnell verderbe. „[E]rfahrene und berühmte Landwirtschafter“ müssten ebenfalls eingestehen, „daß die gewöhnlichen Kornhäuser nicht dienlich und tauglich seyn, das Korn lange Zeit frisch und gut alldorten zu bewahren.“⁶¹¹ Stattdessen schlug er vor, das Getreide luftdicht verschlossen aufzubewahren. Bei dieser Überlegung bezog der Wiener Arzt sich einerseits auf zeitgenössische naturwissenschaftliche Erkenntnisse und andererseits auf archäologische Entdeckungen. Zunächst berichtete Plenciz von Versuchen mit „Gläsern, woraus die Luft gepumpt worden“ in denen Lebensmittel lange frisch blieben.⁶¹² Dies liege daran, dass „Feuchtigkeit, und freye Luft“ die Gründe dafür seien, dass Stoffe verderben.⁶¹³ Vermutlich wurde der Mediziner an dieser Stelle von einigen Entwicklungen im Bereich der Naturwissenschaften inspiriert. Die Idee des Vakuums hatte sich in der Mitte des 17. Jahrhunderts durch einige berühmte praktische Demonstrationen durchgesetzt. So etwa durch das 1647 durchgeführte Experiment der Leere in der Leere von Blaise Pascal oder die berühmten Magdeburger Halbkugeln Otto von Guericke.⁶¹⁴ Um 1700 waren vom französischen Physiker Denis Papin zudem Experimente zum Einkochen von Lebensmitteln gemacht worden, wobei ebenfalls die Luft zumindest teilweise entweicht.⁶¹⁵ Plenciz bezog die so gewonnen Erkenntnisse in seine Vorschläge zur Konservierung von Getreide ein. Zusätzlich befeuert wurden diese Ideen durch das

⁶⁰⁹ Plenciz, Marcus Anton von: Die beste Art Korn-Magazine und Fruchtböden anzulegen; Auf welchen das Getrayde niemahls, weder vom weissen noch schwarzen Wurm, angestecket werden kann. Wien 1764. S. 9-11.

⁶¹⁰ Auf die Schwierigkeiten, die der so genannte schwarze Kornwurm verursachte, wird in Kapitel 3.2.3 näher eingegangen.

⁶¹¹ Plenciz, Korn-Magazine. S. 17.

⁶¹² Ebd. S. 21

⁶¹³ Ebd. S. 22.

⁶¹⁴ Vgl. z.B.: Walker, Gabrielle: Ein Meer von Luft. Eine Naturgeschichte der Atmosphäre. (Aus dem Englischen von Friedrich Griese). Berlin 2007. S. 34-35.

⁶¹⁵ Peter, Peter: Kulturgeschichte der deutschen Küche. München 2014 (3. durchgesehene Aufl.). S. 154.

Vorbild archäologischer Entdeckungen. Seit dem Jahr 1738 wurden an der antiken Stadt Herculaneum, gelegen am Golf von Neapel, offizielle Ausgrabungen durchgeführt. Herculaneum war, ebenso wie Pompeji, beim Ausbruch des Vesuvs von 79 n. Chr. verschüttet worden. Da Herculaneum unter Schichten von bis zu 25 Metern Tiefe verschüttet war, waren die Ruinen nicht geplündert worden und bei Ausgrabungsbeginn war daher vieles noch im Originalzustand.⁶¹⁶ Plenciz berichtete, dass in den Ruinen der antiken Stadt Korn gefunden worden war, welches über die Jahrhunderte hinweg unbeschädigt geblieben war. Eine Probe des fraglichen Getreides war nach Wien gelangt und habe „sehr gut, und frisch ausgesehen.“⁶¹⁷ Das Getreide habe eine derartig lange Zeit unbeschädigt bleiben können, da es unter der dicken vulkanischen Schicht luftdicht verschlossen gewesen sei. Plenciz glaubte nun, dass man sich diese Beobachtungen für die Lagerung von Getreide zunutze machen könne. Um Getreide lange frisch zu erhalten, müsse man es also luftdicht verschließen. Um dies zu erreichen, schlug der Wiener Arzt zwei mögliche Speicherkonstruktionen vor: Erstens könne sich „ein jeder“ eine Grube oder eine Höhle als Getreidespeicher einrichten.⁶¹⁸ Der Boden und die Wände dieses Speichers müssten mit Leim bestrichen und die Außenwände mit gebrannten Ziegeln ummantelt werden. Dann müsse das Ganze mit einem Feuer ausgetrocknet werden. Sodann sollte der Boden mit Holzasche bedeckt werden. Die Grube müsse gut verschlossen und wiederum mit Holzasche bedeckt werden.⁶¹⁹ Die Trockenheit innerhalb des so errichteten Speichers sowie „das Salz, so bey dem Aschen zu finden ist“ verhinderten die Fäulung des enthaltenen Kornes.⁶²⁰ Dieser Effekt könne aber auch mittels einer abweichenden Konstruktion erreicht werden. Anstatt in einer Grube oder Höhle könne das Getreide auch in einem hohen Turm gelagert werden. Dieser solle ebenfalls getrocknet, mit Asche befüllt und gut verschlossen werden. Lediglich am Fuß des Turmes solle sich eine kleine Öffnung befinden, durch welche Korn entnommen werden könne. Der so entstehende Platz müsse aber sogleich mit Asche aufgefüllt werden.⁶²¹ Ähnliche Vorschläge wurden auch in den *Gelehrten Beyträgen* diskutiert und zeigen, dass derartige Ideen auch in Braunschweig-Wolfenbüttel präsent waren. Ein Artikel aus dem September 1762 berichtete ebenfalls von der, bereits in antiken Gesellschaften

⁶¹⁶ Kockel, Valentin: Herculaneum. In: Cancik, Hubert; Schneider, Helmuth (Hg.): Der neue Pauly. Enzyklopädie der Antike. Rezeptions- und Wissenschaftsgeschichte. Bd. 14. Stuttgart/Weimar 2000. Sp. 355-361.

⁶¹⁷ Plenciz, Korn-Magazine. S. 22-23.

⁶¹⁸ Ebd. S. 23.

⁶¹⁹ Ebd. S. 23-27.

⁶²⁰ Ebd. S. 26.

⁶²¹ Ebd. S. 32-33.

praktizierten, Möglichkeit Getreide in luftdicht verschlossenen Höhlen aufzubewahren, um Feuchtigkeit und Insekten abzuhalten.⁶²²

Die Erkenntnisse Plenciz` waren also zum Zeitpunkt ihres Erscheinens nicht neu, sondern er griff auf bereits etabliertes Wissen zurück. Der Wiener Mediziner verband in seiner Abhandlung Erkenntnisse aus dem Bereich der Naturwissenschaften mit solchen aus der Archäologie und der Geschichte und übertrug dies auf den Bereich der Getreidespeicherung, um so einen Beitrag zur Debatte zu leisten.

Einen anderen Ansatz wählte der Hannoveraner Festungsbaumeister Georg Friedrich Dinglinger. Ebenso wie Plenciz war sein Beitrag dazu gedacht, die Lagerfähigkeit der Magazingebäude deutlich zu verbessern und somit ihre Funktionalität und ihren Nutzen zu erhöhen. Anders als der Wiener Arzt, der selbst wenig praktische Erfahrung mit Getreidemagazinen besaß, rühmte Dinglinger sich, bereits zahlreiche Speichergebäude erreicht oder zumindest umgebaut zu haben. Wiederholt beschwor er seine „vieljährige Wissenschaft und Erfahriß“ welche er auch durch das Zeugnis verschiedener zufriedener Kunden belegen könne.⁶²³

Im Zuge dieser langjährigen Erfahrungen wollte Dinglinger eine Bauweise für Speichergebäude entwickelt haben, welche nicht nur platzsparend und günstig sei, sondern das Getreide auch lange Zeit frisch halte.

Ein erster Unterschied zu herkömmlichen Speichern sollte laut Dinglingers Plan darin bestehen, die neuen Gebäude nicht wie üblich aus Stein, sondern, ausgenommen der Fundamente, aus Holz zu errichten. Zudem müssten die Gebäude völlig freistehen, was die durch das brennbare Material gesteigerte Brandgefahr wieder mindere.⁶²⁴ Der Festungsbaumeister argumentierte, dass ein solide gebautes Gebäude aus Eichenholz gut und gerne 200 Jahre überdauern könne und dies mit deutlich geringeren Baukosten als ein vergleichbares Steingebäude. Das ersparte Geld könne in der Folge zum Ankauf eines Getreidegrundstockes genutzt werden.⁶²⁵

Ein Holzgebäude sei jedoch nicht nur günstiger, sondern habe auch Vorteile bei der Aufbewahrung des enthaltenen Kornes. Im Gegensatz zu einem Steingebäude gäben die Holzmauern nämlich deutlich weniger Feuchtigkeit ab, was der Qualität des Kornes zugutekomme.⁶²⁶ Der

⁶²² Auszug aus der Abhandlung, von der Erhaltung des Getraides. Siehe Abhandlungen der naturforschenden Gesellschaft zu Zürich. In. Gelehrte Beyträge. 75. Stück, 18.09.1762. (Fortgesetzt im 76.,77. u. 78. Stück). Sp. 575-604. Hier Sp. 577-579.

⁶²³ Dinglinger, Georg Friedrich: Die beste Art Korn-Magazine und Frucht-Böden anzulegen; Auf welchen das Getrayde niemahls, weder vom weissen noch schwarzen Wurm angestecket werden kann. Hannover 1768. S. 29.

⁶²⁴ Dinglinger, Korn-Magazine. S. 18-20.

⁶²⁵ Ebd. S. 21-23.

⁶²⁶ Ebd. S. 23.

wichtigste Aspekt in Dinglingers Magazinplan war der Einbau von Lüftungsvorrichtungen. Idealerweise sollten alle vier Seiten Öffnungen aufweisen und lediglich mit Gittern zum Schutz vor Vögeln versehen werden. Sei dies nicht möglich, könnten lediglich zwei gegenüberliegende Seiten offengelassen werden. Eine einzelne geöffnete Seite habe allerdings keinen spürbaren Effekt. Durch diese Bauweise entstehe ein „anhaltender und strenger Zug, und eine [...] schneidende Luft“.⁶²⁷ Dieser beständige kühle Luftstrom habe zahlreiche positive Aspekte auf das gelagerte Korn. So könnten sich Schädlinge, allen voran der schwarze Kornwurm, nicht einnisten oder würden sogar aus dem Getreide vertrieben.⁶²⁸ Sogar „mulstriges“ Korn erhole sich wieder.⁶²⁹ Auch für den Betrieb der Magazinanstalt bringe die neue Bauweise Vorteile: So müsse das Korn weniger häufig gewendet werden und könne höher und in größeren Mengen aufgeschichtete werden.⁶³⁰ Insgesamt sei das so gelagerte Korn von bester Qualität. Zusätzlich regte Dinglinger an, die Magazingebäude möglichst an schiffbaren Orten zu errichten, um den Transport des Kornes zu erleichtern.

Der Festungsbaumeister inszenierte sich in seinem Werk als Praktiker mit großer Erfahrung, wohl auch in bewusster Abgrenzung von reinen Theoretikern. Wiederholt betonte Dinglinger, dass die von ihm propagierte Magazinbauweise nicht nur theoretisch funktioniere, sondern den Praxistest bereits mehrfach durchlaufen habe. Zu diesem Zweck führte er in einem Anhang verschiedene erfolgreich abgeschlossene Magazinprojekte an, nebst Ort und Auftraggeber.⁶³¹ Zusätzlich wurde Dinglingers Schrift ein kurzes Schreiben des hannoverschen Wegbauintendanten und Landwirtschaftsreformers Anton von Hinüber angefügt. Dieser berichtete darin, dass er seinen Speicher von Dinglinger habe umbauen lassen und so das von Ungeziefer befallene Korn gerettet habe.⁶³²

Ein Teil der Debatte zum Thema öffentliche Magazine bestand also aus der Erörterung technischer Aspekte. Plenciz und Dinglinger, welche hier stellvertretend für diese Richtung stehen, wählten zwar unterschiedliche Ansätze, hatten sich aber beide zum Ziel gesetzt die Funktionalität der Magazine zu verbessern. Keiner der beiden befasste sich mit weitergehenden organisatorischen Fragen. Ebenso fehlte eine Erörterung der Sinnhaftigkeit der Einrichtungen, Plenciz und Dinglinger setzten diese einfach voraus.

⁶²⁷ Ebd. S. 28.

⁶²⁸ Ebd. S. 30.

⁶²⁹ Ebd. S. 34. Als „mulstrig“ wurde muffiges, feuchtes und schlecht riechendes Korn bezeichnet.

⁶³⁰ Ebd. S. 27 u. S. 34.

⁶³¹ Ebd. Anlage B. S. 45.

⁶³² Ebd. Anlage C. S. 46.

Auch in den *Gelehrten Beyträgen* erschienen diverse Beiträge, welche sich mit den technischen Voraussetzungen von Getreidemagazinen, also hauptsächlich mit der Verbesserung der Lagerfähigkeit, befassten. Im September 1762 wurde beispielsweise die Möglichkeit der Dörnung des Getreides vorgestellt.⁶³³ In der Abhandlung wurden die Vorteile dieser Methode für den Betrieb von Magazinen herausgestellt: Man könne das Getreide länger aufbewahren, müsse es kaum bearbeiten, könne größere Mengen lagern und brauche weniger Personal. Als Beleg wurde die Stadt Genf angeführt, wo diese Methode bereits seit einigen Jahren erfolgreich angewendet werde.⁶³⁴

Wenige Jahre später befasste sich ein großer Teil der Veröffentlichungen nicht mehr mit technischen, sondern mehr mit organisatorischen Fragen. Bei den entsprechenden Werken lässt sich eine deutliche Tendenz zur Neuerung und Reorganisation der öffentlichen Magazine erkennen. Vielen Autoren in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts war es wohl bewusst, dass zentrale, von der Landesregierung eingerichtete und betriebene Einrichtungen eine immense finanzielle und auch logistische Belastung darstellten. Die althergebrachten Magazine sollten nun oftmals in verbesserter Gestalt daherkommen, um gegen neue Ideen bestehen zu können. Die Krise der 1770er Jahre gab diesen Überlegungen Auftrieb, da es vielfach deutlich geworden war, dass Magazine entweder nicht vorhanden gewesen waren oder die bestehenden Einrichtungen nicht ausgereicht und immense Kosten verursacht hatten.

Einer beliebten Idee vieler Magazinbefürworter entsprechend, sollten die Einrichtungen nicht mehr obrigkeitlich organisiert, sondern dieser Bereich komplett ausgelagert werden. Das Kalkül dahinter war es, die Kosten, Mühen und Risiken eines öffentlichen Magazins weitgehend von der Regierung fernzuhalten, dennoch aber dessen Vorteile für das Land zu sichern. Jacobi drückte 1773 die Hoffnung aus, dass man auf diese Weise „alle Vortheile der Magazine, ohne einige ihrer Nachtheile“ erhalten könne.⁶³⁵ Er schlug zu diesem Zweck die Gründung von „Societäten“, also Gruppen von bis zu 20 Menschen, welche sich zusammenschließen und gemeinsam Getreidevorräte anlegen sollten, vor. Das so eingesammelte oder angekaufte Getreide könne zusammen auf Kirchböden oder anderen geeigneten Plätzen gelagert und bei Bedarf ausgegeben werden.⁶³⁶

⁶³³ Auszug aus der Abhandlung, von der Erhaltung des Getraides. Siehe Abhandlungen der naturforschenden Gesellschaft zu Zürich. In: *Gelehrte Beyträge*. 75. Stück, 18.09.1762. 75. Stück. (Fortgesetzt im 76., 77. und 78. Stück). Sp. 575-604.

⁶³⁴ Ebd. Sp. 589.

⁶³⁵ Jacobi, *Societätsmagazin*. S. 314.

⁶³⁶ Ebd. S. 314.

Eine ähnliche Idee entwickelte Karl Gottfried Rimrod in seinem ein Jahr zuvor erschienenen Werk. Rimrod empfahl ebenfalls die Gründung von Gesellschaften, legte das Vorgehen dabei aber deutlich detaillierter dar als Jacobi in seinem kurzen Beitrag. Rimrod beklagte, dass herkömmliche Magazine viel Geld, Aufwand und Zeit kosteten. Um dies zu umgehen und umgehend einsatzfähige Magazine zu erhalten, schlug er vor, den Betrieb der Einrichtungen zu dezentralisieren. Anstelle von obrigkeitlich aufgebauten, organisierten und geführten Magazinen, sollte das ganze Vorgehen an „Societäten“ ausgelagert werden. In diesen sollten sich Menschen weitgehend selbstständig organisieren und Getreidevorräte schaffen. Diese Einrichtungen hätten den Vorteil, dass sie „keines Capitals, sondern nur eines Vorraths von Getreide“ bedürften.⁶³⁷ Dieses Getreide sollte entweder für alle gemeinsam auf Kirchtürmen oder ähnlichen Gebäuden oder aber einzeln in den Häusern der jeweiligen Mitglieder aufbewahrt werden.⁶³⁸ Der Getreidevorrat sollte möglichst aus inländischem Getreide aufgebaut werden, wer die Möglichkeit habe, solle von seinem selbst angebauten Korn etwas in das Magazin liefern, ansonsten müsse es angekauft werden. Finanziert werden sollte das Unternehmen, durch die Investition von Privatpersonen, welche dadurch nicht nur eine lohnenswerte Geldanlage gewännen, sondern auch ein patriotisches Werk tätigten.⁶³⁹

Im Gegensatz zu vielen Freihandelsbefürwortern, welche Privatvorräte für besser und sicherer als öffentliche Magazinanstalten hielten, mahnte Rimrod an, sich nicht auf diese Ressource zu verlassen. Zwar seien private Kornvorräte nicht zu verurteilen, dennoch blieben diese immer ungewiss und dienten mehr dem Vorteil des Eigentümers als dem Besten des Landes.⁶⁴⁰ Der „Endzweck der öffentlichen Magazine“ hingegen müsse immer „patriotisch seyn.“⁶⁴¹

Ganz ohne ein gewisses Maß an obrigkeitlichen Eingriffen sollten die von Rimrod erdachten Magazine dementsprechend dann auch nicht funktionieren. Die Menge, welche ein jedes Societätsmitglied in die Magazine liefern müsse, werde im Verhältnis zu seinem Besitzstand festgelegt. Ein Magazinvorsteher, welcher aus dem Bereich der lokalen „Unteroberigkeiten“ zu rekrutieren sei, müsse die ordnungsgemäße Einlieferung überwachen.⁶⁴² Einmal jährlich müsse es zudem eine Inspektion geben, bei der ein Verantwortlicher kontrolliere, ob der festgelegte

⁶³⁷ Rimrod, Vorschlag. S. 16.

⁶³⁸ Ebd. S. 29-31.

⁶³⁹ Ebd. S. 44-48.

⁶⁴⁰ Ebd. S. 4 u. S. 51.

⁶⁴¹ Ebd. S. 4.

⁶⁴² Ebd. S. 34.

Kornbeitrag jedes Mitgliedes vorhanden sei. Bei Zuwiderhandlung drohe dann eine Strafzahlung.⁶⁴³ Die Magazine müssten mindestens Vorrat für einen oder zwei Monate enthalten, am besten aber für ein Jahr.⁶⁴⁴ Bei Bedarf, also wenn die Preise über eine bestimmte, zuvor festgelegte Grenze stiegen, könne das gespeicherte Korn dann wieder an die Menschen ausgegeben werden. Dabei schlug Rimrod vor, dass sich die verschiedenen Societäten gegenseitig unterstützen und bei Bedarf mit Getreide aushelfen sollten. Auf diese Weise könne man auch auf das Mittel der Getreidesperren verzichten.⁶⁴⁵ Etwaiger Überschuss könne ins Ausland verkauft werden.⁶⁴⁶

Offenbar war es Rimrod bewusst, dass nicht alle Menschen gleichermaßen bereit wären Getreide in die von ihm erdachten Einrichtungen zu liefern. Dementsprechend schlug er vor, die Unwilligen durch verschiedene Mittel zu motivieren. Bauern sollte beispielsweise die freie Verfügung über ihre Ländereien zugesichert werden, wenn sie im Gegenzug Korn in die Magazine lieferten. Zudem müsse der Plan allseits bekannt gemacht werden, um die Menschen von dessen Vorteilen zu überzeugen und Misstrauen abzubauen.⁶⁴⁷

Die Vorschläge Rimrods wurden innerhalb der Gruppe der Magazinbefürworter gespalten aufgenommen. Unterstützung erfuhr er von Daniel Gottfried Schreber, Professor für Kameralwissenschaften und Mitglied der Leipziger öconomischen Gesellschaft. Schreber hatte das Werk Rimrods herausgegeben und ein wohlwollendes Vorwort verfasst. Dort lobte er die Ideen des „Herr[n] Pastor Rimrod“ der nicht nur „das Wohl seiner anvertrauten Heerde“, sondern auch „das allgemeine Beste des Vaterlandes“ im Sinn habe.⁶⁴⁸ Öffentliche Magazine seien unabdingbar, um die Getreideversorgung des Landes zu sichern, auch da „von dem bloßen freyen Getreydehandel“ wenig zu erwarten sei.⁶⁴⁹

Weniger überzeugt von den Ideen Rimrods war Justus Christoph Brasen. Dieser widmete den letzten Teil seiner eigenen Abhandlung der Auseinandersetzung mit Rimrods Vorschlägen. Obwohl Brasen die Intention des Pastors, dessen „Kenntniß, Nettigkeit, Vaterlandsliebe“ sowie dessen „großmüthige[.], und christliche[.], bis zum Heroismo gestiegene[.] Denkungsart“ lobte, hielt er dessen Ideen dennoch für undurchführbar.⁶⁵⁰ Brasen glaubte nicht, dass sich

⁶⁴³ Ebd. S. 30.

⁶⁴⁴ Ebd. S. 2.

⁶⁴⁵ Ebd. S. 38.

⁶⁴⁶ Ebd. S. 37.

⁶⁴⁷ Ebd. S. 27 u. S. 33.

⁶⁴⁸ Ebd. Vorbericht des Herausgebers. S. 4-5.

⁶⁴⁹ Ebd. S. 4.

⁶⁵⁰ Brasen, Nutzen. S. 34.

ausreichend Mitwirkende finden würden, welche bereit seien, ihr Korn nach Vorgabe freiwillig einzulagern. Je weniger Menschen sich aber beteiligen würden, desto mehr müssten die Mitwirkenden vorrätig halten, um Mangel ausgleichen zu können. Zudem könne man Privatpersonen nicht zwingen Vorräte zurückzuhalten, wenn sie gleichzeitig Hunger litten oder Geld bräuchten.⁶⁵¹ Obwohl Brasen ein Befürworter öffentlicher Magazine war, hielt er die Herangehensweise der Magazingesellschaften auf freiwilliger Basis, wie sie Rimrod oder auch Jacobi propagierten, nicht für durchführbar.

Stattdessen forderte er eine obrigkeitliche Organisation der Einrichtungen, zumindest für Gegenden, welche über keinen florierenden Kornhandel verfügten. Handelsstädte wie Hamburg hingegen bräuchten keine öffentlichen Magazine.⁶⁵² Magazine sollten dabei aber immer nur ein Mittel unter vielen bleiben, da es nicht möglich sei allein mit gespeichertem Korn Nahrungssicherheit zu erreichen.⁶⁵³ Von großer Wichtigkeit sei es, dass das aus dem Magazin ausgegebene Korn für die Menschen erschwinglich sei. Der Verkaufspreis solle daher nicht „kaufmännisch“, sondern „landesväterlich“ bestimmt werden, also so, dass auch arme Menschen sich das Korn leisten könnten. Dabei müsse dann auch in Kauf genommen werden, dass es unter dem Einkaufspreis abgegeben werde und das Magazin Verlust mache.⁶⁵⁴ Um diese Verluste so gering wie möglich zu halten, sollten die Verantwortlichen aber darauf achten, das Korn so günstig wie möglich einzukaufen und dazu, wenn nötig, auch ins Ausland auszuweichen. Die Menge des gespeicherten Kornes solle zudem möglichst gering sein, um Lagerfläche und Personal zu sparen. Im Fall einer Teuerung müsse streng darauf geachtet werden, dass nur wirklich Bedürftige vom gespeicherten Korn profitieren dürften.⁶⁵⁵

Bergius, der ebenfalls obrigkeitlich betriebene Einrichtungen befürwortete, schlug eine Kombination aus großen Haupt- und kleineren Nebenmagazinen vor. Die Hauptmagazine müssten mit Korn für mindestens ein Jahr gefüllt sein, wobei der tatsächlich nötige Kornbedarf sorgfältig ermittelt werden müsse. Die kleineren Nebenmagazine könnten auch mit weniger Vorräten auskommen und besonders in den Städten Wirkung zeigen.⁶⁵⁶ Die Befüllung der Magazine

⁶⁵¹ Ebd. S. 72.

⁶⁵² Ebd. S. 20.

⁶⁵³ Ebd. S. 20.

⁶⁵⁴ Ebd. S. 24-25.

⁶⁵⁵ Ebd. S. 22.

⁶⁵⁶ Bergius, Lebensmittel. S. 15-16, S. 24-25.

sollte nach Bergius hauptsächlich über Zehntkorn oder die Verpflichtung von Pächtern organisiert werden. Diese sollten angewiesen werden, ihr Getreide eigenständig ins Magazin zu transportieren, um so den Betreibenden Kosten und Mühen zu ersparen.

Während andere Autoren in Kauf nahmen, dass Magazine, zumindest zeitweilig, nur mit Verlust zu betreiben seien, glaubte Bergius noch, dass die Einrichtungen kostendeckend zu betreiben wären. Die von ihm propagierten Magazine sollten sich komplett selbst tragen. Zu diesem Zweck sollten sie zunächst Gewinn erwirtschaften, also das Korn über dem Einkaufspreis verkaufen, um mit diesem Gewinn dann laufende Kosten zu decken und Verluste auszugleichen.⁶⁵⁷ Als Beleg für die Plausibilität dieses Vorgehens wurde ein Magazin in Berlin angeführt, welche laut Bergius in den 1720er Jahren monatlich 600 Wispel Getreide ausgegeben habe und dabei bis zu 4.800 Rthl. Gewinn hätte machen können.⁶⁵⁸ Wucher, wie „Ihro Pöpstl. Heiligkeit“ mit der Annona in Rom betreibe, müsse aber dennoch vermieden werden.⁶⁵⁹

Die Betriebskosten der Einrichtungen sollten dennoch möglichst geringgehalten werden. Zu diesem Zweck schlug Bergius vor, auf bereits bestehende Gebäude, wie beispielsweise Kirchen oder Rathäuser auszuweichen. Das Magazinpersonal sollte aus „Magistratspersonen, so das Policewesen in der Stadt besorget“ gegen eine kleine Aufstockung deren Gehaltes rekrutiert werden.⁶⁶⁰ Für Bergius schienen die Personalkosten eine vernachlässigbare Größe darzustellen: „Was können die gros zu unterhalten kosten?“⁶⁶¹ Die Frage der Finanzierung, an der in der Praxis viele Magazinprojekte scheiterten, wurde hier also mit wenigen Worten abgetan. Andere Autoren kalkultierten den Verlust der Einrichtungen von vorneherein ein. Die Befürworter der Societäten hingegen wollten die finanzielle Belastung gänzlich auf die Bevölkerung auslagern.

Neben dem monetären Aspekt, welcher zumeist kritisch beleuchtete wurde, sahen die Befürworter weitere Schwierigkeiten beim Betrieb der Magazine. Eine häufig vorgebrachte Befürchtung war es, dass öffentliche Magazine die Menschen zur Faulheit verleiten könnten. Der Gedanke, dass Menschen das notwendige Getreide ohne Gegenleistung aus den Magazinen bekämen und infolgedessen nicht mehr bereit wären hart zu arbeiten, trieb in der zweiten Hälfte

⁶⁵⁷ Ebd. S. 21-23.

⁶⁵⁸ Weitere Informationen zu dem entsprechenden Magazin lieferte Bergius jedoch nicht. Ebd. S. 21-22.

⁶⁵⁹ Ebd. S. 23.

⁶⁶⁰ Ebd. S. 26-27.

⁶⁶¹ Ebd. S. 21.

des 18. Jahrhunderts offenbar verschiedene Autoren um. Dementsprechend waren viele Autoren bestrebt, die zu befürchtende Faulheit abzuwenden. Daher sollte Korn nicht zu häufig und nur wenn es wirklich notwendig war, ausgegeben werden. Jacobi glaubte, dass der „allzufreyebige Gebrauch der Kornvorräthe [...] die Faulheit vieler Käufer nothwendig bestärke[.]“ Daher solle man die Magazine nicht bei jeder Teuerung und möglichst nur im Notfall öffnen.⁶⁶²

Auch die Befürchtung, dass eine zu großzügige Getreideversorgung der Landwirtschaft abträglich wäre, war verbreitet. Als Negativbeispiel diente vielen Autoren dabei die (zeitgenössische) italienische Annona. So beteuerten sowohl Justi als auch Rimrod, dass die Kornverteilung in Rom dem italienischen Ackerbau massiv geschadet habe, da die Menschen lieber von dem kostenlosen Korn profitierten als selbst Landwirtschaft zu betreiben.⁶⁶³ Um zu verhindern, dass sich durch zu freigiebige Kornverteilungen Trägheit ausbreitete, forderten viele Autoren, das Magazingetreide nur an Bedürftige abzugeben und auch diese Menschen dafür bezahlen zu lassen. Brasen plädierte, wie auch verschiedene Freihandelsbefürworter, dafür, die Klagen der Menschen bei hohen Getreidepreisen zunächst einmal nicht so ernst zu nehmen. Viele hätten nämlich „ihren Vortheil [darin], Mangel zu finden, wo keiner ist, und den gefundenen möglichst zu vergrößern.“⁶⁶⁴ Unterstützung für die Klagenden dürfe daher nur mit strengen Einschränkungen möglich sein. Nur wer sich „durch den Mangel anderweitiger Hilfe“ qualifiziert habe, könne Magazinkorn erhalten.⁶⁶⁵ Doch auch in diesem Fall, dürfe die Unterstützung nicht ohne Gegenleistung geschehen, man müsse vielmehr dafür sorgen, „daß sie [die Bedürftigen] ihr Brot nicht umsonst essen.“ Wem es an finanziellen Mitteln fehle, solle zur Arbeit herangezogen werden, um sich die obrigkeitliche Hilfe zu verdienen.⁶⁶⁶ Auch Justi war strikt dagegen, Menschen zu unterstützen, welche in Lage seien zu arbeiten. Lediglich diejenigen, welche wegen „Alter, Schwachheit, Gebrechlichkeit und Krankheiten nichts verdienen können“ müssten unterstützt werden.⁶⁶⁷

⁶⁶² Jacobi, Societätsmagazin. S. 313.

⁶⁶³ Rimrod, Vorschlag. S. 20; Justi, Johann Heinrich Gottlob: Herrn von Justi Abhandlungen von dem Unterhalt des Volkes. In: Bergius, Johann Heinrich Ludwig (Hg.): Von Getreidemagazinen, von Lebensmitteln und von dem Unterhalt des Volkes. Frankfurt am Main 1771. S. 69-124. Hier S. 74.

⁶⁶⁴ Brasen, Nutzen. S. 21.

⁶⁶⁵ Ebd. S. 22.

⁶⁶⁶ Ebd. S. 30.

⁶⁶⁷ Justi, Staatswirthschaft. S. 75. Entgegen einer wiederholt missverständlich wiedergegebenen Textstelle lehnte Justi öffentliche Magazine nicht grundsätzlich ab. Die Bezeichnung „Säugammen der Faulheit“, welche Justi im Zusammenhang mit öffentlichen Magazinen zugeschrieben wird (Vgl. jüngst z.B. Göttmann, Vorratshaltung S. 224; Collet, Storage S. 246, 248), bezog sich stattdessen auf Hospitäler und Armenhäuser. Diese bezeichnete Justi

Es zeigt sich also, dass bei Befürwortern öffentlicher Magazine die Angst groß war, dass die Menschen sich zu sehr auf die Einrichtungen verlassen könnten und somit Faulheit und Müßiggang gefördert würden. Dementsprechend erdachten sie zahlreiche Maßnahmen, um die Kornverteilung zu beschränken. Brasen brachte es auf den Punkt: „Ueberhaupt mache man ein öffentliches Magazin mit Einschränkungen öffentlich.“⁶⁶⁸

Weitere Befürchtungen betrafen vor allem die Qualität des Magazinkorns sowie das Personal der Einrichtungen. Verschiedenen Autoren mahnten an, beim Einkauf des Magazinkorns besonders auf eine gute Qualität zu achten, da schlechtes Korn ein häufiges Problem öffentlicher Magazine darstelle. Während Plenciz feststellte, dass die herkömmlichen Magazingebäude einfach nicht zur langfristigen Aufbewahrung von Korn geeignet wäre,⁶⁶⁹ sahen andere Autoren den Fehler an einem anderen Punkt. Der Göttinger Schatzeinnehmer Johann Ludwig Friedrich Scharnweber prangerte das Einkaufsverhalten des Magazinpersonals an. Dieses achte kaum auf die Qualität des Getreides, sondern kaufe beliebig Getreide für einen zuvor festgelegten Preis an. Dabei gelange auch viel Korn von minderer Qualität in die Magazine.⁶⁷⁰

Auch Brasen glaubte, dass bereits beim Einkauf des Getreides Fehler gemacht würden und empfahl nicht nur nach dem Maß, sondern auch nach Gewicht und Qualität einzukaufen.⁶⁷¹

Wiederholt machte er auf die Problematik qualitativ minderwertigen Magazinkorns aufmerksam, welches zu Unzufriedenheit führe und zudem auf dem Getreidemarkt kaum eine Chance habe.⁶⁷² Um ein öffentliches Magazin überhaupt sinnvoll zu betreiben, müsse das darin enthaltene Korn von guter Qualität sein.⁶⁷³ Die Autoren verwiesen hier auf ein grundlegendes Problem vieler öffentlicher Magazine. Auch in Braunschweig-Wolfenbüttel kam es wiederholt vor, dass die Bevölkerung das Magazingetreide außerhalb von Krisenzeiten ablehnte und das frei auf dem Markt erhältliche Korn bevorzugte. Dies führte dazu, dass die Magazine das Getreide nicht verkaufen konnten sich infolgedessen nicht langfristig halten konnten.⁶⁷⁴

auch nur dann als „Säugammen“, wenn sie auch Leute aufnahmen und versorgten, welche noch in der Lage waren zu arbeiten.

⁶⁶⁸ Brasen, Nutzen. S. 21-22.

⁶⁶⁹ Plenciz, Korn-Magazine. S. 17.

⁶⁷⁰ Scharnweber, Johann Ludwig Friedrich: Freye Urtheile und Betrachtungen über Anlegung beträchtlicher Korn-Magazine. Göttingen 1773. S. 23-24.

⁶⁷¹ Brasen, Nutzen. S. 24.

⁶⁷² Ebd. S. 56, 64 u. 69.

⁶⁷³ Ebd. S. 15.

⁶⁷⁴ S. dazu Kapitel 3.2.4.

Die Frage nach der Qualität des Magazingetreibes war eng mit dem dort arbeitenden Personal verknüpft. Dieses konnten nicht nur bei der Lagerung, sondern auch beim Einkauf des Kornes entscheidende Fehler begehen. Doch auch die Gefahr von Betrug, Korruption oder schlechter Verwaltung bereitete vielen Autoren Sorge. Bergius identifizierte Betrug und Veruntreuung seitens der Angestellten als eines der größten Probleme öffentlicher Magazine.⁶⁷⁵ Um dies einzudämmen, solle man sich die preußischen Einrichtungen zum Vorbild nehmen. Dort würden Betrügereien zu Lasten der Magazine streng bestraft, je nach Schwere des Vergehens mit Entlassung oder langjähriger Festungsarbeit.⁶⁷⁶ Um Betrug zu verhindern schlugen verschiedene Autoren mehrstufige Kontrollmechanismen vor, laut denen die Verantwortung stets zu teilen und nie einer Einzelperson zu übertragen sei. Jacobi empfahl, Kornböden mit drei Schlössern zu sichern, zu denen jeweils eine Person den passenden Schlüssel besäße. So könne niemand eigenständig Vorräte aus den Magazinen entwenden.⁶⁷⁷ Auch Brasen riet, immer zwei Zuständigen die Aufsicht über das gelagerte Getreide zu übertragen, einem für den Ein- und dem anderen für den Verkauf. Die beiden sollten sich gegenseitig kontrollieren und wenn nötig, Klage gegen den anderen erheben, worüber dann ein Policeygericht zu entscheiden habe.⁶⁷⁸ Um Betrug und Korruption zu verhindern, sollten dem Magazinpersonal zudem auch keine „Nebensporteln“ gestattet werden.⁶⁷⁹

Die teilweise detailliert ausgearbeiteten Ideen, um Qualitätsmangel, Diebstahl, Betrug und Korruption zu verhindern, zeigen, dass diese Schwierigkeiten in den zeitgenössischen Magazinanstalten allgegenwärtig waren. Den Gegnern der Magazine lieferten diese und weitere Probleme argumentative Munition für ihre Abschaffung, so dass die Befürworter versuchten mögliche Schwierigkeiten der Einrichtungen zu antizipieren und Lösungen zu entwickeln.

Im Gegensatz zu den Vertretern anderer getreidepolitischer Maßnahmen, argumentierten die Befürworter öffentlicher Magazine eher zurückhaltend. Während vor allem die Freihändler das von ihnen präferierte Wirtschaftssystem häufig als einzig funktionierende und einzig notwendige Methode zur Verbesserung der Getreideversorgung ansahen, verstanden die Magazinbefürworter die Einrichtungen meist in Kombination mit anderen Maßnahmen. Brasen beispielsweise warnte davor Magazine als einziges Mittel zur Erreichung von Nahrungssicherheit

⁶⁷⁵ Bergius, Lebensmittel. S. 27-28.

⁶⁷⁶ Ebd. S. 28-30.

⁶⁷⁷ Jacobi, Societätsmagazin. S. 314.

⁶⁷⁸ Brasen, Nutzen. S. 23-24.

⁶⁷⁹ Ebd. S. 26.

zu sehen. Man solle stattdessen „alle Nebenmittel“ einsetzen, um das Land zu versorgen, die Magazine also nur als einen Faktor unter vielen zu sehen.⁶⁸⁰ Kaum ein Magazinbefürworter glaubte, dass Nahrungssicherheit allein durch diese Einrichtungen zu erreichen sei. In der Regel verstanden sie Magazine als ein Hilfsmittel zur Sicherung der Getreideversorgung, zwar sehr wichtig, dennoch aber immer in Kombination mit anderen Maßnahmen zu sehen. Viele Magazinbefürworter sahen in einer Förderung der Landwirtschaft das wichtigste Mittel für eine bessere Getreideversorgung und plädierten in ihren Schriften für entsprechende Schritte. Justi stellte fest, dass das „beste und sicherste Mittel“ gegen Getreideteuerung in der Förderung und Verbesserung der Landwirtschaft liege.⁶⁸¹ Bergius sah einen Vorteil öffentlicher Magazine auch darin, dass die Landwirtschaft durch diese befördert werde.⁶⁸² Rimrod bezeichnete die Landwirtschaft und dabei vor allem den Getreideanbau als „Grundsäule aller wohlgeordnete[r] Staaten“, ohne die kein Leben möglich wäre und welche gefördert und hochgeschätzt werden müsse.⁶⁸³ Der Handel hingegen könne keine Nahrung schaffen, er sei „doch eigentlich nichts, das man ißet.“⁶⁸⁴ Auch Brasen plädierte für eine Förderung der Landwirtschaft, „damit ein Staat durch seine eigenen Kräfte gegen die betrübten Wirkungen des Mangels und einer zu grossen Theurung möge geschützt werden.“⁶⁸⁵

Der Frage des freien Handels standen die Magazinbefürworter hingegen gespalten gegenüber. Im Vorwort Daniel Gottfried Schrebers zu Rimrods Werk wurde der Freihandel verächtlich abgetan, von dieser Idee sei nicht viel zu erwarten.⁶⁸⁶ Justi zeigte sich zumindest skeptisch, zwar sei mit Getreidesperren sparsam umzugehen, in einigen Fällen seien sie aber doch notwendig.⁶⁸⁷ Brasen hingegen stilisierte sich als Verfechter des Freihandels. Bereits in der Vorrede seines Werks nahm er Bezug auf Reimarus und dessen 1772 erschienenen Preisschrift, in der dieser die Notwendigkeit und den Nutzen von Magazinen ablehnte und stattdessen eine völlige Freigabe des Getreidehandels forderte.⁶⁸⁸ Diese Sichtweise bemängelte er, wie es für einen Magazinbefürworter wohl zu erwarten gewesen wäre, nicht etwa, sondern lobte den

⁶⁸⁰ Ebd. S. 20.

⁶⁸¹ Justi, Unterhalt. S. 89.

⁶⁸² Bergius, Lebensmittel. S. 8.

⁶⁸³ Rimrod, Vorschlag. S. 54-55.

⁶⁸⁴ Ebd. S. 58.

⁶⁸⁵ Brasen, Nutzen. S. 30.

⁶⁸⁶ Rimrod, Vorschlag. Vorrede, S. 4.

⁶⁸⁷ Justi, Unterhalt. S. 115-117.

⁶⁸⁸ Brasen gab an, sein Werk ursprünglich selbst als Antwort auf die entsprechende Preisfrage verfasst zu haben und sich durch Reimarus' Text nun doch zu einer Veröffentlichung entschlossen zu haben.

Hamburger Ökonomen und seine Ideen. Sein eigenes Werk sei nicht als Widerlegung der Thesen Reimarus` zu betrachten, sondern eher als Ergänzung. Ihre unterschiedliche Sichtweise auf die Thematik der Magazine liege lediglich an ihren verschiedenen Hintergründen: Reimarus lebe in einer „blühenden Handelsstadt“, während Brasen selbst „ein Mann aus einer Provinz“ sei, in der Magazine bereits wiederholt gegen Getreidemangel geholfen hätten.⁶⁸⁹ Obwohl er also den Freihandel grundsätzlich für erstrebenswert halte, lehne er infolgedessen Magazine nicht ab, sondern sei davon überzeugt, dass sie unter bestimmten Umständen notwendig seien.⁶⁹⁰ Brasen betonte allerdings mehrfach, dass diese Notwendigkeit lediglich gegeben sei, wenn durch den (freien) Getreidehandel und die Landwirtschaft nicht genügend Getreide zur Versorgung der Bevölkerung zu Verfügung stehe.⁶⁹¹ Grundsätzlich stimme er aber „den Grundsätzen eines Münchhausen, Reimarus und Schlettwein völlig [zu], die das Verdienst haben, den freyen Kornhandel uns Teutschen am kräftigsten anzurathen.“⁶⁹²

Den meisten Befürwortern der Magazine war es also sehr bewusst, dass diese kein „cure-all to food insecurity“ waren, sondern lediglich ein Mittel unter vielen. Vielen Autoren schwebte dabei ein Zusammenspiel aus Landwirtschaftsförderung, Handelsregelungen und eben Getreidespeichern vor. Ein Grund dafür war es sicherlich, dass Magazine im Regelfall darauf ausgerichtet waren, im Notfall einzuspringen. Sie sollten also die Auswirkungen des Mangels lindern, ohne den Mangel selbst verhindern zu können.

3.1.5 Zwischenfazit und Ausblick

Zu Einstieg in dieses Kapitel wurde ein Zitat des Göttinger Juristen Justus Claproth angeführt, der es als eine patriotische Pflicht darstellte, sich mit dem Thema der Getreideversorgung auseinanderzusetzen. Dieser Pflicht kamen in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts zahlreiche Autoren nach und veröffentlichten eine wahre Flut entsprechender Schriften, aus denen sich eine lebhaftere öffentliche Debatte generierte. Die meisten Debattenteilnehmer verstanden sich dabei in der Tat als Patrioten, die mit ihren Vorschlägen und Ideen zum Besten des eigenen Landes beitragen wollten. Vor allem in der Gruppe der Freihandelsbefürworter wurde dabei deutlich, dass sie darunter nicht nur ihr jeweiliges Heimatterritorium verstanden, sondern ihre Pläne auf ganz „Deutschland“ ausweiten wollten.

⁶⁸⁹ Brasen, Nutzen. Vorrede.

⁶⁹⁰ Ebd.

⁶⁹¹ Brasen, Nutzen. S. 18.

⁶⁹² Ebd. S. 73.

Vom beruflichen Hintergrund her war die Gruppe der Debattenteilnehmer heterogen zusammengesetzt. Es beteiligten sich beispielsweise Politiker, Ökonomen, Mediziner, Geistliche oder Gutsbesitzer. Davon abgesehen handelte es sich, wenig überraschend, sämtlich um gebildete Männer der Mittel- oder Oberschicht. Diese besaßen, im Gegensatz zu weniger gebildeten und wohlhabenden Personen, die Ressourcen, ihre Gedanken aufzuschreiben und publizieren zu lassen. Zudem hatten sie Zugang zu fremdsprachlichen Schriften. Besonders in Frankreich debattierte man, angestoßen von der Gruppe der Physiokraten, intensiv über Freihandel, Einschränkungen des Getreidehandels oder Verbesserung der Landwirtschaft. Diese Debatten wurden auch in den deutschsprachigen Regionen von der gebildeteren Bevölkerung verfolgt, welche daraus Impulse für eigene Beiträge zog.

Die Krise zu Beginn der 1770er Jahre gab der Debatte zusätzlichen Auftrieb und führte dazu, dass es zu deutlich mehr Veröffentlichungen kam als zuvor. Dazu trugen auch diverse Preisfragen bei, die sich etwa mit dem Freihandel oder öffentlichen Magazinen befassten. Besonders die Frage nach Getreidesperren oder Aufhebung der Handelseinschränkungen polarisierte während und nach der Krise. Die überwiegende Mehrheit der Autoren kritisierte die althergebrachten Maßnahmen, stellte deren Wirksamkeit in Frage und machte diese gar für eine Verschlechterung der Lage verantwortlich. Andere hingegen glaubten bewiesen zu haben, dass die Krise sich ohne Sperren und Handelseinschränkungen zu einer Katastrophe ausgeweitet hätte.

Trotz ihrer teilweise völlig entgegengesetzten Vorstellungen hatten doch alle Autoren dasselbe Ziel: Die Verbesserung der aktuellen und zukünftigen Ernährungslage. Dabei setzten sie allerdings unterschiedliche Prioritäten.

Die Vertreter von Getreidesperren waren innerhalb der öffentlichen Debatte unterrepräsentiert. Obwohl die Getreidepolitik faktisch von Sperren und Handelshemmnissen geprägt war, wurden diese in der Theorie kaum explizit befürwortet. In der Regel traten die wenigen Befürworter der Restriktionen als Reaktion auf Freihändler und deren Schriften in Erscheinung, um ihre eigenen Sichtweise zu verteidigen. Die Unterstützer des Freihandels waren innerhalb der Debatte deutlich präsenter. Dies könnte auch darin begründet liegen, dass Sperren und Handelseinschränkungen bereits lange etabliert waren und daher weniger theoretische Unterstützung benötigten. Zudem wandte sich der Zeitgeist innerhalb der gebildeten und ökonomisch interessierten Schichten spätestens seit den 1770er Jahren eindeutig in Richtung einer Liberalisierung des Handels. Verteidiger der althergebrachten Einschränkungen konnten so schnell

in die Gefahr geraten, als rückständig und fortschrittsfeindlich zu gelten. Wohl auch aus diesem Grund bemühten sich die wenigen Autoren, welche für Getreidesperren eintraten, um eine eher abwägende Argumentation. Regelmäßig betonten sie, dem freien Handel grundsätzlich positiv gegenüberzustehen und Einschränkungen nur unter ganz bestimmten Umständen einsetzen zu wollen. Die Sperren wurden dabei als ein notwendiges Übel dargestellt, welches in Kauf genommen werden müsse, um Mangel, Hunger und Preissteigerungen zu verhindern. Dabei argumentierten viele Autoren zudem aus einer lokalen Perspektive heraus und bemühten sich aufzuzeigen, warum Getreidesperren für bestimmte Gebiete notwendig und der Freihandel nicht für alle vorteilhaft sei. Zur Untermauerung ihrer Thesen zogen sie zumeist jüngste Erfahrungen aus ihren eigenen Heimatteritorien heran, welche die Notwendigkeit von Einschränkungen gezeigt hätten. Wie alle Autoren waren auch die Vertreter der protektionistischen Richtung umfassend über den Stand der öffentlichen Debatte informiert und bezogen sich auf andere Werke. Besonders häufig referierten sie auf die „gegnerische“ Seite, also die Befürworter des Freihandels. Häufig gestalteten sie ihre Werke als Antworten auf bekannte Werke freihändlerisch orientierter Autoren.

Deutlich größer war die Gruppe derjenigen, welche eine Verbesserung landwirtschaftlicher Methoden als einzig sinnvolles Mittel zur Verbesserung der Getreideversorgung sahen. Das Problem mangelnder Getreideversorgung sollte an der Wurzel gepackt und langfristig gelöst werden. Die Beschäftigung mit landwirtschaftlichen Themen, für lange Zeit eine wenig prestigeträchtige Aufgabe, kam in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts in Mode. Die Begeisterung ging so weit, dass die Gesellschaft von einer regelrechten Agromanie ergriffen wurde. Von einem Handwerk entwickelte sich die Landwirtschaft zu einer Wissenschaft, mit der sich sogar an Universitäten beschäftigt wurde. Es entstanden zahlreiche Werke, in denen die Verbesserung und Förderung der Landwirtschaft als einzig sinnvolles und vor allem langfristiges Mittel gegen Getreidemangel und Teuerung angepriesen wurde. Viele Autoren lehnten andere Maßnahmen zur Sicherung der Getreideversorgung als ineffektiv oder überflüssig ab. Sie propagierten die Lösung des Versorgungsproblems durch eine Steigerung landwirtschaftlicher Produktion. Diese Idee war so einleuchtend, dass ihr innerhalb der öffentlichen Debatte so gut wie kein Widerspruch entgegengebracht wurde. Auch von Vertretern anderer Strömungen fand die Idee landwirtschaftlicher Verbesserung reihenweise Zuspruch, versprach sie doch die Getreideversorgung langfristig zu sichern und andere Maßnahmen nahezu überflüssig zu machen.

Bei der Frage wie dieses Ziel zu erreichen sei, gab es jedoch unterschiedliche Ansätze. Diskutiert wurden beispielsweise veränderte Saat- und Erntezeiten, verbesserte Düngung oder die Erhöhung der Anbauflächen durch Abschaffung von Brachfeldern und Gemeindeflächen. Ein wiederkehrendes und kontroverses Thema war die Rolle der Bauern. Zahlreiche agrartheoretische Autoren kritisierten diese als faul, rückständig und starsinnig. Sie glaubten, dass die Landwirte dem Fortschritt im Wege standen und durch ihr Beharren auf althergebrachten Methoden eine Steigerung der Produktion verhinderten. Dementsprechend war es ein wichtiges Ziel die Landbevölkerung aufzuklären und ihnen fortschrittlichere Anbaumethoden näherzubringen.

Vor allem seit den 1770er Jahren wuchs die Gruppe derjenigen, welche eine Veränderung des Wirtschaftssystems forderten und vor allem auf einen Abbau von Hemmnissen im Bereich des Getreidehandels abzielten. Diese Denkweise breitete sich seit der Mitte des 18. Jahrhunderts unter wirtschaftlich Interessierten und Gebildeten immer mehr aus. Zuvor war es nahezu undenkbar gewesen, dass wirtschaftliche Vorgänge ohne die stete Kontrolle des Staates und entsprechende Eingriffe funktionieren könnten. Die Debatte nahm ihren Anfang in Frankreich, wo die Physiokraten ein Wirtschaftssystem ohne staatliche Eingriffe forderten. Deutschsprachige Autoren wie Reimarus oder Münchhausen beobachteten besonders die französische, aber auch die englische Debatte ganz genau und bezogen sich regelmäßig auf diese Vorbilder. Die Befürworter eines freie(re)n Getreidehandels waren davon überzeugt, dass Sperrern und Handelseinschränkungen nicht nur ineffektiv, sondern sogar schädlich wären und Mangel und Teuerung in vielen Fällen erst hervorrufen würden. Im Freihandel hingegen glaubten sie ein Mittel gefunden zu haben, welches die Getreideversorgung langfristig sichern könne. Zahlreiche Autoren argumentierten für die Freigabe des Handels, da sie überzeugt waren, dass dadurch nicht nur mehr Getreide ins Land gelange, sondern auch mehr produziert werde. Eine sichere Freiheit des Handels sollte also langfristig zu ausgeglichenen Preisen, mehr Geld im Land und stetiger Nahrungssicherheit führen. Zur Untermauerung ihrer Theorie verwendeten viele Autoren Allegorien aus dem Bereich des Körpers und der Natur. Auf diese Weise stellten sie den freien und ungehemmten Handel als einen natürlichen und gesunden Zustand dar, welcher durch unnatürliche und krankmachende Eingriffe behindert werde. Da die Theorie des Freihandels in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts noch keine empirische Grundlage besaß, waren deren Befürworter gezwungen, deutlich stärker aus der Theorie heraus zu argumentieren als die Vertreter anderer Richtungen. Dies konnte durchaus ein Vorteil sein, da die

präferierte Wirtschaftsordnung sich noch nicht an vergangenen Misserfolgen messen lassen musste. Andererseits führte der Mangel an praktischen Beispielen zu Misstrauen, welches viele Autoren durch die Überbeanspruchung einzelner Beispiele zu überwinden suchten. Obwohl sich die meisten Autoren als konsequente Modernisierer und Vertreter eines gänzlich neuen und verbesserten Wirtschaftssystems stilisierten, befürwortete kaum jemand eine völlige Freigabe des Getreidehandels. Verschiedene Vertreter der deutschsprachigen Debatte wünschten sich lediglich eine Aufhebung der innerdeutschen Grenzen, wollten sich nach außen hin aber weiterhin abgrenzen. Andere befürworteten zwar einen Abbau der Handelsgrenzen, plädierten dafür aber für andere Einschränkungen. Verschiedene Freihandelsbefürworter verschoben den Fokus der Debatte zudem weg von der individuellen zur strukturellen Ebene. Sie vertraten dabei die Ansicht, dass ein Leiden Einzelner durchaus in Kauf zu nehmen sei, solange gleichzeitig das ganze Land profitiere.

Die Befürworter öffentlicher Getreidemagazine gerieten in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts vermehrt in die Lage ihre Sichtweise verteidigen zu müssen. Für lange Zeit wurden Magazine grundsätzlich kaum in Frage gestellt, sondern galten als Zeichen vorausschauender und starker Herrschaft. Obwohl diese Sichtweise zu weiten Teilen auch im Untersuchungszeitraum noch vorherrschte, gerieten Magazine doch vermehrt in die Kritik. Dies lag zum einen im Aufkommen neuer ökonomischer Ideen begründet, deren Befürworter die althergebrachten Sicherungsinstrumente für überflüssig, nutzlos oder schädlich erklärten. Zum anderen beförderte die Krise der 1770er Jahre eine ambivalente Sichtweise auf die Einrichtungen: Einerseits hatten sie vielerorts geholfen die schlimmsten Auswirkungen des Mangels abzumildern, andererseits hatte dies viel Geld und Aufwand gekostet und zudem waren die Magazine nicht in der Lage gewesen die Krise zu verhindern. Diese Faktoren befeuerten die Debatte und riefen Magazinbefürworter und -gegner auf den Plan. Viele Befürworter waren sich wohl bewusst, dass die Einrichtungen im neuen Gewand präsentiert werden mussten, um in der Debatte weiterhin attraktiv zu sein. Die Ideen gingen daher häufig über den reinen Aspekt der Vorsorge gegen Getreidemangel hinaus. Die in dieser Phase erdachten Magazine sollten den Getreideabsatz erhöhen, die Landwirtschaft befördern sowie die Getreidepreise steuern. Die meisten Veröffentlichungen befassten sich entweder mit der technischen oder mit der organisatorischen Verbesserung der Magazine. Die technisch orientierten Werke wollten eine erhöhte Qualität des gelagerten Getreides mittels Veränderungen an den Lagerstätten erreichen. Die

organisatorisch ausgerichteten Schriften suchten den Betrieb der Einrichtungen zu verbessern. Verschiedene Autoren verfielen dabei auf die Idee, die Organisation der Magazine, samt Kosten und Risiko, auf Privatpersonen auszulagern, welche sich zu diesem Zweck zu Societäten zusammenschließen sollten. Insgesamt zeigte sich, dass innerhalb der Autoren, welche sich mit öffentlichen Magazinen befassten, wenig Konsens über die Ausrichtung der präferierten Einrichtung herrschte. Fast jeder Autor vertrat eine etwas andere Idee und glaubte, mit dieser die bestehenden Schwierigkeiten lösen zu können. Dass es Schwierigkeiten gab, darüber waren sich jedoch die meisten Debattenteilnehmer einig. Sie sorgten sich etwa um Betrug seitens des Magazinpersonals, schlechte Qualität des gelagerten Getreides oder die Erwartungshaltung der Bedürftigen. Viele Befürworter bemühten sich dabei mögliche Argumente der Magazingegner zu antizipieren und Lösungen für diese zu präsentieren. Zumeist bestanden diese Lösungen jedoch lediglich in einer Verschärfung von Kontrollmechanismen. Fast allen Autoren war es zudem bewusst, dass Magazine lediglich ein Baustein zur Erreichung von Nahrungssicherheit sein konnten. Dementsprechend sahen sie die Einrichtungen stets in Kombination mit anderen Maßnahmen.

Die öffentliche Debatte in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts war einerseits von Gegensätzen und entschiedener Opposition geprägt, andererseits aber auch eng miteinander verflochten. Alle Debattenteilnehmer waren bestrebt die Getreideversorgung zu verbessern, verfolgten zur Erreichung dieses Ziels jedoch unterschiedliche Ansätze. Vor allem zwischen den Vertretern der althergebrachten und denen der neuen Wirtschaftssysteme entstand eine medial ausgetragene Gegnerschaft. Die Kontrahenten verfolgten neue Veröffentlichungen und adressierten einander in ihren jeweiligen Werken namentlich oder zwischen den Zeilen. Die gegnerische Seite wurde dabei wahlweise als rückständig, egoistisch, irrational, stur oder leichtsinnig dargestellt. Selbst stilisierten sich viele Autoren hingegen als unparteiische Patrioten, welche nur das Beste für Land und Leute im Sinn hätten. Bei einem näheren Blick auf viele Debattenbeiträge wird jedoch deutlich, dass diese häufig mehr gemeinsam hatten als das übergeordnete Ziel. Trotz einer gewissen (Selbst-)Stilisierung als Kontrahenten gingen die Vorstellungen der meisten Autoren nicht so weit auseinander, wie sie es vielleicht dachten oder transportieren wollten. So gab es gewisse Grundvoraussetzungen, auf die sich nahezu alle Debattenteilnehmer einigen konnten, so beispielsweise die Wichtigkeit der Landwirtschaft und deren Förderung. Es wurde zudem deutlich, dass auch Autoren, welche sich selbst als konse-

quente Befürworter des Freihandels und strikte Gegner aller Beschränkungen darstellten, gewisse Grenzen und Einschränkungen durchaus beibehalten wollten. Verteidiger protektionistischer Maßnahmen hingegen, wollten diese nur im Notfall einsetzen und befürworteten im Regelfall einen freieren Handel. Fürsprecher öffentlicher Magazine sprachen sich engagiert für den Freihandel aus und Agrarreformer forderten Handelsbeschränkungen. Auf ein gewisses Misstrauen Kornhändlern gegenüber konnten sich fast alle Debattenteilnehmer einigen. In der Regel traten die Autoren auch nicht nur für ein Anliegen ein, sondern befürworteten, neben ihrem bevorzugten Thema, auch andere Maßnahmen zur Sicherung der Getreideversorgung. Eine Ausnahme bildeten hier die Freihändler, von denen einige propagierten, dass die Freigabe des Handels alle weiteren Maßnahmen überflüssig werden lasse.

Zum Ende des Untersuchungszeitraums konnte das Problem der Getreideversorgung, trotz aller Bemühungen, keineswegs als gelöst betrachtet werden, auch in den folgenden Jahren kam es weiterhin zu Mangel, Teuerungen und Hungerkrisen. Dementsprechend wurde auch die öffentliche Debatte zur Thematik fortgeführt, wobei sich die Gewichtung und die gesetzten Schwerpunkte verschoben. Die in der Mitte des 18. Jahrhunderts entstandenen Freihandels-theorien wurden weiterentwickelt. Waren es zu dieser Zeit noch hauptsächlich Einflüsse der französischen Physiokraten gewesen, stammten wichtige Werke des 19. Jahrhunderts, mit einigen Ausnahmen, wie beispielsweise Jean-Baptiste Say, hauptsächlich von britischen Vertretern der klassischen Ökonomie. Ökonomen wie David Ricardo griffen die Ideen des Schotten Adam Smith auf, welche dieser 1776 in seinem Werk *„An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations“* entwickelt und zusammengestellt hatte und plädierten für weniger staatliche Eingriffe in den Handel. Bei vielen deutschsprachigen Autoren hatte sich zu Beginn des 19. Jahrhunderts dementsprechend der Eindruck entwickelt, dass auch Deutschland das Prinzip der „Freiheit des Getreidehandels nach Innen und Aussen“ angenommen habe und danach handle.⁶⁹³ Doch auch gut vierzig Jahre nach dem Ausklang der Krise der 1770er, in der Handelsbeschränkungen bereits als rückständig dargestellt wurden, wurden diese noch eingefordert. In den Jahren 1816/17, während der ersten großen Versorgungskrise des 19. Jahrhunderts, griffen die meisten Länder nach einer Phase des Zögerns doch wieder auf Getreide-

⁶⁹³ Aretin, Georg Freiherr von: Rezension zu Lips, Michael Alexander: Ueber die wahren Ursachen der Brodnoth und Theuerung. Erlangen 1817. In: Aretin, Georg Freiherr von: Zeitbedürfnisse mit besonderer Rücksicht auf Baiern. Erstes Bändchen. Sulzbach 1818. S. 134-143. Hier S. 136.

sperrten und Handelseinschränkungen zurück. Wie im 18. Jahrhundert fanden sich auch in diesen Jahren Autoren, welche die Eingriffe auch theoretisch verteidigten. Der Staatsrechtler und liberale Politiker Wilhelm Joseph Behr veröffentlichte 1817 das Werk *„Das Recht und die Pflicht der Regierungen in Beziehung auf die gegenwärtige Theurungsangelegenheit“*. Dort unterstützte er zwar die Idee des Freihandels, kritisierte aber, dass diese sich zu einem „Extrem“ entwickelt habe. Man beharre „eigensinnig auf dem Prinzip jener Handelsfreyheit“, trotz der offensichtlichen Not der Bevölkerung.⁶⁹⁴ Behr plädierte also „unter bestimmten Voraussetzungen“ für eine „Getreidesperre gegen das Ausland, Bestimmung eines Maximums des Getreidepreises, und Hervorziehung der Getreidevorräthe.“⁶⁹⁵ Die Debatte zwischen den Vertretern des Freihandels und den Verteidigern protektionistischer Maßnahmen war also auch im 19. Jahrhundert noch nicht beigelegt und brach sich während Versorgungskrisen immer wieder Bahn.

Die landwirtschaftliche Debatte entwickelte sich immer weiter und nahm im 19. Jahrhundert weiter Fahrt auf. Die Etablierung der Erforschung der Landwirtschaft als Wissenschaft, welche in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts angelegt wurde, verfestigte sich in der nachfolgenden Zeit. Federführend war im deutschsprachigen Raum dabei Albrecht Daniel Thaer, der als Begründer der Agrarwissenschaften gilt. Viele Ideen der hier vorgestellten Autoren, wie die Abschaffung des Brachfeldes und verbesserte Düngemethoden, setzten sich in der nachfolgenden Zeit durch und führten vielfach zu gesteigerten Erntemengen.

Die Thematik öffentlicher Magazine stieß auch nach dem Untersuchungszeitraum auf großes Interesse. Allerdings konnten sich nur wenige der vorgestellten organisatorischen Ideen durchsetzen und die Einrichtungen litten weiterhin unter den bereits in der Mitte des 18. Jahrhunderts bekannten Problemen. Die technischen Vorschläge allerdings wurden rezipiert und weiterentwickelt. Auch im 19. Jahrhundert entwickelten zahlreiche Autoren Ideen für die beste Bauweise von Magazinen und die langfristige Aufbewahrung von Getreide und schlugen dabei wiederholt die Anwendung luftdicht verschlossener Räume vor.⁶⁹⁶ Obwohl die meisten Einrichtungen in der Praxis nach wie vor massive Schwierigkeiten hatten, lebte die Idee, mittels Getreidemagazinen in guten Zeiten für schlechte vorzusorgen, fort. Der Architekt Johann

⁶⁹⁴ Behr, Wilhelm, Joseph: *Das Recht und die Pflicht der Regierungen in Beziehung auf die gegenwärtige Theurungsangelegenheit*. Würzburg 1817. S. 3-4.

⁶⁹⁵ Ebd. S. 4.

⁶⁹⁶ Vgl. z.B.: Braunsdorf, Johann Karl: *Versuche über die Aufbewahrung des Getraides in luftdicht verschlossenen Räumen*. Leipzig 1834.

Michael Voit plädierte auch 1825 noch eindringlich für öffentliche Getreidemagazine: „Mit Klugheit aufgesammelte Vorräthe schützen gegen Hunger und Verzweiflung in drückenden Mangeljahren, und daher wird die Aufbewahrung des Getreides nicht nur für den Landmann, sondern selbst für den Staat von der größten Wichtigkeit.“⁶⁹⁷

3.2 Speichern

Jede Gesellschaft, die Getreide anbaut und konsumiert, muss dieses auch aufbewahren. Die Erträge einer Ernte können nicht auf einmal konsumiert oder verarbeitet werden und sollen idealerweise bis zur nächsten ausreichen. Das Speichern von Getreide ist also zunächst eine Notwendigkeit. Darüber hinaus ist mit der Getreidespeicherung jedoch noch viel mehr verbunden. In vormodernen Gesellschaften galten wohlgefüllte Getreidespeicher als Zeichen starker und vorausschauender Herrschaft. Als Instrumente der Vorsorge sollten sie in guten Zeiten die Überflüsse speichern, um diese in schlechten Zeiten wieder auszugeben. In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts, einer Zeit hoher Getreidepreise, häufiger Missernten und wachsender Bevölkerung, stiegen die Ansprüche an Getreidemagazine. Gleichzeitig gerieten sie durch das Aufkommen neuer wirtschaftlicher Ideen unter Legitimationsdruck.

Im Folgenden sollen diese verschiedenen Faktoren anhand von Getreidemagazinen in Braunschweig-Wolfenbüttel untersucht werden. Dabei soll der Fokus explizit auf öffentlichen Getreidemagazinen liegen, also Einrichtungen, welche von der Obrigkeit zum Nutzen der Zivilbevölkerung organisiert wurden. Andere Speicher wie Militär- oder Festungsmagazine sowie die Magazine von Kaufleuten oder Privatpersonen werden nicht, oder nur am Rande, behandelt, da diese Einrichtungen anderen Zwecken dienten und sie unter anderen Voraussetzungen betrieben wurden.

⁶⁹⁷ Voit, Johann Michael: Ueber die Aufbewahrung des Getreides in Scheunen, auf Schüttdöden, in hermetisch geschlossenen, mit Bleiblatten bekleideten Gewölben und in sogenannten Silos; dann über Getreidedarren und die zweckmäßigste Construction aller hieher gehörigen Bauwerke. Augsburg/Leipzig 1825. Vorrede.

In Anlehnung an Mats Olsson und Patrick Svensson kann zwischen drei Arten der Getreidespeicherung unterschieden werden:

1. Dem notwendigen Speichern aller Getreideproduzent:innen und Konsument:innen, da nicht alles auf einmal verbraucht oder verkauft werden kann.
2. Dem spekulativen Speichern, welches in der Absicht geschieht, Getreide so lange aufzubewahren, bis sich der Preis in die gewünschte Richtung entwickelt hat.
3. Dem versichernden Speichern, welches als Schutz gegen Ernteaufälle und Versorgungsengpässe dient.⁶⁹⁸

Die hier diskutierten Magazine sind hauptsächlich der dritten Art zuzuordnen. Auch die Zeitgenossen unterschieden sehr genau zwischen den verschiedenen Typen von Getreidemagazinen, wie ein Zitat des Pastors Justus Christoph Brasen von 1773 zeigt:

„Kornmagazine sind ein Vorrath an Getreide, der geschafft worden, um einen besorglichen mangel desselben abzuhelpen. Man nennet sie öffentliche Magazine, wenn sie von der Obrigkeit angeordnet werden zum allgemeinen Gebrauche, dadurch den Kornmangel in einem gewissen Orte, Districte oder ganzem Lande vorzubeugen. Sie unterscheiden sich von Kornlagern, welche des Gewinnstes wegen von Kaufleuten zusammen gebracht werden [...]. Ebenfals unterscheiden sich diese Magazine von Privatmagazinen, die zwar oft selbst die Obrigkeit, doch nicht zum allgemeinen Gebrauche verfüget, sondern nur zum Vortheile gewisser besonderer Institute, als des Kriegswesens, der Bergwerke, der Manufakturen, u.d.g.“⁶⁹⁹

Im Folgenden soll zunächst anhand des Wirkens der Kornmagazin-Kommission in Braunschweig-Wolfenbüttel gezeigt werden, wie der Betrieb eines so beschriebenen öffentlichen Magazins aussehen konnte, von den ersten Planungen, über die Beschaffung und Lagerung bis hin zur Ausgabe des Getreides.

⁶⁹⁸ Olsson, Mats; Svensson, Patrick: Storage and Commercial Networks in southern Sweden during the Agricultural Revolution. Paper for the session “Storage of Staple Food and Commercial Networks from the late Middle Ages to the Twentieth Century (Part 2)” at the Rural History Conference in Girona, Spain. September 2015. S. 2.

⁶⁹⁹ Brasen, Nutzen. S. 9.

3.2.0 Eine Einrichtung „zum Besten unserer Unterthanen vorerst aber nur zur Versorgung unserer Stadt Braunschweig“. Das öffentliche Magazin in Braunschweig 1773-1788.

Obwohl es in Braunschweig-Wolfenbüttel in den vorangegangenen Jahren zahlreiche Pläne und Ansätze zur Einrichtung öffentlicher Getreide-Magazine gegeben hatte,⁷⁰⁰ verfügte das Land im Jahr 1770 nicht über ausreichend Vorräte, um die anstehende schwere Zeit zu überbrücken. Im Herbst des Jahres 1770 wurde offensichtlich, dass die Ergebnisse der Ernte eher unbefriedigend ausgefallen waren. Diese Situation erforderte zwar gesteigerte Aufmerksamkeit, war aber noch nicht übermäßig beunruhigend. Vereinzelt Missernten waren nicht ungewöhnlich und konnten in der Regel mit einigen Einschränkungen und Hilfsmaßnahmen bewältigt werden. Als dann aber aufgrund besonders starker und langanhaltender Regenfälle, von denen fast ganz Mitteleuropa betroffen war, auch die nachfolgenden Ernten fehlschlagen und die Getreidepreise massiv anstiegen, wurde offenbar, dass sich eine schwerwiegende Hungerkrise anbahnte.⁷⁰¹ Die Krise zu Beginn der 1770er Jahre sollte dann tatsächlich als „eine der markantesten, wenn nicht die größte kontinentaleuropäische Hungerkatastrophe“ in die Geschichte eingehen.⁷⁰²

Im Gegensatz zu anderen deutschen Territorien, in denen, wie beispielsweise im sächsischen Erzgebirge, Menschen auf den Straßen verhungerten,⁷⁰³ traf die Krise Braunschweig-Wolfenbüttel weniger hart. Dies ist nicht zuletzt auch den obrigkeitlichen Hilfsmaßnahmen zu verdanken. Für die Stadt Braunschweig wurden kurzfristig mehrere Magazine eingerichtet, aus denen Korn, Mehl und Brot an die Städter:innen abgegeben wurde. Doch dies konnte nur funktionieren, indem kontinuierlich Getreide aus dem Ausland angekauft wurde. Eine finanzielle Belastung, die der ohnehin angespannte Etat des kleinen Landes nicht dauerhaft bewältigen konnte. Langfristig sollte eine andere Lösung gefunden werden.

Als die Ernte des Jahres 1773 gut ausfiel, die Preise langsam wieder fielen und die Lage sich stabilisierte, gewann die Idee eines längerfristig angelegten, öffentlichen Getreidemagazins zur künftigen Verhütung derartiger Krisen wieder einmal an Interesse. Im Dezember dieses Jahres erschien die Lage dann aufgrund der „anjetzt eintretenden wohlfeilen Korn-Preiße[.]“ besonders günstig, wie der Herzog in seinem Schreiben zur Gründung einer entsprechenden

⁷⁰⁰ Vgl. dazu Kapitel 3.2.1.

⁷⁰¹ Collet; Krämer, Germany. S. 107.

⁷⁰² Schneider, Mangel. S. 263.

⁷⁰³ S. dazu z.B.: Collet, Sünder. S. 130.

Kommission, der Kornmagazin-Kommission, anmerkte.⁷⁰⁴ Die Kommission erhielt die Aufgabe sich mit „der Errichtung und fernerweiten Administration eines Korn-Magazins“ zu befassen.⁷⁰⁵ Zum Direktor wurde der Geheime Rat Albrecht Edmund Georg von Münchhausen⁷⁰⁶ bestimmt, ein weiteres Mitglied war Kammerrat Georg Rudolf Bokelmann.⁷⁰⁷ Beide Männer hatten sich während der vorangegangenen Krise in Fragen des Ankaufs, der Lagerung und Verteilung von Getreide, Mehl und Brot engagiert und dementsprechend bereits Erfahrung bei der Organisation eines Getreidemagazins sammeln können. Zur konkreten Ausgestaltung des zu gründenden Magazins gab der Herzog einige Vorgaben. Es sollte „vorerst [...] nur zur Versorgung Unserer Stadt Braunschweig“ zuständig sein.⁷⁰⁸ Obwohl die Formulierung „vorerst“ suggerierte, dass das Projekt bei Erfolg auch auf andere Gebiete ausgeweitet werden sollte, geschah dies nicht. Das Magazin sollte mit einem Grundstock von 1000 Wispel Roggen befüllt werden, davon sollten etwa 300 Wispel aus den naturalen Zehntabgaben⁷⁰⁹ der Untertanen bestehen und die restlichen 700 Wispel „in fremden Ländern, so viel thunlich, unter der Hand aufgekauft werden [...]“.⁷¹⁰ Das für diesen Einkauf nötige Geld sollte vom Leihhaus geborgt werden, als Sicherheit für den Kredit könnte das ganze Magazin dienen. Damit die Kosten nicht unnötig in die Höhe getrieben würden, ermahnte der Herzog die Kommissionsmitglieder eindringlich, auf besonders günstige Einkaufspreise zu achten. Abschließend erhielten Münchhausen und seine Kollegen die Anweisung sich möglichst bald über sechs, für die Einrichtung des Magazins entscheidende, Punkte Gedanken zu machen. Dabei ging es um die Befüllung des Magazins, die Lagerung und Konservierung des Getreides, das für die Einrichtung notwendige Personal, die Festlegung der An- und Verkaufspreise, sowie die Abrechnungen.⁷¹¹

⁷⁰⁴ Schreiben Herzog Karl an Kammerrat Bokelmann. 16.12.1773. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13492. Bl. 11r.

⁷⁰⁵ Ebd.

⁷⁰⁶ Die Familie von Münchhausen war im nordwestdeutschen Raum sehr verbreitet, zahlreiche Mitglieder hatten hohe Regierungsposten bei der Braunschweig-Wolfenbüttelschen oder Hannoverschen Landesregierung inne. Bekanntestes Mitglied war wohl Karl Friedrich Hieronymus von Münchhausen, der so genannte „Lügenbaron“.

⁷⁰⁷ Georg Rudolf Bokelmann (auch Bockelmann oder Bogelmann) hatte verschiedene Positionen inne. Unter anderem war er Kammerrat, Kammerdirektor und Packhauskommissar.

⁷⁰⁸ Schreiben Herzog Karl an Kammerrat Bokelmann. 16.12.1773. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13492. Bl. 11r.

⁷⁰⁹ Der Zehnt, ursprünglich eine kirchliche Abgabe, betrug, wie der Name bereits sagt, 10 Prozent der Einkünfte. Dabei wurde zwischen dem großen und kleinen Zehnt unterschieden. Ersterer bezog sich auf die Ernteerträge, Letzterer auf die zum Besitz gehörigen Tiere. In einigen Fällen wurde statt des naturalen Zehnts eine Bargeldabgabe vereinbart, da die Abholung und Lagerung von Getreide oder anderen Ackererzeugnissen sich für die Zehnterherren nicht lohnten. Lutterloh, Dienste. S. 13-16. In diesem Fall wurde die Zehntabgabe allerdings in Natura eingefordert.

⁷¹⁰ Schreiben Herzog Karl an Kammerrat Bokelmann. 16.12.1773. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13492. Bl. 11r.

⁷¹¹ In den Kapiteln 3.2.2 bis 3.3.4 wird näher auf diese sechs Fragen eingegangen.

Damit hatte die Kommission keine leichte Aufgabe zu erfüllen, diese sechs Fragen waren, in unterschiedlich starker Ausprägung, grundlegend für das Gelingen jedes Magazinprojektes. In Braunschweig-Wolfenbüttel war im Zuge diverser Planungen für Magazine schon häufig über diese Fragen debattiert worden, bislang hatte sich allerdings noch keine ideale Lösung finden lassen. Münchhausen und seine Kollegen ließen dementsprechend keine Zeit verstreichen und trafen sich bereits zwei Tage nach dem Schreiben des Herzogs, am 18. Dezember 1773, zur ersten Konferenz der Kornmagazin-Kommission. Am Ende der offensichtlich sehr produktiven Sitzung konnten dem Herzog bereits erste Ergebnisse vorgelegt werden. Wie bereits vermutet, waren knapp 300 Wispel Zins- und Zehntkorn vorhanden. Dabei entfielen jeweils etwa die Hälfte auf die Fürstliche Kammer und die Klosterkasse.⁷¹² Dieses Getreide konnte also für das Magazin verwendet werden.⁷¹³ Etwas über 700 Wispel mussten demnach anderweitig besorgt werden. Dieser Ankauf musste mit großer Vorsicht vonstattengehen. Einerseits befürchtete man bei dem Ankauf einer solch großen Menge Preissteigerungen. Andererseits sollte die Bevölkerung nicht beunruhigt werden. Wäre den Menschen, die jüngst erst Getreidemangel erlebt hatten, zu Ohren gekommen, dass die Regierung große Mengen Getreide ankauft, hätten diese vermutlich das Herannahen eines weiteren Versorgungsengpasses befürchtet. Auch die Frage, woher das Korn für das neue Magazin stammen sollte, war nicht einfach zu beantworten. Ein zu weiter Transportweg war beschwerlich und kostenintensiv. Die Kommission beschloss daher, zunächst Erkundigungen in mehreren umliegenden Territorien einziehen zu lassen.

Für die Lagerung des Magazingetreides sollte kein neues Gebäude errichtet werden. Dies hätte die Kosten massiv in die Höhe getrieben, zudem hielten die Verantwortlichen es für sinnvoll, das Getreide an möglichst vielen verschiedenen Orten zu lagern, um im Falle eines Brandes die Verluste zu minimieren. Diese Problematik wurde bereits bei den Planungen für ein nicht realisiertes Magazin im Jahr 1764 erörtert: „Inzwischen erscheint es nun der Feuers Gefahr willen ratsam zu seyn daß der Vorrat nicht an einem Orte zusammen liege, damit bey einer von Gott gnädigst abzuwendenden unglück nicht alles zugleich verlohren gehe.“⁷¹⁴ So

⁷¹² In Braunschweig-Wolfenbüttel konnte der Landesherr auch über die Klosterkasse verfügen. Seit der Säkularisation im Zuge der Reformation fielen die ehemals geistlichen Zehntabgaben ebenfalls an die Landesherrschaft. Diese verfügte im Untersuchungszeitraum über etwa 38 Prozent der gesamten Zehnten. S. dazu: Lutterloh, Dienste. S. 19-21.

⁷¹³ Dies und das Folgende bezieht sich auf: Protokoll der Kornmagazin-Kommission zur Sitzung am 18. Dezember 1773. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13492. Bl. 13r-19r.

⁷¹⁴ Ergebnisse der Konferenz zur Einrichtung eines öffentlichen Magazins vom 3. April 1764. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13467. Bl. 15r-17v. Die Erörterung der Feuergefahr findet sich unter dem Punkt C.

schlug die Kommission fünf bestehende Gebäude innerhalb der Stadt vor, die jeweils einen gewissen Teil Korn aufnehmen könnten. Genannt wurden der Boden der Aegidienkirche,⁷¹⁵ die Alte Waage,⁷¹⁶ das Packhaus,⁷¹⁷ das Leihhaus⁷¹⁸ sowie der herrschaftliche Proviantboden. Um ein Verderben des Getreides zu vermeiden, musste es regelmäßig gewendet und bewegt werden.⁷¹⁹ Die Kommission plante, für diese Aufgabe Angestellte der jeweiligen Standorte zu Hilfe zu nehmen. So sollte der Lohn für neu angestelltes Personal gespart werden. Zusätzlich sollte jemand angestellt werden, der die Rechnungen des Magazins führte und darüber hinaus als eine Art Aufseher fungieren und die verschiedenen Standorte regelmäßig besuchen sollte. Für diesen verantwortungsvollen Posten wurde jemand gesucht „der Sicherheit machen kann, zuverlässig ist und sich selbst mit keinem Getreide Handel abgibt.“⁷²⁰ Die Festlegung der Ein- und Verkaufspreise erwies sich als komplizierte Aufgabe, da zahlreiche Faktoren berücksichtigt werden mussten, über die zum Zeitpunkt der Konferenz teilweise nur gemutmaßt werden konnte. Zudem sollte das Magazin sich selbst tragen und genug Profit abwerfen, um den zu seiner Realisierung aufgenommenen Kredit samt Zinsen abzuzahlen. Gleichzeitig durfte das Getreide aber auch nicht zu teuer verkauft werden, da sonst der Zweck der Einrichtung, nämlich die Unterstützung der Braunschweiger:innen, verfehlt worden wäre. Aus diesen Gründen rechnete die Kommission einige Modelle durch, bei denen sie sich allerdings nur auf spekulative Zahlen beziehen konnte, blieb bei den Empfehlungen in diesem Punkt zunächst aber vage. Außer Zweifel stand es allerdings, dass der Verkauf aus dem Magazin erst beginnen sollte, sobald der Roggenpreis auf über 27 Groschen pro Himten gestiegen war. Zunächst wirkt dieser Wert überraschend niedrig, da der durchschnittliche Preis für Roggen im untersuchten Zeitraum bei 29 Groschen pro Himten lag.⁷²¹ Dabei muss jedoch bedacht werden, dass in diesen

⁷¹⁵ Die ehemalige Benediktiner-Klosterkirche, deren Baubeginn im 13. Jahrhundert liegt, wurde seit 1529 als evangelisch-lutherische Pfarrkirche genutzt, seit 1718 auch als Garnisonskirche. Im Jahr 1811 erfolgte die Profanierung. Vgl. dazu: Camerer, Luitgard; Garzmann, Manfred R.W.; Schuegraf, Wolf-Dieter. Unter besonderer Mitarbeit von Norman-Mathias Pingel. (Herausgegeben im Auftrag der Stadt Braunschweig): Braunschweiger Stadtlexikon. Braunschweig 1992 (4. Aufl. 1996). S. 10.

⁷¹⁶ Das Gebäude wurde 1534 errichtet und diente als Waag- und Speicherhaus. Es war das größte Waaghaus Braunschweigs. Im 17. Jahrhundert wurde eine neue Waage errichtet, wodurch die Alte Waage zu ihrem Namen kam. Bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts verfiel das Gebäude, wurde aber ab 1854 restauriert. Ebd. S. 13.

⁷¹⁷ Zwischen 1402 und 1671 befand sich dort der Marstall des Rates. Ab 1731 wurden dort für alle in Braunschweig eintreffenden Güter die Zoll- und Acciseabgaben festgelegt. Ebd. S. 176.

⁷¹⁸ Damit gemeint war der Standort der 1765 von Herzog Karl I gegründeten Leihausanstalt. Ebd. S. 28.

⁷¹⁹ S. zur Frage der Konservierung: Kapitel 3.2.3.

⁷²⁰ Protokoll der Kornmagazin-Kommission zur Sitzung am 18. Dezember 1773. NLA WO 2 Alt Nr. 13492. Bl. 13r-16v.

⁷²¹ S. dazu Kapitel 2.3.

Durchschnittswert auch extrem hohe Preise eingeflossen sind, welche diesen hochtrieben. Offenbar war 27 Groschen ein Preis, der für viele Menschen ein Alarmsignal darstellte. Im September 1770 war der Roggenpreis über diesen Wert gestiegen und erst im August 1773 wieder darunter gesunken. So war der Wert von 27 Groschen pro Himten Roggen wohl auch eng mit dem Beginn und dem Ende der zuvor erlebten Krise verbunden. Frühere Erfahrungen hatten gezeigt, dass die Menschen bei einem niedrigeren Marktpreis kaum Interesse an Magazinkorn hatten, die Akzeptanz bei steigenden Kosten aber wuchs. Die Kommission ging also davon aus, dass die Stadtbewohner:innen bei einem Roggenpreis von über 27 Groschen Bedarf an Magazingetreide hätten. Da aber nicht abzusehen war, wann dieser Preis erreicht sein würde, musste einkalkuliert werden, dass das Magazin für längere Zeit keinen Gewinn abwerfen würde. Dennoch musste es während dieser Zeit instandgehalten und der Kredit samt Zinsen abbezahlt werden. Unter Einbeziehung aller Faktoren kamen Münchhausen und seine Kollegen so zu dem Ergebnis, dass beim Einkauf des benötigten Getreides nicht mehr als 26 Taler und 24 Groschen für den Wispel Roggen ausgegeben werden dürften.⁷²²

Bei den Abrechnungen war die Kommission bestrebt, durch ein mehrstufiges Modell bestmögliche Kontrolle zu erreichen, um Unterschlagung oder Betrug zu verhindern. Genau dies wurde in verschiedenen zeitgenössischen Abhandlungen, welche sich mit der Anlegung öffentlicher Magazine beschäftigten, eindringlich gefordert.⁷²³ Eine Hauptrechnung sollte über den Ein- und Ausgang von Getreide sowie Geld geführt werden, welche dann regelmäßig mit den Abrechnungen der einzelnen Magazinstandorte abgeglichen werden müsse. Jede Getreidelieferung sollte vom vereidigten Kornmesser überprüft und bescheinigt werden. Grundsätzlich könnten die Rechnungen der Einzelstandorte jährlich eingereicht werden, bei Bewegungen von Getreide oder Geld wären wöchentliche Berichte erforderlich. Alle Belege und Berichte sollten zunächst der Kommission zugestellt werden, die alles begutachten und dann zur weiteren Prüfung und Bearbeitung an den Hauptrechnungsführer weiterleiten sollte. Jeder An- und Verkauf musste zunächst durch die Kommission genehmigt werden, die dann den Hauptrechnungsführer vom positiven oder negativen Bescheid in Kenntnis setzte, was dieser dann an die einzelnen Magazinverwalter kommunizieren sollte.

⁷²² Diese Vorgabe scheint nicht unrealistisch gewesen zu sein. Im Januar 1774 kostete ein Wispel Roggen in Braunschweig und Wolfenbüttel 24 bis 25 Taler.

⁷²³ Vgl. dazu Kapitel 3.1.4.

Inwieweit diese sehr detaillierten Vorstellungen, welche im lebhaften Alltag eines Getreidemagazins vermutlich für Schwierigkeiten und Verzögerungen sorgten, tatsächlich eingehalten wurden, kann nicht mehr im Detail nachvollzogen werden. Ihren Zweck, dass Magazin vor Betrug und Unterschlagung zu schützen, erreichten sie allerdings nicht, wie spätere Entwicklungen zeigen sollten.

Doch zunächst lief die Arbeit der Kornmagazin-Kommission an und das geplante Magazin nahm Gestalt an. Allerdings mussten auf dem Weg noch einige Schwierigkeiten bewältigt werden. Die fürstliche Kammer, welche die Finanzverwaltung innehatte, war mit den Plänen ihrer Kollegen von der Kommission nicht in allen Punkten einverstanden.⁷²⁴ Der geplante Ankauf des benötigten Roggens sollte demnach in die Zukunft verschoben werden, da die aktuellen Preise mit 25 Groschen für den Himten als zu hoch betrachtet wurden. Die Kammer argumentierte mit den Durchschnittspreisen der Vorkrisen-Jahre, die stets deutlich niedriger gewesen seien. Tatsächlich handelte es sich bei 25 Groschen pro Himten Roggen um einen, auf den untersuchten Zeitraum gerechnet, leicht unterdurchschnittlichen Preis. Die Kammer hatte allerdings insofern recht, dass die Jahre 1767 bis 1769 Niedrigpreisjahre gewesen waren, in denen der Himten Roggen durchschnittlich weniger als 20 Groschen gekostet hatte. Verglichen mit den Jahren 1770 bis 1773, in denen der Preis für die entsprechende Menge Roggen zeitweilig auf zwei Taler angestiegen war, war ein Preis von 25 Groschen allerdings sehr günstig. Auch die Verwendung des Zehntkorns für das neue Magazin wurde von der Kammer missbilligt. Da die diesjährige Roggenernte „wegen Mäusefraß, Miswachs und Hagelschlag“⁷²⁵ erneut schlecht ausgefallen sei, hielten die Mitglieder es nicht für ratsam, den Untertanen die „natürliche Frucht Lieferung“ abzuverlangen,⁷²⁶ da dadurch weitere Verknappungen und Preissteigerungen zu befürchten seien.

Ein weiterer Rückschlag ereignete sich im Oktober 1775: Georg Rudolf Bokelmann, Gründungsmitglied der Kornmagazin-Kommission und durch seinen Einsatz während der vorangegangenen Mangeljahre erfahren in der Organisation eines Magazins, sah sich der Arbeitsbelastung nicht mehr gewachsen und bat den Herzog um seine Entlassung aus dem Gremium.⁷²⁷ Zu seinem Nachfolger wurde, wie von dem scheidenden Mitglied selbst vorgeschlagen, der

⁷²⁴ S. für das Folgende: Extrakt Schreiben Fürstliche Kammer an Kornmagazin-Kommission. 29.01.1774. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13492. Bl. 17r-19r.

⁷²⁵ Ebd. Bl. 17v.

⁷²⁶ Ebd. Ob damit gemeint war den Zehntpflichtigen die Abgabe gänzlich zu erlassen, oder aber sie stattdessen monetär leisten zu lassen, geht aus dem Schreiben nicht hervor.

⁷²⁷ Schreiben Kamerrat Bokelmann an Herzog Karl. 19.10.1775. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13492. Bl. 20r-21v.

Kammerrat Johann Ludwig Oeder bestimmt.⁷²⁸ Dieser verstarb allerdings bereits im Juni 1776. Seit 1784 ist dann Christian Brandan Johann Hugo, Klosterratspräsident und Kammerdirektor, als Mitglied der Kommission nachweisbar.

Im Sommer 1775 stand das neue Magazin dann vor seiner ersten Bewährungsprobe. Die Kornpreise waren kurzfristig angestiegen, im Juni des Jahres mussten die Braunschweiger:innen für einen Himten Roggen bereits 32 bis 34 Mariengroschen bezahlen.⁷²⁹ Eine Preissteigerung, welche den Menschen wohl auch aufgrund der vorangegangenen teuren Jahre Sorgen bereitete. Beunruhigt erkundigte sich der Kommissionvorsitzende Münchhausen, der zu dieser Zeit auf dem Familiengut Hedwigsburg weilte, beim Braunschweiger Bürgermeister Georg Heinrich Koch nach der Lage in der Stadt und fragte an, ob Koch es für sinnvoll halte, in dieser Situation mit der Ausgabe des im Magazin gespeicherten Kornes zu beginnen.⁷³⁰ Koch beruhigte den alarmierten Münchhausen zunächst, die Kornzufuhr in die Stadt sei zufriedenstellend und auch ein ausreichender Weizenvorrat sei noch vorhanden. Dennoch hielt der Bürgermeister es für sinnvoll 100 bis 150 Wispel Roggen aus dem Magazin zum Verkauf freizugeben. Die Abgabe sollte an Bäcker aber auch an Privatleute in kleinen Mengen erfolgen. Dadurch sollte einerseits die Brotversorgung der Stadtbevölkerung gesichert und andererseits Menschen unterstützt werden, die es sich nicht leisten konnten, größere Mengen Getreide auf einmal zu erwerben. Koch gab an, dass das vorrätige Getreide für fast drei Monate reichen würde.⁷³¹

Dem Ratschlag des Bürgermeisters folgend, wurde bald darauf mit der Abgabe des Magazin Kornes begonnen. Im Juni 1775 wurden mehr als 107 Wispel Getreide aus dem Magazin abgegeben.⁷³² Die größten Abnehmer waren dabei die Bäcker, welche über 80 Wispel Roggen erhielten. Mehlhändler erhielten insgesamt vier Wispel aus dem Magazin. Etwas über 22 Wispel wurden an „andere hiesige Einwohner“ abgegeben.⁷³³ Das angebotene Getreide wurde also innerhalb der Bevölkerung gut angenommen und das Magazin konnte dazu beitragen, die kurzfristig angespannte Lage im Sommer 1775 zu überbrücken. Ein erster Erfolg für das ehrgeizige Projekt. In den 1780er Jahren kam es allerdings zu vermehrten Schwierigkeiten. Im

⁷²⁸ Schreiben Herzog Karl an Kammerrat Oeder. 23.10.1775. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13492. Bl. 22v.

⁷²⁹ Braunschweigische Anzeigen. 49. Stück, 28.06.1775.

⁷³⁰ Schreiben Münchhausen an Kornmagazinkommission. Juni 1775. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13491. Bl. 23r.

⁷³¹ Schreiben Bürgermeister Koch an Münchhausen. 03.06.1775. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13491. Bl. 24r.

⁷³² Schreiben H. J. Hinze an Kornmagazinkommission. 17.07.1775. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13491. Bl. 44r.

⁷³³ Ebd.

März 1784 erschien auf der Titelseite der *Braunschweigischen Anzeigen* eine Bekanntmachung, die von der „Fürstl. Korn-Magazin-Commißion“ unterzeichnet war.⁷³⁴ Darin wurde die „nicht ganz ungegründete Vermuthung“ ausgesprochen, dass einige Menschen Roggen aus dem Magazin erhalten hätten, obwohl sie nicht bedürftig waren, sich mehr als benötigt aushändigen ließen oder sogar unter falschem Namen auftraten. Dieses Verhalten lief dem Zweck des Magazins, nämlich der Unterstützung bedürftiger Personen gänzlich zuwider. Um diesen Betrug abzustellen, müsse sich ab sofort jede Person, die Magazinroggen erhalten wolle, einen Bezugsschein besorgen.⁷³⁵

Diese Maßnahmen konnten jedoch nicht verhindern, dass das Magazin nur drei Jahre später von weiterem Betrug betroffen war, diesmal allerdings aus den eigenen Reihen. Der Verwalter Eigner, welcher für die Annahme und Ausgabe des Getreides, sowie für die Rechnungsführung verantwortlich war, war zum wiederholten Male bei betrügerischen Aktivitäten erwischt worden.⁷³⁶ Bereits im vorangegangenen Jahr 1786 war der Verwalter wegen „einiger Unrichtigkeiten und Vergehungen“ für drei Monate suspendiert worden. Bei Wiederantritt des Dienstes war er von der Kommission schriftlich scharf ermahnt worden, seinen Aufgaben fortan zuverlässiger nachzukommen, allerdings ohne Erfolg. Im November 1787 fielen erneut gewissen Unregelmäßigkeiten in den Abrechnungen Eigners auf. Nach einigen Untersuchungen stellte sich heraus, dass der Verwalter den Lieferanten mehr Korn quittierte, als sie tatsächlich ins Magazin gebracht hatten. Den Gewinn dieses Betruges teilte sich der Verwalter mit diesen. Andere Magazinangestellte hatten die Vorgänge bemerkt und belasteten ihren Vorgesetzten schwer. Zusätzlich beklagte die Kommission die „unordentliche Lebensart“ Eigners, der wohl regelmäßig betrunken war und seinem Dienst daher häufig fernbleibe.⁷³⁷ Infolgedessen bat die Kommission den Herzog um die Entlassung des Verwalters, die dann auch erfolgte. Aus Mitleid mit den „kleine[n] und unmündige[n]“ Kindern Eigners, die man nicht gänzlich unversorgt wissen wollte, wurde der betrügerische Verwalter noch mit einer ansehnlichen Pension ausgestattet.⁷³⁸ Dieser Vorfall führte der Kornmagazin-Kommission nochmals vor Augen, wie wichtig zuverlässiges und vertrauenswürdiges Personal für die Führung eines erfolgreichen Magazins

⁷³⁴ Braunschweigische Anzeigen. 21. Stück, 13.03.1784.

⁷³⁵ Ebd. Sp. 281.

⁷³⁶ S. für das Folgende: Schreiben Kommissionsmitglieder Münchhausen und Hugo an Herzog Karl Wilhelm Ferdinand. 08.12.1787. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13492. Bl. 29r-32r.

⁷³⁷ Ebd. Bl. 30v.

⁷³⁸ Ebd. Bl. 31r.

war. Der vakante Posten des Verwalters wurde nach der Entlassung Eigners demnach mit einem Mann besetzt, der nicht nur bereits mehrere Jahre in der Verwaltung eines Klosters tätig gewesen war, sondern auch durch die Verwandtschaft mit einem städtischen Beamten an Integrität gewann.

Nach diesem Vorfall verlieren sich die Spuren des Braunschweigischen Magazinprojekts allmählich. Die Ausweitung auf das ganze Land wurde nicht in Angriff genommen, obwohl es immer wieder vereinzelt Unternehmungen in anderen Landesteilen gab. Zudem gelang es nicht das Auftreten von Preissteigerungen und Versorgungskrisen zu verhindern. Die Unterstützung der Bevölkerung durch die Ausgabe von verbilligtem Korn, Mehl oder Brot in Krisenzeiten wurde aber kontinuierlich beibehalten und auch die Kornmagazin-Kommission bestand mindestens bis in die 1790er Jahre.

Obwohl das ehrgeizige Ziel von 1773, nämlich durch ein Magazin Teuerungen und Versorgungskrisen im Land zu verhindern, nur bedingt erreicht wurde, zeigt sich an der Arbeit der Kommission in den 1770er und 1780er Jahren anschaulich, wie die Einrichtung eines öffentlichen Getreidemagazins organisiert wurde, welche Fragen zu bedenken und welche Schwierigkeiten dabei zu bewältigen waren. Im Folgenden sollen nun die einzelnen Praktiken des Getreidespeicherns im untersuchten Gebiet näher betrachtet werden.

3.2.1 Planen – Ideen für Getreidemagazine entwickeln

„Oft verwendet man mehr Zeit auf die Planung einer Tätigkeit als zu deren Ausführung“, stellte der Physiker, Mathematiker und Wirtschaftswissenschaftler Christoph Schneeweiß in der Einleitung seines Werkes zu systemanalytischen und entscheidungstheoretischen Grundlagen der Planung fest.⁷³⁹ Womit Schneeweiß im Jahr 1991 eigentlich das moderne, von Planung bestimmte Leben charakterisiert wissen wollte, lassen sich jedoch ebenso die Aktivitäten in Einrichtung öffentlicher Magazine im 18. Jahrhundert beschreiben. Wie sich bereits bei der Betrachtung der zeitgenössischen öffentlichen Debatte zeigte, waren Getreidemagazine im gesamten Untersuchungszeitraum ein höchst relevantes Thema. Deren Einrichtung wurde auch in Braunschweig-Wolfenbüttel immer wieder lebhaft und kontrovers diskutiert. Unabhängig von der tatsächlichen Realisierung, wurde viel Zeit und Energie auf die Planung öffentlicher Magazine verwendet, meist weit mehr als auf deren tatsächlichen Betrieb.

⁷³⁹ Schneeweiß, Christoph: Planung. Bd. 1. Systemanalytische und entscheidungstheoretische Grundlagen. Berlin/Heidelberg 1991. S. 1.

Da „Planen“ eine sehr komplexe und mehrschichtige Tätigkeit ist, welche auf verschiedene Weisen ausgeführt und interpretiert werden kann, benötigt der hier verwendete Planungsbe-
griff eine etwas ausführlichere Einordnung. Schneeweiß definiert Planung „als Gestaltung
künftiger Ereignisse, d.h. als *gedankliche Vorwegnahme künftigen Handelns* [Kursivierung im
Original].“⁷⁴⁰ Weiter führt er aus: „Zum einen ist Planung zukunftsorientiert, d.h. sie erfordert
die Beschreibung künftiger Situationen; zum anderen ist Planung eine ‚gedankliche Vorweg-
nahme‘, d.h. sie ist nicht unbedacht, sondern vollzieht sich nach bestimmten Regeln und Wert-
vorstellungen.“⁷⁴¹

Unter „Planen“ wird in diesem Kapitel also die gedankliche Vorwegnahme künftigen Handelns
verstanden. Diese sollte dazu führen, in näherer oder fernerer Zukunft öffentliche Magazine
einzurichten. Dabei ist es zunächst nicht von Belang, ob diese Planungen dann tatsächlich in
Handlungen überführt wurden. Das Kriterium der „gedanklichen Vorwegnahme“ schränkt den
in diesem Kapitel behandelten Quellenkorpus zusätzlich insofern ein, dass lediglich die Pla-
nungen derjenigen Personen behandelt werden, welche auch die Möglichkeit hatten, ihre Ge-
danken in zukünftige Handlungen zu überführen. Dies bedeutet, dass in diesem Kapitel haupt-
sächlich die Mitglieder der Landesregierung und lokale Beamte in den Blick genommen wer-
den. Ergänzt wird dies durch externe Personen, welche sich mit ihren Plänen selbstständig an
Regierungsmitglieder wandten.

Zusätzlich möchte ich mich in Teilen an den von Jan-Hendryk de Boer und Marcel Bubert in
der Einleitung des Sammelbandes „*Absichten, Pläne, Strategien*“ entwickelten Planungsbe-
griff anlehnen. Planerischem Handeln liegen demnach zunächst Absichten zugrunde, denn „[a]ls
Intentionen beziehungsweise Absichten werden diejenigen geistigen Zustände bezeichnet, die
jetzt oder in Zukunft Handlungen auslösen (können).“⁷⁴² Ohne jene Absichten wären die ent-
sprechenden Handlungen demnach nicht vollzogen worden. Ebenso kann es natürlich auch
Absichten geben, die nicht zur Ausführung kommen, „weil es beispielsweise äußere Hinde-
rungsgründe gab, sei es das Fehlen geeigneter Mittel, sie auszuführen, sei es Zwang oder an-
dere Machtwirkungen, die eine Umsetzung unterbanden.“⁷⁴³

⁷⁴⁰ Ebd. S. 1-2.

⁷⁴¹ Ebd. S. 2.

⁷⁴² S. für das Folgende: De Boer, Jan-Hendryk; Bubert, Marcel: *Absichten, Pläne und Strategien erforschen: Ein-
leitung*. In: Dies. (Hg.): *Absichten, Pläne, Strategien. Erkundungen einer historischen Intentionalitätsforschung*.
Frankfurt/New York 2018. S. 9-39. Hier S. 26.

⁷⁴³ Ebd.

Die übergeordnete Absicht, die den hier betrachteten Fällen zugrunde liegt, ist es, die Nahrungsversorgung Braunschweig-Wolfenbüttels möglichst sicher und unabhängig zu gestalten. Dies ist aber ein sehr komplexes Ziel, zu dessen Erreichung mehrere Faktoren notwendig wären, welche sich auf dem gesamten Feld der Getreidepolitik bewegen. Daher soll eine weitere Spezifizierung vorgenommen werden. Pläne unterscheiden sich in der Definition von de Boer und Bubert von Absichten unter anderem dadurch, dass sie es erlauben auch „komplexe Ziele zu erreichen.“⁷⁴⁴ Zu diesem Zweck wird die Zukunft in Teilhandlungen gegliedert, welche auf das entsprechende Ziel ausgerichtet sind. Pläne, welche durch einen Einzelakteur nicht realisierbar wären, können auch durch die Kooperation verschiedener Akteure oder Akteursgruppen erreicht werden.⁷⁴⁵ Wie sich also zeigen wird, waren in die Planung von Magazinen stets mehrere Personen(-Gruppen) eingebunden, die, mehr oder weniger erfolgreich, miteinander kooperierten.

Im hier betrachteten Zeitraum verliefen die Planungsdebatten in verschiedenen Phasen. Dabei war in der ersten Phase ein eher unstrukturiertes und langwieriges Experimentieren unter Einbeziehung verschiedener und häufig wechselnder Akteure zu beobachten. Die während dieser Zeit in Angriff genommenen Magazinprojekte kamen allesamt nicht über das Planungsstadium hinaus. In der zweiten Phase hatte sich dann ein mehr gesichertes Vorgehen entwickelt. Dadurch verliefen die Planungen schneller und zielgerichteter, allerdings nach wie vor unter Einbeziehung wechselnder Akteure. Die während dieser Phase geplanten Speicher konnten tatsächlich den Betrieb aufnehmen, hatten aber insgesamt nicht lange Bestand und konnten nur wenig zur Sicherung der Getreideversorgung beitragen. In der dritten Phase zeigte sich dann das deutliche Bestreben aus den Erfahrungen der vorangegangenen Planungen zu lernen, begangene Fehler zu vermeiden und gewonnene Erkenntnisse zu nutzen. Die Planungstätigkeit wurde auf eine feste Akteursgruppe konzentriert und ging verhältnismäßig schnell sowie zielgerichtet voran. Der aus dieser Phase hervorgegangene Magazinverbund konnte den Betrieb aufnehmen und zur Sicherung der Getreideversorgung beitragen. Zudem hatte er, im Gegensatz zu den vorangegangenen Einrichtungen, einige Jahre Bestand.

Anhand dieser hier skizzierten Phasen soll im Folgenden gezeigt werden, dass die Akteure in Braunschweig-Wolfenbüttel mittels verschiedener Magazinprojekte lernten effizienter zu pla-

⁷⁴⁴ Ebd. S. 28.

⁷⁴⁵ Ebd.

nen und ihre Zusammenarbeit sinnvoller zu koordinieren. Zudem wird sich zeigen wie die Planungsroutinen sich im Laufe der Jahre und vor dem Hintergrund vorangegangener Erfahrungen und verschiedener Gegebenheiten änderten.

Zusätzlich muss auch zwischen Magazinen unterschieden werden, die dazu gedacht waren langfristig zu wirken und denen, die bei bereits eingetretenem Getreidemangel kurzfristig begründet wurden. Dass dies bei Planungen für entsprechende Einrichtungen häufig ebenso berücksichtigt wurde, zeigt folgendes Zitat aus dem Jahr 1764:

„Würde zufferst ein Unterschied zu machen seyn zwischen demjenigen Korn-Magazin, welches bey dem gegenwärtigen mangel der Kornfrüchte in der Stadt blos interimstin einzurichten und zwischen demjenigen Korn-Magazin welches künftig bey wohlfeilen Zeiten [...] etwan zum Nutzen der Stadt anzulegen seyn möchte.“⁷⁴⁶

Je nachdem ob man grade „gegenwärtigen mangel“ oder „wohlfeilen Zeiten“ erlebte und ob die geplante Einrichtung dementsprechend sofort einsatzbereit sein musste oder längerfristig aufgebaut werden konnte, unterschieden sich die Planungen nach Inhalt, Umfang und Dauer erheblich. Häufig wurden am Beginn einer Krise kurzfristige Magazine geplant, nachdem die Situation sich dann aber wieder normalisiert hatte, wurden diese nicht mehr weiterbetrieben.⁷⁴⁷ In einigen Fällen intensivierten sich nach Versorgungskrisen die Bestrebungen nach längerfristig geplanten Einrichtungen allerdings, wie das Beispiel des Braunschweigischen Magazins der 1770er und 1780er Jahre gezeigt hat.⁷⁴⁸ Im Folgenden sollen beide Arten von Magazinen und ihre verschiedenen Dimensionen betrachtet werden.

Unabhängig von solchen Unterschieden ging jedem Magazinprojekt in Braunschweig-Wolfenbüttel, ob es letztendlich realisiert wurde oder nicht, eine mehr oder weniger ausgiebige Planungsphase voran. In einigen Fällen ging der Anstoß dazu vom Herzog selbst aus, wie im Folgenden gezeigt werden soll.

Im Januar 1745⁷⁴⁹ wurde Karl I durch einen Blick in die erst kurz zuvor gegründeten *Braunschweigischen Anzeigen* auf den, seiner Ansicht nach, unverhältnismäßig hohen Mehlp reis

⁷⁴⁶ Plan zur Einrichtung eines Magazins in Braunschweig. 04.04. 1764. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13467. Bl. 10r.

⁷⁴⁷ Vgl. dazu auch: Collet, Katastrophe. S. 47.

⁷⁴⁸ Vgl. Kapitel 3.2.0.

⁷⁴⁹ Auch vor 1745 hatte es in Braunschweig-Wolfenbüttel bereits Bestrebungen gegeben öffentliche Magazine anzulegen, teilweise wurden diese auch realisiert. Peter Albrecht konnte beispielsweise Projekte aus den Jahren 1680 und 1722 nachweisen. S. dazu: Albrecht, Landesausbau. S. 152-153. Auch im Jahr 1716 gab es offensichtlich

aufmerksam.⁷⁵⁰ Die Getreidepreise waren in diesem Jahr eigentlich sehr günstig, für den Hinten Roggen mussten die Verbraucher:innen in Braunschweig etwas über 17 Groschen bezahlen.⁷⁵¹ Für die gleiche Menge des besten Roggenmehls hingegen wurde ein Taler verlangt.⁷⁵² Dieser Aufschlag erschien dem Herzog deutlich zu hoch und bewog ihn nach eigener Angabe dazu, ein Schreiben an die Magistrate von Braunschweig und Helmstedt zu schicken, in denen diese Unverhältnismäßigkeit und die allgemein schwierige Lage von „Handwercker[n] und Arme[n]“ beklagt wurde.⁷⁵³ Diese mussten an den Mühlen häufig besonders viel zahlen, wenn sie nur kleine Mengen mahlen ließen. Um diese Menschen zu unterstützen, sollte ein Magazin eingerichtet werden, aus dem Mehl zu günstigen Preisen zu erhalten sei. Den Magistraten erteilte er den Auftrag sich zu überlegen, wie dieses Vorhaben zu bewerkstelligen sei und wie man die Gilde dabei einbinden könne.⁷⁵⁴

Dieses Vorgehen war typisch für viele Magazinplanungen in Braunschweig-Wolfenbüttel. Bevor der Herzog eine Entscheidung traf oder etwas unternahm, wurden zunächst alle potenziell beteiligten Akteure aufgefordert, ausgiebig Stellung zu der betreffenden Angelegenheit zu nehmen. In der Regel wurden die vorgebrachten Vorschläge und eventuell geäußerten Bedenken dann auch ernstgenommen und in die weiteren Planungen eingespeist. Die fürstliche Herrschaft beruhte auf stetiger reger Kommunikation zwischen Obrigkeit und Untertanen. Die Menschen konnten somit aktiv Einfluss auf Entscheidungen nehmen, die ihre unmittelbare Zukunft betrafen. Die Regierung war bestrebt, stets über die Lebensbedingungen, Wünsche und Bedürfnisse der Bevölkerung informiert zu sein.⁷⁵⁵ Dies war bei einem öffentlichen Magazin von großer Wichtigkeit, da ein solches Projekt nicht nur die Kooperation der lokalen Unteroberigkeiten, sondern auch die Akzeptanz der Bevölkerung benötigte. Zusätzlich meldeten

Planungen für ein „Land-Magazin“, ein entsprechender Hinweis fand sich angeheftet an einen Vorschlag aus dem Jahr 1750. Dort wird auf die „incommoda bey dem jetzigen Magazin“ Bezug genommen, was zeigt, dass im Jahr 1716 bereits mindestens ein Magazin existierte, welches aber schlecht funktionierte. S. dazu: Bericht zur Anlegung eines Magazins. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13390. Bl. 18r-21r. Größere Relevanz erreichte die Thematik allerdings erst ab den 1740er Jahren, worauf eine höhere Frequenz der Vorschläge und eine gesteigerte Involvement des Geheimen Rats hindeutet.

⁷⁵⁰ Schreiben Herzog Karl an Magistrat Braunschweig. 11.01.1745. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13372. Bl. 2r-3r.

⁷⁵¹ Braunschweigische Anzeigen. 2. Stück, 06.01.1745.

⁷⁵² Braunschweigische Anzeigen. 3. Stück, 09.01.1745.

⁷⁵³ Schreiben Herzog Karl an Magistrat Braunschweig. 11.01.1745. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13372. Bl. 2r-3r.

⁷⁵⁴ Bezug genommen wurde damit wohl auf die Bäcker Gilde, eventuell auch die Brauergilde. Regelmäßig tauchte bei Magazinplanungen die Idee auf, dieses Vorhaben auf die Bäcker auszulagern, welche für den benötigten Vorrat sorgen und ihn selbstständig speichern sollten. Diese wehrten sich zumeist hartnäckig gegen derartige Forderungen.

⁷⁵⁵ Dabei zeigen sich auch Aspekte der so genannten „Akzeptanzorientierten Herrschaft“. S. zu diesem Konzept: Brakensiek, Stefan: Akzeptanzorientierte Herrschaft. Überlegungen zur politischen Kultur der frühen Neuzeit. In: Neuhaus, Helmut (Hg.): Die Frühe Neuzeit als Epoche. München 2009. S. 395-409.

sich in der Planungsphase einiger Magazine wiederholt Personen, die ihre tatsächlich vorhandene oder lediglich behauptete Expertise in die Projekte einbringen wollten.

So auch im Jahr 1745. Dem Advocaten Johann Heinrich Söchting war zu Ohren gekommen, dass sein Landesherr ein Magazin zur Verbesserung der Meherversorgung plante. Dies bemühte ihn, sich mit einer Supplik an den Herzog zu wenden, in der er einen Plan zur Anlage eines Magazins ankündigte, welches „beständige Überschüsse“ erzeuge.⁷⁵⁶ Gleichzeitig bat Söchting um eine Anstellung als Rechnungsführer im neu zu gründenden Magazin, damit auch seiner „Versorgung landesväterlich gedacht“ werde.⁷⁵⁷ Diese Bitte ist einer der entscheidenden Punkte. Magazinprojekte zogen häufig die Aufmerksamkeit von Menschen auf sich, welche hofften, sich dadurch ein Auskommen zu verdienen oder sich zumindest die Gunst des Herzogs zu sichern. Diese Projekte waren dazu besonders geeignet, da es keinen gesicherten Ablauf einer Magazingründung, dafür aber zahlreiche offene Fragen gab. Dementsprechend war die Regierung bereit fast jedem Vorschlag zunächst in Betracht zu ziehen, auch wenn er auf den ersten Blick wenig plausibel wirkte und der Vorschlagende keinerlei Expertise vorzuweisen hatte. So wurde auch der Vorschlag des Advocaten zunächst an die zuständigen Akteure weitergeleitet und diese um Einschätzung gebeten. Im weiteren Planungsverlauf spielte Söchting aber keine Rolle mehr, vermutlich waren seine Vorschläge letztendlich verworfen worden. Auch die gehoffte Anstellung im Magazin blieb aus, denn dieses wurde nicht realisiert. Ein Grund dafür war es wohl, dass die angefragten Experten⁷⁵⁸ dem Projekt wenig positiv gegenüberstanden. Die lokalen Akteure fungierten hier als Experten, da erwartet wurde, dass sie über Wissen bezüglich der jeweiligen Gegebenheiten verfügen, zu welchem die Regierungsmitglieder keinen oder weniger Zugang hatten.

⁷⁵⁶ Suppl. Johann Heinrich Söchting. 28.01.1745. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13372. Bl. 5r-6r. Leider ist dieser Plan, den Söchting in seinem Schreiben als „Anlage A und B“ ankündigte, in der entsprechenden Akte nicht enthalten.

⁷⁵⁷ Ebd. Bl. 5v.

⁷⁵⁸ Der Begriff „Experte“ soll hier in Anlehnung an den Ansatz des Göttinger Graduiertenkollegs „Expertenkulturen des 12. bis 18. Jahrhunderts“ verstanden werden. Ein Experte ist demnach „ein soziale[r] Rollentypus, der mit dem Versprechen von adäquaten Wissen in Kommunikationsakten auftritt.“ Entscheidend dabei sei nicht, ob der Experte tatsächlich das gefragte Wissen besitze, sondern ob er von Nichtexperten als Träger eines derartigen Sonderwissens anerkannt werde. Das Vertrauen in Experten erleichtere „die Auswahl von Handlungsmodi bei den Laien, indem sie auf legitimierte und typisierte Wissensbestände und Praktiken zurückgreifen und somit Kontingenz abmildern können.“ Knäble, Philip: Einleitung. In: Füssel, Marian; Knäble, Philip; Elsemann, Nina (Hg.): Wissen und Wirtschaft. Expertenkulturen und Märkte vom 13. bis 18. Jahrhundert. Göttingen 2017. S. 9-30. Hier S. 11-12. In Deutschland kam der Begriff des Experten allerdings erst im 19. Jahrhundert auf, wobei sich adjektivische Verwendungen bereits früher nachweisen lassen. S. dazu: Kästner, Alexander; Kesper-Biermann, Sylvia: Experten und Expertenwissen in der Strafjustiz von der Frühen Neuzeit bis zur Moderne. In: Dies. (Hg.): Experten und Expertenwissen in der Strafjustiz von der Frühen Neuzeit bis zur Moderne. Leipzig 2008. S. 1-16. Hier S. 4.

Der Magistrat zu Braunschweig gab zu bedenken, dass „dergleichen Errichtung eine Sache von sehr difficiler Expedition ist, zu deren Administration sich kaum jemand zum Besten des Wercks selbst finden mögte“.⁷⁵⁹ Auch der Bäckergilde könne die Organisation und Verwaltung eines Mehlmagazins nicht zugemutet werden, da sonst ihre eigene Arbeit darunter leiden würde. Der hohe Mehlpreis sei, nach Rücksprache mit den Bäckern, gerechtfertigt, da diese bei einem geringeren Verkaufspreis „nicht anders subsistieren“ könnten.⁷⁶⁰ Zudem sei der einzeln verkaufte Himten im Verhältnis immer etwas teurer als der Wispel. Regulieren solle man dies aber dennoch nicht, da die Händler ansonsten gar keine kleinen Mengen mehr abgäben und die ärmeren Stadtbewohner so vor noch größeren Problemen stünden. Die Vertreter Wolfenbüttels sahen die Anlegung eines Mehlmagazins nicht ganz so negativ wie ihre Braunschweiger Kollegen.⁷⁶¹ Auch die Bäcker des damaligen Regierungssitzes erklärten sich bereit sich zu beteiligen und eine gewisse Menge Roggen zum Verkauf an die Bedürftigen zu lagern, vorausgesetzt natürlich, sie würden beim Kauf des Kornes finanziell unterstützt. Ihre Hilfe wollte die Gilde allerdings mit einigen Zugeständnissen vergolten haben. Sie verlangten, dass keine auswärtigen Händler mehr Getreide oder Mehl in der Vorstadt verkaufen dürften und baten sich zudem aus, dass niemand weniger als drei Himten Korn mahlen lassen dürfe.⁷⁶² Durch diese Einschränkungen wollte die Gilde sicherstellen, dass die Stadtbewohner:innen ihr benötigtes Mehl und Getreide nur noch bei den Bäckern erwerben könnten, sie hätten sich so gewissermaßen eine Monopolstellung gesichert. Doch dies ging der Regierung offenbar zu weit, der Vorschlag der Wolfenbütteler Bäcker wurde nicht weiter kommentiert. Im Laufe des Frühjahrs trafen weitere, ausnahmslos ablehnende, Stellungnahmen aus Braunschweig ein. Der Packhaus-Kommissar Ludwig Mathias Lüdde sowie die Kammerräte Karl Weselau und Johann Heinrich Mecken standen der Idee eines Magazins, laut eigener Aussage, zwar grundsätzlich positiv gegenüber, bezweifelten aber, dass die Einrichtung in der Lage sei, das Mehl günstig zu verkaufen, da die laufenden Kosten des Magazins auf die Preise aufgeschlagen werden müssten.⁷⁶³ Lüdde sowie einige Mitglieder des Stadtkollegiums schlugen in einem weiteren Schreiben vor, den Mehlpreis zu senken, indem zunächst die Bäckerordnungen reformiert

⁷⁵⁹ Schreiben Magistrat Braunschweig an Herzog Karl. 03.02.1745. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13372. Bl. 8r-25v. Hier Bl. 18r.

⁷⁶⁰ Ebd. Bl. 10r.

⁷⁶¹ Vgl. für das Folgende: Schreiben Vertreter Wolfenbüttel an Herzog Karl. 31.03.1745. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13372. Bl. 28r-30av.

⁷⁶² Ebd. Bl. 30v-30ar.

⁷⁶³ Schreiben L. M. Lüdde; K. Weselau; J. H. Mecken an Herzog Karl. 29. 03.1745. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13372. Bl. fol. 36r-44v.

und das Mehl fortan nach Gewicht verkauft würde. Erst wenn diese Maßnahmen nicht fruchteten, könne man erneut überlegen ein Magazin einzurichten.⁷⁶⁴

Der Herzog beugte sich dem Ratschlag der befragten Experten und gab die Idee eines Mehlmagazins zunächst auf. Stattdessen wurde befohlen, das Mehl von nun an nach Gewicht und im Verhältnis zum Kornpreis zu verkaufen.⁷⁶⁵ Doch offensichtlich führte diese Maßnahme nicht zum gewünschten Erfolg, denn bereits zwei Jahre später wurde die Einrichtung erneut diskutiert. Diesmal ging die Initiative von Bodo Heinrich Morgenstern, einem Juristen und Amtmann im Amt Eich, aus. Morgenstern hatte am Collegium Carolinum in Braunschweig gelehrt, war dort aber wegen häufiger Abwesenheit im Jahr 1747 entlassen worden.⁷⁶⁶ Vermutlich war dies ein Grund, warum er sich im Dezember dieses Jahres an Heinrich Bernhard Schrader von Schliestedt, den leitenden Minister des Herzogs, wandte und diesem ein Schreiben mit Anmerkungen zum Mehlmagazin einreichte. Anders als Söchting zwei Jahre zuvor bat Morgenstern zwar nicht direkt um eine Anstellung im zu gründenden Magazin, erbat sich von Schrader jedoch „allenfalls gegen mächtige Verfolgung gedeckt“ zu sein.⁷⁶⁷ Dieser Wunsch könnte zwar Ausdruck einer ausgeprägten Paranoia sein, spricht aber vermutlich auch dafür, dass Morgenstern es sich mit wichtigen Braunschweiger Persönlichkeiten verdorben hatte und sich nun positiv in Erinnerung bringen wollte.⁷⁶⁸ In jedem Fall sicherte ihm Schrader, recht unbestimmt, zu, dass ihm durch seine Eingabe kein Schaden entstehe. Interessant ist es, dass Morgenstern sich mit seinem Plan nicht direkt an den Herzog wandte, welcher 1745 den Anstoß zur Planung des Magazins gegeben hatte, sondern an dessen Minister. Dies könnte dafürsprechen, dass der Amtmann bereits mit Schrader, den er im Anschreiben seines Briefes als „Gönner“ bezeichnete, bekannt war und sich daher von diesem eine positive Reaktion erhoffte. Zudem setzte der Minister sich regelmäßig für die Errichtung von Magazinen ein.

⁷⁶⁴ Schreiben an Herzog Karl. 06.05.1745. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13372. Bl. 33r-35v.

⁷⁶⁵ Verordnung vom 12.06.1745. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13372. Bl. 47r.

⁷⁶⁶ S. dazu: Eschenburg, Johann Joachim: Entwurf einer Geschichte des Collegii Carolini in Braunschweig. Berlin und Stettin 1812. S. 79-80.

⁷⁶⁷ Schreiben B. H. Morgenstern an H.B. Schrader von Schliestedt. 13.12.1747. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13372. Bl. 62r-64v. Hier Bl. 64v.

⁷⁶⁸ Tatsächlich artikulierte Morgenstern an weiteren Stellen seines Schreibens die Angst vor Verfolgung, Bestrafung oder Zensur. Er gab an, Lösungen zu präsentieren, welche „man in einigen collegiis und corporibus nicht gerne angeführet hört.“ Zudem fürchtete er, „daß [s]eine geringen Gedanken der schärfsten Censur unterworfen werden.“ Ebd. Bl. 62r-62v. Ob es sich hierbei lediglich um einen stilistischen Kniff handelte, um seinen Plan attraktiver wirken zu lassen, oder er tatsächlich von seinem explosiven Gehalt seiner Ideen überzeugt war, muss offenbleiben. Der Inhalt seines Schreibens rechtfertigt seine Furcht zumindest in keiner Weise, sein Magazinplan enthält keinerlei revolutionäres Potential.

Zur konkreten Planung eines Magazins hatte Morgenstern dann aber erstaunlich wenig und lediglich Oberflächliches zu sagen. Ein Mehlmagazin hielt er für wenig zielführend, da in einem solchen nur „ein karger Bestand des Mehls“ gespeichert werden könne.⁷⁶⁹ Zudem sei eine derartige Einrichtung sehr teuer und damit schädlich für die Finanzen des Landes. Stattdessen plädierte Morgenstern dafür, ein Kornmagazin in Braunschweig anzulegen, um so die hohen Preise zu regulieren. Eine Summe zwischen 18 und 21 Groschen für einen Himten Roggen hielt Morgenstern dabei für „das Mittel unter einem exessiv-hohen und schändlich wohlfeilen Preis [...]“.⁷⁷⁰ Er argumentierte dabei im Einklang mit zahlreichen zeitgenössischen Theoretikern, welche weder einen zu hohen noch einen zu niedrigen Getreidepreis für erstrebenswert hielten.⁷⁷¹

Die Befürchtung, dass öffentliche Magazine zu Trägheit innerhalb der Bevölkerung führen würden, fand sich in zahlreichen Abhandlungen zur Thematik.⁷⁷² Auch in Morgensterns Magazinplan klingt diese Sorge an. Er befürchtete, „daß bei leidlichen Korn-preisen das gemeine Volk schranckenlos werde, [...] besonders die dienstbothen sich auf ihre hand sezeten“.⁷⁷³ Ebenso wie die Teilnehmer der öffentlichen Debatte wollte Morgenstern dies durch verschärfte Kontrollen und vermehrten Druck verhindern. Er schlug dementsprechend vor, die Strafen für untätige Dienstboten zu erhöhen.⁷⁷⁴

Als zusätzliche Maßnahmen zur Verbesserung der Getreideversorgung plädierte Morgenstern für einige Verbesserungen innerhalb des Getreidehandels, eine Reformation der Bäckerordnungen und, interessanterweise, für eine verschärfte und erneuerte Kleiderordnung.

Trotz des teilweise wirren Charakters und des vergleichsweise geringen Informationsgehaltes des Schreibens, widmete Schrader ihm sorgfältige Aufmerksamkeit. Handschriftliche Notizen zu jedem Vorschlag Morgensterns belegen dies. Zumeist hielt Schrader diese jedoch für überflüssig oder nicht umsetzbar. Auch die Regulierung des Kornpreises mittels eines Magazins konnte ihn nicht überzeugen: „Den Korn-Preiß in seine Schrancken zu setzen, habe mehr auf sich als ein Mehl-Magazin [...]“.⁷⁷⁵

⁷⁶⁹ Ebd. Bl. 62v.

⁷⁷⁰ Ebd. Bl. 63r-63v.

⁷⁷¹ Vgl. dazu Kapitel 2.1.

⁷⁷² Vgl. dazu Kapitel 3.1.4.

⁷⁷³ Schreiben B. H. Morgenstern. Bl. 64r.

⁷⁷⁴ Ebd. Bl. 63v-64r.

⁷⁷⁵ Ebd. Bl. 62r.

Ob die Ausführungen Morgensterns nun der Anlass waren oder nicht, die Debatte um die Einrichtung eines öffentlichen Magazins nahm im Winter 1747/48 erneut Fahrt auf. Im Januar 1748 meldete sich Otto Friedrich Bartels, der Amtmann von Lutter am Barenberg mit einem Plan zur „Anlegung eines korn-Magazins vor den Land-Mann“ zu Wort.⁷⁷⁶ In seinem Schreiben nahm Bartels Bezug auf eine Aufforderung des Herzogs, der im Dezember 1747 erneut dazu aufgerufen hatte, Vorschläge zur Anlegung öffentlicher Magazine einzusenden. Die Regierung war also bestrebt die zwei Jahre zuvor versandeten Planungen wieder zu beleben. Nun sollten nicht nur Magazine für die großen Städte Braunschweig und Wolfenbüttel geplant werden, sondern auch ländliche Gegenden mit einbezogen werden.⁷⁷⁷ Neben den üblichen Beteuerungen wie „nöthig und nützlich“ öffentliche Magazine für das Land seien, unterschied Bartels in seinem Plan ganz deutlich zwischen kurz- und langfristig angelegten Einrichtungen.⁷⁷⁸ Magazine, die „bey steigenden Korn Preisen oder gar [...] bei bereits eingetretener Theuerung“ angelegt würden, würden dem „gemeinen Wesen“ nicht helfen, sondern die Situation sogar noch verschlimmern.⁷⁷⁹ Der Zweck eines Magazins sei es „die Theuerung zu wehren, oder doch in solcher die Unterthanen zu foulagieren [...]“.⁷⁸⁰ Zur Anlegung eines entsprechenden Vorrats brauche man eine ausreichende Summe Geld, die von der Landesregierung vorgestreckt werden könnte. Um die öffentlichen Kassen zu schonen, schlug Bartels vor, alternativ das Zins- und Zehntkorn der einzelnen Ämter zu verwenden. Dies könnte entweder direkt gespeichert oder aber die Abgaben von den Zehntpflichtigen monetär geleistet werden, um so einen finanziellen Grundstock für ein Magazin zu erhalten.⁷⁸¹ Die Idee, öffentliche Magazine mit Zins- und Zehntkorn zu betreiben, wurde im untersuchten Zeitraum immer wieder diskutiert, da es als eine kostengünstige Methode galt. In der Praxis wurden die Magazine dann, bis auf wenige Ausnahmen, mit eigens angekauftem Getreide befüllt.⁷⁸² Die Abgabe aus dem Magazin solle über Bezugsscheine organisiert werden, mit denen Berechtigte ausgestattet werden sollten, um Missbrauch zu vermeiden. Für die Verwaltung und Aufbewahrung des Vorrats sollten die lokalen Amtleute verantwortlich gemacht werden, die darauf zu achten hätten, das Getreide sauber und frisch zu halten.⁷⁸³ Zur langfristigen Konservierung des gespeicherten Getreides

⁷⁷⁶ Schreiben O. F. Bartels an Herzog Karl. 18.01.1748. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13387. Bl. 3r-10v.

⁷⁷⁷ Ebd.

⁷⁷⁸ Ebd. Bl. 3r.

⁷⁷⁹ Ebd. Bl. 4v.

⁷⁸⁰ Ebd. Bl. 5r.

⁷⁸¹ Vgl. für das Folgende: Ebd. Bl. 5v-7r.

⁷⁸² Vgl. dazu Kapitel 3.2.2.

⁷⁸³ Schreiben O. F. Bartels. Bl. 9r.

schlug Bartels vor, dieses unter der Erde zu lagern.⁷⁸⁴ Nach und nach sollten die Einrichtungen auf das ganze Land ausgeweitet und in jedem Dorf ein eigenes Magazin gegründet werden.⁷⁸⁵ Auch Heinrich Bernhard Schrader von Schliestedt stieg im Winter 1747/48 in die Planungen für ein öffentliches Magazin ein und entwarf im Dezember 1747 ein entsprechendes Schreiben.⁷⁸⁶ Darin betonte er eindringlich die Wichtigkeit derartiger Einrichtungen, welche vor allem ärmeren Menschen zugutekämen. Schrader kritisierte, dass gerade diejenigen, welche auf niedrige Getreidepreise angewiesen seien, besonders belastet würden. So sei es stets kostspieliger kleine Mengen Getreide zu kaufen oder mahlen zu lassen. Zudem litten die Armen häufig unter schlechter Behandlung seitens Getreidehändlern, Müllern oder Bäckern, welche ihnen zudem häufig minderwertige Ware verkauften.⁷⁸⁷ Durch öffentliche Magazine könne man die Armen also sinnvoll unterstützen. Schrader befürwortete dabei sowohl Mehl- als auch Getreidemagazine. Zur Organisation der Einrichtungen hatte er verschiedene Ideen. Zunächst schlug er vor, dass die Menschen ihr Getreide auf dem fürstlichen Proviantboden einliefern könnten. Dort werde es verwaltet und bei Bedarf wieder ausgeteilt.⁷⁸⁸ Die Kosten für diese Einrichtung sollen von dem Geld bestritten werden, welches sonst an die Gewinner beim Scheibenschießen gezahlt werde, denn so sei es „viel besser angewandt“.⁷⁸⁹ Dieses Modell, welches an die Funktionsweise einer Bank erinnert, wurde im untersuchten Zeitraum wiederholt diskutiert, in der Praxis aber nie umgesetzt.⁷⁹⁰ Dieser Plan spiegelt eine Denkweise wider, nach derer es Handwerkern, Bauern oder Tagelöhnern nicht zugetraut wurde, ihr Getreide verantwortungsvoll und vorausschauend zu verwalten. Durch diese Form eines Magazins sollten sie somit zur Vorsorge gezwungen werden. Ein weiterer ergänzender Vorschlag beinhaltete, wie so häufig, die Mitarbeit der Bäcker Gilde. Diese sollte verpflichtet werden eine gewisse Menge Korn aufzukaufen und in ihren Lagerräumen vorrätig zu halten. Ein Bäckermeister mit einigen Gesellen sollte demnach etwa einen halben Wispel Korn bereithalten.⁷⁹¹ Ein Mehlmagazin mit einem steten Vorrat von etwa einem Wispel Mehl könne auch auf dem

⁷⁸⁴ Auf diesen etwas skurril anmutenden Vorschlag Bartels wird im Kapitel 4.2.3 näher eingegangen.

⁷⁸⁵ Schreiben O. F. Bartels. Bl. 9r.

⁷⁸⁶ Schreiben H. B. Schrader von Schliestedt. 20.12.1748. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13384. Bl. 3r-12v.

⁷⁸⁷ Ebd. Bl. 3.-3v.

⁷⁸⁸ Ebd. Bl. 5r-5v.

⁷⁸⁹ Ebd. Bl. 5v.

⁷⁹⁰ S. dazu Kapitel 3.2.2.

⁷⁹¹ Schreiben H. B. Schrader v. Schliestedt. Bl. 5v-6r.

Fürstlichen Proviandboden eingerichtet werden. Die Kosten dieser „gemeinnützigen Anstalt“ müssten dann von der Allgemeinheit getragen werden.⁷⁹²

Bei der Ausgabe des Mehls oder Getreides müsse zudem strikt darauf geachtet werden, dass es gerecht zugehe und Betrügereien verhindert würden. Sei die Gilde für die Magazine zuständig, müssten diese stets in Absprache mit der Policey handeln und nicht eigenmächtig entscheiden, wer Korn oder Mehl erhalte. Im Zweifelsfall seien besonders Bedürftige und große Familien stets zu bevorzugen.⁷⁹³ Schrader betonte wiederholt, dass ein derartiges Unternehmen lediglich eine Maßnahme unter vielen sein könne. Zukünftig brauche Braunschweig-Wolfenbüttel nicht nur öffentliche Magazine für die besonders Bedürftigen, sondern ein General Magazin-System für das ganze Land.⁷⁹⁴ Dies könne, im Zusammenspiel mit weiteren getreidepolitischen Maßnahmen, wie der Verhinderung des Fürkaufs, der Förderung der Getreidezufuhr und einer Vereinheitlichung der Maße und Gewichte,⁷⁹⁵ zur langfristigen Verbesserung der Getreideversorgung führen. Schrader betrachtete öffentliche Magazine folglich nur als einen Schritt auf dem Weg zur Nahrungssicherheit.

Der Herzog, dessen eigener Vorstoß zwei Jahre zuvor nicht zum Erfolg geführt hatte, nahm Schraders initiative zum Anlass das Thema erneut zu diskutieren. Wiederum wurden die Experten befragt, das Memorandum des Ministers wurde im Februar 1748 mit der Bitte um Stellungnahme an das Policeyamt in Wolfenbüttel geschickt. Doch während die von Schrader vorgeschlagenen Verbesserungen des Getreidehandels bei den lokalen Verantwortlichen überwiegend auf Zustimmung stießen, wurde die Idee eines öffentlichen Magazins erneut ablehnend behandelt. Die Policeybeamten, die sich mit ihrer Einschätzung bis zum Juni 1748 Zeit ließen, betonten zwar wortreich, dass ein öffentliches Magazin „so nützlich als dem gemeinen Wesen ersprießlich seyn würde [...]“,⁷⁹⁶ lehnten dessen tatsächliche Einrichtung allerdings trotzdem ab. Für ein Magazin fehle sowohl der nötige Platz als auch das Personal. Beides zu beschaffen sei viel zu kostspielig, wie eigentlich auch der gesamte Plan, für den „viele 1000

⁷⁹² Ebd. Bl. 11v.

⁷⁹³ Ebd. Bl. 6v-7r.

⁷⁹⁴ Ebd. Bl. 5r.

⁷⁹⁵ Die Vereinheitlichung der Maße und Gewichte war in Braunschweig-Wolfenbüttel ein wiederkehrendes Thema, welches im untersuchten Zeitraum immer wieder erörtert wurde. Bereits in einer Policeyordnung von 1561 wurde diese Thematik behandelt und stellte auch 200 Jahre später immer noch ein Problem dar. Vgl. dazu: Butz, Werner: Der Polizeibegriff im Herzogtum Braunschweig-Wolfenbüttel. Umfang und geschichtliche Entwicklung bis 1806. Braunschweig 1986. S. 148.

⁷⁹⁶ Schreiben Policeyamt Wolfenbüttel an Herzog Karl. 26.06.1748. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13384. Bl. 31v-34v.

Rthl.“ nötig seien.⁷⁹⁷ Darüber hinaus würde die Einrichtung ihren Zweck verfehlen, da „[d]ie gnädigste Absicht, den armen Bürgern vornehmlich damit auszuhelfen, gestalten sachen nach, nicht erreicht werden dürffe [...]“.⁷⁹⁸ Da die Bäckergilde zudem stets einen gewissen Vorrat bereithalte, müsse sie nicht eigens dazu verpflichtet werden. Zudem gaben die Wolfenbütteler Vertreter zu bedenken, dass ein Magazin einen hohen Verwaltungsaufwand erfordere und zudem immer in Gefahr sei durch Betrug und Korruption Verluste zu erleiden. Ein Magazin solle erst dann erwogen werden, wenn die anderen, von Schrader angeregten getreidepolitische Maßnahmen zum Erfolg geführt hätten.

Mit einer sehr ähnlichen Argumentation hatte bereits zwei Jahre zuvor das Magistrat in Braunschweig die Einrichtung eines Magazins abgelehnt, was die Planungen im Jahr 1745 beendet hatte. So war es auch in diesem Fall, der Plan eines öffentlichen Magazins für Bedürftige in Wolfenbüttel wurde zunächst nicht weiterverfolgt, allerdings nicht komplett aufgegeben. Spätestens im Jahr 1753 existierte eine derartige Einrichtung in Wolfenbüttel, die allerdings, auch wegen der mangelnden Kooperation der lokalen Verantwortlichen, nicht lange Bestand hatte. Schrader von Schliestedt, der die Planungen dieser Phase intensiv begleitet hatte, blieb weiterhin höchst interessiert an der Thematik. Im Jahr 1750 arbeitete er, wie bereits zwei Jahre zuvor angekündigt, einen ausführlichen Plan für ein „General-Land-Korn-Magazin“ aus.⁷⁹⁹ Zu Beginn beklagte Schrader eindringlich das Fehlen eines funktionierenden Magazinsystems im Lande und betonte die Wichtigkeit von guter Vorsorge, da bei bereits eingetretenem Mangel, nur noch schwer gegenzusteuern sei:

„In den leztenn theuren Jahren haben wir mehr als einmal entpfinden mußen, was vor ein großen Mangel der Anlegung eines Korn Vorraths sey, u. daß sich in der Theurung selbst dagegen keine hinlangliche Anstalt machen laße. Dem Ansehen nach schickt Gott wohlfeile Zeiten u. es dürfe der Vorsichtigkeit gemäß, wo nicht gar eine Schuldigkeit seyn, in guten Tagen daran zu dencken, daß schlimme an komen können.“⁸⁰⁰

In diesem Sinne plädierte der Minister dafür, die ins Stocken geratenen Planungen wiederaufzunehmen. Er schlug vor, bei guter Ernte und niedrigen Kornpreisen von jedem Bauer einen

⁷⁹⁷ Ebd. Bl. 32r.

⁷⁹⁸ Ebd. Bl. 32r-32v.

⁷⁹⁹ Pro Memoria H. B. Schrader von Schliestedt. 1750. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13390.

⁸⁰⁰ Ebd. Bl. 2r-2v.

kleinen Teil der Ernte einzusammeln und so nach und nach ein umfassendes Magazinsystem mit Standorten in jeder Ortschaft aufzubauen. Dabei sollte nicht nur Roggen gespeichert werden, sondern auch Weizen, Gerste, Hafer, Erbsen und Wicken. Schrader berechnete, dass so in einem Jahr etwa 2800 Wispel zusammenkommen könnten.⁸⁰¹ In diesem Tempo dauere es allerdings 10 Jahre, bis das Magazin eine komplett ausgefallene Ernte ersetzen könne, daher müsse das Vorhaben bald angegangen und konsequent verfolgt werden. Doch auch diese Planung führte ins Leere. Schraders Ratskollege Justus Heinrich von Bötticher äußerte Bedenken und vermutete, dass die Landwirte nicht in der Lage oder nicht willens seien regelmäßige Abgaben ans Magazin zu leisten. So wurde auch dieser Plan zu den Akten gelegt.

Damit endete auch die erste der hier identifizierten drei Planungsphasen. Keines der in Angriff genommenen Magazinprojekte wurde realisiert. Diese Phase war sowohl von der Absicht zur Verbesserung der Getreideversorgung als auch vom Unvermögen, diese Absicht dann auch in die Tat umzusetzen, geprägt. Es blieb bei der gedanklichen Vorwegnahme künftigen Handelns, ohne dieses Handeln in die Tat umzusetzen. In der nun folgenden zweiten Phase konnte allerdings auf die zuvor gewonnenen Erfahrungen zurückgegriffen werden.

In der ersten Hälfte der 1750er Jahre hatten einige Pläne dazu geführt, dass tatsächlich öffentliche Magazine eingerichtet wurden. Zum einen war dies das bereits erwähnte, allerdings recht kurzlebige, Magazin in Wolfenbüttel, welches offenbar trotz des anfänglichen Widerstandes der lokalen Verantwortlichen eröffnet worden war.⁸⁰² Nachdem die Planungsphase im Juni 1748 durch die ablehnende Haltung der Vertreter des örtlichen Policeyamtens zunächst ins Stocken geraten war, kündigte Herzog Karl im November 1753 an, dass er nach wie vor gedenke ein öffentliches Magazin in Wolfenbüttel eröffnen zu lassen.⁸⁰³ Die Finanzierung war gesichert und das Policeyamt wurde angewiesen Roggen anzukaufen und diesen an geeigneten Orten zu lagern. Mit dem Verkauf solle im Frühjahr begonnen werden, dabei müsse der Verkaufspreis mindestens einen Groschen unter den aktuellen Marktpreis liegen. Die Einnahmen sollten möglichst gewinnbringend angelegt werden. Über alle Aktivitäten sei Buch zu füh-

⁸⁰¹ Schrader gab dabei 1.250 Wispel Roggen und Weizen, 1.250 Wispel Gerste und Hafer, sowie 313 Wispel Erbsen, Wicken „und dergl.“ an. Bei seiner Berechnung ging er davon aus, dass im Land etwa 200 Morgen mit Weizen und Roggen bestellt würden. Der Anteil der Gerste- und Haferfelder sei etwas größer. Auf etwa 50 Morgen würden Erbsen und andere Brachfrüchte angebaut. Ebd. Bl. 4r-4v.

⁸⁰² Neben den hier diskutierten Magazinen in Wolfenbüttel und Gandersheim erwähnt Albrecht für das Jahr 1753 zusätzlich geplante Einrichtungen für Braunschweig, Helmstedt und Seesen. S. Albrecht, Landesausbau. S. 141.

⁸⁰³ Vgl. für das Folgende: Schreiben Herzog Karl an Policeyamt Wolfenbüttel. 26.11.1753. NLA WO, 2 Alt. Nr. 13384. Bl. 78r-79r.

ren und regelmäßig Bericht zu erstatten. Der Herzog schloss die Anweisungen mit dem deutlichen Wunsch, dass „Unsere gnädigste Absicht dahin gehet, daß mit dem Korn Magazin beständig fortgefahren werde.“⁸⁰⁴

Im Gegensatz zu vorangegangenen Planungen, welche nach negativen Rückmeldungen abgebrochen worden waren, wurde dieses Vorhaben intern, vermutlich ohne Einbeziehung der lokalen Akteure, weiterverfolgt. Anstatt diese nochmals nach ihrer Einschätzung zu fragen, wies der Herzog sie an, das Magazin nach seinen Vorstellungen zu gestalten. Dabei flossen einige Aspekte vorangegangener Pläne in das Vorhaben ein, auch die Bedenken der befragten Experten wurden, zumindest teilweise, berücksichtigt. Dieses Vorgehen mag dem Umstand geschuldet gewesen sein, dass die letzten Jahre offenbart hatten, dass die lokalen Akteure wenig Interesse daran hatten, öffentliche Magazine in ihren Heimatorten aufzubauen und kaum Konstruktives zu den entsprechenden Planungen beitrugen. Stattdessen wollten sie auf alternative Methoden zur Sicherung der Kornversorgung setzen. Regierung und lokale Akteure verfolgten hier also unterschiedliche Absichten, was durch die vorangegangenen Planungen deutlich geworden war. Zwar setzte sich die Regierung mit ihrem Wunsch nach einem öffentlichen Magazin in Wolfenbüttel zunächst durch, die Absicht des Herzogs mit der Einrichtung „beständig“ fortzufahren wurde aber letztendlich nicht erreicht.⁸⁰⁵ Ein weiteres Magazin, welches im Jahr 1753 nach dieser Methode geplant wurde, stand in Gandersheim. Hier war die Regierung noch eigenständiger vorgegangen, die Planung war, soweit nachvollziehbar, ohne ausgiebige vorherige Befragung lokaler Akteure vonstattengegangen. Der Anlass zur Magazingründung war ein Bittgesuch des dortigen Gerichtsschultheiß Anton Ulrich Büttner. Er berichtete darin, dass die Menschen im Amt Gandersheim aufgrund hoher Kornpreise nicht mehr in der Lage seien sich selbst zu versorgen. Der Amtmann weigerte sich aber den Kornspeicher auf dem Amtshaus zu öffnen und die dort enthaltenen Vorräte an die Bevölkerung auszugeben. Büttner bat daher darum die Öffnung des Kornbodens zu befehlen.⁸⁰⁶ Der Herzog folgte dieser Bitte umgehend, darüber hinaus wurden auch Planungen für ein öffentliches Magazin aufgenommen, um derartige Notsituationen in Zukunft zu vermeiden. Im Oktober 1753 erreichte Büttner dann ein Schreiben aus Braunschweig, in dem ihm, mit Verweis auf die Notlage der

⁸⁰⁴ Ebd. Bl. 79 r.

⁸⁰⁵ Auf das weitere Schicksal des öffentlichen Magazins in Wolfenbüttel wird in Kapitel 3.2.4 eingegangen.

⁸⁰⁶ Schreiben A. U. Büttner an Herzog Karl. 25.05.1753. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13401. Bl. 2r-3r.

vergangenen Monate, aufgetragen wurde, sich um die Organisation eines Magazins zu bemühen.⁸⁰⁷ Der Gerichtsschultheiß sollte um Weihnachten herum 50 bis 60 Wispel Getreide aufkaufen. Zu diesem Zweck sollte er sich 500 Taler auszahlen lassen. Falls weiteres Kapital notwendig werde, müsse Büttner dieses eigenständig beschaffen.⁸⁰⁸ Tatsächlich ist davon auszugehen, dass er mit der bewilligten Summe von 500 Talern zum Ankauf von 50 bis 60 Wispel Getreide nicht auskam. Im Dezember 1753 und Januar 1754 kostete ein Wispel Roggen zwischen 26 und 28 Talern. Für einen Ankauf von 50 Wispeln wäre also mindestens eine Summe von 1.350 Talern nötig gewesen. Auch wenn anzunehmen ist, dass der Preis pro Wispel bei einem Einkauf einer größeren Menge etwas sinken würde, waren sicherlich weitere 500 Taler nötig, um die geforderte Menge Getreide anzukaufen.⁸⁰⁹ Diese Summe musste von Büttner angeliehen werden. Eventuell deutet sich hier ein weiterer Anhaltspunkt dafür an, warum die lokalen Akteure der Einrichtung öffentlicher Magazine eher kritisch gegenüberstanden.

Das Magazin in Gandersheim sollte im Frühjahr mit der Ausgabe des Kornes beginnen, allerdings erst, sobald der Marktpreis über dem Einkaufspreis liege. Büttner wurde weiterhin angewiesen, bei der Ausgabe stets aufzupassen, dass noch genug Getreide im Magazin vorrätig sei, um jederzeit für eine zukünftige Missernte oder Teuerung gerüstet zu sein. Die Einnahmen des Magazins seien möglichst gewinnbringend, aber sicher anzulegen und über alle Vorgänge sollte sorgfältig Buch geführt und regelmäßig Bericht erstattet werden.⁸¹⁰

Bei den Magazinplanungen des Jahres 1753 wird deutlich, dass sich nunmehr ein gesichertes Vorgehen entwickelt hatte. Die zweite der zu Beginn vorgestellten drei Planungsphasen war erreicht. Waren die Planungen der 1740er Jahre noch sehr offen, teilweise wenig praxisnah und von ausführlicher Kommunikation mit den verschiedenen Beteiligten geprägt gewesen, zeigte sich zu Beginn der 1750er Jahre ein mehr zielgerichtetes Prozedere. Freilich führte dies nun auch dazu, dass teilweise an den lokalen Akteuren vorbei entschieden wurde, was zumindest in Wolfenbüttel zu Schwierigkeiten führte. Die beiden zunächst erfolgreich realisierten

⁸⁰⁷ Schreiben Herzog Karl an A. U. Büttner. 13.10.1753. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13401 Bl. 8r-9r.

⁸⁰⁸ Ebd. Bl. 8v.

⁸⁰⁹ S. für die Getreidepreise der betreffenden Zeit: Braunschweigische Anzeigen. 103 u. 8. Stück, 26.12.1753 u. 08.01.1754. Es ist davon auszugehen, dass es um Roggen ging, da öffentliche Magazine in der Regel mit Roggen befüllt wurden. In den Anzeigen fanden sich allerdings keine Angaben für den Wispelpreis in Gandersheim, daher wurde auf den Preis für Braunschweig zurückgegriffen. Da der Preis für einen Himten Roggen für Gandersheim und Braunschweig übereinstimmte, ist davon auszugehen, dass dies auch für den Wispelpreis zutraf. Letztendlich ist es aber nicht bekannt, wo das fragliche Getreide angekauft wurde. Im Kapitel 3.2.2 wird nochmals näher auf diesen Sachverhalt eingegangen.

⁸¹⁰ Schreiben Herzog Karl an A. U. Büttner. Bl. 9r.

Planungen des Jahres 1753 waren allerdings beide nicht von langer Dauer, beziehungsweise konnten die in sie gesetzten Erwartungen nicht erfüllen. Spätestens im Jahr 1756 kam es sowohl in Wolfenbüttel als auch in Gandersheim erneut zu Getreidemangel. Die folgenden Jahre waren für das Fürstentum in vielerlei Hinsicht problematisch. Im Frühjahr 1756 begannen die Getreidepreise anzusteigen und schon bald erreichten die Regierung immer mehr Berichte, dass viele Menschen sich nicht mehr selbstständig mit Getreide versorgen konnten. Zudem kämpfte Braunschweig-Wolfenbüttel ab dem August des Jahres gemeinsam mit den großen Nachbarn Preußen und Hannover im Siebenjährigen Krieg. Die Jahre 1756-1758 entwickelten „[w]irklich krisenartigen Charakter“⁸¹¹ und es kam im ganzen Land zu Versorgungsschwierigkeiten. Diese Faktoren führten dazu, dass es nun in erster Linie darum ging, den Getreidemangel kurzfristig und effizient zu bewältigen. Ausgiebige und langfristige Planungen, wie sie in den vergangenen Jahren stattgefunden hatten, mussten nun kurzfristigen Problemlösungen weichen. Teilweise ließen die schweren Zeiten allerdings auch wieder Experten und selbsternannte Experten⁸¹² in Aktion treten, welche die Gelegenheit ergreifen wollten, sich durch sorgfältig ausgearbeitete Magazinpläne verdient zu machen. Im Mai 1756 wandte sich Johann Christoph Friedrich Heise, Braunschweiger Kanzleisekretär, Dichter und Verfasser zahlreicher Artikel in den *Braunschweigischen Anzeigen*, mit einem derartigen Plan an Heinrich Bernhard Schrader von Schliestedt.⁸¹³ Schrader war mittlerweile vermutlich als das Mitglied der Regierung bekannt, welches das größte Interesse an öffentlichen Magazinen hatte und wurde daher bei derartigen Plänen bevorzugt adressiert. Neben ausführlichen Erörterungen über Themen wie die Aufgaben guter Policey, Geldentwertung, Bevölkerungswachstum und Verschwendungssucht, enthält das Schreiben Heises tatsächlich auch einen detailliert ausgearbeiteten Plan für ein öffentliches Magazin in Braunschweig.⁸¹⁴ Im Gegensatz zu zahlreichen anderen Plänen, in denen die Menge des im Magazin enthaltenen Kornes nicht in Relation zum tat-

⁸¹¹ Albrecht, Landesausbau. S. 98.

⁸¹² Die Wendung „selbsternannte Experten“ soll keine Wertung bezüglich der tatsächlich vorhandenen Expertise dieser Personen enthalten. Stattdessen soll sie in Abgrenzung zu „Experten“ stehen, welche von den Entscheidungsträgern aktiv um ihre Expertise gebeten wurden und somit die soziale Anerkennung ihres Sonderwissens besaßen. S. zum Expertenbegriff FN 755. Die „selbsternannten Experten“ hingegen brachten ihr Wissen unaufgefordert ein, unabhängig davon, ob dieses sozial anerkannt wurde oder erwünscht war.

⁸¹³ S. zu Heise: Krause, Karl Ernst Herrmann: Heise, Johann Christoph Friedrich. In: Allgemeine Deutsche Biographie. Bd. 11. Leipzig 1880. S. 669.

⁸¹⁴ Schreiben J. C. F. Heise an H. B. Schrader von Schliestedt. 20.05.1756. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13394. Bl. 15r- 16.v. Angehängt: Vorschlag eines in Braunschweig zu errichtenden Korn Magazins. Bl. 17r- 24r. Der Plan stammt laut des Datums bereits aus dem Jahr 1754, wurde aber dem Schreiben aus dem Jahr 1756 beigelegt.

sächlichen Bedarf stand, bemühte Heise sich den Getreideverbrauch Braunschweigs zu quantifizieren. Er ging dabei von einem jährlichen Pro-Kopf Konsum an Roggen, Weizen und Erbsen von zwölf Himten aus. In Form von Branntwein oder Bier konsumiertes Korn ließ er bei der Rechnung explizit außen vor. Laut Heises Schätzung lag die Menge an täglich verzehrtem Getreide demnach bei etwas über einem Liter pro Person und Tag, was sich, rechnet man den zusätzlichen Bier- und Branntweinkonsum dazu, mit zeitgenössischen Angaben sowie späteren Berechnungen deckt.⁸¹⁵ Für Braunschweig nahm er 40.000 Einwohner:innen an.⁸¹⁶ Damit ergäbe sich für die Stadt ein Getreideverbrauch von etwa 1.000 Wispel pro Monat. Für das ganze Land, in dem „noch 3 mal so viele Seelen“ lebten, müsse man mindestens nochmal 12.000 Wispel für etwa drei Monate ansetzen, zusätzlich werde noch eine größere Quantität zum Brauen von Bier, Brennen von Branntwein und Füttern der Tiere benötigt.⁸¹⁷ Diese Mengenangaben zeigen, dass es so gut wie unmöglich war, Magazine zu unterhalten, welche die gesamte Bevölkerung im Notfall versorgen könnten, ein Kritikpunkt, welcher auch regelmäßig von Gegnern öffentlicher Magazine angebracht wurde.⁸¹⁸ Allerdings war den Befürwortern der Einrichtungen überwiegend bewusst, dass Magazine keine Vollversorgung leisten und lediglich unterstützend, im Zusammenspiel mit weiteren Maßnahmen, zur Sicherung der Nahrungsversorgung beitragen könnten. So wollte Heise seine Berechnungen auch nicht als Argument für die Nichtdurchführbarkeit von Magazinen verstanden wissen und arbeitete im Folgenden verschiedene Ideen zur Umsetzung von Speichereinrichtungen aus. Allerdings erhielt dieser Plan, im Gegensatz zu weitaus weniger gehaltvollen Vorschlägen, so gut wie keine Aufmerksamkeit. Aufgrund der äußeren Umstände hatte im Jahr 1756 wohl niemand Interesse daran ein langfristiges Magazinsystem aufzubauen, welches zunächst viel Geld und Einsatz erfordern und erst in der Zukunft hilfreich sein würde. Es ging stattdessen in erster Linie um kurzfristige Krisenbewältigung, der Getreidebedarf des Landes musste gedeckt werden. In diesem Sinne verwandte die Regierung ihre dementsprechenden Energien auf die Feststellung

⁸¹⁵ Vgl. Kapitel 1.1.

⁸¹⁶ Tatsächlich lebten in der Mitte des 18. Jahrhunderts weitaus weniger Menschen in Braunschweig. Albrecht gibt für das Jahr 1768 etwa 22.500 Einwohner:innen an, allerdings ohne Militär. Albrecht, Landesausbau. S. 14-15. Es ist nicht ganz nachzuvollziehen, wie diese Diskrepanz zustande kommt. Eventuell zählte Heise das Militär dazu oder rechnete auch das Umland mit ein.

⁸¹⁷ Ebd. Bl. 16r.

⁸¹⁸ So stellte Münchhausen 1772 fest: „Wenn man aber voraus setzen will, daß in den Magazinen so viel Vorrath seyn müsse, daß alle Einwohner bey entstehenden Mangel drey oder vier Monate davon zehren können, so würden erstaunliche Magazine erfordert werden.“ Münchhausen, Kornhandel. S. 167. Reimarus zitierte diese Passage in seiner im selben Jahr veröffentlichten Preisschrift und stimmte Münchhausen zu: „Wer irgendeinen ausführlichen Ueberschlag berechnen will, wird dieses vollkommen wahr finden.“ Reimarus, Preisschrift. Sp. 1060.

im Land befindlicher Vorräte, die Bearbeitung von Hilfsgesuchen, den Ankauf von Getreide aus dem Ausland oder das Verbot des Exportes. Für einige Gegenden wurden Krisenmagazine eröffnet, so für die großen Städte Braunschweig und Wolfenbüttel sowie für das vom Mangel besonders betroffene Vorsfelde.⁸¹⁹ Keiner der Einrichtungen ging eine lange Planungsphase voraus, die Regierung wies die lokalen Verantwortlichen lediglich an, das Nötige zu veranlassen. In der vormaligen und der aktuellen Residenzstadt wurden die Armendirektorien beauftragt, möglichst viel Roggen aus dem Ausland anzukaufen, diesen gut zu lagern und an Bedürftige abzugeben. Dazu sollten die Direktorien, wenn nötig, ihr angelegtes Kapital aufkündigen.⁸²⁰ Auch der Brauergilde in Braunschweig wurde befohlen, selbstständig ein Notmagazin anzulegen. Dafür sollten sie, wenn nicht genug Geld vorhanden sei, einen Kredit im Namen der Gilde aufnehmen und möglichst viel Gerste einlagern, um die Bierversorgung der Bevölkerung zu sichern.⁸²¹ In Vorsfelde wurde der Amtmann Friedrich Christoph Lambrecht angewiesen für vier- bis fünftausend Taler Roggen anzukaufen, zu lagern und diesen bei Bedarf an die Bevölkerung auszuteilen. Das nötige Geld solle er sich entweder bei der fürstlichen Kammer leihen oder selbstständig, gegen Zinsen, vorstrecken.⁸²² Im Laufe des Jahres wurden ähnliche Einrichtungen auch für die Städte Holzminden, Helmstedt und Königslutter gegründet.⁸²³ Bei den sehr kurzfristigen und der Not geschuldeten Planungen dieser Phase fällt auf, dass den lokalen Verantwortlichen einerseits aufoktroiert wurde, wie sie vorzugehen hatten, ohne sie zuvor befragt zu haben. Andererseits wurde ihnen aber auch ein großes Maß an Freiheit bezüglich der Feinheiten der zu planenden Krisenmagazine gelassen. Beides war vermutlich der Tatsache geschuldet, dass die Regierung in dieser Situation nicht die Kapazitäten hatte, um kleinschrittige und zeitraubende Planungen zu führen. Zudem drängte die Zeit. Davon ließen die lokalen Akteure sich aber nicht abhalten, wieder einmal Bedenken gegen die Anlage eines öffentlichen Magazins anzumelden. Das Braunschweiger Armendirektorium vermeldete, obwohl die geplante Einrichtung zweifellos „der Befoderung des allgemeinen Besten“⁸²⁴ diene,

⁸¹⁹ Als „Krisenmagazine“ sollen hier Einrichtungen bezeichnet werden, welche nicht langfristig aufgebaut, sondern während bereits grassierender Teuerung eingerichtet wurden, um die größte Not zu lindern. Collet bezeichnet diese Einrichtungen als „ad-hoc Magazine“. S. Collet, Katastrophe. Z.B. S. 172.

⁸²⁰ Schreiben Herzog Karl an Armendirektorium Braunschweig und Wolfenbüttel. 15.10.1756. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13394. Bl. 43r.

⁸²¹ Schreiben Herzog Karl an Stadtmagistrat Braunschweig. 15.10. 1756. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13394. Bl. 43v.

⁸²² Schreiben Herzog Karl an F. C. Lambrecht. 15.10. 1756. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13394. Bl. 44r-44v.

⁸²³ Schreiben Herzog Karl an Stadtmagistrate Holzminden, Wolfenbüttel, Helmstedt und Königslutter. 07.12.1756. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13394. Bl. 59r-59v.

⁸²⁴ Schreiben Armendirektorium Braunschweig an Herzog Karl. 27.10.1756. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13394 Bl. 53r-54r.

fehle es ihnen dennoch an Zeit, Geld und Platz, um diese aufzubauen und zu betreuen. Doch in diesem Fall führten die vorgebrachten Einwände nicht zum Abbruch des Projekts. Dem besorgten Vertretern des Armendirektorium wurde ein Schreiben der Regierung zugestellt, in dem sie dringend angewiesen wurden, mit der Einrichtung des Magazins fortzufahren, denn „die Besorgnis, daß es der Armuth an Brod fehlen mögte, ist vor der Wichtigkeit, daß man kaum umhin kann alle übrigen Betrachtungen bey Seite zu setzen, um solchen Mangel abzuhelfen.“⁸²⁵ In diesem Sinne wurde das Magazin dann tatsächlich realisiert und versorgte die Bevölkerung in den nächsten Jahren mit vergünstigtem Getreide.

In der nun folgenden Kriegszeit fanden zunächst keine Planungen für öffentliche Magazine mehr statt. Zu sehr waren die Energien der Regierung auf den Kriegsverlauf gerichtet und zu ungewiss war die unmittelbare Zukunft des kleinen Landes.⁸²⁶ Dementsprechend lag der Fokus auf der kurzfristigen Beschaffung möglichst großer Mengen Mehl und Getreide. So auch im Jahr 1761. Nachdem die französischen Truppen im Jahr 1758 aus dem Gebiet Braunschweig-Wolfenbüttels vertrieben worden waren, hatten sie im Sommer 1761 erneut die Grenzen des Fürstentums überschritten. Im Spätsommer zeichnete sich eine Belagerung der Hauptstadt Braunschweig ab. Vor diesem Hintergrund begannen im September dringliche Planungen zur Beschaffung eines möglichst großen Mehl- und Getreidevorrats für die Stadt, um die zu befürchtende Belagerung zu überstehen. Zu diesem Zweck sollte Mehl aus den umliegenden Gegenden in die Stadt geliefert und dort gespeichert werden.⁸²⁷ Zusätzlich wurde der Getreidevorrat der städtischen Bäcker überprüft, welcher als zu gering befunden wurde. Die Regierung wies daraufhin den Stadtmagistrat an, die Bäcker dazu zu bringen ihren Vorrat zu vergrößern, notfalls auch mit Zwang.⁸²⁸ Die Einnahme der Stadt konnte letztendlich abgewendet werden, die Kampfhandlungen wurden 1762 eingestellt und 1763 endetet der Krieg auch offiziell.⁸²⁹ Die finanzielle Lage des Fürstentums war in den Nachkriegsjahren nach wie vor sehr

⁸²⁵ Schreiben Herzog Karl an Armendirektorium Braunschweig. 06.11.1756. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13394. Bl. 55r-55v.

⁸²⁶ Vgl. zum Verlauf der Kampfhandlungen und der Frontlinien: Mediger, Walther: Herzog Ferdinand von Braunschweig-Lüneburg und die alliierte Armee im Siebenjährigen Krieg (1757-1762). Für die Publikation aufbereitet und vollendet von Thomas Klingebiel. Hannover 2011.

⁸²⁷ Schreiben Herzog Karl an Drost Cramer und Oberamtmann Conring. 25.09.1761. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13449. Bl. 2r-3r.

⁸²⁸ Schreiben Herzog Karl an Stadt Magistrat Braunschweig. 31.10.1761. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13449. Bl. 16v-16r.

⁸²⁹ Oberschelp, Politische Geschichte. S. 93.

angespannt. Es kam zu inflationären Prozessen und massiven Getreideteuerungen.⁸³⁰ Dennoch wurde in den 1760er Jahren zwar über Magazine gesprochen, aber wenig konkret geplant und so gut wie keine Projekte in Angriff genommen. Häufig befassten die Planungen dieser Zeit sich mit der Ermittlung des Getreidebedarfs und der daraus folgenden nötigen Kapazität der Magazine. Der Braunschweiger Proviantkommissar Christoph Wilhelm Franz bezifferte den halbjährlichen Getreidebedarf der Stadt auf 3.500 Wispel Roggen und 3.500 Wispel Gerste.⁸³¹ Eine Menge, welche die Berechnung Heises aus den 1750er Jahren noch überstieg. In seinen Planungen ging Franz davon aus, dass monatlich etwa 580 Wispel von jeder Kornsorte angeliefert werden müssten, um Mangel in Braunschweig zu verhindern.⁸³² Der Proviantkommissar war jedoch fest davon überzeugt, dass dieser Aufwand gerechtfertigt sei, da „[a]nsehnliche und beständige Frucht und Malz Magazine[...] zu allen Zeiten dem publico heylsam, und großen Städten [...] ohnentbehrlich“ seien.⁸³³

Im Jahr 1770 meldete sich ein weiterer (selbsternannter) Experte mit einem Plan für ein öffentliches Magazin zu Wort. Es handelte sich dabei um Anton Christian Friedrich Amelung. Amelung war ein Kaufmann aus Hettlingen bei Hannover, der 1773 die in den 1740er Jahren von Herzog Karl gegründete Spiegelglashütte auf dem Grünen Plan pachtete. Zuvor war er im Proviantgeschäft für die Armeeverversorgung tätig gewesen, verfügte also vermutlich über gewisse Erfahrungen im Bereich der Beschaffung und Lagerung größerer Mengen Getreide.⁸³⁴ Der Plan findet sich in den Unterlagen des Hofrats und Geheimsekretärs Johann Friedrich Unger, welcher in den 1750er Jahren ein Werk über die Bedeutung von Getreidepreisen verfasst hatte.⁸³⁵ Zu Beginn der 1770er Jahre war er in die Bekämpfung des Getreidemangels involviert. Es ist nicht nachzuvollziehen, ob Amelung seinen Plan direkt an Unger sandte, oder ob dieser ihn auf anderem Wege fand. In jedem Fall hielt Unger den Vorschlag aber für so interessant, dass er ihn zu seinen Unterlagen nahm.

Amelung führte darin drei Punkte an, welche die „Anlegung wohlfeiler Magazine bishero behindert“ hätten.⁸³⁶ Dabei nannte er die Notwendigkeit großer und kostspieliger Gebäude, den Verlust durch Schädlinge sowie das Erfordernis zur regelmäßigen Umschichtung des Kornes.⁸³⁷

⁸³⁰ Vgl. Kapitel 2.3.

⁸³¹ Schreiben C. W. Franz. 04.04.1764. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13467. Bl. 3r-8v.

⁸³² Ebd. Bl. 4v.

⁸³³ Ebd. Bl. 3r.

⁸³⁴ Wohlauf, Spiegelglasmanufaktur. S. 18 u. S. 426.

⁸³⁵ Vgl. Kapitel 2.1.

⁸³⁶ Magazinplan von A. C. F. Amelung. 27.02.1770. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13475. Bl. 2r-3r.

⁸³⁷ Ebd. Bl. 2r.

Amelung behauptete, ein Mittel gefunden zu haben, wie diese Schwierigkeiten zu bewältigen seien und Getreide demnach langfristig in kleinen Räumen aufbewahrt werden könnte, ohne von Schädlingen angegriffen zu werden.⁸³⁸ Er schlug vor, dass der Landesherr seinen Untertanen befehlen solle, bei guter Ernte einen Teil ihres Getreides einzulagern. Diese Vorräte sollten zentral, für jede Stadt oder jede Gegend gesammelt werden. Für die Aufbewahrung sei eine kleine Gebühr zu entrichten, welche direkt von dem Getreide abgezogen werden könne. Bei Bedarf könne das gespeicherte Getreide dann wieder ausgegeben werden, wobei jeder nur so viel erhalte, wie eingeliefert wurde. Die dazu erforderlichen Gebäude müssten allerdings auf Kosten des Landes errichtet werden, sei dies nicht möglich, müsse ein geeignetes Gebäude günstig angemietet werden. Militärische Wachen sollten die Einrichtungen schützen. Zudem schlug Amelung vor, Maschinen zur Reinigung des Getreides anzuschaffen, um die Lagerung zu erleichtern.⁸³⁹ Vermutlich referierte er damit auf Kornfegen, Gerätschaften zum Reinigen des Korns. Diese Maschinen, deren Vorbild vermutlich aus China stammte, waren seit dem 17. Jahrhundert auf niederländischen Höfen verbreitet, kamen in Nordwestdeutschland allerdings erst in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhundert an.⁸⁴⁰ Die Vorteile seines Konzeptes lägen laut Amelung darin, dass durch die gemeinsame Lagerung kein Einzelner einen eventuell anfallenden Schaden tragen müsse. Zudem müsse die Regierung kein Getreide anschaffen und könne so Kosten sparen.⁸⁴¹ Die Idee, dass die Menschen mittels einer Abgabe in Magazine zur Vorsorge verpflichtet werden sollten, war nicht neu und wurde in Braunschweig-Wolfenbüttel bereits bei Planungen der 1740er und 1750er Jahre thematisiert. Im Zuge der Krise der 1770er Jahre wurde die Idee vermehrt vertreten. Theoretiker wie Karl Gottfried Rimrod oder Adam Friedrich Ernst Jacobi entwarfen zu Beginn der 1770er Jahre verschiedene

⁸³⁸ Ebd.

⁸³⁹ Ebd. Bl. 2v.

⁸⁴⁰ Diese Geräte trennten das Korn von Spreu, Schmutz oder anderen unerwünschten Partikeln. Zu diesem Zweck wurde das grob gereinigte Getreide in einen Trichter geschüttet und dann mit Hilfe eines durch eine Handkurbel betriebenen Mechanismus ein Luftstrom erzeugt, welcher die verschiedenen Bestandteile trennt. Diese wurden dann in einem durch einen Rüttelmechanismus angetriebenen Siebwerk gesiebt. S. dazu: Meiners, Uwe: Die Kornfeger in Mitteleuropa. Wort- und sachkundige Studien zur Geschichte einer frühen landwirtschaftlichen Maschine. Münster 1983. S. 90-93. Amelung begründete die Anschaffung einer derartigen Gerätschaft folgendermaßen: „Da es am vorteilhaftesten das beste Getraide aufzubewahren, so müßte Maschinen zu Reinigung des Getraides anschaffen.“ Magazinplan A. C. F. Amelung. Bl. 2v. Auf Bauernhöfen des Schweizer Mittellandes wurde die Kornfeger bereits im 17. Jahrhundert dazu benutzt, das Getreide nach Gewicht zu sortieren. Die schweren Körner wurden dann selbst behalten und die leichten als Zehntabgaben genutzt. Meiners, Kornfeger. S. 156. Eventuell spielte Amelung mit seiner Erwähnung des „besten Getraides“ auf diese Möglichkeit an.

⁸⁴¹ Magazinplan A. C. F. Amelung Bl. 3r.

Pläne für „Societätsmagazine“, welche das Risiko öffentlicher Magazine komplett auf die Bevölkerung auslagern wollten.⁸⁴² Allerdings erfuhren derartige Pläne selbst aus den Reihen der Magazinbefürworter Kritik und wurden, zumindest in Braunschweig-Wolfenbüttel, nie in die Praxis umgesetzt. Eine interessante Neuerung in diesem Plan ist der Vorschlag eine Kornfege anzuschaffen und damit Personal zu sparen und die Qualität des Korns zu verbessern. Er deutet darauf hin, dass Amelung über Innovationen im Bereich der Landwirtschaft informiert war und agrarwissenschaftliche Literatur konsumierte. Dafür spricht auch die von ihm verwendete Sprache, die auf Kompetenzen in diesem Bereich schließen lässt.⁸⁴³

Allerdings wurde das von Amelung skizzierte Projekt nicht weiterverfolgt, obwohl zumindest der Hofrat Unger sich offensichtlich dafür interessierte. Ein solches Magazin hätte eine sehr hohe Anfangsinvestition, für die Errichtung der Gebäude und die Anschaffung der Maschinen erfordert, für deren Finanzierung Amelung keinen Vorschlag machte. Letztendlich konnte der Glasfabrikant die zu Beginn seines Plans sehr treffend benannten Probleme der meisten Magazine auch nicht befriedigend lösen, da er als einzige entsprechende Neuerung den Einsatz von Reinigungsmaschinen vorschlug.

Entstand dieser Plan noch unabhängig von der nahenden Krise und war eher langfristig angelegt, war die nächste Phase der Magazinplanungen ganz klar vom aktuellen Getreidemangel beeinflusst. Seit dem Spätsommer 1770 wurde immer deutlicher, dass Braunschweig-Wolfenbüttel eine schwere Zeiten bevorstand. Die Meldungen über Preissteigerungen, Missernten und Ausfuhrverbote der benachbarten Länder mehrten sich. Zu Beginn der Krise waren noch einige Getreidevorräte im Land vorhanden gewesen, diese waren allerdings in der zweiten Jahreshälfte 1771 gänzlich verbraucht, wie der Braunschweiger Bürgermeister Georg Heinrich Koch in einem Schreiben vom 18. November feststellte.⁸⁴⁴ Spätestens im Herbst des Jahres 1771 wurde deutlich, dass auch die Ernte dieses Jahres schlecht ausgefallen war und die Krise sich dementsprechend noch verschärfen würde. Um die bedürftigen Menschen dennoch weiter mit Getreide unterstützen zu können, starteten Planungen zur Anlegung eines Krisenmagazins in Braunschweig. Die Hauptverantwortlichen waren dabei der Bürgermeister Koch sowie der Kammerrat Georg Rudolf Bokelmann. Diese tauschten sich regelmäßig über den Stand

⁸⁴² Vgl. dazu Kapitel 3.1.4.

⁸⁴³ Der Begriff „Reinigungsmaschine“, war für Kornfegen vereinzelt im Ostmittel- und Ostniederdeutschen verbreitet. Die Bezeichnung stammt aus dem fachsprachlichen Bereich der agrarwissenschaftlichen Literatur, was vermuten lässt, dass Amelung derartige Schriften konsumierte und über Neuerungen im Bereich der Landwirtschaft informiert war. S. zur Verbreitung des Begriffs: Meiners, Kornfege. S. 347.

⁸⁴⁴ Schreiben Bürgermeister Koch. 18.11.1771. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13491. Bl. 9r-9v.

der Planungen aus. Koch galt dabei als Experte städtischer Belange, der Kontakte zu den Gilden hatte und umfassend über die Lage in Braunschweig informiert war. Bokelmann war die Kontaktperson zwischen der Regierung und der Stadt, er erhielt seine Informationen direkt von der herzoglichen Familie und gab diese an Koch weiter. Zudem sollte er regelmäßig in der Kammer über den Stand der Planungen berichten. Initiator des Krisenmagazins war Erbprinz Karl Wilhelm Ferdinand, der Sohn des regierenden Herzogs Karl.⁸⁴⁵ Der Erbprinz informierte Bokelmann darüber, dass er gemeinsam mit Koch beraten solle, wie das Magazin „am besten und gescheidesten abzufaßen“ sei.⁸⁴⁶ Die Zielsetzung der Einrichtung war klar, sie sollte „den Armen als den Mittelmäßigen, die aber zu ihrem Brodte kein Getraide selbst ankauffen können, zum Soulagement dienen.“⁸⁴⁷ Das Krisenmagazin sollte möglichst mit dem verfügbaren Zehntkorn gefüllt werden. Es war offensichtlich, dass die Planungen schnell vorangehen mussten, daher trafen Bokelmann und Koch sich unmittelbar nach erhaltener Aufforderung zu ersten Sondierungen.⁸⁴⁸ Demensprechend schnell nahmen die Planungen ihren Lauf. Das Magazin sollte auf dem Fürstlichen Packhaus angesiedelt werden. Im September 1771 waren bereits knapp 315 Wispel Roggen durch Braunschweigische Kaufleute angekauft worden, welche nun dort gelagert wurden.⁸⁴⁹ Unsicher waren die Verantwortlichen sich darüber, ob Getreide, Mehl oder Brot ausgeteilt werden sollte. Zunächst war geplant worden neben Getreide und Mehl auch Brot an die notleidende Einwohnerschaft verteilt werden. Um Roggen einzusparen, sollte ein Brot bestehend aus 2/3 Roggen- und 1/3 Gerstenmehl gebacken werden. Die Verantwortlichen sollten das Mahlen und Verbacken des Getreides organisieren.⁸⁵⁰ Dafür sprach, dass so der ohnehin stark belasteten Stadtbevölkerung der Weg zur Mühle, die Kosten des Mahlens und der dabei unvermeidliche Verlust erspart blieben. Allerdings müsste das Mahlen dann vom Magazinpersonal organisiert, überwacht und die Kosten dafür von der Einrichtung getragen werden. Bokelmann und Koch fassten die Problematik in einem Bericht an den Herzog treffend zusammen: „Bey der Ausmessung eines Himten harten Rockens [...] findet sich

⁸⁴⁵ In einem Brief an Koch bezeichnete Bokelmann das Magazin als „auff des Herrn Erb Printzen Durchl. eigene Veranlaßung resovierte Einrichtung“. Schreiben G. R. Bokelmann an G. H. Koch. 20.10.1771. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13491. Bl. 1r-2r.

⁸⁴⁶ Ebd. Bl. 1v.

⁸⁴⁷ Ebd. Bl. 1r.

⁸⁴⁸ Bokelmann musste bereits eine knappe Woche später in der Kammer über den Fortgang der Planungen berichten und wollte daher schnell Ergebnisse vorweisen können. Ebd. Bl. 1r-1v.

⁸⁴⁹ Bericht G. H. Koch. 28.09.1771. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13474. Bl. 12r.

⁸⁵⁰ Schreiben G. R. Bokelmann an G. H. Koch. 20.10.1771. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13491. Bl. 1r-1v.

keine, bey der Mehl Ausmessung aber [...] kaum zu überwindende Beschwerlichkeit [...].“⁸⁵¹ Bokelmann schlug schließlich vor, es probeweise mit der Ausgabe von Mehl zu versuchen.⁸⁵² Im weiteren Betrieb des Magazins wurde letztendlich aber hauptsächlich ungemahltes Korn ausgegeben.

Die Finanzierung des Projekts gestaltete sich sehr schwierig, es fehlte an den nötigen finanziellen Mitteln. Hier zeigte sich deutlich die schwierige Lage des Fürstentums, welches zu Beginn der 1770er Jahre schwer verschuldet war. In den Jahren 1768/70 war, erstmals seit 1682, der „Allgemeine Landtag“ ausgeschrieben worden, um die Finanzen Braunschweig-Wolfenbüttels zu erörtern. In diesem tagten die Landstände, welche im Fürstentum die Macht des Herzogs beschnitten. Seit 1770 fungierte ein aus Vertretern der Landstände gewählter Ausschuss als Schatzkollegium. Dieses überwachte die Verwendung der dem Herzog zugebilligten Gelder und die Verwaltung der Steuereinnahmen.⁸⁵³ Dementsprechend musste das Schatzkollegium seine Zustimmung zur Finanzierung des Krisenmagazins geben. In dieser Situation schaltete sich Heinrich Bernhard Schrader von Schliestedt in die Planungen ein. Schrader war mittlerweile mehrfach befördert worden und hatte sich seit einigen Jahren nicht mehr im Bereich der Magazinplanung engagiert, nachdem alle seine Projekte der 1740er und 50er Jahre nicht verwirklicht wurden. Im November 1771 verfasste er dann aber ein eindringliches Schreiben an das Schatzkollegium Braunschweig-Wolfenbüttels, in dem er darlegte, wie wichtig ein Magazin sei, um den aktuellen Mangel zu bekämpfen. Die dafür aufzuwendenden Kosten müssten als eine Investition in die Zukunft gesehen werden, da bei Nichteingreifen langfristig weit höhere Kosten zu befürchten seien. Diese Meinung teilte auch der Herzog: „Das Herzogl. Durchl. schon den Verlust, welchen dero Caßen bey anfangs erwehnten Anstalten erlitten, als einen Gewinn an, da solcher der Stadt u. dem Lande zu Abwendung eines weit größeren Unglücks gedienet.“⁸⁵⁴ Im Folgenden appellierte er an die patriotische Gesinnung der Mitglieder des Schatzkollegiums, um finanzielle Mittel zu erreichen. Offensichtlich führte die Eingabe Schraders und die Planungen Kochs und Bokelmanns zum Erfolg, denn im Dezember 1771

⁸⁵¹ Schreiben G. R. Bokelmann und G.H. Koch an Herzog Karl. 09.11.1771. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13491. Bl. 4v-5v. Mit „hartem Rocken“ war ungemahltes Getreide gemeint.

⁸⁵² Schreiben G. R. Bokelmann an G. H. Koch. 19.11.1771. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13491. Bl. 7r-7v.

⁸⁵³ S. dazu: Albrecht, Landesausbau. S. 19-20.

⁸⁵⁴ Schreiben H. B. Schrader von Schliestedt an das Schatzkollegium. 07.11.1771. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13474. Bl.10r-10v. Hier Bl. 10r.

konnte mit der Austeilung von Getreide begonnen werden.⁸⁵⁵ Dies wurde bis zum Abklingen der Krise beibehalten.

Mit deren Ende endet auch die zweite der drei zu Beginn identifizierten Planungsphasen. Im Gegensatz zur ersten Phase war diese verhältnismäßig lang und von diversen widrigen Ereignissen geprägt. Dennoch gingen die Planungen strukturierter und zielgerichteter voran als zu Beginn des Untersuchungszeitraums. Viele der geplanten Einrichtungen wurden tatsächlich realisiert, hatten aber meist nur für kurze Zeit Bestand. In dieser Phase führte die gedankliche Vorwegnahme des künftigen Handels nun tatsächlich auch dazu, dass in der Zukunft entsprechend gehandelt wurde. Nach wie vor war es die übergeordnete Absicht die Getreideversorgung des Landes zu sichern und auch, wenn dies nicht ganz, oder zumindest nicht in der beabsichtigten Weise gelang, wurden doch einzelne Teilziele erreicht. Die Erfahrung der vorangegangenen Schwierigkeiten löste die dritte Planungsphase aus, in der noch stärker als in der zweiten aus den Erfahrungen der früheren, gescheiterten und realisierten, Planungen gelernt werden sollte.

Im Jahr 1773 beruhigte sich die Lage in Braunschweig-Wolfenbüttel langsam wieder. Die Ernte war zufriedenstellend ausgefallen und die Getreidepreise fielen wieder. Maßnahmen wie Ausfuhrsperrern waren aufgehoben worden, so dass der Getreidehandel sich wieder relativ ungestört ausbreiten konnte. Obwohl Braunschweig-Wolfenbüttel, im Vergleich zu anderen deutschen Territorien, weniger hart unter der Krise gelitten hatte, waren es doch sehr schwierige Jahre gewesen. Durch die kontinuierliche Abgabe von vergünstigtem Korn, Mehl und Brot an bedürftige Landeseinwohner:innen aus dem Krisenmagazin war der größte Hunger abgemildert worden. Allerdings waren dazu Getreideankäufe aus dem Ausland notwendig gewesen, welche die angespannten Finanzen des Fürstentums noch weiter belastet hatten.

Um aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen und für die nächste Krise besser gewappnet zu sein, beschloss die Regierung im Dezember 1773 erneut Planungen für ein öffentliches Magazin anzustoßen.⁸⁵⁶ Während bei den vorangegangenen Planungen die Zuständigkeiten nicht genau geklärt waren oder aber häufig wechselten, sollte nun eine Kornmagazinkommission gegründet werden, welche sich exklusiv mit Fragen der Getreideversorgung befassen sollte. Als Mitglied der Kommission war unter anderem Kammerrat Georg Rudolf Bokelmann vorgesehen, welcher sich seit 1771 intensiv mit der Planung und Organisation des Braunschweiger

⁸⁵⁵ Schreiben Herzog Karl. 22.11.1771. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13491. Bl. 13r-13v.

⁸⁵⁶ S. dazu auch Kapitel 3.2.0.

Krisenmagazins beschäftigt hatte und von dessen Erfahrung nun profitiert werden sollte. Den Vorsitz des Direktoriums bekam der Geheime Rat von Münchhausen.⁸⁵⁷ Im Gegensatz zum Krisenmagazin, welches Getreide angekauft und dieses dann rasch an die Bevölkerung verteilt hatte, sollte nun eine Einrichtung entstehen, welche über langfristige Vorräte verfügte. Als Grundstock wurde eine Menge von 1.000 Wispeln Roggen beschlossen.⁸⁵⁸ Davon sollten etwa 300 Wispel vom Zehnt- und Zinskorn stammen, das Übrige sollte zugekauft werden. Das Magazin sollte zunächst lediglich für die Versorgung Braunschweigs zuständig sein. Über die genauere Planung der Einrichtung sollten sich die Mitglieder der Kommission untereinander verständigen, der Herzog gab lediglich einige Eckpunkte vor. In den vergangenen Jahren hatten sich sechs wichtige Punkte herauskristallisiert, welche für den Erfolg- oder Misserfolg eines Magazins entscheidend waren und auf die dementsprechend besonderes Augenmerk bei der Planung gelegt werden musste.⁸⁵⁹ Diesen waren:

1. Getreide beschaffen.
2. Geeignete Speichergebäude finden.
3. Die Konservierung des Getreides sicherstellen.
4. Geeignetes Magazinpersonal finden.
5. Die Abgabe des Getreides organisieren.
6. Die Rechnungsführung der Magazine einrichten.

Die weiteren Planungstätigkeiten der Magazinkommission drehten sich im Folgenden um diese sechs Fragen. Die Kommission nahm unmittelbar nach der Aufforderung des Herzogs ihre Tätigkeit auf und traf sich zu einer ersten Konferenz, um möglichst rasch erste Ergebnisse präsentieren zu können.⁸⁶⁰ Dennoch konnten die Planungen nun mit weitaus mehr Ruhe erfolgen als es noch zwei Jahre zuvor beim Krisenmagazin der Fall gewesen war. Dementsprechend ausgiebig wurde über alle strittigen Punkte debattiert. Anders als viele Planungen der vorangegangenen Jahre, führte diese dann dazu, dass ein öffentliches Magazin entstand, welches zur Getreideversorgung Braunschweigs beitrug. Spätestens im Sommer des Jahres 1775

⁸⁵⁷ Schreiben Herzog Karl an G. R. Bokelmann. 16.12.1773 NLA WO, 2 Alt, Nr. 13492. Bl. 11r-12v.

⁸⁵⁸ Ebd.

⁸⁵⁹ Ebd.

⁸⁶⁰ Das Schreiben zur Gründung der Kornmagazinkommission stammt vom 16.12.1773. Das Protokoll einer ersten Sitzung der Kommission ist auf den 18.12.1773 datiert.

konnte das Magazin mit der Abgabe von Getreide an die Bevölkerung beginnen und behielt dies auch für einige Jahre bei. Die Planungen der dritten Phase hatten also dazu geführt, dass, in der Zuständigkeit einer klar abgegrenzten Akteursgruppe, ein Magazin entstanden war, welches tatsächlich für einige Jahre Bestand hatte. Es zeigte sich also, dass die Erfahrung des vergangenen Mangels dazu führte, dass die Verantwortlichen bestrebt waren, die Vorsorgemaßnahmen zu verbessern, um in der Zukunft besser gewappnet zu sein. Dies war kein Charakteristikum Braunschweig-Wolfenbüttels. Krisenerfahrungen führte häufig dazu, dass Magazine angelegt, vergrößert oder verbessert wurden. In Rom beispielsweise wurden nach dem Mangeljahr 1715 die Bestrebungen Getreide zu speichern intensiviert.⁸⁶¹

Wie im Eingangszitat dieses Kapitels angekündigt, nahm die Planung der öffentlichen Magazine häufig mehr Zeit und Energie in Anspruch als die Ausführung selbst. Lange und intensive Planungsphasen endeten nicht selten mit gänzlich unbefriedigenden Ergebnissen. Dennoch sollten auch die fehlgeschlagenen Planungen nicht als Misserfolge oder Zeitverschwendung bewertet werden, denn bei jedem gescheiterten Projekt konnten wertvolle Erfahrungen für das nächste gewonnen werden. So sollte hier nicht etwa die Geschichte eines Scheiterns, sondern die einer Verwaltung, die lernte effektiver und effizienter zu planen, geschildert werden.

⁸⁶¹ Reinhardt, Volker: Überleben in der frühneuzeitlichen Stadt. Annona und Getreideversorgung in Rom 1563-1797. Tübingen 1991. S. 128.

3.2.2 Befüllen – Getreide beschaffen

Der Zweck öffentlicher Magazine bestand darin, Getreide zu speichern und dieses bei Bedarf an die Bevölkerung abzugeben. Bevor ein öffentliches Magazin seinen Betrieb aufnehmen konnte, musste es also zunächst mit Getreide befüllt werden. Dementsprechend befasste sich auch der erste Punkt der sechs entscheidenden Schritte zum Aufbau eines Magazins mit der Anschaffung von Getreide:

- 1. Getreide beschaffen.**
2. Geeignete Speichergebäude finden.
3. Die Konservierung des Getreides sicherstellen.
4. Geeignetes Magazinpersonal finden.
5. Die Abgabe des Getreides organisieren.
6. Die Rechnungsführung der Magazine einrichten.

Im folgenden Kapitel wird dieser mehrstufige Prozess näher betrachtet. Unter „Befüllen“ sollen hier dementsprechend mehrere Schritte subsumiert werden, welche sich, je nach aktueller Situation und Art des Magazins, unterscheiden. Zusammenfassend besteht die Befüllung eines Magazins in der Regel aus der Beschaffung des Getreides, dessen Transport zum Bestimmungsort und der Einlieferung in das Magazin. Selbstverständlich fielen diese Schritte beim Betrieb eines Magazins regelmäßig an und wurden, je länger die Einrichtung bestand, immer routinierter. Die „Erstbefüllung“ eines Magazins hingegen erforderte deutlich mehr Planungsaktivität und wies ein höheres Maß an Kontingenz auf, die alle beteiligten Akteure herausforderte. Dementsprechend wurden diese auch häufiger und ausführlicher thematisiert, was sich auf die Quellenlage auswirkt. Aus den genannten Gründen wird es im Folgenden häufig um derartige „Erstbefüllungen“ gehen, „Folgebefüllungen“ werden dann thematisiert, wenn sich Neuerungen oder Schwierigkeiten ergaben.

Im vorangegangenen Kapitel wurde deutlich, dass bei den Planungen öffentlicher Magazine verschiedene Modelle zu deren Aufbau und Organisation diskutiert wurden. Dementsprechend unterschieden sich natürlich auch die Bemühungen zur Befüllung der Einrichtungen. Aus den zahlreichen Ideen lassen sich dabei vier Modelle herausarbeiten, welche besonders häufig oder intensiv diskutiert wurden:

1. Das Bankmodell

Hierbei hatte das Magazin lediglich eine verwaltende Funktion. Beim Bankmodell sollten die Menschen, mit mehr oder weniger Druck, angehalten werden, einen Teil ihres verfügbaren Getreides in ein Magazin einzuliefern. Dort sollte es dann sicher aufbewahrt und bei Bedarf wieder ausgegeben werden. Bei einem derartigen Modell müssten die Einrichtungen befüllt werden, indem die Zufuhr der potenziellen Nutzer:innen durch die Organisatoren angeregt, organisiert und überwacht würde. Dieses Modell wurde vergleichsweise selten vorgeschlagen.

2. Das Gildenmodell

Bei diesem Modell sollte die Verantwortung für die Organisation und Befüllung sowie den Betrieb eines öffentlichen Magazins auf die Bäcker- bzw. Brauergilde ausgelagert werden. Diese sollten sich dabei nicht nur um den für ihr eigenes Geschäft benötigten Vorrat kümmern, sondern auch ausreichend Getreide für ihre Mitmenschen anschaffen, lagern und bei Bedarf verteilen. Bei einem solchen Modell läge die Hauptverantwortung für die Befüllung der Einrichtungen in erster Linie bei der entsprechenden Gilde, die dabei höchstens in einigen Aspekten von der Regierung oder den lokalen Akteuren unterstützt werden könnte. Dieses Modell wurde regelmäßig vorgeschlagen und rief ebenso regelmäßig hartnäckigen Widerstand der Gilden oder auch lokalen Obrigkeiten hervor.

3. Das Zehntkornmodell

Bei diesem Modell sollte das Korn, welches die Menschen als Zehnt- oder Zinsabgaben in Natura ablieferten, in einem Magazin gesammelt, aufbewahrt und bei Bedarf ausgegeben werden. Dabei wurden sowohl das Korn, welches die Landesherrschaft direkt erhielt, als auch die Abgaben der einzelnen Ämter in Betracht gezogen. Bei einem solchen Modell läge die Verantwortung für die Befüllung bei der Regierung und den lokalen Verantwortlichen. Diese müssten sich einen Überblick über das an den verschiedenen Stellen vorhandene Korn verschaffen und entscheiden, wo dieses gespeichert werden sollte. Gegebenenfalls müsste dann der Transport des Getreides organisiert und dieses am Bestimmungsort in Empfang genommen werden. Diese Variante wurde regelmäßig in die Planungen eingebracht und galt in der Theorie als ideale Lösung, da das fragliche Korn bereits vorhanden war und somit keine größeren Ausgaben entstanden.

4. Das Zukaufmodell

Bei diesem Modell wurde ein Magazin mit einem Grundstock an Getreide ausgestattet, welcher eigens zu diesem Zweck angekauft wurde. Der Kauf konnte von den Magazinverantwortlichen selbst oder von eigens beauftragten Getreidehändlern durchgeführt werden. Das nötige Korn sollte dabei idealerweise nicht aus dem eigenen Land geholt, sondern in umliegenden Territorien angekauft werden. Die Verantwortung, auch in finanzieller Hinsicht, lag dabei in der Regel bei der Landesherrschaft. Dieses Modell wurde nur sehr selten vorgeschlagen und galt in der Theorie, aufgrund der finanziellen und organisatorischen Belastung, als die schlechteste Lösung.

Alle hier genannten Modelle wurden regelmäßig vorgeschlagen. Anhand der folgenden Fallbeispiele soll gezeigt werden, dass es in der Praxis ein deutliches Übergewicht des, in der Theorie überwiegend abgelehnten, Zukaufmodells gab. Das als ideal geltende Zehntkornmodell wurde, ebenso wie das Bank- und das Gildenmodell nie konsequent umgesetzt. Im Folgenden soll diskutiert werden, warum in der Praxis der Magazinbefüllungen so häufig auf das eigentlich abgelehnte Modell des Zukaufs zurückgegriffen werden musste und warum die theoretisch befürworteten Varianten nicht umgesetzt werden konnten. Zudem soll gezeigt werden, welche Schwierigkeiten es bei der Beschaffung des nötigen Getreides gab und welche Routinen sich etablierten.

Wie im vorangegangenen Kapitel gezeigt wurde, führten die Planungen der Landesregierung im Untersuchungszeitraum am Beginn der 1750er Jahre zu einigen Magazingründungen. Im Herbst 1753 wurden Speicher für die Städte Gandersheim und Wolfenbüttel eröffnet.

Die Einrichtung in Gandersheim ging auf die Anregung des dortigen Gerichtsschultheißen Büttner zurück, der sich im Mai des Jahres an Herzog Karl gewandt und darum gebeten hatte, den amtlichen Kornboden öffnen zu lassen, da es vor allem den Bedürftigen des Amtes an Korn mangle.⁸⁶² Nachdem dies bewilligt worden war, sollte im Oktober 1753 nun ein Magazin eingerichtet werden, um einen derartigen Engpass in Zukunft möglichst zu verhüten. Diese Einrichtung sollte 50 bis 60 Wispel Korn enthalten, welches durch Büttner anzukaufen sei.⁸⁶³ Die Ermittlung des Getreidebedarfs stellte ein großes Problem dar. Es fehlte in der zweiten Hälfte

⁸⁶² S. Kapitel 3.2.1.

⁸⁶³ Schreiben Herzog Karl an A. U. Büttner. 13.10.1753. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13401 Bl. 8r-9r.

des 18. Jahrhunderts häufig noch an genauen Angaben zur Bevölkerungszahl. Auch Informationen über den Getreideverbrauch waren nicht immer verlässlich.⁸⁶⁴ Im vorangegangenen Kapitel wurde deutlich, dass bei Magazinplanungen häufig nicht genau quantifiziert wurde, wieviel Getreide nötig wäre, um mithilfe eines Magazins tatsächlich effizient gegen Mangel vorgehen zu können. Versuche den Bedarf zu berechnen, brachten jedoch stets Mengen hervor, die kaum zu bewältigen waren.⁸⁶⁵ Daher liegt die Vermutung nahe, dass sich in einigen Fällen mehr an vorhandenen finanziellen und räumlichen Mitteln als am tatsächlichen Bedarf orientiert wurde.

Die enthaltenen Akten geben ebenfalls keine Auskunft darüber, warum in diesem Fall auf das Zukaufmodell zurückgegriffen wurde und ob es interne Debatten über andere Möglichkeiten gegeben hatte. Allerdings deutet die Vorgeschichte des Magazins eine mögliche Erklärung für den Ausschluss des Zehntkornmodells an: Offensichtlich hatte der Speicher des Amtes im Frühjahr 1753 noch über gewisse Kornvorräte verfügt, welche wohl aus den Zins- und Zehntkornabgaben der Bevölkerung stammten. Allerdings waren diese Vorräte auf Bitten Büttners dann zu einem festgesetzten Preis an die Bevölkerung abgegeben worden.⁸⁶⁶ Als dann im Herbst des Jahres das neu gegründete Magazin befüllt werden sollte, war vermutlich nur noch wenig Getreide auf dem Amtboden vorhanden. Das aufzubauende Magazin musste also anderweitig mit Getreide versorgt werden. Dieses sollte von Büttner selbstständig angekauft werden. Die Wahl des Einkaufsortes oder die mögliche Zusammenarbeit mit Händlern blieb ihm also freigestellt. Die Gegebenheiten schränkten allerdings den Einkaufspreis und indirekt auch den Einkaufsort des benötigten Kornes deutlich ein. Der Herzog sagte Büttner 500 Taler zu, um die 50 bis 60 Wispel Korn in der Zeit „vor und nach Weynachten“ anzukaufen.⁸⁶⁷ Im Winter des Jahres 1753 lag der günstigste Marktpreis für einen Wispel Roggen in Braunschweig-Wolfenbüttel bei etwa 26 Talern.⁸⁶⁸ Allerdings musste beim Getreideankauf auch der Transportweg und mögliche Zollgebühren miteinberechnet werden und dieser deutet auf einen um einiges höheren Einkaufspreis hin. 26 Taler für den Wispel Roggen waren der gängige Marktpreis in Calvörde, einer Exklave des Fürstentums. Um dort eingekauftes Korn nach

⁸⁶⁴ S. dazu: Albrecht, Landesausbau. S. 139-144.

⁸⁶⁵ Für Braunschweig wurde in den 1760er Jahren beispielsweise ein halbjährlicher Getreidebedarf von 7.000 Wispeln berechnet. Vgl. Schreiben C. W. Franz. 04.04.1764. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13467. Bl. 3r-8v.

⁸⁶⁶ Schreiben A. U. Büttner an Herzog Karl. 25.05.1753. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13401. Bl. 2r-3r.

⁸⁶⁷ Schreiben Herzog Karl an A. U. Büttner. 13.10.1753. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13401. Bl. 8r-9r.

⁸⁶⁸ Der entsprechende Roggenpreis für Calvörde findet sich in den Braunschweigische Anzeigen. 102. Stück, 22.12.1753.

Gandersheim verbringen zu können wäre nicht nur ein Transportweg von über 100 Kilometern angefallen, zusätzlich hätte das Gebiet mindestens eines fremden Territoriums durchquert werden müssen, wofür wohl Zollgebühren zu entrichten gewesen wären.⁸⁶⁹ Der Wasserweg, welcher günstiger gewesen wäre, bot sich in diesem Fall aufgrund fehlender Verbindungen nicht an. Johann Friedrich Unger, Arithmetiker, Marktforscher und ab 1763 Hofrat und Geheimsekretär in Braunschweig berechnete 1750, dass der Landtransport eines Himten Getreides einen Mariengroschen pro Meile an Transportausgaben kosten würde.⁸⁷⁰ Setzt man für eine Meile einen gerundeten Wert von 7,4 Kilometern,⁸⁷¹ ergäbe sich bei einem Weg von 100 Kilometern bei einer Menge von 60 Wispel Getreide allein ein Transportpreis von etwa 877 Talern, welcher noch auf den Einkaufspreis und etwaige Zollgebühren aufgeschlagen werden müsse.⁸⁷² Obwohl es sich hier freilich um einen stark vereinfachten Überschlag handelt und der Wert Ungers sicherlich eine gewisse Toleranz aufwies, zeigt sich dennoch deutlich, dass es ratsam war Getreide möglichst in naher Umgebung anzukaufen, vor allem wenn ein Transport über Wasser nicht möglich war. Büttner wird dies bei seinen Einkäufen für das Gandersheimer Magazin bewusst gewesen sein und so entschied er sich vermutlich für den Ankauf an einem näher entfernten Marktplatz.

Einige Faktoren, so beispielsweise der Ankaufsort des nötigen Getreides, blieb bei der Befüllung des Gandersheimer Magazins im Dunkeln. Daher soll im Folgenden das Magazin in Wolfenbüttel, welches ebenfalls im Herbst 1753 seinen Betrieb aufnahm, betrachtet werden. Für diese Einrichtung war das Policeyamt der Stadt, vor allem der Policeymeister Georg Heinrich Koch, verantwortlich. Das Wolfenbütteler Magazin hatte mehr Geld als die Einrichtung in Gandersheim zur Verfügung, etwa 1.500 Taler sollten für die Anschaffung des nötigen Getreides verwendet werden. Die größere Geldsumme wird wohl auf die höhere Bevölkerungszahl Wolfenbüttels und den damit einhergehenden größeren Getreidebedarf zurückzuführen

⁸⁶⁹ Die etwa 100 Kilometer beziehen sich hier auf die Luftlinie. Der tatsächlich zu bewältigende Weg war damit noch um einiges weiter.

⁸⁷⁰ Unger, Johann Friedrich: Zweytes Schreiben von der Ordnung der Fruchtpreise. In: Hannoverische Gelehrte Anzeigen auf das Jahr 1750. 20. u. 21. Stück. S. 77-82. Hier S. 79.

⁸⁷¹ Hier beziehe ich mich auf: Verdenhalven, Meß- und Währungssysteme. S. 37. Eine Meile in Braunschweig und Hannover wird darin mit 7,419 Km angegeben, allerdings für das 19. Jahrhundert. Da es mir an dieser Stelle aber nicht um mathematische Korrektheit, sondern nur einen ungefähren Wert geht, soll diese Angabe genügen.

⁸⁷² 100 Kilometer ergeben etwa 13,51 Meilen. 60 Wispel Getreide ergeben 2.400 Himten. Bei einem Mariengroschen pro Meile und Himten ergibt sich ein Wert von 31.560 Mariengroschen für den Transport der gesamten Menge. 36 Mgr. ergeben einen Taler, somit müssten etwa 876,6 Taler gezahlt werden.

sein.⁸⁷³ Auch in diesem Fall wurde auf das Zukaufmodell zurückgegriffen. Die Menge des einzukaufenden Korns wurde nicht vorgegeben, vermutlich sollte so viel erstanden werden, wie es für die verfügbare Summe möglich war. Allerdings wurde explizit vorgegeben Roggen einzukaufen und dies um Weihnachten herum zu erledigen, um einen möglichst günstigen Einkaufspreis erhalten zu können.⁸⁷⁴ Die vorgegebene Einkaufszeit bezieht sich wohl auf die verbreitete Ansicht, dass die Getreidepreise am Jahresende besonders niedrig seien. Dies stellte auch Johann Friedrich Unger in seinem 1752 erschienen Werk zu Getreidepreisen fest.⁸⁷⁵ Dazu hatte er Getreidepreise aus Hannover der vergangenen 100 Jahre ausgewertet. Allerdings zeigte sich bei der Auswertung der Getreidepreise Braunschweig-Wolfenbüttels, dass diese Regel für den untersuchten Zeitraum nicht, oder nur sehr begrenzt zutrif.⁸⁷⁶ Offenbar war die Zeit um den Jahreswechsel dennoch eine bevorzugte Zeit für Getreidetransaktionen, auch in anderen Regionen. Kathrin Pindl stellte beispielsweise fest, dass in Regensburg die meisten Transaktionen im Getreidehandel in den Monaten Dezember und Januar stattfanden.⁸⁷⁷ Während die Wahl des Einkaufsortes Büttner in Gandersheim freigestellt blieb, wurden dem Wolfenbütteler Policeyamt einige Vorgaben gemacht. So sollte „gut Korn, und daßelbe von solchen leuten eingekauft werde[n], welche solches nach Wolfenb. und hieher [gemeint ist Braunschweig] nicht zu bringen pflegen“.⁸⁷⁸ Um dies zu überprüfen, sollte auf jeder entsprechenden Rechnung der Name des Verkäufers vermerkt werden und diese Liste nochmals separat eingereicht werden.⁸⁷⁹ Hinter dieser Anweisung stand die Befürchtung, dass Getreide, welches am Magazinort angekauft wurde, dem Markt entzogen und demnach das Angebot verringern und den Getreidepreis erhöhen würde. Somit wäre der intendierte Zweck des Magazins, die Verbesserung der Getreideversorgung, ad absurdum geführt. Im untersuchten Zeitraum wurde diese Bestimmung zu einem Grundsatz aller späteren Ankäufe für öffentliche Magazine. Auffällig ist, dass diese Anweisung und zudem der Hinweis „gut“ Korn zu kaufen dem Verantwortlichen des Magazins in Gandersheim etwa einen Monat zuvor nicht gegeben

⁸⁷³ Im Jahr 1768 hatte Wolfenbüttel mit etwa 7.200 Einwohner:innen eine viermal so große Bevölkerung wie Gandersheim mit 1.800 Einwohner:innen. Albrecht, Landesausbau. S. 14.

⁸⁷⁴ Schreiben Herzog Karl an Policeyamt Wolfenbüttel. 06.11.1753. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13384. Bl. 78r-79r.

⁸⁷⁵ Unger, Ordnung. S. 8.

⁸⁷⁶ S. dazu Kapitel 2.3.

⁸⁷⁷ Pindl, Kathrin: Grain Policies and Storage in Southern Germany: The Regensburg Hospital (17th-19th Centuries). In: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 59 (2018). S. 415-445. Hier S. 426.

⁸⁷⁸ Schreiben Herzog Karl an Policeyamt Wolfenbüttel. 06.11.1753. Bl. 78r-78v.

⁸⁷⁹ Ebd.

wurde. Dies könnte darauf hindeuten, dass eben diese Punkte beim Ankauf für das erste Magazinprojekt nicht, oder nicht ausreichend, berücksichtigt wurden und man es nun besser machen wollte. Darüber hinaus, und das halte ich an dieser Stelle für nicht unwahrscheinlich, kam dem Projekt in Wolfenbüttel, der langjährigen herzoglichen Residenz und zweitgrößten Stadt des Landes, eine höhere Priorität zu als dem in Gandersheim, einer deutlich kleineren und weniger prestigeträchtigen Stadt. Um zu verhindern, dass Getreide den Märkten in Wolfenbüttel und Braunschweig entzogen würde, wurde also nach einem anderen Ort zum Ankauf gesucht. Bereits wenige Tage nach der entsprechenden Anweisung konnte diesbezüglich Erfolg vermeldet werden: Das nötige Korn war außerhalb der Landesgrenzen angekauft worden, im brandenburgischen Amt Westerbürg sowie im „Anhaltischen“.⁸⁸⁰

Allerdings konnte dieser Erfolg bei der folgenden Befüllung des Wolfenbütteler Magazins nicht wiederholt werden. Im April des folgenden Jahres wandte sich der Magistrat der Stadt an den Herzog und beklagte, dass es ihnen nicht möglich gewesen sei, erneut Getreide aus dem Ausland anzukaufen.⁸⁸¹ Der Grund dafür sei eine Getreidesperre, welche es verhindere Korn aus „dem Brandenburgischen“ oder anderen Ländern, wo besonders viel davon vorhanden sei, zu erhalten. Der Magistrat bat daher darum, das nötige Getreide im Land einkaufen zu dürfen oder bei den Regierungen der gesperrten Länder Ausnahmegenehmigungen zu erwirken.

Wie sich im Folgenden herausstellte, handelte es sich hierbei wohl um ein Missverständnis zwischen der Regierung in Braunschweig, den Verantwortlichen in Wolfenbüttel sowie einem beteiligten Kaufmann. In seinem Antwortschreiben betonte der Herzog, nicht verboten zu haben Getreide im Inland anzukaufen, sondern lediglich darauf zu achten, es nicht von Verkäufern zu nehmen, welche gewöhnlich nach Wolfenbüttel oder Braunschweig lieferten, eine Aussage, welche sich durch das betreffende Schreiben aus dem November 1753 bestätigen lässt. Auch die Sperre ließ der Souverän nicht als Entschuldigung für den versäumten Kornan-kauf gelten, denn diese sei kaum kontrolliert worden, beträchtliche Mengen Getreide seien dennoch aus den Brandenburger Territorien nach Braunschweig-Wolfenbüttel gelangt. Nun sei es zu spät noch größere Mengen anzukaufen, da die Aussaat an vielen Orten bereits be-

⁸⁸⁰ Schreiben G. H. Koch an Herzog Karl. 11.11.1756. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13384. Bl. 81r. Die Formulierung „aus dem Anhaltischen“ findet sich häufig in den Quellen und meint die verschiedenen Anhaltischen Fürstentümer. In einigen Fällen kann jedoch nicht nachvollzogen werden, von welchem der Fürstentümer die Rede ist.

⁸⁸¹ Schreiben Magistrat Wolfenbüttel an Herzog Karl. 05.04.1754. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13384. Bl. 90r-90v.

gonnen habe. Ungehalten wurden die Verantwortlichen aufgefordert, das verfügbare Geld sicher anzulegen und den Getreideankauf im folgenden November erneut anzugehen.⁸⁸² Die lokalen Verantwortlichen verteidigten sich energisch und schoben die Verantwortung für den nicht erfolgten Kornankauf von sich. Mit dieser verantwortungsvollen Aufgabe sei der Kaufmann Bruns beauftragt worden, dieser habe aber, trotz intensiver Suche, keine Verkäufer gefunden, welche nicht nach Wolfenbüttel oder Braunschweig verkauften und ihm sei auch nicht bekannt gewesen, dass der Ankauf aus dem benachbarten Territorium trotz Sperre möglich gewesen sei.⁸⁸³ Ohne die unglückliche Angelegenheit hier in Gänze wiedergeben zu können, zeigen sich an ihr jedoch drei Probleme, mit welchen öffentliche Magazine, welche auf das Zukaufmodell zurückgriffen, immer wieder konfrontiert waren:

1. Das für das Magazin anzukaufende Getreide sollte nicht dem Markt entzogen werden. Der Ankauf einer großen Menge Korn hätte zur Verknappung des Angebots und zur Steigerung der Preise führen können. Daher musste die Ware so eingekauft werden, dass sie der betreffenden Stadt oder Landschaft nicht fehlte. Häufig wurde daher das nahe Ausland in Betracht gezogen.

2. Der Ankauf von Getreide aus dem Ausland konnte durch Grenzsperrern stark behindert oder gar unmöglich gemacht werden. Sobald die Getreidepreise stiegen und sich ein Kornmangel ankündigte, sperrten die meisten Länder ihre Grenzen und verboten den Getreideexport.⁸⁸⁴ Obwohl Sondergenehmigungen erwirkt werden konnten und sich der Schmuggel kaum verhindern ließ, erschwerten die Sperrern den interterritorialen Getreidehandel jedoch ganz enorm. Der Ankauf einer größeren Menge Getreide für ein öffentliches Magazin konnte sich unter diesen Umständen extrem kompliziert und kostspielig gestalten.

3. Der Getreideeinkauf für ein Magazin, sei es aus dem In- oder Ausland, erforderte in der Regel die Kooperation mehrerer Akteure. Diese musste zuverlässig funktionieren, da es häufig eine große Dringlichkeit gab. War diese Zusammenarbeit gestört, sei es aufgrund von Kommunikationsproblemen, Verzögerungen oder auch mangelndem Kooperationswillen, konnte dies zu massiven Schwierigkeiten führen, die im ungünstigsten Fall den gesamten Magazinbetrieb lahmlegen konnten.

⁸⁸² Schreiben Herzog Karl an Magistrat Wolfenbüttel. 23.04.1754. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13384. Bl. 92r-92v.

⁸⁸³ Schreiben Vertreter Wolfenbüttel an Herzog Karl. 11.05.1754. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13384. Bl. 95r-97r.

⁸⁸⁴ S. dazu Kapitel 3.3.1.

So trugen wohl auch diese Probleme bei der Befüllung der Magazine ihren Teil dazu bei, dass die Projekte in Gandersheim und Wolfenbüttel langfristig keinen Erfolg hatten und bald im Sande verliefen. In den folgenden Mangel- und Kriegsjahren wurde es immer schwieriger Getreide für die Magazine zu besorgen. In dieser Situation blieb den Verantwortlichen kaum eine andere Wahl als sich des Zukaufmodells zu bedienen und das für die Magazine nötige Getreide im Ausland anzukaufen. Dabei muss aber auch bedacht werden, dass grundsätzlich wohl noch Getreide im Land vorhanden war, dieses aber vorrangig für militärische Zwecke verwendet wurde. Zudem wurde die Verwendung von Zins- und Zehntkorn für Magazine in Krisenzeiten kritisch gesehen, da man befürchtete die Bevölkerung so noch mehr zu belasten.⁸⁸⁵ Auch die Bäcker und Brauer konnten nicht zur Anlegung eines öffentlichen Magazins herangezogen werden, da sie selbst unter dem grassierenden Kornmangel und den hohen Preisen litten. Obwohl die Bäcker- und Brauergilde Braunschweigs spätestens seit 1751 über ein eigenes Magazin verfügte, war dieses nicht geeignet, als Speicher für die gesamte Bevölkerung zu dienen. Im Gegenteil, nachdem im Juni 1756 eine Visitation bei Bäckern, Brauern und anderen, bei denen noch Kornvorräte vermutet wurden, zutage gebracht hatte, dass auch sie kaum noch genug Getreide zur Verfügung hatten, wurden auch diese Berufsgruppen aus den öffentlichen Magazinen versorgt, um die Brot- und Bierversorgung der Bevölkerung aufrecht zu erhalten.⁸⁸⁶ Da sich der Kornmangel nicht auf Braunschweig-Wolfenbüttel beschränkte, musste der Radius für die Beschaffung des nötigen Korns vergrößert werden. In diesem Sinne bemühten sich in den Jahren 1756 bis 1757 verschiedene Vertreter der Landesregierung und von diesen beauftragte Kaufleute, Getreide in Hamburg, Bremen, Amsterdam und sogar England anzukaufen, um die heimischen Magazine damit zu befüllen. Im Juni 1756 war es zwar noch möglich Getreide aus dem „Anhaltischen“ zu erhalten, man befürchtete aber, dass diese Quelle schon bald versiegen würde. Der Bericht eines Vertreters aus Magdeburg warnte die Landesregierung in Braunschweig davor, dass die Anhaltischen Fürstentümer die Ausfuhr schon bald komplett sperren und darüber hinaus Preußen durchfahrendes Getreide konsequent konfiszieren würde. Zum Ankauf vorgeschlagen wurden stattdessen Bremen und Hamburg, wo noch

⁸⁸⁵ Vgl. dazu die entsprechende Diskussion der Jahre 1773/74 zwischen der Kornmagazinkommission und der Fürstlichen Kammer, welche im Kapitel 3.2.0 umrissen wurde.

⁸⁸⁶ Schreiben Herzog Karl an Bürgermeister und Rat Braunschweig. 21.06.1756 und 19.08.1756. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13394 Bl. 25r. und Bl. 28r-29r. sowie Schreiben Bürgermeister und Rat Braunschweig an Herzog Karl. 08.05.1756. Ebd. Bl. 10r-12r.

genügend Korn vorhanden sei.⁸⁸⁷ Im Folgenden wurden in den beiden Seestädten dementsprechende Erkundigungen eingezogen. Besonders die Transportkosten mussten dabei beachtet werden. Das Getreide konnte eine gewisse Strecke auf der Weser transportiert werden. Meist musste es aber noch einen zusätzlichen Weg auf dem Land zurücklegen, was mit höheren Kosten verbunden war. Offensichtlich wurde ein Einkauf in den Seestädten dennoch als lohnenswert erachtet, da die dortigen Kornpreise vergleichsweise niedrig waren. Zusätzlich blieb der Landesregierung aber auch keine Wahl, wollte man eine Hungersnot im eigenen Land verhindern, mussten nun auch höhere Kosten und größere Anstrengungen zur Beschaffung von Lebensmitteln in Kauf genommen werden. In diesem Sinne begannen in den folgenden Wochen verschiedene Vertreter Braunschweig-Wolfenbüttels in Bremen Getreide anzukaufen. Der Oberamtmann des Amtes Wickensen konnte 12 Last, etwa 36 Wispel, Roggen erwerben.⁸⁸⁸ Der Oberamtmann des Amtes Thedinghausen, sogar 30 Last.⁸⁸⁹ Der Hofrat Christoph Isenbart erhielt vom Herzog zusätzlich den Auftrag „succesive für 15 bis 12 Tausend Thaler Korn an Rocken, Gersten und Habern“ anzukaufen.⁸⁹⁰

Auch im Jahr 1757 wurde weiterhin im Ausland für die heimischen Magazine eingekauft. Neben Bremen und Hamburg sah man sich nun auch in Amsterdam um. Dort sei angeblich so viel Gerste vorhanden, „daß deßen Ausfuhr gesucht wird“.⁸⁹¹ Dementsprechend wurde der dortige Agent Johann Adolph Winter beauftragt, entsprechende Erkundigungen einzuziehen und gegebenenfalls 50 bis 60 Last Gerste aufzukaufen.⁸⁹² Auch der Ankauf von Weizen aus England wurde in Betracht gezogen, wohl aber nicht weiterverfolgt.⁸⁹³ Im Sommer 1757 war dann erreicht worden, dass „die hiesigen Magazine [...] mit Korn soweit versehen“ waren, wie es aus Braunschweig vermeldet wurde.⁸⁹⁴ Da dies noch nicht bei allen Beteiligten angelangt war, mussten im Folgenden einige Schreiben verschickt werden, welche die eigentlich auf den Ankauf großer Mengen angesetzten Vertreter nun zurückriefen. Allerdings wurde in diesem Zusammenhang auch der hohe Kornpreis erwähnt und beispielsweise Isenbart explizit angewie-

⁸⁸⁷ Bericht aus Magdeburg. 04.06.1756. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13411. Bl. 2r-3r.

⁸⁸⁸ Schreiben Oberamtmann Freyenhagen. 13.06.1756. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13411. Bl. 8r.

⁸⁸⁹ Schreiben Oberamtmann Oppermann. 30.06.1756. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13411. Bl. 52r-54r.

⁸⁹⁰ Schreiben Regierung an Hofrat C. Isenbart. 22.06.1756. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13411. Bl. 50r-51r.

⁸⁹¹ Schreiben Herzog Karl an Agent J. A. Winter. 22.04.1757. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13411. Bl. 104r.

⁸⁹² Ebd.

⁸⁹³ Schreiben Regierung an Bürgermeister und Rat Braunschweig. 22.09.1756. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13394. Bl. 30r-30v.

⁸⁹⁴ Schreiben Regierung an Oberamtmann Oppermann. 17.06.1757. NLA WO 2 Alt, Nr. 13411. Bl. 123r.

sen mit dem Kornankauf doch noch fortzufahren, sobald die Preise wieder fallen würden. Vermutlich lag der Einkaufsstopp also weniger an den nun komplett gefüllten Magazinen, sondern an den hohen Kosten, welche der Ankauf verursacht hatte. Der auswärtige Einkauf des nötigen Getreides brachte es freilich mit sich, dass dieses nach Braunschweig-Wolfenbüttel transportiert werden musste, um in den entsprechenden Magazinen an die Bevölkerung verteilt werden zu können. Der dabei zurückzulegende Weg musste zum einen etwaige Grenzsperrren in Betracht ziehen und zum anderen nicht allzu kostspielig sein. Zu hohe Transportaufwendungen trieben die Kosten für die Magazine stark in die Höhe. Dies konnte dazu führen, dass diese Ausgaben an die Bevölkerung weitergegeben wurden, die in vielen Fällen auf die Abgabe von verbilligtem Getreide angewiesen waren. Besonders der Landweg erwies sich dabei als extrem kostspielig, wie die zuvor angestellte Beispielrechnung bereits nahelegte. Dies bestätigte auch ein Bericht Isenbarts. Dieser vermeldete im Juli 1756, dass der Transport von Celle und Lüneburg immer teurer werde und die Verantwortlichen des Krisenmagazins in Braunschweig sich daher gezwungen sahen, die Preise für das Getreide zu erhöhen.⁸⁹⁵ Offenbar wirkte sich die Kriegsgefahr auch auf die Kosten des Transports aus, welcher in derartigen Zeiten komplizierter und riskanter war.

Eine exemplarische Auflistung der Kosten, welche für den Getreideeinkauf des Zukaufmodells eingeplant werden mussten, findet sich in einem Schreiben des Thedinghausener Amtmanns Matthias Oppermann.⁸⁹⁶ Dieser hatte im Juni 1756 in Bremen 30 Last, etwa 90 Wispel, Roggen für die heimischen Magazine angekauft. Dabei hatte er bei fünf verschiedenen Händlern jeweils zwischen zwei und zehn Last Getreide gekauft. Zusätzliche Kosten fielen für die Zwischenlagerung des Getreides, sowie für einen „Mäckler“ an, welcher Oppermann geholfen hatte geeignete Verkäufer ausfindig zu machen. Insgesamt hatte der Getreideeinkauf 2193 Taler und 18 Groschen gekostete, darin waren auch die Spesen des in Bremen weilenden Amtmannes enthalten.⁸⁹⁷ Für den Transport des Roggens ins heimische Territorium musste dann allerdings nochmals eine gewisse Summe einberechnet werden, welche vorab aber nur schwer zu kalkulieren war. Je nachdem in welchem Teil des Landes das Getreide gebraucht wurde, wurden andere Transportwege gewählt. 15 Last, welche im Amt Wickensen gebraucht

⁸⁹⁵ Schreiben C. Isenbart an Herzog Karl. 29.07.1756. NLA WO 2 Alt, Nr. 13411. Bl. 83r.

⁸⁹⁶ Schreiben Oberamtman Oppermann an Herzog Karl. 30.06.1756. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13411. Bl. 52r.-54r.

⁸⁹⁷ Rechnung zum Getreideankauf. Angehängt an Schreiben Oberamtman Oppermann an Herzog Karl. 30. Juni 1756. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13411. Bl. 55r-55v

wurden, schickte Oppermann per Schiff über die Weser.⁸⁹⁸ Das Getreide sollte bis zum Warenumschlagplatz Thran gebracht und dann vom dortigen Oberamtmann Freyenhagen in Empfang genommen werden.⁸⁹⁹ Allerdings mussten auch hier die Unwägbarkeiten der natürlichen Umwelt miteingerechnet werden. Da die Weser zum Zeitpunkt des gewünschten Transportes nur wenig Wasser führte, gab der beauftragte Schiffer zu bedenken, dass die Lieferung mindestens 14 Tage in Anspruch nehmen würde, da bei dem aktuellen Wasserstand nur eine geringe Strecke pro Tag zurückgelegt werden könne. Der Schiffer verlangte für den Transport 10 Taler pro Last, bei einer Menge von 15 Last also eine Summe von 150 Talern. Allerdings mussten darauf noch zusätzliche „Kosten an Zoll- und Schleusen- auch Commendantegeldern“ gerechnet werden. Wie hoch diese ausfallen würden, konnte der Schiffer im Vorhinein nicht beziffern.⁹⁰⁰ Um die Kosten möglichst gering zu halten, wurde der Ladung ein Pass mitgegeben, der besagte, dass das geladene Getreide im Auftrag des Herzogs von Braunschweig-Wolfenbüttel angekauft worden sei. Mit dieser Bescheinigung sollte vor allem das Stapelrecht in Hann. Münden umgangen werden. Die an den Flüssen Weser, Werra und Fulda gelegene Stadt besaß seit dem 13. Jahrhundert das Stapelrecht auf alle auf dem Wasserweg durchfahrenden Waren. Das bedeutete, dass diese Waren einige Tage in der Stadt abgeladen, also „gestapelt“ werden und den Bürgern zum ortsüblichen Preis angeboten werden mussten. Durch Zahlung eines Stapelgeldes konnte diese Verordnung allerdings übergangen werden.⁹⁰¹ Der ausgestellte Pass sollte diese Kosten möglichst minimieren. Solcherart Pässe waren, besonders in Zeiten des Getreidemangels, eine übliche Maßnahme, wenn Getreide über Landesgrenzen hinweg transportiert werden musste. Sie wurden häufig von Kaufleuten oder anderen, welche Getreide im Auftrag der Landesregierung einkauften, angefragt. Zu solchen Zeiten wurden auch Verordnungen und Handelsbeschränkungen, welche in Zeiten normaler oder guter Versorgung weniger strikt praktiziert wurden, scharf eingehalten. Allerdings war auch eine derartige Bescheinigung keine Garantie dafür, dass das Getreide tatsächlich (kostenlos) passieren

⁸⁹⁸ Schreiben Oberamtmann Oppermann an Herzog Karl. 30.06.1756. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13411. Bl. 52r-54r.

⁸⁹⁹ Thran auch Tran oder Thrane war ein Haus im Besitz der Kaufmannsfamilie Flotho. Es stand beim Einfluss der Lenne in die Weser und gehörte zum Dorf Linse. Die Flothos führten dort eine Spedition, in der Waren verwaltet wurden, welche auf der Weser ankamen. S. dazu: Venturini, Carl: Das Herzogthum Braunschweig in seiner vor-maligen und gegenwärtigen Beschaffenheit, geschichtlich und statistisch dargestellt. Helmstedt 1847 (Dritte neu bearbeitete Auflage). S. 326.

⁹⁰⁰ Schreiben Oberamtmann Oppermann an Herzog Karl. 30.06.1756. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13411. Bl. 53r.

⁹⁰¹ S. zum Stapelrecht in Hann. Münden: Saehrendt, Helmut: Hannoversch Münden. Wissenswertes aus der Ge-schichte. Sehenswertes in der Stadt. Hannoversch Münden 2002. S. 50-51.

durfte. So wurde in diesem Fall der zuständige Schiffer angewiesen alle anfallenden Zölle und Stapelgelder zu bezahlen und für diese Ausgaben eine Bescheinigung einzureichen.

Die Transportkosten berechneten sich also nicht allein aus dem zurückgelegten Weg, auch die verschiedenen Gebühren mussten in die Kalkulation miteinbezogen werden. So konnten zwei Orte geografisch zwar nahe beisammen liegen, die Transportkosten letztendlich aber höher ausfallen als bei einer weiteren Entfernung.⁹⁰²

Es zeigt sich also, dass die tatsächlichen Kosten eines Getreidetransportes über die Landesgrenzen kaum zuverlässig abzusehen waren und die verschiedenen Zoll- und Stapelgebühren den reinen Fuhrlohn gegebenenfalls deutlich übersteigen konnten. Weitere kontingente Faktoren waren Beschränkungen durch naturale Faktoren, wie im vorliegenden Fall das bereits erwähnte Niedrigwasser der Weser. Dadurch konnten Transporte gegebenenfalls empfindlich verzögert oder gar unmöglich gemacht werden, wie ein Beispiel aus den 1770er Jahren zeigt: Im Herbst 1771 sollte Getreide aus Riga angekauft und über Lübeck nach Braunschweig transportiert werden, um dort aus dem Krisenmagazin an die Bevölkerung ausgegeben werden. Die Wetterverhältnisse verhinderten die Lieferung allerdings, da aufgrund des Frostes bis zum Frühjahr keine Schiffe aus Lübeck auslaufen konnten.

Für jeden Getreidetransport musste zudem geeignetes Personal und eine passende Transportmöglichkeit gefunden werden, was sich ebenfalls problematisch gestalten konnte. Der Bericht des Amtmanns Oppermann aus dem Jahr 1756 lässt derartiges erahnen: Von dem in Bremen angekauften Roggen war der für das Amt Wickensen bestimmte Teil bereits auf der Weser verschifft worden. Der Rest sollte nach Celle verschifft und von dort aus über Land weiter transportiert werden. Allerdings zog sich dieses Unterfangen in die Länge, da der Amtmann keinem „Schiffer habhaft werden [konnte], der sich dahin befrachtet.“⁹⁰³ Diejenigen Bootleute, welche regelmäßig nach Celle führen, seien eben erst abgefahren und würden erst in 14 Tagen zurückerwartet, weshalb das so dringend benötigte Getreide erst mit zeitlicher Verzögerung in den Magazinen Braunschweig-Wolfenbüttels eintreffen könne. In der Zwischenzeit wurde das Getreide wohl nicht nur im heimischen Territorium vermisst, sondern musste

⁹⁰² Vgl.: Walter, Rolf: Merkantilpolitische Handelshemmnisse (im territorialen Vergleich) am Beispiel eines territorial relativ zersplitterten Gebietes. In: Pohl, Hans: Die Auswirkungen von Zöllen und anderen Handelshemmnissen auf Wirtschaft und Gesellschaft vom Mittelalter bis zur Gegenwart. Stuttgart 1987. S. 84-120. Hier S. 111-114.

⁹⁰³ Schreiben Oberamtman Oppermann an Herzog Karl. 30. Juni 1756. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13411. Bl. 53r.

natürlich auch in Bremen zwischengelagert werden, was zusätzliche Kosten und Mühen bedeutete.

Trotz all dieser Unabwägbarkeiten funktionierte der auswärtige Getreideankauf zur Befüllung der heimischen Magazine über das Zukaufmodell jedoch zumindest so gut, dass die Versorgung mittels der Krisenmagazine gesichert war. Wirkliche Hungerkrisen in Braunschweig-Wolfenbüttel konnten so abgewendet werden. Freilich fielen bei der Verwendung dieses Modells hohe Kosten an. Zwar wurde das Getreide in den meisten Fällen nicht kostenlos an die Bevölkerung abgegeben, sondern diese musste den Einkaufs- oder auch den aktuellen Marktpreis bezahlen, allerdings reichten diese Einnahmen nicht aus, um Magazine kostendeckend oder gar mit Gewinn zu betreiben.⁹⁰⁴ Der zu erwartende Verlust wurde von der Landesregierung dabei in Kauf genommen und von Herzog Karl immer wieder mit der Fürsorgepflicht seinen Untertanen gegenüber begründet. So schrieb er 1756 an Hofrat Isenbart, der zuvor den Auftrag erhalten hatte Getreide für die Notmagazine anzukaufen: „[...] und ob Wir gleich zum voraus erkennen daß bey diesem Handel ein beträchtliches verloren gehen werde, [...] so haben Wir doch gnädigst resolvieret solchen Verlust gern zu übernehmen, um Unsere Unterthanen, und besonders Unsere getreue Stadt Braunschweig es an dem nöthigen Korn nicht fehlen zu laßen.“⁹⁰⁵ Doch trotz dieser guten Absicht blieb die Frage der Finanzierung stets problematisch. Bereits im vorangegangenen Kapitel zeigte sich bei den Planungen, dass diese kritische Frage häufig ausgespart wurde. Ein Grund dafür war es wohl, dass es sich Braunschweig-Wolfenbüttel aufgrund seiner finanziellen Lage eigentlich nicht leisten konnte, Magazine als Verlustgeschäfte zu betreiben, es aber dennoch als unerlässlich gesehen wurde, die Versorgung der Bevölkerung zu sichern. So wurde das Geld für die einzelnen Magazinprojekte aus verschiedenen Quellen beschafft, beispielsweise aus Stadtkassen oder den Geldvorräten der Kirchen.⁹⁰⁶ Teilweise wurde dabei auch auf ungewöhnliche Mittel zurückgegriffen. Im Winter 1757 wurde in Wolfenbüttel eine Sammlung unter „Fürstl. Bedienten und wohlhabenden privatier“ initiiert, um auf diesem Weg Geld zum Ankauf von Getreide zu requirieren.⁹⁰⁷ Obwohl der Verantwortliche, Gerichtsschultheiß Johann Albert zum Felde, sich in seinem Schreiben redlich bemühte die Aktion als Erfolg darzustellen, waren bei der Sammlung doch lediglich 71

⁹⁰⁴ Zur Unrentabilität von Magazinen in Braunschweig-Wolfenbüttel vgl. auch: Albrecht, Eingriffe. S. 727.

⁹⁰⁵ Schreiben Herzog Karl an Hofrat Isenbart. 22.06.1756. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13411. Bl. 50v-51r.

⁹⁰⁶ Vgl.: Schreiben Herzog Karl an Bürgermeister und Rat Wolfenbüttel. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13394. Bl. 58r-59r. Dort geht es um „Stadt Caßen oder Kirchen aerariis wobey sich baar Geld befindet“.

⁹⁰⁷ Schreiben J. A. zum Felde an Herzog Karl. 07.02.1757. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13384. Bl. 144r-146r.

Taler eingegangen.⁹⁰⁸ Der Blick auf die zuvor dargestellten Kosten zeigt jedoch, dass dies nicht mehr war als der sprichwörtliche Tropfen auf dem heißen Stein. In einigen Fällen erfolgte der Ankauf auch auf Kredit, was durch die schwierige finanzielle Lage des Landes einerseits erforderlich war, diese andererseits aber auch weiter verschlimmerte.

Als in den 1760er Jahren erneut über die Einrichtung eines öffentlichen Magazins in Braunschweig diskutiert wurde, wurden verschiedene Mitglieder der Regierung sowie lokale Akteure aufgefordert, Vorschläge zur Beschaffung des nötigen Kapitals einzusenden. Die Empfehlungen reichten dabei von der Einrichtung einer „General Landes Lotterie“, über den Zugriff auf die Kassen der Gilden bis zur Anleihe der Pupillen Gelder.⁹⁰⁹ Aller derartigen Ideen wurden aber explizit abgelehnt oder nicht weiterverfolgt. So glaubte man beispielsweise nicht, dass eine Lotterie genug Kapital bereitstellen könne und die als aussichtsreich angesehenen Pupillengelder waren bereits dem Leihhaus gewidmet. So verliefen auch diese Bestrebungen im Sande und zeigen nochmals, dass die zuständigen Akteure bei der Frage der Finanzierung öffentlicher Magazine überwiegend ratlos blieben.

Ein Schlaglicht auf die Finanzierung eines öffentlichen Magazins kann der Bericht des Braunschweiger Bürgermeisters Koch und des Kammerrates Bokelmann, welche während der Krise der 1770er mit der Errichtung von Notmagazinen beauftragt waren, werfen: Im Juli 1771 hatten die Kaufleute Gebrüder Krause den Auftrag erhalten, für das braunschweigische Notmagazin 215 Wispel Roggen anzukaufen.⁹¹⁰ Von der dafür vereinbarten Summe von 14.490 Talern, waren Ende September etwa 10.850 Taler durch den Verkauf aus dem Magazin wieder hereingekommen.⁹¹¹ Von den verbleibenden etwa 3.600 Talern wurden 2.000 aus dem Proviand Commissarium und weitere 600 aus der Geheimen Kanzlei beglichen. Die restlichen 1.000 Taler mussten die Magazinverantwortlichen den Kaufleuten schuldig bleiben und wussten wohl auch nicht aus welcher Quelle diese beglichen werden könnten, weshalb sie sich ratsuchend an die Regierung wandten.⁹¹² Ob, und wenn ja aus welcher Quelle, die Kaufleute ihr Geld letztendlich erhielten, geht aus dem vorhandenen Material nicht hervor. Das Beispiel zeigt aber deutlich, dass öffentliche Magazine ein Verlustgeschäft waren, die nicht kostendeckend

⁹⁰⁸ Ebd. Bl. 144v.

⁹⁰⁹ Schreiben J. F. Unger: Die Getreide Magazines Anstalten für die Stadt Braunschweig betreffend. Vermutlich 1764. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13467. Bl. 35r-62r. Hier Bl. 58r.

⁹¹⁰ Bericht Kammerrat Bokelmann und Bürgermeister Koch. 28.09.1771. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13492. Bl. 6r-7v.

⁹¹¹ Dies entspricht etwa 67 Talern für einen Wispel Roggen, ein sehr hoher, aber den damaligen Marktpreisen entsprechender Preis. Im Juli kostet ein Wispel Roggen, laut den in den Braunschweigischen Anzeigen abgedruckten Preisen, zwischen 54 und 90 Talern.

⁹¹² Bericht Kammerrat Bokelmann und Bürgermeister Koch. 28.09.1771. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13492. Bl. 6r-7v.

arbeiteten. Der Verlust musste demnach aus anderer Quelle getilgt werden. In Braunschweig-Wolfenbüttel wurden die nötigen Gelder zumeist, wie in vorliegender Rechnung, aus verschiedenen Beständen zusammengestellt. Es wird also nochmals deutlich, dass das Zukaufmodell eine massive finanzielle Belastung darstellte, aber dennoch immer wieder darauf zurückgegriffen wurde.

Das in der Theorie so befürwortete Zehntkornmodell wurde in der Praxis der Magazinbefüllungen in Braunschweig-Wolfenbüttel so gut wie nie konsequent angewendet. Im Herbst 1771 wurde bei der Befüllung eines Notmagazins in Braunschweig die Verwendung von Zehntkorn von den Verantwortlichen Koch und Bokelmann diskutiert. Da es im Folgenden aber hauptsächlich um den Einkauf des nötigen Getreides ging, ist davon auszugehen, dass auch hier das Zehntkorn nicht verwendet wurde.⁹¹³ Auch bei der Befüllung des Braunschweiger Magazins unter der Leitung der Kornmagazinkommission in den Jahren 1773/74 wurde das Zehntkornmodell in Betracht gezogen. Es war vorgesehen für den Grundstock von 1.000 Wispel Getreide auf 30 Prozent aus Zins- und Zehntkornabgaben und auf 70 Prozent aus zugekauftem Korn zurückzugreifen.⁹¹⁴ Diese Planung deutet darauf hin, dass es offensichtlich nicht für realistisch gehalten wurde ein komplettes Magazin nur mit Zehntkorn anzulegen. Doch selbst diese Mischform aus Zehntkorn- und Zukaufmodell stieß nicht auf ungeteilte Zustimmung. Obwohl, wie vermutet, tatsächlich etwa 300 Wispel Korn aus den Abgaben vorhanden waren, kritisierte die herzogliche Kammer die Absicht diese zur Anlegung eines Magazins zu verwenden, da eine übermäßige Belastung der Bevölkerung befürchtet wurde.⁹¹⁵ Auch in diesem Fall wurde das Zehntkornmodell also nicht durchgeführt. Durchgeführt wurde es allerdings in einem Fall, welcher kein öffentliches Magazin betraf, an dieser Stelle aber dennoch exemplarisch erwähnt werden soll. Im Jahr 1761, also während des Siebenjährigen Krieges, wurde über die Verwendung von Zins-Hafer im Amt Gandersheim diskutiert. Aus Braunschweig kam die Anordnung das fragliche Korn zur Hälfte in das herrschaftliche Fourage Magazin zu Gandersheim und zur Hälfte in den Fürstlichen Marstall nach Braunschweig zu liefern.⁹¹⁶ An dieser Stelle zeigt sich der Vorrang von militärischen vor zivilen Belangen, was sicherlich in Teilen auch der damaligen Kriegssituation geschuldet war. Zudem wurde Hafer nur selten als Brotkorn bzw. Nahrung für

⁹¹³ Schreiben Kammerrat Bokelmann an Bürgermeister Koch. 30.10.1771. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13491. Bl. 1r-2r.

⁹¹⁴ Schreiben Herzog Karl an Kammerrat Bokelmann. 16.12.1773. NLA WO, 2 Alt, Nr.13492. Bl. 11r.

⁹¹⁵ Extrakt Schreiben Fürstliche Kammer an Kornmagazin-Kommission. 29.01.1774. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13492. Bl. 17r-19r.

⁹¹⁶ Extrakt des Fürstl. Kammer Protokolls vom 30.12.1761. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13401. Bl. 65r-66r.

Menschen verwendet, sondern spielte eher eine Rolle als Pferdefutter. Gerade in Zeiten des Mangels wurde es aber durchaus auch von Menschen als Substitutgetreide verzehrt. Dieser Fall zeigt aber, dass es durchaus möglich war auch das vorhandene Korn aus den Abgaben für Magazine zu verwenden. Offenbar wurden aber militärische Magazine vor den zivilen favorisiert. Eine stabile und kontinuierliche Versorgung mit Lebensmitteln war „zum einen von entscheidender Bedeutung für die Schlagkraft einer Armee, zum anderen war sie eine wichtige Voraussetzung für die Disziplinierung des stehenden Heeres.“⁹¹⁷ Bei stockender Nahrungsversorgung, kam es innerhalb der Armee zu Unzufriedenheit, welche sich bis hin zu Meutereien steigern konnte.⁹¹⁸ Zwar kam es bei unzureichender Nahrungsversorgung auch innerhalb der zivilen Bevölkerung zu Unzufriedenheit, eine murrende Bevölkerung wurde aber wohl als weniger kritisch angesehen, als eine desertierende und meuternde Armee. Hier deutet sich eine mögliche Erklärung an, warum, trotz der theoretischen Befürwortung des Zehntkornmodells, dies in der Praxis der öffentlichen Magazinbefüllungen in Braunschweig-Wolfenbüttel nie konsequent durchgeführt wurde. Vermutlich wurde das verfügbare Zins- und Zehntgetreide vorrangig für militärische Magazine verwendet und für die öffentlichen Einrichtungen musste dann zugekauft werden.⁹¹⁹

Im Vorangegangenen wurde nun dementsprechend hauptsächlich der Ankauf für die Magazine sowie der Transport des Getreides bis zum Bestimmungsort betrachtet. Zum Befüllen eines Magazins gehört aber ebenso die Einlieferung des Getreides in den entsprechenden Speicher. Um einen kleinen Einblick in diesen Vorgang zu erhalten, können entsprechende Schilderungen aus dem Braunschweiger Magazin der 1780er Jahren zu Rate gezogen werden. Wie so oft sind auch diese Schilderungen nur entstanden, da es bei der Einlieferung zu Unregelmäßigkeiten kam, über die problemlose und planmäßige Einlieferung von Getreide in öffentliche Magazine erfährt man ansonsten recht wenig. In diesem Fall hatte Eigner, der Verwalter des

⁹¹⁷ Jacobs, Rainer: Braunschweigische Militärverwaltung im 17. und 18. Jahrhundert: Die institutionelle Einbindung des stehenden Heeres in das frühneuzeitliche Staatswesen. In: Lippelt; Schildt (Hg.): Braunschweig-Wolfenbüttel. S.29-50. Hier S. 39.

⁹¹⁸ Ebd.

⁹¹⁹ Dieser Befund wird auch dadurch gestützt, dass, obwohl es nie gelang, langfristige öffentliche Magazine aufzubauen, es in Braunschweig-Wolfenbüttel bereits im 17. Jahrhundert funktionierende Magazine für militärische Zwecke gab. Diese mussten von den Untertanen mit natural- oder Geldabgaben unterstützt werden und erhielten zusätzlich Geld, um Getreide auf dem freien Markt anzukaufen. S. dazu: Jacobs, Rainer: Braunschweigesches Militärwesen 1641-1714 Heeresorganisation im Spannungsfeld von landständischer Verfassung und fürstlichem Absolutismus. In: Jarck, Horst-Rüdiger: Braunschweigesches Jahrbuch für Landesgeschichte. Band 81. Braunschweig 2000. S. 29-75. Hier S. 59-61.

Magazins, den Prozess der Einlieferung für Betrügereien genutzt.⁹²⁰ Wegen dieser und anderer Verfehlungen sollte der Mann nun entlassen werden, worüber die Kornmagazinkommission im Dezember 1787 dem Herzog Bericht erstattete.⁹²¹ Laut der in diesem Bericht geschilderten Vorfälle kann man sich die Einlieferung folgendermaßen vorstellen: Ein Bote brachte eine gewisse Menge Getreide zum Speicherort. Es wird hierbei von „Lieferanten oder Meiern“ geschrieben,⁹²² was darauf hindeutet, dass es sich entweder um Kaufleute, welche angekauftes Korn im Magazin ablieferten oder aber Vertreter, Verwalter oder Produzenten selbst, welche Abgaben bzw. Zins- oder Zehntkorn brachten. Die Menge und Art des eingelieferten Korns konnte dabei variieren, im vorliegenden Fall handelte es sich um 3 Wispel und 29 Himten Roggen.⁹²³ Das Getreide wurde in Säcken geliefert, bei Ankunft im Magazin waren die dortigen Angestellten unter der Aufsicht des Verwalters dafür zuständig, die Ware zu begutachten und zu vermessen. Da es, gerade bei großen Mengen, wohl nur schwer möglich war die gesamte Lieferung zu prüfen, wurden einige Probesäcke herausgegriffen und diese begutachtet und vermessen. Nachdem dann die Menge und die Qualität des herbeigebrachten Getreides festgestellt worden war, erhielt der Lieferant vom Magazinverwalter einen Lieferschein, auf dem die Ware nach Wispel und Himten quittiert wurde. Dieser Schein diente dann zur Bestätigung der getätigten Abgabe und der Lieferant konnte sich unter Vorlage dieses Dokuments das Getreide gegebenenfalls bezahlen lassen. Der Verwalter war auch dafür zuständig die eingelieferte Menge Korn in den Rechnungsbüchern des Magazins zu vermerken, so dass jederzeit ein Abgleich der Mengen und eine Kontrolle der Magazinbestände möglich sein sollte. In der Praxis allerdings erforderte dieses System ein gewisses Maß an Vertrauen und war nicht vor Betrug gefeit. Da bei größeren Lieferungen wohl nur einige Proben begutachtet wurden, musste zunächst darauf vertraut werden, dass auch der Rest des Korns von entsprechender Qualität war. Zudem war das System von der Vertrauenswürdigkeit und Kompetenz des Verwalters abhängig. Diesem musste insoweit vertraut werden, dass er das Getreide korrekt abmaß. Im Falle des Verwalters Eigner war dies, zumindest nach dem Bericht der Kornmagazinkommission, nicht der Fall. Eigner nutzte das System insofern aus, dass er sich mit Lieferanten ab-

⁹²⁰ S. dazu auch die in Kapitel 3.2.0 geschilderte Episode.

⁹²¹ Schreiben Kommissionsmitglieder Münchhausen und Hugo an Herzog Karl Wilhelm Ferdinand. 08.12.1787. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13492 Bl. 29r-32r.

⁹²² Ebd. Bl. 29v.

⁹²³ Ebd. Bl. 29v-30r.

sprach und ihnen eine größere Menge Getreide quittierte, als sie tatsächlich eingeliefert hatten. Mit der entsprechenden Bescheinigung konnten sie sich dann mehr Getreide bezahlen lassen, als sie abgegeben hatten. Den Erlös dieses Betruges teilte sich der Verwalter mit den Lieferanten. Im vorliegenden Fall handelte es sich um 2 Himten Roggen, eine recht kleine Menge, welche bei Bedarf und wenn der Betrug nicht zu häufig ausgeführt wurde, leicht als Krimpfmaaß⁹²⁴ oder Messfehler ausgegeben werden konnte.

Bei der Betrachtung verschiedener Magazinbefüllungen zeigte sich also, dass die zu Beginn herausgestellten vier Modelle, welche bei der Planung der Einrichtungen regelmäßig in die Debatte eingebracht wurden, in der Praxis nur sehr ungleichmäßig angewandt wurden.

Das Bankmodell wurde tatsächlich nie umgesetzt, obwohl es in der Theorie hin und wieder befürwortet wurde. Die Gründe dafür sind wohl im hohen organisatorischen Aufwand und dem zu erwartenden Widerstand der Menschen zu sehen, von denen wohl ein großer Teil nicht willens oder in der Lage gewesen wäre regelmäßig eine gewisse Menge ihres Getreides abzugeben, um es fremdbestimmt einlagern zu lassen. Auch das Gildenmodell, welches bei zahlreichen Magazinplanungen in die Debatte eingebracht wurde, wurde in der Praxis nicht umgesetzt. Obwohl es in der Theorie verständlicherweise eine attraktive Idee war, den Betrieb öffentlicher Magazine auf jene Berufsgruppen auszulagern, welche sowieso stets gewisse Kornvorräte lagerten, war dieses Modell nicht umsetzbar. Bereits im Planungsstadium regte sich regelmäßig Widerstand seitens der Bäcker und Brauer gegen dieses Modell. Zusätzlich zeigte sich auch, dass die entsprechenden Gilden nicht in der Lage waren, die Getreideversorgung ihrer Mitmenschen zu sichern. In Krisenzeiten litten sie ebenso wie der Rest der Bevölkerung unter Getreidemangel und steigenden Preisen. Um die Brot- und Bierversorgung der Bevölkerung aufrecht zu erhalten, mussten die getreideverarbeitenden Berufsgruppen daher in einigen Fällen selbst unterstützt werden. Es zeigte sich also, dass Bäcker und Brauer nicht nur nicht zur Befüllung öffentlicher Magazine herangezogen werden konnten, sondern sogar aus diesen unterstützt werden mussten, um ihrem Handwerk weiterhin nachgehen zu können. Das Zehntkornmodell wurde in der Planungsphase immer wieder in die Debatte eingebracht und galt in der Theorie als die ideale Lösung. In der Praxis jedoch wurde es nicht konsequent

⁹²⁴ Als Krimpfmaaß wurde die Menge Getreide bezeichnet, welche bei der Lagerung durch verschiedene Faktoren zwangsläufig verloren ging. In Kapitel 3.2.3 wird näher auf diesen unvermeidlichen Verlust eingegangen.

umgesetzt, wie sich immer wieder zeigte. Stattdessen wurde in den meisten Fällen auswärtiges Getreide angekauft, um öffentliche Magazine damit zu befüllen. Eine Lösung, die in der Theorie kaum befürwortet wurde, sich in der Praxis aber als einzig durchführbare erwies. Im Folgenden soll nun betrachtet werden, wie die Magazine nach der erfolgreichen Befüllung mit Getreide arbeiteten, wie das Korn innerhalb der Einrichtungen gelagert wurde und welche Schwierigkeiten dabei auftraten.

3.2.3 Lagern – Getreide aufbewahren

„[A]ber Gott – Welch ein Donnerschlag rührte mein Herz – ich sahe meinen jämmerlichen Kornvorrath von Würmern durchwühlt, verdorben – meine Schätze waren dahin [...].“⁹²⁵

Diese hier so verzweifelt vorgebrachte Klage stammt zwar aus einem fiktiven Bericht aus dem Jahr 1771, hat für den Untersuchungszeitraum aber einen durchaus realen Hintergrund. Der Protagonist des entsprechenden fiktiven Briefes, ein habgieriger Getreidehändler, findet seinen kompletten Kornvorrat von Schädlingen befallen und somit gänzlich verdorben vor.⁹²⁶ Obwohl die Schilderung dazu diente, den Fall des boshafte Wucherers besonders dramatisch darzustellen, war die grundlegende Problematik dem zeitgenössischen Publikum durchaus vertraut. Gelagertes Getreide war, besonders bei langfristiger Speicherung, von zahlreichen Gefahren bedroht. Dazu zählte nicht nur der vorab geschilderte Befall mit tierischen Schädlingen, sondern auch Pilzbefall sowie das Verfaulen oder Verschmutzen des Kornes. Auch die Angst vor einem Feuer, welche das gesamte Getreide erfassen könne, war stets präsent. Diese Gefahren waren nicht nur theoretischer Natur, sondern durchaus real, wie zahlreiche entsprechende Schilderungen aus dem Untersuchungszeitraum beweisen. Im schlimmsten Fall konnten so, wie im Fall des fiktiven Kornhändlers, ganze Lagerbestände vernichtet werden. Selbstverständlich betraf diese Problematik nicht nur die Getreidelager von Privatpersonen oder Kaufleuten, sondern auch öffentliche Magazine. Die Lagerung und Konservierung des Getreides war stets ein neuralgischer Punkt der Projekte und musste daher gut durchdacht werden. Demensprechend befassten sich auch zwei der sechs Fragen, welche sich über die Jahre als zentral für den Erfolg oder Misserfolg öffentlicher Magazine, erwiesen hatten, ausschließlich mit der Lagerung des Kornes:

⁹²⁵ o. V.: Sendschreiben eines Kornhändlers in S. an seinen Freund in L. In: Gelehrte Beyträge. 93. Stück, 27.11 1771. Sp. 737-742. Hier Sp. 740.

⁹²⁶ Zum weiteren Hintergrund und der Einordnung dieses fiktiven Briefes: Kaiser-Kulins, Lena: Polemik gegen Getreidehändler im 18. Jahrhundert. In: de Boer, Praxisformen. S. 293-302.

1. Den Einkauf für das Magazin organisieren.
- 2. Geeignete Speichergebäude finden.**
- 3. Die Konservierung des Getreides sicherstellen.**
4. Geeignetes Magazinpersonal finden.
5. Die Abgabe des Getreides organisieren.
6. Die Rechnungsführung der Magazine einrichten.

Diese Fragen wurden zumeist nicht völlig trennscharf behandelt und auch beim Einkauf des Getreides oder bei der Einstellung des Personals mussten natürlich Fragen der Aufbewahrung mitbedacht werden.⁹²⁷ Zentral sind hierbei allerdings die eng miteinander verbundenen Punkte zwei und drei, welche sich besonders mit der Lagerung des Getreides befassten. Durch die Wahl des richtigen Speichergebäudes konnte bereits viel zur besseren und längeren Konservierung beigetragen werden, darum war auch diese Frage von großer Wichtigkeit.

Dementsprechend wird es im Folgenden um die Lagerung des Getreides innerhalb der Magazine gehen. Es soll gezeigt werden, dass dies durchgehend ein wichtiges Thema war und dass, obwohl es eine breite theoretische Debatte zu Themen des vermeintlich richtigen Speicherns gab, auf diese nur selten explizit Bezug genommen wurde. Stattdessen wurde zumeist auf Erfahrungswissen rekurriert, welches sich in vielen Fällen als sehr effektiv erwies und teilweise mit aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnissen übereinstimmte. Es wird sich allerdings auch zeigen, dass der Not der jeweiligen Situation geschuldet, häufig auf Gebäude und Lösungen zurückgegriffen werden musste, welche den Ansprüchen nur unzureichend genügten und dass es trotz aller Bemühungen immer wieder zu Schäden am gelagerten Getreide kam.

Wie bereits in den vorangegangenen Kapiteln deutlich wurde, spielte die Wahl eines geeigneten Speichergebäudes bei der Planung öffentlicher Magazine stets eine wichtige Rolle. Was dabei als geeignet zu verstehen war, setzte sich allerdings aus vielen Faktoren zusammen. Das Getreide musste am Lagerort möglichst vor Schädlingsbefall geschützt werden. Es musste darüber hinaus so aufbewahrt werden, dass es nicht verderben oder verschmutzen konnte. Dazu

⁹²⁷ So wurde selbstverständlich bereits beim Einkauf darauf geachtet, dass das Korn von guter Qualität war und nicht von Schädlingen oder Pilzen befallen war. Zuverlässiges, ausreichendes und geschultes Personal konnte viel zur besseren Lagerung des Getreides innerhalb der Magazine beitragen, da dieses vor Feuchtigkeit und Schmutz geschützt und regelmäßig bewegt werden musste.

konnte eine gute Belüftung und eine geringe Feuchtigkeit beitragen. Letztendlich mussten die verwendeten Gebäude aber auch verfügbar, bezahlbar und sozial kompatibel sein sowie geeignet größere Mengen Getreide aufzunehmen. Hatte man ein derartiges Lager gefunden, konnte es als nahezu ideal bezeichnet werden. Doch trotz aller Vorsichtsmaßnahmen und bestmöglicher Lagerung, war es häufig doch nicht zu verhindern, dass das Getreide innerhalb der Magazine Schaden nahm und es zu Verlusten kam.

Einer der gefürchtetsten Schädlinge war dabei der so genannte schwarze Kornwurm. Der Abwehr dieses Insektes, auf das sich auch das eingangs verwendete Zitat des fiktiven Kornhändlers bezieht, wurde im gesamten Untersuchungszeitraum viel Energie gewidmet. Das Ausmaß in dem der Kornwurm gefürchtet wurde, zeigt sich in einer ganzen Reihe von Preisfragen und Veröffentlichungen zu seiner Abwehr.⁹²⁸ Eines der bekanntesten und am breitesten rezipierten Werke war dabei „*Die beste Art Korn-Magazine und Fruchtböden anzulegen. Auf welchen das Getrayde niemahls, weder vom weissen noch schwarzen Wurm, angestecket werden kann*“ des hannoverischen Festungsbaumeisters Georg Friedrich Dinglinger.⁹²⁹ Dinglinger befasste sich darin „theoretisch und in einem Idealentwurf mit der Anlage von Kornspeichern“ und legte dabei seinen Fokus auf die Abwehr des Kornwurms.⁹³⁰

Unter der Bezeichnung „schwarzer Kornwurm“ wurden im zeitgenössischen Sprachgebrauch höchstwahrscheinlich mehrere Insekten, welche auf Kornböden anzutreffen waren, subsumiert. In den meisten Fällen handelt es sich beim so genannten schwarzen Kornwurm allerdings um den Kornkäfer oder dessen Larven. *Sitophilus granarius*, in der deutschsprachigen Literatur auch als *Calandra granaria* bezeichnet, ist ein dunkelbrauner bis schwarzer Käfer, der ausgewachsen eine Länge von drei bis fünf Millimetern erreichen kann.⁹³¹ Er gehört zur

⁹²⁸ Die kurpfalzbaierische sittlich=landwirtschaftliche Gesellschaft zu Burghausen stellte im Jahr 1798 die öffentliche Preisfrage: „Wie ist der Kornwurm oder sogenannte schwarze Käfer [...] am sichersten und mit leichtestem Aufwand zu vertilgen?“ In: Kurfürstlich gnädigst privilegierte Münchner Zeitung. Nr. 72, 16.10.1798. S. 929. Die Ackerbaugesellschaft von Limoges fragte im Jahr 1768 nach Mitteln, wie die Kornwürmer auf eine leichte Art zu töten seien. Vgl.: Krünitz, Johann Georg: Oeconomisch-technologische Encyclopädie, oder allgemeines System der Staats- Stadt- Haus- und Landwirthschaft in alphabetischer Ordnung. Bd. 44 (Kopf bis Korn-Consumtion). Berlin 1789. Stichwort Korn-Boden.

⁹²⁹ Vgl. zum Leben und Werk Dinglingers: Amt, Stefan: Georg Friedrich Dinglinger- neue Forschungsergebnisse zum Werk des hannoverschen Festungsbaumeisters. In: Hannoversche Geschichtsblätter, Neue Folge 48 (1994). S. 185-217.

⁹³⁰ Ebd. S. 210.

⁹³¹ S. zu *Calandra granaria* bzw. *Sitophilus granarius* z.B.: Tielecke, Hans: Der Kornkäfer. Der Großschädling Nr. 1 des lagernden Getreides. Wittenberg-Lutherstadt 1956 (Zweite, ergänzte Auflage); Schäfer, Werner: Das Getreide. Eine Waren- und Sortenkunde. Unter Mitarbeit von H. Bolling u. W. Seibel. Frankfurt am Main 1985 (5., verb. u. erg. Aufl.). S. 115.; Eckardt, Oscar: Getreidekunde. Rohstoffkunde für Getreidelagerung, Getreidehandel und Verarbeitungsbetriebe. Detmold 1969 (2., neubearbeitete Auflage). S. 73-82.

Familie der *Curculionidae* (Rüsselkäfer) und verfügt über Flügel, die allerdings verkümmert sind, so dass der Käfer flugunfähig und für die Verbreitung auf passiven Transport angewiesen ist. Der Käfer stammt aus dem vorder- oder mittelasiatischen Raum und wurde in bereits in der Jungsteinzeit nach Mitteleuropa eingeschleppt.⁹³² Neben der Bezeichnung „Schwarzer Kornwurm“ existieren noch zahlreiche weitere deutsche Termini für dieses Insekt, so beispielsweise Kornkrebs, Korn- oder Getreidewippel oder Kornreute. Diese zahlreichen, auch mundartlichen, Bezeichnungen deuten auf eine „langjährige und weite Verbreitung in Deutschland“ hin.⁹³³ *Sitophilus granarius* entwickelt sich, indem das Weibchen etwa 14 Tage nach der Paarung bis zu 250 weiße, ovale Eier von etwa einem halben Millimeter Länge einzeln ablegt. Dazu bohrt es ein Getreidekorn an, legt das Ei hinein und verschließt die entstandene Öffnung mit einem Sekret. Die Larve schlüpft nach vier bis zwölf Tagen innerhalb des Kornes und ernährt sich vom Inhalt. Nach drei bis zehn Wochen entsteht eine Puppe, aus der sich dann der Käfer entwickelt. Dieser frisst sich durch die Kornschale nach außen. Bis zu diesem Zeitpunkt vollzieht sich die Entwicklung also völlig unauffällig innerhalb des Kornes und kann von außen nicht beobachtet werden. Die adulten Käfer sind etwa drei Tage nach dem Schlüpfen aus dem nun leergefressenen Korn fortpflanzungsfähig und ernähren sich nun durch Anfressen der Getreidekörner von außen. Auf diese Weise können lagernde Getreidebestände stark beschädigt oder sogar völlig unbrauchbar gemacht werden. Bei Befall mit *Sitophilus granarius* tritt nicht nur Verlust durch die leergefressenen Körner ein. Können die Käfer ihre Tätigkeit ungestört fortsetzen, werden Temperatur und Feuchtigkeit des Getreides durch die Atmung und Ausscheidungen der zahlreichen Tiere erheblich erhöht, so dass sich zusätzlich Milben und Schimmelpilze ausbreiten können. Das befallene Getreide weist dann einen muffigen Geruch auf und wird zunächst für die Herstellung von Mehl und anderen Getreidespeisen zur menschlichen Ernährung untauglich, bei längerem Befall ist es auch zur Fütterung von Tieren nicht mehr zu gebrauchen. In einem derartigen Worst-Case-Szenario der Getreidespeicherung, auf das wohl auch beim eingangs zitierten Fall des habgierigen Getreidehändlers angespielt wurde, konnten komplette Lagerbestände nur noch entsorgt beziehungsweise ver-

⁹³² Im Jahr 1994 konnten archäologische Grabungen bei Göttingen Teile von *Sitophilus granarius* in den Überresten einer neolithischen Siedlung nachweisen. Zuvor war davon ausgegangen worden, dass der Käfer erst in römischer Zeit durch den Handel oder auch die Lebensmittelvorräte römischer Armeen nach Mitteleuropa gebracht worden war. S. dazu: Büchner, Stefan; Wolf, Gisela: Der Kornkäfer – *Sitophilus Granarius* (Linné) - Aus einer bandkeramischen Grube bei Göttingen. In: Archäologisches Korrespondenzblatt 27 (1997). S. 211-220.

⁹³³ Tielecke, Kornkäfer. S. 4.

nichtet werden. *Sitophilus granarius* befällt bevorzugt Roggen, auch weicher Weizen, Spelzgerste⁹³⁴ und Mais ziehen den Käfer an. Harter Weizen und Hafer hingegen wird weniger häufig befallen. Die Entwicklung des Kornkäfers ist stark temperaturabhängig, bereits die variierenden Entwicklungszeiten von Larve und Puppe hängen von der Außentemperatur ab. Die besten Bedingungen für den Kornkäfer liegen bei etwa 25 Grad Celsius und einer relativen Luftfeuchte von 85 %. Unter diesen Bedingungen beträgt der Entwicklungszyklus von Ei zu Ei 50 Tage. Bereits bei einer Absenkung der Temperatur auf 20° verdoppelt sich diese Zeitspanne nahezu auf 90 Tage, bei 10° vervierfacht sie sich auf 200 Tage. Bei unter 12° findet überhaupt keine Paarung mehr statt, bei 5° fällt der Käfer in eine Kältestarre und bei -5° stirbt er.⁹³⁵ Trockene Luft verkürzt das Leben von *Sitophilus granarius* und häufige Bewegungen innerhalb des Getreides stören ihn, so dass er abwandert. Findet er hingegen ideale Lebensbedingungen vor, kann ein Weibchen des Kornkäfers bis zu 300.000 Nachkommen in einem Jahr haben. Die Lebensdauer eines Käfers kann bis zu drei Jahren betragen. Ideale Bedingungen für *Sitophilus granarius* lassen sich also aus dem bis hierhin vorgestellten folgendermaßen beschreiben: Der Käfer fühlt sich bei einer Temperatur von 25 °, einer hohen Luftfeuchtigkeit und in Getreidebeständen, die möglichst wenig bewegt werden, am wohlsten. Im Umkehrschluss heißt dies natürlich auch, dass durch niedrige Temperaturen, eine geringere Luftfeuchtigkeit und die regelmäßige Bewegung des Kornes ein Befall durch *Sitophilus granarius* verhindert oder zumindest abgemildert werden kann.

Im Untersuchungszeitraum war der (befürchtete) Befall von gelagertem Korn durch den schwarzen Kornwurm immer wieder Thema.⁹³⁶ In zahlreichen Entwürfen für öffentliche Magazine wurde die Gefahr durch diese Schädlinge thematisiert. So stellte Otto Friedrich Bartels, der Amtmann von Lutter am Barenberge, in seinem Magazinplan aus dem Jahr 1748 fest, dass der Kornwurm eine große Gefahr für gelagertes Korn darstelle und dass der „Wurm und [die] Fäulung in dem Korn [...] von der Nässe, Unreinigkeit und Luft“ herrühre.⁹³⁷ Auch Anton Christian Friedrich Amelung nannte in seinem Magazinplan von 1770 große Verluste durch Insek-

⁹³⁴ Spelzgerste wird im Gegensatz zur Nacktgerste meist zum Bierbrauen oder als Viehfutter verwendet. Da der Spelz sehr fest mit dem Korn verwachsen ist, muss er nach der Ernte entfernt werden.

⁹³⁵ Die hier verwandten Angaben finden sich bei: Eckardt, Getreidekunde. S. 77. In anderen Werken lassen sich teilweise leicht abweichende Zahlen finden, die Tendenz bleibt aber immer gleich.

⁹³⁶ Da nicht nachvollzogen werden kann, ob es sich bei den jeweils thematisierten Vorfällen tatsächlich um einen Befall durch *Sitophilus granarius* oder ein anderes Insekt handelte, soll für die zeitgenössischen Bezüge der Quellenbegriff „schwarzer Kornwurm“ verwendet werden.

⁹³⁷ Schreiben O. F. Bartels an Herzog Karl. 18.01.1748. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13387. Bl. 3r-10v. Hier Bl. 9v.

tenfraß als einen der Hauptgründe, warum die Anlage öffentlicher Magazine bislang meist gescheitert sei.⁹³⁸ Auch im Alltag der Magazine wurde der gefürchtete Schädling regelmäßig zur Sprache gebracht. So erkundigte sich die Regierung in Braunschweig im Oktober 1755 besorgt bei den Verantwortlichen des Wolfenbütteler Magazins, ob es wahr sei, dass das dort gelagerte Getreide vom schwarzen Kornwurm befallen sei, da es entsprechende Gerüchte gegeben habe.⁹³⁹ Im Juni 1756 wurde eine beträchtliche Menge von vier Wispel Weizen, das in einem Magazin im Amt Salder gelagert worden war, vom Wurm „starck überzogen“, wie der mit der Begutachtung des Kornes beauftragte Policey-Meister Koch berichtete.⁹⁴⁰

Bei der Bekämpfung der Schädlinge wurde auf verschiedene Methoden zurückgegriffen, die sich als mehr oder weniger effektiv erwiesen. Eine der wichtigsten Maßnahmen, welche zu den Standardaufgaben der Magazinangestellten gehörte, war das so genannte Umstechen des Getreides. Dabei wurde das lose aufeinander liegende Korn mit Schaufeln oder ähnlichen Gerätschaften gewendet und aufgelockert. Dies geschah einerseits, um Getreide, welches bei der Einlieferung in ein Magazin noch feucht war, zu trocknen und zu kühlen. Andererseits sollte es aber auch Ungeziefer, vor allem den schwarzen Kornwurm, fernhalten. In einer landwirtschaftlichen Abhandlung aus den 1820er Jahren wurde betont wie wichtig es sei, das Getreide innerhalb Magazinen mindestens einmal monatlich umzustechen, selbst wenn es bereits trocken sei: „Dieses monathliche Umstechen aber, muß selbst dann geschehen, wenn das Getreide schon den höchsten Grad der Trockenheit erreicht haben sollte, zwar nicht des Erhitzens wegen, welches dann nicht mehr zu fürchten ist, sondern, weil bey dem ruhigen Liegen des Getreides, sich sehr leicht allerley Ungeziefer darin erzeuget.“⁹⁴¹

Dem waren sich die Verantwortlichen für die Magazine in Braunschweig-Wolfenbüttel bewusst und dementsprechend spielte das Umstechen des Kornes eine wichtige Rolle bei seiner Lagerung. Bei der Planung der Anstalten wurden daher meist so genannte Magazinknechte eingeplant, welche diese Aufgabe zu erledigen hatten. Wie sich noch zeigen wird, wurden dazu in der Regel aber keine neuen Kandidaten eingestellt, sondern Menschen, welche bereits an den ausgewählten Orten tätig waren, diese Arbeit gegen einen Zusatzlohn übertragen. Das Umstechen des Kornes erwies sich zumeist als wirksam gegen den schwarzen Kornwurm. Aus

⁹³⁸ Magazinplan von A. C. F. Amelung. 27.02.1770. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13475. Bl. 2r-3r. Hier Bl. 2r.

⁹³⁹ Schreiben Herzog Karl an Policeyamt Wolfenbüttel. 11.10.1755. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13384. Bl. 118v-118r.

⁹⁴⁰ Schreiben Policey-Meister Koch an Herzog Karl. 19.06.1756. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13387. Bl. 14r-15r.

⁹⁴¹ Angyalffy, Mátyás András.: Grundsätze der Feldkultur; oder gründliche und vollständige Anleitung zum Ackerbau und zur Pflege der Wiesen und Weiden. Ein Handbuch für praktische Landwirthe. Zweyter Theil. Pesth 1823. S. 178.

dem Wolfenbütteler Magazin wurde auf die besorgte Nachfrage aus Braunschweig im Oktober 1755 bestätigt, dass eine gewisse Menge des gelagerten Kornes tatsächlich vom Wurm befallen gewesen sei. Durch „verdoppeltes fleißiges umstechen und abstauben des Kornes“ sei aber „bewürcket worden, daß solcher sich nicht lange spüren laßen und das Übel nur eine kurze Zeit gedauert hat“.⁹⁴² Obwohl es also offenbar Wirkung zeigte, war das Umstechen eine anstrengende und zeitraubende Tätigkeit, für die stets Arbeiter zur Verfügung stehen und bezahlt werden mussten, so dass es auch immer wieder mehr oder weniger sinnvolle Vorschläge gab, wie der Kornwurm mit anderen Mitteln vertrieben werden könne. Aus Wolfenbüttel wurde beispielsweise berichtet, dass zu diesem Zweck Meerrettich in der Nähe des befallenen Getreides ausgestreut worden sei.⁹⁴³ Otto Friedrich Bartels, der in seinem Magazinplan aus dem Jahr 1748 auch Insektenbefall thematisierte, schlug vor, dass man das Getreide unterirdisch verwahren solle.⁹⁴⁴ Dies spare nicht nur den Lohn für die Arbeiter, welche das Umstechen ausführten, sondern auch die Miete für einen geeigneten Speicher. Da er Wurmbefall und Fäulnis auf „Näße, Unreinigkeit und Luft“ zurückführte und glaubte, dass diese Faktoren bei unterirdischer Lagerung minimiert werden könnten, war er überzeugt, dass so gelagertes Getreide länger haltbar und von Wurmbefall geschützt sei. In seiner Argumentation bezieht sich Bartels einerseits auf Bräuche fremder Länder, in denen Korn unter der Erde gelagert werde.⁹⁴⁵ Andererseits führt er aber auch das Beispiel des „unvernünftigen Vieh[s]“ explizit der „Hämster[.]“ an. Es sei zu beobachten, „daß sie unter der Erden, ein gantzes Jahr Korn ohnangegangen conserviren“.⁹⁴⁶ Bartels spielt hier wohl auf die Lebensweise der Feldhamster an, welche in unterirdischen Bauten überwintern und darin pflanzliche Vorräte, darunter auch Getreide, ansammeln.⁹⁴⁷ Vermutlich war Bartels sich bewusst, dass sein eher außergewöhnlicher Vorschlag nicht auf ungeteilte Zustimmung treffen würde und bot daher, von der Realisierbarkeit seiner Idee überzeugt, an, ein Experiment zu veranstalten. Zu diesem Zweck sollte

⁹⁴² Schreiben Polizeyamts Wolfenbüttel an Herzog Karl. 28.10.1755. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13384. Bl. 119r-120v. Hier Bl.120r.

⁹⁴³ Ebd. Bl. 119v. Ob der Meerrettich die Schädlinge tatsächlich vertrieben hat, ist nicht nachzuvollziehen. Gärtner:innen, welche ihre Pflanzen auf natürliche Weise vor Schädlingen schützen wollen, wird in entsprechenden Foren allerdings auch heutzutage empfohlen, Meerrettich um ihre Gewächse herum zu pflanzen, um den Kartoffelkäfer fernzuhalten. S. z.B. hier: o. V.: Übeltäter im Garten! So werden Sie Pflanzenschädlinge umweltfreundlich los. In: <https://www.gartenhaus-gmbh.de/magazin/pflanzenschaedlinge-umweltfreundlich-bekaempfen/> (Zugriff am 02.03.2022). Ob auch der Kornwurm auf dieses Mittel reagiert, ist allerdings nicht bestätigt.

⁹⁴⁴ Schreiben O. F. Bartels an Herzog Karl. 18.01.1748. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13387. Bl. 3r-10v. Hier Bl. 9r-10r.

⁹⁴⁵ Ebd. 9v.

⁹⁴⁶ Ebd.

⁹⁴⁷ Köhler, Ute et al.: Maßnahmen zum Schutz des Feldhamsters (*Cricetus cricetus*) in Deutschland. In: Natur und Landschaft 89/8 (2014). S.344-349. Hier S. 344-345.

im Frühjahr eine gewisse Menge Getreide, direkt aus der Scheune an einem trockenen Ort tief unter der Erde deponiert werden. Bartels zeigte sich zuversichtlich, dass dieses „in Jahres Frist [...] in eben der Güte wieder anzutreffen“ sein würde.⁹⁴⁸ Offensichtlich wurde die Zuversicht des experimentierfreudigen Amtmanns nicht an jeder Stelle geteilt, soweit es sich aus dem vorhandenen Quellenmaterial nachvollziehen lässt, fand ein derartiger Versuch nie statt und Braunschweig-Wolfenbüttel legte seine Speicher auch weiterhin oberirdisch an.

Doch, so weit hergeholt die Vorschläge Bartels in diesem Kontext auch wirken mögen, ganz aus der Luft gegriffen war die Idee des unterirdischen Lagerns von Getreide nicht. Chantal Camenisch weist in ihrer Studie zum Zusammenhang von Klima und Getreidepreisen in den Burgundischen Niederlanden darauf hin, dass „[n]och im Hochmittelalter [...] gelagertes Getreide vor allem in unterirdischen Silos Platz“ fand.⁹⁴⁹ Auch antike Agrarschriftsteller wie der römische Polyhistor Marcus Terentius Varro berichteten ihrer Leserschaft von in unterirdischen Höhlen oder in Erdgruben angelegten Getreidelagern, in denen das Getreide sich, unberührt von Luft und Feuchtigkeit, 50 oder gar 100 Jahre halte.⁹⁵⁰

Neben diesen auf Beobachtung der Natur fußenden Maßnahmen, griffen manchen Menschen in ihrer Verzweiflung den schwarzen Kornwurm loszuwerden, zu eindeutig magisch angehauchten Mitteln. Im September 1752 erschien auf der Titelseite der *Braunschweigischen Anzeigen* ein knapp vierspaltiger Artikel, der in seiner Überschrift mit dem Versprechen „Zuverlässiges Mittel den Kornwurm zu verhüten oder auch zu umschreiben“, warb.⁹⁵¹ In dem Text, der wohlgermerkt auf der Titelseite des offiziellen Regierungsblattes erschien, wurden vom Kornwurm geplagte Menschen aufgefordert, sieben der unangenehmen Schädlinge aus dem befallenen Speicher einzusammeln und diese in eine Schachtel zu setzen. Das Behältnis sollte dann mit blauem Zuckerpapier fest umwickelt werden, so dass die Würmer nicht ins Freie gelangen könnten. Die Schachtel samt tierischem Inhalt sollte dann in ein frisches Grab gelegt werden, noch bevor die Leiche beigesetzt wird. Sobald dann die Kornwürmer vermodert seien, werde auch das befallene Getreide von ihnen befreit. Allerdings gab der unbekannte Autor

⁹⁴⁸ Schreiben O. F. Bartels an Herzog Karl. 18.01.1748. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13387. Bl. 3r-10v. Hier Bl. 10r.

⁹⁴⁹ Camenisch, Kälte. S. 84.

⁹⁵⁰ S. dazu: Tietz, Werner: Hirten, Bauern, Götter. Eine Geschichte der römischen Landwirtschaft. München 2015. S. 179-180.

⁹⁵¹ o. V.: Zuverlässiges Mittel den Kornwurm zu verhüten oder auch zu vertreiben. Braunschweigische Anzeigen. 72. Stück, 06.09.1752. Sp. 1425-1428.

des Artikels zu, dass man zwar „sehr viele ungezweifelte Erfahrungen, aber keinen philosophischen Beweis“ für die Wirksamkeit des vermeintlich zuverlässigen Mittels habe.⁹⁵² Dennoch sollte das eindeutig aus dem Bereich volksmagischer Praktiken stammende Mittel von der Leser:innenschaft nicht als unwissenschaftlicher Hokusfokus verstanden werden. Als Beweis der zuverlässigen, wenn auch nicht gänzlich nachvollziehbaren, Wirksamkeit führte der Autor ein Beispiel aus dem Bereich des Magnetismus an: „Wenn aber alle kleine Magneten auf der Erdoberfläche sich in ihren Wirkungen nach der Beschaffenheit eines einzigen grossen und in der Axe der Erde liegenden Magneten richten [...] so mögen sich auch die lebenden und verbrüdereten Kornwürmer mit gleicher Gewißheit nach ihrer versenkten Mitbrüder Schicksale richten.“⁹⁵³ Neben dem Vorschlag zur Vertreibung des Kornwurms wurden in dem entsprechenden Artikel auch Maßnahmen zu seiner Verhütung thematisiert. Es wurde empfohlen, das Getreide trocken und möglichst kühl zu halten und es häufig umzustechen. Zusätzlich wird darauf hingewiesen, dass der Schädling sich in Ritzen und Spalten des Kornbodens lange halte und so ein Befall von eigentlich sauberem Korn ausgelöst werden konnte.⁹⁵⁴ Diese Vorschläge, welche sich aus Erfahrungswissen speisten, entsprachen genau dem, was den Zeitgenossen zur Abwehr des Schädlings möglich war und bei konsequenter Anwendung tatsächlich Wirkung zeigte. Auch bei der heutigen Getreidelagerung werden zur Bekämpfung von *Sitophilus granarius*, neben der Verwendung von chemischen Gasen, Räucher- oder Sprühmittel und dem Einsatz biologischer Feinde, als wichtigste Abwehrmittel nach wie vor auch noch die kühle und trockene Lagerung und besonders die Inspektion von Lagerstätten und Transportbehältnissen zur Vermeidung einer Neueinschleppung des Schädlings, angewendet.⁹⁵⁵ In dem vorgestellten Artikel zeigt sich nicht nur die Hilflosigkeit, die ein Befall mit dem schwarzen Kornwurm nach sich ziehen konnte, sondern auch die Ambivalenz, welche im Untersuchungszeitraum in vielen Bereichen des Umgangs mit getreidespezifischen Themen vorherrschend war. Auf der einen Seite wurden wissenschaftliche Erklärungsansätze und entsprechende Bewältigungsstrategien immer wirkmächtiger. Auf der anderen Seite wurden aber auch nach wie vor magische, religiöse und übernatürliche Deutungsmuster und Abwehrmittel

⁹⁵² Ebd. Sp. 1426-1427.

⁹⁵³ Ebd. Sp. 1427.

⁹⁵⁴ o. V., Zuverlässiges Mittel. Sp. 1425-1426.

⁹⁵⁵ S. dazu z.B: Eckardt, Getreidekunde. S. 80.

in Betracht gezogen und diskutiert.⁹⁵⁶ Im Artikel aus den *Braunschweigischen Anzeigen* wird dies nicht nur durch den Versuch einer naturwissenschaftlich angehauchten Erklärung für die angepriesene magische Praktik deutlich. So findet sich das Prinzip des Magnetismus neben einer vermuteten Todesbruderschaft der lästigen Insekten. Beides wird als gleichermaßen wahrscheinlich dargestellt, da die Ursachen beider Vorgänge nicht in Gänze bekannt waren. Zudem werden einerseits magische, nach heutigem Verständnis, völlig wirkungslose Praktiken empfohlen. Andererseits machte der Verfasser auch grundlegende und wirksame Vorschläge zur Vorbeugung eines Schädlingsbefalls und zur grundlegenden Hygiene in Getreidespeichern. Diese beiden Herangehensweisen stellten im untersuchten Zeitraum keinen Widerspruch dar. Zum Abschluss der Beschäftigung mit dem schwarzen Kornwurm soll noch eine Begebenheit geschildert werden, welche zeigt, wie bestrebt man im Untersuchungszeitraum war, dem Problem dieses Schädlings Herr zu werden. Dabei wurde, auch von erfahrenen Regierungsmitgliedern, hin und wieder nach sprichwörtlichen Strohhalmen gegriffen. Einen solchen bot in der Mitte der 1750er Jahre ein Mann namens Christoph Friedrich Pollmann an. Pollmann, ein Kapellist, über dessen Hintergrund so gut wie nichts bekannt ist, wandte sich im September 1754 an den Herzog und gab an, ein „arcanum naturae“ zur Vertreibung des schwarzen Kornwurms gefunden zu haben.⁹⁵⁷ Bereits einige Wochen zuvor hatte er in den *Braunschweigischen Anzeigen* inseriert, und dort eben jenes Geheimnis als „untriebliches Mittel [...] wodurch die schwarzen Kornwürmer gänzlich ausgerottet und vertilget werden“ angepriesen.⁹⁵⁸ Laut eigener Aussage zog er die Anzeige aber später wieder zurück, da er Sorge hatte, dass wenn das Geheimnis einmal bekannt sei, er kein Geschäft mehr damit machen könne.

Bei der genauen Beschaffenheit des fraglichen Mittels blieb Pollmann zunächst vage, er versicherte aber, dass es den Kornwurm zwar gänzlich vertreibe, dabei aber weder dem Getreide noch dem betreffenden Speicher oder etwaigen Nachbargebäuden schade. Gegen „erlegung eines ansehnlichen honorarii“ war Pollmann bereit, der Regierung sein Geheimnis zu offenbaren, so dass dieses im ganzen Land bekannt gemacht werden könne.⁹⁵⁹ Trotz des eher geringen Informationsgehaltes und des deutlichen Gewinnstrebens des Kapellisten, war die Regierung an dem vermeintlichen „arcanum naturae“ interessiert und bot Pollmann im Austausch

⁹⁵⁶ S. dazu auch Kapitel 3.4.1. Collet weist wiederholt auf die Koexistenz verschiedener, teilweise gänzlich entgegengesetzter Deutungsmuster für die Krise der 1770er hin, die zu einer Vielzahl an Praktiken zu deren Bewältigung führten. Collet, *Katastrophe*. S. 9.

⁹⁵⁷ S. dazu: Schreiben C. F. Pollmann an Herzog Karl. 02.09. 1754. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13406 Bl. 4r-5r.

⁹⁵⁸ *Braunschweigische Anzeigen*, Rubrik „Vermischte Nachrichten“. 67. Stück, 21. 08.1754, Sp. 1336.

⁹⁵⁹ Schreiben C. F. Pollmann an Herzog Karl. 02.09. 1754. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13406 Bl. 4r-5r. Hier Bl. 4v.

gegen sein Wissen eine jährliche Rente von 50 Talern an. Dies war ihm aber deutlich zu wenig und er forderte eine Sofortzahlung von 500 Talern.⁹⁶⁰ Während der nun folgenden Verhandlungen wurden weitere, allerdings wenig informative, Details über das vermeintliche Wundermittel bekannt. Offenbar handelte es sich um ein „in dem Forste wachsendes Kraut“, welches lediglich auf den Boden eines befallenen Kornspeichers gelegt werden müsse.⁹⁶¹ Die betreffende Pflanze sei „jedem Bauer-Knaben bekannt“ und wirke innerhalb von zwei bis drei Wochen.⁹⁶² Auch gegen den so genannten weißen Wurm, vermutlich war damit die Larve der Kornmotte gemeint, sei das Mittel wirksam.⁹⁶³ Dennoch kam es zu keiner Einigung zwischen Pollmann und der Landesregierung. Der Kapellist bemühte sich in den folgenden Wochen erneut, Kapital aus seiner Idee zu schlagen und inserierte wiederholt in den *Braunschweigischen Anzeigen*.⁹⁶⁴ Doch, obwohl er sein Wundermittel in sechs aufeinander folgenden Ausgaben des Blattes anpries, blieb der Erfolg aus, weswegen sich Pollmann im Frühling 1755 erneut an den Herzog wandte.⁹⁶⁵ Diesmal bat er darum, dass ein Rundschreiben von Braunschweig aus in alle Teile des Landes gesandt werde, in dem bekannt gemacht werde, dass ein Mittel gegen den schwarzen Kornwurm gefunden worden sei. Jeder, der das Geheimnis erfahren wolle, könne sich melden und bekäme es dann gegen Zahlung einer Gebühr mitgeteilt. Daraufhin erhielt der bis dahin glücklose Entdecker endlich die gewünschte Unterstützung, wenn sie auch nicht finanzieller Natur war: Nur einige Tage nach Erhalt der Bitte ging ein Schreiben an „alle fürstl. Ämter, Stadt-Magistrate und adligen Gerichte wegen des schwarzen Kornwurms“.⁹⁶⁶ Darin wurde betont „wie sehr dieses Ungeziefer hin und wieder überhand nehme, und wie große Schaden dem Korn dadurch zugefügt werde“.⁹⁶⁷ Im Folgenden wurde das Angebot Pollmanns bekannt gemacht und die lokalen Obrigkeiten aufgefordert, diese bei Kornhändlern und anderen Menschen, welche Schwierigkeiten mit Insektenbefall hätten, zu verbreiten. Eine gewisse Skepsis gegen das vermeintliche Wundermittel blieb allerdings bestehen, die Interessenten sollten angehalten werden „daß sie nicht eher das geringste auszahlen

⁹⁶⁰ Schreiben C. F. Pollmann an Regierung Braun.-Wolf.. 17.09.1754. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13406 Bl. 6r-7v.

⁹⁶¹ Suppl. Schubart an Herzog Karl. 03.10. 1754. NLA WO 2 Alt Nr. 13406. Bl. 8r-9r. Der Unterzeichnende supplizierte im Namen Pollmanns.

⁹⁶² Schreiben C. F. Pollmann an Regierung Braun.-Wolf.. 17.09.1754. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13406 Bl. 6r-7v.

⁹⁶³ Ebd. Bl. 7r.

⁹⁶⁴ Braunschweigische Anzeigen. 84. Stück, 19.10.1754. Sp. 1670-1671. Die gleiche Anzeige erschien dann auch noch im 85., 86., 87., 88. und 89. Stück des Blattes.

⁹⁶⁵ Schreiben C. F. Pollmann an Herzog Karl. 28.05.1755. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13406. Bl. 10r-11v.

⁹⁶⁶ Circular rescript. 30.05.1755. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13406. Bl. 13r-14r.

⁹⁶⁷ Ebd. Bl. 13r.

sollen, bevor nicht der Korn-Wurm würcklich von ihrem Boden vertrieben ist.“⁹⁶⁸ Ob das „arcanum naturae“ hielt was Pollman versprach, muss, trotz aller anderslautenden Beteuerungen des Kapellisten, allerdings stark bezweifelt werden. Auch heutzutage ist kein pflanzliches Mittel bekannt, welches *Sitophilus Granarius* zuverlässig vertreibt beziehungsweise abtötet.⁹⁶⁹ In Braunschweig-Wolfenbüttel kam es auch in den folgenden Jahren immer wieder zum Befall von Getreidespeichern durch den schwarzen Kornwurm, ohne dass ein Wundermittel dies hätte verhindern können.⁹⁷⁰ Über den Hintergrund und die Motivation der zentralen Figur dieser ungewöhnlichen Episode kann lediglich spekuliert werden. Ob Christoph Friedrich Pollmann tatsächlich ein pflanzliches Mittel gefunden hatte, welches zur Vertreibung von Kornschädlingen beitragen konnte oder dies zumindest glaubte, oder ob hier ein Betrüger am Werk war, der aus der Angst vor dem schwarzen Kornwurm Kapital schlagen wollte, ist nicht nachzuvollziehen. Für die Aussagekraft der hier geschilderten Begebenheit ist dies allerdings auch ohne Belang. Interessanter ist hingegen die Reaktion der Landesregierung auf die wiederholten Angebote des vermeintlichen Entdeckers. Trotz des geringen Informationsgehaltes und des sehr deutlichen Gewinnstrebens und ungeachtet der Tatsache, dass Pollmann nicht mehr als vage Andeutungen über die Beschaffung seines vermeintlichen Wundermittels machte, setzte die Regierung sich immer wieder mit ihm auseinander. Mehr noch, man war tatsächlich bereit ihm eine Rente auszusetzen, um an sein Geheimnis zu kommen. Dies verdeutlicht, wie groß das Problem des schwarzen Kornwurms für Getreidespeicher war und, dass die Zeitgenossen diesem in vielen Fällen hilflos gegenüberstanden, da es nur wenig effektive Mittel gegen den Schädling gab. Daher war man wohl, trotz aller Skepsis, auch bereit nach dem Strohhalm eines vermeintlichen Wundermittels zu greifen, allerdings ohne Erfolg.

⁹⁶⁸ Ebd. Bl. 14r.

⁹⁶⁹ Ein natürlich vorkommendes Mittel, welches *Sitophilus granarius* oder andere Kornschädlinge vernichtet, ist Kieselgur, eine pulverförmige Substanz, die zu großen Teilen aus den vermahlenden Überresten fossiler Kieselalgen besteht. Kieselgurstaub reagiert auf der Körperoberfläche der Insekten mit Fetten und entzieht dem Tier in der Folge Wasser. Da es diesen Verlust nicht ausgleichen kann, verstirbt es. Kieselgur ist seit einigen Jahren als Vorratsschutzmittel wiederentdeckt worden. Kieselgur kommt in Norddeutschland vor und wurde im Bereich der Lüneburger Heide erstmals in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts entdeckt. S. zu Kieselgur als Mittel gegen Getreideschädlinge: Adler, Cornel; Frielitz, Cornelia; Günther, Janine: Kieselgur gegen vorratsschädliche Insekten im Getreidelager. Diatomaceous earths against stored product insects in grain storages. In: Rahman, Gerold (Hg.): Ressortforschung für den Ökologischen Landbau 2007. Schwerpunkt: Pflanze. S. 31-40. http://orgprints.org/12973/1/201_Ressortforschung_2007_Seite_1_bis_167_komplett.pdf#page=31 (Zugriff am 02.03.2022).

⁹⁷⁰ S. zum angeblichen Wundermittel Pollmanns auch: Kaiser-Kulins, Lena: Ein Wundermittel gegen den „schwarzen Kornwurm“ – Nachverfolgung eines Zeitungsinserates von 1754. Blogbeitrag vom 02.05.2018. <https://grk1919.hypothesen.org/401> (Zugriff am 02.03.2022).

So groß das Problem des schwarzen Kornwurms auch war, dies war nicht die einzige Hürde, welche bei der Lagerung von Getreide beachtet werden musste. Auch andere tierische Schädlinge konnten dem gelagerten Getreide gefährlich werden. Dies war beispielsweise der bereits erwähnte „weiße Kornwurm“. Im zeitgenössischen Sprachgebrauch wurden die Raupen der Getreidemotte (*Tinea granella*) derart bezeichnet. Das Weibchen dieser Falter legt die Eier zwischen Getreidekörner, die daraus schlüpfenden Larven sind von weißlich-gelber Farbe und fressen die Körner von außen an und spinnen sie mithilfe ihrer Ausscheidungen zu Klumpen.⁹⁷¹ Die gegen diesen Schädling unternommenen Maßnahmen wurden im Untersuchungszeitraum verhältnismäßig selten thematisiert, was entweder darauf hindeutet, dass der weiße Kornwurm weniger Schaden anrichtete als die schwarze Variante, oder dass seine Bekämpfung einfacher zu bewältigen war. Im Großen und Ganzen wurden zur Abwehr der beiden Kornwürmer ähnliche Maßnahmen unternommen, eine möglichst trockene und kühle Lagerung sowie häufiges Umstechen des Getreides. Auch Mäuse und Ratten konnten, sowohl durch den Verzehr von Getreide als auch durch ihre Ausscheidungen im gelagerten Korn, ein Problem für Magazine darstellen. Aber auch diese Schädlinge wurden, verglichen mit dem schwarzen Kornwurm, nur selten thematisiert. Ein Grund dafür war wohl, dass die Maßnahmen, welche zur Bekämpfung der kleinen Nagetiere angeraten waren, bekannt waren und daher keiner größeren Diskussion mehr bedurften. Gerade vor diesem Hintergrund waren Katzen in Getreidespeichern zumeist höchst willkommene Gäste. Auch die Feuergefahr, sei es durch Selbstentzündung oder äußere Einflüsse, war stets präsent. Im Untersuchungszeitraum kam es in Braunschweig-Wolfenbüttel zu keinen größeren Feuerschäden an Getreidemagazinen, was vielleicht auch dieser steten Aufmerksamkeit geschuldet ist. Um im Falle eines Brandes den Schaden möglichst gering zu halten, bemühten sich die Verantwortlichen in der Regel vorhandene Vorräte, wenn möglich, auf mehrere, in einiger Entfernung voneinander stehenden Speichergebäude aufzuteilen.⁹⁷²

Neben derartigen, eher von außen kommenden, Gefahren, konnte das Getreide natürlich auch verderben oder verschmutzen. Getreide ist erst mit einem Feuchtigkeitsgehalt von etwa 14 % lagerfest, direkt nach der Ernte ist der Gehalt aber zumeist deutlich höher. Im Zustand

⁹⁷¹ Schäfer, Getreide. S. 117.

⁹⁷² So z.B.: „Inzwischen scheint es nun der Feuers Gefahr willen rathsam zu seyn, daß der Vorrat nicht an einem Orte zusammen liege, damit bey einem von Gott gnädigst abzuwendenden Unglück nicht alles zugleich verlohren gehe.“ Zusammenfassung der Magazinkonferenz vom 03.04.1764. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13467. Bl. 15r-17v. Hier Bl. 16r.

der so genannten Vollreife, in dem mit der Ernte begonnen werden soll, hat das Korn einen Feuchtigkeitsgehalt von etwa 20 %. Bei mehr als 18 % Feuchtigkeit verdirbt es allerdings schnell. Getreide mit einem Feuchtigkeitsgehalt von 19 % beispielsweise, schimmelt bei einer Lagertemperatur von 20° nach zehn Tagen.⁹⁷³ Feuchtes und warmes Getreide ist zusätzlich anfällig für weitere Pilze und Bakterien. Zudem ist Getreide „kein totes Massengut, das während längerer Lagerung unverändert bleibt.“⁹⁷⁴ Auch nach der Ernte finden diverse Prozesse innerhalb des Getreides statt, welche dieses nachhaltig verändern können. So „atmet“ das Getreide, nimmt Sauerstoff aus der Luft auf und gibt Kohlendioxid ab, dies ist mit Substanzverlusten verbunden. Etwa acht Wochen nach der Ernte findet zudem ein Schwitzprozess statt, bei dem das Getreide sich deutlich erwärmt. Um dabei ein Verderben des Lagergutes zu verhindern, muss es kühl, luftig und trocken gehalten werden, ist es besonders feucht, ist vor dem Einlagern eventuell eine Trocknung erforderlich.⁹⁷⁵ Dies war den Akteuren des Untersuchungszeitraums bewusst, ohne dass sie Wissen über exakte Temperaturangaben oder über die im Hintergrund ablaufenden chemischen Prozesse besaßen. Jedoch hatte die Erfahrung gezeigt, dass Getreide vor Verderben geschützt und länger gelagert werden konnte, wenn es kühl und trocken gehalten wurde. Dementsprechend diente das regelmäßig praktizierte Umstechen nicht nur der Abwehr von Schädlingen, sondern auch diesem Zweck. Auch bei der Auswahl der Gebäude wurden diese Kriterien mit einbezogen, wie sich noch zeigen wird. Natürlich konnten solche Fragen auch beim Ankauf des Kornes bereits mitbedacht werden. So wurde beispielsweise bei den Bremer Einkäufen des Amtmanns Matthias Oppermann für die Krisenmagazine Mitte der 1750er Jahre explizit angegeben, dass „gedrögter“, also bereits getrockneter, Roggen erworben worden sei.⁹⁷⁶ Wie bereits mehrfach erwähnt, wurde bei der Einrichtung öffentlicher Magazine wiederholt diskutiert, ob Getreide oder doch Mehl gelagert und ausgegeben werden sollte.⁹⁷⁷ Ging es dabei häufig zunächst um Kostenfragen oder Vorteile für die Bevölkerung, wurde die strittige Frage auch bezüglich der Lagerfähigkeit beider Güter erörtert. Die Verantwortlichen waren sich bei dieser Frage überwiegend darin einig,

⁹⁷³ S. zum Feuchtigkeitsgehalt von Getreide: Schäfer, Getreide. S.12-13; Eckardt, Getreidekunde. S.82-83

⁹⁷⁴ Schäfer, Getreide. S.108

⁹⁷⁵ Ebd.

⁹⁷⁶ Vertrag zwischen M. Oppermann und J. W. Brökelmann über den Verkauf von 10 Last Roggen. 29.06.1756. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13411 Bl. 56r.

⁹⁷⁷ Vgl. dazu z.B. die in Kapitel 3.2.1 geschilderte Debatte über die Lagerung von Mehl oder Getreide im Braunschweiger Krisenmagazin im Jahr 1771.

dass die Lagerung von Mehl schwieriger und mit mehr Arbeit verbunden sei als die von ungemahlenem Getreide. In einem Schreiben aus Wolfenbüttel an den Herzog wurde im März 1745 beispielsweise eindringlich darauf hingewiesen, dass, wenn Mehl „an heißen Sommer-Tagen nicht einen tag umb den anderen höchstens umbgestochen wird, [es] leicht verderbe“.⁹⁷⁸ Auch aus diesem Grund wurde sich dann in der Regel für die Lagerung von Getreide entschieden.

Bei aller Vorsicht war aber ein gewisser Lagerverlust in keinem Fall zu vermeiden. Dieser wurde in der Regel als Krimpmaß bezeichnet. Im Deutschen Rechtswörterbuch wird das Krimpmaß als „bestimmte Menge Getreide, die als natürlicher Schwund bei der Getreidelagerung anerkannt wird“ definiert.⁹⁷⁹ Zu großen Teilen ist dieser Schwund auf Trocknungsverluste zurückzuführen. Wird das Getreide getrocknet, verliert es neben Feuchtigkeit auch Staub, leicht flüchtige und gasförmige Substanzen.⁹⁸⁰ In Krünitz' *Oeconomischer Encyclopädie* wird der dort als „Krimp-Maß“ bezeichnete Verlust als „Abgang an dem maße, welchen das Getreide auf dem korn-Boden durch Eintrocknen leidet“ bestimmt.⁹⁸¹ Der so beschriebene Verlust war allgemein weitgehend akzeptiert, sollte aber selbstverständlich möglichst geringgehalten werden. Welche Menge dabei als akzeptabel galt, war aber nicht klar definiert und wohl von den Umständen abhängig. Im *Hannoverschen Magazin* erschien im Frühjahr 1786 ein Artikel, in dem der Autor zwar betonte, dass das „Krimpfmaaß sich fast unmöglich allgemein bestimmen“ lasse, man beim Roggen pro Jahr jedoch mit etwa 2 Prozent Verlust rechnen müsse.⁹⁸² Bei kürzerer Lagerung war dementsprechend natürlich auch ein geringeres Krimpfmaß zu erwarten. Aktuellere Berechnungen gehen bei einer Trocknung von 20 % auf 15 % Feuchtigkeitsgehalt von einem Verlust von über 5 % aus.⁹⁸³ Im September 1771 gab es im Braunschweiger Krisenmagazin bei 215 Wispeln Roggen einen Verlust von drei Himten.⁹⁸⁴ Ein

⁹⁷⁸ Schreiben Vertreter Wolfenbüttel an Herzog Karl. 31.03.1745. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13372. Bl. 28r-30av. Hier Bl. 29r.

⁹⁷⁹ Deutsches Rechtswörterbuch. Wörterbuch der älteren deutschen Rechtssprache. In Verbindung mit der Akademie der Wissenschaften der DDR herausgegeben von der Heidelberger Akademie der Wissenschaften. Bd. 7 (Kanzlei-Krönung). Bearbeitet von Günther Dickel und Heino Speer. Weimar 1983. Stichwort „Krimpfmaß“ Sp. 1582.

⁹⁸⁰ S. zum Trocknungsverlust von Getreide: Schäfer, *Getreide*. S.130-131.

⁹⁸¹ Krünitz, Johann Georg: *Oeconomisch-technologische Encyclopädie, oder allgemeines System der Staats-Stadt- Haus- und Landwirthschaft in alphabetischer Ordnung. Vier und Vierzigster Theil, von Kopf bis Korn-Consumtion*. Berlin 1789. Stichwort Korn-Boden, Sp. 909.

⁹⁸² L. F. G.W: *Ueberschlag, in wie fern es für den Landwirth rathsam ist, seine Kornfrüchte auf hohe Preise liegen zu lassen*. In: *Hannoversches Magazin*. 19. Stück, 06.03.1786. Sp. 297-304. Hier Sp. 297-298.

⁹⁸³ Schäfer, *Getreide*. S.131.

⁹⁸⁴ Bericht Kammerrat Bokelmann und Bürgermeister Koch. 28.09.1771. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13492. Bl. 6r-7v. Die dazugehörige Rechnung findet sich vor dem Bericht Bl. 4v-5r.

äußerst geringer Wert von etwa 0,03 %, allerdings war das fragliche Getreide auch erst im Juli oder August des Jahres in das Magazin eingeliefert worden. Die für das Magazin verantwortlichen Personen, der Braunschweiger Bürgermeister Koch und Kammerrat Bokelmann, erklärten den Verlust dadurch, dass die Abgabe zumeist in einzelnen Himten erfolgt sei und „durch das Vertreten und ander nicht zu vermeidende Umstände“ entstanden sei.⁹⁸⁵ Die Magazinangestellten hätten ihre Arbeit aber zuverlässig verrichtet und die nötige Sorgfalt an den Tag gelegt. Die Menge des Verlustes scheint in diesem Fall ohne weitere Diskussion akzeptiert worden zu sein. Alle Beteiligten waren sich offenbar bewusst, dass gewisse Lagerverluste bei jedem Getreidemagazin hinzunehmen sein mussten.

Bislang zeigte sich also, dass gelagertes Getreide innerhalb der Magazine durch verschiedene Faktoren in seiner Qualität beeinträchtigt, vermindert oder gänzlich unbrauchbar gemacht werden konnte. Während ein gewisser Verlust als unabwendbar galt und akzeptiert wurde, sollte ein größerer Abgang natürlich möglichst vermieden werden. Als meist diskutierte Bedrohungen im Untersuchungszeitraum konnten dabei der Befall durch Insekten sowie die Gefahr des Verderbens durch zu hohe Temperaturen oder einen zu großen Feuchtigkeitsgehalt identifiziert werden. Diese Gefahren sollten hauptsächlich durch das regelmäßige Umstechen des Getreides minimiert werden. Zusätzlich war eine möglichst kühle und luftige Lagerung angeraten. Da dies im Untersuchungszeitraum selbstverständlich nicht durch den Einsatz von Kühl- und Lüftungsanlagen, welche bei der heutigen Getreidelagerung zur Verfügung stehen, geschehen konnte, mussten andere Lösungen gefunden werden. Dabei war auf die Bauart der gewählten Speichergebäude zu achten. Die als ideal geltenden Bedingungen finden sich zusammengestellt in dem bereits erwähnten Werk *„Die beste Art Korn-Magazine und Fruchtböden anzulegen“* des hannoverischen Baumeisters Georg Friedrich Dinglinger. Die 1768 erschienene Schrift entstand im Kontext der Landwirtschaftlichen Gesellschaft in Celle, deren Mitglied Dinglinger war, und zusätzlich als verspätete Beantwortung einer Preisaufgabe der Hamburgischen Gesellschaft zur Beförderung der Künste und nützlichen Gewerbe. Der Baumeister plädierte im Kern dafür, möglichst freistehende Gebäude zu errichten beziehungsweise auszuwählen.⁹⁸⁶ Durch Öffnungen in den Wänden solle dort ein „anhaltender und strenger Zug, und eine [...] schneidende Luft“ erzeugt werden.⁹⁸⁷ Durch diesen Effekt sollte das Getreide

⁹⁸⁵ Bericht Bokelmann und Koch. Bl. 6v.

⁹⁸⁶ Dinglinger, Korn-Magazine. S.19. S. zu Dinglingers Werk auch Kapitel 3.1.4.

⁹⁸⁷ Ebd. S. 28.

belüftet und gekühlt werden und so bedeutend länger haltbar sein, da sowohl Schädlinge ferngehalten als auch ein anderweites Verderben verhindert werde.

Vieles was in Dinglingers Schrift angeführt wurde, war nicht völlig neu. Die Erfahrung hatte immer wieder gezeigt, dass kühle, trockene und luftige Lagerung die Qualität des gelagerten Getreides besserte und die vorgeschlagene Bauweise konnte diesen Effekt erzeugen. In vielen Fällen war es aber wohl nicht möglich, Speichergebäude zu finden, welche den vorgeschlagenen Kriterien entsprachen, beziehungsweise vorhandene Gebäude dementsprechend umzubauen. Allerdings deutet einiges darauf hin, dass die Schrift Dinglingers in Braunschweig-Wolfenbüttel rezipiert wurde und die dortigen Verantwortlichen bestrebt waren, zumindest einige der Vorschläge für die heimischen Speicher umzusetzen. Zu Beginn des Jahres 1788 erreichte die Kornmagazinkommission ein Schreiben aus Mannheim, in dem sich einige Vertreter der kurpfälzischen Hofkammer nach den Erfahrungen mit Speichern nach der Methode Dinglingers erkundigten.⁹⁸⁸ Ihnen war zu Ohren gekommen, dass in den welfischen Ländern einige Magazine nach dessen Plänen betrieben würden. Da auf Anraten der dortigen physikalisch-ökonomischen Gesellschaft auch in der Kurpfalz Versuche mit derartigen Speichergebäuden gemacht werden sollten, bat man die braunschweigischen Kollegen um ihre Erfahrungen. Diese hatten überwiegend Positives zu berichten. In seinem Antwortschreiben vom 10. März 1788 schrieb das Mitglied der Kommission, Christian Brandan Johann Hugo, dass zwar keine Gebäude völlig nach der Methode Dinglingers errichtet worden seien, man sich aber bemüht habe, Lüftungen an den Speichern anzubringen.⁹⁸⁹ Durch diese Maßnahme habe sich der schwarze Kornwurm aber tatsächlich überwiegend abhalten lassen und auch die weiße Variante des Schädlings sei lediglich vereinzelt aufgetreten.⁹⁹⁰ Besonders der Kornboden über der Aegidienkirche sei völlig frei von Schädlingsbefall geblieben. Hugo führte dies auf die besondere Höhe und die gute Belüftung, der Speicher habe Öffnungen an vier Seiten, zurück. Auf diesem Speicher gelagerter Roggen sei zehn Jahre lang frisch geblieben, was die Bäcker der Stadt bestätigen könnten. Es sei zu vermuten, dass der besonders starke Luftzug den Kornwurm vertrieben hätte, oder dass das Insekt nicht in der Lage sei eine derartige Höhe zu erreichen.⁹⁹¹ Beide Vermutungen entsprachen sehr wahrscheinlich der Wahrheit. Wie bereits festgestellt, verträgt der schwarze Kornwurm niedrige Temperaturen sehr schlecht. Ebenso ist

⁹⁸⁸ Schreiben der kurpfälzischen Hofkammer. 19.01.1788. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13492. Bl. 35r -35v.

⁹⁸⁹ Schreiben C. B. J. Hugo 10.03.1788. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13492. Bl. 36r -37r.

⁹⁹⁰ Ebd. Bl. 36r.

⁹⁹¹ Ebd. Bl. 36v-37r.

das flugunfähige Insekt nicht selbstständig in der Lage Korn, welches in großer Höhe gelagert wird, zu erreichen. Befindet sich also vorab kein Schädling im eingelieferten Korn oder dem Speicher, ist es tatsächlich sehr wahrscheinlich, dass sehr hoch gelagertes Korn nicht befallen wird.

Obwohl also die Methode Dinglingers sehr positiv rezipiert wurde und bestimmte Voraussetzungen auch vor Erscheinen der entsprechenden Abhandlung bereits bekannt waren, war es doch nicht immer möglich bei der Wahl der Magazinegebäude darauf Rücksicht zu nehmen.

Dennoch war es nahezu konstitutiv für jede Magazinplanung, dass intensiv darüber debattiert wurde, wo das Getreide gelagert werden sollte. Häufig ging es dabei mehr um die Verfügbarkeit und Bezahlbarkeit der Lagerorte und weniger um deren grundlegende Eignung als Getreidemagazin. Dabei ging es allerdings stets um öffentliche Magazine. Selbstverständlich standen im Land große und geeignete Speichergebäude zur Verfügung, welche aber häufig für militärische Zwecke genutzt wurden. So zeigte sich immer wieder, dass es Schwierigkeiten bereitete, geeignete Gebäude für öffentliche Magazine zu finden. Die Vertreter Wolfenbüttels beispielsweise lehnten im Frühjahr 1748 die Anlage eines öffentlichen Magazins unter anderem mit der Begründung ab, dass in der Stadt kein geeignetes Gebäude zur Verfügung stehe und die Anmietung von Speichern hohe Kosten verursachen würde. Auf dem vorhandenen Proviandboden sei kein Platz mehr vorhanden, um eine derartige Anlage zu betreiben.⁹⁹² Ähnlich argumentierte acht Jahre später das Armendirektorium in Braunschweig, das den Wunsch des Herzogs nach der Anlegung eines Magazins mit der Begründung es fehle „an irgend einem hause einen Vorrath von Korn dergestalt sicher aufzubewahren“ abzuwenden versuchte.⁹⁹³ Die Frage nach geeigneten Gebäuden blieb also häufig ungeklärt. Dementsprechend griff man teilweise auf Notlösungen zurück. So wurde das öffentliche Magazin in Wolfenbüttel im Jahr 1753 letztendlich zunächst auf dem Dachboden der „Herzoglichen Großen Schule“ angelegt, nachdem den Verantwortlichen eindringlich nahegelegt worden war, passende Gebäude ausfindig zu machen. Diese auf den ersten Blick wenig naheliegende Wahl, ergibt allerdings Sinn, wenn man sich vor Augen hält, dass die Schule in der so genannten Herzoglichen Kommissie, einem Gebäude, welches zunächst als Mühle erbaut und in späteren Jahren als Verkaufsmagazin diente, ihren Sitz hatte. Das ausgewählte Gebäude verfügte also über entsprechende Kapazitäten und die grundsätzliche Eignung als Getreidespeicher. Dass es dennoch nur eine

⁹⁹² Schreiben Polizeyamts Wolfenbüttel an Herzog Karl. 26.06.1748. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13384. Bl. 31v-34v.

⁹⁹³ Schreiben Armendirektorium Braunschweig an Herzog Karl. 27.10.1756. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13394 Bl. 53r-54r.

kurzfristige Notlösung bleiben musste, zeigt allerdings die weitere Entwicklung: Gegen Ende des Jahres 1753 beschwerte sich der Rektor der Schule, Johann Christoph Dommerich, über den Magazinbetrieb in seiner Institution.⁹⁹⁴ Das gespeicherte Getreide brächte zahlreiches Ungeziefer mit sich, welches die Möbel und Vorräte der Schule beschädigte. Zudem brächte Dommerich den Boden für seine eigene Haushaltung. Darüber hinaus störe der Magazinbetrieb das Lehrpersonal empfindlich beim Unterrichten und besonders die Schüler ließen sich durch die stete Betriebsamkeit gerne ablenken. Der Rektor bat daher inständig darum, das Magazinkorn in Zukunft an einem anderen Ort aufzubewahren.⁹⁹⁵ Der Bitte Dommerichs wurde letztendlich stattgegeben und die Suche nach einem geeigneten Gebäude begann erneut. Diese Episode macht deutlich, dass ein geeignetes Speichergebäude nicht nur die technischen und räumlichen Voraussetzungen zur Aufbewahrung von Getreide besitzen, sondern auch sozial kompatibel sein musste. Es ist alles andere als abwegig, dass der Betrieb eines öffentlichen Magazins viel Staub, Ungeziefer, Lärm und Betriebsamkeit mit sich brachte und dass dies von Anwohner:innen als störend empfunden wurde.

In Braunschweig wurden im Untersuchungszeitraum, neben dem bereits erwähnten Boden der Aegidiuskirche, einige andere Gebäude regelmäßig als Magazin genutzt, beziehungsweise als Lagerstätten vorgeschlagen. Dies waren vor allem das Packhaus, die Alte Waage und der Herrschaftliche Proviantboden.⁹⁹⁶ Diesen Gebäuden war gemein, dass sie alle bereits auf die eine oder andere Weise als Getreidespeicher genutzt wurden und daher die notwendigen Voraussetzungen erfüllten. Allerdings waren sie alle auch in anderer Verwendung und konnten daher nicht nur als öffentliche Magazine gebraucht werden. Öffentliche Magazine waren im untersuchten Zeitraum, zumindest in Braunschweig-Wolfenbüttel, häufig also eher Institutionen mit verschiedenen Standorten als feste Gebäude. Zudem war die freie Speicherkapazität der einzelnen Lager begrenzt und daher wurde das verfügbare Magazingetreide häufig in verschiedenen Gebäuden gelagert. So lagerte die Kornmagazinkommission die in den 1770er Jahren angeschafften 1.000 Wispel Roggen in Mengen zwischen 150 und 200 Wispel an verschiedenen Standorten.⁹⁹⁷ Diese Methode war einerseits dem verfügbaren Speicherplatz geschuldet. Andererseits wurde der vorhandene Vorrat dadurch aufgeteilt, so dass im Fall eines Feuers

⁹⁹⁴ Schreiben Ratmann J. H. Voigt an Herzog Karl. 19.11.1753. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13384 Bl. 83r-83v.

⁹⁹⁵ Ebd.

⁹⁹⁶ S. dazu die in Kapitel 3.2.0 dargestellten Debatten der Kornmagazinkommission.

⁹⁹⁷ Protokoll der Kornmagazin-Kommission zur Sitzung am 18. Dezember 1773. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13492. Bl. 13r-19r.

oder eines anderen Unglücks stets nur ein Teil des Getreides betroffen war. Ein weiterer Vorteil der Aufteilung war, dass so die Angestellten der jeweiligen Gebäude oder Institutionen mitgenutzt werden konnten. Wie sich zeigte, war es sehr wichtig, dass das Getreide regelmäßig bewegt wurde. Für diese Arbeit sowie zur Annahme und Ausgabe des Getreides und zur weiteren Instandhaltung des Vorrates war zuverlässiges Personal notwendig. Zur Einsparung von Personalkosten, aber auch da die betreffenden Personen sich in der Regel bereits als zuverlässig erwiesen hatten, war man in der Regel bestrebt keine neuen Mitarbeiter anzustellen. Die Kornmagazinkommission war beispielsweise zuversichtlich, dass die Angestellten der ausgewählten Lagerorte so beispielsweise „auf der Egidien Kirche der Closter Bediente, auff der alten waage der Cammer Pedell“ die zusätzlichen Aufgaben „gegen eine billige Remuneration“ übernehmen müssten.⁹⁹⁸

Im Folgenden soll nun gezeigt werden, wie das gelagerte Getreide aus den öffentlichen Magazinen an die Konsument:innen ausgegeben wurde.

3.2.4 Ausgeben – Getreide verteilen

Der Betrieb öffentlicher Magazine diente der Unterstützung der Bevölkerung mit Getreide. Sollte dieses bei den Menschen ankommen, musste die Ausgabe organisiert werden. Mit dieser Thematik befasste sich die fünfte der sechs Leitfragen zur Anlegung von Magazinen:

1. Den Einkauf für das Magazin organisieren.
2. Geeignete Speichergebäude finden.
3. Die Konservierung des Getreides sicherstellen.
4. Geeignetes Magazinpersonal finden.
- 5. Die Abgabe des Getreides organisieren.**
6. Die Rechnungsführung der Magazine einrichten.

Im Untersuchungszeitraum waren bei dieser Angelegenheit vor allem drei Fragen bzw. Fragenkomplexe von Interesse:

⁹⁹⁸ Ebd. Bl. 15r.

1. Wer erhielt wieviel Getreide? Wie konnte sichergestellt werden, dass nur berechnigte Personen Getreide erhielten und nur die ihnen jeweils zustehende Menge ausgegeben wurde?
2. Wurde das Getreide kostenlos oder gegen Bezahlung ausgegeben? Welcher Preis sollte angesetzt werden?
3. Wo und wie oft wurde das Getreide ausgegeben?

Während andere Fragen des Magazinbetriebes in der Planungsphase intensiv diskutiert wurden, blieben die Modalitäten der Ausgabe häufig außen vor oder wurden nur am Rande thematisiert. Es herrschte wohl die Meinung vor, dass, sei ein Magazin erst einmal eingerichtet, die Ausgabe des Getreides auch problemlos bewältigt werden könne. Dementsprechend bestand bei den meisten dieser Fragen zunächst Uneinigkeit und häufig wurden mehrere Optionen, gleichzeitig oder auch nacheinander, ausprobiert. Im Laufe des betrachteten Zeitraums entwickelten sich dann in vielen Fällen Strategien, um die Ausgabe in der gewünschten Form durchführen zu können. Dennoch blieb die Lösung in einigen Fällen eher unbefriedigend, worauf einige Beschwerden und wiederholte Versuche der Nachbesserung hindeuten.

Die Frage, wer berechnigt war Magazingetreide zu erhalten, wurde eher selten explizit diskutiert. Einige Vorannahmen waren aber implizit stets präsent. Ganz klar, auch wenn es, vermutlich aufgrund der Selbstverständlichkeit, nur selten konkret thematisiert wurde, war, dass Magazinkorn nur an „Inländer“, also nur an Untertanen des Herzogs von Braunschweig-Wolfenbüttel abzugeben wäre. So wurde beispielsweise beim Gandersheimer Magazin in den 1750er Jahren darauf hingewiesen, das Getreide nicht an Ausländer abzugeben.⁹⁹⁹ So sollte verhindert werden, dass Händler oder Privatpersonen aus benachbarten Ländern das Korn aus Braunschweig-Wolfenbüttel schafften und es dann im eigenen Territorium verbrauchten oder weiterverkauften. Dies wäre sowohl allen merkantilistisch-kameralistischen Prinzipien als auch dem Fürsorgegedanken für die eigenen Untertanen zuwidergelaufen. Darüber hinaus zeigte sich im Anrecht auf Magazingetreide, besonders in Krisenzeiten, soziale In- oder Exklusion.¹⁰⁰⁰ Von den Wohltaten des zumeist günstig abgegebenen Kornes sollten in jedem Fall nur Landesuntertanen profitieren. Für die Versorgung der Untertanen anderer Herrscher fühlte

⁹⁹⁹ Schreiben Herzog Karl an Amtmann Rubel. 26.05.1753. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13401 Bl. 4r.

¹⁰⁰⁰ S. dazu auch: Collet, Katastrophe. S. 179.

sich die Regierung selbstverständlich nicht zuständig. Zusätzlich zeigt sich eine deutliche Bevorzugung von Einwohner:innen größerer Städte, dabei ganz besonders denen der Residenzstadt Braunschweig und, in deutlich geringerem Maße, der ehemaligen Residenz Wolfenbüttel. So wurden Magazine stillschweigend häufig nur in eben jenen größeren Städten eingerichtet. In einigen Fällen wurden diese Entscheidungen auch kommentiert, wie die Aussage des Herzogs zeigt, der im Jahr 1773 ein Magazin „zum besten Unserer Unterthanen vorerst aber nur zur Versorgung unserer Stadt Braunschweig“ einrichten ließ.¹⁰⁰¹ Ländliche Regionen konnten in der Regel nicht vom Magazingetreide profitieren. In den meisten Fällen scheint diese Konzentration auf die Städte so selbstverständlich gewesen zu sein, dass sie nicht weiter erläutert oder gar diskutiert wurde. Die Städter:innen selbst werden sich an diese Bevorzugung vermutlich nicht gestört oder diese sogar für selbstverständlich gehalten haben. Collet berichtet von Fällen aus Bremen und Wien, in denen die Stadtbevölkerung sogar dagegen protestierte, dass auch Menschen, die nicht innerhalb der Stadtmauern lebten, aus den Magazinen versorgt werden sollten.¹⁰⁰² Es ist nicht allzu unwahrscheinlich, dass diese Sichtweise auch von den Einwohner:innen Braunschweigs oder Wolfenbüttels geteilt wurde. Allerdings wurde während der Krise der 1770er Jahre darüber debattiert, auch die Bevölkerung des Braunschweiger Umlandes am Magazinkorn teilhaben zu lassen. Dies wurde im Frühjahr 1772 beschlossen und deutet darauf hin, dass die Lage als Ausnahmesituation empfunden wurde, welche die traditionelle Bevorzugung der Städte zumindest kurzfristig diskutabel werden ließ.¹⁰⁰³ Die nächste Entscheidung, die bei der Ausgabe des Magazinkorns getroffen werden musste, betraf die Bedürftigkeit potenzieller Empfänger:innen. Es musste entschieden werden, ob jede:r berechtigt war Getreide aus den Magazinen zu erhalten, oder ob dieses Privileg besonders Bedürftigen vorbehalten sein sollte. Auch in anderen Gegenden standen die Verantwortlichen vor dieser Entscheidung. Frank Göttmann zeigt auf, dass öffentliche Magazine in vielen Fällen eigens zur Unterstützung Bedürftiger agierten: „Bemittelte Käufer wurden auf den freien Markt verwiesen.“¹⁰⁰⁴ Zum Nachweis der eigenen Bedürftigkeit mussten Interessierte in Zürich beispielsweise einen Berechtigungsschein des Pfarrers vorlegen, in Basel wurden die

¹⁰⁰¹ Herzog Karl an Kammerrat Bokelmann. 16.12.1773. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13492. Bl. 11r.

¹⁰⁰² Collet, Katastrophe. S.179.

¹⁰⁰³ Schreiben Schatzeinnehmer Reiche an Bürgermeister Koch. 27.05.1772. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13491. Bl. 20r.

¹⁰⁰⁴ Göttmann, Vorratshaltung. S. 214.

Beziehenden von Magazingetreide im 18. Jahrhundert öffentlich in den Ratssitzungen verlesen.¹⁰⁰⁵ Bei der Planung und Einrichtung öffentlicher Magazine wurde auch in Braunschweig-Wolfenbüttel häufig betont, dass diese zur Unterstützung der Armen und Bedürftigen dienen sollten. Teilweise wurden die Einrichtungen an bereits bestehende Armenanstalten gekoppelt beziehungsweise kooperierten mit diesen. Bei der Anlage des Magazins in Wolfenbüttel im Jahr 1753 wurde bekräftigt, dass dies „zum besten der diesigen Armuth“ eingerichtet worden sei.¹⁰⁰⁶ Kam es dann aber zur Verteilung des Getreides, war zumeist nicht exakt geklärt, wer berechtigt war, Magazinkorn zu erhalten. Ein Grund dafür ist, dass, wie sich bislang gezeigt hat, die meisten Magazinprojekte hauptsächlich während Krisensituationen aktiv wurden. In solchen Zeiten konnten sich die Grenzen zwischen Armen und Durchschnittsverdienern dramatisch verschieben, bei entsprechenden Preissteigerungen waren auch Menschen, welche sonst nicht bedürftig waren, nicht mehr in der Lage sich ausreichend zu ernähren. So wurde in vielen Fällen nicht spezifiziert, wer Getreide erhalten konnte. Beim Wolfenbütteler Magazin gab es in den 1750er Jahren lediglich die Einschränkung, Stadtbewohner:innen zu bevorzugen, unabhängig von ihrer Bedürftigkeit.¹⁰⁰⁷ Auch bei den Krisenmagazinen aus den Jahren 1756 und 1757 wurden die Verantwortlichen angewiesen, Korn und Mehl an die Stadtbevölkerung abzugeben, ohne dies näher zu bestimmen.¹⁰⁰⁸ Im Dezember 1756 wurde bei der Abgabe von Roggen und Roggenmehl aus dem Braunschweiger Krisenmagazin betont, wie nützlich dies für diejenigen Personen sei, „welche nicht des Vermögens sind, einen oder etliche Himten Korn zu kaufen.“¹⁰⁰⁹ Einen Monat zuvor hatten die Verantwortlichen einer ähnlichen Einrichtung den Befehl erhalten, an Bedürftige mit großen Familien bevorzugt Mehl auszugeben, Einzelpersonen sollten hingegen fertig gebackenes Brot erhalten.¹⁰¹⁰ Es zeigt sich also, dass hier zunächst keine klare Linie verfolgt wurde. Obwohl stets betont wurde, dass Magazine die Armen unterstützen sollten, konnte im Prinzip jede:r Magazingetreide erhalten, vorausgesetzt natürlich die betreffende Person war „Inländer“ und lebte in einer der größeren Städte. Dabei ist

¹⁰⁰⁵ Ebd.

¹⁰⁰⁶ Schreiben Herzog Karl an Policeyamt Wolfenbüttel. 26.11.1753. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13384. Bl. 78r-79r.

¹⁰⁰⁷ Ebd.

¹⁰⁰⁸ Schreiben Herzog Karl an Hofrat Isenbart. 22.06.1756. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13411. Bl. 50r-51r.

¹⁰⁰⁹ Schreiben Herzog Karl an Bürgermeister und Rat Braunschweig. 07.12.1756. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13394. Bl. 58r-59r.

¹⁰¹⁰ Schreiben Herzog Karl an Armendirektorium Braunschweig. 05.11.1756. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13394. Bl. 55r-55v.

allerdings nicht auszuschließen, dass bei den Magazinen dennoch eine persönliche beziehungsweise soziale Kontrolle stattfand und Menschen, deren Bedürftigkeit bekannt war, bevorzugt wurden.

Spätestens bei den Magazinen, welche während der Krise der 1770er den Betrieb aufnahmen, lässt sich dann aber ein Wandel in der Auswahl beziehungsweise Kontrolle der berechtigten Personen erkennen. Waren zuvor prinzipiell alle Interessierten befugt Getreide für ihren privaten Konsum aus dem Magazin zu holen, mussten sie sich nun mit entsprechenden Berechtigungsscheinen ausweisen. Im Juli 1771 erhielten Bürgermeister Koch und Kammerrat Bokelmann, welche für die braunschweigischen Krisenmagazine verantwortlich waren, die Anweisung, Getreide oder Mehl aus dem Magazin nur an diejenigen abzugeben, welche „einen gestempelten Zettel von der Obrigkeit“ vorlegen konnten, auf dem vermerkt sein musste, wieviel Getreide ihnen zustand.¹⁰¹¹ Zur Ausgestaltung dieseszettels wurde zunächst nichts Konkretes bestimmt. Die Idee derartiger Berechtigungsscheine tauchte fortan aber immer wieder auf und wurde weiterentwickelt. Im Januar 1772 wurde dann beschlossen, die Ausgabe von Roggen aus dem Braunschweiger Krisenmagazin an „unvermögsame hiesige Einwohner“ regelmäßiger und nachvollziehbarer zu gestalten.¹⁰¹² Zu diesem Zweck sollten wiederum Berechtigungsscheine ausgeteilt werden, deren Ausgestaltung in diesem Fall bereits deutlich genauer bestimmt war. Jede Woche sollten 200 dieser Zettel gedruckt werden, welche „diejenigen die solches Getraides würcklich bedürftig sind“ sich bei Bürgermeister Koch abholen konnten.¹⁰¹³ Zur sicheren Identifikation und Überprüfung der Bedürftigen sollte auf die Vordrucke „eines jeden Impetranten Nahmen und Assecurations-Nummer seiner Wohnung“ in den dafür vorgesehenen Raum eingetragen werden.¹⁰¹⁴ Koch zeigte sich von der Idee überzeugt und begann unmittelbar mit handschriftlichen Entwürfen für die entsprechenden Scheine.

¹⁰¹¹ Schreiben Herzog Karl an Kammerrat Bokelmann und Bürgermeister Koch. 05.07.1771. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13492. Bl. 2r-2v.

¹⁰¹² Mitteilung vom 09.01.1772. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13491. Bl. 14r-14v.

¹⁰¹³ Ebd.

¹⁰¹⁴ Ebd. Die Assecurationsnummer bezog sich dabei auf die Häuser in Braunschweig. Es handelte sich dabei um die Nummer, welche den Häusern im Zuge der 1754 von Herzog Karl gegründeten Gebäude-Feuerversicherung zugewiesen worden war.

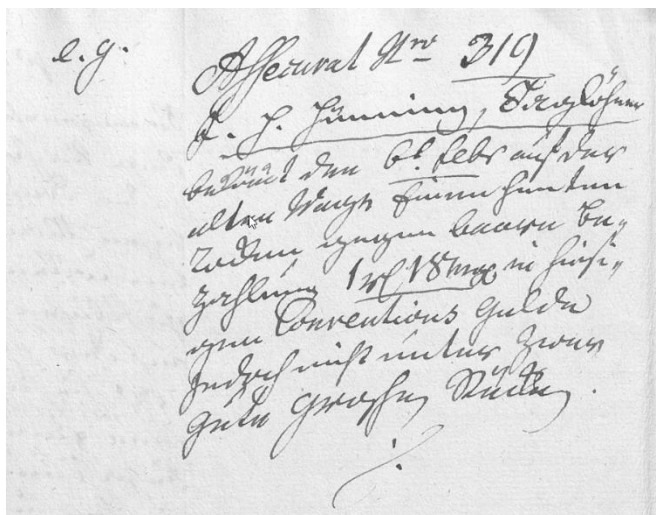


Abbildung 15: Handschriftlicher Entwurf für einen Bezugschein.¹⁰¹⁵

Auch in diesem Fall wurde aber nicht näher benannt, wer einen derartigen Bezugschein erhalten könne. Bereits im Winter 1771 hatte es in dieser Frage Unklarheit gegeben. Im Auftrag des Braunschweiger Armendirektoriums wurden wöchentlich etwa 1.000 Brote gebacken und zusätzlich zum Getreide an Bedürftige verteilt. Die Verantwortlichen fragten sich allerdings, ob von dieser Wohltat lediglich die Armen, welche sich für die Unterstützung der Armenanstalten qualifizierten, profitieren konnten, oder auch andere Bedürftige, so beispielsweise Invaliden.¹⁰¹⁶ Auch hierfür waren Formulare gedruckt worden, in die die entsprechenden Angaben eingetragen werden konnten.

¹⁰¹⁵ NLA WO, 2 Alt, Nr. 13491. Bl. 15v. „Assecurat Nr. 319 F. H. Hunning, Tagelöhner bekommt den 6. Febr. auf der alten Waage Einen Himten Rocken, gegen baare Bezahlung 1 rthl 18 mgl in hiesigen Conventions Gelde jedoch nicht unter zwei gute Groschen Stücke.“

¹⁰¹⁶ Undatiertes Schreiben an Hofrat Unger. Vermutlich November 1771. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13475. Bl. 31r-31v.

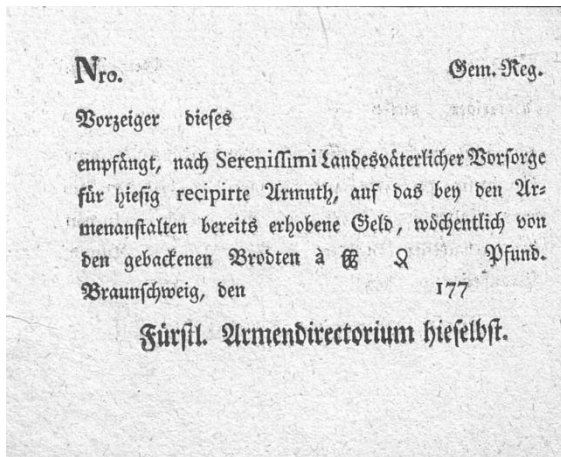


Abbildung 16: Vordruckter Bezugsschein zum Ausfüllen.¹⁰¹⁷

Es zeigt sich also, dass die Frage, ob lediglich Bedürftige vom Magazingetreide profitieren durften, und wenn ja, wer als bedürftig galt, in vielen Fällen nicht genau geklärt war und selbst bei den Verantwortlichen Unsicherheit hervorrief. Zudem zeigt sich eine Tendenz, die Ausgabe des Getreides genauer regulieren und bestimmen zu wollen, zu diesem Zweck wurden besonders in der Krise der 1770er Jahre Bezugsscheine gedruckt. Offenbar setzte sich diese Praxis in der Folge aber nicht konsequent durch, denn in den 1780er Jahren brach erneut eine Debatte über die Berechtigung zum Bezug von Magazingetreide aus. Als Ergebnis erschien im März 1784 eine Bekanntmachung der Kornmagazin-Kommission in den Braunschweigischen Anzeigen.¹⁰¹⁸ In dem Beitrag, welcher auf der ersten Seite der Zeitung erschien, wurde zunächst beklagt, dass in jüngster Zeit die „nicht ganz ungegründete Vermuthung entstanden“ sei, dass wiederholt Menschen Getreide aus dem öffentlichen Magazin erhalten hätten, welches ihnen nicht zugestanden habe. Dabei hätten sie entweder Getreide verlangt, welches sie „für sich selbst nicht gebraucht“, „oder auch mehr Rocken genommen, als sie zu ihrer gegenwärtigen Bedürfnis nöthig haben“. In einigen Fällen sei das Getreide auch „auf anderen Nahmen verlangt“ worden.¹⁰¹⁹

Hier zeigt sich, dass die Ausgabe des Magazinkorns auch unter der Ägide der Kornmagazin-Kommission nicht reibungslos funktionierte. Offenbar gab es Kriterien dafür, wer berechtigt war, welche Menge Getreide aus dem Magazin zu erhalten, es fehlte aber an Mitteln diese Kriterien auch effektiv umzusetzen und zu kontrollieren. Um diesen Missstand zu beseitigen,

¹⁰¹⁷ NLA WO, 2 Alt, Nr. 13475. (ohne Paginierung, eingelegt zwischen Bl. 31 und 32).

¹⁰¹⁸ Avertissement der Fürstl. Kornmagazin-Commission. In: Braunschweigische Anzeigen. 21. Stück, 13.03.1784. Sp. 281-282.

¹⁰¹⁹ Ebd. Sp. 281.

griff die Kommission nun wieder auf das Mittel der Bezugsscheine zurück, welches sich während der Krise der 1770er Jahre bereits bewährt hatte. Der Erhalt der Scheine wurde nun an ein mehrstufiges Verfahren gebunden, welches wohl höchstmögliche Kontrolle sicherstellen sollte: Zunächst mussten die Interessierten am Packhaus vorstellig werden und die Akzise für die gewünschte Menge Korn entrichten. Dort erhielten sie einen Zettel mit dem sie sich dann an C. B. J. Hugo, Mitglied der Kommission, wenden und bei diesem das Entgelt für das Getreide entrichten sollten. Erst danach wurde der Berechtigungsschein ausgestellt, mit dem die Menschen sich dann das Korn aus dem Magazin holen konnten.¹⁰²⁰ Es ist unklar, ob diese Maßnahmen in der Lage waren den missbräuchlichen Umgang mit dem Magazinkorn vollends abzustellen, zudem ist auch nicht nachzuvollziehen, ob ein missbräuchlicher Umgang überhaupt existierte. In späteren Jahren finden sich dann keine derartigen Klagen mehr.

Neben Privatpersonen wurden hin und wieder auch Bäcker und Brauer aus den öffentlichen Magazinen mit Getreide versorgt, wenn sie keine Vorräte mehr hatten und somit die Fortführung ihres Gewerbes gefährdet war. Im Sommer 1756 beispielsweise hatte eine Visitation bei Bäckern und Brauern in Braunschweig zu Tage gebracht, dass diese kaum noch über Getreidevorräte verfügten und sich sorgten, schon bald nichts mehr produzieren zu können. Um die Versorgung der Bevölkerung mit Brot und Bier auch in Zukunft sicherzustellen, wurde diesen Berufsgruppen im August des Jahres erlaubt, sich das fehlende Korn aus dem Magazin zu beschaffen. Branntweinbrenner erhielten diese Erlaubnis nicht, ihnen wurde lediglich gestattet weiter zu brennen, wenn ihnen aber das Korn dafür ausging, wurden sie nicht unterstützt.¹⁰²¹ Auch im Sommer 1775 wurden die Braunschweiger Bäcker aus dem dortigen Magazin unterstützt, um die Brotversorgung der Stadt zu sichern. Dabei erwiesen sie sich sogar als die größten Abnehmer des Magazingetreides. Von dem insgesamt etwas über 107 Wispel Roggen, welche im Juni des Jahres ausgegeben wurden, gingen allein 81 Wispel an die Bäcker.¹⁰²² Eng verbunden mit der Frage, wer Magazingetreide erhalten könne, war die Frage, wieviel davon an jede Person abgegeben wurde. Auf den Bezugsscheinen war dementsprechend stets auch die Menge des auszugebenden Getreides vermerkt. Dabei wurde zwischen privaten Verbraucher:innen und dem verarbeitenden Gewerbe, wie Bäckern und Brauern, unterschieden.

¹⁰²⁰ Vgl. Ebd. Sp. 281-282.

¹⁰²¹ Schreiben Herzog Karl an Bürgermeister und Rat Braunschweig. 19.08.1756. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13394. Bl. 28r-29r.

¹⁰²² Schreiben an Bürgermeister Koch. 17.07.1775. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13491 Bl. 44r.

In der Regel sollte die Abgabemenge den eigenen Verbrauch decken, dieser wurde aber zu-
meist nicht näher spezifiziert. Die zustehende Menge wird sich auch an der persönlichen Situ-
ation des einzelnen orientiert haben. Eine Person, die eine große Familie zu versorgen hatte,
wird mehr Getreide erhalten haben als ein alleinstehender Mensch.¹⁰²³ An private Verbrau-
cher:innen wurde das Getreide in einzelnen Himten, also in eher kleineren Mengen, abgege-
ben.¹⁰²⁴ Während der Krise der 1770er wurde die Ausgabe dann auf einen Himten pro Person
beschränkt, um mit den begrenzten Vorräten möglichst vielen Menschen helfen zu kön-
nen.¹⁰²⁵ In größeren Portionen wurde das Korn lediglich an Bäcker und Brauer ausgegeben.
Sie erhielten eine Ration, die abgestimmt auf die Größe ihres Betriebes und den jeweiligen
Bedarf war. Während der kurzfristigen Preissteigerung im Sommer des Jahres 1775 erhielten
die Braunschweiger Bäcker beispielsweise jeweils zwischen einem und sechs Wispel Roggen
aus dem Magazin. Dabei wurde namentlich aufgelistet, wieviel jeder bereits erhalten hatte.
Da die Sicherstellung der Ernährung der Bevölkerung das oberste Ziel war, war die zugeteilte
Menge nicht in jedem Fall unwiderruflich. Der Braunschweiger Bäcker Johann Martin Micha-
elis hatte die ihm für den Monat Juni zugeteilten drei Wispel Roggen bereits zur Mitte des
Monats verbraucht. Aufgrund hoher Nachfrage bat er nun um Nachschub. Dieser wurde ihm
augenblicklich gewährt, so dass der Bäcker auch weiterhin die Brotnachfrage der Menschen
bedienen konnte.¹⁰²⁶

In der Regel war das von den öffentlichen Magazinen ausgegebene Getreide nicht kostenlos,
sondern musste bezahlt werden. Die Einnahmen sollten dabei in die Einrichtungen zurückflie-
ßen. Zu Beginn des Untersuchungszeitraums wurde dabei noch häufig angestrebt, mittels der
Magazine Gewinn zu erzielen. Als sich abzeichnete, dass dies nicht realisierbar war, wurde das
Ziel ausgegeben, die Einrichtungen möglichst kostendeckend arbeiten zu lassen. Doch auch

¹⁰²³ Die Bevorzugung großer Familien findet sich beispielsweise im Magazinplan von Heinrich Bernhard Schrader von Schliestedt aus dem Jahr 1748. Schreiben H. B. Schrader von Schliestedt. 20.12.1748. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13384. Bl. 3r-12v. Hier Bl. 4v. Auch in einer Anweisung an das Armendirektorium aus dem November 1756 findet sich eine Unterscheidung zwischen großen Familien, die bevorzugt Mehl erhalten sollten, und Einzelpersonen, die Brot bekamen. Schreiben Herzog Karl an Armendirektorium Braunschweig. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13394. Bl. 55r-55v.

¹⁰²⁴ S. dazu z.B. Schreiben Bürgermeister Koch. 18.11.1771. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13491. Bl. 9r-9v.

¹⁰²⁵ S. dazu z.B. Schreiben Bürgermeister Koch. 13.01.1772. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13491. Bl. 15r.

¹⁰²⁶ Schreiben H. J. Hinze an Bürgermeister Koch. 18.06.1775. Die Antwort Kochs vom 19.06.1771 ist neben dem Brief notiert. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13491. Bl. 34r.

dieses Unterfangen gestaltete sich schwierig, so dass sich am Ende des betrachteten Zeitraums die Erkenntnis durchsetzte, dass öffentliche Magazine nur als Verlustgeschäfte zu betreiben waren.¹⁰²⁷

Beim Verkaufspreis des Kornes wurde sich häufig am Einkaufs- oder am Marktpreis orientiert. Im April 1757 sollte Getreide aus dem Gandersheimer Magazin ausgegeben werden, welches zuvor eigens für die Einrichtung angekauft worden war. Seitdem war der Getreidepreis aber deutlich gestiegen, so dass Herzog Karl die Verantwortlichen anwies, bei jeder Transaktion einige Groschen auf den Einkaufspreis aufzuschlagen. Der Aufschlag sollte dazu führen, dass das Magazin „zu einigem Geld Vorrath“ gelangen möge.¹⁰²⁸ Der günstige Einkaufspreis wurde hier also nicht an die Konsument:innen weitergegeben, sondern dazu genutzt, das Kapital des Magazins zu mehren. Auch im Oktober 1753 wurde bereits über den Verkauf aus diesem Magazin debattiert. Die Verantwortlichen wurden angewiesen das Getreide auszugeben, sobald der Marktpreis eines Himten einen Groschen über den Einkaufspreis läge und dann den Marktpreis zu verlangen.¹⁰²⁹ Die gleiche Anweisung erhielten die Verantwortlichen des Wolfenbütteler Magazins im November des Jahres.¹⁰³⁰ Bei diesen Beispielen aus den 1750er Jahren zeigt sich, dass teilweise noch versucht wurde, mittels Verkauf Gewinn oder doch zumindest keinen Verlust zu machen. Bei der Ausgabe des Getreides wurde dementsprechend darauf geachtet, dieses für mehr Geld zu verkaufen als man dafür bezahlt hatte. Zu diesem Zweck setzte man den Marktpreis in Relation zum Einkaufspreis und verkaufte erst, wenn Ersterer den Letzteren überstieg. Während sich im Alltag der Magazine aber bald zeigte, dass diese sich kaum kostendeckend, geschweige denn gewinnträchtig betreiben ließen, wurde in Magazinplänen bis mindestens in die 1770er Jahre die Idee propagiert, dass Gewinn möglich wäre. Im Plan des Advokaten Johann Heinrich Söchting aus dem Jahr 1745 wurde das Ziel formuliert ein Magazin anzulegen, welches „beständige Überschüsse“ erzeuge.¹⁰³¹ Der Plan des Amtmanns Bodo Heinrich Morgenstern aus dem Jahr 1748 enthielt ebenfalls die Hoffnung, dass

¹⁰²⁷ Eine ähnliche Tendenz stellt auch Albrecht fest. Er geht davon aus, dass ab der Mitte des 18. Jahrhunderts darauf verzichtet wurde, mit den Magazinen Gewinn machen zu wollen. Ab 1770 seien sie dann hauptsächlich unter dem Aspekt der Armenunterstützung betrieben worden, dementsprechend wurde mit Verlusten gerechnet. S. Albrecht, Landesausbau. S. 148. Die kurzfristig angelegten Krisenmagazine waren von derartigen Überlegungen weitgehend ausgenommen. bei diesen rechneten die Verantwortlichen immer mit Verlusten.

¹⁰²⁸ Schreiben Herzog Karl an Justizrat Granzien. 05.04.1757. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13401. Bl. 46r.

¹⁰²⁹ Schreiben Herzog Karl an Gerichtsschultheiß Büttner. 13.10.1753. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13401. Bl. 8r-9r.

¹⁰³⁰ Schreiben Herzog Karl an Policeyamt Wolfenbüttel. 06.11.1753. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13384. Bl. 78r-79r.

¹⁰³¹ Suppl. Johann Heinrich Söchting. 28.01.1745. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13372. Bl. 5r-6r.

ein nach seinen Vorschlägen angelegtes Magazin nach einer Zeit von vier Jahren Gewinne abwerfen könne.¹⁰³² Auch im Plan von Anton Christian Friedrich Amelung von 1770 wurde noch davon ausgegangen, dass ein öffentliches Magazin einen ansehnlichen Profit abwerfen könne.¹⁰³³ Dass es sich bei diesen Vorstellungen aber eher um Wunschdenken als um eine reale Option handelte, war den Verantwortlichen in Braunschweig-Wolfenbüttel spätestens bei den Magazingründungen der 1770er Jahre völlig bewusst. Dementsprechend wurde es aufgegeben, das Getreide zum Marktpreis verkaufen zu lassen. Ein Grund für diesen Kurswechsel war es wohl auch, dass das Magazinkorn für die Verbraucher:innen nicht sehr attraktiv war und sie nur darauf zurückgriffen, wenn es keine Alternativen gab. So berichteten die Verantwortlichen des Wolfenbütteler Magazins, dass sie im Herbst 1755 und im Winter 1755/56 ihre Getreidevorräte nicht losgeworden seien. Offenbar hatten die Stadtbewohner:innen sich lieber anderweitig mit Getreide versorgt, welches zu dieser Zeit ausreichend vorhanden war. Im Oktober 1755 waren nur elf Himten von einem Gesamtvorrat von insgesamt 36 Wispel Getreide verkauft worden.¹⁰³⁴ Im März 1756 hatte sich die verkaufte Menge auf lediglich 30 Himten erhöht.¹⁰³⁵ Das Magazinkorn war offenbar weitaus weniger beliebt als das Korn, welches auf dem freien Markt zu bekommen war. Die Verantwortlichen berichteten ratlos, dass „die Einwohner sich an das Magazin zu wenden aller Bemühung ohngeachtet so gar keine Lust haben und lieber am Marckte das hereinkommende Korn kaufen.“¹⁰³⁶ An besserer Qualität des frei gehandelten Getreides könne dies nicht liegen, da dieses „frische Korn sich dieses Jahr zum guten Theil eben nicht gar gut verbacket.“¹⁰³⁷ Selbst während Teuerungszeiten war das Magazinkorn für das Publikum nicht unbedingt attraktiv. Im Juli 1756 berichtete der Hofrat Isenbart, dass das Magazin in Braunschweig seinen eigens in Hamburg und Bremen angekauften Roggen nicht losschlagen könne. Das Korn wurde zum Selbstkostenpreis, der sich aus dem Einkaufspreis und den Transportkosten zusammensetzte, von 42 Talern für den Wispel angeboten. Die Braunschweiger:innen zeigten sich von diesem Angebot allerdings wenig angetan, da der aktuelle Marktpreis für die gleiche Menge zwischen 36 und 40 Talern schwankte und somit deutlich günstiger war. Isenbart bat demnach um die Erlaubnis den Preis des Magazinroggens auf 40 Taler senken zu dürfen, um das Getreide überhaupt verkaufen zu

¹⁰³² Schreiben O. F. Bartels an Herzog Karl. 18.01.1748. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13387. Bl. 3r-10v.

¹⁰³³ Magazinplan von A. C. F. Amelung. 27.02.1770. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13475. Bl. 2r-3r.

¹⁰³⁴ Schreiben Polizeyamt Wolfenbüttel an Herzog Karl. 28.10.1755. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13384. Bl. 119r-120v.

¹⁰³⁵ Schreiben Polizeyamt Wolfenbüttel an Herzog Karl. 02.03.1756. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13384. Bl. 122r-123r.

¹⁰³⁶ Schreiben Polizeyamt Wolfenbüttel an Herzog Karl. 28.10.1755. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13384. Bl. 120v.

¹⁰³⁷ Ebd.

können.¹⁰³⁸ Es zeigt sich also, dass das Getreide aus den Magazinen nicht mit dem Getreide, welches auf dem freien Markt erhältlich war, konkurrieren konnte und es für die Menschen nur attraktiv war, wenn es den aktuellen Marktpreis deutlich unterbot oder es keine Alternativen gab.

Ab den 1770er Jahren lässt sich verstärkt die Tendenz feststellen, Magazingetreide deutlich unter dem aktuellen Marktpreis anzubieten. Im Juli 1771 wurde Getreide aus dem Braunschweiger Krisenmagazin auf dem Packhaus an diejenigen abgegeben, welche einen Berechtigungsschein vorweisen konnten. Der Preis sollte immer vier Groschen unter dem aktuellen Marktpreis liegen, dies sollte regelmäßig bekannt gemacht werden.¹⁰³⁹ Im November des Jahres wurde die Differenz auf 2 ½ Groschen für Roggen und 1 ½ Groschen für Gerste festgelegt.¹⁰⁴⁰ In einigen Fällen wurde der Verkaufspreis auch direkt angesetzt und nicht in Relation zum Marktpreis genannt. So wurden die Verantwortlichen Koch und Bokelmann am 29. Juli 1771 angewiesen, den Himten Roggen für 1 Taler 6 Groschen zu verkaufen. Hier lag der Verkaufspreis sogar noch weiter unter dem Marktpreis, in den letzten Julitagen des Jahres 1771 kostete der Himten Roggen in Braunschweig 1 Taler und 24 Groschen. Beim Verkauf größerer Mengen wurde allerdings, je nach aktuellem Marktpreis, nur wenig Preisnachlass gewährt, die Bäcker konnten einen Wispel Magazinroggen für 50 Taler erhalten, während der Marktpreis zwischen 50 bis 55 Talern schwankte.¹⁰⁴¹

Der bei solchen Preissetzungen zu erwartende finanzielle Verlust war allen Beteiligten bewusst und wurde an verschiedenen Stellen explizit thematisiert und gerechtfertigt, indem er in Relation zum Nutzen der Magazine gesetzt wurde. Diese Argumentation findet sich vor allem während Versorgungskrisen. So berichtete der Braunschweiger Bürgermeister Koch im November 1771 über einen Verlust von mindestens 1.000 Talern, welchen die neusten Transaktionen im Magazin auf der Alten Waage einbringen würde. Dieser sei aber zu verschmerzen, wenn man den Vorteil bedenke, „welchen eine solche anderweite wohltätige Anstalt würcken

¹⁰³⁸ Schreiben Hofrat Isenbart an Herzog Karl. 29.07.1756. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13411 Bl. 83r.

¹⁰³⁹ Schreiben Herzog Karl an Kammerrat Bokelmann und Bürgermeister Koch. 05.07.1771. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13492. Bl. 2r-2v.

¹⁰⁴⁰ Schreiben Herzog Karl an Kammerrat Bokelmann und Bürgermeister Koch. 07.11.1771. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13491. Bl. 3r-3v.

¹⁰⁴¹ Schreiben Herzog Karl an Kammerrat Bokelmann und Bürgermeister Koch. 29.07.1771. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13492. Bl. 3r. Zu den damaligen Marktpreisen: Braunschweiger Getreidepreise vom 29. bis 31. Juli 1771. In: Braunschweigische Anzeigen. 60. Stück, 03.08.1771.

wird“.¹⁰⁴² Bereits 15 Jahre zuvor wurde ähnlich argumentiert, Herzog Karl hatte Hofrat Isenbart beauftragt Getreide anzukaufen, um es dann im Magazin auf dem Packhaus an die Braunschweiger Bevölkerung auszugeben. Dabei sei allerdings ein großer finanzieller Verlust zu erwarten. Der Herzog gab an „solchen Verlust gern zu übernehmen, um Unseren Unterthanen und besonders Unserer getreuen Stadt Braunschweig es an dem nötigen Korn nicht fehlen zu lassen.“¹⁰⁴³ Besonders deutlich wird diese Argumentation auch in einem Schreiben Heinrich Bernhard Schraders von Schliestedt an das Schatzkollegium Braunschweig-Wolfenbüttels aus dem Jahr 1771. Die Finanzierung der geplanten Krisenmagazine drohte zu scheitern und der Minister argumentierte, dass der Verlust, welcher durch die Einrichtungen entstehe, zwar unabwendbar sei, allerdings aber weit größere Verluste, welche bei unterlassener Hilfe zu erwarten seien, abwende: „Das Herzogl. Durchl. schon den Verlust, welchen dero Caßen bey anfangs erwehnten Anstalten erlitten, als einen Gewinn an [sieht], da solcher der Stadt u. dem Lande zu Abwendung eines weit größeren Unglücks gedienet.“¹⁰⁴⁴ Der Aufbau öffentlicher Magazine wurde also als eine lohnenswerte Investition in die Zukunft dargestellt. Der akute finanzielle Verlust wurde dabei einem zu erwartenden weitaus höheren zukünftigem Verlust gegenübergestellt, der nicht nur finanzieller, sondern auch machtpolitischer und moralischer Natur sein konnte. Die drohende Schwächung der Bevölkerung hätte auch eine Schwächung des ganzen Landes und somit auch der Regierung zur Folge.

Die Ausgabe des Getreides fand in der Regel direkt an den Magazinorten statt und wurde von den dortigen Angestellten organisiert. Dies hatte den Vorteil, dass auf diese Weise die vorhandenen Ressourcen genutzt werden konnten. Ein Nachteil konnte sein, dass die Magazinangestellten, welche noch zahlreiche andere Tätigkeiten zu verrichten hatten, durch die Ausgabe des Getreides von diesen abgelenkt wurden. So wurde im Dezember 1756 aus dem Braunschweigischen Magazin berichtet, dass der dortige Verkauf gefährdet sei, da die Angestellten andere Aufgaben zu verrichten hätten und es an dem nötigen Personal fehle.¹⁰⁴⁵

¹⁰⁴² Schreiben Bürgermeister Koch. 18.11.1771. NLA WO, 2 Alt, Nr. 1349. Bl. 9r-9v. Bezüge zum Verlust durch Magazine, welcher aber durch die zu erwartenden Vorteile für die Bevölkerung wieder aufgewogen würden, lassen sich vor allem während Krisen finden.

¹⁰⁴³ Schreiben Herzog Karl an Hofrat Isenbart. 22.06.1756. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13411. Bl. 50r-51r. Hier Bl. 51r.

¹⁰⁴⁴ Schreiben H. B. Schrader von Schliestedt an das Schatzkollegium. 07.11.1771. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13474. Bl.10r-10v. Hier Bl. 10r. S. dazu auch Kapitel 3.2.1.

¹⁰⁴⁵ Schreiben Herzog Karl an Bürgermeister und Rat Braunschweig. 07.12.1756. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13394. Bl. 58r-59r.

Zu Beginn der 1770er Jahre wurde darüber diskutiert, wann und wie häufig das Getreide aus den Krisenmagazinen ausgegeben werden sollte, da es zuvor wohl keine festen Tage oder Zeitspannen dafür gegeben hatte. Ab dem Jahr 1771 ging man in Braunschweig dazu über, dass Korn aus dem Magazin auf dem Packhaus einmal wöchentlich auszugeben.¹⁰⁴⁶ Auch das Getreide aus dem Magazin auf der Alten Waage wurde ab dem Februar 1772 einmal wöchentlich abgegeben: Jeden Donnerstag ab 9 Uhr wurden fünf Wispel Roggen an Personen ausgegeben, welche einen Berechtigungsschein vorweisen konnten.¹⁰⁴⁷ Die Getreideausgabe verlief wohl überwiegend reibungslos und friedlich, zumindest deutet nichts auf Unruhen während des Prozesses hin. In der Regel war das Magazingetreide wohl auch einfach nicht begehrt genug, um Unruhe hervorzurufen. Wenn die Getreidepreise stiegen und die Versorgung stockte, konnte sich dies allerdings ändern und eine erhöhte Vorsicht während der Ausgabe von Getreide notwendig machen. In Mangelzeiten stellte die Ausgabe von Korn aus öffentlichen Magazinen für einige Menschen im Extremfall die einzige Möglichkeit dar, an das begehrte Lebensmittel zu gelangen. Dementsprechend groß war die Angst, nichts von dem kostenlosen oder verbilligten Getreide abzubekommen und mit leeren Händen nach Hause gehen zu müssen. Unruhen bei Getreideausgabe kamen in der Geschichte öffentlicher Magazine immer wieder vor. Robert Jütte legt beispielsweise dar, dass in Straßburg, während einer großen Teuerung in den Jahren 1529 bis 1532, sogar ein Mädchen zu Tode kam, als es während der Ausgabe von verbilligtem Getreide zu einem massiven Gedränge kam.¹⁰⁴⁸

In Braunschweig-Wolfenbüttel wurde es während der Versorgungskrise der 1750er Jahre, im Sommer 1757, kurzfristig für notwendig gehalten, das öffentliche Magazin an der Jacobstraße in Braunschweig von einer Schildwache schützen zu lassen.¹⁰⁴⁹ Im November 1771 waren die Verantwortlichen in Sorge, dass es bei der Ausgabe von Getreide am Packhaus wegen der „hiesigen nothleidenden Einwohner“ zu einer Störung „der nötigen Ordnung“ kommen könnte.¹⁰⁵⁰ Zur Aufrechterhaltung dieser Ordnung sollte die „Gegenwart eines oder mehrerer

¹⁰⁴⁶ Schreiben Herzog Karl an Kammerrat Bokelmann und Bürgermeister Koch. 07.11.1771. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13491. Bl. 3r-3v.

¹⁰⁴⁷ Mitteilung vom 09.01.1772. NLA WO, 2 Alt, Nr.13491. Bl. 14r-14v.

¹⁰⁴⁸ Jütte, Teuerungen. S. 232.

¹⁰⁴⁹ Schreiben Herzog Karl an General Lieutenant von Roth. 12.08.1757. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13411. Bl. 130r.

¹⁰⁵⁰ Schreiben Herzog Karl. 22.11.1771. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13491. Bl. 13r-13v.

Unter-Policey-Bedienten“ dienen.¹⁰⁵¹ Das Jahr 1771 wurde als Höhepunkt der Krise wahrgenommen und wurde von Zeitgenossen als „Angstjahr“ bezeichnet.¹⁰⁵² Im November hatten die Getreidepreise einen Höchststand erreicht, aus Angst vor Unruhen und Panikreaktionen war sogar der Abdruck der Preise in den Braunschweigischen Anzeigen ausgesetzt worden.¹⁰⁵³ Die Sorge vor Unruhen bei der Ausgabe scheint sich als nicht ganz unbegründet erwiesen zu haben, denn der Wachdienst wurde auch im Winter 1772 noch fortgeführt und auch auf das Magazin bei der Alten Waage ausgeweitet. Die Schilderungen der Beteiligten deuten stark darauf hin, dass es vorab tatsächlich zu Unruhen oder zumindest Gedränge gekommen war und man befürchtete, dass sich dies fortsetzen oder noch verschlimmern könnte. Die Anwesenheit eines „Policey oder sonstigen Gerichts-Unterbedienten“ wurde dabei für unabdingbar gehalten um „Unruhe, Zank und Unwillen“ sowie „Zudrängen und Unordnung“ zu verhindern.¹⁰⁵⁴ Zusätzlich sollte der zuständige Schatzeinnehmer während der gesamten Ausgabe vor Ort sein, um das Prozedere zu überwachen, das Geld der Interessierten persönlich in Empfang zu nehmen und die Bezugsscheine zu kontrollieren. Dieser hatte auch die Berechtigung „etwai- gen unruhigen Competenten“ das Getreide vorzuenthalten, wenn sie die Ordnung der Aus- gabe störten, auch wenn sie einen Bezugsschein besäßen.¹⁰⁵⁵

Hier zeigt sich deutlich, welche Grenzsituation Teuerungen, Versorgungs- und ganz besonders Hungerkrisen für die Menschen im untersuchten Zeitraum darstellten. War das Magazinge- treide außerhalb der Krisen eher unattraktiv für die Bevölkerung, so dass die Verantwortlichen es teilweise gar nicht loswurden, mussten während dieser Mangelsituationen sogar Wachen hinzugezogen werden, um den Andrang zu bewältigen. Zusätzlich deutet dies darauf hin, dass die Nachfrage nach günstigem Getreide nur unzureichend bewältigt werden konnte und trotz ausgestellten Bezugsscheinen, wohl mehr Menschen erschienen, als mit Getreide versorgt werden konnten.

3.2.5 Zwischenfazit und Ausblick

Zum Einstieg in dieses Kapitel wurde eine Episode geschildert, welche die Gründung der Korn- magazinkommission im Jahr 1773 und die folgenden Bestrebungen zur Planung, Anlegung und

¹⁰⁵¹ Ebd.

¹⁰⁵² Collet, Dominik: Mitleid machen. Die Nutzung von Emotionen in der Hungersnot 1770-1772. In: Historische Anthropologie. Kultur - Gesellschaft – Alltag. 23 (2015). S. 54-69. Hier S. 54.

¹⁰⁵³ Vgl. dazu auch Kapitel 2.

¹⁰⁵⁴ Mitteilung vom 09.01.1772. NLA WO, 2 Alt, Nr.13491. Bl. 14r-14v. Hier Bl. 14v.

¹⁰⁵⁵ Ebd.

zum Betrieb öffentlicher Getreidemagazine „zum Besten Unserer Unterthanen“ thematisierte. Die geschilderte Begebenheit ist dabei als Ergebnis einer längeren und alles andere als gradlinigen Entwicklung zu sehen, welche in den nachfolgenden Abschnitten aufgezeigt wurde. Die Kommission konnte dabei von den Erfahrungen vorangegangener Magazinprojekte profitieren und zeigte in ihrer Arbeit ein deutliches Bestreben vergangene Fehler nicht zu wiederholen und bekannte Probleme vorab zu vermeiden. Zunächst schien diese Strategie Erfolg zu haben, denn das im Jahr 1773 angestoßene Projekt erwies sich als deutlich lebens- und leistungsfähiger als die Einrichtungen der Vergangenheit. Trotzdem hatte auch dieses Magazin mit diversen Schwierigkeiten zu kämpfen und wurde später aufgegeben.

Nichtsdestotrotz war das Speichern von Getreide in Gestalt öffentlicher Magazine eine wichtige Maßnahme zur Sicherstellung der zukünftigen Ernährung. Der Gedanke in guten Zeiten Getreide zurückzulegen, um dann in schlechten davon profitieren zu können, war ebenso einleuchtend wie naheliegend, erwies sich allerdings als schwierig umsetzbar.

Dem Planen der Magazine wurde dabei im gesamten Untersuchungszeitraum viel Zeit und Energie gewidmet. Zahlreiche der diskutierten Projekte kamen dabei aber nicht über das Planungsstadium hinaus. Das Ziel aller Planungen war es, die zukünftige Getreideversorgung zu verbessern. In vielen Fällen wurden die Vorhaben durch einen bestimmten Anlass, meist hohe Getreidepreise oder Getreidemangel, ausgelöst, welcher das Verlangen nach sich zog, derartige Situationen in Zukunft zu vermeiden. Häufig wurden Magazine während derartiger Zeiten auch angelegt, um kurzfristig die aktuelle Notsituation zu überbrücken. In diesen Fällen liefen die Planungen deutlich schneller und weit weniger ausführlich ab. Es fiel auf, dass sich immer wieder verschiedene (selbsternannte) Experten mit Magazinplänen zu Wort meldeten und in vielen Fällen auch ernst genommen wurden. Dies zeigt, dass der Ablauf einer Magazingründung und dessen Betrieb sehr offen waren und daher, in gewissem Maße, Raum für Experimente und neue Ideen blieb. Die Planungen beinhalteten fast alle Aspekte eines Magazins. So wurde überlegt, welche Speicherorte geeignet seien, wie das Getreide gelagert werden könne und welches Personal zum Betrieb notwendig wäre. Einen hohen Stellenwert innerhalb der Planungen nahm zumeist auch die Frage nach der Herkunft des zu lagernden Getreides ein. Innerhalb des untersuchten Zeitraumes konnten dabei drei Planungsphasen identifiziert werden. Die Planungen der ersten Phase liefen eher unsystematisch und langwierig ab. Verschiedene Akteure wurden um Stellungnahmen gebeten und äußerten sich teils sehr ausführlich. Die Magazine dieser Phase wurden alle nicht realisiert, wohl auch, da sich fast alle angefragten

Akteure negativ geäußert hatten. In der zweiten Phase gingen die Planungen dann bereits deutlich zielgerichteter voran. Die lokalen Verantwortlichen wurden nicht mehr um ihre Meinung gebeten, sondern die Planungen liefen intern, innerhalb des engeren Regierungskreises, ab. In dieser Phase konnten einige Magazine den Betrieb aufnehmen, hatten aber, wohl auch wegen mangelnder Kooperation der lokalen Akteure, nicht lange Bestand. Die dritte Phase zeigt eine gesteigerte Priorisierung und Spezialisierung der Magazinfrage. Durch die Gründung der Kornmagazinkommission im Jahr 1773 war nun eine feste Akteursgruppe verantwortlich. Das aus dieser Phase hervorgegangene Magazinsystem hatte einige Jahre Bestand und konnte tatsächlich zur Nahrungssicherheit beitragen. Insgesamt wurden die Planungen zielgerichteter und effizienter. Die Beteiligten gewannen bei jeder Planungen Erfahrungen hinzu. Der Kreis der beteiligten Akteure erfuhr eine deutliche Verengung, somit entwickelte sich eine Expertengruppe für Magazinfragen.

Bei der Frage der Befüllung zeigte sich, dass eine deutliche Diskrepanz zwischen Planung und Ausführung festzustellen war. In Magazinplänen fanden sich mehrere Modelle, nach denen das für ein Magazin nötige Getreide beschafft werden könnte. Dabei wurde in der Theorie stets das Zehntkornmodell, also die Verwendung der naturalen Getreideabgaben, befürwortet. In der Praxis wurden jedoch alle hier untersuchten Magazinprojekte ganz oder zum Teil über das, theoretisch durchweg abgelehnte, Zukaufmodell befüllt. Für dieses extreme Auseinandertreten von Theorie und Praxis konnten verschiedene Erklärungsansätze herausgearbeitet werden. So zeigte sich, dass das Zins- und Zehntkorn bevorzugt für militärische Zwecke verwendet wurde und die öffentlichen Speicher dahinter anstehen mussten. Zudem wurden viele Magazinprojekte erst initiiert, wenn bereits ein Mangel herrschte und dementsprechend nicht genug Getreide verfügbar war. In der Praxis ging es bei den Befüllungen dann folglich zumeist darum, das nötige Getreide anzukaufen. Dabei stand stets außer Frage, dass dies außerhalb Braunschweig-Wolfenbüttels geschehen müsse, um das Korn nicht dem heimischen Markt zu entziehen. Gleichzeitig konnte der Einkauf auch nicht in allzu weiter Entfernung stattfinden, da vor allem ein Landtransport teuer war. Zusätzlich mussten dabei mögliche Grenzsperrern sowie Umweltaspekte, wie Hochwasser oder Frost, beachtet werden. Diese Faktoren konnten allerdings nur Beachtung finden, wenn der Getreidemangel nicht allzu drängend war. In diesem Fall musste der Einkauf auch unter ungünstigen Bedingungen vonstattengehen, was zumeist mit hohen Kosten verbunden war. Die Finanzierung war stets ein heikler Punkt. Trotz verschiedener Ideen und Vorschläge blieb diese Frage durchgehend unbefriedigend gelöst

und trug entscheidend dazu bei, dass öffentliche Magazine nur als Verlustgeschäfte zu betreiben waren. Insgesamt erforderte die Befüllung die Zusammenarbeit zahlreicher, häufig wechselnder und teilweise räumlich weit entfernter Akteure. Dies führte immer wieder zu Kommunikationsproblemen, Verzögerungen und Missverständnissen. Durch die ständig wechselnden Gegebenheiten konnten sich in diesem Punkt auch kaum Routinen etablieren und bei jeder Neubefüllung eines Magazins mussten grundlegende Fragen erneut debattiert werden.

Die Lagerung des Getreides erwies sich als ebenso entscheidender wie auch anfälliger Punkt. Für den Erfolg einer Speichereinrichtung war es entscheidend, dass das Getreide für eine gewisse Zeit ohne größere Qualitätseinbußen aufbewahrt werden konnte. Gelagertes Getreide war aber von zahlreichen Gefahren bedroht. Es konnte verderben, verschmutzen, durch Feuer vernichtet oder von Schädlingen befallen werden. Der gefürchtetste und am häufigsten thematisierte Schädling war im untersuchten Zeitraum der so genannte schwarze Kornwurm, welcher im schlimmsten Fall komplette Lagerbestände vernichten konnte. Gegen die meisten dieser Gefahren behelfen die Verantwortlichen sich mit Methoden, welche sich durch die Erfahrung bewährt hatten, wie kühler und trockener Lagerung des Getreides. Die Wahl des richtigen Gebäudes konnte entscheidend zur besseren Konservierung des Korns beitragen. Dies war aber mit Schwierigkeiten verbunden, da in vielen Fällen keine geeigneten Gebäude zur Verfügung standen und sich mit Notlösungen beholfen werden musste. In der Praxis der meisten Magazinprojekte in Braunschweig-Wolfenbüttel wurde das gelagerte Getreide letztendlich, auch aus Platzgründen, auf mehrere Gebäude verteilt. Dies war zum einen als Vorsorgemaßnahme gegen verschiedene Gefahren sinnvoll. Zum anderen konnten so die Infrastrukturen der jeweiligen Gebäude für das Magazin mitgenutzt werden. Die Magazine waren demnach nicht lokal begrenzt, sondern, vor allem in Braunschweig, über die Stadt verteilt.

Die Frage des Ausgebens wurde bei den meisten Planungen nur am Rande behandelt oder gänzlich ausgespart. Es zeigte sich aber, dass es auch hier gewisse Probleme zu bewältigen gab. So war nicht abschließend geklärt, wer ein Recht auf Magazingetreide haben sollte. Hierbei zeigte sich die Tendenz den Zugang im Laufe des Untersuchungszeitraums stärker zu beschränken, zu spezifizieren und zu kontrollieren. Zu diesem Zweck wurden erstmals zu Beginn der 1770er Jahre Bezugsscheine ausgegeben. Diese setzten sich nicht vollends durch, wurden seitdem aber immer wieder als Hilfsmittel zur kontrollierten Abgabe des Magazinkorns herangezogen. Die Menschen erhielten das Magazinkorn nicht kostenlos, sondern mussten dafür

bezahlen. Auch hierbei lässt sich im betrachteten Zeitraum eine Entwicklung feststellen: Zunächst herrschte die Absicht vor, mit den Magazinen Gewinn zu machen, später sollten sie sich zumindest selbst tragen. Es wurde aber immer wieder deutlich, dass dies nicht möglich war. Außerhalb von Krisenzeiten hatten die Menschen kein Interesse am angebotenen Magazinkorn, sofern dieses nicht deutlich unter dem Marktpreis angeboten wurde. Dementsprechend wurde dazu übergegangen, dass Getreide unter dem aktuellen Marktpreis abzugeben. Dabei wurde selbstverständlich immer Verlust gemacht. Die Defizite wurden argumentativ mit dem Fürsorgegedanken für die Untertanen und als Investition zur Abwendung größerer Schäden gerechtfertigt. Insgesamt wurde keine klare Preispolitik betrieben, sondern flexibel auf die aktuellen Gegebenheiten zu reagieren versucht.

Gegen Ende des 18. Jahrhunderts setzte sich in Braunschweig-Wolfenbüttel dann endgültig die Einsicht durch, dass öffentliche Magazine nicht rentabel zu betreiben seien und auch keine zuverlässige Absicherung gegen Krisen bieten konnten. Demzufolge wurden die bestehenden Einrichtungen aufgelöst und keine neuen Magazinprojekte mehr in Angriff genommen. In Braunschweig-Wolfenbüttel wurden sie durch das Instrument des Kontraktkorns abgelöst, einer Abgabe von günstigem Getreide, welche die Pächter großer Güter leisten mussten und welche in Notzeiten eingefordert wurde.¹⁰⁵⁶ Auch andere Länder gaben im Verlauf des 19. Jahrhunderts die Vorratshaltung im Sinne öffentlicher Magazine weitgehend auf.¹⁰⁵⁷ Es hatte sich gezeigt, dass diese, zumindest in der Form, in der sie betrieben wurden, nicht in der Lage waren, Hunger, Mangel und Teuerung zu verhindern und die in sie gesetzten Erwartungen nicht erfüllen konnten.¹⁰⁵⁸

Was war also geschehen? Wie hatte sich die Sichtweise auf öffentliche Magazine, in der Mitte des 18. Jahrhunderts noch nahezu unwidersprochene Lieblinge der Getreidepolitik und vielgepriesene Allheilmittel zur Herstellung von Nahrungssicherheit, verändert? Ein wichtiger Aspekt war dabei sicherlich eine im Wandel befindliche Wirtschaftspolitik, welche zunehmend auch auf freie(re) Getreidemärkte, internationalen Handel und neue Transportmöglichkeiten setzte. Ein weiterer Faktor waren aber auch die Magazine selbst, welche sich trotz zahlreicher Verbesserungsbemühungen nicht langfristig, effektiv und rentabel betreiben ließen. Die

¹⁰⁵⁶ S. dazu: Albrecht, Eingriffe. S. 227.

¹⁰⁵⁷ S. dazu: Krämer, Menschen. S. 147.

¹⁰⁵⁸ S. dazu auch: Collet; Krämer, Germany. S. 113.

Hauptprobleme der Einrichtungen lagen dabei im Bereich der Finanzierung und der Akzeptanz. Öffentliche Magazine machten durchgehend Verlust. Dies war auf Dauer für viele Länder nicht tragbar. Letztlich war der Effekt der Einrichtungen, so wie sie betrieben wurden, auch zu gering, um einen derartigen dauerhaften Verlust rechtfertigen zu können. Die Magazine hatten kaum nachweisbaren Einfluss auf den Getreidepreis und es kam dennoch regelmäßig zu Teuerungen und Versorgungskrisen. Zusätzlich standen die Einrichtungen vor einem Akzeptanzproblem. Außerhalb von Krisen wurde das Angebot der Magazine von der Bevölkerung nicht angenommen. Die Magazinbetreiber standen vor dem Problem, das Getreide nicht absetzen zu können und trotzdem alle Kosten tragen und die Einrichtung unterhalten zu müssen. Es zeigte sich zudem immer wieder, dass auch lokale Akteure der Idee öffentlicher Magazine ablehnend gegenüberstanden. Dies war zum einen sicherlich mit der damit einhergehenden zusätzlichen Arbeit verbunden. Zum anderen waren einige Akteure wohl aber auch nicht bereit, mit großem Aufwand öffentliche Magazine zu betreiben, während große Pächter, Adlige und letztlich auch die Regierung selbst über größere Mengen Getreide verfügten, welche aber anderweitig, so beispielsweise zum Unterhalt des Militärs, verwendet wurden.

Schließlich muss bei der Bewertung öffentlicher Magazine auch deutlich zwischen herkömmlichen Speichern und den hier als Krisenmagazinen bezeichneten Einrichtungen unterschieden werden. Während die herkömmlichen, langfristig aufgebauten Magazine letztlich alle scheiterten und bei der Bevölkerung kaum angenommen wurden, erfüllten die Krisenmagazine ihren Zweck und trugen dazu bei die Ernährungslage der Menschen zu sichern. Dies konnte aber nur unter Aufbringung massiver finanzieller Mittel funktionieren. Es kann also festgehalten werden, dass öffentliche Magazine nicht in der Lage waren sich innerhalb des Getreidemarktes zu behaupten, die Entstehung von Hungerkrisen nicht verhindern konnten und langfristig keinen Einfluss auf den Getreidepreis hatten. Vor diesem Hintergrund scheint es tatsächlich naheliegender zu fragen, warum man so lange an der Idee öffentlicher Magazine festhielt, als die Frage zu stellen, warum die Idee irgendwann aufgegeben wurde. Dabei wäre es zu kurz gedacht, den Erfolg oder Misserfolg von Magazinen lediglich an messbaren Ergebnissen, wie Gewinnen oder einer Stabilisierung des Getreidepreises anzulegen. Die Idee einer Herrschaft, die weise vorsorgend in guten Zeiten Getreide zurücklegt, um dann in schlechten Zeiten ihre Bevölkerung zu versorgen ist wirkmächtiger als das. Entsprechende Beispiele finden sich bereits in der Bibel und werden entscheidenden Einfluss auf das Selbstbild von Herrschenden der Zeit gehabt haben und es umso schwerer gemacht haben sich von diesem Instrument zu

verabschieden. Auch die Bevölkerung nutzte die Magazine zwar ungern, wenn sie hofften, auf dem freien Markt bessere Geschäfte machen zu können. Wenn der Getreidepreis aber stieg und die Versorgungslage schwierig wurde, wurden die Magazine mit großer Selbstverständlichkeit angenommen und trugen dazu bei das Sicherheitsempfinden zu erhöhen.

Es kann also ebenso festgehalten werden, dass Magazine zwar Verlustgeschäfte waren, wenig Einfluss auf den Getreidepreis oder die Entstehung von Krisen hatten und sich nicht auf dem Getreidemarkt behaupten konnten. Dennoch waren sie aber ein wichtiger Aspekt der Repräsentation von guter Herrschaft sowie dem Fürsorgeversprechen zwischen Herrschenden und Untertanen. Demnach sind die Magazine als eine wichtige Maßnahme bei der Sicherstellung der zukünftigen Ernährung zu betrachten, wenn wohl auch etwas anders als beabsichtigt. Die Idee öffentlicher Magazine lebte dementsprechend noch lange fort: Während der Krise der 1840er Jahre, als die Einrichtungen bereits außer Gebrauch gekommen waren, wurde in verschiedenen Ländern, beispielsweise in Baden, über die erneute Einrichtung von Magazinen debattiert.¹⁰⁵⁹

3.3 Handel treiben

„Der Kornhandel hat mit allem Handel dies gemein, daß er abgeschafft werden muß, sobald er den Verderb des Staats veranlaßt, und daß er befodert werden muß, so lange er demselben nützlich ist.“¹⁰⁶⁰ So urteilte Joachim Diederich Lichtenstein, Bürgermeister von Helmstedt und braunschweigischer Hofrat, im Jahr 1772 über den Handel mit Getreide. Das Zitat verdeutlicht die Sichtweise, mit welcher dieser Gegenstand in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts betrachtet wurde. In weiten Teilen der Gesellschaft herrschte die Auffassung vor, dass der Getreidehandel und dessen Vertreter eine konstante obrigkeitliche Kontrolle benötigten und sich in keinem Fall selbst überlassen werden konnten. Aus diesem Grund wurde regelmäßig in den Getreidehandel eingegriffen und dieser durch Ge- und Verbote sowie Einschränkungen beeinflusst. Gleichzeitig sollte der Handel aber auch nicht zu stark behindert werden, eine Sichtweise, welche durch die erstarkende Debatte rund um Freihandel und Physiokratie unterstützt wurde. Dementsprechend variierte die Getreidepolitik, je nach aktuellen Gegebenheiten, zwischen mehr oder weniger intensiver Kontrolle.

¹⁰⁵⁹ Schaier, Joachim: Verwaltungshandeln in einer Hungerkrise. Die Hungersnot 1846/47 im badischen Odenwald. Wiesbaden 1991. S. 175-178.

¹⁰⁶⁰ Lichtenstein, Zweifel. S. 29.

Zudem war der Getreidehandel im 19. Jahrhundert gravierenden Veränderungen unterworfen. So wurde Getreide im 18. Jahrhundert in aller Regel als singuläres Produkt lokal angeboten und gehandelt.¹⁰⁶¹ Jede Ernte stand für sich und die Qualität des angebotenen Getreides konnte bei persönlichen Transaktionen überprüft werden, wobei der persönliche Kontakt zwischen Handelnden und Kaufenden eine wichtige Rolle spielte.¹⁰⁶² Getreidefernhandel nahm, verglichen mit den lokalen Transaktionen, eine vergleichsweise geringe Rolle ein.¹⁰⁶³ Im 19. Jahrhundert wurde Getreide dann in vielen Fällen bereits als standardisiertes Produkt angeboten.¹⁰⁶⁴ Zudem wurde der Getreidemarkt zunehmend globalisierter, was auch mit verbesserten Transport- und Kommunikationsbedingungen zusammenhing.¹⁰⁶⁵ In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts zeigten sich bereits erste Ansätze der kommenden Veränderungen, gleichzeitig war der Getreidehandel aber noch fest in althergebrachten Traditionen und Vorstellungen verhaftet.

3.3.1 Sperren – Getreideexport verhindern

„Wird die Ausfuhr des Getreides noch nicht verboten werden? Will man denn noch nicht dem Frevel fremder Aufkäufer stöhnen, welche uns unsere Nothdurft wegkaufen und vertheuren? Wird man dem Exempel der Nachbarn nicht bald nachfolgen? [...] Will man uns nun gar Hungers sterben lassen? Ist denn niemand im Lande, der sich unser erbarmet, und einer weisen Landesregierung die gemeine Noth vorstellt?“¹⁰⁶⁶ Diese verzweifelten Worte, welche die Bevölkerung „bey eintretendem Kornmangel“ „einmüthig rufe“, legte Otto von Münchhausen, Autor einer Abhandlung zum freien Kornhandel, dieser in den Mund. Obwohl Münchhausen an dieser Stelle keineswegs für Exportverbote argumentierte und die Klagen der Bevölkerung wohl absichtlich überspitzt darstellte, zeigt sich hier doch ein den Zeitgenoss:innen wohl sehr vertrauter Tenor, der im Krisenfall fast schon reflexartig die Sperrung der Grenzen in Anschlag brachte.

¹⁰⁶¹ Bühler, Martin: Von Netzwerken zu Märkten. Die Entstehung eines globalen Getreidemarktes. Frankfurt/New York 2019. S. 160. Auch: Achilles, Belastung. S. 42. u. S. 64.

¹⁰⁶² Bühler, Netzwerke. S. 81-82.

¹⁰⁶³ Achilles, Belastung. S. 45.

¹⁰⁶⁴ Bühler, Netzwerke. S. 160.

¹⁰⁶⁵ Achilles, Belastung. S. 46; Bühler, Netzwerke. S. 103-104.

¹⁰⁶⁶ Münchhausen, Kornhandel. S. 14

Ausfuhrverbote für Getreide, zeitgenössisch häufig als Fruchtsperre oder Zuschlag bezeichnet, waren eine wichtige Maßnahme frühneuzeitlicher Krisenbewältigung. Die Getreidehandelspolitik der deutschen Territorien war in der Frühen Neuzeit stark von diesen Sperren geprägt.¹⁰⁶⁷ Auch die meisten anderen europäischen Länder griffen im Krisenfall immer wieder zu diesem Mittel.¹⁰⁶⁸ Das Ziel der Sperren war zunächst simpel und einleuchtend: Die verfügbaren Lebensmittel sollten im eigenen Territorium, zur Versorgung der eigenen Bevölkerung, gehalten werden und nicht in umliegende Länder abfließen. Zu diesem Zweck wurde bei herannahendem oder bereits eingetretenem Mangel die Ausfuhr bestimmter Lebensmittel eingeschränkt oder komplett verboten. Aufgrund seiner Rolle als Hauptnahrungsmittel betraf dies in der Regel Getreide. Dabei konnte die Sperre nur einzelne Getreidesorten einschließen oder sich auf alle erstrecken. Je nach Ausfall der Ernten, Ernährungslage oder Schwere der Krise wurde auch der Export anderer Lebensmittel, wie Kartoffeln, Hülsenfrüchte, Obst,¹⁰⁶⁹ Gemüse oder Fleisch verboten.¹⁰⁷⁰ Auch Heu oder Stroh konnte in die Verbote inkludiert werden.¹⁰⁷¹ In der Regel wurden, je länger der Mangel dauerte und je kritischer sich die Versorgungslage entwickelte, immer mehr Produkte vom Export ausgeschlossen. Unbestrittener Hauptgegenstand der Sperren war jedoch immer das Getreide.

Innerhalb der Forschung wurden Getreidesperren häufig eher negativ beurteilt. Sie galten als Auswüchse einer vormodernen Ökonomie, welche mit ihren zahlreichen Beschränkungen wirtschaftliche Entwicklungen künstlich hemmte und bestehende Misstände so noch verschlimmerte. Georg Schmidt schrieb im 2009 erschienenen sechsten Band der „Neuen Deutschen Geschichte“, dass „[d]ie fürsorglich-interventionistische Politik der Ausfuhrsperrern und Preistaxen [...] an vielen Orten Hunger, Elend und Not [vergrößert habe]“.¹⁰⁷² Auch der Vorwurf, dass vormoderne Obrigkeiten die Sperren gedankenlos verhängt hätten, da sie die zugrundeliegenden Dynamiken des Getreidemarktes nicht verstanden, lässt sich in verschiedenen Veröffentlichungen finden. Michael Huhn konstatierte in seinem 1987 erschienenen Auf-

¹⁰⁶⁷ Dehesselles, *Policey*. S. 62.

¹⁰⁶⁸ Dominik Collet bezeichnet die Exportverbote treffend als „Eckpfeiler obrigkeitlicher Krisenpolitik“ für ganz Europa. Collet, *Katastrophe*. S. 159.

¹⁰⁶⁹ Für den Hinweis auf Exportverbote für Obst möchte ich herzlich Ansgar Schanbacher danken.

¹⁰⁷⁰ Werner Butz weist darauf hin, dass Fleisch, aber auch lebende Tiere, z.B. Geflügel oder Schafe, von den Ausfuhrverboten betroffen sein konnten. Butz, *Polizeibegriff*. S. 142 u. S. 146.

¹⁰⁷¹ In Braunschweig-Wolfenbüttel war dies aber eher selten und meist nur in Kriegszeiten der Fall, wenn die Versorgung der Pferde des Militärs sichergestellt werden sollte.

¹⁰⁷² Schmidt, Georg: *Wandel durch Vernunft. Deutschland 1715-1806*. München 2009. S. 351.

satz zur Teuerungspolitik des 18. und 19. Jahrhunderts, dass „jede sich abzeichnende Teuerung die Obrigkeit in einen Zustand von Rat- und Hilflosigkeit [versetzte]“.¹⁰⁷³ Der in solchen Fällen angewandte Kanon der Teuerungsmaßnahmen, der als einen wichtigen Baustein auch die Getreidesperren enthielt, sei unter anderem praktiziert worden, weil er sich „bei früheren Gelegenheiten recht und schlecht bewährt hatte“, „weil man kein anders Mittel kannte“, oder „weil man irgendetwas tun wollte oder mußte“.¹⁰⁷⁴ Es wird hier häufig, nicht ganz berechtigt, das Bild eines vormodernen Krisenmanagements gezeichnet, welches nahezu wahllos Maßnahmen verhängte, die bestenfalls ineffektiv, schlimmstenfalls sogar kontraproduktiv waren. Besonders die Sperren werden dabei zum Gegensatz einer als modern gedachten Ökonomie stilisiert. Erst als deren Vertreter letztendlich die Dynamiken hinter den wiederkehrenden Krisen durchblickt hätten, konnten dadurch effektive Gegenmaßnahmen gefunden und so letztendlich zum Ende der wiederkehrenden Hungersnöte beitragen werden.¹⁰⁷⁵

In der Mitte des 18. Jahrhunderts waren Getreidesperren eine ebenso weitverbreitete wie altbekannte Praxis. Ausfuhrverbote für Getreide hatte es schon während Hungerkrisen im Mittelalter immer wieder gegeben. Christian Jörg zeigt in seiner Studie zu Hungerkrisen in den Städten des Reiches im 15. Jahrhundert, dass in italienischen Städten bereits am Ende des 12., spätestens aber im 13. Jahrhundert Ausfuhrverbote für Getreide nachweisbar sind. Dabei handelte es sich allerdings meist nicht um krisenbedingte Verordnungen, sondern um zeitlich unbefristete Exportverbote.¹⁰⁷⁶ Derartige grundsätzliche Sperren waren in den Städten des Reiches seltener, kamen in ähnlicher bzw. abgeschwächter Form aber durchaus vor. So wurde im Hamburger Receß von 1529 beispielsweise festgesetzt, dass stets nur die Hälfte des vorhandenen Kornes ausgeführt werden dürfe, während die andere Hälfte in der Stadt verbleiben müsse.¹⁰⁷⁷ Häufiger kamen situative Ausfuhrbeschränkungen zum Tragen, die laut Jörg etwa seit der Mitte des 13. Jahrhunderts regelmäßig nachweisbar sind.¹⁰⁷⁸ Spätestens in den Teuerungs- und Krisenjahren zwischen 1430 und 1440 hatten sich Ausfuhrbeschränkungen und -verbote in den Städten des Reiches etabliert. Diese stellten sowohl Reaktionen auf die fortschreitende „räumliche Trennung von Getreideproduzenten und -konsumenten durch den

¹⁰⁷³ Huhn, Teuerungspolitik. S. 41.

¹⁰⁷⁴ Ebd.

¹⁰⁷⁵ S. zur Forschungssicht auf Getreidesperren auch: Collet, Katastrophe. S. 160.

¹⁰⁷⁶ Jörg, Hungersnöte. S. 183-184.

¹⁰⁷⁷ Naudé, Getreidehandelspolitik. S. 44.

¹⁰⁷⁸ Jörg weist hier besonders auf die Kathedralstädte am nördlichen Oberrhein hin, so beispielsweise Straßburg, welches in den 1250er Jahren ein Exportverbot für Getreide erließ. Jörg, Hungersnöte. S. 182.

Aufstieg der Städte“ als auch auf die klimatischen Bedingungen der so genannten Kleinen Eiszeit dar.¹⁰⁷⁹ Doch nicht nur Städte, auch größere und kleinere Territorien und Länder erließen bis in das 19. Jahrhundert hinein regelmäßig Exportverbote.

In der Praxis führte dies dazu, dass während Getreideteuerungen und Versorgungsengpässen der offizielle und legale Getreidehandel fast völlig zum Erliegen kam, da alle in Frage kommenden Handelspartner ihre Grenzen sperrten. Für die Verantwortlichen war es dementsprechend wichtig, die Handlungen der Nachbarn sorgfältig zu beobachten, um rechtzeitig reagieren zu können. Sperrte man zu früh, wurde der Getreidehandel unnötig behindert und die Bevölkerung beunruhigt. Schloss man die Grenzen aber zu spät, bestand die Gefahr, dass Getreidekäufer aus bereits gesperrten Ländern die eigenen Vorräte aufkauften. Zusätzlich waren während jeder Sperre zahlreiche Ausnahmeregelungen, Sondergenehmigungen und Grenzfälle zu beachten. In einigen Fällen überschritten die Menschen bereits mit dem Gang zur nächstgelegenen Mühle oder dem Einkauf beim Bäcker die Grenzen des jeweiligen Territoriums.¹⁰⁸⁰ Auch die Ausfuhr von Naturalabgaben, wie dem Zins- oder Zehntkorn, über Landesgrenzen hinweg musste geregelt werden und erforderte während Versorgungskrisen einiges Verhandlungsgeschick. Trotz Exportverbots war es in bestimmten Fällen auch Kornhändlern oder Privatpersonen möglich, Getreide über die Grenzen zu bringen. Sollte dies legal geschehen, musste sich allerdings um entsprechende Geleitschreiben oder Pässe bemüht werden. Diese, zusätzlich zu den bestehenden Grenzsperrern, zu kontrollieren, erforderte viel organisatorischen und personellen Aufwand. Nicht zuletzt öffneten die zahlreichen Ausnahme- und Sonderregelungen dem Schmuggel Tür und Tor und liefen so dem Zweck der Sperrern zuwider. Zusätzlich zu diesen praktischen Schwierigkeiten gerieten die Getreidesperrern im Laufe des 18. Jahrhunderts auch auf einer theoretischen Ebene vermehrt in die Kritik. Unter dem Einfluss wirtschaftsliberaler und physiokratischer Strömungen, die zunächst besonders aus England und Frankreich rezipiert wurden, meldeten sich ab dem 1750er Jahren zunächst vereinzelt auch deutschsprachige Stimmen zu Wort, welche Ausfuhrsperrern stark kritisierten und für eine Freigabe des Getreidehandels plädierten. Besonderen Auftrieb erhielten diese Stimmen dann durch die Krise der 1770er Jahre. Diese stellte eine einschneidende Erfahrung dar, die gezeigt hatte, dass viele der althergebrachten und vermeintlich bewährten Maßnahmen

¹⁰⁷⁹ Collet, *Moral economy*. S. 46.

¹⁰⁸⁰ S. z.B. Collet, *Katastrophe*. S. 161.

zur Sicherung der Getreideversorgung versagt hatten. Somit schien sich eine Chance für Neuerungen zu bieten. Besonderes Ziel der Kritik waren dabei die als nutzlos oder sogar kontraproduktiv beschriebenen Sperren. Die Tendenz dieses Diskurses ging seit der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts ganz eindeutig in Richtung der Befürwortung eines freieren Getreidemarktes und der damit einhergehenden Ablehnung protektionistischer Marktsteuerung.¹⁰⁸¹ Die sich verändernde Stimmung gegenüber den Sperren zeigte sich auch darin, dass der Reichstag im Februar 1772 ein Gutachten ablegte, in dem die Partikularsperren innerhalb des Reiches verboten und der Export nur noch nach außen hin verhindert werden sollte.¹⁰⁸² Allerdings hielten viele Territorien dennoch unbeirrt an den Ausfuhrverboten untereinander fest und wandten diese auch in folgenden Jahren wieder an.

Sowohl die praktischen Probleme als auch die theoretische Infragestellung führten dazu, dass Getreidesperren bei den Verantwortlichen ganz und gar nicht als Ideallösung, sondern häufig eher als eine Art notwendiges Übel betrachtet wurden. In den Begründungen der Sperren verschiedener Länder lassen sich entsprechend häufig Verweise auf das Verhalten der Nachbarn finden, welche den Schritt als unausweichliche Folge auf dieses darstellten.¹⁰⁸³ Es wurde befürchtete, dass wenn man nicht oder zu spät sperrte, die im Land befindlichen Vorräte von fremden Aufkäufern in Gebiete gebracht wurden, wo die Menschen noch in der Lage waren mit den Preissteigerungen mitzugehen. Diese Befürchtungen waren alles andere als unbegründet, denn „[a]ufgrund der regionalen Produktions- und Kaufkraftunterschiede waren reiche Städte und prosperierende Territorien mit Zugang zu Kredit in der Lage, deutlich höhere Preise zu bezahlen als ihre Nachbarn.“¹⁰⁸⁴ Ein Land, welches nicht oder erst nach allen anderen sperrte, musste also tatsächlich befürchten, die eigenen Vorräte an wohlhabendere Nachbarn zu verlieren. So konstatierte ein Artikel in den *Göttingischen Gelehrten Anzeigen* aus dem Jahr 1773, dass genau dies dem Fürstentum Göttingen im Jahr 1770 geschehen sei. Obwohl, „nach drey bis vier reichen Erndten ansehnliche Vorräthe im Lande vorhanden“ gewesen seien, ließ Hessen „bey dem Anschein einer schlechten Erndte aufkaufen, und in kurzer Zeit ward das

¹⁰⁸¹ S. Kapitel 3.1.3.

¹⁰⁸² Magen, Reichsexekutive S. 88.

¹⁰⁸³ S. z.B.: Graber, Marktsteuerung. S. 130.

¹⁰⁸⁴ Collet, Moral economy. S. 46.

Fürstenthum Göttingen so rein gemacht, daß sich jedermann wunderte wo die reichen Erndten geblieben waren.“¹⁰⁸⁵ Die meisten Länder folgten wohl dem Grundsatz, „daß in einer protektionistischen Umwelt ein kleiner Staat keinen Liberalismus praktizieren kann“, wie es Markus Mattmüller sehr treffend für die Basler Landschaft feststellte.¹⁰⁸⁶

Zudem waren die Sperren innerhalb der Bevölkerung sehr beliebt und wurden während Krisenzeiten aktiv und nachdrücklich eingefordert. Dies konnte durch Suppliken oder persönliche Vorsprache geschehen, in einigen Fällen wurden Getreidesperren auch aus der Bevölkerung heraus erzwungen, indem der Abtransport von Korn mit Gewalt verhindert wurde. Die Markgrafschaft Baden-Durlach beispielsweise, verließ nach derartigen Tumulten im Jahr 1770 ihren freihändlerischen Kurs und verhängte Getreidesperren, nachdem eine aufgebrachte Menschenmenge Händler am Abtransport von Getreide gehindert hatte.¹⁰⁸⁷ Auch Basel, welches den Getreidehandel in den 1760er Jahren liberalisiert hatte, kehrte während der Krise der 1770er Jahre nach entsprechenden Forderungen der Bevölkerung zu protektionistischen Prinzipien zurück.¹⁰⁸⁸ Dies bedeutete aber nicht unbedingt, dass die Bevölkerung die Regelungen der Sperren auch für sich selbst akzeptierte. Viele Menschen, besonders in grenznahen Regionen, waren es gewohnt, ihre Geschäfte auch außerhalb des eigenen Territoriums zu betreiben und nicht bereit, wegen einer Getreidesperre darauf zu verzichten. In vielen Fällen erschien es auch nicht als Widerspruch, strenge Einschränkungen für professionelle Getreidehändler zu fordern, mit den erlassenen Grenzsperrern dann aber selbst eher flexibel umzugehen und Ausnahmeregelungen für den eigenen Gebrauch zu verlangen oder Schmuggel zu betreiben.¹⁰⁸⁹ Obwohl die Sperren also von der Bevölkerung in zahlreichen Fällen und häufig ohne Unrechtsbewusstsein übergangen wurden, waren sie dennoch sehr beliebt und wurden energisch eingefordert. Dies lag auch darin begründet, dass die Ausfuhrverbote über ihren nominellen Zweck hinaus auch eine große symbolische Bedeutung besaßen. Mit der Abgren-

¹⁰⁸⁵ Heyne, Göttingen. S. 734.

¹⁰⁸⁶ Mattmüller, Hungersnot. S. 274-275.

¹⁰⁸⁷ Odenwälder, Nahrungsproteste. S. 57. Ausführlicher zur Baden-Durlacher Blockadeaktion und deren Hintergründen: Zimmermann, Clemens: ‚Noth‘ und ‚Theuerung‘ im badischen Umland: Reformkurs und Krisenmanagement unter dem aufgeklärten Absolutismus. In: Aufklärung. 2/1 (1987). Der Idealtyp des aufgeklärten Herrschers. S. 95-119. Hier S. 109-112. Auch im europäischen Kontext wurden die Sperren aus der Bevölkerung heraus eingefordert. So stellt Volker Reinhardt fest, dass die römische Bevölkerung, trotz deren zwiespältiger Wirkung, immer wieder Getreidesperren einforderte. S. dazu: Reinhardt, Überleben. S. 290.

¹⁰⁸⁸ Mattmüller, Hungersnot. S. 285-287.

¹⁰⁸⁹ S. dazu Kapitel 3.4.4 dieser Arbeit. Vgl. auch: Collet, Moral economy. S. 51.

zung des eigenen Territoriums nach außen hin wurde auch eine Gemeinschaft im Inneren markiert. An dieser Gemeinschaft konnte nur partizipieren, wer innerhalb der gezogenen Grenzen war. Alle anderen wurden ausgeschlossen und durften nicht von der so gezeigten Fürsorge profitieren. Die Getreidesperren „umgrenzten damit nicht nur ein geographisches Territorium, sondern stellten gleichzeitig einen sozialen Raum her.“¹⁰⁹⁰ Zudem konnten sich die Obrigkeiten durch den Erlass der Sperren als tatkräftig zupackend präsentieren und der Bevölkerung kommunizieren, dass der Ernst der Lage anerkannt und entsprechend gehandelt wurde. In der Forschung sind die Handlungen der Obrigkeiten während Versorgungskrisen, so besonders auch die Sperren, dementsprechend wiederholt als eine „moralische Ökonomie von oben“ gedeutet worden. Die Regierungen vereinnahmten die Vorstellungen und Erwartungen der Bevölkerung in ihren Maßnahmen und ihrer Rhetorik und suchten sich so deren Vertrauen, trotz der unsicheren Lage zu sichern.¹⁰⁹¹

Zahlreiche dieser Aspekte lassen sich auch in Braunschweig-Wolfenbüttel feststellen, welches in Normalzeiten zwar grundsätzlich eher am freien Getreidehandel interessiert war, im untersuchten Zeitraum dennoch regelmäßig die Ausfuhr sperrte. Für das Herzogtum sind zwar erst seit 1692 umfassendere Unterlagen über Kornsperrern erhalten, verschiedene Verordnungen und Verweise auf früheres Geschehen zeigen aber, dass auch davor bereits regelmäßig die Getreideausfuhr verboten wurde.¹⁰⁹² Für das kleine Land waren Getreidesperren also eine altbekannte und vertraute, dennoch keine völlig selbstverständliche Angelegenheit. Im Vergleich zu den größeren, mächtigeren Nachbarn Preußen und Hannover, die häufig schnell und konsequent sperrten, musste Braunschweig-Wolfenbüttel noch sorgfältiger taktieren, um seine Interessen zu wahren. Aufgrund seiner Lage, Größe und vor allem des zerklüfteten Landesgebietes musste der Nutzen etwaiger Sperren sorgfältig gegen die Schwierigkeiten abgewogen werden. Die zwei Hauptteile des Landes waren hauptsächlich durch das Gebiet des Hochstifts Hildesheim völlig voneinander getrennt. Insgesamt bestand das Land aus neun nicht miteinander verbundenen Teilen. Auch mehrere Exklaven gehörten zum Gebiet Braunschweig-Wolfenbüttels, sowie Gegenden, welche zwar mit den Hauptgebieten verbunden, aber nur über andere Länder zu erreichen waren. Das Landesgebiet schloss wiederum drei Enklaven ein. Um

¹⁰⁹⁰ Collet, *Moral economy*. S. 45.

¹⁰⁹¹ Ebd. Bes. S. 52-55.

¹⁰⁹² Albrecht, *Landesausbau*. S. 98; Dehesselles, *Policey*. S. 63-69.

1800 umfasste Braunschweig-Wolfenbüttel etwa 3.690 km², dazu kam eine ungewöhnlich lange Grenze von etwa 1.240 km.¹⁰⁹³

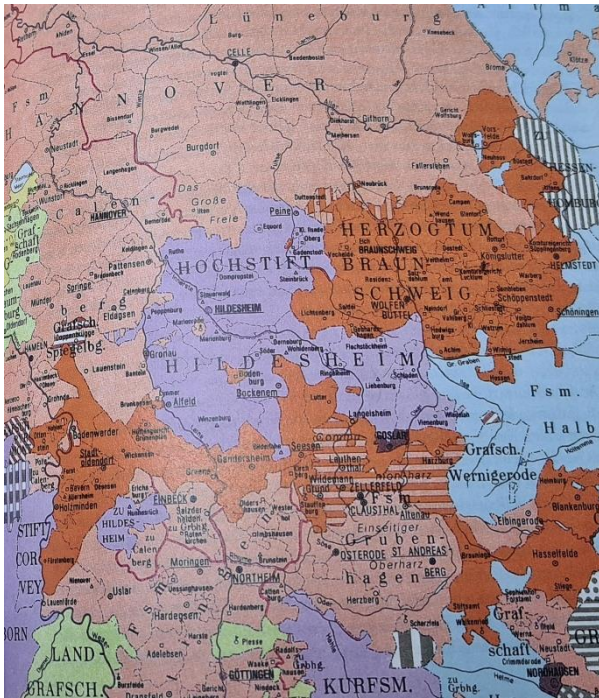


Abbildung 17: Braunschweig-Wolfenbüttel 1780.¹⁰⁹⁴

Diese besonderen Voraussetzungen führten dazu, dass eine Getreidesperre das Land vor zahlreiche Probleme stellte. Kornlieferungen von einem Landesteil in einen anderen führten häufig über die gesperrten Grenzen und waren demnach von der Erlaubnis der Nachbarn abhängig. Exklaven, die gewöhnlich mit dem sie umgebenden Ausland handelten, waren komplett von der Versorgung abgeschnitten, wenn keine Sondergenehmigungen erwirkt werden konnten. Dies galt gegebenenfalls auch für Gegenden, welche mit dem Hauptland verbunden, aber von mehreren Seiten vom Ausland umgeben waren. Die sehr langen Grenzen waren fast unmöglich vollständig zu bewachen, so dass der illegale Getreidehandel kaum zu kontrollieren war. Zudem machte die landwirtschaftliche Situation in Braunschweig-Wolfenbüttel es möglich, dass das Land in der Regel Getreide exportieren konnte.¹⁰⁹⁵ Grundsätzlich war man im Land also am freien Getreidehandel interessiert und betrachtete Sperren eher als notwendiges Übel.¹⁰⁹⁶ Dies zeigt sich auch daran, dass Braunschweig-Wolfenbüttel nie zuerst sperrte,

¹⁰⁹³ Albrecht, Landesausbau. S. 11. Vgl. auch Kapitel 1.3 dieser Arbeit.

¹⁰⁹⁴ Kartenausschnitt entnommen aus: Albrecht, Absolutismus. S. 589.

¹⁰⁹⁵ Albrecht, Landesausbau. S. 93.

¹⁰⁹⁶ Dehesselles, Policey. S. 71.

sondern stets abwartete, wie sich die Nachbarn verhielten. Auch zu diesem Zweck beobachteten sie deren Handlungen während Getreideteuerungen sehr genau, um schnell und passgenau reagieren zu können. Wenn die Sperren dann aber einmal ausgesprochen waren, wurden sie von den Verantwortlichen durchaus ernst genommen und auch streng kontrolliert, zumindest bei der Verhinderung der Getreideausfuhr. Im Folgenden soll der hier umrissene Umgang Braunschweig-Wolfenbüttels mit den Getreidesperren anhand einiger Fallbeispiele genauer betrachtet werden.

Bei der Anbahnung möglicher Sperren wurde in Braunschweig-Wolfenbüttel nichts überstürzt. Bevor eine derartig weitreichende Entscheidung getroffen werden konnte, mussten zunächst möglichst viele relevante Informationen eingeholt werden. Die Regierung stand in ständigem Austausch mit den Beamten und lokalen Obrigkeiten der verschiedenen Landesteile. Besonders bei steigenden Kornpreisen, schlechten Ernten oder außergewöhnlichen Ereignissen waren diese angehalten, regelmäßig über die Lage in den benachbarten Ländern Bericht zu erstatten. Im Oktober 1751 schrieb Bodo Heinrich Morgenstern, Amtmann des an die hannoverschen Lande grenzenden Amtes Eich, an die Regierung in Wolfenbüttel. Morgenstern berichtete, dass ihm ein angesehenes Bürger erzählt habe, dass in „Churbrandenburg“ schon bald eine Getreidesperre erlassen werden solle oder dies eventuell sogar bereits geschehen sei. Zudem habe ihn der Landreuter des Amtes informiert, dass besonders aus dem Amt Wolfenbüttel größere Mengen Getreide unter der Hand ins benachbarte Ausland verbracht würden.¹⁰⁹⁷ In Wolfenbüttel nahm man die Warnung Morgensterns durchaus ernst und reagierte unverzüglich. Das Zusammenspiel der vom Amtmann berichteten Informationen konnte bei Nichtbeachtung einen negativen Einfluss auf die Versorgungslage des Landes nehmen. Wenn ein Nachbarterritorium die Ausfuhr sperrte, bedeutete dies erstens, dass ein wichtiger Handelspartner wegfiel und zweitens, dass die Gefahr bestand, dass schon bald auch weitere Länder dem Beispiel folgen würden. Wenn nun auch noch größere Mengen Getreide außerhalb offizieller Handelsbeziehungen aus dem Land gebracht wurden, bestand die Gefahr, die Versorgung der eigenen Bevölkerung im Krisenfall nur noch unzureichend sicherstellen zu können. Dementsprechend wurde der Packhaus Kommissar Ludwig Matthias Lüdde beauftragt, die Angelegenheit zu untersuchen und eine Empfehlung auszusprechen. Lüdde brachte in Erfahrung, dass die Befürchtung einer Sperre in „Churbrandenburg“ nicht unbegründet sei, da

¹⁰⁹⁷ Schreiben B. H. Morgenstern. 02.10.1751. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13394. Bl. 2r-2v.

das Land bei kürzlichen Unwettern mit starkem Regen viel Getreide verloren habe. Nichtsdestotrotz empfahl der Kommissar von einer eigenen Sperre aber zunächst abzusehen. Es sei „vielmehr dem Commercio fürträglich zu dergleichen Zuschlag nicht eher als **im äußersten Nothfall** [eigene Hervorhebung] zu schreiten“.¹⁰⁹⁸ Gesperrt werden solle erst, wenn die Nachbarn Preußen, Hannover und Hildesheim entsprechend vorgelegt hätten, so die weitere Empfehlung. Um die übermäßige Ausfuhr von Getreide ins Ausland zu verhindern, sollte in Betracht gezogen werden, Verkäufer zu verpflichten Getreide in die Städte zu bringen von wo aus es dann gegebenenfalls reguliert ins Ausland verkauft werden könne. Abschließend empfahl der Kommissar Informationen über den Ausfall der aktuellen Ernte sowie etwaige Vorräte im Land einholen zu lassen.¹⁰⁹⁹ Die Regierung folgte den Vorschlägen: Es wurde keine Sperre erlassen, sondern zunächst ein eiliges Rundschreiben an die Beamten des Landes gesendet, in denen sie aufgefordert wurden, Informationen über Getreidepreise und Ausfuhr einzusenden. Zusätzlich wurden Vorschläge erbeten, wie es zu bewerkstelligen sei, das Getreide im Land zu halten und möglichst in die Städte bringen zu lassen.¹¹⁰⁰

Es zeigt sich hier also, dass in Braunschweig-Wolfenbüttel zwar sehr aufmerksam, aber eher zurückhaltend mit dem Instrument der Getreidesperren umgegangen wurde. Gerüchte über mögliche Sperren der Nachbarn wurden ernst genommen, um gegebenenfalls zügig reagieren zu können. Ein eigenes Ausfuhrverbot wurde aber zunächst zurückgehalten. Der Empfehlung des Packhaus-Kommissars, die Sperre nur „im äußersten Nothfall“ zu verhängen, folgte die Regierung. Dies zeigt, dass das Land grundsätzlich am frei(er)en Getreidehandel interessiert war und von diesem profitierte. Sperren wurden als ein notwendiges Übel gesehen, welches erst verhängt wurde, wenn alle umliegenden Nachbarn gesperrt hatten und keine andere Wahl mehr blieb. Es zeigt sich zudem auch die Wichtigkeit dieser Nachbarn für die eigene Handelspolitik Braunschweig-Wolfenbüttels. Die eigenen Handlungen waren stark von denen der Anrainer, dabei ganz besonders Hannover, Hildesheim und Preußen, beeinflusst. Letztendlich wird auch erneut deutlich, dass die Landesregierung in Fragen der Getreidepolitik in einen steten kommunikativen Prozess mit lokalen Obrigkeiten im ganzen Landesgebiet eingebunden war, wie es sich bereits in Fragen der Magazinpolitik offenbart hatte.¹¹⁰¹

¹⁰⁹⁸ Schreiben L. M. Lüdde an Herzog Karl. 08.10.1751. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13394. Bl. 3r-5v. Hier Bl. 3v.

¹⁰⁹⁹ Ebd. Bl. 3v.

¹¹⁰⁰ Notiz B. H. Schrader von Schliestedt auf dem Schreiben L. M. Lüddes vom 08.10.1751. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13394. Bl. 3r.

¹¹⁰¹ Vgl. dazu Kapitel 3.2.1.

Braunschweig-Wolfenbüttel sperrte also erst „im äußersten Notfall“ die Getreideausfuhr, wenn die umliegenden Territorien vorgelegt hatten und die Situation aus Sicht der Verantwortlichen keinen anderen Ausweg mehr zuließ. Dies war im Jahr 1756 der Fall. Es entwickelte sich eine Situation, welche das kleine Fürstentum in mehrfacher Hinsicht stark belastete. Ab dem Sommer 1756 stiegen der Getreidepreise und Beobachtungen der Getreidefelder versprachen für den Herbst keine gute Ernte, welche die Lage entspannen könnte. Zusätzlich kämpfte Braunschweig-Wolfenbüttel im 1756 ausbrechenden Siebenjährigen Krieges an der Seite der großen Nachbarn Preußen und Hannover.¹¹⁰² Der Unterhalt der Armee erforderte in der ohnehin angespannten Situation zusätzliches Getreide.¹¹⁰³ Dementsprechend widmete man der Getreidepolitik besondere Aufmerksamkeit. Bereits im Juni des Jahres erreichte die Regierung in Braunschweig ein Schreiben aus Magdeburg. Karl Ludolf Sigismund Moeschel, Landkommissar des Grenzamtes Schöningen, berichtete, dass in Preußen darüber debattiert wurde, die Ausfuhr des Getreides verbieten zu lassen.¹¹⁰⁴ Dies betraf Braunschweig-Wolfenbüttel in besonderem Maße, da in diesem Fall nicht nur der Handel mit dem großen Nachbarn im Osten, sondern auch mit den Anhaltischen Fürstentümern stark erschwert, wenn nicht gar verunmöglicht worden wäre. Aus diesen erhielt Braunschweig-Wolfenbüttel größere Mengen Getreide, um den eigenen Bedarf zu decken. Diesen Handel sah die preußische Regierung laut Moeschels Bericht ungern, da sie befürchtete, so selbst weniger Getreide aus den kornreichen Anhaltischen Landen erhalten zu können. Im schlimmsten Fall könnte Preußen etwaige Kornlieferungen, welche auf dem Weg nach Braunschweig-Wolfenbüttel ihr Gebiet passieren mussten, sogar zurückhalten und für den eigenen Bedarf gebrauchen. Moeschel spielte hier auf das Problem der Durchfuhr an. Bei bestehender Getreidesperre konnte es zusätzlich auch verboten werden, in einem anderen Land angekauftes Getreide durch das Territorium des gesperrten Landes hindurchzutransportieren.¹¹⁰⁵ Im Zweifelsfall konnte das betreffende Getreide konfisziert werden. Eine Regel, welche den Getreidehandel während einer Krise weiter

¹¹⁰² S. zum Verlauf des Siebenjährigen Krieges und besonders zur Beteiligung niedersächsischer Territorien: Oberschelp, Politische Geschichte. S. 77-94.

¹¹⁰³ Albrecht, Landesausbau. S. 101.

¹¹⁰⁴ Schreiben K. L. M. Moeschell an Herzog Karl. 04.06.1756. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13411. Bl. 2r-3r.

¹¹⁰⁵ S. zum Begriff der Durchfuhr im Sinne des Transportes von Waren durch ein Land in ein anderes: Denzel, Markus A.: Der Außenhandel und die Außenhandelsstatistik des Königreichs Hannover bzw. des Steuervereins im zweiten Viertel des 19. Jahrhunderts: Eine Einführung. In: Kaufhold, Karl Heinrich; Denzel, Markus A.: Der Handel im Kurfürstentum/Königreich Hannover (1780-1850). Gegenstand und Methode. Stuttgart 2000. S. 9-51. Hier S. 15.

verkomplizierte. Landkommissar Moeschel schlug daher vor, wenn nötig, möglichst viel Getreide aus den Anhaltischen Fürstentümern anzukaufen, solange es noch möglich sei. Er gab aber auch zu bedenken, ob das Getreide nicht auch aus anderen Gegenden bezogen werden könne, um bei einer zukünftigen Sperre vorbereitet zu sein.¹¹⁰⁶ Obwohl an dieser Stelle noch keine eigene Sperre Braunschweig-Wolfenbüttels diskutiert wurde, zeigte sich doch, dass die Lage gesteigerte Aufmerksamkeit erforderte. Durch die Nachricht Moeschels war die Regierung nun gewarnt und wusste, dass nun jederzeit mit einer Sperre der Nachbarländer zu rechnen war. Das eigene Verhalten konnte dementsprechend angepasst und Vorbereitungen getroffen werden. Gemäß dem Grundsatz, die Ausfuhr aber nur „im äußersten Notfall“ zu untersagen, beließ Braunschweig-Wolfenbüttel es aber zunächst bei offenen Grenzen und beobachtet weiterhin die Lage mit großer Aufmerksamkeit.

Im Herbst 1756 reichte reine Aufmerksamkeit allerdings nicht mehr aus, um die Lage unter Kontrolle zu halten. Die Ernte fiel, wie befürchtet, eher mager aus, der Kornpreis stieg weiter an und die großen Nachbarn schlossen ihre Grenzen. Hannover verbot im Herbst 1756 den Getreideexport. Auch Preußen erließ beziehungsweise verschärfte diverse Ausfuhrverbote.¹¹⁰⁷ Auch andere Befürchtungen Braunschweig-Wolfenbüttels trafen ein, denn „[a]uch anhaltisches Getreide, das die Elbe abwärts ging, wurde bei der Durchfuhr angehalten und allen Protesten zum Trotz auf die königlichen Magazine gebracht.“¹¹⁰⁸ Diese Entwicklungen blieben selbstverständlich auch der Bevölkerung und den lokalen Verantwortlichen nicht verborgen und so erreichten die Regierung in Braunschweig schon bald verschiedene Schreiben, in denen mehr oder weniger dringlich um ein Verbot des Getreideexportes ersucht wurde. Die Vertreter des Policeyamtes in Wolfenbüttel sandten im Oktober 1756 einen Brief an den Herzog, in dem sie sich besorgt über den „gantz ungewöhnlich hohen Korn Preiß“ zeigten und befürchteten, dass dieser ohne entsprechende Gegenmaßnahmen noch weiter steigen werde und das Korn spätestens zu Beginn des kommenden Jahres „in unleidlichen Preiß zu stehen kommen dürfte“.¹¹⁰⁹ Um noch vorhandene Vorräte im Land zu behalten und weitere Preissteigerungen oder einen Getreidemangel möglichst zu vermeiden, schlugen die Wolfenbütteler

¹¹⁰⁶ Schreiben K. L. M. Moeschell an Herzog Karl. 04.06.1756. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13411. Bl. 2r-3r. Hier Bl. 2v-3r.

¹¹⁰⁷ Skalweit, August: Die Getreidehandelspolitik und Kriegsmagazinverwaltung Preußens 1756-1806. Berlin 1931. S. 10-14. In einigen preußischen Gebieten galten permanente Ausfuhrbeschränkungen.

¹¹⁰⁸ Ebd. S. 13.

¹¹⁰⁹ Schreiben Policeyamt Wolfenbüttel an Herzog Karl. 03.10.1756. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13384. Bl. 130r-131r. Hier Bl. 130v.

Vertreter „eine gewisse Einschrenkung“ des Handels „oder wohl gar ein[en] Zuschlag“ vor.¹¹¹⁰ In dieser Situation entschied man in Braunschweig, dass der „äußerste Nothfall“ nun tatsächlich eingetreten war und sperrte die Grenzen. Am 19. Oktober 1756 verordnete Herzog Karl, dass „bis auf weitere Verordnung kein Getraide aus Unseren Landen ausgefahren oder sonst gebracht werden solle.“¹¹¹¹

Eine ähnliche Situation fand man fast genau vier Jahre später, im Herbst des Jahres 1760 vor. Nach wie vor befand sich Braunschweig-Wolfenbüttel im Krieg und benötigte größere Mengen Getreide zur Versorgung der Armee. Trotz zufriedenstellender Ernten stiegen die Kornpreise zudem immer weiter an.¹¹¹² Dies bereitete dem Magistrat zu Braunschweig große Sorge und so wandte sich Bürgermeister Johann Heinrich Wilmerding im Oktober 1760 mit einem Schreiben an Herzog Karl. Wilmerdings konstatierte, dass der Kornpreis in der Stadt immer weiter ansteige und der Himten Weizen bereits über einen Taler koste.¹¹¹³ Da aufgrund der guten Ernte eigentlich genug Getreide vorhanden sein müsste, sah der Bürgermeister die Gründe für die hohen Preise in „der abnehmenden Zufuhr und in der zunehmenden Ausfuhr des Korns in auswärtige Länder“.¹¹¹⁴ „[E]in Zuschlag auf kurze Zeit“, den zu verhängen einer „höheren und weiseren Ansicht [...] unterthänigst anheim“ gegeben wurde, sollte die Versorgungsschwierigkeiten lösen.¹¹¹⁵ Die Regierung stand einer Sperre jedoch zunächst ablehnend gegenüber. In einem Antwortschreiben wurde die Hoffnung ausgedrückt, dass der Preis wohl bald wieder fallen würde, wenn die Bauern ihr geerntetes Getreide gedroschen hätten und dieses dann auf den Markt kommen würde. In dieser Hoffnung solle zunächst abgewartet werden, ohne ein Ausfuhrverbot zu verhängen.¹¹¹⁶ Da die Hoffnung auf baldig sinkende Kornpreise aber nicht eintrat, wurde am 28. Oktober 1760 die Ausfuhr dann doch verboten. Die galt allerdings zunächst nur für die Distrikte Wolfenbüttel und Schöningen, da aus diesen besonders viel Getreide ins Ausland verkauft werden würde.¹¹¹⁷ Im Dezember des Jahres wurde die Verordnung

¹¹¹⁰ Ebd. Bl. 130v-131r.

¹¹¹¹ Serenissimi gnädigste Verordnung, die Ausfuhr des Korns betreffend. 19. Oktober 1756. Abgedruckt in: Braunschweigische Anzeigen. 86. Stück, 27.10.1756.

¹¹¹² Die erste Hälfte der 1760er Jahre war von inflationären Prozessen geprägt, die zu extremen Preissteigerungen führten. Vgl. Kapitel 2.3.

¹¹¹³ Schreiben J. H. Wilmerding an Herzog Karl. 17.10.1760. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13394. Bl. 90r-92v.

¹¹¹⁴ Ebd. Bl. 90v.

¹¹¹⁵ Ebd. Bl. 90v-91r.

¹¹¹⁶ Schreiben Herzog Karl an Bürgermeister und Rat Braunschweig. 21.10.1760. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13394. Bl. 94r-94v.

¹¹¹⁷ Die Ausfuhr des Getraides in den Wolfenbüttel- und Schöningischen Districten betr. 28. Oktober 1760. Abgedruckt in: Braunschweigische Anzeigen. 89. Stück, 05.11.1760.

dann auch auf die übrigen Landesteile ausgedehnt.¹¹¹⁸ Auch im Frühjahr 1762 bat der Magistrat von Braunschweig erneut darum, die Getreideausfuhr zu verbieten, obwohl die Sperre von 1760 offiziell noch gar nicht wieder aufgehoben worden war. Dies musste ein Jahr später auch dem Magistrat von Gandersheim mitgeteilt werden.¹¹¹⁹ Als dann auch die Ernte des Jahres 1763 nicht zufriedenstellend ausfiel, sah die Regierung sich genötigt, die Ausfuhr von Getreide im Oktober 1763 erneut zu verbieten und inkludierte in diese Verordnung nun auch das Verbot der Ausfuhr von Heu und Stroh.¹¹²⁰ Offenbar war die Geltungsdauer von Getreidesperren häufig nicht hinreichend geklärt.

Nachdem einige Jahre ohne Sperren vergangen waren, sperrte zu Beginn der 1770er Jahre fast ganz Europa die Grenzen. Frankreich machte bereits im Jahr 1769 den Anfang, im Herbst 1770 folgten weitere Staaten. Selbst die Freihandelsbefürworter England und die Niederlande verboten schließlich die Kornausfuhr.¹¹²¹ Im Reich begannen einzelne Territorien im Frühsommer 1770 die Ausfuhr zu sperren, wobei der fränkische Kreis im Juni den Auftakt machte.¹¹²² Die meisten anderen Territorien zogen bis zum Herbst nach. Braunschweig-Wolfenbüttel wartete in dieser Situation vergleichsweise lange, bis es ebenfalls eine Getreidesperre verhängte. Die Getreidepreise im Land blieben bis weit in die zweite Jahreshälfte hinein auf einem mittleren oder sogar niedrigen Niveau. Aufgrund der Berichte aus umliegenden Gegenden und dem ebenfalls schlechten Ausfall der Ernte stieg die Sorge innerhalb der Bevölkerung dennoch stark an. Bis hin zum Herbst erreichten die Regierung immer wieder Bitten die Kornausfuhr zu beschränken oder zu verbieten. So beispielsweise Oberhauptmann von Steuben, der aus dem Amt Gandersheim im September 1770 eindringlich darum bat „den Verkauf des Korns außer Landes und insbesondere an die Frucht Treiber [...] gänzlich zu untersagen.“¹¹²³ Im Oktober 1770 wurde die Ausfuhrsperre dann schließlich zunächst für den Harz- und Weserdistrikt verhängt.¹¹²⁴ Im Dezember wurde das Verbot auch auf die Distrikte Wolfenbüttel und Schöningen

¹¹¹⁸ Albrecht, Landesausbau. S. 102.

¹¹¹⁹ Ebd.

¹¹²⁰ Serenissimi gnädigste Verordnung, die Ausfuhr des Korns, wie auch Heu und Strohes betr. 06. Oktober 1763. Abgedruckt in: Braunschweigische Anzeigen. 84. Stück, 19.10.1763.

¹¹²¹ Collet, Katastrophe. S. 159.

¹¹²² Ebd.

¹¹²³ Schreiben Oberhauptmann von Steuben an Herzog Karl. 03.09.1770. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13476. Bl. 2r-2v.

¹¹²⁴ Serenissimi gnädigste Verordnung, gegen die Ausfuhr im Harz und Weser-Districte. 19. Oktober 1770. Abgedruckt in: Braunschweigische Anzeigen. 101. Stück, 29.12.1770. Warum das Edikt in diesem Fall mit einer Verspätung von über zwei Monaten abgedruckt wurde, ist aus dem gesichteten Quellenmaterial nicht nachzuvollziehen.

ausgedehnt, womit die Ausfuhr von Getreide somit aus dem gesamten Kerngebiet des Herzogtums nicht mehr gestattet war.¹¹²⁵ Zu Beginn der 1770er Jahre wurde in Braunschweig-Wolfenbüttel erstmals auch die Kartoffelausfuhr explizit verboten. Auch diesem Verbot waren Anfragen vorangegangen, in denen sich Grenzposten erkundigten, ob sie die überhandnehmende Ausfuhr von Kartoffeln gestatten sollten.¹¹²⁶ Schließlich wurde auch diese verboten. Die Sperren blieben bis 1772/73 in Kraft. Ab dem Jahr 1773 befasste sich dann vorrangig die Kornmagazinkommission mit Fragen der Getreideausfuhr. In den nächsten Jahren kam es in Braunschweig-Wolfenbüttel zu keinen weiteren Exportverboten, obwohl entsprechende Anfragen bei der Regierung in Braunschweig eingingen. So bat die Braunschweiger Bäcker Gilde im Juni 1775 aufgrund steigender Kornpreise darum, „die Ausfuhr des inländischen Korns ohne Ausnahme zu verbieten“.¹¹²⁷ Der Anfrage wurde, nach Prüfung durch die Kornmagazinkommission, nicht entsprochen, da man keine Notwendigkeit für einen derartigen Schritt sah. Stattdessen wurden die Bäcker unterstützt, indem sie sich mit Getreide aus dem öffentlichen Magazin versorgen durften.¹¹²⁸ Im November 1784 wurde erneut über eine mögliche Sperre beraten, da in den preußischen Landesteilen Herzogtum Magdeburg und Fürstentum Halberstadt ein „Kornzuschlag“ verhängt worden war.¹¹²⁹ In Braunschweig-Wolfenbüttel waren die Getreidepreise zudem deutlich angestiegen.¹¹³⁰ Nach üblicher Vorgehensweise wurden die Entwicklung mit höchster Aufmerksamkeit beobachtet, um gegebenenfalls zügig reagieren zu können. Die Kommission beschloss allerdings zunächst nichts zu unternehmen, da es „gar nicht ungewöhnlich [sei], daß die Kornausfuhr in den preußischen Landen verboten werde.“¹¹³¹ Da die Gegend um Magdeburg mit ihren ertragreichen Böden eines der größeren Überschussgebiete Preußens war und als „Kornkammer Berlins“ besonders die Hauptstadt zu versorgen hatte, war dort in der Tat die Ausfuhr in auswärtige Gebiete nur selten gestattet.¹¹³² Die Kommission stellte aber fest, dass bei diesen Verboten häufig bestimmte Getreidesorten ausgenommen seien. Sie kam daher zu dem bemerkenswerten Schluss, dass diese Verordnun-

¹¹²⁵ Serenissimi gnädigste Verordnung gegen die Ausfuhr der Kornfrüchte im Wolfenbüttelschen und Schöningischen District. 13. December 1770. Abgedruckt in: Braunschweigische Anzeigen. 1. Stück, 02.01.1771.

¹¹²⁶ S. z.B.: Schreiben des Karabiniers H. Järcke. 30.10.1772. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13476. Bl.122r-122v.

¹¹²⁷ Supplikation Bäcker Gilde Braunschweig. 11.06.1775. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13491. Bl. 29r-32r.

¹¹²⁸ Vgl. Kapitel 3.2.4.

¹¹²⁹ Gutachten Kornmagazinkommission. 20.11.1784. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13492. Bl. 26r-27v.

¹¹³⁰ Vgl. Kapitel 2.3.

¹¹³¹ Gutachten Kornmagazinkommission. 20.11.1784. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13492. Bl. 26r-27v.

¹¹³² Skalweit, Getreidehandelspolitik. S. 13-14.

gen „den hiesigen landen und dem Getraide Handel niemalen schädlich, sondern eher vorteilhaft [seien]: denn unter dem Namen der eben erwehnten Getraide Arten [der vom Verbot ausgenommenen Sorten], wird viel Rocken, Gersten und Hafer in hiesige Lande eingefahren, und verkauft.“¹¹³³ Man hoffte hier also von der illegalen Getreideausfuhr zu profitieren und beschloss daher zunächst, nichts zu unternehmen und den Status quo beizubehalten, solange sich nichts ändere.

Tatsächlich kam es erst einige Jahre später wieder zu einer Sperre seitens Braunschweig-Wolfenbüttel. Am Ende der 1780er fielen die Ernten in vielen europäischen Gegenden schlecht aus und die Getreidepreise stiegen an. In Preußen mehrten sich entsprechende Klagen bereits ab dem Herbst 1787. Spanien, Italien und Frankreich mussten für die Jahre 1788 und 1789 schlechte Ernten vermelden. Auch in den die typischen Getreideumschlagplätzen machte sich die Teuerung bemerkbar. England erlebte von Januar 1789 bis September 1790 eine „Hungerperiode“ und an der Hamburger Börse stiegen die Getreidepreise im Verlauf des Jahres 1789 stark an.¹¹³⁴ Nachdem die Getreidepreise auch in Braunschweig-Wolfenbüttel stark angestiegen waren, wurde im Juli 1789 zunächst ein Art Warnung in den *Braunschweigischen Anzeigen* veröffentlicht, in dem die lokalen Beamten des Landes unter Hinweis auf die hohen Kornpreise aufgefordert wurden, darauf zu achten, dass die Bevölkerung nicht zu viel Getreide ins Ausland verkaufte.¹¹³⁵ Zudem sollten Kornaufkäufer aus anderen Territorien nicht geduldet und ihnen nichts verkauft werden. Mit dem Rundschreiben sollte erreicht werden, dass „kein Mangel an Brodkorn in irgend einer Gemeinde entstehe“.¹¹³⁶ Doch offenbar brachte der Aufruf nicht den gewünschten Erfolg, zudem hatten mittlerweile auch die umliegenden Territorien die Ausfuhr gesperrt. So verordnete die Regierung am 10. Oktober 1789 „einen völligen Korn-Zuschlag“, der bis zum Oktober 1790 in Kraft bleiben sollte.¹¹³⁷ Wie alle anderen Getreidesperren im untersuchten Zeitraum wurde auch diese im Oktober ausgesprochen. Da der Ausfall der jeweiligen Getreideernte ein wichtiger Faktor für die Entscheidung für oder gegen ein Exportverbot war, wurde in der Regel abgewartet, bis man einen Überblick über die Ernteergebnisse gewonnen hatte. Dies war meist im Oktober der Fall.

¹¹³³ Gutachten Kornmagazinkommission. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13492. Bl. 26r-27v.

¹¹³⁴ Abel, Massenarmut. S. 258.

¹¹³⁵ Serenissimi Circularrescript, die Versendung aller Getraidearten in die Auslande betreffend. 19. Juni 1789. Abgedruckt in: Braunschweigische Anzeigen. 50. Stück, 01.07.1789.

¹¹³⁶ Ebd.

¹¹³⁷ Serenissimi Verordnung, die Ausfuhr des Getraides und der Hülsenfrüchte betreffend. 10. Oktober 1789. Abgedruckt in: Braunschweigische Anzeigen. 80. Stück, 14.10.1789. Die Sperre sollte zunächst bis zum 1. Oktober 1790 gelten, wurde aber bereits zum 5. Juli des Jahres aufgehoben. S. dazu: Albrecht, Landesausbau. S. 104

Im nächsten Schritt sollen nun die Verkündung sowie der Inhalt der jeweiligen Getreidesperren in den Blick genommen werden. In der Regel wurden diese in den *Braunschweigischen Anzeigen* abgedruckt. Dort standen sie stets auf der Titelseite, um die nötige Aufmerksamkeit zu erlangen. Zwischen dem Erlass der Verordnung und der Veröffentlichung im Regierungsblatt vergingen im untersuchten Zeitraum meist wenige Tage bis etwa zwei Wochen.¹¹³⁸ Der dortige Abdruck war jedoch nur ein Schritt unter vielen, um die Verbreitung der Exportverbote zu befördern und sicherzustellen, dass diese „zu jedermanns Wissenschaft gelangen“ sollten, wie es in der Verordnung vom Oktober 1771 hieß.¹¹³⁹ Jedes entsprechende Schriftstück wurde „durch den Druck bekannt [gemacht] und an gewöhnlichen Orten öffentlich an[ge]schlagen“.¹¹⁴⁰ Die Dekrete wurden vervielfältigt und sämtlichen Städten, Ämtern und Gerichten des Landes zugeschickt. Angehängt an eine entsprechende Verordnung aus dem September 1771, in der das Verbot der Kornausfuhr nochmals detaillierter ausgeführt wurde, findet sich eine alphabetische Auflistung sämtlicher Empfänger des Schreibens, gegliedert nach Städten, Ämtern und Gerichten.¹¹⁴¹

¹¹³⁸ Eine Ausnahme bildete hierbei die Verordnung vom 19. Oktober 1770, welche erst am 29. Dezember des Jahres und somit mit einer Verzögerung von über zwei Monaten in den Anzeigen erschien.

¹¹³⁹ Serenissimi gnädigste Verordnung, gegen die Ausfuhr im Harz und Weser-Districte. 19. Oktober 1770. Abgedruckt in: *Braunschweigische Anzeigen*. 101. Stück, 29.12.1770.

¹¹⁴⁰ Ebd.

¹¹⁴¹ Serenissimi Rescript die verbotene Korn Ausfuhr in hiesigen Landen betreffend. 16. September 1771. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13476. Bl. 38r.

Städte des Landes wurde also ein gewisses Mitspracherecht eingeräumt, während alle anderen Städte, Ämter und Gerichte lediglich die Verordnung sowie den Auftrag diese zu verbreiten erhielten. Der Bevölkerung wurden die Handelseinschränkungen eröffnet, indem sie an öffentlichen Orten ausgehängt wurden. Zusätzlich wurden sie von der Kanzel verkündet. Damit wurde zwei althergebrachten Praktiken der Verbreitung hoheitlicher Edikte gefolgt. Bereits im 16. Jahrhundert wurden derartige Sperren sowohl öffentlich an den Zollstellen angeschlagen als auch von der Kanzel verkündet, so überliefert für den Weserraum.¹¹⁴⁵ Achim Landwehr legte dar, dass Policeyordnungen im 18. Jahrhundert ebenfalls durch Verlesung vor dem Rathaus, Verkündung von der Kanzel und öffentlichen Anschlag bekannt gemacht wurden.¹¹⁴⁶ Auf den „Aspekt der Veröffentlichung“ wurde dabei „in jedem Fall sehr viel Wert gelegt“, wohl auch, damit sich bei Übertretungen nicht durch Unkenntnis entschuldigt werden konnte.¹¹⁴⁷ Es ist davon auszugehen, dass dieses Vorgehen auch bei temporären Verordnungen, wie es die Getreidesperren waren, angewandt wurde.

In einigen Fällen scheinen sich lokal aber eigene Praktiken der Verkündung etabliert zu haben, welche bei der Regierung nicht immer auf Zustimmung stießen. Im Februar 1772 berichteten die Vertreter des Amtes Hessen, dass sie das Edikt zum Verbot der Kartoffelausfuhr gewissenhaft, mittels der „gewöhnlichen modi publicandi“, in ihrem Amtsbereich bekanntgemacht hätten.¹¹⁴⁸ Nicht nur sei „die Bekanntmachung an den gewöhnlichen Orten publiziert und auch von der Kanzel herab verkündet“ worden. Zusätzlich würden „Verordnungen von kurzer oder mittlerer Länge [...] nach dem Gottesdienst verlesen.“ Teilweise werde auch „den Bauernmeistern [...] der Inhalt eröffnet, die es dann weitergeben.“¹¹⁴⁹ Hier hatte sich offenbar eine mündliche und persönliche Weitergabe herzoglicher Verordnungen etabliert. Vermutlich hatte dieser Modus Operandi den Zweck auch illiterate Mitglieder der Gemeinschaft zu erreichen, vor allem solche, welche den Gottesdienst nicht besuchten oder diesem nicht aufmerksam folg-

¹¹⁴⁵ S. dazu: Möller, Petra: Beobachtungen zum Getreidehandel im Weserraum. In: Krutisch, Petra und Großmann, G. Ulrich im Auftrag des Instituts für Architektur-, Kunst- und Kulturgeschichte in Nord- und Westdeutschland beim Weserrenaissance-Museum Schloß Brake sowie Bulst, Neithard und Rüthing, Heinrich (Hg.): Der Weserraum zwischen 1500 und 1650: Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur in der Frühen Neuzeit. Marburg 1992. S. 115-143. Hier S. 129.

¹¹⁴⁶ Landwehr, Achim: Die Rhetorik der „Guten Policey“. In: Zeitschrift für historische Forschung 30/2 (2003). S. 251-287. Hier S. 260.

¹¹⁴⁷ Ebd. S. 261-263. Zitat auf S. 261.

¹¹⁴⁸ Bericht Amt Hessen. 25.02.1772. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13476 Bl. 131r-132r. Hier Bl. 131r.

¹¹⁴⁹ Ebd. Bl. 131v.

ten. Ebenso ist zu vermuten, dass bei der persönlichen Eröffnung der Verordnungen, bei denen lediglich „der Inhalt eröffnet“ und nicht der Text vorgelesen wurde, diese etwas eingängiger präsentiert wurden. Die häufig recht verklausulierten und sich teilweise über mehrere Seiten erstreckenden Verordnungen waren wohl nicht für alle Teile der Bevölkerung gleichermaßen leicht zugänglich, eine etwas vereinfachte Inhaltswiedergabe hat sicherlich in einigen Fällen zum Verständnis beigetragen.¹¹⁵⁰ Dies sah man in Braunschweig allerdings ganz anders. Die Vorstellung, dass die erlassenen Verordnungen durch mündliche Weitergabe verwässert oder gar falsch dargestellt würden, löste starken Widerstand aus. In einem Antwortschreiben wurden die Vertreter des Amtes Hessen scharf zurechtgewiesen: Sie hätten „mündlich nichts zu präsentieren, sondern die erhaltenden Befehle und Verbote jederzeit durch öffentliche Aushänge in den Krügen und anderen gewöhnlichen Orten bekannt zu machen.“¹¹⁵¹ Doch trotz aller Bemühungen herrschte in der Bevölkerung und sogar in den Amtsstuben „oftmals Unsicherheit bis hin zur Unkenntnis der aktuellsten, rechtlich relevanten Verordnungen.“¹¹⁵² Davon zeugen zahlreiche Anfragen, welche die Regierung während jeder Sperre aus dem ganzen Land erreichten. Offenbar war den Menschen in vielen Fällen nicht klar, welche Lebensmittel, in die Sperren eingeschlossen waren oder wie lange die Exportverbote in Kraft bleiben sollten. Die genauen Bestimmungen jeder Sperre fanden sich zwar in den einzelnen Verordnungen, teilweise waren diese aber vage formuliert oder es fehlten zentrale Informationen. Der Inhalt der Verordnungen folgte zumeist einem bestimmten Muster. Dabei muss zwischen Erst- und Folgeverordnungen unterschieden werden. Eine Erstverordnung wurde zu Beginn einer Versorgungs- oder Hungerkrise erlassen und verbot die Getreideausfuhr. Zunächst häufig nur für bestimmte Landresteile oder Getreidesorten. Diese wurden in der Regel in den *Braunschweigischen Anzeigen* auf der Titelseite abgedruckt. Dauerte die Notlage länger an, folgten meist diverse Folgeverordnungen, welche das Verbot auf andere Landesteile ausdehnten, immer mehr Lebensmittel einschlossen und weitere Einschränkungen des Handels verkündeten. Meist wurde der Ton der Erlasse immer schärfer und die angedrohten Strafen für

¹¹⁵⁰ Landwehr weist darauf hin, dass frühneuzeitliche Policeyordnungen meist derart kompliziert und verklausuliert formuliert waren, dass es „für ein Publikum, das ansonsten in seinem Alltag nur selten mit einem solchen Sprachduktus in Kontakt kann“, mit gewissen Schwierigkeiten verbunden war, diese zu verstehen. Landwehr, Rhetorik. S. 275-276. Dies gilt, wenn auch mit gewissen Abstrichen, ebenfalls für temporäre Verordnungen wie die Getreidesperren.

¹¹⁵¹ Antwortschreiben an das Amt Hessen. 27.02.1772. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13476. Bl. 133r.

¹¹⁵² Blome, Astrid: Regionale Strukturen und die Entstehung der deutschen Regionalpresse im 18. Jahrhundert. In: Albrecht, Peter; Böning, Holger (Hg.): Historische Presse und ihre Leser. Studien zu Zeitungen, Zeitschriften, Intelligenzblättern und Kalendern in Nordwestdeutschland. Bremen 2005. S. 77-100. Hier S. 84-85.

Übertretung der Verbote immer härter. Folgeverordnungen wurden häufig nicht mehr im Regierungsblatt publiziert, sondern durch Aushang und Kanzelverlesung bekannt gemacht.

Jede Verordnung zu Getreidesperren enthielt zu Beginn eine Begründung der folgenden Einschränkungen. Die herangezogenen Begründungen lassen sich für den Untersuchungszeitraum in drei thematische Komplexe einteilen:

1. Verweise auf zuvor verhängte Sperren anderer Länder.
2. Bezugnahme auf den schlechten Ausfall der Ernte.
3. Referenzen auf überhandnehmende Ausfuhr von Getreide.

Verweise auf das Verhalten der Nachbarn, um so die eigene Sperre zu begründen, waren nicht nur in Braunschweig-Wolfenbüttel üblich. So hieß es beispielsweise auch in einer Verordnung Georgs III aus dem Oktober 1771 zur Begründung der Verschärfung einer bestehenden Sperre: „da in verschiedenen benachbarten Ländern [...] die Korn-Preise bereits sehr hoch gestiegen und bey dem daselbst annoch fortwährenden Korn Zuschlage von daher nicht allein keine Zufuhr zu erwarten, sondern auch die Besorgnis eintritt, daß das in Unseren teutschen Provinzen annoch vorrätige Getreide von gewinnsüchtigen Leuten aufgekauft und außer Landes gebracht [werde]“.¹¹⁵³ Rolf Graber weist darauf hin, dass dies auch für die Alte Eidgenossenschaft gegolten habe, auch dort wurden Sperren während der Krise der 1770er Jahre stets mit dem Verhalten der Nachbarn begründet.¹¹⁵⁴ Dementsprechend war es nicht ungewöhnlich, wenn eine Ausfuhrsperre Braunschweig-Wolfenbüttels damit begründet wurde, dass „in einigen benachbarten und anderen Landen die Ausfuhr des Kornes verboten worden“.¹¹⁵⁵ Blieb der Bezug in dieser Verordnung aus dem Oktober 1756 eher allgemein, wurde 33 Jahre später die Sperre konkret damit begründet, „daß in einigen benachbarten Landen als in den Chur-Brandenburgischen und Chur-Sächsischen, die Getraide-Ausfuhr gänzlich verboten worden.“¹¹⁵⁶ Die Verordnung aus den 1780er Jahren enthält zusätzlich noch einen Verweis auf den schlechten Ausfall der Ernte und kombinierte somit zwei der üblichen Begründungen. Auf

¹¹⁵³ Verordnung Georg III vom 21. Oktober 1771. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13448. Bl. 33r-36r.

¹¹⁵⁴ Graber, Marktsteuerung. S. 130.

¹¹⁵⁵ Serenissimi gnädigste Verordnung, die Ausfuhr des Kornes betreffend. 19. Oktober 1756. Abgedruckt in: Braunschweigische Anzeigen. 86. Stück, 27.10.1756.

¹¹⁵⁶ Serenissimi Verordnung, die Ausfuhr des Getraides und der Hülsenfrüchte betreffend. 10. Oktober 1789. Abgedruckt in: Braunschweigische Anzeigen. 80. Stück, 14.10.1789.

unzureichende Ernten wurde sich in Braunschweiger Verordnungen des untersuchten Zeitraumes ähnlich häufig bezogen wie auf das Verhalten der Nachbarn. So wurde beispielsweise in der Ausfuhrsperrung vom Oktober 1763 „der diesjährige sehr mißliche und größtentheils sehr schlechte Ausfall der Korn- und Heuerndte in Unseren Landen“ beklagt,¹¹⁵⁷ entsprechende Formulierungen finden sich auch in den Verordnungen des Jahres 1770. Die dritte thematische Begründung lässt sich beispielsweise in der Verordnung des Oktobers 1760 feststellen. Dort wird weder auf das Verhalten der Nachbarn noch auf eine schlechte Ernte referiert. Stattdessen wird der Sorge Ausdruck verliehen, dass „die häufige Ausfuhr des Kornes aus dem Wolfenbüttel- und Schöningischen Districte in auswärtige Länder besorgen lässet, es werde Unseren getreuen Unterthanen in der Folge an dem benöthigten fehlen“.¹¹⁵⁸ Derartige Befürchtungen waren ebenfalls ein wichtiger Bestandteil der Verordnungen zu Getreidesperren. Dabei wird deutlich, dass die Exportverbote als Vorsorge gegen ein als gefährlich empfundenes Zukunftsszenario betrachtet und auch so inszeniert wurden. Dementsprechend lassen sich in zahlreichen Verordnungen Formulierungen finden, die deutlich machen sollten, dass die Ausfuhr verboten werden müsse, um einen zukünftigen Mangel abzuwenden. So heißt es in einem Exportverbot für Hafer aus dem November 1759: „Die bishero bemerkte häufige Ausfuhr des Hafers gibt die begründete Vermuthung, es werde in dem bevorstehenden Winter an dieser unentbehrlichen Frucht [...] fehlen, wenn nicht dienliche Mittel dieserhalb vorgekehret werden.“¹¹⁵⁹ Im Edikt aus dem Oktober 1763 findet sich die folgende Formulierung: „[...] die gegründete Besorgnis erwecket, daß wenn eine uneingeschränkte Ausfuhr soltaner Früchte [gemeint ist Getreide, Heu und Stroh] verstattet würde, dadurch, in Unsern Landen selbst entweder ein dringender Mangel oder eine übermäßige Theurung dieser Bedürfnisse entstehen möchte.“¹¹⁶⁰ Eindringlich wird die Sorge vor einem Zukunftsszenario ohne Getreidesperre auch in der Verordnung des Oktobers 1770 ausgedrückt: „[...] die nicht unbegründete Besorgnis entstehet, daß, wenn nicht alle möglichen Mittel zu der Beybehaltung der eingeerdeten

¹¹⁵⁷ Serenissimi gnädigste Verordnung, die Ausfuhr des Kornes, wie auch Heu und Strohes betr. 06. Oktober 1763. Abgedruckt in: Braunschweigische Anzeigen. 84. Stück, 19.10.1763.

¹¹⁵⁸ Die Ausfuhr des Getraides in den Wolfenbüttel- und Schöningischen Districten betr. 28. Oktober 1760. Abgedruckt in: Braunschweigische Anzeigen. 89. Stück, 05.11.1760.

¹¹⁵⁹ Serenissimi gnädigste Verordnung, die verbotene Ausfuhr des Hafers in den Wolfenbüttel- und Schöningischen Districten betreffend. 6. November 1759. Abgedruckt in: Braunschweigische Anzeigen. 94. Stück, 24.11.1759.

¹¹⁶⁰ Serenissimi gnädigste Verordnung, die Ausfuhr des Kornes, wie auch Heu und Strohes betr. 06. Oktober 1763. Abgedruckt in: Braunschweigische Anzeigen. 84. Stück, 19.10.1763.

und vorhandenen Kornfrüchte vorgekehret werden, dadurch in Unsern Landen selbst ein dringender Mangel, oder eine übermäßige Theurung veranlasset werden möchte.“¹¹⁶¹

In diesen beispielhaften Zitaten, welche sich in Abwandlung in so gut wie jeder entsprechenden Verordnung Braunschweig-Wolfenbüttels finden lassen, wird die Begründung für die folgenden Einschränkungen nochmals vertieft. Eine nicht wünschenswerte Zukunft, in der Getreidemangel und Teuerung vorherrscht, wird dargestellt. Die Bedrohlichkeit des dargestellten Szenarios wird durch Formulierungen wie das Fehlen einer „unentbehrlichen Frucht“, „dringender Mangel“ oder „übermäßige Theurung“ unterstrichen. Im nächsten Schritt wird aber deutlich suggeriert, dass diese unerwünschte Zukunft noch abzuwenden sei, allerdings nur, wenn schnellstmöglich und konsequent Maßnahmen ergriffen würden. Die Getreidesperren wurden also als alternativlose Instrumente zur Abwendung einer unerwünschten Zukunft, mit hohen Preisen und Getreidemangel, und zur Hinwendung an eine erwünschte Zukunft, mit moderaten Preisen und ausreichend Getreide, präsentiert

Nachdem die Notwendigkeit eines Exportverbotes zu Beginn der Verordnungen eindringlich dargestellt wurde, folgte dann in der Regel die eigentliche Bestimmung. Diese konnte von Fall zu Fall unterschiedlich ausfallen und mehr oder weniger detailliert ausgestaltet sein. Die Ausfuhr konnte für das gesamte Lande oder lediglich für bestimmte Gegenden verboten werden, welche als besonders gefährdet eingestuft wurden. Möglich war es auch, nur den Export bestimmter Getreidesorten zu verbieten, wenn nur an diesen ein Mangel herrschte. Allerdings kam dies schon aus logistischen Gründen nur selten vor, da eine derartige Spezifikation notwendige Kontrollen schwer durchführbar gestaltete. So musste in einem solchen Fall nicht nur überprüft werden, ob jemand illegal Getreide ausführte, sondern auch um welche Sorte es sich handelte. Außer den vier Hauptsorten Weizen, Roggen, Hafer und Gerste wurden häufig noch andere Lebensmittel, zumeist Hülsenfrüchte wie Erbsen, Bohnen, Wicken und Linsen, in die Verbote einbezogen. Die Ausfuhr von Kartoffeln wurde erstmals in den 1770er Jahren verboten.¹¹⁶²

Es wurde stets kommuniziert, dass die Verordnungen aufgrund der jeweiligen kritischen Lage erlassen wurden und lediglich eine eingeschränkte zeitliche Gültigkeit besaßen. In der Regel

¹¹⁶¹ Serenissimi gnädigste Verordnung, gegen die Ausfuhr im Harz und Weser-Districte. 19. Oktober 1770. Abgedruckt in: Braunschweigische Anzeigen. 101. Stück, 29.12.1770.

¹¹⁶² Bericht Amt Hessen. 25.02.1772. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13476 Bl. 131r-132r.

begannen die Verbote „a dato an“ der jeweiligen Verordnung.¹¹⁶³ Lediglich das Edikt vom 14. Oktober 1789 verbot die Kornausfuhr erst ab dem 18. des Monats. Eventuell reagierte man damit auf die Verzögerung zwischen Abfassung des Schriftstücks und dem Zeitpunkt, an dem dieses zuverlässig verbreitet war. Die Dauer des zu erwartenden Verbots wurde bis auf wenige Ausnahmen völlig offengehalten, in der Regel wurde die Ausfuhr bis auf weitere Verordnung untersagt. Lediglich im November 1759 und im Oktober 1789 wurde ein geplanter Endzeitpunkt der Sperre genannt, an den sich aber, zumindest im zweiten Fall, nicht gehalten wurde.¹¹⁶⁴

Da Getreidesperren, ebenso wie die öffentlichen Magazine, von den Verantwortlichen lediglich als ein Punkt unter vielen zur Herbeiführung von Nahrungssicherheit gesehen wurden, enthielten die Verordnungen in vielen Fällen noch weitere Bestimmungen bezüglich des Getreidemarktes. So enthielt das Edikt von 1756 die Anweisung an die „Beamten und Unterthanen auf dem Lande“ ihr Getreide in die Städte zu bringen und auf dem Land lediglich an Menschen zu verkaufen, welche das Getreide für ihren eigenen Lebensunterhalt brauchten.¹¹⁶⁵ In den Verordnungen des Jahres 1770 wurde es untersagt, Getreide vor der regulären Ernte und Weiterverarbeitung zu verkaufen. Geschäfte, welche bereits vor dem Verbot abgeschlossen worden waren, wurden annulliert.¹¹⁶⁶ Im Jahr 1789 wurde es im Zuge der Getreidesperre unter Androhung des Verlustes der Lizenz ebenfalls untersagt, Branntwein aus Roggen zu brennen.¹¹⁶⁷ In der Regel wurden entsprechende Verbote und Einschränkungen durch weitere Verordnungen ergänzt und bekräftigt.¹¹⁶⁸

Im Folgenden soll nun betrachtet werden, wie die Sperren in der Praxis durchgeführt wurden und auch welche Schwierigkeiten sich dabei ergaben. Zu einem gewissen Teil waren die Sper-

¹¹⁶³ Serenissimi gnädigste Verordnung, gegen die Ausfuhr im Harz und Weser-Districte. 19. Oktober 1770. Abgedruckt in: Braunschweigische Anzeigen. 101. Stück, 29.12.1770.

¹¹⁶⁴ Dehesselles gibt an, dass bei der Verordnung aus dem Oktober 1789 erstmals eine Beschränkung der Sperre in der Norm selbst und nicht im dazugehörigen Begleitschreiben festgelegt worden sei. S. Dehesselles, Policy. S. 75. Die Ausfuhr wurde darin in der Tat vom 18. Oktober 1789 bis zum 1. Oktober 1790 verboten. S. Verordnung 10. Oktober 1789. Allerdings wurde bereits in einer Verordnung vom 6. November 1759 die Ausfuhr des Hafers in den Distrikten Wolfenbüttel und Schöningen „von nun an bis künftige Weynachten“ untersagt. S. Verordnung 6. November 1759. Die zeitliche Begrenzung aus dem Jahr 1789 stellte also kein Novum dar.

¹¹⁶⁵ Serenissimi gnädigste Verordnung, die Ausfuhr des Kornes betreffend. 19. Oktober 1756.

¹¹⁶⁶ Serenissimi gnädigste Verordnung, gegen die Ausfuhr im Harz und Weser-Districte. 19. Oktober 1770; Serenissimi gnädigste Verordnung gegen die Ausfuhr der Kornfrüchte im Wolfenbüttelschen und Schöningischen District. 13. December 1770.

¹¹⁶⁷ Serenissimi Verordnung, die Ausfuhr des Getraides und der Hülsenfrüchte betreffend. 10. October 1789.

¹¹⁶⁸ S. dazu auch Kapitel 4.3.2.

ren kommunikativ-symbolische Akte, welche der Bevölkerung vermitteln sollten, dass die Obrigkeit sich der bestehenden Probleme bewusst war und bestrebt war diese zu lösen. Diesen Zweck erfüllten sie bereits, sobald sie einmal ausgesprochen waren. Dennoch hatten sie auch eine rein praktische Zielsetzung und sollten dafür sorgen, während einer Krise alles verfügbare Getreide im eigenen Land zu behalten. Um diesen Zweck zu erreichen, musste eine einmal verhängte Sperre natürlich auch eingehalten werden. In der Praxis waren die Sperren allerdings kaum oder nur sehr schwer zu kontrollieren.¹¹⁶⁹ Zu diesem Zweck postierte Braunschweig-Wolfenbüttel häufig Wachposten an den Grenzen, welche verhindern sollten, dass Getreide illegal ausgeführt wurde. Bestimmte Orte waren dabei besonders schwer zu sichern und bedurften besonderer Aufmerksamkeit, da sie ausgesprochen anfällig für illegale Getreideausfuhr waren. Dazu gehörten Exklaven und Grenzorten, welche zu großen Teilen von ausländischem Gebiet umgeben waren. Dominik Collet weist darauf hin, dass „Waren- und Stoffströme [...] nur in den seltensten Fällen den Grenzziehungen territorialer Herrschaft [folgten]“.¹¹⁷⁰

Dies galt auch für Exklaven beziehungsweise Grenzorte, deren sozialer und wirtschaftlicher Bezugsrahmen sich mehr an örtlicher Nähe als an der politischen Zugehörigkeit orientierte. Demensprechend wurden diese Gegenden während einer Getreidesperre vor besondere Herausforderungen gestellt und stellten für die Obrigkeiten auch eine besondere Herausforderung dar. Ein Grund dafür war, dass Bewohner:innen von Exklaven und Grenzorten in vielen Fällen bereits für einfache Geschäfte die Landesgrenzen überschreiten mussten. Ein wichtiges Thema war dabei der Gang zur Mühle. In einigen Fällen lag die nächste Mühle in einem anderen Territorium. Um ihr Getreide dort mahlen zu lassen, mussten die Menschen dieses demensprechend über die Landesgrenzen transportieren. Dies war bei herrschender Sperre aber verboten. Häufig gab es keine Ausnahmen für auswertige Mühlenbesuche, da stets der latente Verdacht bestand, diese seien nur vorgeschoben und das fragliche Getreide solle eigentlich außer Landes geschafft werden. Anne-Marie Dubler stellte für Luzern fest, dass es den dortigen Bewohnern während Teuerungen „strikte verboten war in außerkantonale Mühlen zu fahren“, um die illegale Getreideausfuhr zu verhindern.¹¹⁷¹

¹¹⁶⁹ Collet, *Empowering Interactions*. S. 375.

¹¹⁷⁰ Collet, *Katastrophe*. S. 159.

¹¹⁷¹ Dubler, Anne-Marie: *Müller und Mühlen im alten Staat Luzern. Rechts- Wirtschafts- und Sozialgeschichte des luzernischen Landmüllergewerbes 14. bis 18. Jahrhundert*. Luzern 1978. S. 72.

Auch in Braunschweig-Wolfenbüttel war der Besuch ausländischer Mühlen ein häufiger Diskussionsgegenstand während Getreidesperren. In vielen Fällen wurde der grenzüberschreitende Getreidetransport zu diesem Zweck wohl geduldet. Im November 1771 wurde dann aber doch verfügt, dass der Getreidetransport zu einer auswärtigen Mühle nur mit einem zuvor ausgestellten Pass möglich sei. In dem entsprechenden Edikt wurde die Befürchtung ausgedrückt, dass „unter solchem Vorwand aber viele Unterschleife wider Unsere gnädigste Verordnung gegen die Kornausfuhr ausser Landes ausgeübet“ werde.¹¹⁷² Um dies zu verhindern, musste sich von diesem Zeitpunkt an jeder, welcher sein Korn zum Mahlen oder Schroten zu einer Mühle außerhalb Braunschweig-Wolfenbüttels bringen wollte, einen obrigkeitlichen Pass besorgen. Auf diesem sollte die Menge und Art des Getreides, der Tag des Transportes, der Name der Mühle sowie der Name des Getreidebesitzers vermerkt werden, um einen Missbrauch möglichst zu vermeiden. Transportierte jemand sein Korn ohne einen entsprechenden Pass zu einer auswärtigen Mühle, sollte dies als Schmuggel gewertet und das Getreide einbehalten werden. Dieses Verbot unterbrach in vielen Fällen die gewohnten Wirtschaftsbeziehungen der Menschen. Aus der braunschweigischen Exklave Bodenburg, welche komplett vom Gebiet des Stifts Hildesheim umschlossen war, wurde 1772 von derartigen Problemen berichtet. Die Mühle im dortigen Dorf Oestrum, welche zu Braunschweig-Wolfenbüttel gehörte, war Anlaufpunkt für die Einwohnerschaft sowohl Bodenburgs als auch des hildesheimischen Umlandes, die dort ihr Getreide mahlen ließen.¹¹⁷³ Durch die Sperre war dies nun nicht mehr ohne weiteres möglich. Zwar konnten die Mühlenkund:innen einen obrigkeitlichen Pass beantragen, die Schließung der Grenzen griff aber dennoch empfindlich in routinierte und vertraute Handelsbeziehungen ein und beeinflusste sowohl die Bevölkerung der braunschweigischen Exklave als auch die des Umlandes.

Ein weiteres Problem von Exklaven und Grenzorten während Getreidesperren war es, dass sie gegebenenfalls fast völlig von den üblichen Handelsketten abgetrennt waren. Dies konnte sowohl den Export als auch, und dies war im Falle eines Mangels besonders kritisch, den Import von Getreide betreffen. Konnte eine Gegend den Bedarf der Einwohner:innen nicht durch die eigene Landwirtschaft decken, musste Getreide zugekauft werden. Dies geschah in vielen Fäl-

¹¹⁷² Verordnung zu auswärtigen Mühlen. 25.11.1771. NLA WO, 8 Alt Eich, Nr. 443. Bl. 23r.

¹¹⁷³ Schreiben Fürstl. Ministerii Braunschweig an Fürstl. Regierung Hildesheim. 27.02.1772. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13503. Bl. 4r-4v.

len aus dem benachbarten Ausland, da die Transportwege häufig kürzer und einfacher zu bewältigen waren als bei Kauf im weiter entfernten Inland. Das braunschweigische Amt Thedinghausen beispielsweise, „jene vor den Toren Bremens gelegene Exklave“, war vollständig von hannoverschem Gebiet umgeben.¹¹⁷⁴ Das Amt war aufgrund der Beschaffenheit der Böden nicht in der Lage, genug Korn für den Lebensunterhalt seiner Bewohner:innen zu produzieren.¹¹⁷⁵ Daher musste stets Korn zugekauft werden. Aufgrund der Entfernung war dabei eine Belieferung aus Braunschweig-Wolfenbüttel wenig lohnend, so dass aus dem umliegenden Ausland gekauft wurde. Auch im Gebiet der Nachbarn Preußen und Hildesheim lagen weitere Exklaven Braunschweig-Wolfenbüttels. Das Amt Calvörde lag komplett inmitten preußischen Gebiets, das Amt Hessen konnte lediglich durch den Hessendamm erreicht werden, welcher ebenfalls durch preußisches Gebiet führte. Von Hildesheimer Gebiet komplett umschlossen waren Bodenburg und Ölsburg.¹¹⁷⁶ Diese und andere Gegenden waren bei bestehender Kornsperrung handelstechnisch komplett isoliert, da sie nicht mehr mit den umliegenden Gebieten handeln konnten, ohne gegen die erlassenen Bestimmungen zu verstoßen. Wenn, wie im Falle von Thedinghausen, das im eignen Gebiet geerntete Korn bereits im Normalfall nicht ausreichte, um die Bevölkerung zu versorgen, verschlechterte sich die Lage nach Missernten nochmals dramatisch. Die Regierung war sich der schwierigen Lage bewusst, welche regelmäßig in entsprechenden Berichten thematisiert wurde.

Ab dem Februar 1772 befasste sich die Regierung Braunschweig-Wolfenbüttels mit einem Fall aus dem Gericht Bodenburg. Dies lag, wie bereits erwähnt, innerhalb des Gebietes des Stifts Hildesheim und bestand aus dem Flecken Bodenburg und dem Dorf Oestrum. Der dortige Müller Johann Heinrich Otte war von der Hildesheimer Regierung des Getreideschmuggels beschuldigt worden. Ihm war aufgrund dieses Vorwurfs nicht nur das fragliche Getreide, sondern auch sein Wagen mitsamt Pferd abgenommen worden.¹¹⁷⁷ Diese Strafe wollte Otte aber nicht akzeptieren und wandte sich mithilfe des Bodenburger Amtmanns Johann Christian Schumann wiederholt an die Regierung in Braunschweig, um Hilfe und Vermittlung zu erbitten. Dabei

¹¹⁷⁴ Albrecht, Landesausbau. S. 112.

¹¹⁷⁵ Hassel, Georg; Bege, Karl: Geographisch-statistische Beschreibung der Fürstenthümer Wolfenbüttel und Blanckenburg. Zweiter Band. Braunschweig 1803. S. 372-373.

¹¹⁷⁶ Vgl. Albrecht, Landesausbau. S.112-114.

¹¹⁷⁷ NLA WO, 2 Alt, Nr. 13503. Im Kapitel 3.4.4 wird dieser Fall noch ausführlicher behandelt werden. Es weist einiges darauf hin, dass der fragliche Müller tatsächlich einen schwunghaften Schleichhandel betrieb und zu Recht beschuldigt wurde. Der hier verwendeten Argumentation tut dies aber keinen Abbruch.

wurde auch mit der besonderen Situation Bodenburgs als Exklave während einer Getreidesperre argumentiert. Schuman führte aus, dass „zu allen Zeiten dieses vom Hochstift ganz umgebende Gericht inter eximenda gerechnet worden“ und die Sperre daher für Bodenburg nicht gelte.¹¹⁷⁸ Die Argumentation des Amtmannes war nicht völlig aus der Luft gegriffen. In der Tat waren für die Exklave häufig Ausnahmeregelungen getroffen worden, welche den Einwohner:innen auch während einer Sperre erlaubten, mit ihren Nachbar:innen in Hildesheim zu handeln. Dies wurde erst problematisch, als das Stift ab dem Jahr 1802 preußisch verwaltet wurde und die früheren Ausnahmen nicht mehr akzeptiert wurden.¹¹⁷⁹ Trotzdem gehörte Bodenburg offiziell zu Braunschweig-Wolfenbüttel und die Einwohner:innen mussten sich an die Sperre halten, auch wenn sie davon ausgingen nicht betroffen zu sein oder es in der Vergangenheit anders gehandhabt worden war. Auf diesen Standpunkt stellte sich auch die Hildesheimer Regierung. In ihrer Antwort an die Braunschweiger Kollegen leugneten sie nicht, dass es in der Vergangenheit Ausnahmeregelungen gegeben hatte. Dennoch bestanden sie darauf, dass „Bodenburg von der Sperre nicht ausgenommen ist, sondern zu dasigem Territorio [gemeint ist Braunschweig-Wolfenbüttel] possessoriotenus gerechnet wird.“¹¹⁸⁰

Hier wird deutlich, dass die Lage für Gebiete wie Bodenburg und dessen Einwohner:innen während Getreidesperren stets unsicher war. Selbst wenn es in der Vergangenheit Ausnahmeregelungen gegeben hatte oder der interterritoriale Getreidehandel auch während Sperren stillschweigend akzeptiert worden war, konnte sich dies jederzeit ändern. Die Menschen waren hierbei auf das Wohlwollen der jeweiligen Landesherrn angewiesen. Wenn diese, wie im Fall von Hildesheim, keine Ausnahmen mehr gelten lassen wollten, konnte ein Getreidetransport, der noch in der Vergangenheit stets straffrei geblieben war, als Schmuggel gelten und bestraft werden.

In diesem Fall argumentierte der Bodenburger Amtmann aber nicht nur mit dem alten Herkommen der Ausnahmeregelungen. Zusätzlich wurde auf die enge wirtschaftliche Verwicklung der Bodenburger und Hildesheimer Bevölkerung hingewiesen, welche durch die Sperre nun behindert werde. Durch das Wegfallen üblicher Handelsbeziehungen, würden die Menschen, welchen es durch die schlechten Ernten bereits an Korn mangle, zusätzlich belastet.

¹¹⁷⁸ Schreiben J. C. Schumann an Herzog Karl. 25.02.1772. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13503. Bl. 2r-3r.

¹¹⁷⁹ Albrecht, Landesausbau. S. 114.

¹¹⁸⁰ Schreiben Regierung Hildesheim an Regierung Braunschweig. 13.03.1772 NLA WO, 2 Alt, Nr. 13503. Bl. 6r.

Besonders die Oestrumer Mühle stellte offenbar einen wichtigen Knotenpunkt bei der Getreideversorgung der Region dar. Sowohl die Bevölkerung Braunschweig-Wolfenbüttels als auch die des hildesheimischen Umlandes ließ dort nicht nur ihr Getreide mahlen, sondern konnte dort auch Korn einkaufen, da der Müller, wie einige seiner Berufsgenossen, auch damit handelte.¹¹⁸¹ Die Regierung in Braunschweig folgte dieser Argumentation weitgehend und setzte sich in Hildesheim für den des Schmuggels beschuldigten Müller und seine Bodenburger Nachbar:innen ein. Sie betonten gegenüber ihren Hildesheimer Kollegen, wie wichtig dieser Handel besonders für diejenigen sei, welche „zu ihrer benötigten Consumtion nicht hinlänglich erndten.“ Falle diese Bezugsquelle für Getreide weg, müssten sie „verschmachten.“¹¹⁸² Hier zeigt sich ein weiteres Problem, vor welchem Exklaven und Grenzorte während einer Getreidesperre standen. Menschen, deren eigene Ernte nicht ausreichte, oder die keine Landwirtschaft betrieben, mussten Getreide zukaufen. Die Sperren erschwerten den Handel für alle Beteiligten, für Menschen in Exklaven und Grenzorten machten sie ihn in einigen Fällen aber so gut wie unmöglich, da gewohnte Handelsmöglichkeiten im Ausland wegfielen und Optionen im Inland wegen der Entfernung beziehungsweise Isolation kaum zu bewerkstelligen waren. Die Bevölkerung war in solchen Fällen darauf angewiesen, dass die eigene Regierung sie entweder mit Getreidelieferungen unterstützte oder Ausnahmeregelungen mit den Nachbarterritorien vereinbarte.

Ähnliche Schwierigkeiten hatten auch Orte, welche zwar mit dem Gebiet Braunschweig-Wolfenbüttels verbunden waren, aufgrund ihrer Grenzlage traditionell aber verstärkt mit dem Ausland handelten. So beispielsweise einige Ämter des Weserbezirks. Die Ämter Greene und Wickensen grenzten zu zwei Seiten an Hannover und Hildesheim. Im Frühjahr 1772 erreichten die Regierung in Braunschweig Berichte, dass es in den beiden Ämtern dringend an Saatgerste für die kommende Aussaat fehle. In der Vergangenheit war dies immer aus Einbeck in Hannover bezogen worden.¹¹⁸³ Bei bestehender Sperre waren häufig Ausnahmeregelungen getroffen worden, so dass die gewohnten Geschäfte zumindest in kleinen Teilen weitergehen konnten. Auch ein Jahr zuvor hatte man mit Hannover zu einer Einigung kommen können, so dass die Einwohner:innen der Ämter Wickensen und Greene im Frühjahr 1771 ihr Saatkorn aus

¹¹⁸¹ Schreiben J. C. Schumann an Herzog Karl. 25.02.1772. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13503. Bl. 2r-3r. S. zu Müllern als Getreidehändler: Dubler, Müller. S. 79-80, S. 95.

¹¹⁸² Schreiben Fürstl. Ministerii Braunschweig an Fürstl. Regierung Hildesheim. 27.02.1772. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13503. Bl. 4r-4v.

¹¹⁸³ Schreiben O. von Hoym an Herzog Karl. 29.März 1772. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13448. Bl. 93r-94r.

Einbeck erhalten konnten.¹¹⁸⁴ Doch während des Frühjahrs 1772 war dies nicht mehr möglich. Die Regierung in Hannover hielt die Sperre konsequent ein und wollte keinen Ausnahmen mehr zustimmen, wohl auch, da die Lage im eigenen Land sich verschlechtert hatte und kaum noch Kornvorräte vorhanden waren.¹¹⁸⁵ In einer ähnlichen Situation befand man sich im braunschweigischen Amt Fürstenberg. Dieses, auch Teil des Weserbezirks und im Wesertal gelegen, ragte weit in das Gebiet Hannovers und Corveys hinein und war nur zu einer Seite mit Braunschweig-Wolfenbüttel verbunden.¹¹⁸⁶ Auch in diesem Grenzamt handelten die Einwohner:innen häufig mit dem Ausland und standen aufgrund der Getreidesperre vor großen Problemen. Auch ihnen fehlte Saatgerste, welche sie gewöhnlich aus dem hannoverschen Amt Lauernförde bezogen. Auch in diesem Fall war im vorangegangenen Jahr bereits eine Ausnahme gemacht worden und den Fürstenbergern gestattet ihr Saatkorn aus dem ausländischen Nachbaramt zu beziehen.¹¹⁸⁷ Doch genau wie im Fall der Ämter Greene und Wickensen wollte die hannoversche Regierung die Ausfuhr im Jahr 1772 nicht gestatten und verweigerte, ungeachtet diverser Vermittlungsversuche aus Braunschweig, den geforderten Pass.¹¹⁸⁸ Es zeigt sich also, dass Menschen in Grenzorten und Exklaven besonders von Getreidesperren betroffen und in ihrem täglichen Leben noch stärker eingeschränkt waren als Menschen, welche in zentraleren Orten lebten. Ein Grund dafür war, dass „Waren- und Stoffströme [...] nur in den seltensten Fällen den Grenzziehungen territorialer Herrschaft [folgten]“, wie bereits zu Beginn dieses Absatzes festgestellt wurde.¹¹⁸⁹ Die vorgestellten Beispiele zeigten, dass die Betroffenen sich in der Tat bei der Wahl ihrer Handelspartner:innen nicht durch die Grenzen des eigenen Territoriums einschränkten. Räumliche Nähe und vertraute, etablierte Handelsbeziehungen zählten mehr als die Zugehörigkeit zum selben Herrschaftsbereich. Der Getreidehandel war im 18. Jahrhundert in den meisten Fällen lokal orientiert.¹¹⁹⁰ Es ist davon auszugehen, dass die Käufer:innen lieber dort kauften, wo sie es in der Vergangenheit schon getan hatten und sich dadurch bereits von der Qualität des Angebotes und der Redlichkeit der Handelnden

¹¹⁸⁴ Schreiben Regierung Hannover an Regierung Braunschweig. 26.03.1771. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13480. Bl. 9r.

¹¹⁸⁵ Schreiben Regierung Hannover an Regierung Braunschweig. 21.04.1772. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13448. Bl. 100r-100v.

¹¹⁸⁶ Hassel; Bege, Beschreibung. S. 343.

¹¹⁸⁷ Schreiben Regierung Braunschweig an Regierung Hannover. 02.04.1772. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13448. Bl. 99r.

¹¹⁸⁸ Schreiben Regierung Hannover an Regierung Braunschweig. 21.04.1772. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13448. Bl. 103r-103v.

¹¹⁸⁹ Collet, Katastrophe. S. 159.

¹¹⁹⁰ S. dazu: Achilles, Belastung. S. 64.

überzeugen konnten.¹¹⁹¹ Eine Getreidesperre bedeutete für diese Menschen also einen massiven Eingriff in ihre Handelsroutine und den, zumindest zeitweiligen, Abbruch vertrauter Geschäftsbeziehungen. In vielen Fällen fehlte es auch an Alternativen. In einer ohnehin angespannten, von Getreidemangel geprägten, Lage war es gerade für Menschen in isolierten Gebieten kaum möglich sich selbstständig mit Getreide zu versorgen. In vielen Fällen wurden die Sperren von denjenigen, die ihre gewohnten Handelsbeziehungen nicht aufgeben wollten, eigenmächtig unterwandert. Dies war mit dem Risiko verbunden, des Schmuggels beschuldigt und bestraft zu werden. Auf legalem Wege waren sie in einer derartigen Situation auf die Unterstützung durch die Landesherrschaft angewiesen, welche sich der schwierigen Lage durchaus bewusst war. In der Regel wurde versucht, mit den Regierungen der umgebenden Länder Ausnahmeregelungen zu finden, um den Betroffenen den Handel untereinander zu ermöglichen. Häufig gelang dies auch und der Handel konnte trotz Getreidesperren, zumindest eingeschränkt, fortgeführt werden. Allerdings waren die Menschen dabei stets auf das Wohlwollen der Herrschenden angewiesen und einmal ausgesprochene Erlaubnisse konnten wieder zurückgenommen oder nicht verlängert werden. Auch in einem solchen Fall blieb die Lage also ungewiss. Falls alle Bemühungen um Ausnahmeregelungen scheiterten, blieb der Regierung häufig nur noch die Möglichkeit den Exklaven und Grenzorten durch Getreidelieferungen zu helfen, um den aktuellen Lebensunterhalt der Menschen oder die nächste Ernte zu sichern. Es zeigt sich also auch, dass die Landesherrschaft sich für ihre Untertan:innen verantwortlich fühlte und sie unterstützte, was diese auch so einforderten. Collet zeigt, dass Getreidesperren auch die „Zugehörigkeit zu einer Fürsorge-Gemeinschaft“ markierten, zu der die Eingeschlossenen gehörten.¹¹⁹² Daraus folgend hatte die Bevölkerung während einer Sperre das Recht auf Unterstützung, gerade auch, weil ihnen andere Handlungsmöglichkeiten verwehrt waren.¹¹⁹³ Wie sich bereits mehrfach gezeigt hat, verhinderten Sperren den Getreidehandel also nicht vollständig. Abgesehen vom Schmuggel, gab es auch zahlreiche offizielle Ausnahmen, die es auch während den Grenzschließungen ermöglichten, legal mit Getreide zu handeln oder dieses über die Landesgrenzen zu transportieren. Dabei ging es aber stets um den Getreideexport. Falls jemand die Absicht hatte, Getreide zu importieren waren keine Ausnahmen nötig.

¹¹⁹¹ S. dazu auch: Bühler, Netzwerke. S. 81-82. Bühler geht davon aus, dass Käufer:innen sogar bereit waren einen höheren Preis zu bezahlen, um bei einem/r vertrauten Anbieter:in zu kaufen. Dies wurde dann als Investition in die Zukunft und die Beziehung verstanden und mit der Hoffnung verbunden, bei späteren Geschäften bevorzugt behandelt zu werden.

¹¹⁹² Collet, Moral economy. S. 45.

¹¹⁹³ Ebd. S. 45 u. S. 60-61. Ders., Katastrophe. S. 168-169.

In diesen Fällen wurde es gerne gesehen, dass die Sperren anderer Länder übertreten wurden. Dabei machte auch Braunschweig-Wolfenbüttel keine Ausnahme, dort wurde der Schmuggel durch den Geheimen Rat sogar gefördert, wenn er sich gegen andere Länder richtete und Getreide ins eigene Land brachte. So wurde beispielsweise der Amtmann Bartels aus Lutter am Barenberge im Jahr 1758 beauftragt, Getreide in Hildesheim anzukaufen und es über die Grenze zu bringen, obwohl in beiden Ländern Sperre herrschte. Der Geheime Rat sicherte ihm zu, im Falle einer Aufdeckung des Schmuggels alle entstehenden Kosten zu übernehmen. Der Amtmann Lambrecht gab im Jahr 1762 zu, große Mengen Getreide in Brandenburg aufgekauft und über die Grenzen geschmuggelt zu haben, was vom Geheimen Rat wohlwollend aufgenommen wurde.¹¹⁹⁴ Ebenso positiv gesehen wurde die Schmuggeltätigkeit der Kaufleute Seeliger in Wolfenbüttel, welche regelmäßig Getreide aus Preußen herausbrachten, um es im heimatischen Territorium zu verkaufen.¹¹⁹⁵ Verletzungen der Sperre wurden also lediglich geahndet, wenn es zum Nachteil des eigenen Territoriums geschah. Die Grenzen anderer Länder wurden nur bedingt geachtet, auch wenn die Transaktionen im Geheimen stattfanden, um die Beziehung zu den Nachbarn nicht zu gefährden.

Ausnahmen mussten aber für andere Fälle gemacht werden. Ein fraglicher Punkt war dabei die Frage des Zins- und Zehntkorns. Nicht alle Empfänger waren dabei Einwohner Braunschweig-Wolfenbüttels. Ein „nicht unbedeutende[r] Anteil“ braunschweigischen Zins- und Zehntkorns ging an auswärtige Berechtigte.¹¹⁹⁶ Häufig hatten diese den Anspruch von den eigentlichen Berechtigten gepachtet. Der Abtransport des Getreides, welcher unmittelbar nach der Ernte geschehen musste, war kostspielig und aufwendig. Die Verpachtung der Ansprüche wurde daher häufig als günstigste Lösung angesehen. Dabei konnten dann auch auswärtige Interessenten als Pächter auftreten.¹¹⁹⁷ Während diese Konstellation in normalen Jahren keine größeren Schwierigkeiten machte, bedurfte sie während Getreidesperren gesteigerter Aufmerksamkeit. War die Ausfuhr von Getreide verboten, musste entschieden werden, ob die Naturalabgaben das Land verlassen durften. Zumeist wurde dies gestattet. Lediglich in besonders kritischen Phasen gerieten die Ausnahmen für Zins- und Zehntkorn in den Fokus.¹¹⁹⁸ Im untersuchten Zeitraum war dies vor allem zu Beginn der 1770er Jahre der Fall. In dieser Zeit

¹¹⁹⁴ Diese beiden Beispiele finden sich bei: Albrecht, Eingriffe. S. 732.

¹¹⁹⁵ Albrecht, Absolutismus. S. 603-604.

¹¹⁹⁶ Lutterloh, Dienste. S. 23.

¹¹⁹⁷ Ebd. S. 13-15.

¹¹⁹⁸ Albrecht, Landesausbau. S. 121.

herrschte bei vielen Betroffenen große Unsicherheit über das richtige Verfahren, was sich in zahlreichen entsprechenden Anfragen an die Regierung in Braunschweig niederschlug. Im November 1770 wandten sich der Amtmann Anton August Probst und der Justiziar Christoph Andreas Teichmüller aus dem Amt Greene an den Herzog und schilderten folgendes Problem: Das Dorf Wenzeln musste jährlich je etwa 12 Malter Roggen und Hafer als Zinskorn an die Grafen von der Schulenburg entrichten.¹¹⁹⁹ Diese hatten die Berechtigung aber bereits seit einigen Jahren an einen Kaufmann aus Einbeck in Hannover verpachtet. Da nun die Zeit der Abgabe nahte, war man sich im Amt Greene nicht sicher, ob es trotz bestehender Kornsperr erlaubt sei, das fällige Getreide ins Ausland abzugeben. Den Zinspflichtigen sei daher zunächst befohlen worden, dass Korn so lange zurückzuhalten, bis eine Genehmigung aus Braunschweig vorliege.¹²⁰⁰ Dort war man aber nicht gewillt eine Ausnahme zu machen und beschied die Anfrage abschlägig. Dabei wurde auf das Prinzip des *reciprocum*, also der Gegenseitigkeit, verwiesen. Da Hannover die Ausfuhr verboten hatte und dementsprechend kein Getreide von dort nach Braunschweig-Wolfenbüttel gelange, wolle man im Gegenzug auch nicht erlauben, dass Getreide von Braunschweig-Wolfenbüttel nach Hannover gelange.¹²⁰¹ Dem Pächter des Zinsgetreides solle stattdessen der Gegenwert in Geld ausgehändigt werden.¹²⁰² Auch das Argument des Eigenbedarfs führte während dieser Zeit nicht zur Gestattung von Ausnahmen. Im Dezember 1770 bat der Kaufmann Friedrich Ludwig Harting aus Bodenwerder, einer hannoverschen Exklave inmitten braunschweigischen Gebiets, darum, das ihm zustehenden Zehntkorn, ausführen zu dürfen. Harting hatte Zehntkornansprüche von der Stadt Oldendorf und vom Amt Wickensen gepachtet. Das betreffende Getreide hatte er bereits abgeholt, ihm war vom braunschweigischen Amt Forst aber die Ausfuhr nach Bodenwerder untersagt worden. Der Kaufmann beteuerte die erlassene Sperre zu respektieren, brauche aber dringend Getreide für den eigenen Bedarf, da er sich auf die ihm zustehenden Zehnten verlassen habe.¹²⁰³

¹¹⁹⁹ Wie die Getreidemaße Himten und Wispel war auch der Malter regional sehr unterschiedlich. In Braunschweig-Wolfenbüttel war die Maßeinheit Malter weniger gebräuchlich, in der Regel wurden Getreidemengen in Wispel und Himten angegeben. Da der Berechtigte in diesem Fall in Hannover lebte, kann vermutet werden, dass von den dortigen Maßen ausgegangen wurde. Die Angaben wieviel ein Malter fasste, variieren sehr stark. Ein Handbuch für Zollbeamte aus dem 19. Jahrhundert gibt an, dass ein Malter sechs Himten entsprach. S. dazu: Schröder, Georg: Handbuch für Zollbeamte und Steuerpflichtige. Kassel 1860. S. 117.

¹²⁰⁰ Schreiben A. A. Probst und C. A. Teichmüller an Herzog Karl. 29.11.1770. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13448. Bl. 17r-17v.

¹²⁰¹ Auf das Prinzip der Gegenseitigkeit wird in Kapitel 3.3.3 näher eingegangen.

¹²⁰² Schreiben Herzog Karl an Vertreter Amt Greene. 10.12.1770. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13448. Bl. 19r.

¹²⁰³ Schreiben F. L. Harting an Herzog Karl. 20.12.1770. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13448. Bl. 20r-20v.

Diese Argumentation bewegte die braunschweigische Regierung allerdings nicht zum Einlenken. Wiederum wurde auf das Prinzip der Gegenseitigkeit verwiesen. Dem Supplikanten wurde beschieden, dass er das Getreide erst ausführen dürfe, wenn er in der Lage sei nachzuweisen, dass die hannoversche Regierung die Ausfuhr von Zehntkorn nach Braunschweig-Wolfenbüttel gestatte.¹²⁰⁴ Es zeigt sich also, dass die Abgabe von Zins- und Zehntkorn an auswärtige Berechtigte ein nicht unwichtiger Aspekt war, welcher während Getreidesperren bedacht werden musste. Häufig wurden Ausnahmen gemacht und die Ausfuhr auch während einer Sperre gestattet. Verwehrt wurde die Ausfuhr erst, wenn die Lage wirklich kritisch wurde oder die Regierung des betreffenden Landes sich unkooperativ zeigte. Im untersuchten Zeitraum war dies zu Beginn der 1770er Jahre der Fall. In diesen Jahren wurden die Bitten um Ausnahmen abschlägig beschieden, wenn sie aus einem Land kamen, dass die Ausfuhr ebenfalls nicht gestattete.¹²⁰⁵

Neben diesen umfassenden Regelungen gab es auch immer wieder einzelne Ausnahmen, die es verschiedenen Personen erlaubten, trotz bestehender Sperre, Getreide legal auszuführen. Zu diesem Zweck mussten sich die Ausfuhrwilligen direkt an die Regierung wenden und um eine Ausnahmegenehmigung bitten. Peter Albrecht stellte fest, dass es in Braunschweig-Wolfenbüttel von entscheidender Bedeutung war, aus welchem Teil des Landes die Bitten um Ausnahmen kamen. Bis 1780 wurden demnach fast nur Anträge aus dem Weserdistrikt und dem Amt Lichtenberg genehmigt.¹²⁰⁶ In späteren Jahren wurden wohl auch andere Landesteile berücksichtigt. Häufig betrafen entsprechende Gesuche die Weizenausfuhr. Dies war das einzige Überschussgetreide des Wolfenbütteler und Schöninger Distriktes, da der Weizenanbau im 18. Jahrhundert wegen der dafür zu erzielenden höheren Preise immer mehr zunahm.¹²⁰⁷ Wurde eine Anfrage gut und schlüssig begründet und konnte der Ausfuhrinteressent deutlich machen, dass eine ihm erteilte Ausnahmegenehmigung keinen Schaden für das Land bedeuten würde, erhöhte sich die Chance, dass diese erteilt wurde.

Im November 1756 schrieb der Policeymeister aus Wolfenbüttel, Georg Heinrich Koch, an die Regierung und bat um die Erlaubnis, dass der dortige Factor,¹²⁰⁸ Johann Christian Bruns, trotz

¹²⁰⁴ Schreiben Regierung Braun.-Wolf. an F. L. Harting. 07.01.1771. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13448 Bl. 23r.

¹²⁰⁵ S. dazu auch: Dehesselles, Policy. S. 81.

¹²⁰⁶ Albrecht, Landesausbau. S. 123.

¹²⁰⁷ Albrecht, Absolutismus. S. 600; Ders., Landesausbau. S. 124.

¹²⁰⁸ Faktoren waren entweder in der Position eines Geschäftsführers in einem Unternehmen beschäftigt oder hatten einen Betrieb gepachtet und agierten auf eigenes Risiko. S. dazu: Albrecht, Peter: Der Handel und Wandel – Handelstreibende. In: Märtil; Kaufhold; Leuschner (Hg.): Wirtschafts- und Sozialgeschichte. S. 674-699. Hier S. 693-694.

bestehender Sperre Weizen nach Hannover ausführen dürfe.¹²⁰⁹ Bruns betrieb seit einiger Zeit auf herzoglichen Befehl ein Steinkohlenmagazin, für das er regelmäßig Kohlen aus Hannover abholte. Diese Fahrten verband er zumeist mit der Lieferung von Weizen nach Hannover, da er ebenfalls in den Getreidehandel involviert war. Dieses lohnende Arrangement wollte der Factor trotz bestehender Sperre nicht aufgeben und bat daher über den Polizeymeister darum, eine Ausnahmegenehmigung zu erhalten. Koch argumentierte in seinem Schreiben, dass es sich um „fremdes“, also im Ausland gekauftes, Getreide handle, dem Land also nichts weggenommen werde. Dies könne vor jeder Handelsfahrt dokumentiert werden. Die Regierung ließ sich von dieser Argumentation überzeugen und erteilte die Ausnahmegenehmigung.¹²¹⁰ Allerdings wurde diese streng an die Auflage gekoppelt, dass es sich tatsächlich nur um auswärtigen Weizen handle. Die Herkunft des Getreides solle der Factor vor jeder Fahrt dokumentieren und sich entsprechende Pässe ausstellen lassen. Mitgeschickt wurde die Mahnung, sich streng an die in den Pässen dokumentiert Menge zu halten.¹²¹¹ Zudem dürfe er tatsächlich nur selbst im Ausland angekauften Weizen ausführen. Als „fremd“ gelte kein Getreide, welches er noch vorrätig habe oder welches auf dem Markt in Wolfenbüttel zu kaufen sei, auch wenn dieses ursprünglich aus dem Ausland gekommen sei.¹²¹² Die Ausfuhr wurde Bruns auch nur unter der Voraussetzung gestattet, dass dieser die Fahrten stets mit der Abholung von Steinkohle verbinde und nur so viel Korn transportiere, wie in den sonst leeren, zur Abholung des Brennmaterials benötigten, Wagen hineinpasse.¹²¹³ Diese sehr genauen, fast schon penibel wirkenden Einschränkungen zeigen, dass die Verantwortlichen sich bewusst waren, welches Einfallstor für Missbrauch derartige Ausnahmegenehmigungen boten. Daher bemühten sie sich die Ausnahmen so genau wie möglich zu beschränken und möglichst kontrollierbar zu gestalten. Solange die Gesuche aber, wie im hier dargestellten Fall, glaubhaft darlegen konnten, dass dem Land durch die erteilten Ausnahmen kein Schaden entstehe, wurde ihnen in der Regel stattgegeben.

Als letzter Sonderfall soll nun noch die Frage der Durchfuhr betrachtet werden. Unter Durchfuhr soll hier der Transport von Getreide von einem Land durch ein oder mehrere Länder hindurch zu seinem Zielort verstanden werden.¹²¹⁴ Die Durchfuhr war während Getreidesperren

¹²⁰⁹ Schreiben G. H. Koch an Herzog Karl. 18.11.1756. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13384. Bl. 132r-133r.

¹²¹⁰ Schreiben Herzog Karl an G. H. Koch. 23.11.1756. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13384. Bl. 134r-134v.

¹²¹¹ Ebd.

¹²¹² Ebd.

¹²¹³ Ebd.

¹²¹⁴ S. zum Begriff der Durchfuhr: Denzel, Außenhandel. S. 15.

in der Regel ebenfalls verboten. Im schlimmsten Fall konnte auswärts angekauftes Getreide das eigene Territorium aufgrund derartiger Durchfahrtsbeschränkungen nicht mehr erreichen, da es vom zu passierenden Land konfisziert wurde. Besonders hart trafen die Beschränkungen Länder wie Braunschweig-Wolfenbüttel, welche komplett vom Gebiet anderer Länder umschlossen waren, keinen Zugang zur Küste hatten und auswärtig angekauftes Getreide gegebenenfalls durch mehrere andere Länder transportieren mussten. In Zeiten schlechter Versorgung war das Herzogtum darauf angewiesen Getreide aus Bremen, Hamburg, Sachsen oder Anhalt anzukaufen.¹²¹⁵ In der Regel konnten die Verantwortlichen sich jedoch mit den anderen Ländern einigen, welche die Durchfuhr des benötigten Getreides dann gestatteten. Auch Braunschweig-Wolfenbüttel selbst machte im untersuchten Zeitraum zumeist Ausnahmen für die Durchfuhr fremden Getreides. In der Regel wurden für derartige Ausnahmen obrigkeitliche Pässe verlangt, nach deren Vorlage es dann aber so gut wie nie zu größeren Schwierigkeiten kam. In einigen Fällen kam es allerdings auch von Braunschweiger Seite zu einer strengen Auslegung der Durchfuhr. In den Jahren 1689/90 beispielsweise wurde versucht durchzusetzen, dass mindestens ein Viertel des fremden durchfahrenden Getreides im eigenen Land zu verbleiben habe.¹²¹⁶ Während der Getreidesperre der Jahre 1789/90 wurde von braunschweiger Seite erstmals die Durchfuhr fremden Getreides massiv eingeschränkt und in weiten Teilen sogar komplett verboten. In dem entsprechenden Edikt vom 17. November 1789 wurde der Befürchtung Ausdruck verliehen, dass unter dem Vorwand der Durchfuhr fremden Getreides „zugleich einländisches Korn, unter mancherlei heimlichen Umschlägen, mit ausgeführt werde“.¹²¹⁷ Hannover, mit dem kurz zuvor eine Handelseinigung geschlossen worden war, schloss sich dem Durchfuhrverbot an.¹²¹⁸ Abgesehen von diesen Fällen jedoch, wurden für die Getreidedurchfuhr in dem meisten Fällen Ausnahmeregelungen von den Sperren getroffen. Es zeigt sich also, dass trotz bestehender Getreidesperre zahlreiche Ausnahmen gemacht wurden. In Braunschweig-Wolfenbüttel verfuhr man dabei nach der Devise: Erlaubt war, was dem eigenen Land und der eigenen Bevölkerung nutzte, beziehungsweise dieser zumindest nicht schadete. Die Getreidesperren waren kein Selbstzweck, sondern sollten dazu dienen, die gegenwärtige und zukünftige Ernährungslage zu sichern. Wenn eine Ausnahmeregelung diesem

¹²¹⁵ Albrecht, Landesausbau. S. 116.

¹²¹⁶ Ebd. S. 121.

¹²¹⁷ Serenissimi Verordnung, gegen alle Aus- und Durchfuhr des sogenannten ausländischen Getreides aus benachbarten Territorien durch hiesige Lande nach Bremen und Hamburg. 17. November 1789. Veröffentlicht in: Braunschweigische Anzeigen. 91. Stück, 21.11.1789.

¹²¹⁸ Albrecht, Landesausbau. S. 116.

Zweck diene oder ihm nicht zuwiderliefe, wurde sie in der Regel gestattet. Ein wichtiges Prinzip beim Umgang mit anderen Ländern war allerdings auch dies der Gegenseitigkeit. Verhalten der Nachbarn wurde genau beobachtet und erwidert. Ließen diese keine Ausnahmen (mehr) zu, zeigte sich auch Braunschweig-Wolfenbüttel nicht mehr großzügig. Einmal gestattete Ausnahmen galten stets auf Widerruf und konnten auch wieder zurückgenommen werden. Die Verantwortlichen waren sich bewusst, dass alle Ausnahmeregelungen auch immer ein Einfallstor für Missbrauch waren. Daher bemühte man sich nach Kräften diese kontrollierbar zu gestalten und regelmäßig zu überprüfen. Das dies aber nicht immer lückenlos möglich war, wird allen Beteiligten bewusst gewesen sein.

Aufgrund der mühsamen Kontrolle und der diversen Schwierigkeiten, welche Getreidesperren mit sich brachten, sollten diese nicht länger als unbedingt nötig aufrechterhalten werden. Wie bei der Verhängung der Exportverbote war auch bei deren Aufhebung Vorsicht geboten. Gab man den Getreidehandel zu früh wieder frei, drohte eine übermäßige Ausfuhr in andere, noch gesperrte, Länder. Wartete man hingegen zu lange, wurde der Handel unnötig behindert.

Die Aufhebung der Sperren konnte, ebenso wie deren Verkündung, individuell gestaltet werden. Es war also durchaus möglich, die Grenzen gegenüber einem Land bereits zu öffnen, während gegen ein anderes noch gesperrt wurde. Auch die Ausfuhr einzelner Getreidesorten konnte wieder gestattet werden, während andere Sorten vom Ausfuhrverbot betroffen blieben. Ebenso war es möglich die Sperre zunächst lediglich für einzelne Landesteile aufzuheben. Da die Sperren in der Regel bis auf Widerruf ausgesprochen wurden, benötigte es einer offiziellen Aufhebung, um den Handel wieder frei gestalten zu können. Allerdings war der entsprechende Ablauf, zumindest in Braunschweig-Wolfenbüttel, offenbar wenig geklärt und es kam wiederholt zu Unklarheiten darüber, ob eine Sperre noch galt oder bereits aufgehoben sei. So wurde im Herbst 1757 ein Ausfuhrverbot erlassen, obwohl die ein Jahr zuvor ausgesprochene Sperre nie aufgehoben worden war. Auch wenige Jahre später kam es zu derartigen Missverständnissen. Obwohl die im Herbst 1760 verhängte Sperre noch in Kraft war, bat der Magistrat von Braunschweig im Frühjahr 1762 darum, die Ausfuhr verbieten zu lassen. Auch der Magistrat von Gandersheim musste 1762 daran erinnert werden, dass die Sperre noch nicht aufgehoben sei.¹²¹⁹ Zur Verwirrung könnte hier beigetragen haben, dass im März 1761 die Ausfuhr

¹²¹⁹ Ebd. S. 101-102.

von Weizen wieder erlaubt wurde, die aller anderer Getreidearten jedoch verboten blieb.¹²²⁰ Aufgehoben werden konnte eine Sperre erst, sobald die Versorgungslage sich beruhigt hatte oder es zumindest begründet Aussicht auf Besserung gab. In der Regel musste es daher eine gute Ernte gegeben haben, bevor der Handel wieder freigegeben wurde. Kleinere Länder wie Braunschweig-Wolfenbüttel waren aber auch besonders darauf angewiesen die Lage in den Nachbarterritorien zu beobachten. In den letzten Monaten der Krise der 1770er Jahre war man, nach den einschneidenden Erfahrungen der vorangegangenen Jahre, vorsichtig damit, die Sperren völlig aufzuheben, obwohl es Aussichten auf gute Ernten gab, die die Situation beruhigten. Daher wurde bei der Aufhebung der Sperren schrittweise vorgegangen. Zunächst wurde der, ohnehin nur eingeschränkt gesperrte, Handel mit Hildesheim im September 1772 nach der ersten besseren Ernte wieder völlig freigegeben, obwohl die Getreidepreise nach wie vor auf einem hohen Niveau waren.¹²²¹ Im Sommer 1773 schließlich war man dann auch bereit die Grenzen auch für andere Länder wieder zu öffnen. Dies geschah aber erst nach sorgfältiger Abwägung und nachdem man sich versichert hatte, dass auch der große Nachbar Hannover den Handel wieder freigegeben hatte.¹²²²

3.3.2 Regulieren – Getreidehandel steuern

„Veränderte Umstände veranlassen veränderte Maßregeln.“¹²²³ So beschrieb Joachim Diederich Lichtenstein das ideale Maß zwischen Freiheit und Regulation des Getreidehandels und charakterisierte damit die Getreidepolitik Braunschweig-Wolfenbüttels sehr treffend. Grundsätzlich stand das Land dem Getreidehandel positiv gegenüber, da die Verantwortlichen sich bewusst waren, dass dieser für die Versorgung des Landes elementar wichtig war. Dementsprechend wurde der Handel möglichst wenig eingeschränkt. Sobald die Getreideversorgung aber gefährdet war, gerieten der professionelle Getreidehandel und dessen Vertreter in den Fokus. Zusätzlich zum gänzlichen Verbot der Kornausfuhr gab es dabei zahlreiche weitere Möglichkeiten den Getreidehandel zu regulieren. Ebenso wie die die Sperren sollte auch eine Regulierung des Getreidehandels dazu dienen, die aktuelle und zukünftige Kornversorgung

¹²²⁰ Die wieder gestattete Ausfuhr des Weizens betreffend. 10. März 1761. Abgedruckt in: Braunschweigische Anzeigen. 25. Stück, 28.03.1761.

¹²²¹ Verordnung zur Aufhebung des Getreidesperre mit dem Stift Hildesheim. 17. September 1772. NLA WO, 8 Alt Eich, Nr. 443. Bl. 29r.

¹²²² Schreiben O. von Hoym an Herzog Karl. 02.07.1773. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13476. Bl. 158r-159r.; Circular-Rescript zur Aufhebung des Kornzuschlages. 22. Juli 1773. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13476. Bl. 160.

¹²²³ Lichtenstein, Zweifel. S. 39.

des Landes zu verbessern und somit zur Nahrungssicherheit beizutragen. Während Getreidesperren in der Regel nur während Mangel und Teuerung verhängt wurden, waren viele Getreidemärkte im 18. Jahrhundert nie gänzlich unreguliert. Natürlich nahm während einer Krise die Regulierung stark zu, doch auch in Normalzeiten gab es durchaus Eingriffe in das Handelsgeschehen. In Braunschweig-Wolfenbüttel befasste sich fast die Hälfte aller handelsregelnden Verordnungen mit dem Getreidehandel.¹²²⁴ Manfred Gailus konstatiert, allerdings für Preußen, sehr treffend, dass frühneuzeitliche Verwaltungen oftmals einen „permanenten Kampf [...] gegen die Entfaltung eines freien Getreidemarkts“ führten.¹²²⁵

Der Grund für diesen starken Regulierungsdrang lag in der elementaren Wichtigkeit des Getreides begründet. Dessen herausragende gesellschaftliche Bedeutung sowie die Rolle als wichtigster Energielieferant, ließen es notwendig erscheinen, den Handel mit Getreide unter besondere Beobachtung zu stellen, um die kontinuierliche, ausreichende Verfügbarkeit des lebensnotwendigen Guts sicherzustellen.¹²²⁶ Zudem führte ein latentes Misstrauen gegenüber Getreidehändlern und anderen getreidenahen Berufsgruppen, wie beispielsweise Müllern, dazu, dass man diese unter besondere Kontrolle stellen wollte. Am Kornhandel waren nicht nur professionelle Händler beteiligt. Ein großer Teil wurde auch von Klein- und Großproduzenten bestritten, welche ihre eigenen Erzeugnisse verkauften. Besonders Kleinproduzenten traten dabei teilweise sowohl als Käufer als auch als Verkäufer auf. Viele Regelungen sind in erster Linie auf professionelle Händler gemünzt, deren Geschäftsgebaren vielen Menschen suspekt erschien. Besonders die Besitzer und Pächter von großen Gütern, welche das dort produzierte Getreide auch verkauften, wurden von den meisten Regelungen weniger stark anvisiert als professionelle Getreidehändler, obwohl auch sie Getreidehandel im großen Umfang betrieben.

¹²²⁴ Dehesselles, *Policey*. S. 62. Diese Tendenz lässt sich ebenso für andere deutsche Staaten feststellen. Im Kurfürstentum Hannover beispielsweise machten derartige Verordnungen mehr als ein Drittel der handelspolitischen Maßnahmen aus. Ähnlich waren die Verhältnisse auch in Hildesheim oder den westlichen preußischen Provinzen. Anders sah es beispielsweise in der Grafschaft Oldenburg aus, dort spielten Verordnungen zum Getreidehandel eine weit geringere Rolle. S. dazu: Gerhard, Hans-Jürgen: *Merkantilistische Handelshemmnisse (im territorialen Vergleich) am Beispiel eines territorial relativ einheitlichen Gebietes*. In: Pohl, Hans (Hg.): *Die Auswirkungen von Zöllen und anderen Handelshemmnissen auf Wirtschaft und Gesellschaft vom Mittelalter bis zur Gegenwart*. Stuttgart 1987. S. 59-83. Hier S. 62 u. S. 66.

¹²²⁵ Gailus, Manfred: *Die Erfindung des „Korn-Juden“*. Zur Geschichte eines antijüdischen Feindbildes des 18. und frühen 19. Jahrhunderts. In: *Historische Zeitschrift* 272 (2001) S. 597-633. Hier S. 608.

¹²²⁶ Vgl. zur Wichtigkeit von Getreide in der frühneuzeitlichen Gesellschaft: Kapitel 1.1.

Die Sichtweise auf professionelle Getreidehändler war im untersuchten Zeitraum durchaus ambivalent.¹²²⁷ Einerseits trauten ihnen die Zeitgenoss:innen fast jede Schlechtigkeit zu. Ein grundlegender Vorwurf war dabei der des „Eigennutzes“, welcher konträr zum Gemeinwohl gesehen wurde. Seit dem späten Mittelalter wurde dem Handelsstand vorgeworfen, nicht zum Wohl der Gemeinschaft, sondern aus egoistischem Gewinnstreben zu handeln und der Gemeinschaft damit zu schaden.¹²²⁸ Aus Eigennutz bedienten die Händler sich laut entsprechenden Vorwürfen unlauterer Geschäftspraktiken wie Wucher, Vorkauf oder Spekulation. Nicht selten wurden Getreidehändler für Mangel und Teuerung verantwortlich gemacht, welche sie durch ebenjene Praktiken selbstsüchtig hervorrufen würden. Entsprechende Vorwürfe zogen sich durch die gesamte Frühe Neuzeit bis in das 19. Jahrhundert hinein.¹²²⁹ In einer 1773 erschienenen Abhandlung des Physiokraten und Professors für Kameralwissenschaften, Johann Philipp Breidenstein, wurden Getreideteuerungen auf „natürliche“ oder „gekünstelte“ Ursachen zurückgeführt. Während „natürliche“ Teuerungen ihre Ursache etwa in Missernten oder Kriegen hätten, würden „gekünstelte“ hingegen durch die Ränke betrügerischer und habsüchtiger Personen ausgelöst, welche durch Preissteigerung des Getreides profitieren könnten.¹²³⁰ Eine deutliche Anspielung auf Getreidehändler, welche vom Rezipient:innenkreis auch ganz klar als solche verstanden wurde. Es wird also deutlich, dass es auch in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhundert durchaus für eine reale Möglichkeit gehalten wurde, dass Getreidehändler durch ihre Machenschaften Mangel und Teuerung auslösen könnten und auch bereit waren, dies zu ihrem eigenen Vorteil zu tun. Neben dieser sehr ablehnenden Bewertung existierte aber auch ein wohlwollenderer Blick auf Getreidehändler. Theresa Becker stellt in ihrer Dissertation zum Verhältnis von Politik und Handel im 18. Jahrhundert fest, dass sich die rein

¹²²⁷ Wenn im Folgenden von Getreidehändlern die Rede ist, soll dies alle Personen einschließen, welche im untersuchten Zeitraum professionell mit Getreide handelten. Dies muss nicht bedeuten, dass die Personen sich ausschließlich mit dem Kornhandel befassten. Zudem sollen sowohl Männer als auch Frauen gemeint sein. Da im ausgewerteten Quellenmaterial aber ausschließlich Männer diesbezüglich in Erscheinung traten, wird die männliche Form verwendet.

¹²²⁸ Becker, *Commerz.* S. 89.

¹²²⁹ In Luzern wurden seit dem 15. Jahrhundert immer wieder Getreidehändler für Versorgungskrisen verantwortlich gemacht. S. dazu: Dubler, Müller. S. 85-86. Im Weserraum des 16. Jahrhunderts wurde die übermäßige Getreideausfuhr durch Händler als Grund für Mangel gesehen. S. dazu: Möller, *Beobachtungen.* S. 128. Im Nordwestdeutschland des 17. und frühen 18. Jahrhunderts wurden neben Bäckern auch Kaufleute regelmäßig für hohe Preise verantwortlich gemacht. S. dazu: Lassen, *Hungerkrisen.* S. 178. Während der Krise der 1840er Jahre wurde in der Presse darüber gestritten, ob die Teuerung durch Zwischenhändler künstlich erzeugt worden sei. S. dazu: Schaier, *Verwaltungshandeln.* S. 161-163.

¹²³⁰ Breidenstein, *Mittel.* S. 12-14.

negative Sicht auf die Berufsgruppe im 17. und 18. Jahrhundert zu wandeln begann. Zwar wurden Praktiken wie Wucher, Vorkauf und Spekulation weiterhin verurteilt, man begann aber anzuerkennen, dass es auch nützliche Formen des Handels geben könne, welche dem Gemeinwohl dienlich sein könnten.¹²³¹ Die Regulierungen des Getreidehandels bewegten sich stets in diesem Spannungsfeld. Einerseits bestand das Bedürfnis nach Kontrolle und Beschränkung der Getreidehändler, da viele Menschen ihnen nicht recht vertrauten. Andererseits waren die Verantwortlichen sich bewusst, dass die Expertise der Getreidehändler und ein florierender Handel zur Versorgung des Landes unverzichtbar waren. Demensprechend musste die Regulierung des Getreidehandels vorsichtig abgewogen werden. Wie auch die Frage nach der Anlage von öffentlichen Getreidemagazinen, rief auch die der Regulierung des Getreidehandels großes Interesse hervor, wenn auch in etwas geringerem Maße. Demensprechend erreichten die Regierung auch zu diesem Thema verschiedene Vorschläge selbsternannter oder tatsächlicher Experten, in denen diese Pläne zu einer effektiven Kontrolle des Getreidemarktes entwickelten.

Ein wichtiges Thema bei der Regulierung des Getreidehandels war die direkte oder indirekte Einflussnahme auf die Getreidepreise. Ein ausgeglichener, also weder zu hoher noch zu niedriger, Preis galt für die Verantwortlichen und viele Theoretiker als erstrebenswert. Sowohl durch zu niedrige als auch durch zu hohe Getreidepreise wurden landesherrliche und landschaftliche Abgaben gefährdet.¹²³² Joachim Diederich Lichtenstein führte in seiner Abhandlung über die Frage des freien Getreidehandels aus, dass es die Aufgabe der Policey sei, eine „weise Gleichheit“ des Getreidepreises zu erhalten.¹²³³ Sinke dieser zu stark, leide die Arbeitsmoral der Menschen und sie würden träge. Stiegen die Preise aber zu sehr in die Höhe, könnten sich viele Menschen nicht mehr selbstständig ernähren, „wodurch die Population in Verfall geräth“.¹²³⁴ Auch Heinrich Bernhard Schrader von Schliestedt betonte in seinem Magazinplan aus dem Winter 1747 die Wichtigkeit eines ausgeglichenen Kornpreises und bezeichnete es als „ein Objekt von großer Wichtigkeit“ „[d]en Korn-Preiß in seine Schranken und zu einem gemäßigten Betrag zu setzen.“¹²³⁵ Der Minister führte zusätzlich aus, dass es besonders für

¹²³¹ Becker, *Commerz.* S. 89.

¹²³² Dehesselles, *Policey.* S. 63.

¹²³³ Lichtenstein, *Zweifel.* S. 32.

¹²³⁴ *Ebd.*

¹²³⁵ Schreiben H. B. Schrader von Schliestedt. 20.12.1748. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13384. Bl. 3r-12v. Hier Bl. 9r.

ein Land wie Braunschweig-Wolfenbüttel unabdingbar sei, ausgeglichene Kornpreise zu haben, da die meisten Menschen ihre Abgaben in Korn leisteten. Daher beständen die Einkünfte des Landes hauptsächlich darin. Ein zu niedriger Kornpreis mindere also die Einnahmen des Landes. Allerdings sei auch ein zu hoher Preis nicht wünschenswert, denn dieser belaste die Menschen übermäßig, so dass sie nicht mehr in der Lage seien, ihre Abgaben zu leisten und die Einnahmen des Landes ebenso gemindert würden. Daher wurde in vielen Fällen der Versuch gemacht, mithilfe von Taxen Einfluss auf die Preise zu nehmen. Dabei ging es nicht nur um Getreidepreise, sondern um fast alle Bereiche des Handels und Handwerks. Obwohl diese Eingriffe im 17. Jahrhunderts sehr verbreitet und „verwaltungstechnisch perfekt ausgestaltet“ waren, funktionierten sie nicht langfristig.¹²³⁶ Im 18. Jahrhundert waren derartige Taxen in der Regel nur noch für Löhne und Lebensmittel üblich.¹²³⁷ In Braunschweig-Wolfenbüttel gab es bis in das späte Mittelalter häufig Preisfestsetzungen, bei denen die Marktpreise des Getreides verbindlich mit anwesenden Beamten abgesprochen wurden. Alle Marktteilnehmenden waren dann verpflichtet, sich an diese fixierten Preise zu halten. Im 18. Jahrhundert war dieses System aber bereits nicht mehr üblich, die Getreidepreise konnten frei ausgehandelt werden.¹²³⁸ Gemeinhin wurden in Braunschweig-Wolfenbüttel Preistaxen nur sehr zurückhaltend eingesetzt. Festsetzungen des Getreidepreises wurden im untersuchten Zeitraum nicht angewandt. Die regelmäßig in den *Braunschweigischen Anzeigen* veröffentlichten Preislisten waren Durchschnittspreise der verschiedenen Märkte, welche sich zwar preisregulierend auswirken konnten, aber keine bindende Wirkung hatten.¹²³⁹ Dennoch gab es durchaus entsprechende Debatten. Besonders in den 1740er Jahren wurde, im Zusammenhang mit den hohen Mehlpreisen dieser Zeit, intensiv darüber diskutiert, regulierend in die Preisgestaltung einzugreifen. Der Mehlpreis, der Herzog Karl im Verhältnis zum Kornpreis besonders hoch erschien, sollte zum Besten der Bevölkerung limitiert werden.¹²⁴⁰ Der Magistrat zu Braunschweig, nach Lösungen für das Problem befragt, lehnte eine Regulierung des Mehlpreises allerdings strikt ab. Dies sei eine unnötige Einschränkung der Händler, welche sich daraufhin entschließen könnten, überhaupt keine kleinen Mengen Mehl mehr abzugeben, zum Nachteil der ärmeren

¹²³⁶ Albrecht, Landesausbau. S. 212.

¹²³⁷ Ebd.

¹²³⁸ Achilles, Belastung. S. 50-51.

¹²³⁹ Vgl. Kapitel 2.2.

¹²⁴⁰ Schreiben Herzog Karl an Magistrat Braunschweig. 11.01.1745. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13372. Bl.2r-3r. Vgl. auch Kapitel 3.2.1.

Bevölkerung.¹²⁴¹ Auch Lichtenstein argumentierte, etwa 30 Jahre, später mit der Freiheit der Kornhändler unter denen es auch „einige christliche Herzen“ gebe, um deren „Willen [...] ein Gesetz, wie weit der höchste Preis steigen solle, noch nicht ergangen, ob es wohl wegen der letztern [gemeint sind Wucherer] ganz billig zu machen wäre.“¹²⁴²

Eine Höchstpreisfestsetzung wurde also zumeist abgelehnt, da man fürchtete, dass die Getreidehändler aus einer derartigen Beschneidung ihrer geschäftlichen Freiheit Konsequenzen ziehen und ihre Geschäfte zum Nachteil des Landes und der Bevölkerung einschränken würden. Dennoch herrschte aber weitgehend Einigkeit darüber, dass die Getreidepreise nicht völlig sich selbst überlassen werden könnten. Stattdessen wurde also versucht, indirekt Einfluss auf den Preis des Kornes zu nehmen und diesen in einem ausgeglichenen Rahmen zu halten. Im Falle des Mehlpreises wurde im Juni 1747 beschlossen, diesen enger an den aktuellen Kornpreis zu koppeln sowie das Mehl nach Gewicht und nicht nach den üblichen Hohlraummaßen zu verkaufen. Davon erhofften sich die Verantwortlichen eine Verminderung des Betrugs und dementsprechend geringere Preise ohne eine direkte Festlegung des Höchstpreises.¹²⁴³ Diese Mehltaxe wurde zumindest in Helmstedt und Braunschweig angewandt, wobei es allerdings bis 1769 dauerte, bis entsprechende Angaben in den *Braunschweigischen Anzeigen* veröffentlicht wurden.¹²⁴⁴

Eine weitere Möglichkeit Einfluss auf die Preise zu nehmen, ohne Höchstpreise zu verordnen, waren die Accisen (auch Akzisen). Diese Verbrauchsteuern wurden auf verschiedene Lebensmittel und Genussmittel erhoben.¹²⁴⁵ Mit Erhöhung oder Senkung der Abgabe konnte Einfluss auf den Endpreis des jeweiligen Produktes genommen werden. So wurde im November 1756 auf Anweisung Herzog Karls die Accise für Mehl in Braunschweig gesenkt. Mit diesem Mittel sollten die Preise für die Verbraucher:innen während der damaligen Teuerung gesenkt werden. Sobald sich die Preise erholt hatten, sollte auch die Accise wieder angehoben werden.¹²⁴⁶ Obwohl Höchstpreise für Getreide vermieden wurden, gab es in Braunschweig-Wolfenbüttel

¹²⁴¹ Schreiben Magistrat Braunschweig an Herzog Karl. 03.02.1745. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13372. Bl. 8r-25v.

¹²⁴² Lichtenstein, Zweifel. S. 13.

¹²⁴³ Schreiben an alle Ober- und Unterbeamten, Gerichtsschultheißen und Bürgermeister. 12.06.1745. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13372. Bl. 47r.

¹²⁴⁴ Albrecht, Landesausbau. S. 219.

¹²⁴⁵ Zedlers Universalllexikon definierte Accisen folgendermaßen: „eine gewisse Art Steuer oder Abgabe, so die Unterthanen ihrem Landesherrn von allen aus- und eingehenden Gütern und Eßwaaren, so sie zu ihrem nöthigen Unterhalt brauchen, entrichten müssen.“ Zedler, Johann Heinrich (Hg.): Großes Universallexikon aller Wissenschaften und Künste. Bd. 1. Halle und Leipzig 1732. S. 276.

¹²⁴⁶ Schreiben Herzog Karl an Packhaus Departement. 30.11.1756. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13394. Bl. 57r.

Höchstpreise für Brot, die so genannten Brottaxen. Taxen waren „obrigkeitliche Eingriffe in den Markt“, allerdings waren viele Taxen „weniger preisbeeinflussend als vielmehr preisbeeinflusst.“¹²⁴⁷ Dabei blieb der Brotpreis, unabhängig vom Kornpreis, immer gleich. Lediglich das Gewicht des Backwerkes wurde bei steigenden oder sinkenden Kornpreisen angepasst.¹²⁴⁸ Die Brottaxe war vermutlich die älteste Taxe Braunschweig-Wolfenbüttels. Wegen der großen emotionalen Bedeutung des Brotpreises wurde ihre Einhaltung streng überwacht und immer wieder wurden Bäcker bestraft, deren Brot zu leicht war. Die Taxe galt nicht für das gesamte Land, jede Stadt besaß ihre eigenen Werte, da man unterschiedliche Zusatzkosten, etwa für das Mahlen des Korns, oder den Kauf von Holz oder Hefe, berücksichtigen musste. Auch im Laufe der Zeit wurden die Taxen immer wieder angepasst. Taxen gab es für die verschiedensten Brot- und Gebäcksorten, auch zwischen den Mehlsorten wurde genau unterschieden sowie zwischen Stadt- und Landbrot. Die Taxen, zumindest für Braunschweig, wurden in den *Braunschweigischen Anzeigen* veröffentlicht. Für den Februar 1767 findet sich dort beispielsweise eine Tabelle, welche so unterschiedliche Backerzeugnisse wie Zwieback, Semmel, Kuchen oder Grobbrot aufführt.

¹²⁴⁷ Gerhard, Hans-Jürgen; Kaufhold, Karl Heinrich (Hg): Preise im vor- und frühindustriellen Deutschland. Nahrungsmittel-Getränke-Gewürze Rohstoffe und Gewerbeprodukte. Stuttgart 2001. S. 36-37.

¹²⁴⁸ S. dazu Albrecht, Landesausbau. S. 212-219.

Brodttare.

In Braunsch. auf den Monat Febr. 1767

Weizen à Hpt. 30 ge.		℔. Lot. Q.	
Von Pfennigmehl.			
Ein 2 Q.	Zwieback	-	7 -
Ein 2 Q.	Pfennigbrod	-	7 -
Ein 7 Q.	Niegesemmel	-	28 -
Ein 4 Q.	übergeschnitten Brod	-	14 -
- 8 Q.	—	—	28 -
- 12 Q.	—	—	1 10 -

Von Semmelmehl.		℔. Lot. Q.	
Eine 1 Q.	Semmel	-	5 -
Ein 2 Q.	Kuchen oder Luffe	-	10 1
- 4 Q.	—	-	20 3
- 8 Q.	—	-	1 9 2
- 12 Q.	—	-	1 30 1

Kocken à Hpt. 21 ge.

Von Loosmehl.		℔. Lot. Q.	
Ein 2 Q.	Klarbrod	-	10 2
- 4 Q.	—	-	21 -
- 8 Q.	—	-	1 10 1
- 12 Q.	—	-	1 31 1

Von Seilbackenmehl.		℔. Lot. Q.	
Ein 4 Q.	Mittelbrod	-	26 1
- 1 mge.	—	-	1 20 3
- 2 mge.	—	-	3 9 2
- 3 mge.	—	-	4 30 1
- 4 mge.	—	-	6 19 -

Von grobem Mehl.		℔. Lot. Q.	
Ein 1 mge.	Grobbrod	-	31 2
- 2 mge.	—	-	3 31 -
- 3 mge.	—	-	5 30 2
- 4 mge.	—	-	7 30 -

Abbildung 19: Braunschweiger Brottaxe für Februar 1767 in den Braunschweigischen Anzeigen vom 31.01.1767.

Die Brottaxen sollten die Brotpreise stabil halten und Preissicherheit für die Verbraucher:innen bieten. Ein Stück weit taten sie dies auch und „schwächte[n] [...] die Preisdynamik in geringem Maße ab.“¹²⁴⁹ Allerdings stellte das mit steigenden Getreidepreisen schrumpfende Gewicht der Brote die Verbrauchenden vor große Probleme, auch wenn sich der Preis des Erzeugnisses nicht veränderte. So wog in Braunschweig ein Roggenbrod für einen Mariengroschen im Jahr 1751, einem Jahr mit eher moderaten Getreidepreisen, ein Pfund und 18 Loth. In den Jahren 1762 und 1772, Jahren mit hohen Getreidepreisen, bekamen die Käufer:innen für einen Mariengroschen nur noch 17 beziehungsweise 22 Loth Roggenbrod.¹²⁵⁰ Ähnliche Werte existieren auch für andere Länder, in denen es ebenfalls Brottaxen gab. In Baden-Dur-

¹²⁴⁹ Zimmermann, Noth. S. 113.

¹²⁵⁰ Die Werte stammen aus: Gerhard; Kaufhold, Preise/Nahrungsmittel. S. 132.

lach beispielweise wog ein Brotlaib für fünf Kreuzer im Sommer 1771 lediglich 31 Loth, während in normalen Zeiten für diesen Preis 74 Loth Brot zu haben waren.¹²⁵¹ Es zeigt sich also, dass, obwohl die Brottaxen den Brotpreis stabil hielten, dies wohl eher symbolischer Natur war und, zumindest in Krisenzeiten, nur wenig zur Nahrungssicherheit beitragen konnte. Auch wenn die Menschen sich darauf verlassen konnten, stets den gleichen Preis für ein Brot zu zahlen, schwankte dessen Gewicht so massiv, dass in teuren Zeiten ein Vielfaches mehr bezahlt werden musste, um die benötigte Menge Brot zu erhalten. Die Taxen beeinflussten den Getreidepreis nicht, sondern wurden von diesem beeinflusst.

Neben diesen Versuchen die Preise für Getreide, Mehl und Brot zu beeinflussen wurde auch die Art und Weise des Kornkaufes reguliert. Ein durchgehend präsent Thema bei der Frage des Getreidehandels war dabei der so genannte Fürkauf (auch Vorkauf oder Aufkauf).¹²⁵² Der Fürkauf bezeichnete einen Handel außerhalb der erlaubten Zeiten und Orte. Im 16. Jahrhundert wurde noch jeder Handel so bezeichnet „der die Marktrechte der Städte umging oder fiskalische Interessen des Fürsten (Zölle, Regalien) verletzte.“¹²⁵³ Bis ins 18. Jahrhundert wurde der Tatbestand weiter präzisiert: In der Regel wurde damit ein Geschäft beschrieben, bei dem Getreide außerhalb des Marktes oder noch vor dessen Beginn verkauft wurden. Zumeist wurde ein Handel auch dann als Fürkauf bezeichnet, wenn er „außerhalb der Stadtmauern, aber innerhalb der städtischen Bannmeile, in der der städtische Marktzwang galt,“ stattfand.¹²⁵⁴ Verordnungen gegen den Fürkauf lassen sich immer wieder nachweisen. Besonders während Krisen intensivierten sich die Bestrebungen gegen die verpönte Praxis. Chantal Camenisch zeigte am Beispiel der Stadt Bern auf, dass die meisten Fürkaufsverbote im zeitlichen Zusammenhang mit Teuerungsjahren standen.¹²⁵⁵ Der Fürkauf wurde sowohl von Obrigkeiten als auch von großen Teilen der Bevölkerung, besonders der Stadtbevölkerung, abgelehnt. Der Hintergrund war, dass das Getreide so nicht auf den regulären Markt gelangte, sondern vom Produzierenden direkt an Kaufinteressierte abgegeben wurde, welche es weiterveräußern konnten wo sie wollten, gegebenenfalls sogar im Ausland. Das Angebot auf dem Markt

¹²⁵¹ Zimmermann, Noth. S. 113.

¹²⁵² Zum besseren Verständnis werde ich durchgehend den Begriff Fürkauf bzw. Fürkäufer verwenden, wenn es sich um die oben beschriebene Praktik handelt, auch wenn in den entsprechenden Quellen teilweise andere Begriffe genannt werden.

¹²⁵³ Abel, Massenarmut. S. 86.

¹²⁵⁴ Lassen, Hungerkrisen. S. 153.

¹²⁵⁵ Camenisch, Chantal: Wider den verderblichen Fürkauf. Spekulation auf Getreidepreise und obrigkeitliche Massnahmen gegen diese Praxis in der Stadt und Republik Bern, 1480-1750. In: *Traverse: Zeitschrift für Geschichte*. 24/3 (2017). S. 35-50. Hier S. 35.

wurde somit geschmälert und es wurde befürchtet, dass die Preise dadurch ansteigen könnten. Auch ein Verkauf an Zwischenhändler, welche das Getreide dann selbst auf dem Markt anboten, wurde als nachteilig angesehen. Durch den Schritt über den Zwischenhändler, welcher auch Profit machen wollte, wurde ebenfalls eine Preissteigerung befürchtet.¹²⁵⁶ Dementsprechend waren Fürkäufer besonders bei den Stadtbewohner:innen verhasst, da diese für ihre Lebensmittelversorgung auf die städtischen Märkte angewiesen waren und eine Verknappung des Angebots sowie Preissteigerungen sie direkt betrafen. Vor dem Hintergrund der Krise zu Beginn der 1770er Jahre und den damit einhergehenden Preissteigerungen ließ der bayerische Kurfürst beispielsweise die Städte befragen, wie der Fürkauf die Märkte beeinflusse. Der Großteil der Befragten gab an, den Fürkauf und andere illegale Formen des Handels für die Teuerung und den Niedergang der Märkte verantwortlich zu sehen.¹²⁵⁷ Bei kornproduzierenden Bäuerinnen und Bauern hingegen waren die Fürkäufer in vielen Fällen gerne gesehene Gäste. Die Zwischenhändler kauften die gefragte Ware direkt am Ort der Produktion oder auf dem Weg in die Stadt auf und ersparten den Produzierenden damit den Transport zum städtischen Markt und den dortigen Verkauf und damit viel Zeit und Mühe.¹²⁵⁸ Die Möglichkeit ihr Getreide nicht in die Stadt bringen zu müssen, sondern es direkt an Fürkäufer zu verkaufen, stärkte zudem die Verhandlungsposition der Landbevölkerung. So ist es aus verschiedenen oberbayerischen Städten überliefert, dass die Landwirt:innen bei Preisverhandlungen auf den städtischen Märkten „trotzig“ angaben, dann mit ihrem Getreide nicht mehr in die Städte zu kommen, sondern direkt an Fürkäufer zu verkaufen, da diese ihnen sogar bessere Preise zahlen würden.¹²⁵⁹ Aus der Sicht der kleineren Kornproduzierenden war es also vollkommen nachvollziehbar, ihr Getreide an die Fürkäufer abzugeben. Allerdings wurde es wiederholt deutlich, dass die Städte, besonders die großen Städte, Vorrang in Fragen der Getreideversorgung besaßen.¹²⁶⁰ Dementsprechend wurden zahlreiche Bemühungen unternommen, den Fürkauf möglichst zu unterbinden, zum Vorteil der kornkaufenden Stadtbevölkerung und häufig zum Nachteil der kornproduzierenden Landbevölkerung.

In Braunschweig-Wolfenbüttel befasste man sich während des gesamten Untersuchungszeitraumes immer wieder mit dem Problem des Fürkaufs. „Das Begründungsspektrum erweiterte

¹²⁵⁶ Dehesselles, Policey. S. 62.

¹²⁵⁷ Hoffmann, Carl A.: Landesherrliche Städte und Märkte im 17. und 18. Jahrhundert. Studien zu ihrer ökonomischen, rechtlichen und sozialen Entwicklung in Oberbayern. Kallmünz Obf. 1997. S. 285

¹²⁵⁸ S. dazu: Lassen, Hungerkrisen. S. 180. Auch Abel, Massenarmut. S. 236.

¹²⁵⁹ Hoffmann, Städte. S. 286.

¹²⁶⁰ Auch öffentliche Magazine wurden zumeist nur für die größeren Städte eingerichtet. Vgl. dazu Kapitel 3.2.

oder veränderte sich [allerdings] nicht, es wurde konstant verboten und wiederholt.“¹²⁶¹ Im April 1748 entwarf die Regierung zum wiederholten Mal eine Verordnung gegen die den Fürkauf.¹²⁶² In der vorangegangenen Zeit war aufgefallen, dass „auf den nechsten Dörfern“, „vor den hiesigen Thoren“ oder „wol gar in den Vorstädten“ Geschäfte gemacht wurden, welche den Marktregeln entgegenliefen. Korn und andere Nahrungsmittel, aber auch sonstige Güter des täglichen Bedarfs wie Holz, Stroh oder Heu würden „von eigennützigem Einwohnern“ „weg gekauft“. Da dieser „unerlaubte[.] Handel einem wirklichen Vorkauf in der Stadt gleich schädlich“ sei, wurde er somit streng verboten. Bei Zuwiderhandlung wurde die Konfiskation der betreffenden Ware sowie eine Geldstrafe angedroht, sowohl für die verkaufende als auch für die ankaufende Partei. Erlaubt war der Fürkauf allerdings auch zuvor nicht gewesen. Die Verordnung, welche im August 1748 in Kraft trat, bezog sich auf vorangegangene Erlasse aus den Jahren 1719, 1725 sowie 1740, die allesamt das Verbot des Fürkaufs zum Inhalt hatten. An dieser Verordnung werden mehrere Aspekte des Kampfes gegen die unerwünschte Praxis deutlich. In Braunschweig-Wolfenbüttel galt offenbar nur als „wirklicher Vorkauf“ was innerhalb der Stadt geschah. Die hier geschilderten Vorfälle ereigneten sich aber im näheren Umkreis der Stadt und galten daher offenbar nicht im eigentlichen Sinn als Fürkauf. Dies scheint aber nur eine semantische Unterscheidung gewesen zu sein, da die Vorfälle außerhalb der Stadt dennoch zum Anlass genommen wurden, den Fürkauf erneut zu verbieten. Auch die dafür ausgesetzten Strafen behandelten die Taten als Fürkauf. So galt es wohl offiziell nur als Fürkauf, wenn Geschäfte innerhalb der Stadt, aber außerhalb des Marktes abgeschlossen wurden. Nichtsdestotrotz wurden auch marktwidrige Geschäfte im Umkreis der Stadt verfolgt und verboten. Darüber hinaus wird deutlich, wie hartnäckig sich die Praxis des Fürkaufs hielt. Auch Peter Albrecht wies bereits auf die bemerkenswerte Frequenz hin, mit der das Verbot in Braunschweig-Wolfenbüttel wiederholt werden musste.¹²⁶³ Dies zeigt sich auch in der hier beispielhaft aufgezeigten Verordnung, in der sich auf drei vorangegangene Verbote der letzten 30 Jahre bezogen wurde. Anders als beispielsweise die Sperrungen wurden die Fürkaufverbote nicht wieder aufgehoben, die Praxis blieb durchgehend untersagt. Dennoch wurden

¹²⁶¹ Dehesselles, *Policey*. S. 78-79.

¹²⁶² Entwurf zu einer Verordnung zum Verbot des Fürkaufs. 08.04.1748. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13384. Bl. 16r-17v. Die folgenden Zitate stammen alle aus diesem Schriftstück.

¹²⁶³ Albrecht, *Landesausbau*. S. 127-128. Hier findet sich auch eine Auflistung aller entsprechenden Edikte von 1597 bis 1805.

die Verbote im Abstand von wenigen Jahren kontinuierlich erneuert beziehungsweise wiederholt. Dies lässt darauf schließen, dass die Wirksamkeit der Verordnungen sehr begrenzt war und der Fürkauf weiter betrieben wurde. Einige Menschen waren also offenbar sehr interessiert daran, Getreidehandel auf diese Weise zu betreiben und dies betraf wohl nicht nur Kaufleute. Obwohl viele Fürkaufverbote speziell auf professionelle Getreidehändler gemünzt waren, waren wohl auch zahlreiche Privatpersonen davon betroffen. In gewisser Hinsicht zeigt sich hier auch ein Konflikt zwischen den Interessen und Bedürfnissen der Stadt- und denen der Landbevölkerung. Die geschilderten Begebenheiten ereigneten sich vor den Stadttoren, in den umliegenden Dörfern und den Vorstädten. Wie bereits gezeigt wurde, waren die Städter:innen an einem reichhaltigen und günstigen Getreideangebot auf den städtischen Märkten interessiert und hatten daher das Bedürfnis, dass das Korn aus den umliegenden Landschaften ohne Zwischenhändler auf den städtischen Märkten angeboten wurde. Die Landbewohner:innen hingegen begrüßten es, wenn ihnen ihre Ware durch Zwischenhändler bereits vor der Stadt abgekauft wurde und ihnen dadurch Zeit und Mühe erspart wurde. Regelmäßig wurden aber die Bedürfnisse der Stadtbevölkerung vor denen der Landbevölkerung privilegiert und der Fürkauf daher immer wieder verboten. Ein gewisses Einlenken seitens der Landesregierung zeigte sich in einer Verordnung aus dem Jahr 1764: In dieser wurde es mit einer Konzession versehenen Kornhändlern unter gewissen Voraussetzungen gestattet, Fürkauf auf dem Land zu betreiben, wenn sich dieses mindestens eine Meile von Braunschweig entfernt befände. Allerdings standen auch in diesem Fall die Bedürfnisse der Landbevölkerung hinter denen der Stadtbevölkerung zurück: Die Erlaubnis wurde damit begründet, auf diese Weise das Angebot in den Städten erhöhen zu wollen, da die Bauern bei zu großer Entfernung zu wenig Getreide in die Stadt lieferten.¹²⁶⁴ Nichtsdestotrotz machte sich wohl kaum einer der Beteiligten Illusionen darüber, dass die Praxis des Fürkaufs durch eine weitere Verordnung endgültig beendet werden könne. Wiederkehrend wurden Verordnungen und Ermahnungen gegen den Fürkauf erlassen, da dieser offenbar nicht einzudämmen war. So wurde im Dezember 1757 eine Verordnung in den *Braunschweigischen Anzeigen* veröffentlicht, in der „alle Unsere Unterthanen [...] nochmalen gnädigst erinnert und befehligt [wurden], kein Korn und keine Fourage an Vorkäufer zu verkaufen.“¹²⁶⁵ Doch auch diese Ermahnung hatte offenbar

¹²⁶⁴ S. dazu: Dehesselles, *Policey*, S. 80.

¹²⁶⁵ Serenissimi gnädigste Verordnung, den Verkauf des Getraides und der Fourage betreffend. 3. Dezember 1757. Veröffentlicht in: *Braunschweigische Anzeigen*. 101. Stück, 17.12.1757.

keine große oder zumindest keine langfristige Wirkung. Auch im Jahr 1760 befasste sich die Regierung erneut mit der Thematik und sicherte dem Magistrat von Braunschweig, der sich über das Geschäftsgebaren der Kaufmannschaft beschwert hatte, zu, etwas gegen den Fürkauf zu unternehmen.¹²⁶⁶

Die Krise der 1770er Jahre brachte erhöhte Aktivität im Kampf gegen den Fürkauf mit sich. Nachdem verschiedene Ermahnungen offenbar nicht zum erhofften Ziel geführt hatten, wurde im November 1771 eine weitere Verordnung zum Kornverkauf in Braunschweig erlassen. Dort wurden alle Getreideverkäufer aufgefordert, ihre Ware in jedem Fall auf die städtischen Märkte zu bringen und es „nirgends als auf den gedachten vier Plätzen“ zu verkaufen.¹²⁶⁷ Bei Zuwiderhandlung wurde Fürkäufern nun nicht mehr nur die Konfiskation der Ware sowie Geldstrafe, sondern auch eine Leibstrafe angedroht. In das Verbot inkludiert wurden auch Kaufabsprachen außerhalb der offiziellen Marktplätze. Da man sich offenbar bewusst war, dass den unerwünschten Geschäftspraktiken durch die reine Strafandrohung nicht beizukommen war, bot man den Verkaufswilligen einen weiteren Anreiz: Sie erhielten die Garantie, dass alles Getreide, welches sie bis zum Mittag nicht verkaufen konnten, ihnen „gegen baare Bezahlung des Marktpreises“ abgenommen und in ein öffentliches Magazin gebracht werde.¹²⁶⁸ Doch auch in den nachfolgenden Jahren musste die Regierung sich immer wieder mit der Problematik des Fürkaufs befassen, welcher offenbar weder durch Verbote, Strafen oder Anreize einzudämmen war.

Eng verbunden mit der Thematik des Fürkaufs war die generelle Regulierung der Getreidemärkte und besonders der dortigen Rolle der professionellen Kornhändler. Da der Wochenmarkt eine große Bedeutung bei der städtischen Kornversorgung besaß, galten für diesen zahlreiche Regelungen.¹²⁶⁹ Ebenso wie die Frage des Fürkaufs erfuhr auch diese Thematik nicht nur während Versorgungskrisen und Getreideteuerungen Aufmerksamkeit, wobei sich die entsprechenden Aktivitäten während solcher Zeiten natürlich steigerten. Um die zahlreichen Regulierungen im Binnenhandel durchsetzen zu können, musste der Kornhandel möglichst öffentlich und transparent stattfinden. Alle Transaktionen mussten somit auf dem Wochenmarkt geschehen. Der Marktzwang war ein wichtiges Instrument obrigkeitlicher Kontrolle.

¹²⁶⁶ Schreiben Magistrat Braunschweig an Herzog Karl. 17.10.1760. Antwortschreiben vom 21.10. 1760. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13394. Bl. 90r-92v.; Bl. 94r.

¹²⁶⁷ Serenissimi gnädigste Verordnung den Korn Verkauf in der Stadt Braunschweig betreffend. 30. November 1771. NLA WO, 8 Alt Eich, Nr. 443. Bl. 24r-25v.

¹²⁶⁸ Ebd. Bl. 25v.

¹²⁶⁹ Vgl. zur wichtigen Rolle des Wochenmarktes: Achilles; Belastung: S. 64.

Durch diesen konnte zum einen das Marktgeschehen auf seine Rechtmäßigkeit hin kontrolliert werden. Auch die Feststellung der aktuellen Kornpreise und die daraus folgenden Brottaxen konnte so sichergestellt werden. Zum anderen wurde so auch die Einhaltung der verschiedenen Abgaben garantiert. Besonders in Mangelzeiten sollte mithilfe des Marktzwangs auch sichergestellt werden, dass die Bevölkerung sich mit Getreide versorgen konnte. Demensprechend sollten große Ankäufe von Getreidehändlern, hinter denen man Spekulation vermutete, verhindert werden.¹²⁷⁰ Demnach wurde mit den Regulierungen des Wochenmarktes auf das Kaufverhalten professionellen Händler abgezielt und nicht auf das der privaten Getreidekäufer:innen, welche vor den gewerbsmäßigen Ankäufern geschützt werden sollten.

Vor diesem Hintergrund wurde also das Marktgeschehen auch in Braunschweig-Wolfenbüttel reguliert. Während des gesamten Untersuchungszeitraums gab es immer wieder entsprechende Debatten und Vorstöße. Ähnlich wie bei der Planung öffentlicher Magazine, wenn auch in deutlich geringerem Maße, meldeten sich auch zur Regulierung des Getreidebinnenhandels regelmäßig selbsternannte Experten zu Wort und stellten Pläne vor. Im Herbst 1756 erreichte die Regierung ein Schreiben zur „Regulierung des Korn Ein- und Verkaufs“.¹²⁷¹ Ziel des Autors war es, den Kornhandel, der bekanntermaßen „vielen Mängeln unterworfen sey“, zu verbessern.¹²⁷² Er beklagt den großen Zeitaufwand und die Unsicherheit, den ein Korneinkauf für die Stadtbürger bedeute. Selbst wenn sie den ganzen Tag auf dem Markt verbrächten und dabei ihre Arbeit versäumten, sei nicht gesagt, dass sie nicht dennoch unverrichteter Dinge nach Hause gehen müssten. Dies liege unter anderem daran, dass große Mengen Korn überhaupt nicht an den Stadtmärkten ankämen, sondern stattdessen bereits vor den Toren oder in Seitengassen verkauft würden. Das Angebot auf den Märkten sei also sehr begrenzt. Aufgrund dieses Mangels könne es sich niemand mehr leisten, die Qualität des angebotenen Getreides zu prüfen oder gar anzuzweifeln, da jeder erleichtert sei, wenn überhaupt etwas zu kaufen sei. Infolgedessen finde sich immer mehr mangelhaftes Korn zu überhöhten Preisen auf den städtischen Märkten.¹²⁷³ Diesen Missständen könne auch durch die bestehenden Gesetze und Verordnungen nicht abgeholfen werden, da diese keine oder nicht genug Wirkung

¹²⁷⁰ S. dazu: Graber, Marktsteuerung. S. 130-131; Albrecht, Landesausbau. S. 128; Achilles, Belastung. S. 51-52.

¹²⁷¹ Schreiben an Regierung Braunschweig. 09.10.1756. NLA WO 2 Alt Nr. 13394. Bl. 32r-37v. Zum Urheber dieses Schreibens liegen neben dem Namen „Bielstein“ keine weiteren Informationen vor. Eventuell handelte es sich um einen in den Akten stets als „Syndikus Bielstein“ bezeichneten Mann, der in den 1750er und 1760er Jahren mit der Abfassung neuer Gildeartikel beauftragt war und dort mit J. D. Lichtenstein zusammenarbeitete.

¹²⁷² Schreiben an Regierung Braunschweig. 09.10.1756. NLA WO 2 Alt Nr. 13394. Bl. 32r-37v.

¹²⁷³ Ebd.

zeigten. So führe die Regelung, professionelle Händler erst ab 10 Uhr morgens zuzulassen, beispielsweise keineswegs dazu, dass das Angebot für die Privatleute verbessert werde und der Marktzwang werde von allen Beteiligten regelmäßig umgangen.¹²⁷⁴ Eine Lösung für die verschiedenen Probleme des inländischen Getreidehandels glaubte der Autor des Schreibens beim Blick in das antike Rom zu erkennen, welches in Fragen der Getreideversorgung als Vorbild herausgestellt wurde. Dort habe man, als „eine große Theuerung entstand, und das Volk fast hungers sterben mußte“ Mittel ersonnen, um die Getreideversorgung zu verbessern.¹²⁷⁵ Zwar habe man in Braunschweig, anders als im alten Rom, keine kornreichen Provinzen zur Versorgung der Kernlande zur Verfügung, könne sich aber trotzdem ein Beispiel an der Regelung des Kornhandels nehmen. Der Autor des Schreibens schlug vor, alle Getreidetransaktionen in der Stadt genau zu protokollieren. Es müsse schon an den Stadttoren festgehalten werden, wer wieviel und welcherart Getreide in die Stadt bringe. Auch jeder Verkauf müsse mit Namen, Menge, Preis, Ort und Getreideart schriftlich festgehalten werden. Entsprechende Formulare hatte der Autor bereits handschriftlich entworfen und seinem Schreiben beigelegt. Plätze außerhalb der offiziellen Märkte müssten sorgfältig kontrolliert werden, um den Marktregeln zuwiderlaufende Transaktionen verhindern zu können.¹²⁷⁶

An diesem Beispiel wird deutlich, dass die Regulierung des Getreidehandels auf den Wochenmärkten ein Thema war, welches ähnlich wie die öffentlichen Magazine, großes Interesse hervorrief. Offenbar wurde der Getreidebinnenhandel als äußerst wichtig für die Sicherung der Ernährungslage des Landes betrachtet, so dass sich auch Außenstehende bemüßigt fühlten entsprechende Pläne zu entwerfen. Die Bezugnahme aufs alte Rom zeigt, dass die *Annona* immer noch als Positivbeispiel für eine gelungene Getreideversorgung und als Handlungsvorbild für Herrschende galt. Dabei wurde aber explizit nur auf das Modell der Antike referiert, die zeitgenössische *Annona* des 18. Jahrhunderts wurde nicht als nachahmenswerte Institution gesehen.¹²⁷⁷ Bei den Verantwortlichen stieß der Plan aber offenbar auf wenig Begeisterung, brachte dieser doch kaum wirkliche Lösungen hervor und erforderte dafür umso mehr Schreibearbeit und Kontrolle. Das Schreiben wurde dementsprechend „Ad Acta“ gelegt.

¹²⁷⁴ Ebd. Bl. 34v-35r.

¹²⁷⁵ Ebd. Bl. 32r.

¹²⁷⁶ Ebd. Bl. 36r-37v.

¹²⁷⁷ Tatsächlich funktionierte die *Annona* laut Volker Reinhardt seit den 1760er Jahren, vor allem seit dem Jahr 1763, immer schlechter. Der Getreidebedarf Roms konnte nur noch über teure, letztendlich unbezahlbare, Importe gedeckt werden. Reinhardt, *Überleben*. S. 370-371.

Eine wichtige Maßnahme zur Regulierung des Getreidehandels auf den Märkten war die zeitliche Begrenzung der professionellen Händler, auf die auch im soeben vorgestellten Plan Bezug genommen wurde. Diese durften in Braunschweig erst ab 10 Uhr morgens Getreide kaufen. Diese Praxis fand sich auch in verschiedenen anderen Städten, auch außerhalb Braunschweig-Wolfenbüttels. So durften kommerzielle Händler in Bern erst nach einer Frist von zwei Stunden auf dem Markt einkaufen und mussten das nehmen, was die privaten Käufer:innen übriggelassen hatten.¹²⁷⁸ Auf diese Weise hoffte man sicherzustellen, dass die privaten Kaufinteressierten sich bis zu dieser Zeit bereits mit ihrem benötigten Getreide versorgt hätten. Die Händler, welche oftmals mit besseren Verbindungen und reichhaltigeren finanziellen Mitteln ausgestattet waren, hätten gegebenenfalls die besten Angebote für sich reklamieren oder gar alle Vorräte wegkaufen können. Häufig galt dieses Verbot auch für Bäcker, Brauer und Branntweinbrenner, also prinzipiell für diejenigen, welche das Getreide nicht für den eigenen Konsum kaufen wollten. Offenbar hielten sich aber viele Getreidehändler nicht an dieses Verbot und kauften bereits vor der erlaubten Uhrzeit. Vor allem in den 1780er Jahren erschienen verschiedentlich Warnungen in den *Braunschweigischen Anzeigen*, aus denen hervorging, dass es wiederholt Beschwerden über die Nichteinhaltung der vorgegebenen Zeiten seitens der Händler gegeben habe.¹²⁷⁹ Unter Androhung einer Strafe von fünf Talern für jeden Verstoß, wurde das Verbot für Kornhändler vor 10 Uhr Getreide zu kaufen erneuert.¹²⁸⁰ Doch ebenso wie der Fürkauf erwies sich auch diese Praxis als sehr hartnäckig. Da die erste Ermahnung aus dem Jahr 1782 wohl nicht zum verhofften Erfolg geführt hatte, wurde im Januar 1786 erneut auf die Zeitbegrenzung verwiesen. Hierbei nun bereits unter Androhung einer Strafe von 20 Talern.¹²⁸¹ Im Herbst 1789 wurde den Händlern der Ankauf von Korn auf dem Wochenmarkt sogar gänzlich verboten.¹²⁸² Dies geschah allerdings wohl vor dem Hintergrund der damaligen Preissteigerungen und des allgemeinen Mangels und galt nur für eine gewisse Zeit. Bei der Regulierung der Wochenmärkte zeigt sich insgesamt ein sorgfältiges Abwägen zwischen einem zu hohen und einem zu niedrigen Maß an Eingriffen. So bemühte man sich zwar die Aktivitäten professioneller Getreidehändler zum Schutz der Bevölkerung einzuschränken,

¹²⁷⁸ Camenisch, Fürkauf. S. 40.

¹²⁷⁹ Avertissement auf der Titelseite der Braunschweigischen Anzeigen. 98. Stück, 14.12.1782.

¹²⁸⁰ Ebd.

¹²⁸¹ Avertissement auf der Titelseite der Braunschweigischen Anzeigen. 3. Stück, 11.01.1786.

¹²⁸² Avertissement auf der Titelseite der Braunschweigischen Anzeigen. 84. Stück, 28.10.1789.

schloss sie aber bis auf vereinzelte Ausnahmen nie gänzlich aus. Auch die grundsätzliche Bevorzugung der Städter:innen in Fragen der Getreideversorgung galt nicht in allen Fällen für die Wochenmärkte. So beschwerten sich die Vertreter der Stadt Wolfenbüttel im Frühjahr 1773 beim Herzog wiederholt darüber, dass Einwohner:innen der umliegenden Dörfer die Erlaubnis erhalten hätten, Saatkorn auf dem städtischen Markt zu kaufen. Die Wolfenbütteler befürchteten, dass diese Erlaubnis ausgenutzt werden könne, die Landbevölkerung nun regelmäßig auf dem Markt einkaufen und so das Angebot für die Städter:innen verringern und die Getreidepreise in die Höhe treiben würden. Die Beschwerdeführer bestanden auf einer Bevorzugung der Stadt und betonten, dass der Lebensmittelverkauf an Fremde in den meisten Städten nicht gestattet sei und es in der Vergangenheit auch in Wolfenbüttel derartige Regelungen gegeben habe.¹²⁸³ Doch die Regierung wies die entsprechenden Beschwerden ab und betonte, dass es „mehr gut als schädlich [sei], wenn aller Handel auf dem Marckte frey getrieben wird.“¹²⁸⁴ Auch weitere Eingaben seitens Wolfenbüttel führten nicht zum Erfolg. Hier zeigt sich, dass die Regierung Braunschweig-Wolfenbüttels bestrebt war, den Getreidehandel möglichst wenig zu regulieren, wenn die Situation es zuließ. Besonders erstaunlich ist es, dass diese Haltung sich bereits im Frühjahr 1773 zeigte, als sich die Getreideversorgung zwar bereits etwas entspannt hatte, die Preise aber nach wie vor auf einem stark erhöhten Niveau waren. Obwohl diese Vorgehensweise in Braunschweig-Wolfenbüttel Tradition hatte, ist eine Beeinflussung durch die öffentliche Debatte und die Argumente der Freihandelsbefürworter nicht auszuschließen. Zudem zeigt sich, dass die Bedürfnisse der Landbevölkerung zwar meist denen der Städte untergeordnet, aber nicht in jedem Fall gänzlich ignoriert wurden. In Braunschweig-Wolfenbüttel wurde in vielerlei Hinsicht also recht pragmatisch bei Fragen der Regulierung des Getreidehandels verfahren. Es kann festgehalten werden, dass der Kornhandel reguliert wurde, sobald befürchtet wurde, dass er der Versorgung des Landes schade, dass er aber frei gelassen und sogar gefördert wurde, wenn man glaubte, dass er zur Versorgung beitrug. Dabei bewegte man sich stets in einem gewissen Spannungsfeld zwischen den Interessen der Bevölkerung und denen der Getreidehändler. Während ersteren ein ausgeglichener Getreidepreis sowie ein ausreichendes Angebot gesichert werden sollte, sollten letztere zwar kontrolliert, aber nicht abgeschreckt werden. Die Verantwortlichen waren sich bewusst, dass ein florierender

¹²⁸³ Policydepartement Wolfenbüttel an Herzog Karl, 09.06.1773, NLA WO, 2 Alt, Nr. 13461. Bl. 23r-24r.

¹²⁸⁴ Herzog Karl an Policydepartement Wolfenbüttel. 17.05.1773, NLA WO, 2 Alt, Nr. 13461. Bl. 21r-21v.

Getreidehandel für die Belange des Landes positive Auswirkungen hatte und man die Getreidehändler trotz aller Vorbehalte brauchte.

3.3.3 Verhandeln – Handelsmodalitäten abstimmen

Wie sich bereits wiederholt zeigte, war stetige Kommunikation und Interaktion für die Getreidepolitik von unabdingbarer Wichtigkeit. Innerhalb eines Landes betraf dies den Austausch zwischen den beteiligten Akteuren, zwischen den einzelnen Landesteilen, zwischen den verschiedenen Behörden aber auch zwischen Bevölkerung und Obrigkeit. Darüber hinaus war aber auch der Dialog der Länder untereinander entscheidend für die Durchführung und den Erfolg vieler getreidepolitischer Maßnahmen. Dies galt umso mehr für ein Land wie Braunschweig-Wolfenbüttel, welches aufgrund seiner Lage, Größe und besonderen Zerrissenheit darauf angewiesen war, mit den Nachbarn zu kommunizieren und kooperieren. Zumeist zeigte man sich in Braunschweig-Wolfenbüttel in der Getreidepolitik beunruhigter wegen Maßnahmen der benachbarten Länder als wegen Missernten.¹²⁸⁵ Diese Sorge war nicht ganz unberechtigt, im Fall einer schlechten Ernte gab es schließlich die Möglichkeit, Getreide aus dem Ausland anzukaufen. Dazu musste es jedoch möglich sein, mit anderen Ländern zu handeln und die gekaufte Ware ungehindert bis in das eigene Land zu transportieren. Aus diesen Gründen verfolgte die braunschweigische Regierung vor allem die Handlungen der direkten Nachbarn sehr genau. Zu diesem Zweck wurden besonders die Beamten der Grenzämter angeregt, die Handlungen der Anrainer genau zu beobachten und regelmäßig und ausführlich Bericht zu erstatten. Diese Berichte bildeten dann die Grundlage für das Handeln der Regierung.¹²⁸⁶ Häufig bestand dieses Handeln dann auch in einer Kontaktaufnahme mit den betreffenden Ländern. Im Falle einer Getreideteuerung oder eines Getreidemangels gab es ohne Frage deutlich mehr Anlass für Verhandlungen als in normalen Zeiten. In einem solchen Fall mussten die Modalitäten der gegenseitigen Grenzsperrn ausgehandelt, die Regelungen für die Durchfuhr von Getreide besprochen und gegebenenfalls Sonderlösungen für einzelne Gebiete vereinbart werden. Wie bereits gezeigt wurde, verhängte Braunschweig-Wolfenbüttel Getreidesperren

¹²⁸⁵ S. dazu auch: Dehesselles, Policy. S. 67.

¹²⁸⁶ S. zum Berichtswesen im 18. Jahrhundert: Holenstein, André: Kommunikatives Handeln im Umgang mit Policyordnungen. Die Markgrafschaft Baden im 18. Jahrhundert. In: Asch, Ronald G.; Freist, Dagmar (Hg.): Staatsbildung als kultureller Prozess. Strukturwandel und Legitimation in der Frühen Neuzeit. Köln, Weimar, Wien 2005. S. 191-208. Hier S. 195-197.

stets als Reaktion auf die Handlungen der Nachbarländer. Auch während der Exportbeschränkungen blieb man in regelmäßigem Kontakt mit umliegenden Ländern, um auf Veränderungen der Lage schnell reagieren zu können. Besonders enger Kontakt bestand dabei mit Hannover und Hildesheim. Die drei Länder waren bestrebt, in Fragen der Getreidehandelspolitik in stetem Austausch zu bleiben. So auch während der Krisenjahre zu Beginn 1770er. Im Sommer 1772 mehrten sich die Anzeichen für eine kommende gute Ernte, womit die Hoffnung einherging, bald wieder zur Normalität zurückkehren zu können. In diesem Sinne kontaktierte die Regierung Hannovers im August 1772 ihre Kollegen in Braunschweig, um sich vorsichtig nach den entsprechenden Plänen des Nachbarlandes zu erkundigen. Die Regierung in Hannover stellte in Hinblick auf die zu erhoffende gute Ernte in Aussicht, die bestehende Sperre zeitnah modifizieren oder ganz aufheben zu wollen und erkundigte sich, wie Braunschweig in der Angelegenheit zu verfahren gedenke.¹²⁸⁷ Auch Hannover, als größerer und mächtigerer Verhandlungspartner, wollte es also offenbar vermeiden, in Fragen der Getreidehandelspolitik Alleingänge zu unternehmen und sicherte sich zunächst bei den Nachbarn ab. Eine zu frühe und einseitige Öffnung der Grenzen hätte eine große Gefahr für die Getreideversorgung des eigenen Landes bedeutet. Die Regierung in Braunschweig begrüßte den Vorstoß und war grundsätzlich bereit über eine Aufhebung der Sperre zu verhandeln. Sie betonten dabei nach dem Prinzip des *reciprocum* handeln zu wollen und die Grenzen für Hannover zu öffnen, wenn von dort aus ebenfalls nicht mehr gegen Braunschweig gesperrt würde. Allerdings schien man trotz grundsätzlich betonter Verhandlungsbereitschaft in Braunschweig doch noch nicht ganz überzeugt von der Aufhebung der Sperre zu sein und brachte verschiedene Einschränkungen vor. Sobald größere Mengen Getreide aus dem Wolfenbütteler und Schöninger Distrikt, welche beide nah am Harz lagen, ausgeführt würden, müssten von braunschweigischer Seite wieder Maßnahmen ergriffen werden. Dies geschehe aber nur im größten Notfall und mit vorheriger Ankündigung.¹²⁸⁸ Auch für den Fall, dass in den anderen benachbarten Ländern weiterhin gesperrt werde, kündigte die Braunschweiger Regierung an, die Grenzen wieder zu schließen. Zusätzlich schlugen sie vor, auch die Regierung des Stifts Hildesheim zu kontaktieren, um mit dieser ebenfalls über eine gegenseitige Aufhebung der Sperren zu verhandeln.¹²⁸⁹ Vermutlich enthielt dieser Vorschlag zu viele Einschränkungen oder in Hannover kam man doch zu dem

¹²⁸⁷ Regierung Hannover an Regierung Braunschweig. 01.08.1772 (eingegangen). NLA WO, 2 Alt, Nr. 13448. Bl. 107r.

¹²⁸⁸ Regierung Braunschweig an Regierung Hannover. 06.08.1772. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13448. Bl. 108r-109r.

¹²⁸⁹ Ebd.

Schluss, dass es noch zu früh wäre, die Sperren endgültig aufzuheben und brach die Verhandlungen ab. Die Exportverbote zwischen Hannover und Braunschweig blieben zunächst bestehen und wurden erst im Frühjahr 1773 aufgehoben. Die Verhandlungen zwischen Braunschweig-Wolfenbüttel und dem Stift Hildesheim liefen erfolgreicher, dort konnte man schon im September 1772 zu einer Einigung finden und hob die Handelseinschränkungen gegeneinander auf. Verhandlungen zwischen zwei Ländern mussten also nicht in jedem Fall zum Erfolg führen. In einigen Fällen ging es wohl auch mehr um Informationsbeschaffung, um das eigene weitere Vorgehen besser einschätzen zu können. Die Anfrage Hannovers zeigt, dass nicht nur kleinere Länder wie Braunschweig-Wolfenbüttel daran interessiert waren, eine gemeinsame Linie mit den Nachbarn zu verfolgen. Zudem waren auch kleine Länder in der Lage ihre Interessen gegenüber großen Nachbarn zu kommunizieren und mussten nicht um jeden Preis kooperieren. Grundsätzlich wollte Braunschweig-Wolfenbüttel aber durchaus mit den Nachbarn zusammenarbeiten, da dies für die eigene Getreideversorgung meist vorteilhaft war. Das wichtigste Prinzip war dabei das der Gegenseitigkeit. Ausnahmeregelungen wurden nur gewährt, wenn der Verhandlungspartner sich ebenso kooperativ zeigte. Ebenso wurde ein hartes Vorgehen mit der gleichen Schärfe erwidert. Während Getreidesperren war Braunschweig-Wolfenbüttel in der Regel daran interessiert, weitgehende Ausnahmeregelungen mit anderen Ländern zu vereinbaren. Dies sah zumeist so aus, dass man sich mit einem Nachbarterritorium einigte, die Getreidesperre nicht aufeinander zu beziehen oder unter bestimmten Bedingungen auszusetzen. Besonders wichtig waren im untersuchten Zeitraum dabei wiederum die unmittelbaren Nachbarn, besonders Hildesheim, Hannover und Preußen. Mit dem benachbarten Stift Hildesheim wurden besonders häufig derartige Ausnahmen vereinbart, was zeigt, dass diese für beide Länder vorteilhaft waren. Mit Hannover konnte nur in wenigen Fällen eine generelle Ausnahmeregelung getroffen werden. Preußen hingegen war nie zu derartigen Sonderabsprachen mit Braunschweig-Wolfenbüttel bereit, da es der eigenen Versorgungslage offenbar nicht dienlich war.¹²⁹⁰ Bereits im Jahr 1700 wurde eine Regelung mit Hildesheim vereinbart, die den Getreideeinkauf für den eigenen Bedarf von der Sperre ausnahm.¹²⁹¹ Auch zu Beginn der 1770er Jahre versuchte man in Braunschweig-Wolfenbüttel zunächst diesen Weg einzuschlagen. Als im Oktober 1770 die Getreideausfuhr zunächst für den

¹²⁹⁰ Albrecht, Landesausbau. S. 105.

¹²⁹¹ Ebd. S. 99-100.

Harz- und Weserdistrikt verboten wurde, wurde in den mitgesendeten Begleitschreiben darauf hingewiesen, dass die Sperre zunächst nicht für das Stift Hildesheim gelte.¹²⁹² Begründet wurde die Ausnahme damit, dass dieses selbst noch kein Exportverbot erlassen habe. Zudem würden jene Menschen, welche in den an das Stift angrenzenden Ämtern des Harz- und Weserdistriktes lebten, einen regen Handel mit ihren auswärtigen Nachbarn treiben. Entscheidend war dabei, dass die Regierung überzeugt war, dass die eigenen Untertanen „mehr Getrayde von dorthen erhalten, als dahin absetzen.“¹²⁹³ Aufgrund dieser, für das eigenen Land vorteilhaften, Tatsache, sah man keinen Grund „dieses mutuelle commercium“ zu behindern.¹²⁹⁴ Offenbar war Hildesheim seinerseits ebenfalls überzeugt, dass der Handel mit Braunschweig-Wolfenbüttel dem eigenen Land mehr nutze als schade, denn auch dort war man mit der Ausnahme einverstanden. Allerdings galt eine solche Ausnahmeregelung nur bis auf Widerruf. Sobald ein Partner die Regeln des Abkommens verletzte oder es nicht mehr als vorteilhaft erachtet wurde, konnte dieses jederzeit aufgekündigt werden. Zu diesem Zweck wurde das Verhalten der Nachbarn auf das Genaueste beobachtet. Über den Getreidehandel mit Hildesheim wurde in Braunschweig sogar eine Statistik angelegt, um sicherzugehen, dass durch die erteilte Ausnahme keine Verluste erlitten würden.¹²⁹⁵ Diese fiel offenbar positiv aus. Braunschweig-Wolfenbüttel behielt seine eigenen Interessen also stets sorgfältig im Blick und war bereit entsprechende Absprachen bei veränderter Ausgangslage wieder zurückzunehmen. Derartige Ausnahmen konnten auch an weitere Bedingungen geknüpft sein. Die Ausnahmeregelung mit Hildesheim wurde im November 1771 beispielsweise dahingehend verschärft, dass der erlaubte Eigenbedarf nun mit obrigkeitlichen Pässen nachgewiesen werden musste.¹²⁹⁶ Während der Sperre der Jahre 1789/90 konnte Braunschweig-Wolfenbüttel dann weitreichende Ausnahmeregelungen mit den wichtigen Nachbarn Hannover und Hildesheim erreichen: Noch bevor die Regierung in Braunschweig die eigene Sperre bekannt machte, kontaktierte sie ihre Kollegen in Hannover und schlug vor, gegenseitige Ausnahmeregelungen zu vereinbaren. Anders als im Jahr 1772 führten die Verhandlungen schnell zum Erfolg. Hannover war sehr geneigt das Angebot anzunehmen und schlug dieses Mal eigenständig vor, auch Hildesheim einzubeziehen. Nachdem das Hochstift von Braunschweig-Wolfenbüttel kontaktiert

¹²⁹² Begleitschreiben zur Verordnung vom 19.10.1770. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13476. Bl. 8r-9r.

¹²⁹³ Ebd. Bl. 8v.

¹²⁹⁴ Ebd.

¹²⁹⁵ Albrecht, Landesausbau. S. 103.

¹²⁹⁶ Verordnung zum Handel mit dem Stift Hildesheim. 07.11.1771. NLA WO, 8 Alt Eich, Nr. 443. Bl. 17r-17v.

worden war, kam auch dort eine Einigung zustande. Hildesheim schlug vor, ähnliche Ausnahmeregelungen wie zu Beginn der 1770er Jahre zu vereinbaren und auch Hannover einzubeziehen. Im Oktober 1789 waren sich die beteiligten Verhandlungspartner schließlich einig.¹²⁹⁷ Sie schlossen sich „zu einer Art ‚Getreidefreihandelszone‘ zusammen.“¹²⁹⁸ In den drei benachbarten Ländern durften die Einwohner:innen trotz Getreidesperre miteinander Handel treiben. Allerdings wurde die Ausnahmeregelung auch in diesem Fall an die Voraussetzung des Eigenbedarfs geknüpft, welcher durch einen obrigkeitlichen Pass bescheinigt werden musste. Insofern handelte es sich wohl eher um eine eingeschränkte Getreidefreihandelszone. Doch die Tatsache, dass sich hier drei unabhängige Länder zusammenschlossen und während einer Versorgungskrise gewissermaßen einen eigenen Wirtschafts- und Handelsraum bildeten, der nur nach außen hin sperrte, zeigt, dass es sich hierbei um eine weitreichendere Ausnahme handelte. Entsprechende Verhandlungen mit Berlin scheiterten allerdings im Herbst 1789, obwohl Braunschweig sich durchaus interessiert gezeigt hatte.¹²⁹⁹ In den Deklarationen in den *Braunschweigischen Anzeigen* wurden die erfolgreichen Handelseinigungen mit folgenden Worten angekündigt: „[...]daß zu fernerer Beibehaltung des wechselseitigen Verkehrs in zwei so nahe aneinander grenzenden Ländern, beide Länder, so viel die in selbigen angeordnete Fruchtsperre angeht, als ein Land angesehen, und den Unterthanen wechselseitig der freie Einkauf des zur eignen Bedürfniß benöthigten Getraides [...] wieder gestattet werden solle.“¹³⁰⁰ Besonders die Formulierung „als ein Land angesehen“ verstärkt den Eindruck einer eignen Handelsunion im kleinen Rahmen, einige Jahre vor der Gründung der verschiedenen deutschen Handels- und Zollvereine und macht eine gewisse Beeinflussung durch freihändlerische Strömungen wahrscheinlich.

Da derartig umfassende Sonderregelungen nicht bei jeder Sperre und nicht mit jedem Land erreicht werden konnten, bemühte sich die Regierung Braunschweig-Wolfenbüttels darüber hinaus einzelne Sonder- und Ausnahmeregelungen mit umliegenden Ländern zu vereinbaren. Im Frühjahr 1771 begab sich die braunschweigische Regierung in Verhandlungen mit ihren

¹²⁹⁷ Albrecht, Landesausbau. S. 104-105.

¹²⁹⁸ Gerhard, Handelshemmnisse. S. 69.

¹²⁹⁹ Ebd. S. 105.

¹³⁰⁰ Serenissimi fernerweite Declaration den nun auch mit dem Stift Hildesheim wegen der Fruchtsperre getroffenen Verein betreffend. 29. Oktober 1789. Abgedruckt in: Braunschweigische Anzeigen. 89. Stück, 14.11.1789. In der Bekanntgabe der Einigung mit Hannover findet sich fast die gleiche Formulierung. S. dazu: Serenissimi Declaration der wegen der Fruchtsperre unterm 10ten dieses Monats erlassenen Verordnung, so viel die Chur-Braunschweigischen Lande und Unterthanen angehet. 24. Oktober 1789. Abgedruckt in: Braunschweigische Anzeigen. 85. Stück, 31.10.1789.

Amtskollegen in Hannover, um Handelserleichterungen für die Menschen des Weserdistrikts zu erreichen. Anlass war ein Bericht des Obristen von Hoym aus dem März des Jahres, der über die Schwierigkeiten der Ämter Greene und Wickensen informierte.¹³⁰¹ Die Aussaat stand bevor und Gerste, Hafer, Erbsen und Bohnen mussten bald ausgebracht werden. Aufgrund des Getreidemangels und der nach wie vor steigenden Preise waren die Menschen nicht in der Lage, ausreichend Saatkorn anzukaufen.¹³⁰² Die Behebung dieses Problems war nicht nur unmittelbar drängend, musste doch noch im Frühjahr ausgesät werden, sondern auch zukunftsweisend für den weiteren Verlauf der Krise. Bereits im Herbst des vorangegangenen Jahres waren aufgrund dieser Schwierigkeit zahlreiche Felder, die für den Roggenanbau vorgesehen waren, unbestellt geblieben. Eine verminderte Quantität der zu erwartenden Roggenernte war also unabhängig von weiteren Faktoren bereits abzusehen. Die freigebliebenen Flächen sollten nun möglichst mit Sommergetreide bestellt werden, um die zu erwartenden Verluste etwas auszugleichen. Wenn nun auch in diesem Bereich nicht ausreichend gesät werden konnte, war eine weitere massive Verschlechterung der Versorgungslage unausweichlich. Bei ähnlichen Problemlagen hatte sich die Bevölkerung der betreffenden Ortschaften in der Vergangenheit häufig auf ihre Geschäftsbeziehungen mit dem benachbarten Ausland verlassen können. Besonders in der Gegend um das hannoversche Einbeck existierten diverse Bezugsquellen, bei denen nicht nur qualitativ hochwertiges Saatgut zu erwerben war, sondern die den Kunden aus Braunschweig-Wolfenbüttel zudem bei Bedarf Kredit gewährten.¹³⁰³ Aufgrund der kritischen Lage erschien dies als die beste Lösung, um einen völligen Ausfall der kommenden Ernte zu verhindern. Grundsätzlich hatten sich die Verkäufer aus Einbeck bereit erklärt Saatkorn an die Ämter Greene und Wickensen zu verkaufen.¹³⁰⁴ Allerdings war dies aufgrund der bestehenden Sperre zwischen Hannover und Braunschweig-Wolfenbüttel eigentlich nicht möglich. In dieser Situation schaltete sich die Regierung in Braunschweig ein und kontaktierte ihre Kollegen in Hannover, um eine Lösung für das Problem zu finden.¹³⁰⁵ Die Braunschweiger kündigten einen verantwortungsvollen Umgang ihrer Untertanen mit der gewährten Genehmigung zum Ankauf von 10 bis 12 Wispel Saatkorn an. Zusätzlich würde auch

¹³⁰¹ Schreiben O. von Hoym an Regierung Braunschweig. 16.03.1771, NLA WO, 2 Alt, Nr. 13480. Bl. 3r-5r.

¹³⁰² Ebd. Bl. 3r.

¹³⁰³ Ebd. Bl. 3r-4r.

¹³⁰⁴ Ebd: Bl. 4r-5r.

¹³⁰⁵ Regierung Braun.-Wolf. an Regierung Hannover. 18.03.1771, NLA WO, 2 Alt, Nr. 13480. Bl. 7r-8r.

die hannoversche Bevölkerung aufgrund der engen Handelsbeziehung beider Regionen letztendlich profitieren. Abschließend appellierten sie an die gute nachbarschaftliche Beziehung der beiden Länder und stellten in Aussicht, bei entsprechenden Anfragen Hannovers bei positivem Bescheid ebenso großzügig zu reagieren.¹³⁰⁶ Die Verhandlungsstrategie führte zum Erfolg und Hannover stimmte zu und erteilte eine Sondergenehmigung für den Verkauf des so dringend benötigten Saatkorns.¹³⁰⁷ In diesem Fall war es gelungen eine schnelle und für alle Beteiligten zufriedenstellende Lösung zu finden. Anders stellte die Situation sich ein Jahr später dar. Auch im Frühjahr 1772 fehlte es in den Ämtern Greene und Wickensen an Saatgut und erneut wurde in Braunschweig um Hilfe ersucht, um wie im Jahr zuvor im hannoverschen Einbeck einkaufen zu dürfen.¹³⁰⁸ Im entsprechenden Schreiben an die Regierung in Hannover verwies Braunschweig erneut auf die gutnachbarschaftliche Beziehung und stellten eigenes Entgegenkommen in Aussicht.¹³⁰⁹ Die Hinweise auf den verantwortungsvollen Umgang mit der gewährten Ausnahme sowie die Vorteile für die hannoversche Bevölkerung fehlten allerdings. Zudem wurde zunächst um die Erlaubnis zur Ausfuhr einer unbestimmten Menge gebeten, da der tatsächliche Bedarf noch nicht zu beziffern sei.¹³¹⁰ In diesem Fall führten die Verhandlungen allerdings nicht zum Erfolg und Hannover verweigerte eine Ausnahmegenehmigung. In dem entsprechenden Schreiben wurde die Ablehnung mit der eigenen misslichen Lage, besonders in Grubenhagen und Göttingen, begründet. Auch dort fehle es an Saatkorn und daher könne man in diesem Jahr kein Getreide entbehren.¹³¹¹ Ob tatsächlich die im Vergleich zum vorangegangenen Jahr schlechtere Versorgungslage diese Absage begründet hatte, oder ob Hannover noch weitere Gründe hatte, kann nur vermutet werden. Möglicherweise befürchtet man, dass es durch die Erteilung regelmäßiger Ausnahmegenehmigungen zu einer geringeren Akzeptanz der Sperre kommen würde. Auch die noch nicht genau zu beziffernde Menge des angefragten Korns könnte Misstrauen ausgelöst haben. Braunschweig-Wolfenbüttel nahm die Absage des Nachbarlandes hin und verhandelte in diesem Fall nicht weiter. Wenn Braunschweig-Wolfenbüttel während einer Krise Getreide ankauft, geschah dies meist nicht in der nächsten Umgebung. Wichtige Handelspartner waren unter anderem Bremen,

¹³⁰⁶ Ebd.

¹³⁰⁷ Regierung Hannover Regierung Braun.-Wolf. 26.03.1771, NLA WO, 2 Alt, Nr. 13480. Bl. 9r.

¹³⁰⁸ Schreiben O. von Hoym an Regierung Braunschweig. 29.03.1772, NLA WO, 2 Alt, Nr. 13448. Bl. 93r-94r.

¹³⁰⁹ Regierung Braun.-Wolf. an Regierung Hannover. 02.04.1772, NLA WO, 2 Alt, Nr. 13448. Bl. 95r-95v.

¹³¹⁰ Ebd. Bl. 95r.

¹³¹¹ Regierung Hannover an Regierung Braun.-Wolf. 21.04.1772, NLA WO, 2 Alt, Nr. 13448. Bl. 100r-100v.

Hamburg, Kursachsen oder die thüringische Kleinstaaten.¹³¹² Das Getreide musste also durch eines oder gar mehrere Länder transportiert werden, bis es an seinem Bestimmungsort angelangte. Wenn die Getreideausfuhr aber gesperrt war, war dies nicht ohne weiteres möglich. Gegebenenfalls konnte das fragliche Korn in einem der durchquerten Länder aufgehalten oder sogar konfisziert werden. Zu Beginn des 18. Jahrhunderts beispielsweise nutzte Hannover wiederholt seine verkehrspolitisch günstige Lage aus und beschlagnahmte alles auf der Durchfuhr befindliche fremde Korn.¹³¹³ Um derartige Vorfälle zu verhindern, waren häufig Verhandlungen mit den zu passierenden Ländern nötig. Da Braunschweig-Wolfenbüttel auch regelmäßig Getreide aus den anhaltischen Gebieten ankauft, musste wegen der Durchfuhr mit der preußischen Regierung verhandelt werden. In der Vergangenheit war es dabei bereits mehrfach zu Unstimmigkeiten zwischen den beiden Ländern gekommen. Gegen Ende des 17. Jahrhunderts weigerte sich Preußen wiederholt, Braunschweig-Wolfenbüttel die Durchfuhr zu gestatten und hielt sogar Getreide auf dem Weg auf. Die Verhandlungen zwischen den beiden Ländern offenbarten eine grundlegend gegensätzliche Sicht der Dinge: Braunschweig-Wolfenbüttel vertrat die Meinung, dass es keinen Grund gebe, die Durchfuhr zu verweigern, da dadurch keinerlei Rechte verletzt würden und es zudem unerlässlich zur Versorgung der Bevölkerung sei. Preußen hingegen beharrte auf seinem Recht alles durch das eigenen Land geführte Getreide bei Bedarf aufhalten und der eigenen Bevölkerung zur Verfügung stellen zu dürfen. Dieser grundsätzliche Konflikt wurde nie vollends aufgelöst und die beiden Länder fanden zu keiner gemeinsamen Linie. In der Regel konnte man sich dann aber doch auf einzelne Ausnahmen einigen, so dass die Durchfuhr zumeist unbehindert blieb.¹³¹⁴

Im Winter 1756/57 hatte die braunschweigische Regierung durch Verhandlungen mit Preußen erreicht, dass im „Anhaltischen“ angekauftes Korn durch das zu Preußen gehörende Fürstentum Halberstadt nach Braunschweig-Wolfenbüttel transportiert werden durfte. Jede entsprechende Lieferung musste mit einem Pass von der Kriegs- und Domänenkammer ausgestattet werden. Diese hatte die Zollbeamten an den Grenzen angewiesen, sorgfältig zu kontrollieren, ob eine entsprechende Erlaubnis vorhanden war. Offenbar empfanden einige braunschweigische Getreidekäufer diese Praxis als umständlich und lästig, sodass der Braunschweiger Bürgermeister Heinrich Anastasius Otto Mund Herzog Karl im Februar 1757 bat, nochmals mit der

¹³¹² Albrecht, Landesausbau. S. 116.

¹³¹³ Gerhard, Handelshemmnisse. S. 67.

¹³¹⁴ Vgl. dazu: Albrecht, Landesausbau. S. 117-118.

preußischen Regierung zu verhandeln.¹³¹⁵ Die Regelung sollte dahingehend modifiziert werden, dass Getreidekäufer sich von der Kriegs- und Domänenkammer Generalpässe ausstellen lassen könnten, die ihnen erlaubten, regelmäßig Getreide durch das Nachbarland zu transportieren.¹³¹⁶ Dies wurde vom Herzog allerdings durchweg abgelehnt. Er hielt es für bedenklich, derartige Generalpässe ausstellen zu lassen, da dadurch dem Missbrauch Tür und Tor geöffnet werde.¹³¹⁷ Die braunschweigische Regierung war also in der Regel bereit, mit anderen Regierungen in Verhandlung zu treten, um die Modalitäten des Getreidehandels zu Gunsten der eigenen Bevölkerung zu verbessern. In diesem Fall war eine derartige Regelung aber bereits erreicht worden und die Regierung zeigte sich nicht bereit, weitere Verhandlungen durchzuführen. Bei den Verhandlungen der Länder untereinander wurde, wie bereits mehrfach gezeigt, nach dem Prinzip der Gegenseitigkeit gehandelt. Stellte eine Seite weitgehende Forderungen, ohne selbst etwas Gleichwertiges anbieten zu können, war dies der Kommunikation und Verhandlungsbereitschaft nicht zuträglich. Eventuell konnten sogar bereits erreichte Einigungen gefährdet werden.

Auch zu Beginn der 1770er Jahre mussten zahlreiche Verhandlungen mit anderen Ländern geführt werden, um die ungehinderte Durchfuhr von im Ausland angekauften Getreide zu sichern. Dabei galt es nicht nur zu verhindern, dass die begehrte Ware bei der Durchfahrt konfisziert wurde, sondern es mussten auch die zahlreichen Zoll- und Stapelrechte bedacht werden. Es wurde bereits deutlich, wie kostspielig der Transport von Getreide über weitere Strecken war und welche große Belastung dies für die Staatskassen darstellen konnte.¹³¹⁸ Braunschweig-Wolfenbüttel bemühte sich daher häufig darum, angekauftes Korn unter Umgehung der Gebühren transportieren zu dürfen. Im Jahr 1771 wurde verstärkt Getreide aus Bremen angekauft, um die Verluste der schlechten Ernte auszugleichen, die Notmagazine zu füllen und die Bevölkerung zu versorgen. Das Korn konnte auf dem Wasserweg bis in das Territorium Braunschweig-Wolfenbüttels transportiert werden. Dabei handelte es sich in der Regel um die günstigste und einfachste Transportalternative. Es wurde geplant, die Ware von Bremen über die Weser nach Holzminden zu bringen. Allerdings mussten die Fuhren auf diesem Weg unter anderem das preußische Minden passieren. Minden besaß das Stapelrecht für Holz und Getreide und konnte daher mit diesen Waren beladene Schiffe anhalten. Die Ware musste nach

¹³¹⁵ Schreiben H. A. O. Mund an Herzog Karl. 09.02.1757. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13394. Bl. 62r-64r.

¹³¹⁶ Ebd.

¹³¹⁷ Herzog Karl an Stadtmagistrat Braunschweig, 15.02.1757. NLA WO 2 Alt Nr. 13394. Bl. 65r-65v.

¹³¹⁸ Vgl. Kapitel 3.2.2

altem Recht für einige Tage in der Stadt zum Verkauf feilgeboten werden, bevor der Transport fortgesetzt werden durfte. Im 18. Jahrhundert wurde in der Regel allerdings nur noch eine Gebühr für die ungehinderte Weiterfahrt verlangt.¹³¹⁹ Um die anfallenden Gebühren zu vermeiden, trat die Regierung in Braunschweig wiederum in Verhandlungen mit Preußen, um möglichst günstige Bedingungen für den Transport von auswärts angekauftem Getreide auszuhandeln. Braunschweig-Wolfenbüttel argumentierte, dass das Korn dringend zur Versorgung der eigenen Bevölkerung gebraucht werde. Tatsächlich hatte die preußische Regierung keine Einwände und stellte den braunschweigischen Händlern entsprechende Pässe aus, mit denen das angekaufte Getreide accise-, zoll- und stapelfrei von Bremen nach Holzminden transportiert werden durfte.¹³²⁰ Obwohl diese Einigung ohne größere Schwierigkeiten zustande gekommen war, plante man in Braunschweig dennoch stets mit der Möglichkeit, dass ein anderes Land sich nicht verhandlungsbereit zeigen könnte. So überlegte der Geheime Rat Schrader von Schliestedt im November 1771, wie man eine Lieferung Getreide dennoch möglichst günstig nach Braunschweig-Wolfenbüttel transportieren könne, falls der angefragte Pass von preußischer Seite „wider Verhoffen abgeschlagen“ würde.¹³²¹ In der Regel kam es im untersuchten Zeitraum jedoch zu zufriedenstellenden Einigungen bezüglich der Durchfuhr. Da Braunschweig-Wolfenbüttel darauf angewiesen war, dass sich umliegende Länder verhandlungsbereit zeigten, gestattete das Land die Durchfuhr zumeist auch selbst und beantwortete entsprechende Anfragen anderer Länder positiv.¹³²² Dennoch blieb immer ein gewisser Unsicherheitsfaktor bestehen und die Durchfuhr wurde nur von Fall zu Fall gestattet, so dass Braunschweig-Wolfenbüttel stets verhandlungsbereit sein und auch mögliche Ablehnungen einkalkulieren musste.

Zu Unstimmigkeiten und lang andauernden Verhandlungen mit der Regierung des Stifts Hildesheim kam es wegen eines Falls von Getreideschmuggel in den Jahren 1772 bis 1773. Im Februar 1772 bat Johann Heinrich Otte, ein Müller aus dem braunschweigischen Gericht Bodenburg, einer Exklave im Gebiet Hildesheims, die Regierung um Unterstützung und Vermittlung mit der Regierung des Hochstifts. Der Müller war von hildesheimischen Grenzposten an-

¹³¹⁹ Vgl. zum Mindener Stapelrecht: Wegner, Paul: Die mittelalterliche Fluss-Schiffahrt im Wesergebiet. Bremen 2014. S. 19-21.

¹³²⁰ Frey-Pass, ausgestellt von Friedrich II. 29.11.1771. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13480. Bl. 61r.

¹³²¹ Schreiben H. B. Schrader von Schliestedt. 16.11.1771. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13480. Bl. 49r.

¹³²² S. dazu: Albrecht, Landesausbau. S. 116.

gehalten worden, als er eine größere Menge Getreide aus dem Hochstift in sein braunschweiges Heimatgericht bringen wollte. Entsprechend den auf illegalen Getreidetransport ausgesetzten Strafen, war ihm das Getreide sowie das zum Transport genutzte Gefährt samt Pferd abgenommen worden.¹³²³ Der vermeintliche Schmuggler fühlte sich allerdings zu Unrecht beschuldigt und wollte die Strafe nicht akzeptieren. Bei den beanstandeten Getreidetransport habe es sich lediglich um ein Versehen gehandelt. Otte gab unter anderem an, eine Ausnahmegenehmigung für den grenzüberschreitenden Getreidetransport gehabt zu haben und zudem unverzichtbar für die Getreideversorgung der Gegend zu sein. Durch die Vermittlung seiner Landesregierung wollte er erreichen, dass ihm das konfiszierte Korn oder doch zumindest sein Fuhrwerk wiedergegeben würde.¹³²⁴ In Braunschweig engagierte man sich tatsächlich für den Müller und trat in Verhandlungen mit dem Stift Hildesheim. Zunächst bat man „freundnachbarlich“ darum, Otte die konfiszierten Güter zurückzuerstatten und die Angelegenheit damit abzuschließen.¹³²⁵ In der Verhandlung übernahm Braunschweig dabei die Sicht Ottes und stellte den vermeintlichen Schmuggel gegenüber Hildesheim als bloßes Versehen und den vermeintlichen Schmuggler als wohlthätigen Versorger der Gegend um Bodenburg dar. Bei positivem Bescheid sei man jederzeit bereit, Hildesheim und seiner Bevölkerung gegenüber ebenso großzügig zu verfahren.¹³²⁶ Die Regierung des Nachbarlandes war allerdings ganz und gar nicht bereit, Zugeständnisse zu machen und wollte an der verhängten Strafe festhalten. Den Kollegen in Braunschweig wurde mitgeteilt, dass man den Müller in Hildesheim für einen gewohnheitsmäßigen Schmuggler halte, der regelmäßig große Mengen Getreide über die Grenzen bringe. Allerdings war die abschlägige Antwort sehr freundlich formuliert und sicherte Braunschweig die „freundnachbarliche“ Bereitschaft zu weiteren Gesprächen und grundsätzliche Kooperationsbereitschaft zu.¹³²⁷ Damit waren die Ausgangspositionen für die nun folgenden, sich über eineinhalb Jahre erstreckenden, Verhandlungen zunächst geklärt. Da Otte nach wie vor nach Braunschweig schrieb und um weitere Vermittlung bat, intervenierte die Landesregierung erneut in Hildesheim. Im Mai 1772 verschärfte sich der Tonfall der Verhandlungen dann deutlich. Das Hochstift wollte weiterhin nicht von der verhängten Strafe absehen, da die Schuld Ottes unstrittig sei. Zur Untermauerung dieser Sichtweise wurden die

¹³²³ J. C. Schumann an Herzog Karl. 25.02.1772. NLA WO, 2 Alt Nr. 13503. Bl. 2r-3r.

¹³²⁴ Ebd.

¹³²⁵ Regierung Braunschweig an Regierung Hildesheim. 27.02.1772. NLA WO, 2 Alt Nr. 13503. Bl 4r-v.

¹³²⁶ Ebd.

¹³²⁷ Regierung Hildesheim an Regierung Braunschweig. 05.03.1772. NLA WO, 2 Alt Nr. 13503. Bl 6r.

Kopien mehrerer belastender Zeugenaussagen nach Braunschweig geschickt, die darauf hindeuteten, dass der Müller in ein großangelegtes Schmuggelunternehmen verstrickt war.¹³²⁸ In dem begleitenden Schreiben wurde deutlich gemacht, dass man überzeugt sei, dass Otte seiner Landesregierung die Wahrheit vorenthalte. Spitzfindig wurde weiterhin angemerkt, dass man in Hildesheim eigentlich davon ausgehe, dass der Getreideschmuggel auch in Braunschweig missbilligt werde. Die Landesregierung Braunschweig-Wolfenbüttels wurde ersucht den Müller „mit seinem wahrheitswidrigen Gesuch [...] zur Ruhe zu bringen.“¹³²⁹ Es wird deutlich, dass die Regierung Hildesheims die Verhandlungen an dieser Stelle nicht mehr weiterführen und die Angelegenheit endlich zu den Akten legen wollte. Nur dünn verschleiert sind die Seitenhiebe gegen die Regierung des Nachbarlandes, welche fortgesetzt Partei für einen, aus der Sicht des Hochstifts, überführten Schmuggler ergriff. Durch die süffisante Bemerkung über den Umgang Braunschweig-Wolfenbüttels mit Getreideschmuggel sowie die Forderung, den renitenten Müller endlich zur Raison zu bringen, machte Hildesheim mehr als deutlich, dass man weitere Verhandlungen nicht mehr als zielführend ansah und nicht bereit war einzulernen. Doch Braunschweig-Wolfenbüttel reagierte weiterhin auf die fortgesetzten Bitten Ottes, der nun seinerseits Zeugen zu seiner Entlastung vorbrachte, und schrieb weiter nach Hildesheim. Auch von braunschweigischer Seite aus verschärfte sich der Tonfall der Verhandlungen nun deutlich und ein Schreiben aus dem Juni 1772 wurde mit einer unverhohlenen Drohung geschlossen: Wenn Hildesheim nicht von der Bestrafung des Müllers absehe, sehe man sich in die „unangenehmen Nothwendigkeit“ gesetzt, „bey dergleichen Fällen wieder so rigoureux zu verfahren.“¹³³⁰ Hier wurde mit dem bewährten Prinzip der Gegenseitigkeit argumentiert und dadurch dem Nachbarland gedroht, um doch noch das gewünschte Ergebnis für den eigenen Untertan zu erreichen. Offenbar ließ Hildesheim sich davon aber nicht beeindrucken und reagiert einfach nicht mehr auf den Brief aus Braunschweig. Auch Schreiben aus dem August und dem November 1772 blieben unbeantwortet.¹³³¹ Während Braunschweig im August erneut einen forschenden Ton anschlug und die Drohung aus dem Schreiben vom Juni 1772 wiederholte, versuchte man es im November wieder einmal mit einem freundlichen Anschreiben und bat dringend um eine Antwort. Doch Hildesheim war offenbar nicht bereit weiter zu verhandeln.

¹³²⁸ Abschrift einer Zeugenbefragung vom 30.04.1772. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13503. Bl. 21r-22r.

¹³²⁹ Regierung Hildesheim an Regierung Braunschweig. 14.05.1772. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13503. Bl. 20r.

¹³³⁰ Regierung Braunschweig an Regierung Hildesheim. 25.06.1772. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13503. Bl. 32r-34v.

¹³³¹ Regierung Braunschweig an Regierung Hildesheim. 17.08.1772. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13503. Bl. 39r-39v.; Regierung Braunschweig an Regierung Hildesheim. 16.11.1772. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13503. Bl. 44r-45v.

Erst im Januar 1773 kam es in der Angelegenheit zu einem weiteren Kontakt zwischen den beiden Ländern. Der Müller Otte drängte auf eine Entscheidung und bat in einer weiteren Supplik den Herzog darum, sich direkt an den Hildesheimer Fürstbischof Friedrich Wilhelm zu wenden, da weitere Kontaktversuche mit der Regierung nicht aussichtsreich erschienen.¹³³² Diesmal reagierte Hildesheim und Friedrich Wilhelm sandte eine Antwort nach Braunschweig. Allerdings wurde auch darin betont, dass der Bischof die Einschätzung seiner Regierung unterstütze und Otte für schuldig halte.¹³³³ Er trug dem Herzog erneut an, den hartnäckigen Müller zur Ruhe zu bringen. Um eine gewisse Verhandlungsbereitschaft zu signalisieren, bot der Fürstbischof aber an, sich nochmals nach der Angelegenheit zu erkundigen und in Erfahrung zu bringen, ob eventuell noch etwas von den konfiszierten Gütern vorhanden sei.¹³³⁴ Im Oktober 1773 erhielt Otte dann endlich Bescheid von der hildesheimischen Regierung. Aufgrund der Vermittlung des Braunschweiger Herzogs erhielt er 50 Taler als „Geschenk“.¹³³⁵ Allerdings war Otte mit dieser Entscheidung alles andere als zufrieden. Schließlich glaubte der vermeintliche Schmuggler völlig unschuldig zu sein und wollte von Hildesheim daher mindestens den Gegenwert für das konfiszierte Korn sowie das Fuhrwerk, eine Summe, welche die angebotenen 50 Taler um ein Vielfaches übertraf. Doch als er in Braunschweig daher erneut um Vermittlung bat, wurde diese Bitte rundheraus abgelehnt. Otte wurde beschieden die angebotene Summe anzunehmen und dann mit der Angelegenheit abzuschließen, da es keine weitere Vermittlung geben werde.¹³³⁶ Mit diesem, vermutlich für keinen der Beteiligten wirklich befriedigenden, Ergebnis endeten die Verhandlungen zwischen Hildesheim und Braunschweig-Wolfenbüttel in dieser Angelegenheit. Es zeigt sich, dass Braunschweig-Wolfenbüttel bereit war die Interessen der eigenen Bevölkerung hartnäckig und auch kontrovers zu vertreten. Unabhängig davon, ob die Regierung den Ausführungen des vermeintlichen Schmugglers glaubte oder ihn doch für schuldig hielt, setzte sie sich für ihn ein, da er seine Landesregierung um Hilfe gebeten hatte. Im Laufe der Verhandlung ging es vermutlich ab einem gewissen Punkt

¹³³² Supplik J. H. Otte an Herzog Karl. 15.01.1773. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13503. Bl. 46r-47v.

¹³³³ Ebd.

¹³³⁴ Fürstbischof Friedrich Wilhelm an Herzog Karl. 26.02.1773. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13503. Bl. 50r.-50v.

¹³³⁵ J. C. Schumann/G. F. Buckup an Herzog Karl. 12.10.1773. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13503. Bl. 59r-60r. Der dieses Schreiben mit unterzeichnende Georg Friedrich Buckup war ein ausgebildeter Jurist, welcher sich darauf spezialisiert hatte, Bauern und andere „einfache Leute“ in Hildesheim bei der Abfassung von Schriftstücken und der Durchsetzung ihrer Interessen zu unterstützen. Es wird also deutlich, dass Otte sich professioneller Unterstützung bediente. In den 1780er und 90er Jahren gab Buckup dann ein Intelligenzblatt heraus. S. zu Buckup: Hauptmeyer, Aufklärung. S. 212.

¹³³⁶ Resolution im Fall J. H. Otte. 18.10.1773. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13503. Bl. 61r.

nicht mehr nur um Schuld oder Unschuld des vermeintlichen Schmugglers, sondern um die Durchsetzung der eigenen Interessen sowie die Wahrung des Gesichtes. Beide Länder waren bereit mit leichten Drohungen und einem gewissen Angriffspotential ihre Interessen zu vertreten. Die letztendliche Lösung des Konflikts war zwar für keine der Parteien wirklich zufriedenstellend, erlaubte aber beiden Ländern ihr Gesicht zu wahren und die Angelegenheit ohne weitere Eskalation abzuschließen. Die Interessen des vermeintlichen Schmugglers waren an diesem Punkt nicht mehr entscheidend, da Braunschweig es ablehnte weiter zu verhandeln.

3.3.4 Nutzen – Zusammenarbeit mit Getreidehändlern

„Ich bin daher geneigt die Kornhändler für dem gemeinen Wesen sehr nützliche Personen anzusehen, weil sie diejenigen sind, so den Zusammenhang zwischen der Geldbedürfnis des Landmanns und dem Getreidebedürfnis der Stadt unterhalten, der sonst selten mit einander übereinstimmen würde. Ich behaupte sogar, daß die Kornhändler [...] unumgängliche Geschöpfe sind.“¹³³⁷ Zu dieser positiven Einschätzung des oft missbilligten Gewerbes der Kornhändler kam der Kameralist Johann Friedrich von Pfeiffer im ersten Teil seiner 1779 veröffentlichten Policeiwissenschaft. Pfeiffer stellte heraus, dass den Händlern eine unverzichtbarere Rolle im Zusammenspiel der verschiedenen Ebenen der Getreidepolitik zukam. Auch in Braunschweig-Wolfenbüttel war man sich bewusst, dass das Land, trotz des Misstrauens, welches man diesem Berufsstand entgegenbrachte, zu Gunsten seiner Getreideversorgung nicht auf die Getreidehändler verzichten konnte. Es wurde anerkannt, dass Kaufleute über das nötige Wissen und weitreichende Netzwerke verfügten, welche es ihnen ermöglichten, Getreide auch aus weiter entfernten Regionen erhandeln und in das eigene Gebiet bringen zu können.¹³³⁸ Diese Fähigkeiten und das ökonomische Wissen der Kaufleute wollte man sich zunutze machen. So fungierten Händler beispielsweise in Kurhannover als inoffizielle Berater der Landesregierung und wurden in wirtschaftlichen Fragen gerne zu Rate gezogen.¹³³⁹ Auch in praktischer Hinsicht nutzte die Tätigkeit der Händler der Bevölkerung, da sie Getreide ins Land brachten. In der Theorie unterschied man zwischen „gutem“ und „schlechtem“ Getreidehandel. Joachim Diederich Lichtenstein führte diese Trennung in seinem Beitrag zur Frage

¹³³⁷ Pfeiffer, Johann Friedrich von: Natürliche aus dem Endzweck der Gesellschaft entstehende Allgemeine Policeiwissenschaft. Erster Theil. Frankfurt am Main 1779. S. 307.

¹³³⁸ S. dazu: Gerstenberger, Heide: Markt und Gewalt. Die Funktionsweise des historischen Kapitalismus. Münster 2017. S. 63. S. auch: Bühler, Netzwerke. S. 72.

¹³³⁹ Becker, Commerz. S. 63-64.

des freien Getreidehandels aus: „Der Kornhandel [...] wird sodann schädlich, wenn er von dem Eigennutz regieret wird, und dieser von dem Publico verlangt, daß es ihm einen bis in das unendliche steigenden freyen Gewinn lassen soll [...]. Er ist andern Theils nützlich, wenn ihn die Menschenliebe leitet, und diese den freyen Markthandel dem Nächsten durch zeitige Zufuhr und durch billige Preise angedeihen läßt [...].“¹³⁴⁰ Da die meisten der heimischen Getreidehändler sich offenbar eher der Menschenliebe als dem Eigennutz verpflichtet fühlten, oder dies zumindest glaubhaft machen konnten, wurden Getreidehändler in Braunschweig-Wolfenbüttel daher nicht zu negativ gesehen. Da der Geheime Rat grundsätzlich am frei(er)en Getreidehandel interessiert war, wurde es begrüßt, wenn Getreidehändler im Land agierten und Korn in die Städte brachten.¹³⁴¹ Dementsprechend wurden sie in der Regel zwar kontrolliert, aber nicht zu hart angegangen, um den Getreidehandel nicht zu hemmen. Besonders in krisenhaften Zeiten besaßen Getreidehändler eine durchaus starke Verhandlungsposition und konnten ihre Interessen auch gegenüber der Regierung energisch vertreten.

Im Untersuchungszeitraum gab es in Braunschweig-Wolfenbüttel verschiedene Gelegenheiten, bei denen sich die Regierung der Kontakte und Erfahrungen der Getreidehändler bediente, um die Getreideversorgung des Landes zu sichern. Der Nutzen der Getreidehändler lässt sich dabei auf drei Hauptzwecke eingrenzen:

1. Informationen einholen und Handelskontakte herstellen
2. Beschaffung von Getreide für die Magazine
3. Versorgung der Bevölkerung mit Getreide

Kaufleute verfügten über weitreichende und häufig über lange Zeit gepflegte Netzwerke, welche sich deutlich über die eigene Heimat hinaus erstreckten. Durch den regelmäßigen Briefwechsel mit Familienmitgliedern oder Geschäftspartnern an entfernten Handelsplätzen, erfuhren sie Neuigkeiten, welche auch die aktuellen Marktgegebenheiten einschlossen. Sie erhielten Informationen über Ernteauffälle, ein- und ausgehende Lieferungen, soziale Unruhen oder politische Umbrüche. Auch die Getreidepreise an den jeweiligen Handelsplätzen wurden

¹³⁴⁰ Lichtenstein, Zweifel. S. 29.

¹³⁴¹ Albrecht, Eingriffe. S. 727.

unter den Kaufleuten regelmäßig ausgetauscht und Preislisten versandt.¹³⁴² In Zeiten normaler oder guter Versorgung war dies weniger wichtig, da der Getreidebedarf aus dem näheren Umland gedeckt werden konnte. Der Fernhandel mit Getreide war bis in das 19. Jahrhundert hinein, verglichen mit dem Handel im lokalen Umland, eher unbedeutend.¹³⁴³ Während Versorgungskrisen allerdings war dies umso wichtiger, da in solchen Zeiten Getreide von weiter gelegenen Handelsplätzen angekauft werden musste, um den Getreidebedarf des Landes zu decken. Zusätzlich verfügten Kaufleute häufig auch über Informationen zum heimischen Getreidemarkt, welche über das offensichtliche und öffentliche Geschehen hinausgingen. Trotz aller gegenteiliger Bemühungen seitens der Obrigkeit blieb der Handel nicht auf die festgelegten Zeiten und Orte bestimmt.¹³⁴⁴ Viele Absprachen geschahen außerhalb dieser Räume und blieben nicht eingeweihten Personen daher verborgen.

In Braunschweig-Wolfenbüttel nutzte man die Expertise und die Netzwerke der Kaufleute wiederholt, um sich, besonders während Krisenzeiten, Informationen zu Getreidevorräten, Ankaufmöglichkeiten und Getreidepreisen im Ausland zu beschaffen. Zu Beginn des Jahres 1757 sollte der Holzmindener Amtsrat und Gerichtsschultheiß, Anton Ulrich Büttner, Getreide aus „den benachbarten Landen“, zur Versorgung der Bevölkerung aufkaufen. Da die meisten Länder Exportverbote verhängt hatten, sollte die Transaktion „unter der Hand“ geschehen.¹³⁴⁵ Aus Braunschweig erhielt Büttner die Anweisung, sich vorab mit dem „Kauffmann Meyer“ zu besprechen, der dabei „gute Dienste“ leisten könne.¹³⁴⁶ Offenbar wurde dem Kaufmann zugestanden, über weitergehende Informationen zu verfügen. Die geheim durchzuführende Transaktion schien, darauf deuten zumindest die unbestimmten Formulierungen hin, noch nicht vollends durchdacht zu sein. Vom Kaufmann erhoffte man sich daher Informationen zu Ankaufgelegenheiten oder günstigen Preisen. Auch im Sommer 1772 holte man bei einem geplanten Getreideankauf zunächst den Rat der Kaufmannschaft ein. Obwohl im Spätsommer des Jahres die Hoffnung auf eine gute Ernte wuchs, war die Lage nach wie vor von Getreidemangel und hohen Preisen geprägt. Das in den Braunschweiger Magazinen vorrätige Getreide

¹³⁴² Bühler, Netzwerke, S. 72.

¹³⁴³ Achilles, Belastung, S. 45.

¹³⁴⁴ Bühler, Netzwerke, S. 87.

¹³⁴⁵ Schreiben Herzog Karl an A. U. Büttner. 22.02.1757. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13411. Bl. 93r-93v. Hier Bl. 93v.

¹³⁴⁶ Ebd.

reichte nicht aus, um neben der Stadtbevölkerung auch noch die ansässigen Bäcker zu versorgen, welche über fehlende Vorräte geklagt hatten.¹³⁴⁷ Daher musste Getreide zugekauft werden. Der Braunschweiger Bürgermeister Koch wurde zu diesem Zweck beauftragt, Rücksprache mit den ortsansässigen Kaufleuten zu halten. Diese sollten in Erfahrung bringen, wo es noch Getreide zu kaufen gebe und welchen Preis man dafür zahlen müsse.

Es zeigt sich, dass man in Braunschweig-Wolfenbüttel auf den Rat der Kaufleute zurückgriff, besonders wenn eine Versorgungskrise bereits länger andauerte. Zu einem solchen Zeitpunkt waren die üblichen Quellen für den Ankauf von Getreide häufig bereits ausgeschöpft worden und es war nur schwer möglich, noch Getreide zu einem annehmbaren Preis anzukaufen. Es wurde daher darauf gehofft, dass Getreidehändler über Informationen verfügten, welche den Regierungsmitgliedern nicht zugänglich waren. Diese vertrauten auf die Kompetenz und Expertise der Händler. Eine weitere wichtige Quelle für Informationen und die Knüpfung von Handelskontakten stellten die so genannten Kammeragenten dar. Diese gehörten nicht im eigentlichen Sinne zur Gruppe der Getreidehändler, nahmen aber eine wichtige Rolle ein und sollen daher an dieser Stelle ebenso Erwähnung finden. Die Kammeragenten, auch Hoffaktoren genannt, waren für die Landesregierung tätige Kaufleute, welche die Beschaffung verschiedener Waren oder finanzieller Mittel organisierten. Da es sich häufig um Menschen jüdischen Glaubens handelte, wurden sie zeitgenössisch auch als „Hofjuden“ bezeichnet.¹³⁴⁸ „Hofjude“ stellte allerdings keine Funktionsbezeichnung dar, sondern markierte zunächst einen Rechtsstaus und die Ausstattung mit bestimmten Privilegien. Manche Hoffaktoren lebten direkt am Hof, andere nahmen Aufgaben in weiter entfernten Landesteilen oder zeitweilig im Ausland wahr. In einigen Fällen waren sie auch für mehrere Höfe zugleich tätig.¹³⁴⁹

Für den Hof in Braunschweig-Wolfenbüttel waren während des Untersuchungszeitraums mehrere Kammeragenten tätig, welche die Regierung bei der Frage des Getreideankaufs unterstützten. Alexander David war als Hof- und Kammeragent für fünf Braunschweiger Herzöge tätig. Zu Beginn des 18. Jahrhunderts diente er bereits Herzog Anton Ulrich und von 1735 bis

¹³⁴⁷ Schreiben Herzog Karl an Bürgermeister Koch. 25.08.1772. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13474. Bl. 15r-15v.

¹³⁴⁸ Obwohl die Hoffaktoren zumeist Männer waren, gab es in der Frühen Neuzeit auch vereinzelt Frauen, die diese Position innehatten. Meist waren dies Witwen, welche nur über einen begrenzten Zeitraum als Hoffaktoren tätig waren. Es gab aber auch Ausnahmen, so beispielsweise Karoline Kaulla, bekannt als Madame Kaulla, welche seit 1768 Hoffaktorin am Württembergischen Hof war. S. dazu: Ries, Rotraud: „Unter Königen erwarb sie sich einen großen Namen“: Karriere und Nachruhm der Unternehmerin Madame Kaulla (1739-1809). In: Aschenas. Zeitschrift für Geschichte und Kultur der Juden. 17 (2007) H.2. S. 405-430.

¹³⁴⁹ Ries, Rotraud: Hoffaktoren. In: Diner, Dan (Hg.): Enzyklopädie jüdischer Geschichte und Kultur. Bd. 3 He-Lu. Stuttgart/Weimar 2012. S. 85-89.

zu seinem Tod im Jahr 1765 arbeitete David unter Herzog Karl. Alexander David gewann großen Einfluss und begründete eine neue jüdische Gemeinde in Braunschweig, nachdem die Juden und Jüdinnen in der Mitte des 16. Jahrhunderts aus Braunschweig vertrieben worden waren. David verfügte über ausgezeichnete Kontakte in verschiedene Nachbarländer, wozu auch beitrug, dass zwei seiner Brüder in Hannover und Kassel ebenfalls als Kammeragenten tätig waren. Sein Nachfolger wurde der aus Wolfenbüttel stammende Herz Samson.¹³⁵⁰ In einigen Fällen nahm man in Braunschweig auch die Dienste von Johann Adolph Winter in Anspruch, eines Agenten, der auch in Diensten Hannovers stand. Besonders während des Siebenjährigen Krieges engagierten sich die Kammeragenten auch für den Ankauf von Getreide und nutzten ihre weit verzweigten Handelskontakte. Im Januar 1757 beriet und unterstützte Kammeragent Alexander David den Hofrat Isenbart bei dem Ankauf größerer Mengen Getreide aus „benachbarten landen“.¹³⁵¹ Im Frühjahr 1757 schrieb Johann Adolph Winter aus Amsterdam nach Braunschweig. Im Herzogtum suchte man nach Möglichkeiten Getreide anzukaufen und hatte dabei auch die niederländische Stadt ins Auge gefasst. Winter berichtete, dass, obwohl die Ausfuhr aus Amsterdam derzeit verboten sei, sich die Situation schon bald ändern könne, da die ansässigen Getreidehändler bei der Obrigkeit intensiv um die Aufhebung des Verbotes ersuchten. Allerdings musste der Agent auch vermelden, dass die Getreidepreise seit einigen Tagen deutlich anstiegen und schickte zur weiteren Orientierung eine ausführliche, aktuelle Preisliste mit.¹³⁵² Das Schreiben Winters datierte auf den 30. April 1757, beigelegt hatte der Agent Preislisten vom 25. und 29. des Monats. Die in niederländischer Sprache gehaltenen Dokumente enthielten vorgedruckte Listen für die wichtigsten Getreidesorten Weizen, Roggen, Gerste und Hafer sowie für Buchweizen und Bohnen. Dabei wurde nach Herkunft und Spezifikation des Getreides unterschieden. Die aktuellen Preise konnten händisch eingetragen werden, was Winter auch getan hatte.

¹³⁵⁰ Ebeling, Hans-Heinrich: Die Juden in Braunschweig. Rechts-, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte von den Anfängen der Jüdischen Gemeinde bis zur Emanzipation (1282-1848). Braunschweig 1985. S. 135-140; 169-176. Busch, Ralf: The Case of Alexander David of Braunschweig. In: Mann, Vivian B.; Cohen, Richard I. (Hg.): From Court Jews to the Rothschilds. Art, Patronage and Power 1600-1800. München, New York 1996. S. 59-65.

¹³⁵¹ Herzog Karl an Isenbart, Juncker und David. 22.01.1757. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13411. Bl. 93.r.

¹³⁵² J. A. Winter an Herzog Karl. 30.04.1757. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13411. Bl. 114r-114v.

Amsterdam den 25 April 1757 115

De Prijzen van de Gränen zyn

	gal. 't laf.
Poolfe Roode	134. 190. 162
Dito Bonte en Witte	126. 140
Koningsberger	
Heugle en Kibbing	
Statynfe	
Manglenberger	
Bovelandfe	120. 140
Engelfe Roode	
Dito Witte	
Vlaamfe Roode	100. 140
Dito Witte	
Voorlandfe Roode	
Dito Witte	
Franfe Roode en Witte	
Vrieffe	115. 145
Zeeuwfe	130. 165. 100
Rogge.	
Dantziker	140. 192
Koningsberger	140. 190
Moscovifche en Gedroogde	110. 136
Pomer en Statynfe	
Brabantfe en Vlaamfe	
Bruyne en Bovelandfe	126. 134
Deupfe en Voorlandfe	
Engelfe	
Franfe	
Garff.	
Koningsberger en Dantziker	
Gedroogde	
Engelfe	
Zeeuwfe Winter	90. 106
Voorlandfe dito	100. 100
Vrieffe dito	96. 106
Groninger dito	06. 96
Zoomer	
Engels Mout	
Haver.	
Beffe Voer en Brouw	106. 100
Witte Eyder en Voer	104. 104
Bruyne en Swarte	
Bekweyt.	
Amfoortfe en Gooyfe	20. 22
Brabantfe en Vlaamfe	
Poolfe	
Boonen.	
Zeeuwfe en Overmaffe	120. 29.
Groninger en Vrieffe	gl. de Zak.
Witte Boonen	

Abbildung 20: Getreidepreislste aus Amsterdam vom 25.04.1757.¹³⁵³

Hier wird deutlich, dass die Regierung in Braunschweig den Informationen der Agenten vertraute und auf deren Hilfe zurückgriff, um Kaufentscheidungen zu fällen. In diesem Fall konnte Winter, der sich vor Ort aufhielt, vertrauenswürdige Informationen bereitstellen, welche auf anderem Wege kaum zu erhalten gewesen wären. So konnte er beispielsweise über die Stimmung in der örtlichen Kaufmannschaft und wie diese sich auf die weiteren Verordnungen auswirken könne, Bericht erstatten. Auch die Einschätzung der Getreidepreise war von nicht zu unterschätzender Wichtigkeit. Hätte man die Getreidepreise aus Amsterdam zwar auch auf anderem Wege erhalten können, profitierte Braunschweig hier von der erfahrenen Einschätzung der Lage und der prognostizierten weiteren Entwicklung. Dass man den Rat der Agenten schätze, zeigt sich auch darin, dass die Regierung nach dem Bericht Winters von dem zuvor ins Auge gefassten Ankauf in Amsterdam zurücktrat und sich anderweitig umsaß.¹³⁵⁴

Besonders beim Getreideankauf für öffentliche Magazine nahmen die Verantwortlichen in Braunschweig-Wolfenbüttel auch tatkräftige Unterstützung von Kaufleuten in Anspruch. Bei

¹³⁵³ NLA WO, 2 Alt, Nr. 13411. Bl. 115r.

¹³⁵⁴ Herzog Karl an J. A. Winter. 06.05.1757. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13411. Bl. 117r.

der Befüllung von öffentlichen Getreidemagazinen musste stets, zumindest in Teilen, auf eigens angekauftes Getreide zurückgegriffen werden.¹³⁵⁵ Da dieses möglichst nicht dem heimischen Markt entzogen werden sollte, wurden derartige Ankäufe in der Regel im Ausland getätigt. Beim Ankauf für ein öffentliches Magazin mussten also große Mengen Getreide zu einem möglichst günstigen Preis angekauft werden. Diese Aufgabe musste außerhalb des heimischen Territoriums und häufig während einer Versorgungskrise oder Getreideteuerung bewältigt werden. Bei dieser Herausforderung nutzten die Verantwortlichen in einigen Fällen die Expertise der Kaufleute und arbeiteten mit diesen bei der Beschaffung von Magazingetreide zusammen.

Im Sommer 1756 wurde das Amt Gandersheim angewiesen, Getreide für das dortige Magazin anzukaufen, da die Regierung Berichte erreicht hatten, dass es den Menschen dort an Getreide fehle.¹³⁵⁶ Der Ankauf sollte von den lokalen Verantwortlichen selbst organisiert werden, „wozu [...] in Ermangelung anderer Gelegenheit, der Oberamtmann Freyenhagen zu Wickensen oder der Kaufmann Floto zur Trahn werden Anleitung geben können.“¹³⁵⁷ Den Verantwortlichen für das Gandersheimer Magazin wurde offenbar nicht zugetraut, den Ankauf des benötigten Getreides alleine zu bewerkstelligen, so dass ihnen Hilfe an die Seite gestellt wurde. Dabei wurden ein Oberamtmann und ein Kaufmann als gleichermaßen akzeptable Unterstützer genannt, was darauf hindeutet, dass deren Expertise, zumindest in der Not, als vergleichbar angesehen wurde. Freyenhagen organisierte in den Jahren 1756 und 1757 mehrfach selbstständig den Ankauf und Transport größerer Mengen Getreide.¹³⁵⁸ Flotho gehörte zu einer alteingesessenen Kaufmannsfamilie.¹³⁵⁹ Tatsächlich hatten also beide Männer Erfahrungen im internationalen Ankauf von größeren Mengen Getreide und dabei auch schon zusammengearbeitet. Offenbar wurde hier also ein Kaufmann als vertrauenswürdiger Unterstützer öffentlicher Anliegen wahrgenommen und diesbezüglich auch konsultiert. In verschiedenen Magazinplänen wurde die Unterstützung der Kaufleute von vorneherein einkalkuliert. Als in den 1760er Jahren innerhalb der Regierung verschiedene Ideen zur Anlegung öffentlicher Magazine diskutiert wurden, wurden bei der Frage der Beschaffung des nötigen Getreides immer

¹³⁵⁵ Vgl. Kapitel 3.2.2

¹³⁵⁶ Herzog Karl an Amt Gandersheim. 18.06.1756. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13401. Bl. 14r-14v.

¹³⁵⁷ Ebd. Bl. 14v.

¹³⁵⁸ Vgl. z.B: Schreiben Oberamtmann Freyenhagen an Regierung Braun.-Wolf. 13.06.1756. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13411. Bl. 8r.

¹³⁵⁹ Die Familie Flotho führte im Dorf Linse eine Spedition, in der mit Waren gehandelt wurde, welche auf der Weser ankamen. Venturini, Braunschweig. S. 326.

wieder feste Lieferungsvereinbarungen mit Getreidehändlern vorgeschlagen, allerdings ohne, dass darauf Taten gefolgt wären.¹³⁶⁰ Auch der besonders an Themen der Getreideversorgung interessierte Hofrat Johann Friedrich Unger schlug in einem Magazinplan aus dem Jahr 1764 vor, zur Befüllung der Magazine „mit ein oder dem anderen Kornhändler zwischendurch Lieferungscontracte zu schließen [...]“¹³⁶¹ Diese Vorschläge kamen stets aus den Reihen von Regierungsmitgliedern und tauchten in Magazinplänen von außerhalb nicht auf. Den Eingeweihten war es wohl bewusst, dass die Magazine nicht mit vorrätigem Korn betrieben werden konnten und dass auch Ideen wie eine Beteiligung der Bäcker nicht praktikabel waren. Es war deutlich geworden, dass Getreide zugekauft werden musste und es darum ging, diesen Ankauf möglichst vorteilhaft zu gestalten. Bei der Planung vieler öffentlicher Magazine war also der Gedanke schon angelegt, sich zur Beschaffung des Getreides die Unterstützung von Kaufleuten zu sichern. Als nach der Gründung der Kornmagazinkommission im Jahr 1773 sogleich Planungen für ein langfristiges öffentliches Magazin aufgenommen wurden, wurden bei der Frage der Getreidebeschaffung auch die Kaufleute in den Blick genommen. Das nötige Korn sollte unter der Hand angekauft werden und möglichst dort besorgt werden, wo es dem heimischen Markt nicht entzogen würde. Zur Organisation des Ankaufs wurde eine Liste von Personen angefertigt, von denen bekannt war, dass sie entsprechende Kontakte hatten und denen man den Ankauf großer Mengen zu günstigen Preisen zutraute. Darunter waren auch mindestens vier Kaufleute. Allerdings beschloss die Kommission, die Kaufmannschaft Braunschweigs zunächst vom Einkauf fernzuhalten und listete daher lediglich Händler aus Helmstedt, Schöningen und Pabstorf.¹³⁶² Da das Projekt in seiner Planungsphase noch nicht zu bekannt werden sollte, wurde eventuell befürchtet, dass eine Einbeziehung Braunschweiger Kaufleute die Geheimhaltung verkomplizieren würde. Eventuell bestand auch die Sorge, dass das von den Kaufleuten der Hauptstadt für das Magazin erstandene Korn dann der Stadtbevölkerung fehlen könne, da auch die Händler keine unbegrenzten Möglichkeiten des Kornankaufs hatten und auf vertraute Handelsgelegenheiten zurückgriffen. Kaufleute wurden also ganz selbstverständlich in die Planungen miteinbezogen, die Verantwortlichen rechneten mit ihrer Unterstützung. Offenbar war diese Zusammenarbeit zielführend, denn die von der

¹³⁶⁰ S. z.B.: Zusammenfassung der Magazinkonferenz vom 03.04.1764. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13467. Bl. 15r-17v. Hier Bl. 15v.

¹³⁶¹ J. H. Unger: Die Getraid Magazins Anstalten für die Stadt Braunschweig betreffend. 10.05.1764. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13467. Bl. 35r-62r. Hier Bl. 35v.

¹³⁶² Protokoll der Konferenz der Kornmagazinkommission. 18.12.1773. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13492. Bl. 13r-16v.

Kornmagazinkommission angelegten Magazine in Braunschweig trugen für einige Jahre zur Getreideversorgung der Hauptstadt bei.

Allerdings lief die Zusammenarbeit mit Getreidehändlern nicht in jedem Fall zufriedenstellend für alle Beteiligten ab. In der ersten Hälfte des 1750er Jahre waren in Braunschweig-Wolfenbüttel einige öffentliche Magazine eingerichtet worden, so auch in Wolfenbüttel.¹³⁶³ Das dortige Policeyamt war von der Regierung mit der Organisation der Einrichtung und dem Ankauf des nötigen Getreides beauftragt worden. Die lokalen Akteure wollten hierzu mit dem örtlichen Kaufmann Johann Christian Bruns zusammenarbeiten, der das Korn beschaffen sollte. Bruns unterhielt regelmäßige Handelskontakte ins benachbarte Ausland und erschien daher befähigt, der verantwortungsvollen Aufgabe des Kornankaufes nachzukommen. Allerdings kam es bei der Zusammenarbeit zwischen Händler und Vertretern des Policeyamtes immer wieder zu Problemen. Im Frühjahr 1754 mussten sich die Wolfenbütteler Akteure vor Herzog Karl für ihre „unverantwortliche Nachlässigkeit“ rechtfertigen, da es versäumt worden war, Nachschub für das Magazin anzukaufen.¹³⁶⁴ Diese schoben die Schuld allerdings auf den Kaufmann Bruns, dem es nicht gelungen sei, das geforderte Getreide zu beschaffen. Die Möglichkeit in den benachbarten preußischen Gebieten einzukaufen, auf die der Herzog in einem Schreiben hingewiesen hatte, war Bruns laut Aussage des Policeyamtes nicht geläufig gewesen und somit auch nicht geprüft worden.¹³⁶⁵ Offenbar war die Regierung in diesem Fall besser informiert als der zurate gezogene Händler, was dessen Expertise als unzureichend erscheinen ließ. Hier hatte ein Händler die in ihn gesetzten Erwartungen nicht erfüllt. Er war nicht in der Lage seine Handelskontakte gewinnbringend einzusetzen und konnte weder Informationen zu etwaigen Ankaufmöglichkeiten noch das benötigte Getreide beschaffen. Ob die geäußerten Vorwürfe tatsächlich der Wahrheit entsprachen, oder das gerügte Policeyamt den eigensinnigen Kaufmann als willkommenen Sündenbock für eigenes Versagen nutzte, muss letztendlich offenbleiben. Die Zusammenarbeit mit Bruns wurde allerdings zunächst aufrechterhalten. Im Februar 1755 beendete das Policeyamt die Zusammenarbeit mit dem Händler dann endgültig, da es zu Unstimmigkeiten über dessen Entlohnung gekommen war. Bruns habe einen täglichen Lohn von drei Talern verlangt. Diese Forderung erschien den Verantwortlichen allerdings

¹³⁶³ Vgl. dazu Kapitel 3.2.1 und 3.2.2.

¹³⁶⁴ Schreiben Herzog Karl an Policeyamt Wolfenbüttel. 01.06.1754. NLA WO, 2 Alt. Nr. 13384. Bl. 98r. Im April des Jahres war die versäumte Beschaffung von Nachschub erstmals gerügt worden. Vgl. Schreiben Herzog Karl an Policeyamt Wolfenbüttel. 23.04.1756. Ebd. Bl. 92r-92v.

¹³⁶⁵ Schreiben Policeyamt Wolfenbüttel an Herzog Karl. 11.05.1754. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13384. Bl. 95r-97r.

unmäßig, vor allem, da er dafür lediglich den Ankauf des Getreides organisiert habe. Mit der weiteren „administration [habe Bruns] aber nichts zu thun haben wollen,“ obwohl das Policyamt eine engagierte Mitarbeit gewünscht habe.¹³⁶⁶ Von involvierten Kaufleuten wurde also teilweise auch erwartet, dass sie sich über den reinen Getreideankauf hinaus in die Organisation der Magazine einbrachten. Offenbar war das für diese aber keine besonders attraktive Option, da die Organisation öffentlicher Magazine mit zahlreichen Aufgaben, fern ihres eigentlichen Betätigungsfeldes verbunden war. Zudem scheint es auch finanziell nicht in jedem Fall lohnenswert gewesen zu sein: Die Gebrüder Krause, in Braunschweig tätige Kaufleute, hatten im Jahr 1771 für das Braunschweiger Krisenmagazin wiederholt größere Mengen Getreide angekauft und geliefert. Allerdings gab es Schwierigkeiten bei der Bezahlung der Ware. Die Magazinverantwortlichen wandten sich im September 1771 an die Regierung, um zu berichten, dass man den Kaufleuten noch eine Summe von knapp 1.000 Taler schulde und nicht wisse woher das Geld zu nehmen sei.¹³⁶⁷

In einigen Fällen konnten Kaufleute in Braunschweig-Wolfenbüttel aber sogar von den öffentlichen Magazinen profitieren. Als im Sommer 1775 die Getreidepreise anstiegen, wurden die Braunschweiger Mehlhändler aus dem städtischen Magazin versorgt. Aus einer Nachricht an Münchhausen, den Vorsitzenden der Kornmagazinkommission, geht hervor, dass die städtischen Mehlhändler bis zum 21. Juni 1775 bereits 12 Wispel Roggen aus den Vorräten des Magazins erhalten hatten.¹³⁶⁸ Verglichen mit den Mengen, welche beispielsweise die Bäcker erhielten, war dies zwar nicht viel, zeigt aber, dass auch Händler im Zweifelsfall von den gespeicherten Vorräten profitieren konnte, wenn sie selbst nicht in der Lage waren, Getreide zu beschaffen. Allerdings geschah dies wohl nicht aus Sorge um die finanzielle und geschäftliche Sicherheit der Händler. Vielmehr sollte die Mehlversorgung der Stadtbevölkerung aufrechterhalten werden, um Unruhen zu vermeiden.

In der Regel wurde von Getreidehändlern im untersuchten Zeitraum allerdings erwartet, aktiv zur Getreideversorgung des Landes beizutragen. Aus Sicht der Regierung war es ein großer Nutzen, dass Händler in der Lage waren, während Versorgungskrisen Getreide ins Land und

¹³⁶⁶ Policyamt Wolfenbüttel an Herzog Karl. 05.02.1755. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13384. Bl. 107r-109v.

¹³⁶⁷ Kammerrat Bokelmann und Bürgermeister Koch an Herzog Karl. 28.09.1771. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13492. Bl. 6r-7r.

¹³⁶⁸ Schreiben an Münchhausen. 21.06.1775. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13491. Bl. 35r. In einem Schreiben aus dem Juli 1775 ist hingegen von einer Menge von vier Wispeln die Rede. Schreiben Hinze an Münchhausen. 17.07.1775. NLA WO 2 Alt Nr. 13491. Bl. 44r. Warum die Menge nach unten korrigiert wurde und welche Ausgabemenge korrekt ist, muss offenbleiben.

dabei besonders in die Städte zu bringen. Dazu wurden sie in mehreren Fällen auch explizit aufgefordert. Im Winter 1770 bereitetet man sich in Braunschweig nach der schlechten Ernte des Herbstes auf die kommenden Monate vor und bemühte sich einen Getreidevorrat anzulegen. Dazu berichtete der Braunschweiger Bürgermeister Koch, dass er örtliche Kaufleute „dazu aufgemunter[t]“ habe, Getreide „wo auch nur immer möglich aus [dem] Mecklenburgischen“ zu holen und nach Braunschweig zu bringen.¹³⁶⁹ Ein Jahr später hatte sich der Getreidemangel im Land weiter verschärft und es gab abermalig Bestrebungen Getreide aus dem Ausland anzukaufen, um die Bevölkerung zu versorgen. Im November kursierte das Gerücht, dass Getreide aus den Gegenden um Paderborn und Lippe günstig unter der Hand zu bekommen sei, da die dortige Bevölkerung nach Absatzmöglichkeiten im Ausland suche, um einen höheren Profit zu erreichen.¹³⁷⁰ Diese Möglichkeit wurde von der Einwohnerschaft Braunschweig-Wolfenbüttels gerne angenommen, welche das angebotene Getreide in nächtlichen Aktionen in ihr Heimatterritorium brachte. Der Holzmindener Landdrost Johann Gottlob von Meyern wollte diese Gelegenheit ebenfalls nicht verstreichen lassen und beabsichtigte, dort so viel Getreide wie möglich anzukaufen und dieses nach Holzminden zu bringen. Dabei bediente er sich der Hilfe verschiedener Kaufleute. Der Landdrost beauftragte die Holzmindener Handelssozietät Kalm & Co., einen Holzmindener Kaufmann namens Meyer sowie einen als „Schutzjuden“ bezeichneten Händler namens Itzig, damit, Getreide aus den fraglichen Gebieten nach Braunschweig-Wolfenbüttel zu holen. Allerdings wollte in diesem Fall keiner der aufgeforderten Händler das „Risico“ eingehen, da die Ausfuhr bei Strafe der Konfiskation verboten sei und an den Grenzen streng kontrolliert werde. Da zudem alle fraglichen Verkäufer Bezahlung im Voraus forderten, war das Wagnis zu hoch und keiner der Kaufleute wollte riskieren, Geld zu verlieren. Alle angefragten Händler lehnten also den Handel ab. Die Handelssozietät Kalm & Co. bot stattdessen an, Getreide aus Bremen auf eigene Rechnung anzukaufen und dies dann an den Landdrosten weiter zu veräußern.

Getreidehändler waren also durchaus bereit, aktiv zur Versorgung der Bevölkerung beizutragen und ihre Handelskontakte zu nutzen, um Getreide aus dem Ausland zu besorgen. Dies taten sie aber nicht aus reinem Gemeinsinn, sondern wollten von dem Geschäft ebenso profitieren. Der Fall aus dem November 1771 zeigt, dass Kaufleute bei derartigen Ansinnen eine

¹³⁶⁹ Bürgermeister Koch an Herzog Karl. 12.12.1770. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13474. Bl. 2r-4r.

¹³⁷⁰ Vgl. für das Folgende: J. G. von Meyern an Regierung Braunschweig. 30.11.1771. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13476. Bl. 96r-96v.

Risikoabwägung vornahmen und das Geschäft lediglich dann durchführten, wenn es ihnen lohnend erschien. Die Gefahr Verluste zu machen, hielt sie hingegen vom Abschluss des Handels ab, auch wenn sie dazu aufgefordert worden waren. Das Gegenangebot der Holzminde-ner Handelssozietät zeigt aber, dass die meisten Kaufleute bereit waren zu kooperieren und an Geschäften mit der Landesregierung und den lokalen Obrigkeiten interessiert waren.

Stimmten die Bedingungen nicht, zeigten sich Kaufleute aber auch gänzlich ablehnend. Im Frühjahr 1754 wollte die Landesregierung Braunschweig-Wolfenbüttels den Wolfenbütteler Kornhandel nach Braunschweig umleiten. In einem Schreiben Herzog Karls an den Vizekommissar des Packhauses, Florian Umme, wurde festgestellt, dass der Kornabsatz in Wolfenbüttel gesunken sei. Um die Zufuhr aber nicht in andere Länder abfließen zu lassen, sollten die Wolfenbütteler Kaufleute Getreide in ihrer Heimatstadt ankaufen und dieses nach Braunschweig bringen lassen, wenn der Getreidepreis in Wolfenbüttel niedriger als der in Braunschweig sei.¹³⁷¹ Der Hintergrund dieser Idee war es wohl, dass die fürstliche Residenz im Jahr 1753 von Wolfenbüttel nach Braunschweig verlegt worden war. Im Zuge dieser Umstrukturierung war die Bevölkerungszahl Wolfenbüttels gesunken und damit wohl auch der Getreidekonsum und -Absatz. Zusätzlich war Braunschweig als neue Residenzstadt mehr in den Fokus der Getreideversorgung gerückt und sollte nun gegenüber Wolfenbüttel privilegiert werden. Bei dieser Idee sollte die örtliche Kaufmannschaft tatkräftig mitarbeiten und ihre Kontakte und Fähigkeiten zur Realisierung einsetzen. Im Antwortschreiben des Packhauskommissars wurde aber deutlich, dass die Kaufleute nur wenig von der Idee des Herzogs hielten und zu diesen Bedingungen nicht bereit waren, unterstützend tätig zu werden.¹³⁷² Umme berichtete, dass er mit diversen Händlern gesprochen habe, diese dem Vorschlag aber alle ablehnend gegenüberstanden und sich an einer derartigen Unternehmung nicht beteiligen wollten. Die Händler waren der Meinung, dass das Getreide in Wolfenbüttel tendenziell sogar teurer sei als in Braunschweig und der Vorschlag der Regierung daher mit „Schaden und Kosten“ für die Wolfenbütteler verbunden sei.¹³⁷³ Die Kaufleute plädierten stattdessen dafür, Getreide von Braunschweig nach Wolfenbüttel kommen zu lassen.¹³⁷⁴ Die Idee wurde daraufhin nicht weiterverfolgt.

¹³⁷¹ Herzog Karl an F. Umme. 30.04.1754. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13384. Bl. 94r.

¹³⁷² F. Umme an Herzog Karl. 04.07.1754. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13384. Bl. 99r-105v.

¹³⁷³ Ebd. Bl. 100r.

¹³⁷⁴ Ebd. Bl. 100r-100v.

Im Spätsommer 1761 bereitete sich Braunschweig-Wolfenbüttel auf eine drohende Belagerung der Hauptstadt vor, da die französischen Truppen, welche 1758 aus dem Landesgebiet vertrieben worden waren, die Grenzen erneut überschritten hatten.¹³⁷⁵ Zu diesem Zweck sollte in Braunschweig so viel Getreide und Mehl wie möglich angesammelt werden, um eine drohende Einschließung zu überstehen. Aus allen Landesteilen sollten Lebensmittel in die Stadt gebracht werden und auch die städtischen Kornhändler sollten ihren Teil beitragen. Obwohl die Angelegenheit eigentlich keinen Aufschub duldete, kam es bei der Zusammenarbeit mit den Händlern und auch bei deren Zusammenarbeit untereinander zu Problemen. Der Braunschweiger Stadt Magistrat musste im September 1761 berichten, dass die angefragten „Entrepreneurs“ Schwierigkeiten machten, nicht bereit waren feste Lieferkontrakte zu schließen und sich vor allem in der Preisfrage unnachgiebig zeigten.¹³⁷⁶ Im Oktober wurden dann endlich einige Händler gefunden, welche bereit waren Mehl und Getreide zu den gewünschten Konditionen zu beschaffen. Es handelte sich um die jüdischen Händler Philip Abraham, Meyer Levi und Hirsch Joseph.¹³⁷⁷ Diese baten sich allerdings aus, nicht mit den anderen „Entrepreneurs“ zusammenarbeiten zu müssen, da sie von diesen Handelshemmnisse und Schikanen befürchteten.¹³⁷⁸ Die Regierung war mit der Beauftragung der jüdischen Kaufleute einverstanden und gestattete diesen den Handel. Allerdings unter der Einschränkung, dass die Erlaubnis nur für die aktuelle Phase der Not gelte und wieder aufgehoben werde, sobald der Normalzustand wiederhergestellt sei.¹³⁷⁹ An diesem Fall wird deutlich, dass einige Kaufleute auch während einer akuten Notlage nicht bereit waren Kompromisse zu machen oder auf Gewinn zu verzichten. Obwohl die Stadt von einer fremden Armee bedroht wurde, verhandelten die Getreidehändler unnachgiebig und verzichteten eher auf den Abschluss des Geschäfts, anstatt Zugeständnisse zu machen. Darüber hinaus zeigt sich seitens der Regierung sowie der städtischen Kaufmannschaft eine Haltung, die eine deutliche Judenfeindlichkeit offenbart. Die Expertise der jüdischen Händler wurde mangels Alternativen und aufgrund der fehlenden Kooperationsbereitschaft der christlichen Händler gerne genutzt. Die Zusammenarbeit mit ihnen

¹³⁷⁵ Oberschelp, Politische Geschichte. S. 86-89.

¹³⁷⁶ Bürgermeister und Rat Braunschweig an Regierung. 29.09.1761. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13449. Bl. 4r-4v.

¹³⁷⁷ Keiner dieser Männer befasste sich hauptberuflich mit dem Kornhandel. Philipp Abraham war ein Petschierstecher, welcher in den 1760er Jahren eine Fabrik in Schöppenstedt gründete, in der Hanfleinen, Leinen und Baumwolle verarbeitet wurden. Hirsch Joseph war ein Rubin- und Steinschleifer. Meyer Levi hatte im Jahr 1758 eine Konzession für eine Spitzenfabrik erhalten. S. dazu: Ebeling, Juden. S. 185, 190, 212. Offenbar waren die drei Männer aber dennoch in der Lage Getreide zu besorgen.

¹³⁷⁸ Bürgermeister und Rat Braunschweig an Regierung. 29.10.1761. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13449. Bl. 11r-12r.

¹³⁷⁹ Herzog Karl an Magistrat Braunschweig. 31.10.1761. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13449. Bl. 13r.

wurde jedoch lediglich in der Not als akzeptabel angesehen. Die Erwähnung von Schikanen durch die etablierten Kaufleute seitens der jüdischen Händler lassen erahnen, wie stark ihr Alltag und ihr Geschäftsleben durch Diskriminierung erschwer wurde.

In einigen Fällen nutzen Kaufleute die starke Position, in der sie sich besonders während Versorgungskrisen befanden, aus, um im Gegenzug für die Kornbeschaffung eigene Vorteile herauszuschlagen. Zu Beginn des Jahres 1762 litten die Menschen in Braunschweig-Wolfenbüttel unter hohen Getreidepreisen.¹³⁸⁰ Täglich baten Menschen, welche kein Getreide mehr hatten, in Braunschweig um Unterstützung. Darunter waren auch zahlreiche Personen, welche nicht aus der Stadt selbst, sondern vom umliegenden „platten Land“ kamen.¹³⁸¹ Der Vizekommissar des Packhauses, Florian Umme, berichtete Heinrich Bernhard Schrader von Schliestedt von dieser schwierigen Lage und schlug vor, dass man die Versorgungssituation verbessern könne, wenn die städtische Kaufmannschaft einbezogen werde. Die Getreidehändler wären laut Umme sicherlich in der Lage „aus dem Anhaltischen und Brandenburgischen vielen Getreide herein[zu]ziehen.“¹³⁸² Allein die Kaufleute Lüttge und Compagnie könnten laut eigener Angabe „500 bis 600 Wispel aus dem Anhaltschen kommen lassen.“¹³⁸³ Allerdings glaubte der Packhauskommissar, dass die Händler sich wohl eher dazu bereit erklären würden, wenn es ihnen im Gegenzug gestattet würde, das Getreide auch auf dem Land frei zu verkaufen. Umme schlug also vor, in diesem Fall die konsequente Bevorzugung der Städte und den Marktzwang auszusetzen und den Händlern zu erlauben, ihre Waren auch außerhalb der festgelegten Orte und Zeiten anzubieten. Die Kaufleute müssten sich allerdings eidlich verpflichten die Erlaubnis nicht „mißbräuchlich [...] sondern zum Soulagement der Landes Unterthanen“ anzuwenden.¹³⁸⁴ Wahrscheinlich hatte der Packhauskommissar sich zuvor mit einigen Kaufleuten besprochen und diesen Vorschlag ausgearbeitet. Darauf deutet auch die konkrete Nennung des Angebotes von Lüttge und Compagnie hin. Die betreffenden Händler scheinen Umme diese Bedingung genannt zu haben, der sie dann an die Regierung weitergab. Offenbar stieß der Vorschlag dort auf Interesse. Umme erhielt den Auftrag, die Kaufleute genauer dazu zu befragen und weiter Bericht zu erstatten.¹³⁸⁵ Einige Tage später hatte der Packhauskommissar sich

¹³⁸⁰ Vgl. Kapitel 2.3.

¹³⁸¹ F. Umme an H. B. Schrader von Schliestedt. 06.01.1762. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13461. Bl. 2r-4r.

¹³⁸² Ebd. Bl. 3r.

¹³⁸³ Ebd. Bl. 3v.

¹³⁸⁴ Ebd. Bl. 3v.

¹³⁸⁵ Herzog Karl an F. Umme. 07.01.1762. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13461. Bl. 5r.

dann mit sechs Kandidaten, welche für das geplante Vorhaben aussichtsreich erschienen, beraten.¹³⁸⁶ Es zeigte sich, dass die befragten Kaufleute zwar durchaus interessiert waren, ihrerseits aber weitere Forderungen stellten. Die Kaufleute Waldorf, Strauß und Böttcher waren bereit, Getreide aus dem Ausland zu erhandeln, wenn sie dies ohne Einschränkungen, auch auf dem Land, verkaufen dürften. Dabei waren sie bereit, sich eidlich zu verpflichten, den Absatz, welchen sie auf dem Land machten, kontinuierlich durch ausländisches Getreide zu ersetzen. Verständlicherweise wollten sie aber keine Garantie darauf geben, dass der Getreidepreis in Braunschweig durch den Verkauf auf dem Land nicht noch weiter steigen werde, obwohl alles getan werde, um dies zu verhindern.¹³⁸⁷ Gänzlich unnachgiebig zeigten die Kaufleute sich bei der Frage der Dokumentation der Geschäfte. Sie waren nicht bereit, die Herkunft des ausländischen Getreides durch Pässe oder Frachtbriefe zu bescheinigen und weigerten sich zudem, sich auf den Ankauf einer bestimmten Menge verpflichten zu lassen. Die Händler gaben an, bislang nie derartige Bescheinigungen gebraucht zu haben, sondern beim Einzug in die Stadt an den Toren lediglich mündlich angegeben zu haben, ob es sich um ausländisches Getreide handle.¹³⁸⁸ Die weiteren befragten Händler, Winckelmann, Krause und Lüttge, gaben alle an, beste Handelsbeziehungen ins Ausland zu unterhalten. Sie boten an „starcke Partheyen ausländischer Früchte“ ins Land zu holen und waren auch bereit deren Herkunft durch die nötigen Unterlagen zu bescheinigen.¹³⁸⁹ Allerdings bestanden auch sie auf der Gewährung gewisser Freiheiten. So verlangten die Kornhändler, das Getreide verkaufen zu dürfen, wo und an wen sie wollten, also auch an ausländische Interessenten und außerhalb der festgelegten Märkte. Könne ihnen dies nicht gestattet werden, könnten sie sich leider „zu nichts entschließen“. Die Forderung begründeten die Händler mit dem hohen Risiko, welches ein solcher Handel für sie berge und welches sich nicht auszahle, würden ihnen keine weiteren Freiheiten gestattet.¹³⁹⁰

Die angefragten Kaufleute stellten hier also sehr eindeutige Forderungen und verlangten nach Zugeständnissen, welche ihr Handlungsfeld deutlich erweitern würden. Bei der ersten Gruppe der befragten Kornhändler zeigt sich zudem, dass sie nicht bereit waren, ihrerseits von üblichen Geschäftspraktiken abzuweichen, sobald es zum eigenen Nachteil gereichte. Zudem lässt

¹³⁸⁶ Vgl. für das Folgende: F. Umme an Herzog Karl. 19.01.1752. NLA WO 2 Alt Nr. 13461. Bl. 6r-9r.

¹³⁸⁷ Ebd. Bl. 6r-6v.

¹³⁸⁸ Ebd. Bl. 6v-7r.

¹³⁸⁹ Ebd. Bl. 8r-8v.

¹³⁹⁰ Ebd. Bl. 8v.

die hartnäckige Weigerung, die Herkunft des Getreides zu belegen, vermuten, dass es sich nicht durchweg, wie von den Händlern zugesagt, um ausländisches Korn handelte. Alle angefragten Händler versahen ihre Forderungen mit der mehr als unterschweligen Drohung, bei mangelndem Entgegenkommen seitens der Regierung ebenfalls nicht zu kooperieren. Das zweifellos vorhandene Risiko, welches es darstellte, Korn aus gesperrten Ländern zu beschaffen, wollten die Händler entsprechend honoriert wissen. Es zeigt sich zudem, dass Getreidehändler ihre starke Verhandlungsposition während Versorgungskrisen dazu nutzen konnten, ihre Rechte zu erweitern und angestammte Einschränkungen aufzuweichen. In vielen Fällen war die Regierung tatsächlich bereit, auf die Forderungen einzugehen oder zumindest gewisse Zugeständnisse zu machen, da die Getreidehändler zur Versorgung des Landes dringend benötigt wurden. In derartigen Fällen war also eindeutig ein wechselseitiger Nutzen vorhanden, von dem sowohl die Regierung als auch die Händler profitieren konnten. Dazu musste allerdings das richtige Maß gefunden und der Bogen nicht überspannt werden. In diesem konkreten Fall entschloss sich die Landesregierung Braunschweig-Wolfenbüttels, mit der Gruppe der Kaufleute zusammenzuarbeiten, welche trotz aller Forderungen bereit war, die Herkunft des Getreides zu belegen. Packhauskommissar Umme wurde also angewiesen mit den Kornhändlern Winckelmann, Krause und Lüttge in Verhandlung zu bleiben und weitere Informationen zu den geforderten Freiheiten einzuziehen.¹³⁹¹

Ein Vorfall, welcher zeigt, dass einige Kaufleute nur bereit waren zu ihren eigenen Bedingungen mit der Regierung zu kooperieren, ereignetet sich ebenfalls zu Beginn der 1770er Jahre in Wolfenbüttel. Der Getreidehändler Johann Christian Bruns, welcher bereits bei den Einkäufen für das Wolfenbütteler Magazin in den 1750er Jahren als eher eigensinnig aufgefallen war, weigerte sich im Herbst 1771 hartnäckig die Vorgaben der Landesregierung umzusetzen. Diese hatte im September 1771 im Zuge einer Verschärfung der Ausfuhrsperrre auch verfügt, dass alle Personen, welche innerhalb des Landes mehr Getreide einkauften als sie selbst benötigten, darüber Buch zu führen hatten. Darin musste detailliert festgehalten werden, woher das fragliche Korn stammte, wo und wann es erworben und an wen es verkauft worden war.¹³⁹² Bei Bedarf mussten die betreffenden Personen jederzeit bereit sein, die Angaben in ihren Unterlagen näher zu erklären und beidnen zu können. Zudem brauchte jeder, der mehr Getreide

¹³⁹¹ Herzog Karl an F. Umme. 23.01.1762. NLA WO, 2 Alt, Nr. 143461. Bl. 12r.

¹³⁹² Post Scriptum zum Edikt vom 16. September 1771. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13476. Bl. 9r.

als zum eigenen Unterhalt notwendig kaufen wolle, dafür nun in jedem Fall eine Konzession.¹³⁹³ Im Oktober meldete sich der Magistrat Wolfenbüttels und berichtete, dass Bruns, der einzige Getreidehändler der Stadt, die Vorgaben nicht umsetzen wolle. Laut des Magistrats habe der Getreidehändler geäußert, dass er ein Verzeichnis über seine Transaktionen nicht für sinnvoll halte, da er sehr häufig kleine Mengen Getreide verkaufe. Die geforderte Konzession besitze er ebenfalls nicht und wolle sie auch nicht beantragen. Bruns gab an, den Getreidehandel im Zweifelsfall lieber ganz aufzugeben, wenn er ihn nicht wie gewohnt weiterführen dürfe.¹³⁹⁴ Trotz dieser Weigerung zeichneten die Schreiber ein äußerst positives Bild von Bruns. Sie berichteten, dass er sich während der vorangegangenen Monate sehr bemüht habe, um die Stadt mit Getreide zu versorgen. Regelmäßig habe er seine Kontakte genutzt, um Korn aus dem Ausland zu beschaffen, welches er dann zu geringen Preisen an die Stadtbevölkerung verkauft habe. Dabei verlange er weit geringere Preise als andere Anbieter. Der Magistrat von Wolfenbüttel bat daher darum, den eigensinnigen Bruns von den neuen Verordnungen auszunehmen und ihn seinen Handel dennoch fortführen zu lassen.¹³⁹⁵

An diesem Beispiel zeigt sich, dass einige Kornhändler zwar durchaus bereit waren, zur Getreideversorgung des Landes beizutragen, dies aber nur zu ihren eigenen Bedingungen tun wollten. Im hier geschilderten Fall drohte der betreffende Händler sogar damit, sein Geschäft eher aufzugeben, als sich den neuen Beschränkungen zu unterwerfen, wohl in dem Bewusstsein, dass er für die Getreideversorgung der Stadt unverzichtbar war. Auch hier wird eine starke Verhandlungsposition der Kornhändler in Zeiten von Getreidemangel deutlich, welche es ihnen erlaubte, eigene Bedingungen zu stellen und sich Anweisungen der Obrigkeit bei Bedarf zu widersetzen. Peter Albrecht stellt fest, dass man die Getreidehändler besonders „[i]m „Krisenjahr 1771 [...] sehr freundlich [behandelte] und [...] jeden Konflikt [vermied].“¹³⁹⁶ Auch im Fall des Wolfenbütteler Händlers kam es zu keiner weiteren Eskalation.

Ein Vorwurf, mit welchem sich Getreidehändler regelmäßig konfrontiert sahen, war der, dass sie, während das Land bereits hungerte, selbst noch große Kornvorräte besaßen. Unabhängig davon, ob dieser Vorwurf im Einzelfall zutreffend war, gab es auch in Braunschweig-Wolfenbüttel Bestrebungen, die tatsächlichen oder vermeintlichen Vorräte der Kaufleute während einer Versorgungskrise zur Unterstützung der Bevölkerung zu verwenden. Im April 1771

¹³⁹³ Ebd.

¹³⁹⁴ Magistrat Wolfenbüttel an Herzog Karl. 12.10.1771. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13476. Bl. 49r-51r.

¹³⁹⁵ Ebd.

¹³⁹⁶ Albrecht, Landesausbau. S. 136.

wandte sich der Holzmindener Gerichtsschultheiß Rupertus Carl Heinrich Bartels an die Regierung und schlug vor den Getreidevorrat der örtlichen Handelssozietät Kalm & Co. an die Bevölkerung zu verteilen.¹³⁹⁷ Bartels berichtete, dass Teile der Holzmindener Bevölkerung weder Getreide noch Geld, um welches anzuschaffen, besäßen. Es würde daher zum „großen Soulagement der Nothleidenden gereichen,“ wenn die Regierung Kalm & Co. anweisen würde ihre Vorräte an die Bevölkerung auszugeben.¹³⁹⁸ Aufgrund der mangelnden finanziellen Möglichkeiten der Menschen, sollten die Händler zusätzlich aufgefordert werden, das Korn zunächst gegen Schuldscheine auszugeben und die Bezahlung frühestens nach der nächsten Ernte zu verlangen. Obwohl die Regierung dem Vorschlag wohl nicht stattgab und es keine entsprechende Verpflichtung gab, wurde die Holzmindener Sozietät in den folgenden Monaten tätig und kaufte in Bremen große Mengen Roggen an, welche dann nach Holzminden verbracht wurden.¹³⁹⁹ Vermutlich wollten die Kaufleute damit nicht nur zur Unterstützung der Bevölkerung beitragen, sondern dies auch deutlich zeigen, um so weiteren Vorschlägen wie dem von Bartels zuvorzukommen.

3.3.5 Zwischenfazit und Ausblick

Der Getreidehandel war für die Menschen im untersuchten Zeitraum ein mit verschiedenen Emotionen verknüpfter, durchaus ambivalenter Gegenstand. Aufgrund der Wichtigkeit von Getreide erforderte dieser Handelszweig ein stetiges Maß an Aufmerksamkeit, Kontrolle und Regulierung. In Braunschweig-Wolfenbüttel war die Regierung zumeist bestrebt, nur so viel zu regulieren wie nötig, um einerseits Missbrauch zu verhindern, andererseits die Getreidehändler aber nicht abzuschrecken und einen florierenden Handel zu ermöglichen. Es zeigte sich, dass Getreidesperren in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts eine altbekannte und weitverbreitete Praxis waren, welche bei Getreideteuerungen regelmäßig angewandt wurde. Das Ziel dabei war es, bei Mangel und Teuerung das verfügbare Getreide im eigenen Land zur Versorgung der eigenen Bevölkerung zu halten. Es wurde aber auch deutlich, dass diese Praxis ganz und gar nicht unhinterfragt blieb und bei den Zeitgenossen Kritik hervorrief. Gegner der Sperren monierten, dass diese den Getreidehandel im Krisenfall komplett zum Erliegen brächten, kaum einzuhalten seien und zudem lediglich auf den Mangel reagierten, anstatt diesem

¹³⁹⁷ R. C. H. Bartels an Herzog Karl. 18.04.1771. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13480. Bl. 25r-25v.

¹³⁹⁸ Ebd. Bl. 25v.

¹³⁹⁹ S. H. Hausmann an H. B. Schrader von Schliestedt. 22.06.1771. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13480. Bl. 46r-46v.

vorzubeugen. Obwohl all diese Kritikpunkte auch von zeitgenössischen Befürwortern nicht völlig entkräftet werden konnten und diesen bewusst war, dass es keine Ideallösung darstellte, die Ausfuhr von Getreide gänzlich zu untersagen, wurden Getreidesperren regelmäßig verhängt. Die Gründe für dieses Festhalten an der so häufig kritisierten Praktik sind vielfältig. Die Sperren erfreuten sich innerhalb der Bevölkerung großer Beliebtheit und wurden regelmäßig eingefordert. Dies konnte so weit gehen, dass Getreidetransporte gewaltsam verhindert wurden und Freihandelsexperimente so aus der Bevölkerung heraus verhindert wurden. Zudem war die Frage des (freien) Getreidehandels keine, welche von einem Handelspartner allein gelöst werden konnte. Die meisten Länder folgten dabei dem Grundsatz, „daß in einer protektionistischen Umwelt ein kleiner Staat keinen Liberalismus praktizieren kann.“¹⁴⁰⁰ Zudem war der Gedanke, die verfügbare Nahrung im Krisenfall im eigenen Land zur Versorgung der eigenen Bevölkerung zu halten, so eingängig wie nachvollziehbar. Daher wollte kaum jemand ein bewährtes Mittel aufgeben, ohne einen wirklichen Ersatz zu haben. Braunschweig-Wolfenbüttel sperrte im untersuchten Zeitraum mehrfach die Getreideausfuhr. In den Jahren 1756/57, 1760/63, 1770/73 sowie 1789/90 war der Export von Getreide mehr oder weniger strikt untersagt. Dabei gingen die Verantwortlichen jedoch eher zurückhaltend ans Werk und sperrten laut eigener Aussage erst „im äußersten Nothfall“ und stets als Reaktion auf vorangegangene Sperren der Nachbarn. Die Sperrpraxis veränderte sich im Untersuchungszeitraum nur wenig, eine Beeinflussung durch die theoretische Debatte ließ sich lediglich in Nuancen erkennen. In Braunschweig-Wolfenbüttel folgte der Ablauf der Ausfuhrverbote in der Regel dem gleichen Muster, es zeigte sich, dass die Akteure dabei auf lang etablierte Routinen zurückgreifen konnten. Bei sich anbahnendem Getreidemangel wurden zunächst Informationen zur Lage in den benachbarten Ländern eingeholt. Erst wenn diese sperrten, wurde ein eigenes Exportverbot ausgesprochen. Dieses wurde in Verlauf einer Krise dann sukzessive verschärft. Sobald die Lage sich gebessert hatte, oder es zumindest begründeten Verdacht auf Besserung gab, wurden wiederum Informationen zur Situation der Nachbarländer eingezogen. Erlaubten diese die Getreideausfuhr wieder, schloss sich Braunschweig-Wolfenbüttel an. Wie bei der Verhängung der Sperren wurde aber auch bei der Aufhebung nie der Anfang gemacht. Es zeigte sich immer wieder, dass es, trotz der Beliebtheit der Getreidesperren innerhalb der Bevölkerung, Schwierigkeiten gab, diese durchzusetzen und den Getreideexport wirklich zu

¹⁴⁰⁰ Mattmüller, Hungersnot. S. 274-275.

verhindern. Bei der Durchsetzung der Sperren mussten zudem zahlreiche Ausnahmen beachtet werden, die in einigen Fällen Einfallstore für Schmuggel und Täuschung waren. Die Frage, ob Zins- und Zehntkorn das Land verlassen durfte oder ob die Durchfuhr fremden Getreides gestattet werden sollte, musste während jeder Sperre neu verhandelt werden und bot Stoff für zahlreiche Konflikte. Auch die Lage der Exklaven und Grenzorte war kritisch, da während einer Getreidesperre gewohnte Handelswege wegfielen und die Menschen darauf angewiesen waren, dass die Regierung Ausnahmen verhandelte oder sie im Notfall mit Getreide versorgte. Gleichzeitig waren derartige Gebiete besonders anfällig für Schmuggel und für die Verantwortlichen schwer zu kontrollieren. In Braunschweig-Wolfenbüttel wurde dabei nach der Devise gehandelt, dass erlaubt wurde, was der eigenen Bevölkerung nutzte oder zumindest nicht schadete. Dementsprechend war auch während Exportverboten ein gewisses Maß an legalem Getreidehandel möglich. Die Sperren wurden also nicht als Selbstzweck gesehen, sondern waren bei Bedarf verhandelbar.

Kommunikativ wurden die Sperren häufig als unangenehme aber unausweichliche Folge auf die Aktionen der Nachbarn oder schlechte Ernten dargestellt. Darüber hinaus wurden sie als Mittel zur Abwendung eines gefährlichen und unerwünschten Zukunftsszenarios und zur Herbeiführung einer sicheren und wünschenswerten Zukunft präsentiert. Insgesamt wurden Getreidesperren in Braunschweig-Wolfenbüttel als eine Art notwendiges Übel gesehen, welches zwar möglichst selten angewandt, dann aber auch ernstgenommen werden sollte.

Ähnlich wurde in der Frage des innerterritorialen Getreidehandels verfahren. Regulierungen dieses Bereiches waren zwar an der Tagesordnung, in Braunschweig-Wolfenbüttel war man aber zumeist bemüht, einen Ausgleich zu finden und weder zu viel noch zu wenig zu regulieren. Der Hintergrund dieser Haltung war es, dass professionellen Getreidehändlern einerseits ein gewisses Misstrauen entgegengebracht und latent stets befürchtet wurde, dass sie mit ihren Aktivitäten Mangel und Teuerungen auslösen könnten. Andererseits waren die Verantwortlichen sich aber bewusst, dass ein florierender Getreidehandel unabdingbar für die Nahrungsversorgung des Landes war. Die Regulierungsbestrebungen konzentrierten sich im Untersuchungszeitraum hauptsächlich auf drei Bereiche: Die Steuerung der Getreidepreise, das Verbot des Fürkaufs sowie die Regelung des Marktgeschehens. Die Getreidepreise sollten möglichst ausgeglichen gehalten werden, da sowohl ein zu hoher als auch ein zu niedriger Preis als nachteilig angesehen wurde. In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts kam es in

Braunschweig-Wolfenbüttel allerdings zu keinen direkten Einflussnahmen auf den Getreidepreis. Stattdessen wurde auf indirektem Wege, etwa über Taxen und Accisen, versucht, die Preise für Getreide und Getreideerzeugnisse zu regulieren. Da der Getreidepreis im gesamten Untersuchungszeitraum aber stark schwankte und es zu mehreren Getreideteuerungen kam, waren diese Bestrebungen offenbar wenig erfolgreich.

Ein durchweg präsent Thema war der Fürkauf. Durch regelmäßig wiederholte Verbote sollten Getreidegeschäfte außerhalb der festgelegten Zeiten und Orte verhindert werden. Durch die derartige Beschränkung sollte der Getreidehandel transparent und überprüfbar bleiben. Vor allem sollte aber auch das Angebot auf den städtischen Märkten gesichert werden. Doch allen entsprechenden Bemühungen zum Trotz gelang es nie, diese Praxis gänzlich zu verhindern. Ein Grund dafür war auch ein steter Konflikt zwischen den Interessen der Stadt- und denen der Landbevölkerung. Die Städter:innen hatten Interesse daran, auf den Märkten ein großes Angebot an bezahlbarem Getreide vorzufinden und befürworteten daher die Beschränkung des Handels auf die offiziellen Orte. Für die Landbewohner:innen hingegen war es mühsam und zeitaufwendig ihr Getreide in die Städte zu transportieren. Sie schätzten daher die Möglichkeit, ihre Erzeugnisse bereits vorab an Getreidehändler verkaufen zu können.

Eng damit verbunden war die Regulierung des Marktgeschehens. Diese zielte vor allem auf professionelle Getreidehändler ab und diente wiederum dem Schutz der Stadtbevölkerung. Händler wurden in ihrem Kaufverhalten beschränkt und durften beispielsweise erst ab einer bestimmten Uhrzeit Getreide auf dem Markt ankaufen, um sicherzustellen, dass sie den privaten Kaufinteressierten nichts wegnehmen.

Obwohl es in Braunschweig-Wolfenbüttel also zahlreiche Versuche zur Regulierung des Getreidehandels gab, waren die Verantwortlichen doch bestrebt, nicht übermäßig einzugreifen, um den Handel nicht unnötig zu hemmen. Es wurde stetig abgewogen, welches Maß an Eingriffen die bestmögliche Getreideversorgung begünstigte. Viele Maßnahmen aus diesem Bereich waren dabei eher auf die Bedürfnisse der Städte zugeschnitten und ließen die Anliegen des ländlichen Raumes außer Acht.

In allen Fragen des Getreidehandels war eine intensive Kommunikation zwischen den verschiedenen Beteiligten nötig, um zufriedenstellende Ergebnisse zu erzielen und Missverständnisse zu vermeiden. Dies galt nicht nur innerhalb des eigenen Territoriums, sondern ebenso bei der Auseinandersetzung mit anderen Ländern. Umso wichtiger war dies für ein Land wie

Braunschweig-Wolfenbüttel, welches aufgrund seiner Lage und Größe besonders darauf angewiesen war mit den umliegenden Ländern zu kommunizieren und zu kooperieren. Die Handlungen der Nachbarn konnten das kleine Land massiv beeinflussen und die Getreideversorgung erschweren. In Zeiten des Getreidemangels war es dementsprechend besonders wichtig, in Verhandlungen mit anderen Ländern zu treten, um etwa Modalitäten der gegenseitigen Sperren oder Regelungen zur Durchfuhr zu klären. Die wichtigsten Verhandlungspartner waren dabei die direkten Nachbarn, im Fall Braunschweig-Wolfenbüttels meist Hannover und Hildesheim, in etwas geringerem Maße auch Preußen. Im Falle einer Sperre sollten häufig Ausnahmen vereinbart werden, welche es der Bevölkerung der beteiligten Länder gestatteten, innerhalb eines begrenzten Rahmens weiter Handel miteinander zu treiben. Im besten Fall konnten Übereinkünfte erreicht werden, durch welche die Verhandlungspartner sich gegenseitig von der Sperre ausnahmen. Im Jahr 1789 erreichten Braunschweig-Wolfenbüttel, Hannover und Hildesheim zu diesem Zweck eine weitreichende Handelseinigung, welche erste Ansätze späterer Handelsbündnisse vorwegnahm. Doch auch vereinzelte Ausnahmen, etwa für einzelne Landesteile oder bestimmte Personen(-Gruppen) sowie die wichtige Frage der Durchfuhr, erforderten teils ausgiebige Verhandlungen. Das wichtigste Prinzip war dabei das der Gegenseitigkeit. Dies konnte sowohl als Lockmittel als auch als Drohung eingesetzt werden, wenn angekündigt wurde, das Verhalten des Verhandlungspartners exakt zu erwidern. Braunschweig-Wolfenbüttel taktierte in den Verhandlungen mit anderen Ländern meist geschickt und wusste seine Interessen zu wahren, war sich aber auch bewusst, wenn eine Verhandlung nicht weiter lohnte. Im Zweifelsfall wurden Verhandlungen sehr lange und hartnäckig geführt, um das gewünschte Ergebnis zu erreichen.

Die Rolle der professionellen Getreidehändler war im untersuchten Zeitraum von einer ambivalenten Sichtweise geprägt. Zwar galten sie nicht als gänzlich vertrauenswürdig, die Verantwortlichen waren sich aber dennoch bewusst, dass Händler für die Getreideversorgung des Landes unverzichtbar waren. Konnten diese sich vom stets präsenten Vorwurf des Eigennutzes und der Profitgier reinigen und glaubhaft machen, zum Wohl der Allgemeinheit zu handeln, wurden der Getreidehandel und dessen Vertreter in Braunschweig-Wolfenbüttel gerne gesehen. Es wurde anerkannt, dass die meisten Getreidehändler über die nötige Expertise, einen reichen Erfahrungsschatz und weitreichende Kontakte verfügten, was es ihnen erlaubte, vorteilhafte Geschäfte abzuschließen. Diese sollte zum Besten des Landes genutzt werden. In zahlreichen Situationen suchte die Regierung die Zusammenarbeit, um praktisches Wissen der

Händler zu nutzen. In einigen Fällen griff man auf die weitverzweigten Netzwerke und die zahlreichen Kontakte der Kaufleute zurück, um Informationen, besonders zu anvisierten Getreideankäufen, einzuholen. Auch bei der schwierigen Aufgabe der Magazinbefüllung wurde die Kaufmannschaft zur Unterstützung gerufen. Besonders während Getreidemangel wurde es gerne gesehen, dass die Händler Korn, vorzugsweise aus dem Ausland, in die heimischen Städte brachten. Dazu wurden sie auch regelmäßig explizit aufgefordert. Die Getreidehändler in Braunschweig-Wolfenbüttel konnten also entscheidend zur Nahrungsversorgung des Landes beitragen. Allerdings war dies keine einseitige Zusammenarbeit. In der Regel wogen Getreidehändler genau ab, welcher Handel lohnend erschien und schlugen im Zweifelsfall Alternativen vor oder lehnten ganz ab. Besonders während Versorgungskrisen, wenn viele der üblichen Bezugsquellen für Getreide bereits versiegt waren, befanden sie sich in einer starken Verhandlungsposition. Dessen waren sie sich auch bewusst und nutzten die Lage mehrfach, um Vergünstigungen und Verbesserungen der eigenen Lage zu erreichen. In den meisten Fällen war die Zusammenarbeit zwischen Getreidehändlern und Regierung allerdings von gegenseitigem Nutzen, was wohl auch allen Beteiligten bewusst war.

Bis zum Ende des 18. Jahrhunderts blieb der Getreidehandel weitgehend beeinflusst von protektionistisch geprägten, obrigkeitlichen Eingriffen, Verboten und Regulierungen. Die konsequente Auseinandersetzung mit freihändlerischen Prinzipien fand bis auf einige Ausnahmen nur auf der theoretischen Ebene statt. Die meisten Bestrebungen zur Liberalisierung des Getreidehandels wurden zunächst wieder zurückgenommen. Neue Prinzipien wurden zwar wahrgenommen und in einigen Fällen auch in die Handelspolitik integriert, die alte Ordnung sollte dabei aber bestehen bleiben. Die zweite Hälfte des 18. Jahrhunderts stellt sich als eine Zeit dar, in der verschiedene Ordnungskonzepte nebeneinander bestanden und vereinbart werden mussten.¹⁴⁰¹ Zu Beginn des 19. Jahrhunderts setzte sich der ambivalente Umgang mit dem Getreidehandel fort. In einigen Ländern gab es eine klare Hinwendung zum Freihandel, so beispielsweise in den bereits zuvor wirtschaftsliberal ausgerichteten Niederlanden oder Großbritannien. In Großbritannien, wo nach dem Ende der napoleonischen Kriege Gesetze zum Schutz der heimischen Landwirtschaft eingeführt worden waren, markierte die Abschaffung dieser „Corn laws“ im Jahr 1846 den Eintritt in die Freihandelsära. Andere kontinental-europäische Staaten wie Frankreich, Russland oder Österreich-Ungarn hingegen, wandten

¹⁴⁰¹ S. dazu auch: Becker, Commerz. S. 187 u. S. 261

sich zunächst wieder stärker dem Protektionismus zu.¹⁴⁰² Auf dem Gebiet des Deutschen Bundes kam es ab den 1820er Jahren zur Gründung mehrerer Handelsbündnisse. Diese mündeten im Jahr 1834 im Zusammenschluss zum Deutschen Zollverein, dem 1841 auch das Herzogtum Braunschweig beitrug. Obwohl der Zollverein Handelshemmnisse der deutschen Staaten untereinander abbaute und damit zahlreichen Forderungen entsprach, welche so bereits im untersuchten Zeitraum geäußert wurden, beinhaltete er nicht nur Aspekte des Freihandels, sondern auch solche des Protektionismus. Ab der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts setzte sich die Idee des Freihandels dann immer er mehr durch und schlug sich auch in der Praxis nieder. Ab den 1860er Jahren wurden in Europa dann zahlreiche Handelsverträge zwischen verschiedenen Staaten geschlossen, welche Handelshemmnisse abbauten und so für einige Jahre eine Zone des frei(er)en Handels kreierten.¹⁴⁰³

Die Art und Weise des Getreidehandels änderte sich im 19. Jahrhundert deutlich. Während der Fernhandel mit Getreide im 18. Jahrhundert lediglich eine untergeordnete Rolle spielte, nahm er in den darauffolgenden Jahren deutlich zu. Verbesserte und beschleunigte Möglichkeiten der Kommunikation und des Transportes erweiterten den Radius des Getreidehandels beträchtlich. Korn wurde aus den USA, Südamerika, Russland oder Australien nach Europa exportiert. Meist landet es zunächst an Umschlagplätzen in England, besonders London oder Liverpool, welche Amsterdam in dieser Rolle ablösten.¹⁴⁰⁴ Bis die Getreidesperren, das vielgeschmähte Symbol einer von vielen Theoretikern bereits im 18. Jahrhundert als rückständig empfundenen Politik, nicht mehr angewandt wurden, sollte noch einige Zeit vergehen. Trotz der eher negativen Sicht auf Getreidesperren, welche sich sowohl bei Zeitgenossen als auch bei Vertreter:innen neuerer Forschung finden lässt, erweisen sich diese als äußerst langlebig. Auch in der nächsten großen Versorgungskrise, welche sich dann bereits im 19. Jahrhundert, in den Jahren 1816/17, ereignete, wandten die meisten europäischen Länder Getreidesperren an. Wurde zu Beginn noch auf das „freie Spiel der Marktkräfte“ gesetzt, wurde auch aufgrund von Druck aus der Bevölkerung, später wieder auf altbewährte Maßnahmen wie die Sperren zurückgegriffen.¹⁴⁰⁵ Auch gut 70 Jahre nach der großen Krise der 1770er, in der Hungerkrise

¹⁴⁰² Torp, Cornelius: Protektionismus. In: Jaeger, Friedrich (Hg.): Enzyklopädie der Neuzeit. Bd. 10 Physiologie-Religiöses Epos. Stuttgart/Weimar 2009. Sp. 475-479.

¹⁴⁰³ Torp, Cornelius: Die Herausforderung der Globalisierung. Wirtschaft und Politik in Deutschland 1860-1914. Göttingen 2005. S. 121-123.

¹⁴⁰⁴ Bühler, Netzwerke. S. 103-104.

¹⁴⁰⁵ Krämer, Menschen. S. 55.

der 1840er Jahre, in der in vielerlei Hinsicht bereits deutlich andere Rahmenbedingungen vorherrschten, wurde auf Handelsbeschränkungen, Ausfuhrzölle und teilweise auch Ausfuhrverbote zurückgegriffen.¹⁴⁰⁶ Aus der Bevölkerung heraus wurde die Abkehr vom freien Getreidehandel und die Rückkehr zu protektionistischen Prinzipien gefordert.¹⁴⁰⁷ Auf der Suche nach Schuldigen traten auch im 19. Jahrhundert regelmäßig geäußerte Verdächtigungen gegen Getreidehändler zutage, welche als Wucherer und Spekulanten diffamiert wurden. Für den Mangel wurden von vielen Menschen Handelspraktiken wie die Zurückhaltung von Vorräten, die Übertretung der Marktregelungen oder die Verschickung von Getreide ins Ausland verantwortlich gemacht.¹⁴⁰⁸ Derartige Vorstellungen erwiesen sich trotz teilweise stark veränderter Ausgangslage als äußerst langlebig. Und auch heutzutage sind Getreidesperren noch nicht von der Bildfläche verschwunden: Russland, einer der größten Getreideexporteure der Welt, beschränkt in Krisensituationen regelmäßig die Getreideausfuhr. Im Zuge des russischen Überfalls auf die Ukraine im Februar 2022 fehlt es, auch wegen russischen Exportverböten, weltweit an Getreide. Russland gab am März 2022 an, ein zeitlich beschränktes Exportverbot für Weizen, Gerste, Roggen und Mais zu verhängen.¹⁴⁰⁹

3.4 Standhalten

Trotz zahlreicher eingebrachter Verbesserungsvorschläge, wiederkehrender Maßnahmen im Bereich des Getreidehandels und den Bemühungen zum Aufbau öffentlicher Magazine, reichte das Getreide häufig nicht, um alle Menschen ausreichend zu ernähren. Zusätzlich zu den regelmäßig auftretenden Versorgungskrisen, litt ein nicht geringer Teil der Menschen an chronischem oder saisonalem Hunger. Im so genannten *Hungry Gap*, einer Zeit im Frühsommer, in der die Erträge der vorherigen Ernte aufgezehrt waren, die neue Ernte aber noch auf sich warten ließ, mangelte es vielen Menschen an Getreide.¹⁴¹⁰ Teuteberg und Wiegelmann

¹⁴⁰⁶ Abel, Massenarmut. S. 378-379.

¹⁴⁰⁷ Schaier, Verwaltungshandeln. S. 281-285.

¹⁴⁰⁸ Hecht, Michael: Handeln in der Hungerkrise 1846/47: Nahrungsproteste und „Krisenmanagement“ in Preußen. In: Collet, Dominik; Lassen, Thore; Schanbacher, Ansgar (Hg.): Handeln in Hungerkrisen. Neue Perspektiven auf soziale und klimatische Vulnerabilität. Göttingen 2012. S. 131-147. Hier S. 138-139.

¹⁴⁰⁹ Zinke, Olaf: Russland will Getreideexporte komplett verbieten. Beitrag vom 15.03. 2022. [https://www.agrar-heute.com/markt/marktfruechte/russland-will-getreideexporte-komplett-unterbrechen-591336#:~:text=Die%20russischen%20Weizenexporte%20f%C3%BCr%20das,korrigiert%20\(vor%20einem%20Exportstopp\)](https://www.agrar-heute.com/markt/marktfruechte/russland-will-getreideexporte-komplett-unterbrechen-591336#:~:text=Die%20russischen%20Weizenexporte%20f%C3%BCr%20das,korrigiert%20(vor%20einem%20Exportstopp).). (Zugriff am 01.04.2022).

¹⁴¹⁰ Frank, „Hungry Gap“. S. 229.

gingen noch in den 1970er Jahren davon aus, dass Mangel und Hunger erst im 19. Jahrhundert problematisiert wurden und sich die Menschen zuvor schicksalsergeben mit der ständig unsicheren Nahrungsversorgung abgefunden und „mehr oder weniger in den Tag hinein“ gelebt hätten.¹⁴¹¹ Mittlerweile dürfte allseits akzeptiert und bekannt sein, dass sich die Menschen auch zuvor nicht passiv den wiederkehrenden Versorgungskrisen hingaben, sondern sich aktiv bemühten, ihre aktuelle und zukünftige Ernährung zu sichern.

Im Folgenden soll gezeigt werden, welche Praktiken den Menschen in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts dabei halfen, der stets unsicheren Getreideversorgung standzuhalten. Dabei soll es in erster Linie um diejenigen Personengruppen gehen, welche nicht die Möglichkeit hatten, über den Aufbau von Magazinen oder Einschränkungen des Getreidehandels mitzuentscheiden und welche sich auch nicht an der öffentlichen Debatte zur Verbesserung der Getreideversorgung beteiligten.

3.4.1 Erklären – Deutungen für Getreidemangel suchen

Eine unsichere oder unzureichende Getreideversorgung war für die betroffenen Menschen eine stets schwelende Bedrohung, welche nicht nur den Einzelnen, sondern auch die Gesellschaft als Ganzes gefährdete. Die Suche nach Erklärungen für diese Bedrohung bot den Menschen nicht nur Orientierung, sondern ließ sie auch eigene Handlungsoptionen erkennen und reflektieren.

In der Frühen Neuzeit waren religiöse Erklärungsmuster für Unglücksfälle, Krisen oder Katastrophen allgegenwärtig. Diese wurden häufig als göttliche Strafen, Prüfungen oder Mahnungen interpretiert. Von Kirchenvertretern wurden Erklärungen und auch Handlungsanweisungen gefordert, um derartiges Unheil zukünftig abzuwenden.¹⁴¹² Neben Krankheit und Krieg war Hunger eine der gefürchtetsten Plagen, welche von Gott geschickt werden konnte. Missernten galten als „Zeichen des Zornes Gottes über die Sünden der Menschen“.¹⁴¹³ Benigna von Krusenstjern beispielsweise zeigte anhand frühneuzeitlicher Chroniken aus dem 16. und 17. Jahrhundert auf, dass die Menschen die Witterung, je nach Ausprägung, als Strafe oder als Segen Gottes empfanden. Da Wetterphänomene und Ernteerträge in dieser Vorstellung also

¹⁴¹¹ Teuteberg, Hans-Jürgen; Wiegelmann, Günter: Der Wandel der Nahrungsgewohnheiten unter dem Einfluß der Industrialisierung. Göttingen 1972. S. 69.

¹⁴¹² Jakobowski-Tiessen, Manfred; Lehmann, Hartmut: Religion in Katastrophenzeiten: Zur Einführung. In: Dies. (Hg.): Um Himmels Willen. Religion in Katastrophenzeiten. Göttingen 2003. S. 7-13. Hier S. 8.

¹⁴¹³ Gestrich, Andreas: Religion in der Hungerkrise von 1816/1817. In: Jakobowski-Tiessen, Lehmann(Hg.): Religion. S. 275-293. Hier S. 278.

eine direkte Reaktion auf das Verhalten der Menschen darstellten, konnten diese durch Abkehr von sündigem Lebenswandel auch positiv beeinflusst werden.¹⁴¹⁴ In Mangelzeiten waren religiöse Deutungen und religiös konnotierte Bewältigungsstrategien dementsprechend allgegenwärtig. Die Hungerkrise der 1570er Jahre beispielsweise wurde von Vertretern aller Konfessionen „als Strafe Gottes für die Sünden der Menschen“ interpretiert.¹⁴¹⁵ Um Gott zu besänftigen und die Strafe abzuwenden, bemühten die Menschen sich um sichtbare Zeichen der Buße und Umkehr. Katholische Geistliche forderten ihre Gemeinden zu Gebet, Heiligenverehrung und Wallfahrten auf, während bei den Protestanten das Gebet zu diesem Zweck genügen musste. Sichtbare Zeichen eines als sündhaft empfundenen Lebenswandels wurden untersagt. So verbot Augsburg in den Jahren 1570/71 Feierlichkeiten, Tanz, Glücksspiele oder ausufernden Alkoholkonsum, um Gott gnädig zu stimmen und den Hunger abzuwenden.¹⁴¹⁶

Auch im untersuchten Zeitraum, am Ende der Frühen Neuzeit, kam es noch zu religiösen Bewältigungsstrategien: Flämische Bauern veranstalteten bereits 1769, als der Mangel der folgenden Jahre sich ankündigte, Bittprozessionen, in denen sie Gott um besseres Wetter baten.¹⁴¹⁷ Die Bamberger Bevölkerung hoffte noch am Ende des Jahres 1770, den Getreidemangel durch Bußübungen abwenden zu können.¹⁴¹⁸

Im Laufe des 18. Jahrhunderts verloren derartige Erklärungsmuster allerdings an Wirkungsmacht: „In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts wurde nicht nur in der universitären Theologie, sondern zunehmend auch in der Liturgie und Praxis der Kirchen dieser ‚strafende Gott‘ des 17. Jahrhunderts durch einen seine Schöpfung liebenden und gütigen Vatergott abgelöst.“¹⁴¹⁹

„Naturale oder soziale Deutungen“ traten zu dieser Zeit zudem in Konkurrenz zu religiösen Erklärungen.¹⁴²⁰ Auch zuvor waren Missernten und Hungerkrisen nicht monokausal als Strafe Gottes interpretiert worden. Naturale oder soziale Deutungen spielten bereits in mittelalterlichen Versorgungskrisen eine Rolle. So wurde die Hungerkrise der Jahre 1315-1317 auch auf

¹⁴¹⁴ Krustenstjern, Benigna von: »Gott der allmächtig, der das weter fiehren kann, wohin er will.« Gottesbild und Gottesverständnis in frühneuzeitlichen Chroniken. In: Behringer, Wolfgang; Lehmann, Hartmut; Pfister, Christian (Hg.): Kulturelle Konsequenzen der »Kleinen Eiszeit«. Cultural Consequences of the »Little Ice Age«. Göttingen 2005. S. 179-194. Hier S. 188-189.

¹⁴¹⁵ Behringer, Krise. S. 114.

¹⁴¹⁶ Ebd. S. 114-116; S. 136.

¹⁴¹⁷ Ebd. S. 79.

¹⁴¹⁸ Schneider, Mangel. S. 262.

¹⁴¹⁹ Gestrich, Religion. S. 279.

¹⁴²⁰ Collet, Sünder. S. 129.

„Wucher, Kriege oder das Versagen der Herrscher“ sowie auf durch gewisse Sternkonstellationen verursachte Wetterextreme zurückgeführt.¹⁴²¹ Erstmals wurden diese Erklärungen in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts jedoch in Opposition zur Religion gedacht.¹⁴²² Naturale Phänomene, wie Wetterextreme, welche Missernten auslösen konnten, wurden also eher naturwissenschaftlich als religiös gedeutet.¹⁴²³ Dementsprechend nahmen auch öffentliche Bußübungen zur Abwendung des göttlichen Zornes ab. So verbot der Kölner Erzbischof Max Franz im Jahr 1789 während einer extremen Kältewelle die zusätzlichen Gottesdienste, in denen um besseres Wetter gebetet werden sollte. Stattdessen solle man den Menschen lieber Brennholz geben und sie nicht in der kalten Kirche frieren lassen.¹⁴²⁴

Obwohl die Interpretation von Missernten und Hunger als Strafe Gottes in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts, verglichen mit früheren Zeiten, also weitaus weniger präsent war, blieb sie dennoch vorhanden. Besonders während der Krise der 1770er Jahre, welche für viele Menschen besonders einschneidend und beängstigend war, suchten diese Zuflucht in der Religion und erwarteten von deren Vertretern eine Erklärung für den grassierenden Mangel. Religiöse Erklärungen wurden dabei durchaus nicht nur von Theologen vertreten. Der Apotheker und Chemiker Georg Christian Albrecht Rückert, welcher sich in einem agrartheoretischen Werk von 1789 retrospektiv mit der Krise der 1770er befasste, schrieb Gott entscheidenden Einfluss auf landwirtschaftliche Ergebnisse zu. So sei die Witterung für den Erfolg der Ernte entscheidend und die Witterung werde von Gott bestimmt.¹⁴²⁵ Zu Beginn der 1770er Jahre habe Gott den „Segen auf unseren Feldern“ entzogen, da das Brot zuvor zu wenig geschätzt worden sei.¹⁴²⁶ Besonders bemerkenswert für einen Naturwissenschaftler, der sein Werk *„Der Feldebau chemisch untersucht um ihn zu seiner letzten Vollkommenheit zu erheben“* betitelte, ist der Einfluss, den er Gott in der Landwirtschaft zuschrieb. So sei laut Rückert die beste Bearbeitung des Feldes zwecklos, wenn Gott nicht seinen Teil beitrage: „Gott ists allein, der das Gedeihen giebt, unser Pflanzen und Begießen ist nichts.“¹⁴²⁷ Dementsprechend müssten die Menschen sich bemühen, dass Gott ihnen gewogen bleibe und Gottesfurcht und Frömmigkeit an den Tag legen, um zukünftig gute Ernten zu erhalten. Erst dann komme die Bearbeitung des Feldes ins

¹⁴²¹ Collet, Katastrophe. S. 121.

¹⁴²² Collet, Sünder. S. 138.

¹⁴²³ Gestrinch, Religion. S. 279-280.

¹⁴²⁴ Ebd. S. 280.

¹⁴²⁵ Rückert, Gedanken. S. 180.

¹⁴²⁶ Ebd. S. 175.

¹⁴²⁷ Ebd. S. 175.

Spiel: Durch Faulheit und schlechte Bearbeitung könne auch das beste Land schlechte Ernten hervorbringen.¹⁴²⁸ Rückert empfahl also eine Mischung aus Fleiß und Frömmigkeit, um die Getreideversorgung zu sichern und Mangel zu verhindern.

Wenig überraschend beteiligten sich auch Theologen an der Deutung des Hungers. Dabei machte sich teilweise bereits der Wandel vom strafenden zum liebenden Gott bemerkbar. Der Kircheninspektor und Prediger Ludwig Christoph Schmahling interpretierte die Krise der 1770er als Erziehungsversuch Gottes.¹⁴²⁹ Diese „Landplage“ sei „eine Schickung Gottes“.¹⁴³⁰ Sie habe „freylich ihre natürlichen Ursachen, die aber von Gott regieret und als Werkzeuge gebraucht werden, seine Rathschlüsse zu vollziehen.“¹⁴³¹ Die Missernten seien also durch „natürliche“ Ursachen, wie das schlechte Wetter, entstanden, dieses werde aber letztendlich von Gott kontrolliert. Hier klingen Parallelen zur Sichtweise Rückerts an, wie dieser glaubte Schmahling, dass auch die sorgfältigste Feldarbeit keine Früchte trage, wenn Gottes Segen fehle: Es komme nämlich nicht nur „auf den blühenden Ackerbau, die Handlung und die Wissenschaften, sondern auch auf Religion und Tugend an [...]“.¹⁴³² Die zentrale Frage in Schmahlings Werk lautete, wie ein liebender Gott derartiges Unglück über die Menschen bringen könne und dabei selbst kleine Kinder oder besonders fromme Personen nicht verschone. Schmahling gestand seiner Leserschaft, dass er selbst mit dieser Frage gehadert, nun aber eine befriedigende Erklärung gefunden habe: Der Getreidemangel sei von Gott geschickt worden, um die Welt und die darin lebenden Menschen zu verbessern. Diese seien oft gierig, undankbar und nicht glaubensstark genug. Religiöse Riten würden oberflächlich und als „bloße Cerimonie“ ausgeführt.¹⁴³³ Kinder ehrten ihre Eltern nicht und Eltern kümmerten sich zu wenig um ihre Kinder, Regierungen hätten nicht das Beste der Untertanen im Sinne und Untertanen trachteten danach sich ihrer Pflicht zu entziehen. Ehepartner sähen sich nur als Mittel zum Zweck und Familien hielten nicht zusammen, Geistliche lebten nicht nach den Werten der Religion und Religionskritiker versuchten diese ganz abzuschaffen und verspotteten die Gläubi-

¹⁴²⁸ Ebd. S. 178-180.

¹⁴²⁹ Schmahling, Ludwig Christoph: Nachruff an das Publicum, die vergangene Theurung betreffend. Leipzig 1772.

¹⁴³⁰ Ebd. S. 24.

¹⁴³¹ Ebd. S. 28.

¹⁴³² Ebd. S. 55.

¹⁴³³ Ebd. S. 12.

gen. Kurzum, die gesamte Gesellschaft verhalte sich nicht den Wünschen Gottes entsprechend.¹⁴³⁴ Gott habe aber die Besserung der Menschen im Sinn und daher Mangel und Teuerung geschickt. Dies sei aber nicht als Strafe zu verstehen, sondern als Bemühung, die Menschen zu wahrer Glückseligkeit zu bringen. Denn das irdische Leben sei nur ein kurzer Abschnitt in der Existenz des Menschen, der ihn auf den längsten und wichtigsten Teil, nämlich die ewige Seligkeit, vorbereite. Sei das irdische Leben zu leicht, werde der Mensch träge und unmäßig und gefährde so seine ewige Seligkeit.¹⁴³⁵ Schmahling bot so eine Erklärung für das Leid der Menschen an, welche diesem einen übergeordneten Sinn verleihen sollte. Gott sollte auf diese Weise mehr als ein liebender, aber strenger Vater und weniger als eine strafende Instanz dargestellt werden, obwohl der Aspekt der Strafe doch an vielen Stellen durchscheint. Schmahling ging dabei auch auf mögliche Bedenken des Publikums ein. So widmete er sich ausführlich der Frage, warum die Teuerung die ärmsten Mitglieder der Gesellschaft überdurchschnittlich hart getroffen, viele Reiche aber unbehelligt gelassen habe. Er erklärte, dass Gott mit seinen „Züchtigungen nach der Reihe“ vorgehe und dieses Mal nun eben die Armen an der Reihe gewesen wären. Im letzten Krieg hingegen hätten die Reichen mehr Angst gehabt, da sie mehr zu verlieren hatten.¹⁴³⁶

Obwohl diese Argumentation auf mehreren Ebenen hinkte, zeigt es doch, dass Schmahling sich bemühte, die Bedenken seiner Leserschaft ernst zu nehmen. Es wurde deutlich, dass alt hergebrachte religiöser Erklärungen vermehrt hinterfragt und von einer wachsenden Anzahl Menschen nicht mehr ohne weiteres akzeptiert wurden. Daher mussten Geistliche ihre Ausführungen oftmals modifizieren, um den Menschen nach wie vor zufriedenstellende und tröstende Erklärungen für erlittenes Unglück anbieten zu können.

Getreidemangel und Preissteigerungen wurden in vielen Fällen durch schlechte Ernten ausgelöst. Dass Missernten häufig durch Wetterphänomene verursacht wurden, war unbestritten. Für die Landwirtschaft war das Wetter von elementarer Wichtigkeit. Zu hohe oder zu niedrige Temperaturen konnten sich negativ auf das Wachstum der Feldfrüchte auswirken. Unerwarteter Schneefall, später Frost oder ein Hagelsturm konnten die gesamte Ernte auf dem Feld vernichten und starker Regen sogar das bereits geerntete Getreide verderben lassen. Während religiöse Deutungen jedoch besagten, dass Gott allein über die Witterung bestimme,

¹⁴³⁴ Schmahling kritisierte in einem Rundumschlag die gesamte Gesellschaft. Ebd. S. 12-18.

¹⁴³⁵ Ebd. S. 31-32.

¹⁴³⁶ Ebd. S. 40-41.

wurden in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts vermehrt auch ergänzende Erklärungen angeboten. Eine Richtung dieser Interpretationen, „die man heute als naturwissenschaftlich bezeichnen könnte“,¹⁴³⁷ widmete sich dem Wetter. Vor allem die Möglichkeit, das Wetter zuverlässig voraussagen zu können faszinierte viele Menschen im 18. Jahrhundert. Der Autor eines Beitrages im *Braunschweigischen Magazin* aus dem Jahr 1790 beschwor den „unbeschreiblichen Nutzen“, welchen zuverlässige Wettervorhersagen für die Landwirtschaft hätten.¹⁴³⁸ Der Autor eines Artikels in den *Gelehrten Beyträgen* aus dem Jahr 1771 war überzeugt, dass die „Furcht vor Hungersnoth [...] auf einmal von der Erde verschwinden [würde]“, wenn die Menschen sich aufgrund sicherer Wetterprognosen gebührend vorbereiten könnten.¹⁴³⁹ Es entstand also der Anspruch, die Entstehung von Wetterphänomenen zu verstehen und mögliche Regelmäßigkeiten und Vorzeichen zu erkennen, um das Wetter dann dementsprechend voraussagen und sich gegen seine Auswirkungen wappnen zu können.

Gezielte Wetterbeobachtungen und die systematische Aufzeichnung ungewöhnlicher Wetterereignisse gab es bereits in der Antike und im Mittelalter. Eine wichtige Rolle nahmen dabei auch Wetterregeln und Wetterzeichen ein, also Versuche der Aufstellung von Regelmäßigkeiten und daraus abzuleitende Wettervorhersagen. Im Verlauf der Frühen Neuzeit entwickelten sich diese Beobachtungen weiter, es kamen zusätzliche Instrumente, wie die im 17. Jahrhundert entwickelten Thermometer oder das kurz darauf erfundene Quecksilber-Barometer, zum Einsatz. Wissenschaftliche Gesellschaften und Privatpersonen initiierten systematische Messreihen, um das Wetter zu untersuchen.¹⁴⁴⁰ Angeregt wurden derartige Unternehmungen häufig von Witterungsextremen.¹⁴⁴¹ In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts wurden erstmals Versuche unternommen, Beobachtungsnetze aufzubauen, welche zahlreiche Stationen umfassten, die das Wetter an verschiedenen Orten weltweit beobachteten. Federführend war dabei die 1780 in Mannheim gegründete *Societas Meteorologica Palatina*.¹⁴⁴² Obwohl die Meteorologie als eigene wissenschaftliche Disziplin erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhun-

¹⁴³⁷ Collet, Katastrophe. S.129.

¹⁴³⁸ o. V.: Von der Witterung. In: Braunschweigisches Magazin. 32. u. 33. Stück, 07.08. u. 14.08.1790. Sp. 457-486. Hier Sp. 457.

¹⁴³⁹ o. V.: Wahrscheinliche Vermuthungen von einigen größeren und allgemeinen Perioden in der Witterung. In: Gelehrte Beyträge. 100. u. 101. Stück, 21.12. u. 25.12.1771. Sp.793-808. Hier Sp. 806 u. Sp. 808.

¹⁴⁴⁰ Fritscher, Bernhard; Petri, Grischka: Wetterbeobachtung. In: Jaeger, Friedrich (Hg.): Enzyklopädie der Neuzeit. Bd. 14 Vater-Wirtschaftswachstum. Stuttgart/Weimar 2011. Sp.1040-1046. Hier Sp. 1040-1042.

¹⁴⁴¹ Collet, Katastrophe. S. 302.

¹⁴⁴² Fritscher; Petri, Wetterbeobachtung. Sp. 1042.

derts etabliert wurde, zeigten diese Bestrebungen das gewachsene naturwissenschaftliche Interesse am Wetter.¹⁴⁴³ Auch Menschen ohne „gelehrte Bildung“ führten in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts Wetterbeobachtungen durch und protokollierten diese.¹⁴⁴⁴ Das Interesse für das Wetter kam auch in Braunschweig-Wolfenbüttel an. Dort begannen bereits in den 1730er Jahren erste instrumentelle meteorologische Beobachtungen.¹⁴⁴⁵

In den *Gelehrten Beyträgen* und im *Braunschweigischen Magazin* erschienen in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts diverse Artikel, in denen die Autoren sich mit dem Wetter befassten und dieses zu ergründen versuchten. Im Winter 1771 beispielsweise, auf dem Höhepunkt der Versorgungskrise, wurde der Beitrag „Wahrscheinliche Vermuthungen von einigen größeren und allgemeinen Perioden in der Witterung“ veröffentlicht. Der Autor nahm darin Bezug auf den Aufschwung naturwissenschaftlicher Erklärungen und verkündete selbstbewusst, dass „[d]ie Naturkunde in unseren Zeiten starke Schritte zu einer Vollkommenheit gethan [habe], die den Alten gänzlich unbekannt war. Eine genaue Aufmerksamkeit und eine sorgfältige Erfahrung hat der Natur manche von ihren Geheimnissen abgesehen [...]“.¹⁴⁴⁶ Zu diesen gelüfteten Geheimnissen gehöre das Wetter allerdings noch nicht gänzlich. Viele Menschen betrachteten Wetterextreme nach wie vor als göttliches Strafgericht.¹⁴⁴⁷ Die genaue Entstehung des Wetters sei zwar tatsächlich noch unerklärbar, sie sei aber doch „eine Folge natürlicher Begebenheiten“.¹⁴⁴⁸ Witterungsextreme, wie die zu Beginn der 1770er vorherrschenden langen Regen- und Kälteperioden, seien auf der Welt schon immer vorgekommen. Wetterereignisse wechselten sich ab und bei genauerer Betrachtung könne man Regelmäßigkeiten oder einen Kreislauf des Ganzen erkennen. „[W]enn erst mehr ordentliche, zuverlässige und ins Große gehende Erfahrungen gesammelt wären“, also die Wetterbeobachtungen ausgeweitet würden, sei es möglich, diese Regelmäßigkeiten genauer zu durchblicken und infolgedessen das Wetter zuverlässig vorherzusagen.¹⁴⁴⁹ Etwa zwanzig Jahre später, am Ende des Untersuchungszeitraums, träumte man immer noch von einer zuverlässigen Wettervorhersage, die

¹⁴⁴³ Fritscher, Bernhard: Meteorologie. In: Jaeger, Friedrich (Hg.): Enzyklopädie der Neuzeit. Bd. 8 Manufaktur-Naturgeschichte. Stuttgart/Weimar 2008. Sp. 436-438. Hier Sp. 437-438.

¹⁴⁴⁴ Hellmann, Gustav: Die Entwicklung der meteorologischen Beobachtungen in Deutschland von den ersten Anfängen bis zur Einrichtung staatlicher Beobachtungsnetze. Berlin 1926. S. 17.

¹⁴⁴⁵ Hellmann, Beobachtungen. S. dazu die Übersicht auf den Seiten 22-23.

¹⁴⁴⁶ o. V., Vermuthungen. Sp. 793.

¹⁴⁴⁷ Ebd. Sp. 795-96.

¹⁴⁴⁸ Ebd. Sp. 802.

¹⁴⁴⁹ Ebd. Sp. 803.

nach wie vor utopisch war. Die typischen Regeln der Bauern und Seefahrer oder auch das Verhalten der Tiere könnten zwar Hinweise auf zukünftiges Wetter geben, seien aber doch unzuverlässig.¹⁴⁵⁰ Das Verständnis von der Entstehung des Wetters hatte sich allerdings entscheidend weiterentwickelt. Erkenntnisse aus dem Bereich der Chemie halfen, das Klima besser zu verstehen. So beschrieb der Autor eines Beitrages im *Braunschweigischen Magazin* aus dem Jahr 1790 „Dünste“ innerhalb der Luft, welche grundsätzlich mit dem bloßen Auge nicht sichtbar seien, sich aber in Gestalt von Wolken, Dampf oder Nebel zeigten.¹⁴⁵¹ Er legte dar, dass der Wind „solche [Dünste] in Wolken zusammentreibt, und uns dadurch Regen zuwege bringt [...]“.¹⁴⁵² Andererseits könne der Wind die Wolken aber auch wegtreiben. Auch der Massenerhaltungssatz, welcher von dem französischen Chemiker Antoine Laurent de Lavoisier erst kurz zuvor ausformuliert worden war, wurde vom Autor des Beitrages rezipiert.¹⁴⁵³ Er beschrieb, dass die von der Erde kommenden Dünste früher oder später wieder dorthin zurückkehrten, denn „von der Schöpfung geht auch nicht ein Stäubchen oder Atom verloren [...]“.¹⁴⁵⁴

Die Entstehung des Wetters hatte am Ende des 18. Jahrhunderts, also, zumindest für naturwissenschaftlich Interessierte, etwas von seinem Mysterium verloren. Wetterbeobachtungen sollten Regelmäßigkeiten und Entwicklungen deutlich machen. Durch „meteorologische Praxis“ sollte „die Kontingenz des Klimas reduziert werden.“¹⁴⁵⁵ Durch das Verstehen des Wetters sollte es letztendlich möglich werden, sich rechtzeitig auf zukünftige Versorgungsschwierigkeiten vorzubereiten und so Vorsorge betreiben zu können, um nicht von Missernten und Getreidemangel überrascht zu werden.

Neben religiösen und naturwissenschaftlichen Deutungsmodellen für Getreidemangel und Teuerung existierten im Untersuchungszeitraum auch soziale Erklärungsansätze. Dabei ging es in vielen Fällen darum, Verantwortliche für die jeweilige Situation zu finden. In der Vergangenheit waren häufig übernatürliche Gestalten als Sündenböcke für den Mangel auserkoren worden. Die Fähigkeit mittels magischer Kräfte Einfluss auf das Wetter nehmen zu können wurde Zauberinnen und Zauberern bereits in Antike und Mittelalter zugeschrieben. Die Furcht vor einer möglichen Schädigung der Ernten spielte dabei stets eine wichtige Rolle. So bestrafte

¹⁴⁵⁰ o. V., Witterung. Sp.457-458.

¹⁴⁵¹ Ebd. Sp. 471.

¹⁴⁵² Ebd. Sp. 459.

¹⁴⁵³ Das Werk „*Traité élémentaire de chimie*“, in dem Lavoisier den Massenerhaltungssatz formulierte, erschien 1789.

¹⁴⁵⁴ o. V., Witterung. Sp. 472.

¹⁴⁵⁵ Collet, Katastrophe. S. 304.

das aus dem achten Jahrhundert stammende „*Lex baiuvariorum*“ die Schädigung eines Getreidefeldes durch zauberische Mittel mit einer Buße von 12 Schillingen.¹⁴⁵⁶ Die Vorstellung überdauerte die Zeit und so wurde auch in frühneuzeitlichen Hexenprozessen den Angeklagten regelmäßig vorgeworfen, durch Wettermagie für Missernten gesorgt oder die Nahrung der Menschen und Tiere auf andere Art geschädigt zu haben. Derartige Vorwürfe kamen in der Regel aus der Bevölkerung heraus und traten logischerweise verstärkt im Umfeld von Wetterextremen, Missernten und daraus folgenden Versorgungskrisen auf.¹⁴⁵⁷ So war beispielsweise während der verheerenden Hungersnot der 1570er Jahre auch Hexen und Dämonen die Schuld an Wetterextremen, Missernten und Mangel gegeben worden, was in einigen Gebieten zu verstärkten Hexenverfolgungen führte.¹⁴⁵⁸

In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts waren die Hexenprozesse, bis auf wenige, auch zeitgenössisch kritisch rezipierte, Ausnahmen, Geschichte.¹⁴⁵⁹ Der Glaube an übernatürliche Phänomene und deren Einfluss auf das alltägliche Leben der Menschen hielt sich jedoch noch sehr lange. Als Schuldige für Getreidemangel und Versorgungskrisen mussten im Untersuchungszeitraum allerdings andere Personengruppen herhalten. Mit besonderem Misstrauen begegneten viele Menschen Getreidehändlern. Ihnen wurde vorgeworfen, durch Zurückhaltung von Getreide die Preise heraufzutreiben und künstlich Mangel zu erzeugen. In einer 1773 erschienenen Abhandlung Johann Philipp Breidensteins wurden Getreideteuerungen auf „natürliche“ oder „gekünstelte“ Ursachen zurückgeführt. „Gekünstelte“ Ursachen seien dabei die Machenschaften gieriger und skrupelloser Kaufleute.¹⁴⁶⁰ Davon, dass Getreidehändler in gewissem Maße für Mangel und Teuerung verantwortlich gemacht wurden, zeugen die verschiedenen Einschränkungen, welchen sie, vor allem in Krisenzeiten, unterworfen waren.¹⁴⁶¹

¹⁴⁵⁶ Daxelmüller, Christoph: *Zauberpraktiken. Die Ideengeschichte der Magie.* Düsseldorf 2005. S. 102.

¹⁴⁵⁷ Behringer, Wolfgang: *Weather, Hunger and Fear: Origins of the European Witch-Hunts in Climate, Society and Mentality.* In: *German History* 13/1 (1995) S. 1-27. Hier bes. S. 1-12.; Daxelmüller, *Zauberpraktiken.* S. 165.

¹⁴⁵⁸ Behringer, *Krise.* S. 72-73; S. 117-120.

¹⁴⁵⁹ In Braunschweig-Wolfenbüttel kam es gegen Ende des 17. Jahrhunderts zu den letzten Hinrichtungen wegen vermeintlicher Zaubereidelikte. Entsprechende Beschuldigungen und vereinzelte Prozesse gab es auch noch im 18. Jahrhundert. Im benachbarten Stift Hildesheim kam es zu Beginn des 18. Jahrhunderts noch zu einigen Hinrichtungen wegen „Teufelsbuhlschaft“ oder Zauberei. Lehrmann, Joachim: *Hexen- und Dämonenglaube im Lande Braunschweig. Die Geschichte einer Verfolgung unter regionalem Aspekt.* Lehrte 2009 (stark erweiterte und überarbeitete 2. Aufl.). S. 407-413.

¹⁴⁶⁰ Breidenstein, *Mittel.* S. 12-14.

¹⁴⁶¹ Vgl. Kapitel 3.3.2.

Auch in Braunschweig-Wolfenbüttel waren derartige Deutungen verbreitet. Im November 1771 erschien in den *Gelehrten Beyträgen* ein Artikel, der mit „*Sendschreiben eines Kornhändlers, in S. an seinen Freund in L.*“ überschrieben war.¹⁴⁶² In diesem fiktiven Brief ließ der ungenannte Autor einen Kornhändler schildern, wie dieser, gemeinsam mit seinen Berufsgenossen, durch Spekulation und Wucher den aktuellen Mangel erzeugt habe. In der Hoffnung auf große Gewinne hätten die Händler Getreide angekauft und so lange zurückgehalten, bis die Preise ins Unermessliche gestiegen seien. So habe ein Netzwerk von Wucherern aus reiner Gewinnsucht eine Krise erzeugt, welche zahlreiche Menschen ins Unglück stürzen ließ.¹⁴⁶³

Im folgenden Jahr erschien mit „*Demüthiges Bittschreiben des Gemeinen Wesens an die Herren Capitalisten und Wucherer, um die Verleihung besserer Zeiten*“ ein Werk, welches sich ähnlicher Argumentationsstrukturen bediente.¹⁴⁶⁴ Der ungenannte Autor beschuldigte darin die angesprochenen „Capitalisten und Wucherer“ den grassierenden Getreidemangel verursacht zu haben. Er bezog sich nicht ausschließlich auf professionelle Getreidehändler, sondern bezog alle diejenigen ein, welche „zu der ehrwürdigen Zunft der Wucherer und Eigenthümer der Lebensmittel gehörten“.¹⁴⁶⁵ Diese hätten, sobald die Getreidepreise anfangen zu steigen, ihr Vermögen dazu aufgewandt „den vorhandenen Vorrath immer nach und nach aufzukaufen, und Privatmagazine anzulegen.“¹⁴⁶⁶ Den so entstandenen Fundus verkauften sie „auch in der alleräußersten Hungersnoth“ nicht, sondern wollten „das schmachtenden Publikum lieber in das Reich der Todten voran, und ihm die Lebensmittel in dasselbe nachzuschicken.“¹⁴⁶⁷ Sie ließen das angekaufte Getreide also lieber verderben und die verzweifelten Menschen verhungern, anstatt sich an der Versorgung der Bevölkerung zu beteiligen. Die Hartherzigkeit dieser „Wucherer“ unterstrich der Autor durch ausgiebige Schilderungen des Leidens der verzweifelten und hungernden Bevölkerung, welche nicht nur unter dem Getreidemangel, sondern auch unter Spott und Ablehnung litten. So berichtete er von dem Fall einer schwangeren

¹⁴⁶² o. V., *Sendschreiben*.

¹⁴⁶³ Vgl. zu diesem Beitrag und seiner zeitgenössischen Funktion: Kaiser-Kulins, *Polemik*.

¹⁴⁶⁴ Im Folgenden beziehe ich mich auf die Edition der Schrift von 2011: Bräuer, Helmut (Hg.): „...Capitalisten und Wucherer...“, 1772. Eine Schrift aus dem 18. Jahrhundert. Edition und Kommentar. Leipzig 2011. Die Seitenzahlen beziehen sich auf diese Ausgabe. Die Schrift aus dem Jahr 1772 wird im Folgenden mit o. V.: *Demüthiges Bittschreiben des Gemeinen Wesens an die Herren Capitalisten und Wucherer, um die Verleihung besserer Zeiten*. Frankfurt/Leipzig 1772. (Kurtitel o. V., *Bittschreiben*) zitiert. Wenn auf den Kommentar des Herausgebers referiert wird, wird im Folgenden mit dem Kurtitel Bräuer, *Capitalisten* zitiert.

¹⁴⁶⁵ o. V., *Bittschreiben*. S. 81.

¹⁴⁶⁶ Ebd. S. 68.

¹⁴⁶⁷ Ebd.

Soldatenfrau, welche durch die grassierende Not gezwungen war, gemeinsam mit ihrem kleinen Kind an den Türen wohlhabender Menschen zu betteln. Diese verwehrten ihr nicht nur jegliche Unterstützung, sondern beschimpften die verzweifelte Frau stattdessen wegen ihrer Schwangerschaft, denn „[d]as Kinderzeugen ist ja ein Beweis eurer Geilheit, seyd ihr aber noch geil, so seyd ihr gewiß nicht hungrig.“¹⁴⁶⁸ Dieses und zahlreiche weitere Beispiele dienten dazu das gierige und hartherzige Wesen der Wucherer zu unterstreichen und zugleich Mitleid mit der verzweifelten Bevölkerung zu erzeugen.¹⁴⁶⁹ Allerdings stand der Autor nicht allen Kornhändlern kritisch gegenüber, er war überzeugt, dass es auch gute, bescheidene und wohlthätige Kaufleute gebe. Diese litten aber ebenso unter den Machenschaften der „Wucherer“. Die guten Kaufleute bemühten sich nach Kräften Getreide aufzukaufen, um es dann „sogleich um einen billigen Profit wieder zu verkaufen“.¹⁴⁷⁰ Das ginge so weit, dass „diese guten Leute mit ihren Wägen und Pferden öfters acht Tage umher irren mußten“, um eine einzelne Fuhre Korn aufzutreiben, die noch nicht von „Wucherern“ aufgekauft wurde.¹⁴⁷¹ Der Getreidehandel an sich sei also nicht verwerflich. Einen „billigen Profit“ gestehe den Händlern „alle Welt“ gerne zu. Allerdings gebe es einen großen Unterschied zwischen der „erlaubten Geldeinnahme und dem Diebstahle.“¹⁴⁷² Ihr Handeln beruhe „auf gottlosen Grundsätzen, die keinen anderen Zweck haben, als das gemeine Wesen zu Grunde zu richten.“¹⁴⁷³ Es wird also mehr als deutlich, dass der ungenannte Autor gierige Getreidehändler für Getreidemangel und Teuerung verantwortlich machte. Mit dieser Meinung stand er sicher nicht allein dar, viele Menschen im untersuchten Zeitraum misstrauten professionellen Getreidehändlern.

Eine besondere Untergruppe bildeten dabei die sogenannten „Korn-Juden“. Zedlers Universallexikon definierte den Begriff 1737 folgendermaßen: „Korn-Juden sind gewinnsüchtige Vor- und Aufkäufer des Getraides, die zu wohlfeilen Zeiten das Getraide einsammeln und aufkaufen und es hernach zur Zeit der Theurung um einen unbilligen Preis mit einem unrechten Maaße ohne Unterscheid wieder verkauffen, und also hierdurch in dem Lande eine Theurung verursachen.“¹⁴⁷⁴ Bereits in dieser knappen Definition wird deutlich, dass den so genannten

¹⁴⁶⁸ Ebd. S. 72.

¹⁴⁶⁹ Helmut Bräuer, der Herausgeber der Edition der Schrift, geht davon aus, dass es sich hierbei um ein fiktives Beispiel handelte. Bräuer, *Capitalisten*. S. 52.

¹⁴⁷⁰ o. V., *Bittschreiben*. S. 69.

¹⁴⁷¹ Ebd.

¹⁴⁷² Ebd. S. 109.

¹⁴⁷³ Ebd.

¹⁴⁷⁴ Artikel „Korn -Jude“. In: Zedler, Johann Heinrich (Hg.): *Großes Universallexikon aller Wissenschaften und Künste*. Bd. 15. Halle und Leipzig 1737. Sp. 1541-1543. Interessanterweise wurde den „Korn-Juden“ in diesem

„Korn-Juden“ all das zugeschrieben wurde, was man im 18. Jahrhundert von schlechten Getreidehändlern erwartete: Gewinnsucht, Spekulation, Vorkauf, Wucher, Gier und Hartherzigkeit. So war mit der Bezeichnung „Korn-Jude“ zeitgenössisch zunächst ein gieriger und schlechter Händler gemeint, unabhängig welcher Religion dieser angehörte. Der Begriff findet sich laut Manfred Gailus erstmals im späten 17. Jahrhundert, Robert Jütte verortet die frühe Verwendung bereits in die zweite Hälfte des 16. Jahrhunderts.¹⁴⁷⁵ Größere Bekanntheit erfuhr der Begriff mitsamt des zugehörigen Stereotyps während der Versorgungskrisen der 1680er und 1690er Jahre. In dieser Zeit wurden so genannte Spottmedaillen geprägt, welche „Kornjuden“ zeigen sollten. Auf einer schlesischen Medaille von 1694 war ein Mann zu sehen, welcher einen augenscheinlich prall gefüllten Kornsack auf dem Rücken trug. Die Umschrift „Du Korn Jude“ macht deutlich, wen die Abbildung darstellt, eine weitere Umschrift „Theure Zeit 1694“ verdeutlicht den Kontext. Ein Jahr später wurde eine weitere Medaille herausgebracht. Auf dieser war ein „Kornjude“ zu sehen, welcher an einem Baum erhängt wurde. Im Hintergrund abgebildet ist ein wohlgeratenes Kornfeld. Die Umschrift besagte „Wohlfeile Zeit 1695“.¹⁴⁷⁶ Es wird also deutlich, dass „Kornjuden“ für den grassierenden Mangel verantwortlich gemacht wurden und dieser in der Vorstellung einiger Menschen erst durch die Ausschaltung der vermeintlichen Übeltäter abgewendet werden konnte. Auch im 18. Jahrhundert wurde das Klischee regelmäßig bemüht und „Korn-Juden“ als Sündenböcke für Teuerung und Versorgungsschwierigkeiten herangezogen. Immer wieder fand sich der Vorwurf, dass diese geschmähte Personengruppe Getreide zurückhalten würde, um mutwillig Teuerungen auszulösen und dann von den steigenden Preisen zu profitieren. Ab der Mitte des 18. Jahrhunderts hatte der Begriff Eingang in die Behördensprache gefunden. Regelmäßig wurden Gesetze gegen Kornwucher erlassen, in denen die vermeintlich Schuldigen als „Korn-Juden“ bezeichnet wurden.¹⁴⁷⁷ Auch Friedrich II griff gerne auf diese bequemen Sündenböcke zurück. Seit den 1770er Jahre machte er regelmäßig „Korn-Juden“ für Getreidemangel und hohe Preise verantwortlich.¹⁴⁷⁸ Doch es gab auch Zeitgenossen, welche diesen Angriffen widersprachen: Im

Artikel auch zugeschrieben dem Getreide „durch verbothene und zauberische Künste“ zu schaden. Obwohl sich diese Sichtweise in den weiteren Quellen nicht finden lässt, könnte hier eine Verbindung zu den wettermagischen Praktiken vermeintlicher Hexen und Zauberer bestehen.

¹⁴⁷⁵ Gailus, Erfindung. S. 598; Jütte, Bild. S. 29.

¹⁴⁷⁶ Vgl. zu den Medaillen: Jütte, Bild. S. 31-37. Dort finden sich auch entsprechende Abbildungen.

¹⁴⁷⁷ Gailus, Erfindung. S. 607.

¹⁴⁷⁸ Ebd. S. 608.

Jahr 1765 veröffentlichte Johann Albrecht Philippi „*Der vertheidigte Korn-Jude*“, eine Streitschrift wider das Stereotyp des gierigen und betrügerischen Kornhändlers. Philippi, ein „umfassend gebildeter Jurist“, bekleidete nach seiner militärischen Dienstzeit unter anderem den Posten des Berliner Polizeidirektors und Stadtpräsidenten.¹⁴⁷⁹ In seinem Werk plädierte er dafür, die Abneigung gegen „Kornjuden“ aufzugeben, da sie dem Staat und seiner Getreideversorgung nützlich wären. Vor allem die von dieser Personengruppe zusammengebrachten Privatvorräte seien für die Getreideversorgung wichtig: „Ein Korn-Jude hält dem Staate auf eigene Kosten Magazine; was ist patriotischer?“¹⁴⁸⁰ Dementsprechend solle man sie frei walten lassen und nicht verteufeln. Kornmangel werde nicht von ihren Machenschaften ausgelöst, sondern vielmehr von fehlenden öffentlichen Magazinen und einem schlechten Münzwesen.¹⁴⁸¹ Philippi nahm zur Untermauerung seiner These auch Bezug auf die „große Hungersnoth in Schlesien“ von 1694.¹⁴⁸² Zu diesem Anlass waren die bereits erwähnten Spottmedaillen geprägt worden. Die dort erfolgten Angriffe auf „Korn-Juden“ hätten in erster Linie dazu gedient, den Zorn des Volkes zu kanalisieren und diesen weg von den Fehlern der Obrigkeit hin zu einem willkommenen Sündenbock zu lenken: „So wurde das Volk besänftigt, und die Korn-Juden mußten die Fehler decken, so von den Vorstehern des Herzogthums waren begangen worden“.¹⁴⁸³ Philippi deckte in seiner Verteidigungsschrift also die Sündenbockfunktion auf, welche die so genannten „Korn-Juden“ regelmäßig einnehmen sollten. Allerdings konnte er kein Umdenken erwirken. Auch in der Krise der 1770er Jahre wurde ausgiebig gegen diese zweckmäßigen Sündenböcke polemisiert. Erneut wurden Spottmedaillen in Umlauf gebracht, regelmäßig erschienen Zeitungsberichte über die angeblichen Umtriebe der „Korn-Juden“.¹⁴⁸⁴ Die Nürnberger Chronik beschrieb für das Jahr 1771, dass es „in der Stadt von Kornjuden nur gewimmelt“ habe.¹⁴⁸⁵ Ein Pfarrer aus Gera verfasste 1772 „ein Predigtgedicht *wider die Kornjuden*“.¹⁴⁸⁶

¹⁴⁷⁹ Ebd. S. 609.

¹⁴⁸⁰ Philippi, *Korn-Jude*. S. 144.

¹⁴⁸¹ Ebd. S. 150.

¹⁴⁸² Ebd.

¹⁴⁸³ Ebd. S. 151.

¹⁴⁸⁴ Jütte, *Bild*. S. 42; Gailus, *Erfindung*. S. 617-618. In Niedersachsen wurden allerdings keine „Kornjudenmedaillen“ geprägt. S. dazu: Lassen, *Hungerkrisen*. S. 182.

¹⁴⁸⁵ Zitiert nach Abel, *Massenarmut*. S. 215.

¹⁴⁸⁶ Collet, *Moral economy*. S. 53.

Es zeigt sich also, dass während des gesamten untersuchten Zeitraumes so genannte „Kornjuden“ als Schuldige für Getreidemangel und Teuerung dargestellt wurden. Obwohl die Bezeichnung anderes vermuten lässt, richtete sich dies eher gegen Getreidehändler als gegen jüdische Menschen. „Die fiktive Figur des ‚Korn-Juden‘ bezeichnete nicht allein mit Korn handelnde Juden, sondern konnte darüber hinaus einen Großteil aller auf privaten Gewinn orientierten Getreidehändler einschließen“, so Jütte.¹⁴⁸⁷ Die Abneigung richtete sich also in erster Linie gegen als unmoralisch empfundene Praktiken des Getreidehandels wie Wucher, Vorkauf oder Spekulation. Dass Händler, welche dieser Praktiken verdächtigt wurden, allerdings als „Korn-Juden“ bezeichnet wurden, war kein Zufall. Die Vorstellung von jüdischen Wucherern war seit dem Spätmittelalter in Deutschland weit verbreitet, auch, da Juden Geld gegen Zins verleihen durften, was nach damaliger Wahrnehmung als Wucher empfunden wurde. Mit der Figur des „Korn-Juden“ konnte also an bereits fest etablierte antijüdische Stereotype angeknüpft werden.¹⁴⁸⁸ Auch die Spottmedaillen griffen bei der Darstellung des „Korn-Juden“ auf bekannte antijüdische Stereotype zurück, so dass die abgebildete Figur für die Betrachtenden eindeutig als Jude zu erkennen gewesen sein musste.¹⁴⁸⁹ In der Figur des „Korn-Juden“ „überlagern sich somit Ressentiments mit religiös und wirtschaftsethisch begründeten Normen und Vorbehalten.“¹⁴⁹⁰ Diese Melange aus Vorurteilen führte in einigen Fällen sogar zu Nahrungsprotesten mit „antijüdische[r] Stoßrichtung“. So beispielsweise im Jahr 1699 in Bamberg und Umgebung, als im Zuge einer Reihe von *food riots* Häuser jüdischer Einwohner:innen, denen man die Schuld am Kornmangel gab, zerstört wurden.¹⁴⁹¹

Tatsächlich waren verhältnismäßig wenige Juden am Getreidehandel beteiligt, der Großteil der Händler waren Christen.¹⁴⁹² Auch Philippi, der mit seiner Verteidigungsschrift für die

¹⁴⁸⁷ Jütte, Bild. S. 622.

¹⁴⁸⁸ Gailus, Erfindung. S. 600-601.

¹⁴⁸⁹ Jütte, Bild. S. 30.

¹⁴⁹⁰ Odenwälder, Nahrungsproteste. S. 52.

¹⁴⁹¹ Herzig, Arno: Die norddeutschen Subsistenzproteste der 1790er Jahre. In: Gailus; Volkmann, (Hg.), Kampf. S. 135-150. Hier S. 148. Auch der „Fettmilch-Auftand“ lässt sich, von Odenwälder schlüssig dargelegt, im Kontext der damaligen Versorgungskrise als ein Nahrungsprotest mit antijüdischer Stoßrichtung lesen, wobei er „sicherlich nicht dem Bild eines ‚klassischen‘ *food riots* entsprach.“ Odenwälder, Nahrungsproteste. S. 55-56; S. 60.

¹⁴⁹² Teuteberg ging noch davon aus, dass der Begriff sich etabliert habe, da besonders viele Juden am Getreidehandel beteiligt gewesen wären. S. dazu: Teuteberg, Hans-Jürgen: Zum Problemfeld Urbanisierung und Ernährung im 19. Jahrhundert. In: Ders. (Hg.): Durchbruch zum modernen Massenkonsum. Lebensmittelmärkte und Lebensmittelqualität im Städtewachstum des Industriezeitalters. Münster 1987. S. 1-36. Hier S. 3. Gailus und Jütte legen in aktuelleren Beiträgen aber schlüssig dar, dass der Begriff vorhandene antijüdische Stereotype und Ressentiments aufgriff und nichts mit einer etwaigen überdurchschnittlichen Beteiligung jüdischer Menschen am Getreidehandel zu tun hatte.

„Kornjuden“ eintrat, verteidigte darin lediglich Getreidehändler und nicht etwa Menschen jüdischen Glaubens. Vorurteile gegen diese lehnte er ganz und gar nicht ab, sondern widersprach sogar Justi, welcher proklamiert hatte, dass Juden einem Staat ebenso nützlich seien wie Christen. Dieses sei laut Philippi höchstens für kleine Länder zutreffend, in großen Ländern aber stellten die Juden ein Problem dar, da man ihnen „die Hauptpflicht der Unterthanen, die Vertheidigung des Vaterlandes nicht mit Nutzen auftragen könne[.]“¹⁴⁹³ Es zeigt sich also, dass das Stereotyp des „Korn-Juden“ sich nicht per se gegen Menschen jüdischen Glaubens, sondern gegen gewinnorientierte Getreidehändler richtete. Allerdings wurden die als negativ empfundenen Eigenschaften als „jüdisch“ konnotiert, so dass der Begriff auf antijüdischen Ressentiments beruhte und diese beförderte.

Im Gegensatz zu Getreidehändlern stand die Obrigkeit vergleichsweise selten im Fokus der Kritik und wurde kaum für Getreideteuerung und Mangel verantwortlich gemacht. Dies ist zunächst überraschend, da die Landesregierung mit ihrer Getreidepolitik entscheidenden Einfluss auf die Versorgungslage eines Landes und der darin lebenden Menschen ausübte und die lokalen Obrigkeiten entsprechende Regelungen durchsetzen mussten. Behringer geht davon aus, dass Reiche und Mächtige sich durchaus bewusst waren, durch ihre herausgehobene und privilegierte Lage eine gewisse Angriffsfläche zu bieten. Durch die Gabe von Almosen hätten sie sich daher bemüht, die Menschen zu besänftigen und den Frieden zu wahren.¹⁴⁹⁴ Zu einem gewissen Teil wird der Mangel an entsprechender Kritik auch an Überlieferungsproblemen liegen. Kritische Äußerungen gegen die Obrigkeit hatten es aufgrund allgegenwärtiger staatlicher Zensur deutlich schwerer, veröffentlicht und somit überliefert zu werden. Entsprechende kritische Bemerkungen werden daher eher im privaten Rahmen und im mündlichen Gespräch gefallen sein. Dass derartiges Gedankengut aber durchaus existierte, zeigt der Blick nach Frankreich, wo in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts neben den üblichen Sündenböcken auch die Obrigkeit für hohe Getreidepreise verantwortlich gemacht wurde. Über die dortigen Vorfälle war auch die deutschsprachige Öffentlichkeit genau informiert.¹⁴⁹⁵ Hans Medick zeigte auf, dass während der Krise von 1816/17 Menschen, die kurz vor der Auswanderung standen und somit freier sprechen konnten, klar benannten, dass die grassierende Not auch

¹⁴⁹³ Philippi, Korn-Jude. S. 65-66.

¹⁴⁹⁴ Behringer, Krise. S. 105-106.

¹⁴⁹⁵ Vgl. z.B.: Berding, Helmut: Die Ausstrahlung der Französischen Revolution auf Deutschland. In: Böning, Holger (Hg.): Französische Revolution und deutsche Öffentlichkeit. Wandlungen in Presse und Alltagskultur am Ende des 18. Jahrhunderts. München/London/ New York/ Paris 1992. S. 3-16.

durch soziale Ungleichheit und Versagen der Obrigkeit verursacht wurde.¹⁴⁹⁶ Viele Autoren schwiegen sich in ihren Werken allerdings über die Rolle der Obrigkeit aus und fokussierten sich auf andere, harmlosere Sündenböcke, wie beispielsweise gierige Getreidehändler oder sture Landwirte. Andere bezogen sich dezidiert positiv auf die Obrigkeit. Der ungenannte Autor von „*Demüthiges Bittschreiben des Gemeinen Wesens an die Herren Capitalisten und Wucherer, um die Verleihung besserer Zeiten*“, schildert, wie diese sich bemühte, den Machenschaften der gierigen Getreidehändler etwas entgegenzusetzen. So habe die Regierung beispielsweise die wenigen verbliebenen Getreidevorräte aufgekauft, um öffentliche Magazine für die Menschen anzulegen. Die Obrigkeit sei nämlich „auf die Versorgung der Armen bedacht“ und wollte sie „nichts Hungers sterben“ lassen.¹⁴⁹⁷ Derartige Schilderungen lassen die Obrigkeit zwar eher schwach, aber dennoch sehr bemüht und am Wohl der Untertanen interessiert wirken. Die wahren Schuldigen waren nach dieser Erzählung die Wucherer. Der Obrigkeit konnte es einzig zum Vorwurf gemacht werden, nicht konsequenter gegen die Übeltäter vorzugehen. Dementsprechend richteten sich viele Hungerproteste auch gegen Getreidehändler und nicht gegen die Regierung.

Das Aufzeigen von vermeintlich Schuldigen half offenbar vielen Menschen mit der belastenden Situation des drückenden Nahrungsmangels umzugehen. Die erlebte Hilflosigkeit konnte zudem durch die Kanalisierung von Ärger und Wut etwas erträglicher gestaltet werden, obwohl an der tatsächlichen Situation nichts geändert wurde. Darüber hinaus konnte das Benennen von Sündenböcken auch eine bewusste Taktik zur Verschleierung von sozialen Grenzen darstellen.¹⁴⁹⁸ Konnte man „Korn-Juden“ oder andere bequeme Ziele für den Mangel verantwortlich machen, konnte so davon abgelenkt werden, dass es stets die Ärmsten am härtesten traf und diese nichts mehr zu essen hatten, während die Reichen dem Luxus frönten. Dieses auch heutzutage noch bestehende Ungleichgewicht adressierte der indische Wirtschaftswissenschaftler und Nobelpreisträger Amartya Sen in einer vielzitierten Passage seines Werkes „*Poverty and Famines*“: „Starvation ist the characteristic of some people not *having* enough food to eat. It is not the characteristic of there *being* not enough food to eat.“¹⁴⁹⁹

¹⁴⁹⁶ Medick, Teuerung. S. 41-42.

¹⁴⁹⁷ o. V., Bittschreiben. S. 91.

¹⁴⁹⁸ Collet, Moral economy S. 52.

¹⁴⁹⁹ Sen, Amartya: Poverty and Famines: An essay on Entitlement and Deprivation. Oxford 1982. S. 1.

Strukturelle Ursachen des Getreidemangels konnten also durch das gezielte Verweisen auf das vermeintlich unmoralische Verhalten anderer verschleiert werden. Hans Medick zeigte beispielsweise, dass die Regierung Württembergs sich während der Krise der Jahre 1816/17 einer Rhetorik bediente, welche an tradierte Wert- und Moralvorstellungen der Bevölkerung anknüpfte. Durch diese Vereinnahmung der Moralischen Ökonomie der Bevölkerung sollte die Stellung der Obrigkeit legitimiert werden.¹⁵⁰⁰ Dies konnte sich eben auch in der Nutzung tief verwurzelter Abneigungen und Vorurteile, beispielsweise gegen Getreidehändler oder auch gegen Juden, äußern. Wenn diese als Schuldige präsentiert wurden, konnte die Regierung sich durch entsprechende Gegenmaßnahmen als volksnah und tatkräftig präsentieren, ohne auf strukturelle Probleme eingehen oder eigene Versäumnisse eingestehen zu müssen.

Die hier aufgezeigten, teilweise diametral entgegengesetzten, Erklärungsansätze halfen den Menschen nicht nur ihre eigenen Lage zu verstehen und einzuordnen. Tatsächlich boten sie auch einen Orientierungsrahmen für die eigenen Handlungsoptionen. Diese konnten, je nach Auslöser, der unerwünschten Lage angepasst werden. So konnte wahlweise versucht werden den Zorn Gottes zu besänftigen, sich durch Wetterbeobachtung möglichst umfassend vorzubereiten, oder Verordnungen gegen Wucherer zu fordern. Derartige Deutungs- und Erklärungsmuster existierten im gesamten untersuchten Zeitraum und auch weit darüber hinaus. Sie schlossen einander, trotz ihrer unterschiedlichen Ausrichtung, nicht aus und konnten nahezu beliebig miteinander kombiniert werden.

3.4.2 Supplizieren – Um Unterstützung bitten

War die Versorgung mit Lebensmitteln, besonders mit Getreide, gestört, wurden die Menschen unruhig. Wenn sie sich nicht mehr aus eigener Kraft mit einer ausreichenden Menge Getreide versorgen konnten, oder mit den Marktgeschehnissen unzufrieden waren, taten sie ihren Unmut kund. In den meisten Fällen lief dies friedlich ab, wenn die Notleidenden die Obrigkeiten über ihre Notlage informierten und um Hilfe baten.

In der Frühen Neuzeit stand der Bevölkerung die Möglichkeit offen, sich bei Schwierigkeiten schriftlich an die Obrigkeit zu wenden. Die so genannte Supplik oder Supplikation¹⁵⁰¹ stellte

¹⁵⁰⁰ Medick, Teuerung. S. 42-43.

¹⁵⁰¹ Eine Abgrenzung der Begriffe lässt sich nicht sinnvoll aufrechterhalten und wird auch von Befürwortern nicht konsequent eingehalten. S. dazu: Schennach, Martin Paul: Supplikationen. In: Pauser, Josef; Scheutz, Martin; Winkelbauer, Thomas (Hg.): Quellenkunde der Habsburgermonarchie (16.-18. Jahrhundert). Ein exemplarisches Handbuch. Wien/München 2004. S. 572-584. Hier S. 573; Blickle, Renate: Politische Streitkultur in Altbayern. Berlin/ Boston 2017. S. 149-150.

ein althergebrachtes Recht dar, welches bereits in der Antike und im Mittelalter fest etabliert war.¹⁵⁰² Die Begriffe fanden seit der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts Eingang in die deutsche Recht- und Verwaltungssprache, um dann nach 1800 von dem Begriff *Petition* ersetzt zu werden.¹⁵⁰³ Mittels einer *Supplik* konnte sich jede Person schriftlich an die Obrigkeit wenden, ihr Anliegen schildern und um Abhilfe bitten. *Supplizieren* konnten sowohl Männer als auch Frauen. Die Menschen konnten sich einzeln oder in Gruppen an die Obrigkeit wenden. Grundsätzlich war es Angehörigen jedes Standes und jeder sozialen Gruppe gestattet zu *supplizieren*. In der Praxis kam es bei der Verteilung der *Supplikant:innen* jedoch auf das Thema der jeweiligen Eingabe an. Während bei einigen Themen die *Suppliken* von Menschen der mittleren oder unteren Schichten dominierten, da Höhergestellte über andere Möglichkeiten verfügten ihre Anliegen zu vertreten,¹⁵⁰⁴ betrafen andere Themen tendenziell eher Angehörige der höheren Schichten und Wohlhabende.¹⁵⁰⁵ Grundsätzlich konnte an jede Person *suppliziert* werden, die ständisch oder sozial höhergestellt war.¹⁵⁰⁶ Adressiert werden konnten demnach beispielsweise Amtsträger wie Bürgermeister oder Lokalbeamte oder andere hochstehende Personen wie Grundherren. Häufig umgingen die *Bittsteller* jedoch die lokalen *Obrigkeiten* und richteten ihre *Suppliken* direkt an den *Landesherrn*.¹⁵⁰⁷ Dabei spielte auch eine „gerade in unteren, auch außerständischen Bevölkerungsschichtete verbreitet[e]“ Sicht „auf den gerechten König“ eine wichtige Rolle.¹⁵⁰⁸ Viele Menschen gingen also davon aus, dass der Fürst ihnen in seiner Rolle als guter und gerechter *Landesvater* helfen würde, wenn ihm denn ihre Notlage bekannt wäre. Sie glaubten, dass der Herrscher von eigennützigen Beratern über die missliche Lage der Armen im Unklaren gelassen würde und es daher ratsamer sei, sich mit ihren *Suppliken* direkt an ihn zu wenden.¹⁵⁰⁹ In einigen Fällen wurden *Suppliken* auch persönlich übergeben.¹⁵¹⁰ In der Regel wurden sie jedoch bei einer Behörde eingereicht und dann an

¹⁵⁰² S. z.B.: Tenfelde, Klaus; Trischler, Helmut (Hg.): *Bis vor die Stufen des Throns. Bittschriften und Beschwerden von Bergleuten im Zeitalter der Industrialisierung*. München 1986. S. 11.

¹⁵⁰³ Schennach, *Supplikationen*. S. 577.

¹⁵⁰⁴ Ebd.

¹⁵⁰⁵ Sonkajärvi, Hanna: *Supplikationen als Mittel zur Herrschaftsvermittlung in den Österreichischen Niederlanden im 18. Jahrhundert*. In: Brakensiek, Stefan; Bredow, Corinna von; Näther, Birgit (Hg.): *Herrschaft und Verwaltung in der Frühen Neuzeit*. Berlin 2014. S. 75-89. Hier S. 81-82.

¹⁵⁰⁶ Blickle, *Streitkultur*. S. 147.

¹⁵⁰⁷ Schennach, *Supplikationen*. S. 572-573.

¹⁵⁰⁸ Tenfelde; Trischler, *Stufen*. S. 12.

¹⁵⁰⁹ Reinhardt, *Überleben*. S. 50; Herzig, Arno: *Der Einfluß der Französischen Revolution auf den Unterschichtenprotest in Deutschland während der 1790er Jahre*. In: *Geschichte und Gesellschaft* 12 (1988). S. 202-217. Hier S. 216-217.

¹⁵¹⁰ Schennach, *Supplikationen*. S. 578.

den Landesherren oder die Regierung weitergeleitet. Dazu gab es zumeist „fest institutionalisierte Kommunikationswege, auf denen Beschwerden, Suppliken und Gnadengesuche [...] von Untertanen unmittelbar an die Herrschaft oder die zuständigen zentralen Behörden gelangten.“¹⁵¹¹ Unabhängig von den äußeren Gegebenheiten waren die Suppliken stets sehr ähnlich aufgebaut: Der Anrede folgte die Angabe des Schreibanlasses, dabei wurde zumeist auf vorangegangene erfolglose Versuche zur Lösung des Problems oder eine dringliche Notlage verwiesen. Dann folgte die Darstellung des Sachverhaltes und die Bitte um Hilfe. Abgeschlossen wurden die Schreiben mit „Bekundungen der Treue und Demutsformeln“.¹⁵¹² Alle Suppliken waren höchst demütig formuliert und erbaten die Gnade des Adressierten.¹⁵¹³ Die Ähnlichkeiten in Aufbau und Tonfall lassen sich einerseits auf den Inhalt und die „appellative Struktur“ und andererseits auf die festgelegte Struktur für diese Art der Schreiben zurückführen.¹⁵¹⁴ Diese wurde in Briefstellern und Formularbüchern aufgezeigt, um den Supplizierenden Orientierung zu bieten. Viele Menschen verfassten ihre Suppliken nicht selbst, sondern suchten sich Unterstützung. Diese konnte beispielsweise durch professionelle Schreiber gegeben werden, welche sich darauf spezialisiert hatten, Suppliken für Bittstellende zu verfassen, die dies selbst nicht konnten oder wollten.¹⁵¹⁵ In den spanischen Niederlanden gab es in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts eine gewisse Anzahl von professionellen Agenten, welche die Menschen beim Abfassen ihrer Suppliken unterstützten und deren Dienste auf Wunsch der Obrigkeit bei jeder Eingabe in Anspruch genommen werden sollten.¹⁵¹⁶

Inhaltlich konnten die Suppliken eine große Bandbreite an Themen behandeln. Renate Blickle führt aus, dass „dem Terminus Supplikation“ „bei seiner Einführung in die deutsche Sprache [...] die Funktion eines verwaltungstechnischen Pauschalbegriffs übertragen worden [war], unter dessen Fittiche alles geschoben werden konnte, was an Initiativen von Seiten der Untertanen an den Landesfürsten herangetragen wurde.“¹⁵¹⁷ Die Supplik war für viele Menschen neben dem Gang zum Gericht, der mit vielen Kosten verbunden war, der einzige Weg sich in

¹⁵¹¹ Brakensiek, Stefan: Herrschaftsvermittlung im alten Europa. Praktiken lokaler Justiz, Politik und Verwaltung im internationalen Vergleich. In: Brakensiek, Stefan; Wunder, Heide (Hg.): *Ergebene Diener ihrer Herren? Herrschaftsvermittlung im alten Europa*. Köln/Weimar/Wien 2005. S. 1-21. Hier S. 12-13.

¹⁵¹² S. zum Aufbau der Suppliken: Schennach, *Supplikationen*. S. 574.

¹⁵¹³ Ebd. S. 573-574.

¹⁵¹⁴ Ebd. S. 574

¹⁵¹⁵ Ebd.

¹⁵¹⁶ Sonkajärvi, *Supplikationen*. S. 88.

¹⁵¹⁷ Blickle, *Streitkultur*. S. 146.

einer verzweifelten oder als ungerecht empfundenen Lage Gehör zu verschaffen.¹⁵¹⁸ Dementsprechend wurde sie „in Notlagen oder bei negativen Zäsuren eingebracht, beispielsweise bei die Lebensgrundlage bedrohenden materiellen Verlusten oder bei als besonders gravierend empfundenen Zwangs- oder Unrechtsmaßnahmen, denen man sich von Seiten Dritter ausgesetzt sah.“¹⁵¹⁹ Es konnte sich also etwa um Konflikte mit Grundherren oder Amtsleuten, als ungerecht empfundene Urteile oder Strafen oder auch um existenz- oder lebensbedrohende Mangelsituationen während Versorgungskrisen handeln.

In Braunschweig-Wolfenbüttel wandte sich die Bevölkerung regelmäßig mit Suppliken an die Obrigkeit oder direkt an den Herzog und bat im Fall von Getreidemangel um Unterstützung. So supplizierte im Frühjahr 1771 eine Gruppe von vier „Bauer Meister und Vorsteher“ aus Ottenstein „nahmens der gantz Gemeinde“ an Herzog Karl wegen „des dies Frühjahr höchst benötigten saat- und Brodt-Korns“.¹⁵²⁰ Die Supplikanten gingen dabei auf die im ganzen Land grassierenden schlechten Ernten und den daraus folgenden Getreidemangel ein, gaben aber an „vor anderen vorzüglich“ zu leiden, da die lokale Landwirtschaft in Ottenstein selbst in guten Jahren kaum zur Ernährung der Bevölkerung ausreiche. Bis zur nächsten Ernte fehlten in Ottenstein „wenigstens noch 190 Mltr.“ Korn zum Brotbacken und insgesamt 465 Mltr. Saattgetreide, vor allem Hafer und Gerste. Wegen der hohen Kornpreise sah die Einwohnerschaft sich jedoch außer Stande das Benötigte aus eigener Kraft anzukaufen. Da den Menschen aus Ottenstein zu Ohren gekommen war, dass die Einwohnerschaft des Amtes Wickensen in einer ähnlichen Notlage von der Landesregierung mit Getreide unterstützt worden war, erbaten sie sich diese Gunst nun ebenfalls. Da die Saatzeit herannahe, dürfe diese aber nicht zu lange auf sich warten lassen: Die Supplikanten drängten, dass „schleunigst vor uns gesorget werde.“ Neben der hier durchscheinenden drängenden Not und einer gewissen Anspruchshaltung lässt sich auch ein schwelender Konflikt zwischen Einwohnerschaft und lokaler Obrigkeit aus der Supplik herauslesen. Die Bittsteller schlugen als mögliche Lösung ihres Problems vor, den örtlichen Ober-Amtmann Wiechmann anzuweisen, den notleidenden Menschen das benötigte Getreide zu einem günstigen Preis zu verkaufen. Wiechmann habe nämlich „eine ziemliche Quantität noch liegen“. Der Amtmann verfügte also, zumindest nach Aussage der Suppli-

¹⁵¹⁸ Ebd. S. 140; Schennach, Supplikationen. S. 577.

¹⁵¹⁹ Schennach, Supplikationen. S. 578.

¹⁵²⁰ Suppl. Einwohner Ottenstein. 11.05.1771. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13480. Bl. 40r-41r. Die folgenden Zitate stammen aus diesem Schreiben.

kanten, noch über einige Getreidevorräte, wollte aber diese nicht vergünstigt an die Einwohnerschaft Ottensteins abgeben, sondern verlangte mindestens den Preis, den er selbst im Einkauf gezahlt habe.

Neben direkten Bitten um Unterstützung mit Getreide oder anderen Lebensmitteln gingen auch Suppliken ein, welche sich mit bestimmten Aspekten der Getreidepolitik befassten. So wandten sich im Juni 1775 vier Vertreter der Braunschweiger Bäckergilde mittels einer Supplik an den Herzog, in der sie um die Verhängung einer Getreidesperre sowie um eine Verhinderung des Fürkaufs baten.¹⁵²¹ Die Bäcker beklagten, dass einige Getreidehändler den Kornpreis durch ihre Machenschaften dermaßen in die Höhe getrieben hätten, dass dem ein Riegel vorgeschoben werden müsse. Der hohe Kornpreis schade nicht nur den Bedürftigen, sondern auch den Bäckern. Diese seien dann nicht mehr in der Lage erschwingliches Brot für die Stadtbewohnerschaft zu produzieren und gleichzeitig genug Geld zum Leben zu verdienen. Durch die erbetenen Maßnahmen könne eine solche „Landplage, wie die getraide Theuerung ist“ aber noch abgewendet werden.¹⁵²²

Die „Brauende Bürgerschaft“ Königslutters hingegen bat im Oktober 1756 in einer Supplik um Ausnahmeregelungen zur Umgehung der Getreidesperre. Aufgrund der Handelsbeschränkungen sahen sie sich nicht in der Lage, genug Weizen einkaufen zu können, welchen sie zum Brauen des bekannten Bieres „Duckstein“ dringend benötigten. Um den Biernachschub nicht zu gefährden, erbaten sie Unterstützung und Vermittlung bei der Verhandlung mit umliegenden Territorien.¹⁵²³

Suppliken bieten nicht nur Informationen über den verhandelten Sachverhalt, sondern erlauben auch einen Einblick in das Alltagsleben der Supplizierenden, ihre Beziehungen und die Gesellschaft, in der sie lebten.¹⁵²⁴ Sie besitzen daher einen hohen Quellenwert und können, zumindest in Teilen, Einblicke in das Leben der „kleinen Leute“ schaffen. So wird beispielsweise an der Supplik der Ottensteiner Bevölkerung deutlich, dass die Menschen in Braunschweig-Wolfenbüttel gut darüber informiert waren, welche Hilfen sie im Falle eines Getreidemangels zu erwarten hatten. Der Verweis auf die vorangegangene Unterstützung für andere Orte macht deutlich, dass derartige Hilfen wahrgenommen, in den Erwartungshorizont eingespeist und schnelle Hilfe seitens der Landesregierung erwartet wurde.

¹⁵²¹ Suppl. Bäckergilde Braunschweig. 11.06.1775. NLA WO, 2 Alt, Nr.13491. Bl. 29r-32r.

¹⁵²² Ebd.

¹⁵²³ Suppl. Brauende Bürgerschaft Königslutter. 29.10.1756. NLA WO, 2 Alt, Nr.13411. Bl. 87r-88r.

¹⁵²⁴ Tenfelde; Trischler, Stufen. S. 9.

Allerdings ist bei derartigen Schilderungen auch eine gewisse Vorsicht geboten. Selbstverständlich wollten die Supplizierenden eine für sie günstige Entscheidung herbeiführen und schilderten die Situation entsprechend gefärbt.¹⁵²⁵ So verwiesen die Braunschweiger Bäcker Gilde und die Brauende Bürgerschaft Königslutters nicht nur auf die eigene Notlage, sondern auch ostentativ auf ihre Versorgungsfunktion für die übrige Bevölkerung. Sie hofften wohl, dass die Sorge vor einer Unterbrechung der Bier- und Brotversorgung den Herzog eher zu einer für sie positiven Entscheidung bewegen könne als die Schwierigkeiten einer einzelnen Berufsgruppe.

Nicht nur heutige Forschende, auch die zeitgenössischen Obrigkeiten schätzten das Informationspotential der Suppliken. Trotz des hohen Arbeitsaufwandes, „die Behandlung von Bitt- und Beschwerdebriefen [machte] während der gesamten Frühen Neuzeit einen erheblichen Teil der behördlichen Tätigkeit“ aus,¹⁵²⁶ waren Suppliken daher gerne gesehen. Die Regierung konnte ihnen Informationen über lokale Belange entnehmen und bekam einen Einblick in die Lebenswelt ihrer Untertanen und mögliche Problemfälle.¹⁵²⁷ Im Bereich der Getreideversorgung konnte der Landesherr anhand von Suppliken beispielsweise Einblick in erwartete Ernteergebnisse, mögliche Getreidevorräte und die Versorgungs- und Stimmungslage der Bevölkerung erhalten. Zudem stellten sie auch ein Kontrollinstrument der lokalen Amtsleute dar. Eine Supplik unzufriedener Untertanen konnte mögliches Fehlverhalten aufdecken, welches ohne diese Information lange unentdeckt geblieben wäre.¹⁵²⁸ Überdies hatten die Suppliken auch herrschaftslegitimierende Funktion, denn durch jede Eingabe und jeden Appell an die fürstliche Gnade erkannten die Untertanen dessen Macht an.¹⁵²⁹ Letztendlich waren die Suppliken auch ein „obrigkeitlicherseits tolerierter, teilweise sogar geförderter Weg der Unmutsäußerung“, erlaubten den Untertanen also Missstände zu benennen und ihre Unzufriedenheit zu verbalisieren, ohne Herrschaft und ihre Systematiken grundsätzlich in Frage zu stellen.¹⁵³⁰ Martin Paul Schennach geht davon aus, dass in kleineren und mittleren Territorien der Landesfürst die meisten der an ihn persönlich gerichteten Suppliken selbst entschied.¹⁵³¹ In größeren Ländern war dies aufgrund der Menge von entsprechenden Eingaben aber wohl nicht

¹⁵²⁵ Schennach, Supplikationen. S. 580.

¹⁵²⁶ Ebd. S. 572.

¹⁵²⁷ Sonkajärvi, Supplikationen. S. 77-78.; Schennach, Supplikationen. S. 573.

¹⁵²⁸ Brakensiek, Stefan: Fürstendiener-Staatsbeamte-Bürger. Amtsführung und Lebenswelt der Ortsbeamten in niederhessischen Kleinstädten (1750-1830). Göttingen 1999. S. 178.

¹⁵²⁹ Vgl. Sonkajärvi, Supplikationen. S. 83.

¹⁵³⁰ Schennach, Supplikationen. S. 581.

¹⁵³¹ Ebd. S. 579.

möglich. Trotz des hohen Aufkommens wurde in der Regel jede eingehende Supplik auch bearbeitet und den Supplizierenden eine Entscheidung mitgeteilt. Bei dieser Entscheidung verließ sich der Fürst beziehungsweise die Regierung nicht allein auf die in der Supplik geschilderten Sachverhalte, sondern ließ diese durch lokale Obrigkeiten verifizieren und holte gegebenenfalls weitergehende Informationen ein.¹⁵³² So leitete der Herzog die an ihn persönlich gerichtete Supplik der Braunschweiger Bäckergilde an die zwei Jahre zuvor gegründete Kornmagazinkommission weiter. Diese wurde beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem Braunschweiger Bürgermeister, „den Inhalt dieses Gesuchs in Erwägung zu ziehen und davon gutachterlich zu berichten.“¹⁵³³ Im Fall der Bäckergilde wurde die Supplik abschlägig beschieden, es wurde keine Kornsperr verhängt, da die Kornmagazinkommission nicht der Ansicht war, dies würde die Lage verbessern. Den Bäckern wurde aber gestattet, sich mit Getreide aus dem öffentlichen Magazin zu versorgen, um die Bevölkerung weiterhin mit Brot versorgen zu können.¹⁵³⁴ In der Regel wurde Notleidenden in Braunschweig-Wolfenbüttel, welche sich supplizierend an die Regierung gewandt hatten, auf die eine oder andere Weise geholfen. Bitten nach Saatkorn oder nach Getreide zum eigenen Lebensunterhalt wurden in aller Regel positiv beschieden. Suppliken konnten also durchaus etwas bewirken. Bittsteller konnten Unterstützung in einer für sie persönlich bedrohlichen Situationen erhalten. Häuften sich die Suppliken zu einer bestimmten Thematik, wurde nicht selten auch etwas Grundsätzliches unternommen, um dem Problem abzuwehren.¹⁵³⁵

3.4.3 Protestieren – Für Getreide auf die Straße gehen

In einigen Fällen blieb es während Getreidemangel und Teuerung nicht bei friedlichen Unmutsäußerungen, sondern es kam zu mehr oder weniger gewalttätigen Ausschreitungen, so genannten *food riots*. Zu diesen in der Forschung unter anderem auch als Nahrungsproteste, Hungerunruhen, Hungerrevolten oder Subsistenzproteste bezeichneten Ereignissen konnte es kommen, wenn die Bevölkerung mit der Situation der Nahrungsversorgung unzufrieden war

¹⁵³² Ebd. S. 578.

¹⁵³³ Notiz an die Kornmagazinkommission auf der Rückseite der entsprechenden Supplik. 15.06.1775. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13491. Bl. 32v.

¹⁵³⁴ Vgl. Kapitel 3.2.4.

¹⁵³⁵ Schennach, Supplikationen. S. 581.

und diese als ungerecht empfand.¹⁵³⁶ Sie zeigten den Umgang mit Hunger „als einer zentralen kollektiven Angst und Erfahrung“.¹⁵³⁷ *Food riots* traten vor allem in den folgenden drei Ausprägungen auf.¹⁵³⁸

1. *Price riot/taxation populaire*

Hierbei wurde von Protestierenden eigenständig ein als gerecht empfundener Preis für Lebensmittel, besonders für Getreide festgesetzt. Dieser Preis war natürlich erheblich geringer als die Bezahlung, welche der eigentliche Eigentümer für sein Korn verlangte. Der Eigentümer hatte zumeist keine andere Wahl, als den angebotenen Preis anzunehmen, da ihm bewusst war, dass er seine Waren in jeden Fall verlieren würde, da die Aufständischen in der Überzahl waren und Kontrolle über die Getreidevorräte erlangt hatten.

2. *Entrave*

Bei dieser Form des Protests verhinderten die Menschen die Aus- oder Durchfuhr von Lebensmitteln. Die Aufständischen stellten sich den beladenen Fuhren in den Weg, spannten Pferde aus, entluden Schiffe und bedrohten Kutscher oder Bootsmannschaft. Der Hintergrund dieser Aktionen war die Empörung darüber, dass dringend benötigte Lebensmittel aus dem eigenen Lebensraum fortgenommen und eines vermeintlich hohen Profits wegen ins Ausland oder andere Landesteile verbracht werden sollten.

3. *Retributive action*

Hierbei stand nicht die Beschaffung von Lebensmitteln, sondern die Bestrafung von vermeintlichen Übeltätern im Vordergrund. Diejenigen, welche von den Aufständischen verdächtigt wurden, Wucher oder andere verpönte Praktiken zu betreiben und den Menschen Nahrung vorzuenthalten, wurden attackiert. Dabei konnten die Häuser und das sonstige Besitztum angegriffen und beschädigt werden. Teilweise waren diese Aktionen auch mit Plünderungen verbunden, bei denen die Teilnehmenden das erbeutete Gut entweder mitnahmen oder symbolisch zerstörten. In diesen Fällen wurden auch Lebensmittel vernichtet oder weggeschüttet, anstatt sie für den eigenen Bedarf zu verwenden.

¹⁵³⁶ Die verschiedenen Bezeichnungen werden meiner Ansicht nach weitestgehend synonym gebraucht. In dieser Arbeit werde ich durchgehend den Begriff *food riots* verwenden, da dieser die deutschen Begrifflichkeiten am sinnvollsten subsumiert.

¹⁵³⁷ Odenwälder, Nahrungsproteste. S. 7.

¹⁵³⁸ Ich beziehe mich hierbei hauptsächlich auf: Bohstedt, John: Moralische Ökonomie und historischer Kontext. In: Gailus; Volkmann (Hg.); Kampf: S. 27-51. Hier S. 44 sowie Tilly, Charles: Food Supply and Public Order in Modern Europe. In: Ders. (Hg.): The Formation of National States in Western Europe. Princeton, New Jersey 1975. S. 380-456. Hier S. 386.

Die *food riots* sind „eine epochenübergreifende, ubiquitäre Erscheinung“.¹⁵³⁹ Sie lassen sich etwa für das antike Rom, das mittelalterliche Europa, das China des 18. Jahrhunderts oder das Indien des 19. und frühen 20. Jahrhunderts nachweisen.¹⁵⁴⁰ Auch im Europa der Frühen Neuzeit kam es immer wieder zu derartigen Unruhen, welche allerdings nach wie vor hauptsächlich für England und Frankreich erforscht sind. Für Deutschland galten die Jahre 1790-1850/70 als „klassische Phase von Subsistenzunruhen“.¹⁵⁴¹ Die ältere Forschung ging davon aus, dass es zuvor so gut wie keine *food riots* gegeben habe, und wenn, dann „vereinzelt und ausgesprochen diszipliniert.“¹⁵⁴² Dieses vermeintliche Fehlen wurde wahlweise mit der „umfangreiche[n] Magazinhaltung“,¹⁵⁴³ der umfassenden Fürsorge deutscher Territorialherren, welche bei den Untertanen keine Unzufriedenheit aufkommen ließ,¹⁵⁴⁴ oder einer spezifisch deutschen „juridifizierten Streitkultur“ erklärt.¹⁵⁴⁵ Dies wurde aber vermehrt in Frage gestellt und kann mittlerweile mit Fug und Recht als widerlegt betrachtet werden. Collet und Krämer gingen in einem Beitrag von 2017 davon aus, dass es in Deutschland eine ebenso rege Protesttradition gegeben habe, dies aber durch die im Gegensatz zu England und Frankreich dezentraleren Quellen weniger präsent sei.¹⁵⁴⁶ Nina Odenwälder konnte in ihrer 2008 veröffentlichten Magisterarbeit 60 *food riots* auf deutschem Gebiet für die Jahre 1466 bis 1788 nachweisen.¹⁵⁴⁷ Die Tatsache, dass die Zusammenstellung allein auf der entsprechenden Forschungsliteratur beruht, deutet, wie die Autorin selbst betont, auf eine weitaus größere Menge bislang nicht entdeckter bzw. nicht erforschter Proteste hin.¹⁵⁴⁸

Auch im untersuchten Zeitraum kam es auf dem Gebiet des Alten Reiches zu diversen *food riots*. So beispielsweise während der Getreideteuerung in der Mitte der 1750er Jahre, als in Jena eine hauptsächlich aus Studenten bestehende Menschenmenge die Bäckerläden stürmte und das erbeutete Brot an die ärmere Bevölkerung verteilte, welche es sich wegen der hohen

¹⁵³⁹ Gailus, Hungerkrisen. Sp. 717.

¹⁵⁴⁰ Ebd. S. auch: Gailus, Manfred; Volkmann, Heinrich: Nahrungsmangel, Hunger und Protest. In: Dies. (Hg.), Kampf. S. 9-23. Hier S. 11.

¹⁵⁴¹ Gailus/Volkmann, Nahrungsmangel. S. 14.

¹⁵⁴² Schmidt, Georg: Die Frühneuzeitlichen Hungerrevolten. Soziale Konflikte und Wirtschaftspolitik im Alten Reich. In: Zeitschrift für Historische Forschung.18/3 (1991). S. 257-280. Hier S. 257.

¹⁵⁴³ Löwe, Heinz-Dietrich: Teuerungsrevolten, Teuerungspolitik und Marktregulierung im 18. Jahrhundert in England, Frankreich und Deutschland. In: Saeculum 37 (1986). S. 291-312. Hier S. 37.

¹⁵⁴⁴ Schmidt, Hungerrevolten. S. 263-264.

¹⁵⁴⁵ Ebd.

¹⁵⁴⁶ Collet; Krämer, Germany. S. 115.

¹⁵⁴⁷ Odenwälder, Nahrungsproteste. S. 114-117.

¹⁵⁴⁸ Ebd. S. 37.

Brotpreise nicht mehr leisten konnte.¹⁵⁴⁹ Als die Getreidepreise zu Beginn der 1770er Jahre erneut massiv anstiegen, häuften sich auch die *food riots*. Allein 15 der von Odenwälder ausgemachten 60 Aufstände ereigneten sich in den Jahren 1770 bis 1773. Aufgrund dessen schlägt sie vor, den Beginn der „klassischen Phase“ der *food riots* bereits 1770 und nicht erst 1790 anzusetzen.¹⁵⁵⁰ Eine Häufung der Aufstände lässt sich im Südwesten des Reiches ausmachen.¹⁵⁵¹ Zumeist lassen die Aktionen dieser Zeit sich der *entrave* zuordnen und richteten sich gegen den Abtransport von Getreide, der wiederholt von aufgebrachten Menschenmengen verhindert wurde. So beispielsweise 1770 in Durlach und 1771 in Pfullingen, Brackenheim und Altdorf.¹⁵⁵² Auch in den 1780er Jahren ereigneten sich diverse *food riots*. So belagerte im September 1788 eine Menschenmenge in München die Residenz des Kurfürsten, nachdem ihre Forderungen nach einer Getreidesperre nicht erfüllt worden waren.¹⁵⁵³

Für die deutschen *food riots* ganz am Ende des Untersuchungszeitraums, für die Jahre 1789 und 1790, kann bereits ein gewisser Einfluss der Ereignisse in Frankreich angenommen werden. So bezogen sich Aufständische in Sachsen bei einem *food riot* im Jahr 1790 auf die im Zuge der Französischen Revolution ausgeübte Gewalt gegen als hartherzig und geizig geltende Getreidehändler und vermeintliche Wucherer und deuteten an, dass dieses Schicksal auch deren deutschen Gesinnungsgenossen drohen könne.¹⁵⁵⁴

In Braunschweig-Wolfenbüttel kam es im untersuchten Zeitraum nicht zu *food riots*. Auch zuvor war dies, soweit bislang bekannt, kaum verbreitet. Odenwälder konnte einen Aufstand in Clausthal-Zellerfeld im Jahr 1602 und eine Reihe von Unruhen im Zusammenhang mit der Kipper- und Wipper Zeit in Goslar in den Jahren 1621-1623 ausmachen.¹⁵⁵⁵ Beide Städte hatten, wenn sie doch nicht direkt zum Braunschweiger Herrschaftsgebiet gehörten, enge Verbindungen mit dem Herzogtum. Dennoch wird die Regierung die Proteste in anderen Ländern genau verfolgt und vor dem Hintergrund dieses Wissens gehandelt haben. Im Jahr 1757 veranlasste

¹⁵⁴⁹ Ebd. S. 116.

¹⁵⁵⁰ Ebd. S. 61 u. S. 116-117.

¹⁵⁵¹ Ebd. S. 56. Auch: Würzler, Andreas: Das Modernisierungspotential von Unruhen im 18. Jahrhundert. Ein Beitrag zur Entstehung der politischen Öffentlichkeit in Deutschland und der Schweiz. In: Geschichte und Gesellschaft 21/2 (1995). S. 195-217. Hier S. 201.

¹⁵⁵² Odenwälder, Nahrungsproteste. S. 116-117.

¹⁵⁵³ Ebd. S. 117.

¹⁵⁵⁴ Herzig, Einfluß. S. 209.

¹⁵⁵⁵ Odenwälder, Nahrungsproteste. S. 114.

Herzog Karl, dass der Getreidespeicher an der Jacobs-Straße in Braunschweig durch Schildwachen geschützt werden solle.¹⁵⁵⁶ Im Winter 1771/72 wurde die Getreideausgabe an den öffentlichen Magazinen Braunschweigs durch Policydiener bewacht, um „Unruhe, Zank und Unwillen“ zu verhindern.¹⁵⁵⁷ Diese Vorsichtsmaßnahmen deuten darauf hin, dass, trotz der Abwesenheit offener *food-riots*, auch bei der Regierung in Braunschweig eine gewisse Sorge vor Übergriffen bestand. Gailus und Volkmann stellten fest, dass „[d]ie Erfahrungen anlässlich latenter wie tatsächlicher food-riot-Situationen [...] nicht allein auf die darbenden Konsumenten ungemein prägend [wirkten], sondern ebenso sehr bei breiten Schichten auf der anderen Konfliktseite [...]“¹⁵⁵⁸

Über die Gründe der Abwesenheit von *food riots* in Braunschweig-Wolfenbüttel kann lediglich spekuliert werden. Ein möglicher Erklärungsansatz ist die überlegte und vorsichtige Politik der Landesregierung. Diese wägte Entscheidungen im Bereich der Getreidepolitik stets sorgfältig ab und tendierte nicht zu Experimenten. So wurde weder eine ausgeprägt protektionistische noch eine dezidiert freihändlerische Handelspolitik vertreten, sondern situativ und pragmatisch entschieden. Zudem hatte die Bevölkerung, wohl auch aufgrund der verhältnismäßig geringen Größe des Herzogtums und des gut vernetzten Verwaltungsapparats, engeren Kontakt zur Obrigkeit, als es in anderen Ländern der Fall war. Eingaben und Vorschläge bezüglich der Getreidepolitik wurden in der Regel wohlwollend aufgenommen und beeinflussten das obrigkeitliche Handeln. Letztendlich kam es aufgrund der landwirtschaftlichen Situation und der vorsichtigen Getreidepolitik im untersuchten Zeitraum zwar zu Mangel, aber nie zu einer wirklichen Hungersnot.

Die *food riots* gingen von verschiedenen Bevölkerungsgruppen aus, es beteiligten sich beispielsweise Studenten, Handwerker, Bergleute oder Soldaten. Grundsätzlich konnte ein derartiger Protest von allen ausgehen, welche auf der Konsumierendenseite standen und sich über (vermeintliches) Unrecht auf dem Getreidemarkt empörten. Allerdings wurden die *food riots* nur selten von denjenigen angeführt, welche am stärksten unter hohen Getreidepreisen und Mangel zu leiden hatten: „So spricht viel dafür, dass die Hungrigsten nicht die Hauptträger von Nahrungsrevolten waren.“¹⁵⁵⁹

¹⁵⁵⁶ Schreiben Herzog Karl an General Lieutenant von Roth. 12.08.1757. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13411. Bl. 130r.

¹⁵⁵⁷ Mitteilung vom 09.01.1772. NLA WO, 2 Alt, Nr.13491. Bl. 14r-14v.

¹⁵⁵⁸ Gailus; Volkmann, Nahrungsmangel. S. 10.

¹⁵⁵⁹ Ebd. S. 22.

An den Aufständen nahmen zudem in vielen Fällen Männer und Frauen gemeinsam teil. Dass die frühneuzeitlichen *food riots* aber eine von Frauen dominierte Form des Protests gewesen seien, gilt seit einigen Jahren als widerlegt. John Bohstedt zeigte auf, dass von 240 ausgewerteten englischen *food riots* aus den Jahren 1790 bis 1810 lediglich in 35 Fällen Frauen federführend waren, während in 81 Fällen Männer das Geschehen anführten. In 42 Fällen standen die Geschlechter gleichberechtigt Seite an Seite.¹⁵⁶⁰ Nicht wenige Frauen gingen dabei ebenso rabiatisch vor wie die Männer und konnten dafür die gleichen Konsequenzen für ihre Taten erwarten, bis hin zur Todesstrafe.¹⁵⁶¹ Carola Lipp zeigte allerdings auf, dass es, im Unterschied zu den englischen Protesten, bei den deutschen *food riots* des 19. Jahrhunderts eher „eine gewisse Arbeitsteilung der Gewalt gab.“ So standen Frauen und Männer zwar Seite an Seite, die Frauen beließen es in vielen Fällen aber eher bei verbaler Gewalt und der Unterstützung der physisch gewalttätigen Männer.¹⁵⁶² In vielen Fällen waren Obrigkeiten wohl eher geneigt friedlich zu verhandeln, wenn sich weibliche Personen unter den Aufständischen befanden.¹⁵⁶³ Claudia Ulbrich zeigte auf, dass Frauen aufgrund ihrer geringeren Löhne besonders stark von Mangel und Hunger bedroht waren und bei Nahrungsprotesten gemeinsam mit den Männern „um die Durchsetzung ihrer gerechten Bedürfnisse“ kämpften.¹⁵⁶⁴ Zu einer spezifisch weiblichen Protestform seien die *food riots* erst geworden, als immer stärker zwischen dem männlichen und weiblichen Zuständigkeitsbereich unterschieden und Frauen vermehrt in die häusliche Sphäre gedrängt wurden: „Ironically, when and where food riots did become feminine, it was a symptom of women`s political weakness rather than their strength.“¹⁵⁶⁵ Obwohl die Teilnehmenden an *food riots* gegebenenfalls mit harten Strafen rechnen mussten, im äußersten Fall sogar mit der Todesstrafe,¹⁵⁶⁶ erzielten die Aktionen nicht selten tatsächlich einen gewissen Erfolg. Die Aufständischen erreichten mit ihren Aktionen wiederholt das gewünschte Ziel. Als Folge des 1756 von Studenten in Jena angeführten Aufstandes senkte die

¹⁵⁶⁰ In den verbleibenden 82 Fällen war das Geschlecht der Aufständischen nicht zu ermitteln. Bohstedt, John: Gender, Household and Community Politics: Women in English Riots 1790-1810. In: Past and Present 120 (1988). S. 88-122. Hier S. 91.

¹⁵⁶¹ Ebd. S. 104-105; S. 119.

¹⁵⁶² Lipp, Carola: Frauenspezifische Partizipation an Hungerunruhen des 19. Jahrhunderts. Überlegungen zu strukturellen Differenzen im Protestverhalten. In: Gailus, Volkmann (Hg.), Kampf. S. 200-213. Hier S. 211-212. Zitat auf S. 212. Ob sich diese Teilung auch für die *food riots* des 18. Jahrhunderts zeigt, bedürfte weiterer Untersuchung.

¹⁵⁶³ Ebd. S. 119.

¹⁵⁶⁴ Ulbrich, Claudia: Zwischen Resignation und Aufbegehren. Frauen, Armut und Hunger im vorindustriellen Europa. In: Klein, Gabriele; Treibel, Annette (Hg.): Begehren und Entbehren. Bochumer Beiträge zur Geschlechterforschung. Pfaffenweiler 1993. S. 167-183. Hier S. 176-177; S. 180.

¹⁵⁶⁵ Bohstedt, Gender. S. 120. S. dazu auch: Ulbrich, Resignation. S. 180.

¹⁵⁶⁶ Bohstedt, Ökonomie. S. 43. Allerdings bezieht er sich in seiner Argumentation nur auf England.

Obrigkeit die Preise für Brot und Getreide. In Durlach führte ein *food riot* in Gestalt einer *ent-rave*, also der Verhinderung eines Getreidetransportes, im Oktober 1770 dazu, dass die Regierung ihren freihändlerischen Kurs verließ und Sperren verhängte.¹⁵⁶⁷ Zu diesen Erfolgen trug es auch bei, dass lokale Obrigkeiten die Forderungen der Aufständischen in vielen Fällen teilten und diese in ihren Aktionen sogar verschiedentlich unterstützten. So unternahm der Obervogt des Amtes Durlach nichts, um die Aufständischen bei der badischen Regierung anzuzeigen. Diese hatte zuvor verschiedene Vorschläge der Durchlacher Amtleute, welche den Getreidehandel regulieren lassen wollten, abgelehnt.¹⁵⁶⁸ In Ballum solidarisierten sich im März 1795 Teile des Militärs mit der protestierenden Bevölkerung, welche ein Exportverbot für Grundnahrungsmittel forderte. In Rostock wurden im Nachgang der sogenannten „Butterrevolte“ von 1800 öffentliche Getreidemagazine in Angriff genommen. Zuvor hatte die Bevölkerung in Suppliken vergeblich um derartige Einrichtungen gebeten.¹⁵⁶⁹

Offenbar fürchtete die Obrigkeit die *food riots* und bemühte sich die Forderungen der Aufständischen zu erfüllen. John Bohstedt legt dar, dass der von den Obrigkeiten in Folge von (oder aus Furcht vor) *food riots* ausgeübte Paternalismus in erster Linie geschah, um sich selbst und die eigene Position zu schützen.¹⁵⁷⁰ Unterstützend kam hinzu, dass die dort geäußerten Forderungen meist durch verschiedene althergebrachte Wertvorstellungen gedeckt waren. Seit dem 1971 erschienenen Aufsatz „*The Moral Economy of the English Crowd in the Eighteenth Century*“ des britischen Historikers Edward P. Thompson sind *food riots* untrennbar mit dem Konzept der moralischen Ökonomie verbunden. Spätestens seit der 1980 veröffentlichten deutschen Übersetzung,¹⁵⁷¹ befasst sich auch die deutschsprachige historische Forschung vermehrt mit dem Konzept. Thompson erklärte darin die englischen Nahrungsproteste des 18. Jahrhunderts mit traditionellen Wert- und Legitimationsvorstellungen der Bevölkerung. Die Menschen hingen demnach bestimmten Auffassungen an, wie der Markt zu funktionieren habe. Es habe einen Konsens im Volk darüber gegeben „what were legitimate and what were illegitimate practices in marketing, milling, baking etc.“¹⁵⁷² Zudem gab es strikte Vorstellungen

¹⁵⁶⁷ Odenwälder, Nahrungsproteste. S. 50 u. S. 57.

¹⁵⁶⁸ Ebd. S. 57-58.

¹⁵⁶⁹ Herzig, Subsistenzproteste. S. 139; 149-150.

¹⁵⁷⁰ Bohstedt, Ökonomie. S. 41.

¹⁵⁷¹ Thompson, Edward P.: Plebeische Kultur und moralische Ökonomie. Aufsätze zur englischen Sozialgeschichte des 18. und 19. Jahrhunderts. Ausgewählt und eingeleitet von Dieter Groh. Frankfurt am Main/Berlin/Wien 1980.

¹⁵⁷² Thompson, Edward P.: *The Moral Economy of the English Crowd in the Eighteenth Century*. In: *Past & Present* 50 (1971). S. 76-136. Hier S. 79.

„of the proper economic functions of several parties within the community.“¹⁵⁷³ Diese ökonomischen Wertvorstellungen gingen bis in das Mittelalter zurück und wurden von den Menschen, den veränderten Rahmenbedingungen zum Trotz, zäh verteidigt. *Food riots* seien also keinesfalls, wie zuvor häufig behauptet, „involuntary spasm[s]“ gewesen, unorganisiert, undiszipliniert und vom quälenden Hunger ausgelöst.¹⁵⁷⁴ Stattdessen habe es sich um meist disziplinierte und wohlorganisierte Protestaktionen gegen Brüche der traditionellen Marktgebräuche gehandelt. Die Protestierenden waren in der Regel so von der Rechtschaffenheit ihres eigenen Tuns überzeugt, dass die Aktionen in völliger Öffentlichkeit und ohne Verschleierung der eigenen Identität stattgefunden hätten.

Ob das von Thompson entwickelte Konzept der moralischen Ökonomie tatsächlich handlungsleitend für die Teilnehmenden an derartigen Protestaktionen war und auch auf *food riots* außerhalb des untersuchten Zeitraumes in England angewandt werden kann, kann nicht klar beantwortet werden. Im Laufe der Zeit erfuhr das „in die Jahre gekommen[e]“¹⁵⁷⁵ Konzept viel Zustimmung, Kritik und Weiterentwicklung. Der US-amerikanische Historiker John Bohstedt beispielsweise befasste sich wiederholt mit dem Konzept und modifizierte dies in einigen entscheidenden Punkten. So hätten die Protestierenden nicht den gewinnorientierten Handel mit Lebensmitteln generell, sondern lediglich dessen Missbräuche abgelehnt und dies mit ihren Aktionen zu korrigieren versucht.¹⁵⁷⁶ Zudem seien diese wohl auch eher „kollektive Selbsthilfenotmaßnahmen als Vorstöße zu einer moralisch-ökonomischen Ordnung“ gewesen.¹⁵⁷⁷ Die Protestierenden rechtfertigten ihre Aktionen zumeist mit dem Hinweis auf den bedrohlichen Hunger innerhalb der Bevölkerung. Bohstedt stellte zudem die von Thompson propagierte Disziplin der Aufständischen in Frage. Diese hätten ebenso häufig undiszipliniert und unorganisiert gehandelt und nicht selten Lebensmittel gestohlen oder zerstört.¹⁵⁷⁸ Grundsätzlich sei es aufgrund des vorhandenen Quellenmaterials nur schwer möglich, die Beweggründe der Protestierenden nachzuvollziehen und dementsprechend herauszufinden, ob sie von moralischer Ökonomie getrieben wurden oder andere Gründe für ihr Handeln hatten.¹⁵⁷⁹ Nina Odenwälder betrachtete das Konzept für die deutschen *food riots* und argumentiert ähnlich. So

¹⁵⁷³ Ebd.

¹⁵⁷⁴ Ebd. S. 131.

¹⁵⁷⁵ So Gailus und Volkmann bereits 1994. Gailus; Volkmann, Nahrungsmangel. S. 16.

¹⁵⁷⁶ Bohstedt, Ökonomie. S. 29-31.

¹⁵⁷⁷ Ebd. S. 33.

¹⁵⁷⁸ Ebd. S. 42.

¹⁵⁷⁹ Ebd. S. 29.

habe sie zwar Hinweise auf einen moralökonomischen Hintergrund bei einigen Aktionen gefunden, dies könne aber nicht als Beweis für die gesamte Protesttradition gelten.¹⁵⁸⁰

3.4.4 Beschaffen – Diebstahl und Schmuggel von Getreide

In Phasen unsicherer Getreideversorgung begaben sich nicht wenige Menschen im untersuchten Zeitraum an den Rand der Legalität oder sogar deutlich darüber hinaus, um ihren Bedarf zu sichern. Waren sie nicht in der Lage auf herkömmlichen Wegen Getreide zu besorgen und konnten oder wollten sich nicht auf die Möglichkeit obrigkeitlicher Hilfe verlassen, mussten andere Möglichkeiten gefunden werden.

Martin Scheutz legte für die Frühe Neuzeit dar, dass „Diebstahl [...] angesichts einer hohen Anzahl von armutsgefährdeten Männern und Frauen nahezu zu einer Überlebensnotwendigkeit von armen und vagierenden Menschen [...]“ gehörte.¹⁵⁸¹ Das 18. Jahrhundert, das „Jahrhundert des Diebstahls“, stellte dabei einen Höhepunkt dieser Entwicklung dar.¹⁵⁸² Vor allem während Getreidepreissteigerungen und Getreidemangel stieg die Kriminalität allorts regelmäßig an.¹⁵⁸³ Peter Wettmann-Jungblut wertete die vor dem Hofgerichten in Baden zwischen 1808 und 1847 verhandelten Delikte aus. Dabei wurde deutlich, dass in Zeiten, in denen der Getreidepreis anstieg und es zu Getreidemangel kam, auch die Zahl der Diebstähle anstieg. So wurden während der Hungerkrise der Jahre 1816/17 im Jahr 1816 insgesamt 413 Fälle von Diebstahl verhandelt, im Jahr darauf sogar 850 Fälle. Zum Vergleich: In den Jahren 1814 und 1815 waren es lediglich 284 beziehungsweise 269 Fälle.¹⁵⁸⁴ Für die Jahre 1846 und 1847 lassen sich ähnliche Tendenzen feststellen. Die hohen Fallzahlen lassen sich laut Wettmann-Jungblut auch damit erklären, dass in Phasen des Getreidemangels eine höhere Bereitschaft zur Anzeige bestand. Gab es in Normalzeiten die Tendenz, Fälle von Diebstahl ohne Hinzuziehung der Obrigkeiten zu klären und möglichst die Rückgabe des Diebesgutes zu erreichen, konnte dies in Krisenzeiten wohl nicht riskiert werden.¹⁵⁸⁵

¹⁵⁸⁰ Odenwälder, Nahrungsproteste. S. 109.

¹⁵⁸¹ Scheutz, Martin: Schnupftücher, Rasiermesser, Fleisch und Strümpfe. Kleinkriminalität und „Bagatelldelikte“ in der Frühen Neuzeit. In: Historische Sozialkunde. Geschichte-Fachdidaktik-Politische Bildung. 2 (2014). S. 23-31. Hier S. 26.

¹⁵⁸² Ebd.

¹⁵⁸³ Behringer, Wolfgang: Mörder, Diebe, Ehebrecher. Verbrechen und Strafen in Kurbayern vom 16. bis 18. Jahrhundert. In: van Dülmen, Richard (Hg.): Verbrechen, Strafen und soziale Kontrolle. Studien zur historischen Kulturforschung III. Frankfurt am Main 1990. S. 85-132. Hier S. 109 u. S.118.

¹⁵⁸⁴ Wettmann-Jungblut, Peter: „Stelen inn rechter hungersnodtt“. Diebstahl, Eigentumsschutz und strafrechtliche Kontrolle im vorindustriellen Baden 1600-1850. In: In: van Dülmen (Hg.), Verbrechen. S. 133-177. Hier S. 150.

¹⁵⁸⁵ Ebd. S. 166-167.

Im Laufe des 18. und 19. Jahrhunderts wurden traditionelle Formen des ergänzenden Nahrungserwerbs zudem immer weiter eingeschränkt. So wurde das Sammeln von Nahrung für Mensch und Tier im Wald, welches für lange Zeit in Mangelzeiten praktiziert worden war, immer weniger geduldet und unter Strafe gestellt.¹⁵⁸⁶ Dies führte zum einen dazu, dass bislang straffrei gebliebene Praktiken nun kriminalisiert und als Diebstahl verfolgt wurden, zum anderen aber auch dazu, dass die Menschen sich aus Mangel an Alternativen tatsächlich dem Diebstahl zuwandten. Der Autor der Anklageschrift „*Demüthiges Bittschreiben des Gemeinen WeSENS an die Herren Capitalisten und Wucherer*“ aus dem Jahr 1772 schilderte darin eindringlich, dass viele Hungernde „aus dringender Noth“ keine andere Wahl gehabt hätten als sich illegalen Praktiken zuzuwenden: Sie „beraubten dem Landmanne die Felder, erfanden allerley Arten von Betrügereyen, verübten bey Gelegenheit des Bettelgehens Diebstahl.“¹⁵⁸⁷

Feld- oder Gartendiebstahl, also die Entwendung von ungeerntetem Getreide, Gemüse, Obst oder anderen Erzeugnissen, nahm vor allem während Zeiten der Teuerung und des Getreidemangels zu. Die *Constitutio Criminalis Carolina* unterschied diese Art des Diebstahls von anderen Formen, vor allem wenn es sich um kleinere Mengen handelte und der Dieb dem Bestohlenen „nit grossen geuerlichen schaden thett“.¹⁵⁸⁸ In diesen Fällen konnten die Delinquent:innen mit mildereren Strafen rechnen. In Braunschweig-Wolfenbüttel sorgte der in Mangelzeiten immer wieder ansteigende Felddiebstahl für Reaktionen seitens der Obrigkeit. Für lange Zeit wurde dieses Vergehen vor den Landgerichten verhandelt. Diese „unabhängige[n], nicht an die ordentliche Gerichtsbarkeit gebundene[n] Gerichte“ behandelten „kleinere Kriminalvergehen und Polizeidelikte“.¹⁵⁸⁹ Als Richter fungierte im 18. Jahrhundert der jeweilige Amtmann.¹⁵⁹⁰

Im August 1764 wurde von der Braunschweiger Regierung eine „Verordnung, wegen Untersuch= und Bestrafung der Garten= und Felddiebereyen [...]“ erlassen.¹⁵⁹¹ Darin wurde beklagt, dass diese Delikte in der letzten Zeit überhandnähmen. Die erste Hälfte der 1760er Jahre war

¹⁵⁸⁶ Collet, *Katastrophe*. S. 215; Wettmann-Jungblut, *Diebstahl*. S. 175.

¹⁵⁸⁷ o. V., *Bittschreiben*. S. 71.

¹⁵⁸⁸ Die peinliche Gerichtsordnung Kaiser Karls V. und des Heiligen Römischen Reichs von 1532 = (Carolina). Herausgegeben und erläutert von Friedrich-Christian Schroeder. Stuttgart 2000. Artikel 167. S. 103.

¹⁵⁸⁹ Landwehr, Götz: *Die althannoverschen Landgerichte*. Hildesheim 1964. S. 1.

¹⁵⁹⁰ Ebd. S. 12-13.

¹⁵⁹¹ Serenissimi gnädigste Verordnung, wegen Untersuch= und Bestrafung der Garten= und Felddiebereyen, wie auch Beschädigung der Hecken auf dem platten Lande vom 2. August 1764. Abgedruckt in: *Braunschweigische Anzeigen*. 67. Stück, 22.08.1764.

in Braunschweig-Wolfenbüttel eine Zeit massiver Getreideteuerung. Der Preis für einen Himten Roggen war zeitweilig auf mehr als zwei Taler gestiegen und stand im August 1764, obwohl die Preise bereits zu sinken begonnen hatten, immer noch bei mehr als einem Taler.¹⁵⁹² Die Regierung bemühte sich den hohen Lebensmittelpreisen Herr zu werden und erließ zu diesem Zweck diverse Verordnungen, in denen es beispielsweise unter Strafe gestellt wurde, Lebensmittel, in der Hoffnung auf höhere Profite, zurückzuhalten.¹⁵⁹³ Offenbar hatten sich einige Menschen dennoch nicht mehr anders zu helfen gewusst, als sich widerrechtlich an Nahrungsmitteln zu vergreifen, welche auf fremden Feldern oder in fremden Gärten wuchsen. Sehr wahrscheinlich war auch die Bereitschaft derartige Dinge anzuzeigen mit den steigenden Getreidepreisen und dem damit einhergehenden Mangel gewachsen. In jeden Fall hatte die Regierung wohl derartig viele Berichte über diese Vergehen erhalten, dass sie sich veranlasst sah, etwas dagegen zu unternehmen. In der entsprechenden Verordnung wurde betont, dass „Wir jedoch solchen Diebereyen eben so wenig als anderen Diebstählen nachzusehen gemeynet sind“.¹⁵⁹⁴ Die Botschaft hinter dieser Aussage war deutlich: Auch während einer Teuerung sollte der Diebstahl von Lebensmitteln nicht als Bagatelldelikt behandelt und ebenso bestraft werden, wie der Diebstahl anderer Güter. Der Abschreckungswirkung wegen verordnetet der Herzog also, dass Garten- und Felddiebstähle in Zukunft nicht mehr als „Landgerichtswrogen“ behandelt werden sollten.¹⁵⁹⁵ Stattdessen sollten „die Obrigkeiten, welche die Criminalgerichte verwalten, wider die Thäter, nach Vorschrift der peinlichen Rechte, ohne Unterschied verfahren [...]“.¹⁵⁹⁶ Zu Beginn der 1770er Jahre nahmen die Diebstähle von Feld- und Gartenfrüchten in Braunschweig-Wolfenbüttel dann erneut zu. Offenbar hatte auch die veränderte Gerichtspraxis nicht die erhoffte abschreckende Wirkung gehabt und die Menschen bedienten sich an fremden Feldern und Gärten. Erneut fanden die Diebstähle vor dem Hintergrund massiv angestiegener Getreidepreise statt. Im Sommer stand der Preis für einen Himten Roggen durchgängig bei mehr als einem Taler.¹⁵⁹⁷ Im August 1772 wurde eine erneute Verordnung

¹⁵⁹² S. dazu Kapitel 2.3. Die sehr hohen Getreidepreise zu Beginn der 1760er Jahre sind zum Teil auch durch inflationäre Entwicklungen dieser Jahre erklärbar.

¹⁵⁹³ Serenissimi gnädigste Verordnung die Zurückhaltung der Lebensmittel auf höhere Preise betref. 6. Julii 1764. Abgedruckt in: Braunschweigische Anzeigen. 01.08.1764. 61. Stück.

¹⁵⁹⁴ Verordnung wegen Untersuch- und Bestrafung der Garten- und Felddiebereyen vom 22.08.1764.

¹⁵⁹⁵ „Wroge“, „die niederdeutsche Bezeichnung für Rüge [...], kennzeichnet die Landgerichte als Rügegerichte.“ Landwehr, Landgerichte. S. 2.

¹⁵⁹⁶ Ebd.

¹⁵⁹⁷ Vgl. Kapitel 2.3.

„gegen die Feld= und Gartendieberey“ erlassen. Diese Delikte hätten dermaßen zugenommen, „daß an manchen Orten fast kein Tag hingehe, daß nicht Felddiebe betroffen, und Gartenbleeke spoliiret werden.“¹⁵⁹⁸ Um diesen Auswüchsen der Notkriminalität Herr zu werden, verschärfte die Regierung die ausgesetzten Strafen: Bei klaren Fällen von Feld- oder Gartendiebstahl sollten die Täter „ohne weitläufiges kriminalistisches verfahren“ „mit Anschließung an den Strafpfal auf einige Stunden bestrafet [werden]“.¹⁵⁹⁹ Dies galt allerdings nur für die erste Straftat. Bei mehrfacher Übertretung sollten die Delinquenten zusätzlich mit Peitschenhieben bestraft werden. Bei der Anschließung an den Strafpfahl handelte es sich um eine Ehrenstrafe, bei welcher der Verurteilte „vor seinen Mitbürgern bloßgestellt und deren Hohn und Spott ausgeliefert werden [sollte]“.¹⁶⁰⁰ Die Strafaktionen sollten an dem Ort „auf dessen Feldmark der Diebstahl begangen“ durchgeführt werden. Es wurde angeordnet zu diesem Zweck allorts entsprechende „Strafpfäle“ errichten zu lassen.¹⁶⁰¹ Hier wird deutlich, dass Diebstahlsdelikte während der Krise der 1770er Jahre in Braunschweig-Wolfenbüttel ein ernstzunehmendes Problem darstellten, da die Regierung sich genötigt sah, derart drastische Konsequenzen anzudrohen. In der Regel galt Hunger und Nahrungsmangel bei Diebstahl eigentlich strafmildernd. In zahlreichen frühneuzeitlichen Prozessen um den Diebstahl von Lebensmitteln gaben die Angeklagten an, aus Not und Verzweiflung gehandelt zu haben.¹⁶⁰² Bereits die Peinliche Halsgerichtsordnung Kaiser Karls V. unterschied das „Stelen inn rechter hungers nott“ von gewöhnlichem Diebstahl.¹⁶⁰³ Strafverschärfungen für Delikte wie Schmuggel oder eben auch Felddiebstahl waren während einer Versorgungskrise allerdings ebenfalls nicht ungewöhnlich. Diese sandten mehrschichtige Botschaften aus: Zunächst sollte den potenziellen Delinquent:innen signalisiert werden, dass die Übertretung der getreidepolitischen Regeln kein Bagatelldelikt sei. Die Androhung von ehrverletzenden (Körper-)Strafen sollte abschreckende Wirkung haben. Darüber hinaus sollte der Bevölkerung gezeigt werden, dass die Regierung Herrin der Lage war. Während Getreidemangel verließen viele Menschen den legalen Bereich zur Beschaffung von Nahrung und beteiligten sich als aktive Täter:innen oder auch

¹⁵⁹⁸ Serenissimi gnädigste Verordnung gegen die Feld= und Gartendieberey vom 27. August 1772. Abgedruckt in: Braunschweigische Anzeigen. 74. Stück, 19.09.1772.

¹⁵⁹⁹ Ebd.

¹⁶⁰⁰ Landwehr, Landgerichte. S. 81. Im Gegensatz zum Pranger oder dem Schandpfahl, zog eine Bestrafung mit dem Strafpfahl keinen Verlust der Ehre nach sich. Nach Abbüßen der Strafe konnten die Delinquenten ihr soziales und berufliches Leben fortführen. Ebd. S. 79-81.

¹⁶⁰¹ Verordnung gegen die Feld= und Gartendieberey vom 27. August 1772.

¹⁶⁰² Wettmann-Jungblut, Diebstahl. S. 133; 172.

¹⁶⁰³ Peinliche Gerichtsordnung Kaiser Karls V. Artikel 166. S. 103.

als passive Mitwisser:innen an entsprechenden Aktionen. blieb dies großflächig ohne Konsequenzen, verlor die Obrigkeit an Autorität, welche durch solche Strafen wieder hergestellt werden sollte. Die öffentliche Zurschaustellung von Menschen, die Lebensmittel gestohlen hatten, sollte der ansässigen Bevölkerung deutlich machen, dass derartiges Verhalten auch in der Ausnahmesituation, welche eine Versorgungskrise darstellte, nicht toleriert wurde. Dass die Dieb:innen am Ort ihres Verbrechens bestraft wurden, sollte auch die Solidarität innerhalb der Bevölkerung schmälern. Schließlich waren so auch die bestohlenen Personen vor Ort, welche die Stimmung gegen die Delinquent:innen negativ beeinflussen konnten.

Während die Menschen, welche Nahrung stehlen mussten, um zu überleben, ihre Delikte allerdings nur selten als eine Form des sozialen Protests betrachteten, ist dies für andere Deliktarten durchaus belegt. Neben Wilderei und Holzdiebstahl war dies vor allem der Schmuggel.¹⁶⁰⁴ Dieser nahm in Krisenzeiten rapide zu. Obwohl viele Menschen im Falle von steigenden Getreidepreisen und Versorgungsengpässen Handelsbeschränkungen einforderten, wurden die zahlreichen Grenzsperrern bei Bedarf unterlaufen. Zwar existierte Schmuggel auch außerhalb von Versorgungskrisen, in Mangelzeiten breitete er sich allerdings in weiten Teilen der Bevölkerung aus. Die Regierungen standen dem Schmuggel ambivalent gegenüber. Nutzte es dem eigenen Land, wurde dieser gefördert und teilweise sogar gefordert.¹⁶⁰⁵ Ging es jedoch darum, den Schmuggel von Getreide aus dem eigenen Land heraus zu verhindern, wurde die Obrigkeit aktiv. Zur Abschreckung enthielten daher die meisten Verordnungen zur Bekanntheit von Getreidesperrern direkt auch Strafandrohungen für deren Übertretung.

In der Regel drohten Geldstrafen, die Konfiskation der Schmuggelwaren und des Transportfahrzeuges, sowie Leibstrafen. Dauerte eine Sperre länger an, kam es häufig zu zahlreichen weiteren Erlässen, in denen immer härtere Strafen angedroht wurden. So wurde beispielsweise im Fürstbistum Münster das Ausfuhrverbot von November 1770 gut ein Jahr später verschärft. Die angekündigten Geldstrafen wurden deutlich erhöht und Zahlungsunfähigen mit Zuchthaus gedroht. Auch die Beihilfe zum Schmuggel sollte strafbar werden.¹⁶⁰⁶ Die Verschärfung der Strafen führte in den 1770er Jahren bis hin zur Androhung der Todesstrafe für Getreideschmuggel. So beispielsweise in einer bayerischen Verordnung aus dem Dezember

¹⁶⁰⁴ Scheutz, Kleinkriminalität. S. 26.

¹⁶⁰⁵ Vgl. dazu Kapitel 3.3.1.

¹⁶⁰⁶ S. dazu: Huhn, Teuerungspolitik. S. 64.

1770, die tatsächlich zu einigen Exekutionen von Schleichhändlern führte.¹⁶⁰⁷ Auch in Österreich drohte während dieser Krise Schmugglern die Hinrichtung, dies wurde aber selten wirklich durchgeführt und die Verurteilten zumeist begnadigt.¹⁶⁰⁸ Ein längeres Andauern einer Krise führte aber auch dazu, dass vorab nur angedrohte Strafen tatsächlich vollzogen wurden. blieb es in vielen Fällen tatsächlich nur bei der Drohung, überführte Schleichhändler einer Leibstrafe zu unterziehen, existieren vor allem aus den 1770er Jahren Berichte, aus denen hervorgeht, dass Schmuggler bei oder nach ihrer Ergreifung geschlagen oder auf andere Weise körperlich misshandelt wurden.¹⁶⁰⁹

Obwohl auch in Braunschweig-Wolfenbüttel Strafandrohungen im Verlauf einer Krise verschärft wurden, blieben die dann wirklich verhängten Sanktionen im untersuchten Zeitraum meist verhältnismäßig milde. Überführte Schmuggler kamen zumeist mit einer Geldstrafe oder der Wegnahme der heißen Ware davon. Um die Anzeige von Schleichhändlern zu befördern, enthielten viele Verordnungen die Bestimmung, dass dem Denunzianten ein Teil der aufgegriffenen Schmuggelware zufallen oder er einen Teil der anfallenden Geldstrafe erhalten sollte. So auch in Braunschweig-Wolfenbüttel. In einer Verordnung aus dem Dezember 1770 wurde für jeden Wispel geschmuggeltes Getreide eine Strafe von 40 Talern angesetzt, welche „halb dem Denuncianten zu Theil fallen, und halb zu milden Stiftungen angewendet werden“ sollte.¹⁶¹⁰ Im Oktober 1789 wurde angedroht, das geschmuggelte Getreide sowie den Wagen und die Pferde, mit denen dieses transportiert worden war, zu konfiszieren und „die Hälfte des Werths davon dem Denuncianten, und die andere Hälfte den Armen=Anstalten des Ortes“ auszuhändigen.¹⁶¹¹ Dies verdeutlicht, dass Schmuggler und ihre Taten innerhalb der Bevölkerung häufig Rückendeckung genossen. Da diese vermutlich häufig von den Taten profitierte oder sich sogar auf die eine oder andere Weise beteiligte, war die Anzeigebereitschaft verständlicherweise nicht hoch. Norbert Finzsch legte dar, dass Schmuggler zu einer Gruppe von Kriminellen gehörten, „deren Ruf in ihrem sozialen Bezugsrahmen durch ihre Vergehen keinen

¹⁶⁰⁷ Abel, Massenarmut. S. 229-230.

¹⁶⁰⁸ Ebd. S. 230.

¹⁶⁰⁹ Ebd. S. 229-230.

¹⁶¹⁰ Serenissimi gnädigste Verordnung gegen die Ausfuhr der Kornfrüchte im Wolfenbüttelschen und Schöningischen District. 13. December 1770. Abgedruckt in: Braunschweigische Anzeigen. 1. Stück, 02.01.1771.

¹⁶¹¹ Serenissimi Verordnung, die Ausfuhr des Getraides und der Hülsenfrüchte betreffend. 10. October 1789. Abgedruckt in: Braunschweigische Anzeigen. 80. Stück, 14.10.1789. Auch 1756 wurde dieses Mittel bereits angewandt. S. dazu: Dehesselles, Policey. S. 73.

Schaden gelitten hatte.¹⁶¹² Zumeist seien Schmuggler „seßhafte Menschen, die einem Beruf nachgingen und eine Familie zu ernähren hatten“ gewesen.¹⁶¹³ Der Schmuggel stellte für sie „eine Form des Broterwerbs in schlechten Zeiten dar, die sie nicht als Unrecht empfanden.“¹⁶¹⁴ Ihre Taten wurden von Teilen der Bevölkerung gebilligt oder sogar unterstützt. Durch die Setzung finanzieller Anreize suchte die Obrigkeit die Solidarität der Bevölkerung zu brechen und die Anzeigebereitschaft zu erhöhen.

Zusätzlich wurden die Landesgrenzen während Getreidesperren vermehrt kontrolliert. Wurde in Braunschweig-Wolfenbüttel eine Sperre erlassen, ergingen Ermahnungen an lokale Beamte, Zollbediente und Landschaftliche Inspektoren, welche aufgefordert wurden, die Einhaltung der Sperren zu kontrollieren. Zudem wurden häufig zusätzliche Wachen an den Grenzen postiert. Während der Sperre zu Beginn der 1760er Jahre wurden Husaren im Norden des Landes an der Grenze zu Hannover bei den Orten Neubrück und Wenden postiert, um diese zu bewachen.¹⁶¹⁵ Allerdings taten sie dies offenbar ganz und gar nicht zur Zufriedenheit der Regierung in Braunschweig und auch nicht zur Zufriedenheit der in Hannover, welche sich über die Grenzposten beschwert hatte. Im Januar 1762 musste ein Schreiben an die Hannoveraner Regierung geschickt werden, in dem sich für das Verhalten der Husaren entschuldigt wurde, welche während ihres Wachdienstes immer wieder die Grenzen überschritten und sich verschiedener, nicht näher ausgeführter „Exzesse“ schuldig gemacht hatten.¹⁶¹⁶ Es wird hier deutlich, dass Braunschweig-Wolfenbüttel bei Bedarf militärisches Personal einsetzte, um Schmuggel zu verhindern. Dies ist besonders beachtlich, da das Land sich zur Zeit des vorab geschilderten Vorfalls im Krieg befand. Es wurden also vermutlich Soldaten abgezogen, um die Sperren an den heimatlichen Grenzen durchzusetzen. Daraus lässt sich wiederum schlussfolgern, dass es Schwierigkeiten mit eben jener Durchsetzung gab und Getreide illegal ausgeführt wurde. Dabei war es sicherlich kein Zufall, dass gerade Husaren, welche als Spezialisten des so

¹⁶¹² Finzsch, Norbert: Obrigkeit und Unterschichten. Zur Geschichte der rheinischen Unterschichten gegen Ende des 18. und zu Beginn des 19. Jahrhunderts. Stuttgart 1990. S. 199.

¹⁶¹³ Ebd.

¹⁶¹⁴ Ebd. S. 230.

¹⁶¹⁵ Die eingesetzten Husaren waren in den 1760er Jahren eine recht neue Truppengattung, die in Braunschweig-Wolfenbüttel erst 1759 ins Leben gerufen worden war. Nachdem die Truppe im Siebenjährigen Krieg gekämpft hatte, allerdings immer wieder durch Desertationen verursachte Verluste ausgleichen musste, wurde sie 1767 zunächst komplett aufgelöst. Ab 1809 gab es dann wieder braunschweigische Husaren. S. dazu: Elster, Otto: Geschichte der stehenden Truppen im Herzogtum Braunschweig-Wolfenbüttel, 2. Band: 1714-1806. Leipzig 1901. S. 201-208; S. 346.

¹⁶¹⁶ Schreiben Regierung Braunschweig an Regierung Hannover. 23.01.1762. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13448. Bl. 16r.

genannten „Kleinen Krieges“ hinter den Linien galten, zur Jagd auf Schmuggler und zur Sicherung der Grenzen eingesetzt wurden.¹⁶¹⁷ Zusätzlich ist auch der Ort des Geschehens interessant. Es handelte sich um Grenzorte, welche teilweise zu drei Seiten von ausländischem Gebiet umgeben waren. Es ist naheliegend, dass solche Orte besonders anfällig für Schmuggel waren und die Grenzen dementsprechend besonders schwer zu sichern waren. Schwierigkeiten mit der Sicherung der Grenzen zeigten sich auch zu Beginn der 1770er Jahre. Auch hier waren, wie bereits etwa 10 Jahre zuvor, Soldaten zur Bewachung der Grenzen abgestellt worden, in diesem Fall Karabinier-Regimenter. Diese waren beauftragt worden, an den Grenzen zu patrouillieren, da trotz bestehender Sperre noch Getreide aus dem Land ausgeführt wurde.¹⁶¹⁸ Zusätzlich sollten alle Forst- und Jagdbedienten im ganzen Land an den Grenzen Wache halten, um illegale Transporte aufzudecken und zu verhindern. Dazu sollten diese mit einem gedruckten Legitimationsschein ausgestattet werden, der besagte, dass sie befugt waren, im Auftrag des Herzogs die Getreideausfuhr zu kontrollieren und illegal transportiertes Getreide gegebenenfalls zu beschlagnahmen.¹⁶¹⁹

Die intensiven Grenzkontrollen konnten nicht jeglichen Schmuggel verhindern, obwohl sie sicherlich auch eine gewisse abschreckende Wirkung hatten. Dennoch führten die Kontrollen regelmäßig dazu, dass illegale Getreidetransporte aufgedeckt und so verhindert werden konnten. So berichteten zwei Karabiniers im Oktober 1771 aus dem Amt Hessen, dass sie kürzlich einen verdächtigen Wagen angehalten hätten.¹⁶²⁰ Unter der Ladung aus Mohrrüben und Kartoffeln, deren Ausfuhr zu diesem Zeitpunkt noch nicht verboten war, entdeckten die Wachposten jeweils einen Sack Roggen und Gerste, welche der Fahrer des Wagens dort versteckt hatte. Der Mann, welcher in Brandenburg ansässig war, wollte das Getreide aus Braunschweig-Wolfenbüttel ausführen. Er hatte dieses nicht nur unter anderen Lebensmitteln verborgen, sondern sich auch noch in den Besitz eines falschen Ausfuhrpasses gebracht und vereinigte so zwei der gängigsten Methoden zum Getreideschmuggel. In diesem Fall verhinderten

¹⁶¹⁷ Vgl. Rink, Martin: Kleiner Krieg. In: Jaeger, Friedrich (Hg.): Enzyklopädie der Neuzeit. Bd. 6 Jenseits-Konvikt. Stuttgart/Weimar 2007. Sp. 776-778.

¹⁶¹⁸ S. für das Folgende: Schreiben Herzog Karl an Fürstl. Kammer. 21.10.1771. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13476. Bl 69r-70v.

¹⁶¹⁹ H. B. Schrader von Schliestedt notierte am Rande des entsprechenden Schreibens, dass man aktuell etwa 70 dieser Scheine drucken lassen müsse, es sei aber auch möglich, 100 oder mehr zu erhalten. Dies deutet darauf hin, dass etwa 70 bis 100 Forst- und Jagdbediente, zusätzlich zu den Soldaten und den regulären Zollbedienten, die Grenzen kontrollierten.

¹⁶²⁰ S. zu diesem Fall: Schreiben des Karabiniers H. Järcke. 30.10.1772. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13476. Bl.122r-122v.

die aufmerksamen Karabinieres die illegale Ausfuhr jedoch. Zur Belohnung erhielten die beiden Wachposten das beschlagnahmte Getreide zum eigenen Gebrauch.¹⁶²¹

Auch andere Länder kämpften zu Beginn der 1770er Jahre mithilfe des Militärs gegen den Schmuggel. In den österreichischen Vorlanden wurden die Grenzbeamten ab dem Jahr 1771 durch einige Infanteriesoldaten sowie einen kaiserlichen Dragoner unterstützt.¹⁶²² Auch an der böhmisch-polnischen Grenze wurden in diesen Jahren militärische Befestigungen von österreichischer Seite aus eingerichtet, um den Schmuggel zu unterbinden.¹⁶²³ Auch zu Beschwerden gegen die militärischen Wachposten, wie es das Beispiel der braunschweigischen Husaren bereits zeigte, kam es offenbar häufiger. Der Nürnberger Rat beklagte sich, da brandenburgische Soldaten an den Grenzen zwischen den Bayreuther und Ansbacher Territorien und der Reichsstadt stationiert waren. Diese hielten mit Gewalt Getreidelieferungen auf, welche nach Nürnberg gehen sollten und zwangen die Lieferanten das Getreide in brandenburgischen Gebieten zu verkaufen. Als die Reichsstadt dieses Verhalten unterbinden wollte, kam es zu Auseinandersetzungen, bei denen ein Nürnberger Soldat ums Leben kam.¹⁶²⁴ Es wird also deutlich, dass die Gemütslage während Versorgungskrisen sehr aufgeheizt war. An den Grenzen stationierte Wachposten, welche den Schmuggel unterbinden sollten, scheuten sich offenbar nicht, in Ausübung ihrer Aufgabe teils massive Gewalt auszuüben, welche sich nicht nur gegen überführte Schmuggler richtete. Trotz aller Bemühungen war der Schmuggel aber kaum zu verhindern. Die kaum zu durchblickende Vielfalt von (Sonder-)Regelungen und Ausnahmen sowie die breite Unterstützung in der Bevölkerung arbeiteten den Schleichhändlern zu und erschwerten die Kontrolle der Grenzen.

Einen ebenso interessanten wie seltenen Einblick in die Gedankenwelt eines Schmugglers liefert der Fall Johann Heinrich Ottes. Dieser war Müller im Gericht Bodenburg, welches zu Braunschweig-Wolfenbüttel gehörte, aber als Exklave im benachbarten Stift Hildesheim lag. Otte war von der Regierung des Hochstifts des Schmuggels beschuldigt worden, da er Getreide aus Hildesheim ins Gebiet Braunschweig-Wolfenbüttels transportieren wollte. Dementsprechend war er mit Wegnahme der Ware sowie seines zum Transport verwendeten Gespanns bestraft worden. In verschiedenen Schreiben wandte der Müller sich an die Regierung in Braunschweig und bat um Vermittlung. Wiederholt beteuerte er darin die Rechtmäßigkeit des

¹⁶²¹ Schreiben Herzog Karl an Amt Hessen. 07.11.1771. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13476. Bl. 125r.

¹⁶²² Collet, *Moral economy*. S. 49.

¹⁶²³ Abel, *Massenarmut*. S. 229.

¹⁶²⁴ Ebd.

beanstandeten Getreidetransports und somit seine Unschuld. Otte brachte mithilfe seiner Unterstützer vor, dass die ansässige Bevölkerung „bey dem großen Mangel“ „verschmachten“ müsse, werde sie nicht durch seine regelmäßigen Getreidelieferungen unterstützt.¹⁶²⁵ Zudem zweifelte er an, dass die Getreidesperre auch für ihn gelte, da das Gericht Bodenburg aufgrund seiner besonderen Lage in der Vergangenheit stets von Sperren ausgenommen worden war.¹⁶²⁶ Obwohl sich im Verlaufe der Verhandlungen zwischen den beiden Landesregierungen herausstellte, dass Otte offenbar einen florierenden Schleichhandel betrieb, in den noch verschiedene weitere Akteure aus beiden Ländern involviert waren, bestand der Müller hartnäckig auf seiner Sicht der Dinge und beteuerte immer wieder seine Unschuld.¹⁶²⁷ Wiederholt konnte er so die Regierung in Braunschweig davon überzeugen, sich für ihn einzusetzen.¹⁶²⁸ Es zeigt sich also, dass Schmuggel in der Tat häufig ein Delikt mit einem geringen Schuldbewusstsein war, welches innerhalb der Bevölkerung großen Rückhalt hatte. Es ist davon auszugehen, dass im Fall Ottes innerhalb der Dorfgemeinschaft wohl bekannt war, dass der Müller sein Getreide nicht immer auf legalem Weg erhielt. Da er dieses aber offenbar auch an seine Mitmenschen verteilte und diesen somit half, dem grassierendem Mangel standzuhalten, erfuhren seine Taten keine Ablehnung, sondern er wurde geschätzt und unterstützt.

In einigen Fällen waren auch lokale Obrigkeiten in Schmuggelaktivitäten verstrickt, wie der folgende Fall aus Braunschweig-Wolfenbüttel zeigt: Im Februar 1772 schrieb der Landreuter des Amtes Eich, August Wilhelm Kauffmann, an den Hofrat Johann Friedrich Unger. Kauffmann berichtete in seinem Schreiben über die Zustände in Vorsfelde, welche aufgrund der starken Kornausfuhr aus dieser Gegend als verdächtig anzusehen seien.¹⁶²⁹ Besonders der dortige Amtmann Lambrecht hatte das Misstrauen des Landreuters erweckt. Angeblich stelle Lambrecht ohne weitere Prüfung Ausfuhrscheine für Getreide aus, allein auf die „treuherzig scheinende Versicherung“ der Antragsteller hin.¹⁶³⁰ Diese Scheine attestierten den Ausfuhrwilligen, dass es sich um ausländisches Korn handle, welches somit nicht unter die braunschweigische Ausfuhrsperrung falle. Die große Zahl der in Vorsfelde ausgestellten Scheine, sowie auch die

¹⁶²⁵ J. C. Schumann an Herzog Karl, 25.02.1772, NLA WO, 2 Alt Nr. 13503. Bl. 2r-3r.

¹⁶²⁶ Ebd.

¹⁶²⁷ Regierung Hildesheim an Regierung Braunschweig. 05.03.1772. NLA WO, 2 Alt Nr. 13503. Bl. 6r.

¹⁶²⁸ Vgl. zu diesem Fall auch: Kaiser-Kulins, Lena: Von Schleichhandel, Unterschleif und Contrebande - Schmuggel und illegaler Getreidehandel während der Hungerkrise 1770-1773. In: Westfälische Forschungen 71 (2021). Hunger, Nahrungsmangel und Protest in regionaler Perspektive. S. 73-86.

¹⁶²⁹ Schreiben A. W. Kauffmann an J. F. Unger. 25.02.1772. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13476. Bl. 134r-135v.

¹⁶³⁰ Ebd. Bl. 134v.

Menge des von dort ins Ausland gebrachten Getreides, erregten das Misstrauen des aufmerksamen Landreuters. Er vermutete, dass es sich in vielen Fällen nicht um aus-, sondern um inländisches Getreide handelte und befürchtete zudem, dass aufgrund mangelnder Kontrollen viele der ausgestellten Scheine mehrfach verwendet würden.¹⁶³¹ Der angeschwärtzte Amtmann verteidigte sich energisch gegen die Vorwürfe und bestand darauf, dass alles seine Richtigkeit habe und jede Transaktion von ihm sorgfältig überwacht werde.¹⁶³² Doch trotz aller Versuche der Rechtfertigung stand Vorsfelde im untersuchten Zeitraum regelmäßig im Verdacht, es mit den Ausfuhrbeschränkungen nicht ganz so genau zu nehmen und zeitweilig sogar tief in Schmuggelaktivitäten verstrickt zu sein.¹⁶³³

Es wird also deutlich, dass Getreideschmuggel während Preissteigerungen und Versorgungskrisen in aller Regel stark anstieg und sich durch die gesamte Bevölkerung zog. Das Unrechtsbewusstsein für dieses Delikt war dabei erstaunlich gering und der Rückhalt in der Bevölkerung hoch. Nach Thompsons Konzept der Moralischen Ökonomie forderten die Menschen bei Protest gegen als ungerecht empfundene Handelspraktiken traditionelle Rechte und Gebräuche ein.¹⁶³⁴ Dies lässt sich nicht nur auf Lebensmittelunruhen, sondern auch auf den Bereich des Schmuggels anwenden. Viele Menschen waren nicht bereit, ihre üblichen ökonomischen Beziehungen aufzugeben, auch wenn diese durch eine Getreidesperre oder andere Regelungen plötzlich illegal wurden. Kriminelle Handlungen im Bereich der Nahrungsbeschaffung können daher auch als das Einfordern von traditionellen Vorrechten betrachtet werden, als eine gewisse Verweigerungshaltung gegenüber als müßig und nicht bindend empfundenen Vorschriften.¹⁶³⁵ Während die Menschen also gegen Getreidehändler, welche Korn aus dem Land ausführten, Sturm liefen, überschritten sie die Grenzen zur Wahrung der eigenen ökonomischen Interessen ohne Hemmungen.

¹⁶³¹ Ebd. Bl. 134v.-135r.

¹⁶³² Schreiben F. C. Lambrecht an Herzog Karl. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13476. Bl. 141r.-143v.

¹⁶³³ Vgl. dazu: Albrecht, Eingriffe. S. 722.

¹⁶³⁴ Thompson, Moral Economy. S. 78.

¹⁶³⁵ Meumann, Markus; Prüve, Ralf: Die Faszination des Staates und die historische Praxis. Zur Beschreibung von Herrschaftsbeziehungen jenseits teleologischer und dualistischer Begriffsbildungen. In: Dies. (Hg.): Herrschaft in der Frühen Neuzeit. Umriss eines dynamisch-kommunikativen Prozesses. Münster 2004. S. 11-51. Hier S. 42-43.

3.4.5 Ersetzen – Getreide substituieren

Das Fehlen von Getreide und dementsprechend auch der vertrauten Speisen, vor allem von Brot, ließ bei vielen Menschen in der Frühen Neuzeit die Krisenwahrnehmung stark ansteigen. Denn „[a]ndere Produkte können eventuell das Überleben sichern, aber *dieser* Mangel ist ein Indiz für eine Krisensituation [...], so Massimo Montanari.¹⁶³⁶ Mit der Abkehr von der gewohnten Brotnahrung war im untersuchten Zeitraum für viele Menschen ein Stigma verbunden, das durch alle möglichen Anstrengungen abgewendet werden sollte.¹⁶³⁷ Wenn die Menschen also nicht mehr ihr vertrautes Getreide zur Verfügung hatten, bemühten sie sich, Brot aus anderen Materialien herzustellen, um die gewohnte Ernährung zumindest dem Äußeren nach beizubehalten. Der erste Schritt dabei war es, auf Ersatzgetreide wie Gerste oder Hafer auszuweichen. Dieses wurde in guten Zeiten primär als Tierfutter oder, wie im Fall von Gerste, zum Bierbrauen genutzt.¹⁶³⁸ Auch Abfallprodukte des Mahlprozesses, wie Kleie und Spelz, wurden in Mangelzeiten zum Backen verwendet.¹⁶³⁹ In einem weiteren Schritt griffen die Menschen auf andere Nahrungsmittel, wie Erbsen, Bohnen, Rüben oder Kartoffeln, zurück, aus denen Mehl fabriziert und dann Brot gebacken wurde. In Braunschweig-Wolfenbüttel berichtete im Februar 1772 der Stauffenburger Amtmann Conrad Viet Reinecke in einem Schreiben an die Regierung in Braunschweig, dass in seinem Heimatamt Brot an diejenigen ausgegeben werde, welche nicht mehr in der Lage seien sich selbstständig zu versorgen. Aufgrund der hohen Getreidepreise handelte es sich dabei aber nicht um Brot, welches ausschließlich aus Getreide bestand. Um das teure Roggenmehl zu strecken, wurde dieses mit Bohnen vermischt. Reinecke berichtete dementsprechend, dass seit einigen Tagen Brot verteilt werde, welches zu zwei Dritteln aus Roggen und zu einem Drittel aus Bohnen bestehe.¹⁶⁴⁰ Im Frühjahr 1771 wurde dem von Getreidemangel schwer geplagten Flecken Ottenstein von Kammerrat Bokelman aus Braunschweig der Hinweis eingesandt, man könne auch Brot aus gemahlener weißen Rüben backen und dies den Menschen bekannt machen.¹⁶⁴¹

Große Teile der Bevölkerung wollten also auch in der Not nicht auf ihr gewohntes Brot verzichten und buken es aus Nahrungsmitteln, bei denen eine andere Art der Zubereitung einfacher, reichhaltiger und schmackhafter gewesen wäre. Das Thema fand auch bei bürgerlichen

¹⁶³⁶ Montanari, Hunger. S. 62.

¹⁶³⁷ Collet, Katastrophe. S. 206.

¹⁶³⁸ Lassen, Hungerkrisen. S. 95-96.

¹⁶³⁹ Collet, Katastrophe. S. 207-208.

¹⁶⁴⁰ Schreiben C. V. Reinecke an Regierung Braunschweig. 27.02.1772. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13476. Bl. 139r-140v.

¹⁶⁴¹ Schreiben G. R. Bokelman an Oberamtman Ottenstein. 23.05.1771. NLA WO, 8 Alt Ott, Nr. 139. Bl. 6r.

Reformern und Aufklärern großes Interesse. Ab der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts, verstärkt ab der Krise der 1770er Jahre, wurden Vorschläge entwickelt und bekannt gemacht, wie die Ernährung mittelloser Menschen auch ohne das vertraute Getreide gestaltet werden könne. Es wurden dazu neuartige, unvertraute oder abgelehnte Nahrungsmittel, wie beispielsweise Reis oder Mais, als kostengünstige Ernährungsalternativen für die unteren Schichten propagiert. Dabei ging es den Reformern nicht nur darum, kurzfristig sättigende Alternativen zu finden, sondern auch darum, die Abhängigkeit von Getreide, besonders Roggen, durch die Etablierung weiterer Nahrungsmittel langfristig aufzubrechen oder zumindest aufzuweichen. Diese Vorschläge wurden von großen Teilen der Zielgruppe allerdings vehement abgelehnt, die Menschen bestanden weiterhin auf ihr tägliches Brot. Die Präferenz für die gewohnte Brot-nahrung ging so weit, dass manche Menschen Schwäche, Verdauungsprobleme oder Ekelgefühle erlitten, wenn sie auf andere Speisen ausweichen mussten. Dies betraf nicht nur Nahrungsmittel, welche zwar genießbar, aber kulturell und gesellschaftlich mit einem Tabu oder Ekel belegt waren. Thompson berichtete, dass Arbeiter im England des 19. Jahrhunderts von derartigen Reaktionen berichteten, wenn sie an Weizenbrot gewöhnt und gezwungen waren auf andere oder gröbere Brotmischungen auszuweichen.¹⁶⁴² Erich Landsteiner zeigte anhand der Rechnungen des Wiener Bürgerspitals aus dem 16. Jahrhundert, dass die dortige Bewohnerschaft selbst in Zeiten großen Mangels nicht auf Hafer und nur sehr selten auf Gerste auswich. Diese Getreidesorten wurden dort in Normalzeiten ausschließlich als Viehfutter beziehungsweise zum Brauen von Bier verwendet. Infolgedessen waren die Insass:innen des Spitals wohl nicht bereit Hafer und Gerste als Nahrung zu akzeptieren.¹⁶⁴³ Die Abneigung gegen andere Speisen begründet sich auch in dem Widerstand „die wachsende Kluft zwischen Bürgertum und Unterschicht durch unterschiedliche Nahrungsmittel zu zementieren.“¹⁶⁴⁴ In der größten Not wichen Hungernde auf schädliche Substitute aus und brachen Nahrungstabus. So sind verschiedene Berichte überliefert, aus denen hervorgeht, dass verzweifelte Menschen Gras, Disteln oder Baumrinde aßen, um ihren Hunger zu stillen. Andere verzehrten das Fleisch verendeter Tiere oder jagten streunende Hunde und Katzen, um diese zu essen.¹⁶⁴⁵

¹⁶⁴² Thompson, *Moral Economy*. S. 81.

¹⁶⁴³ Landsteiner, Erich: *Wenig Brot und saurer Wein. Kontinuität und Wandel in der zentral-europäischen Ernährungskultur im letzten Drittel des 16. Jahrhunderts*. In: Behringer, Wolfgang; Lehmann, Hartmut; Pfister, Christian (Hg.): *Kulturelle Konsequenzen der »Kleinen Eiszeit«*. Cultural Consequences of the »Little Ice Age«. Göttingen 2005. S. 87-148. Hier S. 115-116.

¹⁶⁴⁴ Collet, *Katastrophe*. S. 207.

¹⁶⁴⁵ S. dazu: Abel, *Massenarmut*. S. 255-257.

Auch in Braunschweig-Wolfenbüttel gab es zahlreiche Bestrebungen, Alternativen zur gewohnten Getreidenahrung zu verbreiten. Häufig wurden entsprechende Vorschläge in den *Braunschweigischen Anzeigen*, den *Gelehrten Beyträgen* oder deren Nachfolger, dem *Braunschweigischen Magazin*, publiziert. Eine regelmäßig angeführte Alternative war dabei die Kartoffel. Im Herzogtum waren Kartoffeln zwar bereits seit dem 16. Jahrhundert bekannt, wurden aber erst seit etwa 1750 angebaut.¹⁶⁴⁶ Nachdem erste Versuche in den späten 1740er und frühen 1750er Jahren nicht zum Erfolg geführt hatten und der Anbau der unbekannteren Erdfrüchte von der Bevölkerung abgelehnt wurde, gab in den nächsten Jahren obrigkeitliche Bestrebungen zur Förderung der Kartoffel.¹⁶⁴⁷ Dies ging so weit, dass Prämien für den Anbau der ersten Kartoffeln ausgesetzt wurden.¹⁶⁴⁸ Die Akzeptanz innerhalb der Bevölkerung blieb zunächst gering,¹⁶⁴⁹ so dass regelmäßig Beiträge erschienen, welche den Nutzen der Kartoffel hervorhoben. Wohl um die Bereitschaft zum Kartoffelkonsum zu fördern, wurde die neuartige Knolle dabei zunächst mehrfach explizit als Ergänzung zum Getreidemehl angepriesen. Im Januar 1747 erschien ein Beitrag in den *Braunschweigischen Anzeigen*, in dem ein Brot, welches zu zwei Teilen aus Kartoffel- und zu einem Teil aus Roggenmehl bestehe, vorgestellt wurde.¹⁶⁵⁰ Zusätzlich wurden Kuchen und weitere schmackhafte Süßspeisen angepriesen, welche ebenfalls aus dem Mehl der Kartoffeln herzustellen seien. Das Kartoffelmehl wurde dabei mit weißem Weizenmehl verglichen und sein feiner Geschmack gelobt. Der Autor des Beitrages plädierte dafür, den Widerstand gegen die neuartige Pflanze aufzugeben, denn „[e]s ist [...] ein großer Nutzen mit den Erdäpfeln zu machen, wo sie einmal in einem Lande angepflanzt worden.“¹⁶⁵¹ Auch im Mai 1768 wurde in einem Artikel in den *Gelehrten Beyträgen* die Möglichkeit Brot aus Kartoffelmehl zu backen angepriesen. Erneut wurde die Mischung von Kartoffel- und Getreidemehl empfohlen. Mische man ein Drittel Kartoffel- mit zwei Drittel Getreidemehl könne man das Erzeugnis später „schwerlich von dem besten aus lauter Mehl gebackenen

¹⁶⁴⁶ Zuvor waren Kartoffeln häufig als Zierpflanze oder Medizin angesehen worden. Vgl. Teuteberg/Wiegelmann, Kost. S. 97; S. 102-103

¹⁶⁴⁷ Teuteberg und Wiegelmann gingen davon aus, dass Kartoffeln in Braunschweig-Wolfenbüttel bereits in der Mitte des 18. Jahrhunderts eine verbreitete Speise gewesen seien. Teuteberg/Wiegelmann, Kost. S. 107. Die für vorliegende Arbeit ausgewerteten Materialien können dies allerdings nicht bestätigen.

¹⁶⁴⁸ Knoll, F.; Bode, Fr.: Das Herzogtum Braunschweig. Ein Handbuch der gesamten Landeskunde. Braunschweig 1891 (2. vollständig umgearbeitete und vermehrte Aufl.). S. 114. Im Jahr 1769 wurde ein Seesener Einwohner für den Kartoffelanbau mit 10 Talern belohnt.

¹⁶⁴⁹ S. zur Ablehnung der Kartoffel in anderen deutschen Gebieten auch: Teuteberg/Wiegelmann, Kost. S. 103-105.

¹⁶⁵⁰ o. V.: Präparata aus Erdäpfeln. In: Braunschweigische Anzeigen. 3. Stück, 11.01.1747. Sp. 49-52.

¹⁶⁵¹ Ebd.

Brot unterscheiden.¹⁶⁵² Das mit Kartoffelmehl hergestellte Brot sei nicht nur heller als das herkömmliche Roggenbrot, es bleibe auch deutlich länger frisch. Dennoch wurde nun auch auf andere Zubereitungsformen hingewiesen, auch wenn man die Kartoffeln koche oder brate, seien sie nahrhaft und wohlschmeckend. Andere Nationen hätten dies bereits erkannt: „Der vornehme Engländer hält ein Gericht Kartoffeln für eine Delikatesse“.¹⁶⁵³

Zunächst wurden Kartoffeln also häufig als eine Alternative oder Ergänzung zum Getreidemehl angepriesen, aus dem das gewohnte Brot hergestellt und sogar noch verbessert werden könne. Über diesen Umweg sollte der Widerstand der Menschen gegen die neuartige Knolle aufgeweicht werden. Die Kartoffel sollte in vertraute Nahrungsgewohnheiten integriert und keine völlig neue Esskultur etabliert werden. Während des Getreidemangels zu Beginn der 1770er Jahre intensivierten sich die Bestrebungen zur Propagierung der Kartoffel. Zwischen 1770 und 1773 erschienen zahlreiche entsprechende Beiträge in den *Gelehrten Beyträgen*. Nun wurde aber nur noch selten das Backen von Kartoffelbrot empfohlen, sondern es wurden andere Zubereitungsformen propagiert. So wurde mehrfach die Zubereitung eines Gerichts aus Kartoffeln, Rüben, Reis, Brot und Butter empfohlen, welches besonders nahrhaft und sättigend sei.¹⁶⁵⁴ Auch Rezepte für eine Grütze aus Kartoffeln wurden bekanntgemacht.¹⁶⁵⁵ Sogar Käse und Kaffee sollten sich aus dieser Pflanze herstellen lassen.¹⁶⁵⁶ Um genug Kartoffeln für diese zahlreichen Anwendungsgebiete ernten zu können, wurde nun auch regelmäßig über Möglichkeiten des Anbaus berichtet.¹⁶⁵⁷ Auch durch die Erfahrungen des Mangels zu Beginn der 1770er nahm die Akzeptanz der Kartoffel innerhalb der Bevölkerung langsam zu.¹⁶⁵⁸ Obwohl sie nach wie vor als Substitut für das präferierte Getreide galt, wurde ihr Verzehr üblicher. Demensprechend nahm auch das Wissen über Zubereitungsformen zu. In den *Gelehrten Beyträgen* erschienen seit den 1780er Jahren nur noch vereinzelt Artikel mit Hinweisen zur Zubereitung von Kartoffeln, was darauf schließen lässt, dass diese nun als bekannt vorausge-

¹⁶⁵² o. V.: Vom Ökonomischen Brodte. In: Gelehrte Beyträge. 39. Stück, 18.05.1768. Sp. 305-312.

¹⁶⁵³ Ebd. Sp. 309.

¹⁶⁵⁴ S. z.B.: o. V.: Wie man bey jetziger Theurung der Lebensmittel wohl und wohlfeil leben kann. In: Gelehrte Beyträge. 24. Stück, 23.03.1771; o. V.: Oekonomische Gedanken, durch die Umstände der gegenwärtigen Zeit veranlasst. In: Gelehrte Beyträge. 59. Stück, 31.07.1771.

¹⁶⁵⁵ o. V.: Erdäpfelgrütze zu machen. In: Gelehrte Beyträge. 95. Stück, 02.12.1772. Sp. 955-956

¹⁶⁵⁶ o. V.: Von der Verfertigung des besten Kartoffelkäses. In: Gelehrte Beyträge. 95. Stück, 04.12.1771; o. V.: Vom Cartoffel-Caffee. In: Gelehrte Beyträge. 12. Stück, 10.02.1772

¹⁶⁵⁷ o. V.: Kartoffeln aus dem Saamen zu ziehen. In: Gelehrte Beyträge. 42. Stück, 27.05.1772; o. V.: Angestellte Versuche, Kartoffeln aus den Saamen zu ziehen. In: Gelehrte Beyträge. 97. Stück, 11.12.1773.

¹⁶⁵⁸ S. dazu: Krug-Richter; Zimmerman: Ernährung.; Lassen: Hungerkrisen. S. 98-99.

setzt wurde. Anweisungen zum Anbau der Knollen wurden aber bis zum Ende des untersuchten Zeitraumes regelmäßig veröffentlicht.¹⁶⁵⁹ Allerdings blieben viele Menschen nach wie vor misstrauisch. Der Konsum von Kartoffeln galt nicht selten als gesundheitsschädlich, was aufgrund des in Nachtschattengewächsen enthaltenen Solanins nicht vollkommen aus der Luft gegriffen war. Bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts wurde diese Sorge auch in wissenschaftlichen Veröffentlichungen unterstützt.¹⁶⁶⁰ Auch in einem Beitrag in den *Braunschweigischen Anzeigen* aus dem Jahr 1759 wurde sich gegen die Verwendung von Kartoffelmehl ausgesprochen, da ein daraus gebackenes Brot „dem Menschen nicht recht angenehm und zuträglich“ sei.¹⁶⁶¹ In späteren Jahren bemühten sich viele Autoren jedoch, der Bevölkerung die Abneigung gegen die Kartoffel auszutreiben. Im Jahr 1785 erschien beispielsweise ein ausführlicher Artikel in den *Gelehrten Beyträgen*, in dem der Verfasser gegen deren angebliche Schädlichkeit argumentierte.¹⁶⁶² In diesem Beitrag wurden Kartoffeln bereits als „eine sehr allgemeine Volksspeise“ bezeichnet. Innerhalb des untersuchten Zeitraumes rückte die Kartoffel also vom exotischen Nischenprodukt zur verbreiteten Getreidealternative auf. Den Status als Ersatznahrung verlor sie allerdings noch nicht, nach wie vor wurde als erste Wahl zumeist Getreide konsumiert und Kartoffeln blieben ein Substitut. Die Regierung propagierte ihren Konsum durch die Bekanntmachung von Verwendungsmöglichkeiten oder Anbauprämien. Die wachsende Verbreitung der Knollen zeigt sich auch darin, dass sie in Braunschweig-Wolfenbüttel erstmals in den 1770er Jahren in die Ausfuhrverbote inkludiert wurden.¹⁶⁶³ Die Bevölkerung bevorzugte aber noch lange Zeit das gewohnte Getreide und sah in Kartoffeln ein Nahrungsmittel zweiter Wahl. Im Oktober 1770 klagten die Bewohner des Harz- und Weserdistriktes darüber, keinen Roggen mehr zu haben. Dadurch seien sie „genötiget“ den Mangel unter anderem „durch die Cartuffeln [...]“ zu ersetzen.¹⁶⁶⁴

Eine weitere Möglichkeit war es, auf Getreide oder Mehl zurückzugreifen, welches in guten Zeiten nicht für den (menschlichen) Verzehr vorgesehen gewesen wäre. Dabei konnte es sich

¹⁶⁵⁹ o. V.: Von Erdäpfeln. In *Gelehrte Beyträge*. 54. Stück, 13.07.1785; o. V.: Vortheilhafter Kartoffelbau. In: *Gelehrte Beyträge*. 33. Stück, 16.08.1788.; o. V.: Kartoffelbau. In: *Braunschweigisches Magazin*. 21. Stück, 22.05.1790.

¹⁶⁶⁰ Konersmann, Frank; Mahlerwein, Gunter: Kartoffel. In: Jaeger, Friedrich (Hg.): *Enzyklopädie der Neuzeit*. Bd. 6 *Jenseits-Konvikt*. Stuttgart/Weimar 2007. Sp. 403-407. Hier Sp. 405.

¹⁶⁶¹ o. V.: Nachricht von der Erfindung eines gesunden, wohlschmeckenden und haltbaren Brodtes, so aus Kohlrüben, bey theuren Zeiten im Getraide, verfertigt werden kann. In: *Braunschweigische Anzeigen*. 23. Stück, 21.03.1759.

¹⁶⁶² o. V.: Ueber die Brauchbarkeit der jungen Kartoffeln. In: *Gelehrte Beyträge*. 92. u. 93. Stück, 23. u. 26.11.1785.

¹⁶⁶³ Schreiben Vertreter Amt Hessen an Herzog Karl. 27.02.1772. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13476. Bl. 131r-132r.

¹⁶⁶⁴ Schreiben H. B. Schrader von Schliestedt an Herzog Karl. 19.10. 1770. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13476. Bl. 14r-16r.

um Gerste und Hafer handeln, um Abfallprodukte wie Kleie oder Spelz, oder auch um Getreide, welches den idealen Zeitpunkt zum Verzehr bereits überschritten hatte. Im Falle von Getreidemangel verwendeten die Menschen auch derartige Produkte, da sie es sich nicht leisten konnten darauf zu verzichten. Im untersuchten Zeitraum erschienen in Braunschweig-Wolfenbüttel zahlreiche Hinweise zum Umgang mit dieser Notnahrung. Im Februar 1772 erschien in den *Gelehrten Beyträgen* beispielsweise ein Artikel, in dem Hinweise zur Verwendung von Hafermehl gegeben wurden.¹⁶⁶⁵ Explizit wies der Autor darauf hin, dass der grassierende Getreidemangel es notwendig mache, auch das unbeliebttere Hafermehl „so gut als möglich zu benutzen“, da dieses vielerorts noch zur Verfügung stehe.¹⁶⁶⁶ Als eine Möglichkeit, Haferbrot schmackhafter und bekömmlicher zu gestalten, wurde dort vorgeschlagen, Obst, Möhren oder Kartoffeln beizumischen. Ein wichtiges Thema war auch die möglichst schadlose Verwendung von „ausgewachsenem“ Roggen oder „mulstrigem“ Mehl. Als ausgewachsen wurde Roggen bezeichnet, wenn er auf der Ähre bereits gekeimt hatte. Mulstriges Mehl hatte seine Haltbarkeit überschritten, es war feucht geworden, falsch oder zu lange gelagert worden. Es hatte einen muffigen Geruch oder schimmelte sogar bereits. Beide Produkte wurden eigentlich nicht für die Brotherstellung genutzt, da das fertige Produkt ungenießbar oder sogar gesundheitsschädlich war. Dementsprechend wurde es höchstens zur Fütterung von Tieren verwendet. Stand aber nicht ausreichend essbares Getreide zur Verfügung, musste auch auf diese eigentlich ungenießbaren Produkte zurückgegriffen werden. Im Dezember 1771 empfahl ein Beitrag in den *Gelehrten Beyträgen*, im Fall von ausgewachsenem Roggen beim Säuern des Teiges auf Holzasche und Branntwein zurückzugreifen, um das Brot dennoch genießbar zu machen.¹⁶⁶⁷ Im Oktober 1785 erschien in dort ein Beitrag, in dem explizit darauf hingewiesen wurde, dass der Herzog persönlich dafür gesorgt habe, dass gewisse Mittel bekannt gemacht würden, die dabei halfen, auch mit ausgewachsenem Roggen Brot backen zu können.¹⁶⁶⁸ Das so entstehende Produkt reiche zwar im Geschmack nicht an herkömmliches Brot heran, sei aber zumindest gesundheitlich weniger bedenklich. Die Hinweise stammten vom Johann Ber-

¹⁶⁶⁵ o. V.: Hafermehl vortheilhaft zu nutzen. In: *Gelehrte Beyträge*. 12. Stück, 08.02.1772.

¹⁶⁶⁶ Ebd.

¹⁶⁶⁷ o. V.: Wie Brodt von ausgewachsenem Rocken am besten zu backen. In: *Gelehrte Beyträge*. 101. Stück, 25.12.1771.

¹⁶⁶⁸ o. V.: Anweisung, wie das Brod von ausgewachsenem Rocken zum Theil verbessert, und sein Genuß für die Gesundheit weniger nachtheilig gemacht werden könne. *Gelehrte Beyträge* 83. Stück, 22.10.1785. Der Beitrag erschien seitdem wiederholt.

nard Martini, Leibarzt des Herzogs Karl Wilhelm Ferdinand sowie Leiter des medizinischen Collegiums in Braunschweig.¹⁶⁶⁹ Martini empfahl, das betroffene Korn in der Sonne zu trocknen oder im Ofen zu dörren. Das völlig ausgewaschene Korn müsse allerdings ausgesondert werden. Das nur leicht betroffene könnte dann mit gutem Getreide vermischt werden. Auch hier wurde die Zugabe von Asche und Branntwein in den Teig empfohlen, der auch möglichst gut mit Salz, Kümmel oder Kräutern gewürzt werden solle, wohl um den unangenehmen Geschmack zu überdecken. Letztendlich solle man sich aber bemühen, nicht zu viel von dem betroffenen Brot zu verspeisen, sondern wenn möglich auch auf andere Lebensmittel wie Kartoffeln auszuweichen.¹⁶⁷⁰ Gegen die „Mulstrigkeit“ des Mehls hatte man offenbar nur wenig Mittel. Ein in den *Gelehrten Beyträgen* veröffentlichter Beitrag empfahl, in den Teig aus mulstrigem Mehl Löcher zu bohren und diese mit gutem Mehl anzufüllen. Am nächsten Morgen sei der Teig dann genießbar, das eingefüllte Mehl müsse aber herausgeholt werden und sei dann nur noch als Tierfutter zu gebrauchen.¹⁶⁷¹

Während Getreidemangel wurde im untersuchten Zeitraum in einigen Fällen das Branntweimbrennen eingeschränkt oder ganz verboten. Da zum Brennen von Branntwein Roggen benötigt wurde, sollte dies in Mangelzeiten eingeschränkt werden, um den Getreideverbrauch zu senken und mehr Korn zum menschlichen Verzehr zur Verfügung zu haben.¹⁶⁷² Da Branntwein aber äußerst beliebt war und das gänzliche Verbot des Brennens Unmut nach sich ziehen konnte, wurden auch Substitute zur Herstellung der Spirituose gesucht. Dabei wurden Versuche mit Alternativen wie Kartoffeln,¹⁶⁷³ Obst,¹⁶⁷⁴ Wurzelgemüse¹⁶⁷⁵ oder Vogelbeeren¹⁶⁷⁶ angestellt und dies in den *Gelehrten Beyträgen* bekannt gemacht.

Ab der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts entwickelten bürgerliche Reformer und Aufklärer verstärkt Strategien zur Alternativernährung der breiten Bevölkerung. Sie waren bestrebt, die Fixierung auf die Brotnahrung aufzubrechen und neue, ihrer Ansicht nach auch verbesserte,

¹⁶⁶⁹ Vgl. zu J. B. Martini: Kreuter, Alma: Deutschsprachige Neurologen und Psychiater. Ein biographisch-bibliographisches Lexikon von den Vorläufern bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts. München/New Providence/London/Paris 1996. S. 920.

¹⁶⁷⁰ o. V.: Mittel, wie die Mulstrigkeit des Mehls und folglich des Brods zu heben. In: *Gelehrte Beyträge*. 1. Stück, 01.01.1772.

¹⁶⁷¹ Ebd.

¹⁶⁷² Vgl. auch: Albrecht, Landesausbau. S. 159-160.

¹⁶⁷³ o. V.: Von Branntwein aus Kartoffeln. In: *Gelehrte Beyträge*. 7. Stück, 22.01.1772. Sp. 55-56.

¹⁶⁷⁴ o. V.: Von Ersparung des Getraides durch einige minder kostbare Arten von Branntweimbrennen. In: *Gelehrte Beyträge*. 2. Stück, 04.01.1766.

¹⁶⁷⁵ o. V.: Gedanken über das Branntweimbrennen aus gelben Wurzeln. In: *Gelehrte Beyträge*. 27. Stück, 03.04.1773.

¹⁶⁷⁶ o. V.: Vom Nutzen der Ebereschenbeere zum Branntwein. In: *Gelehrte Beyträge*. 81. Stück, 14.10.1772.

Alternativen zu etablieren. Durch das Umschwenken auf andere Nahrungsformen sollten vor allem die ärmeren Menschen kostengünstig und nahrhaft essen können. Die Reformer waren bestrebt, die Abhängigkeit von Getreide langfristig aufzuheben und zukünftige Hungerkrisen so zu vermeiden.¹⁶⁷⁷ Auch in Braunschweig-Wolfenbüttel wurden derartige Ideen besonders zu Beginn der 1770er regelmäßig in den Regierungsblättern veröffentlicht. Häufig wurde dabei eine nicht auf Brot basierende Ernährung propagiert, welche helfe den Hunger abzuwenden. Im Sommer des Krisenjahres 1771 wurde ein Beitrag veröffentlicht, dessen Autor sich entschieden gegen die Brotnahrung und die Fixierung der Bevölkerung auf diese Speise aussprach: „Das Brod ist uns so unentbehrlich geworden, daß schon die bloße Furcht keines zu haben, selbst in unseren gesitteten Zeiten Rebellion und Aufruhr erregt hat[...].“¹⁶⁷⁸ Mit dem Verweis auf zahlreiche andere Länder, welche gänzlich ohne Brot oder zumindest ohne die in Mitteleuropa bekannten Getreidesorten auskämen, plädierte der Autor für eine Neuausrichtung der Ernährung. Anstatt dem vertrauten Brot, sollten die Menschen auch auf andere Nahrungsmittel, vor allem Obst ausweichen. Nähmen die Menschen sich dies zu Herzen, würde „ein großer Theil unserer Klagen und Bekümmernisse [...] wegfallen, und unser Rockenvorrath würde gewiß im Ganzen genommen eine ziemliche Zeit langer ausreichen als bisher.“¹⁶⁷⁹

3.4.6 Zwischenfazit und Ausblick

Nachdem die drei Kapitel „Debattieren“, „Speichern“ und „Handel treiben“ sich in erster Linie mit Strategien der Regierung, der lokalen Obrigkeiten und einer gebildeten Expertengruppe befasst hatten, standen im vorangegangenen Kapitel nun auch die Praktiken der breiten Bevölkerung im Fokus. Der größte Teil der Bevölkerung beteiligte sich nicht an der öffentlichen Debatte und konnte keine Entscheidungen über die Anlegung öffentlicher Getreidemagazine oder die Verhängung von Getreidesperren fällen. Nichtsdestotrotz verfügten diese Menschen über zahlreiche Strategien zum Umgang mit der unsicheren Getreideversorgung und zur Sicherung der Ernährung.

Eine dieser Strategien war das Suchen und Finden von Erklärungen für Teuerungen und Getreidemangel. Es zeigte sich, dass im untersuchten Zeitraum religiöse Deutungen, welche während der gesamten Frühen Neuzeit sehr präsent gewesen waren, nach wie vor einen hohen

¹⁶⁷⁷ S. dazu auch: Collet, Katastrophe. S. 206-207.

¹⁶⁷⁸ o. V.: Von Brod- und Getraideverlängerung. In: Gelehrte Beyträge. 51. u. 52. Stück, 03. u. 06.07.1771. Zitat Sp. 401.

¹⁶⁷⁹ Ebd. Zitat Sp. 416.

Stellenwert besaßen. Nicht nur Theologen vertraten die Ansicht, Gott versuche mithilfe von Wetterphänomenen und Missernten erziehend und strafend auf die Menschen einzuwirken. Selbst in einzelnen agrartheoretischen Werken wurde propagiert, dass alle irdische Mühe ohne den göttlichen Segen vergebens sei und die Menschen dementsprechend zur Frömmigkeit gemahnt werden müssten. Es wurde aber auch deutlich, dass religiöse Deutungen vermehrt hinterfragt wurden, in Erklärungsnot gerieten und Widerspruch erfuhren. Gleichzeitig traten weitere Interpretationen für Missernten und Getreidemangel in Konkurrenz zu ihnen. Ein Teil dieser Erklärungen stammte aus einem Bereich, den man als naturwissenschaftlich bezeichnen kann. In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts gewann die systematische Wetterbeobachtung an Bedeutung. Einzelne Wetterphänomene wurden untersucht und zu erklären versucht. Die Witterung wurde auch instrumentell beobachtet und dokumentiert, um Regelmäßigkeiten und Zusammenhänge zu erkennen. Das Ziel dabei war es, das Wetter möglichst zuverlässig voraussagen zu können, um gegen dessen Auswirkungen vorbereitet zu sein. Dem Wetter und seiner Entstehung wurde im untersuchten Zeitraum so bereits einiges von seinen Geheimnissen genommen, wobei man von zuverlässigen Wetterprognosen noch weit entfernt war. Neben den religiösen und naturwissenschaftlichen Deutungen waren auch soziale Erklärungsansätze für Getreidemangel und Teuerung verbreitet. In der Regel ging es dabei darum, vermeintlich Schuldige zu finden, welche für die Versorgungsschwierigkeiten verantwortlich gemacht werden konnten. Häufig im Fokus standen dabei Getreidehändler, welche von breiten Gesellschaftsschichten verdächtigt wurden, die Getreidepreise künstlich hochzutreiben, Getreide zu horten und dem eigenen Profit zuliebe dem Gemeinwohl zu schaden. Herausstechend war dabei das Stereotyp des so genannten „Kornjuden“, welches eine Schablone für alle als negativ empfundenen Eigenschaften eines professionellen Getreidehändlers bildete. Die Figur des „Kornjuden“ vereinte die Abneigung gegen gewinnorientierte Getreidehändler mit antijüdischen Vorurteilen. Ab der Mitte des 18. Jahrhunderts tauchte der Begriff vermehrt auch in der Behördensprache und in zahlreichen Zeitungsartikeln auf und diente häufig dazu, dem Volk im Krisenfall einen genehmen Sündenbock zu präsentieren. Sündenböcke halfen den Menschen dabei Angst und Wut zu kanalisieren. Sie lenkten aber auch von strukturellen Ungleichheiten ab, welche einige hungern ließen, während andere im Überfluss lebten. Die Rolle der Obrigkeiten und der Regierungen wurde dementsprechend vergleichsweise selten thematisiert und der Unmut eher auf bequeme Schuldige wie eben „Kornjuden“ gelenkt. Erklärungen für Getreidemangel und Teuerungen halfen den Menschen nicht nur ihre

eigene Lage besser verstehen und einordnen zu können. Sie zeigten darüber hinaus Handlungsoptionen auf, welche halfen, die kontingente Getreideversorgung zu bewältigen oder zumindest besser zu ertragen.

Nichtsdestotrotz kam es wiederkehrend zu Mangelsituationen, in denen sich Teile der Bevölkerung nicht mehr selbstständig mit Getreide versorgen konnten. Eine Möglichkeit zur Bewältigung dieser Notlage war es, die Obrigkeit um Unterstützung zu bitten. Die Menschen im untersuchten Zeitraum konnten sich mittels einer Supplik solche Unterstützung erbitten. Dieses althergebrachte Recht wurde während der gesamten Frühen Neuzeit rege genutzt. Grundsätzlich konnte an alle höhergestellten Personen suppliziert werden, viele Menschen wandten sich aber direkt an den Landesfürsten. Während Teuerungen und Versorgungskrisen baten die Supplizierenden häufig um Brot- oder Saatgetreide zur Bewältigung einer aktuellen und Verhütung einer zukünftigen Mangelsituation. Auch auf die Regelungen der Getreidepolitik konnte Bezug genommen werden, etwa wenn um die Verhängung einer Getreidesperre, strengere Kontrollen des Getreidehandels oder Ausnahmeregelungen gebeten wurde. Die Beispiele aus Braunschweig-Wolfenbüttel zeigten, dass die Menschen dort von der Möglichkeit des Supplizierens regen Gebrauch machten. Es wird auch deutlich, dass die Bevölkerung im Falle von Teuerung und Getreidemangel einen genau definierten Erwartungshorizont an die Obrigkeiten herantrug und Unterstützung erwartete. So gut wie alle Suppliken wurden von der Regierung, häufig mithilfe von lokalen Amtsträgern, bearbeitet, wenn selbstverständlich auch nicht immer positiv beschieden. Bitten um Unterstützung mit Brot- oder Saatgetreide wurden in Braunschweig-Wolfenbüttel jedoch in aller Regel schnell und positiv beantwortet. Hin und wieder kam es im Falle von Getreidemangel und Teuerung auch zu Ausschreitungen, so genannten *food riots*. Diese konnten sich ereignen, wenn die Bevölkerung die Versorgungslage als besonders unzureichend oder ungerecht empfand. Die *food riots* konnten sich in drei Erscheinungsformen zeigen: Der *taxation populaire*, einer eigenmächtigen Preisfestsetzung von Getreide durch die Aufständischen, der *entrave*, der Blockade von Getreidetransporten und der *retributive action*, gegen (vermeintliche) Wucherer gerichtete Bestrafungsaktionen, bei denen Häuser, Gerätschaften oder Lebensmittel angegriffen wurden. Obwohl die Forschung lange Zeit vom Gegenteil ausging, kam es auch im untersuchten Zeitraum zu diversen *food riots*. Im Zusammenhang mit der Krise der 1770er Jahre häuften sich entsprechende Vorfälle. Zumeist handelte es sich dabei um *entrave*-Aktionen, bei denen der Abtransport von

Getreide gewaltsam verhindert wurde. In Braunschweig-Wolfenbüttel kam es im untersuchten Zeitraum nicht zu *food riots*, vermutlich aufgrund einer eher günstigen landwirtschaftlichen Lage und einer geschickten Getreidepolitik, welche die Unzufriedenheit innerhalb der Bevölkerung niedrig hielt. Es kann aber davon ausgegangen werden, dass die Regierung sich der von *food riots* ausgehenden Gefahr bewusst war und dementsprechend handelte. Tatsächlich erzielten *food riots* in vielen Fällen das angestrebte Ergebnis und bewegten die Obrigkeiten zu gewissen Zugeständnissen und sogar Änderungen der Getreidepolitik. Dazu trug auch bei, dass die Anliegen der Aufständischen in vielen Fällen Beifall in breiten Bevölkerungsschichten fanden und sich lokale Obrigkeiten mit ihnen solidarisierten.

Zustimmung in der Bevölkerung fanden auch viele als illegal betrachtete Praktiken des Notbehelfs. Konnte der Bedarf an Lebensmitteln, dabei vor allem Getreide, nicht anders gedeckt werden, verließen einige Menschen im untersuchten Zeitraum den Pfad der Legalität. Diebstahl war dabei bei armen Menschen in vielen Fällen nahezu überlebensnotwendig. Wenn der Getreidepreis anstieg und die Getreideversorgung stockte, stieg allerorts auch die Kriminalität an. Dazu trug auch bei, dass im Untersuchungszeitraum althergebrachte Praktiken der ergänzenden Nahrungsbeschaffung, wie das Sammeln im Wald, immer mehr eingeschränkt und kriminalisiert wurden. Während Getreidemangel nahm vor allem der Diebstahl von Lebensmitteln zu. Eine besondere Rolle nahm hierbei der Feld- und Gartendiebstahl ein. In Braunschweig-Wolfenbüttel wurde in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts die Strafe für diese Delikte mehrfach verschärft. Entsprechende Verordnungen erschienen stets während Phasen hoher Getreidepreise und signalisierten der Bevölkerung, dass Hunger keine Entschuldigung für Diebstahl sein durfte. Auch Schmuggel nahm während Versorgungskrisen regelmäßig deutlich zu. Schmuggler genossen innerhalb der Bevölkerung großes Ansehen, wohl auch, weil zahlreiche Menschen aktiv oder passiv an deren Aktivitäten teilnahmen oder davon profitierten. Teilweise waren sogar lokale Obrigkeiten in die Schmuggelaktivitäten verstrickt. Auch die Schmuggler selbst besaßen nur wenig Unrechtsbewusstsein und hielten ihre Taten, in Übereinstimmung mit weiten Teilen der Bevölkerung, nicht für verwerflich. Dementsprechend gering war die Anzeigebereitschaft. Allerorts bemühten sich Regierungen die herrschende Solidarität mit den Schmugglern mittels finanzieller Anreize zu brechen, meist mit eher geringem Erfolg. Zudem wurden während Versorgungskrisen die auf Schmuggel ausgesetzten Strafen

sukzessive verschärft, bis hin zur Todesstrafe. Um den Schleichhandel zu verhindern, sicherten viele Länder, so auch Braunschweig-Wolfenbüttel, während Getreidesperren ihre Grenzen mit zusätzlichen Wachtposten. Gänzlich verhindert werden konnte der Schmuggel aber nie. Wenn es nicht möglich war, auf dem einen oder anderen Weg ausreichend Getreide zur Sicherstellung der Ernährung zu beschaffen, wichen die Menschen auf Alternativen aus. Dabei versuchten sie um fast jeden Preis an der vertrauten und geschätzten Brotnahrung festzuhalten. Dementsprechend wurde bei Mangel der wichtigsten Getreidesorten Roggen und Weizen auf verschiedene Alternativen zurückgegriffen, um Brot herzustellen. Dabei wurden weniger beliebte Getreidesorten, Hülsenfrüchte oder auch Abfallprodukte des Mahlprozesses verwendet, um das Roggen- oder Weizenmehl zu strecken oder zu ersetzen. In großer Not griffen die Menschen auch zu verdorbenem Mehl oder Getreide, welches durch allerlei Mittel und Bearbeitung wieder verzehrbar gemacht werden sollte. In Braunschweig-Wolfenbüttel erschienen sogar regelmäßig Beiträge in den *Braunschweigischen Anzeigen* oder den *Gelehrten Beyträgen*, in denen Hinweise gegeben wurden, wie man verdorbenes Getreide wieder verzehrbar machen könne. Die Kartoffel war zu Beginn des untersuchten Zeitraumes in Braunschweig-Wolfenbüttel noch wenig verbreitet. Von der Regierung wurde sie seit den 1750er Jahren tatkräftig gefördert und als Getreidealternative beworben, zunächst mit geringem Erfolg. Viele Menschen lehnten die Kartoffel ab und befürchteten sogar ihre gesundheitsschädliche Wirkung. Um diese Abneigung zu brechen, sollte die Kartoffel in vertraute Ernährungsgewohnheiten integriert werden. So erschienen in den *Gelehrten Beyträgen* regelmäßig Rezepte für Brot aus Kartoffelmehl. Im Laufe des 18. Jahrhunderts wuchs die Akzeptanz der neuartigen Knolle, auch durch die Mangelerfahrungen zu Beginn der 1770er Jahre. Allerdings wurden Kartoffeln im untersuchten Zeitraum unverändert als Notnahrung wahrgenommen und Getreide blieb die erste Wahl. Obwohl reformhungrige Aufklärer seit der Mitte des 18. Jahrhunderts und verstärkt ab den 1770er Jahren eine Abkehr von der Fixierung auf die Brotnahrung forderten und Ernährungsalternativen wie Reis, Mais, Obst oder eben Kartoffeln propagierten, lehnten viele Menschen dies ab. Sie bestanden unbeirrt auf dem gewohnten Brot und somit auf der freien Wahl ihrer Ernährung und machten deutlich, dass es ihnen bei der Nahrungsaufnahme um mehr als das reine Stillen von Hunger und Durst ging.

Da die Zeit der Hungerkrisen und des Getreidemangels nach 1790 nicht beendet war, griffen die Menschen auch in späteren Jahren auf Praktiken zur Bewältigung des Mangels zurück. Auch während der Krise der Jahre 1816/17 interpretierten viele Menschen die Missernten

noch als Strafe Gottes für die Sünden der Menschheit. Auf Drängen ihrer Gemeinden gingen in der Folge auch Geistliche darauf ein und unterstützten entsprechende Deutungen.¹⁶⁸⁰ Wissenschaftliche Erklärungen nahmen jedoch im Laufe der Zeit immer mehr Raum ein. Die Krise der Jahre 1816/17 wurde mit diversen wissenschaftlichen und klimatologischen Erklärungen gedeutet. So wurde intensiv über den möglichen Einfluss von Sonnenflecken debattiert oder diskutiert, ob die neu eingeführten Blitzableiter elektrische Felder unter der Erde verändert hätten.¹⁶⁸¹ Fortschritte in der Kommunikationstechnik in Gestalt der Telegrafie machten es im Laufe des 19. Jahrhunderts möglich Wetterdaten über weite Strecken verbreiten und so die Ankunft des Wetters vorhersagen zu können. Die ersten einigermaßen verlässlichen Wetterprognosen gab es auf diese Weise in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts.¹⁶⁸² Auch soziale Erklärungsmuster waren weiterhin verbreitet und spitzten sich sogar noch zu: Die Figur des „Kornjuden“ musste auch während der Jahre 1816/17 als Sündenbock herhalten und war sogar noch häufiger in Zeitungen zu finden als während der 1770er Jahre.¹⁶⁸³ Die Frequenz und die Intensität der *food riots* nahm nach dem untersuchten Zeitraum weiter zu. Einen Höhepunkt fanden sie in den 1840er Jahren. Die Krise der Jahre 1846-1848 war wie „[k]eine andere Mangel- und Teuerungskrise des 18. oder 19. Jahrhunderts in den deutschen Staaten [...] von einer vergleichbaren Fülle von Hungerrevolten begleitet [...]“¹⁶⁸⁴ Ein Schwerpunkt lag dabei auf dem Jahr 1847, in dem sich auch die unter dem Namen „Kartoffelrevolution“ bekannte Unruhen in Berlin ereigneten. Diese Bezeichnung deutet bereits darauf hin, dass das Getreide im Verlauf des 19. Jahrhunderts einiges von seiner Monopolstellung in der Ernährung einbüßte. Die Kartoffel, im untersuchten Zeitraum noch weitgehend eine wenig beliebte Ersatznahrung, war bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts zum Hauptnahrungsmittel geworden.

Die letzten Jahre haben eindrücklich bewiesen, dass es auch im 21. Jahrhundert aufgrund von Nahrungsmangel oder Teuerungen noch zu *food riots* kommen kann. Der so genannte Arabische Frühling, eine Serie von Protesten, welche seit Dezember 2010 zahlreiche Länder im Nahen Osten und Nordafrika überzog, wurde unter anderem von steigenden Getreidepreisen

¹⁶⁸⁰ Gestrach, Religion. S. 291-293.

¹⁶⁸¹ Ebd. S. 277.

¹⁶⁸² Wengenmayr, Roland: Messen-Berechnen-Interpretieren. Wie entsteht eine Wettervorhersage. Broschüre des Deutschen Wetterdienstes (DWD). https://www.dwd.de/SharedDocs/broschueren/DE/presse/wettervorhersage_pdf.pdf?__blob=publicationFile&v=8 (Zugriff am 08.04.2022). S. 3-4.

¹⁶⁸³ Gailus, Erfindung. S. 617-618.

¹⁶⁸⁴ Gailus, Manfred: Hungerunruhen in Preußen. In: Gailus; Volkmann, Nahrungsmangel. S. 176-199. Hier S. 176.

ausgelöst.¹⁶⁸⁵ Im Zuge der Ereignisse kam es unter anderem zu verschiedenen Regierungswechseln, die Auswirkungen sind, so etwa mit dem Bürgerkrieg in Syrien, bis zum Jahr 2022 spürbar. Die Menschen gehen also auch im 21. Jahrhundert noch mit der Forderung nach „Brot, Freiheit und soziale[r] Gerechtigkeit“ auf die Straßen.¹⁶⁸⁶

¹⁶⁸⁵ Parenti, Christian: Die Welt in einem Laib Brot. Beitrag vom 09.09.2011. <https://monde-diplomatique.de/artikel/!245356> (Zugriff am 06.04.2022).

¹⁶⁸⁶ Asseburg, Muriel: Die Forderungen: „Brot, Freiheit und soziale Gerechtigkeit“. Beitrag vom 25.11.2019. <https://www.bpb.de/themen/naher-mittlerer-osten/atlas-des-arabischen-fruehlings/300944/die-forderungen-brot-freiheit-und-soziale-gerechtigkeit/> (Zugriff am 14.04.2022).

4. Fazit

„[E]s dürfe der Vorsichtigkeit gemäß, wo nicht gar eine Schuldigkeit seyn, in guten Tagen daran zu dencken, daß schlimme an komen können.“¹⁶⁸⁷

Mit diesem Zitat des Braunschweiger Politikers Heinrich Bernhard Schrader von Schliestedt wurde vorliegende Studie eröffnet. „Schlimme Tage“ gab es, zumindest in Fragen der Getreideversorgung und Nahrungssicherheit, für die Menschen in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts oft genug. So wichtig und symbolträchtig sich die Versorgung mit Getreide im untersuchten Zeitraum darstellte, so unsicher war sie auch. Die Wichtigkeit von Getreide zog sich durch alle Bereiche des privaten, gesellschaftlichen und politischen Lebens. Es war dabei nicht nur unbestrittenes Hauptnahrungsmittel, sondern darüber hinaus auch symbolträchtiges Machtmittel. Stockte die Getreideversorgung oder stiegen die Getreidepreise an, geriet die gesamte Gesellschaft in Aufruhr. Menschen, die sich nicht mehr ausreichend mit Getreide versorgen konnten, reagierten mit Verzweiflung und Wut. Regierungen, denen es nicht gelang die Versorgung ihres Landes sicherzustellen, gerieten in Legitimationsnöte. Gleichzeitig wurde deutlich, dass die Getreideversorgung im untersuchten Zeitraum einen steten Kontingenzbereich darstellte, der die beteiligten Akteur:innen auf vielfältige Art und Weise herausforderte. Die hier für Braunschweig-Wolfenbüttel betrachteten Jahre 1745 bis 1790 waren geprägt von schwierigen klimatischen Bedingungen und hohen Getreidepreisen. Es kam wiederholt zu niedrigen Ernteerträgen und Missernten. Die Getreidepreise stiegen, auch infolge von Krieg und inflationären Prozessen, mehrfach stark an. In Braunschweig-Wolfenbüttel kam es im untersuchten Zeitraum in den Jahren 1756-57/58, 1760-65/66, 1771-73, 1784 sowie 1789-90 zu starken Preisanstiegen. Teilweise stiegen die Getreidepreise auf mehr als das Vierfache der Durchschnittspreise an. Die Preise schnellten dabei vielfach in kurzer Zeit massiv hinauf und verblieben, vor allem in den 1760er und 1770er Jahren, über mehrere Jahre hinweg auf einem deutlich erhöhten Niveau. Unterbrochen wurden diese wiederholten Teuerungen, vor allem in den Jahren 1756 bis 1773, nur von kurzen Perioden niedriger Getreidepreise.

¹⁶⁸⁷ Pro Memoria H. B. Schrader von Schliestedt. 1750. NLA WO, 2 Alt, Nr. 13390. Bl. 2r-2v.

Aus dieser Situation heraus mussten die Menschen Wege finden, mit der stetig unsicheren Getreideversorgung umzugehen. Um diese Wege näher zu betrachten, wurden zu Beginn vorliegender Studie drei Fragen aufgeworfen, auf welche nun abschließend nochmals eingegangen werden soll:

1. Welche Maßnahmen wurden im Untersuchungszeitraum unternommen, um die Getreideversorgung sicherer zu machen oder zumindest sicherer erscheinen zu lassen?
2. Welche Entwicklungen lassen sich innerhalb der Getreidepolitik erkennen?
3. Wie interagierten die beteiligten Personen auf dem Feld der Getreidepolitik?

Die Maßnahmen zur Sicherstellung und Verbesserung der Getreideversorgung bewegten sich in unterschiedlichen Feldern und wurden von verschiedenen Personen(-Gruppen) ausgeführt. Einige Akteure wollten die Getreideversorgung am heimischen Schreibtisch verbessern. Aus diesen Bestrebungen entwickelte sich eine breite öffentliche Debatte, deren Teilnehmer sämtliche Aspekte der Getreidepolitik beleuchteten, auf Fehler untersuchten und Verbesserungsmöglichkeiten erarbeiteten. Die Teilnehmer waren allesamt bestrebt, die Getreideversorgung zum Besseren zu verändern und so Getreidemangel in Zukunft möglichst zu verhindern oder zumindest zu entschärfen. Der Weg zur Erreichung dieses Ziels gestaltete sich in der Vorstellung der Autoren allerdings recht unterschiedlich. Einige plädierten für eine gemäßigte und der Lage angemessene protektionistische Getreidepolitik mit mehr oder weniger starken Regulationen, während andere nur in einer Freigabe des Getreidehandels die Möglichkeit zur Verbesserung der Ernährungslage sahen. Eine große Gruppe der Debattenteilnehmer glaubte, allein durch Verbesserung der Landwirtschaft einen Ausweg aus der steten Spirale von Missernten, Getreidemangel und Teuerungen zu finden. Wieder andere waren bestrebt, mittels öffentlicher Magazine vorzusorgen und so die Auswirkungen von Getreidemangel abschwächen zu können. Allerdings zeigte sich auch deutlich, dass die beteiligten Autoren in vielen Punkten übereinstimmten und auch auf den ersten Blick kontroverse Ansichten viele Ähnlichkeiten besaßen. So wurde beispielsweise deutlich, dass so gut wie kein selbsternannter Freihandelsbefürworter eine wirkliche Aufhebung aller ökonomischen Grenzen forderte, sondern es sich in vielen Fällen lediglich um ein Kritik an innerdeutschen Grenzen handelte.

Im Laufe des untersuchten Zeitraumes kristallisierte sich innerhalb der Debatte eine deutliche Prävalenz freihändlerischer, physiokratischer und agrartheoretischer Ansätze heraus. Diese

Tendenz wurde nach den Mangelerfahrungen der 1770er Jahre noch deutlicher, da viele Autoren argumentierten, dass die Krise mit den althergebrachten Maßnahmen nicht zu verhindern gewesen sei und somit neue Wege beschritten werden müssten. Protektionistische Maßnahmen, besonders Getreidesperren, wurden innerhalb der Debatte nur noch selten befürwortet. Öffentliche Magazine wurden von ihren Fürsprechern durchweg in neuer und veränderter Gestalt präsentiert, um die altehrwürdigen Prestigeobjekte herrschaftlicher Getreidepolitik attraktiver zu gestalten. Die meisten Teilnehmer der öffentlichen Debatte befürworteten eine Kombination mehrerer Maßnahmen zur Sicherung der Getreideversorgung. Auch zu diesem Zweck bezogen sie sich regelmäßig auf andere Autoren, welche solche vertraten. Es wurde immer wieder deutlich, dass die Teilnehmer der deutschsprachigen Debatte sowohl diese als auch die internationalen Debatten aufmerksam verfolgten und mit den bekannten Werken und deren Autoren vertraut waren. Die teilnehmenden Autoren stammten aus verschiedenen Betätigungsfeldern, unter ihnen fanden sich beispielsweise Juristen, Geistliche oder Mediziner. Darüber hinaus setzte die Gruppe sich sehr homogen aus gebildeten Männern der mittleren und oberen Gesellschaftsschichten zusammen, welche sich übereinstimmend als Patrioten sahen, welche das Beste für ihr Land wollten.

Eine weitere, im gesamten Untersuchungszeitraum intensiv diskutierte und immer wieder angewandte, Maßnahme war die vorsorgende Speicherung von Getreide mittels öffentlicher Magazine. Zu diesem Zweck sollte in guten Zeiten Getreide eingelagert werden, welches dann in schlechten Zeiten wieder ausgegeben werden konnte. Getreidemagazine und ihre Funktionsweise waren in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts bereits althergebrachte und weit hin bekannte Instrumente zur Sicherung der Getreideversorgung. Zudem waren sie mit einem gewissen Prestige verbunden, wohlgefüllte Getreidespeicher galten als Zeichen weiser und vorausschauender Herrschaft. In Braunschweig-Wolfenbüttel wurden zwischen 1745 und 1790 regelmäßig Magazinprojekte in Angriff genommen. Neben der Verhütung von Getreidemangel, sollten die Einrichtungen auch regulierend auf den Getreidepreis einwirken, so zumindest der Wunsch der Verantwortlichen. Im zeitlichen Verlauf zeigte sich bei der Magazinfrage eine zunehmende Fokussierung und Spezialisierung. Der Gründung der Kornmagazin-kommission im Dezember 1773 lag der Wunsch zugrunde, Mangelerfahrungen, wie die in den Jahren 1770 bis 1773 erlebten, in Zukunft möglichst zu vermeiden. Mit der Verengung von Zuständigkeiten und der Verschärfung von Kontrollen sollte die Anlegung öffentlicher Magazine, welche in den vorangegangenen Jahren häufig im Sande verlaufen war, stärker forciert

werden. Aus jedem gescheiterten Projekt hatten die Verantwortlichen aber auch Erfahrungen sammeln und dadurch gewisse Routinen etablieren können. Diese fokussierte Herangehensweise brachte zunächst Erfolg mit sich und in Braunschweig wurde ein System öffentlicher Magazine angelegt, welches bis zum Ende der 1780er Jahre zur Nahrungsversorgung der städtischen Bevölkerung beitragen konnte. Langfristig scheiterte aber auch dieses Projekt und an der Wende zum 19. Jahrhundert wandte Braunschweig-Wolfenbüttel sich von den althergebrachten öffentlichen Magazinen ab. Die Schwierigkeiten der Einrichtungen lagen unter anderem in ihrer Finanzierung, steten Lagerungsverlusten und der Anfälligkeit für Betrug und Korruption. Letztendlich wurden die Magazine auch von der Bevölkerung nur in Mangelzeiten angenommen, während die Menschen in Zeiten guter Versorgung lieber auf das auf dem freien Markt angebotene Korn zurückgriffen. Ein Charakteristikum der Magazine war die Zusammenarbeit verschiedener Personen(-Gruppen). Zur Einrichtung und zum Betrieb eines öffentlichen Magazins war die Kooperation vieler Menschen, vom Staatsoberhaupt bis zum Magazinarbeiter, notwendig. Dies ging von der Sammlung von Ideen, über die Einholung von Informationen bis hin zum Ankauf und der Aufbewahrung des Getreides. Dabei war von allen Mitarbeitenden ein hohes Maß an Kooperations- und Kompromissbereitschaft nötig, zu dem, so zeigte sich immer wieder, nicht alle Beteiligten bereit waren. Die Wirkmächtigkeit der Idee, in guten Zeiten mittels Magazinen für schlechte vorzusorgen, blieb jedoch auch weit über den untersuchten Zeitraum hinaus bestehen.

Dem Getreidehandel und dessen professionellen Vertretern wurden im untersuchten Zeitraum von den meisten Menschen ein gewisses Misstrauen entgegengebracht. Dennoch war es unbestreitbar, dass ein florierender Handel für eine Versorgung mit Getreide unerlässlich war. Eine weitere Maßnahme zur Sicherung der Getreideversorgung bestand im untersuchten Zeitraum also darin, den Getreidehandel zu regulieren, ohne diesen gänzlich zu verhindern. In krisenhaften Zeiten nahm das Maß an Regulierung deutlich zu. Ein Instrument obrigkeitlicher Krisenregulierung waren Exportverbote für Lebensmittel, vor allem für Getreide. Diese dienten dem Zweck, die verfügbaren Lebensmittel in Zeiten schlechter Versorgung im eigenen Land zu behalten, um die eigene Bevölkerung zu ernähren. Im untersuchten Zeitraum sperrte Braunschweig-Wolfenbüttel regelmäßig die Getreideausfuhr. In der Regel beschränkten sich Schwierigkeiten mit der Getreideversorgung nicht auf ein einzelnes Land, so dass im Falle eines Mangels zahlreiche weitere Länder ebenfalls die Ausfuhr sperrten. Der interterritoriale

Handel wurde so deutlich erschwert, allerdings wurden stets Möglichkeiten gefunden, dennoch mit Getreide zu handeln, wenn auch nicht immer legal. Braunschweig-Wolfenbüttel war in Fragen der Getreidehandelspolitik stets bestrebt, mit anderen Ländern zu kommunizieren und, wenn möglich, zu kooperieren, um die Getreideversorgung für die eigene Bevölkerung zu sichern. Auch der innerterritoriale Getreidehandel war im untersuchten Zeitraum stets diversen Regulierungen unterworfen. Diese richteten sich häufig gegen professionelle Getreidehändler und verfolgten in der Regel das Ziel, die Getreideversorgung der Bevölkerung der größeren Städte, also Braunschweig und, mit Abstrichen, Wolfenbüttel, zu verbessern. Braunschweig-Wolfenbüttel verfolgte in Fragen der Handelspolitik eine pragmatische Vorgehensweise und passte die eigene Handelspolitik der aktuellen Lage an. Im Fokus stand stets was dem eigenen Land und der eigenen Bevölkerung den größten Nutzen versprach. Ein Einfluss der zeitgenössischen theoretischen Debatten zeigte sich im untersuchten Zeitraum nur in Nuancen. Die deutliche Befürwortung freihändlerischer Prinzipien schlug sich nur wenig in der Praxis nieder, obwohl die Verantwortlichen mit den entsprechenden Debatten vertraut waren und teilweise aktiv daran teilnahmen. Am Ende des untersuchten Zeitraumes, im Jahr 1789, bildete Braunschweig-Wolfenbüttel dann allerdings eine zeitweilige Handelsunion mit den Nachbarländern Hannover und Hildesheim. Diese kleine Freihandelszone, welche entsprechende Bündnisse des 19. Jahrhunderts vorwegzunehmen scheint, wurde von braunschweigischer Seite jedoch weniger aus wirtschaftstheoretischen, sondern mehr aus realpolitischen Gründen initiiert.

Auch in Fragen der Getreidehandelspolitik zeigte sich ein hohes Maß an Kommunikation zwischen verschiedenen Akteuren. Die Landesregierung Braunschweig-Wolfenbüttels ließ sich regelmäßig Bericht über die Situation im eigenen Gebiet und in anderen Ländern erstatten und machte diese Berichte dann zur Grundlage des getreidepolitischen Handels. Regelmäßig musste zudem mit den Regierungen anderer Länder kommuniziert werden, um Absprachen zu treffen und die eigenen Interessen zu vertreten. Die Bevölkerung nahm auf Handelsfragen mittels eigener Eingaben und Bittschriften Einfluss. So wurde regelmäßig um die Verhängung von Exportverboten, die Regulierung des Getreidehandels oder die Vermittlung von Ausnahmeregelungen gebeten. Die Landesregierung nahm diese Anstöße aus der eigenen Bevölkerung in der Regel ernst und ließ entsprechende Bitten und Vorschläge sorgfältig prüfen.

Die Bevölkerung hatte also durchaus gewisse Möglichkeiten, Einfluss auf die getreidepolitischen Entscheidungen der Regierung zu nehmen. Allerdings waren diese Möglichkeiten, im

Vergleich zu denen anderer Akteure, begrenzt. Viele Menschen entwickelten daher Strategien und ergriffen eigene Maßnahmen, um die Getreideversorgung zu verbessern, oder zumindest die eigene Lage erträglicher zu gestalten. Dazu gehörte unter anderem das Suchen und Finden von Erklärungen für Hunger und Mangelerfahrungen. Im untersuchten Zeitraum standen verschiedene Erklärungsmuster in Konkurrenz zueinander. Diese beeinflussten die Handlungsoptionen der Bevölkerung. So wandten sich viele Menschen religiösen Riten zu, um den vermeintlichen Zorn Gottes zu besänftigen. Andere bemühten sich, mittels Wetterbeobachtungen möglichst vorbereitet auf zukünftige Gefahren zu sein. Beharrlich wurden auch Schuldige gesucht, die man für Mangel und Teuerung verantwortlich machen konnte. Im untersuchten Zeitraum wurden vielfach Getreidehändler beschuldigt, die Preise künstlich in die Höhe zu treiben, Getreide zurückzuhalten und vorsätzlich Mangel zu erzeugen. Von den Regierungen forderten die Menschen dann, den vermeintlichen Wucherern einen Riegel vorzuschieben. Die Herrschenden nahmen diese Anregungen gerne auf, auch da durch das Herausstellen von gierigen Händlern von etwaigem eigenem Versagen abgelenkt werden konnte. Viele Menschen nahmen die Versorgung der eigenen Bevölkerung als zentrale Aufgabe der Herrschenden wahr. Bei Mangel wandten sie sich daher oftmals direkt an die Landesregierung und erbaten Hilfe. In Braunschweig-Wolfenbüttel nahmen die Herzöge im untersuchten Zeitraum die ihnen zugeschriebene Rolle an und fühlten sich der Versorgung der Menschen verpflichtet. Bitten um Getreide wurden daher in aller Regel positiv beschieden. Kam es zu Preissteigerungen und Getreidemangel, griffen einige Menschen auch auf illegale Methoden zurück, um ihren Bedarf zu decken. Während es in Braunschweig-Wolfenbüttel im untersuchten Zeitraum nicht zu so genannten *food riots* kam, ereigneten sich in anderen Ländern teils gewalttätige Proteste, gegen eine als unzureichend und ungerecht empfundene Versorgungspolitik. Auch Schmuggel und Diebstahl nahmen während Versorgungskrisen regelmäßig zu. Die Täter:innen erfuhren aus der Bevölkerung heraus meist eine gewisse Solidarität, was die Bekämpfung dieser Delikte erschwerte. In Braunschweig-Wolfenbüttel versuchte die Regierung diesen mittels verschärfter Strafen, erhöhter Kontrollen und belohnten Denunziationen Herr zu werden, allerdings ohne durchschlagenden Erfolg.

Waren weitere Maßnahmen zur Beschaffung von Getreide gescheitert oder ausgeschöpft, mussten die Menschen auf Ersatznahrung zurückgreifen. Es wurde deutlich, dass die Fixierung auf die gewohnte und geschätzte Brotnahrung so stark war, dass bei Getreidemangel Brot

auch aus anderen Lebensmitteln hergestellt wurde, um eine beruhigende Normalität zu erhalten. Bürgerliche Reformer versuchten diese Fixierung ohne Rücksicht auf die Vorlieben der Menschen aufzubrechen und propagierten ein Ausweichen auf Obst, Mais oder Kartoffeln was von der Bevölkerung aber zunächst abgelehnt wurde.

Im untersuchten Zeitraum veränderten sich die Handlungsweisen vor allem in den Bereichen des Erklärens und des Ersetzens. Religiöse Erklärungen wurden zunehmend unter Druck gesetzt und nicht mehr widerspruchlos hingenommen. Viele Menschen nahmen die Vorstellung eines Gottes, der auch Unschuldige durch Hunger und Mangel straft, nicht mehr klaglos hin und forderten von religiösen Vertretern angepasste Erklärungen. Naturale Deutungen nahmen weiter zu und mussten in den Rahmen etablierter Deutungsmuster eingepasst werden. Getreide blieb im untersuchten Zeitraum unbestrittenes Hauptnahrungsmittel. Jedoch zeigte sich, dass andere Lebensmittel, dabei vor allem die Kartoffel, an Bedeutung gewannen. Zu Beginn des Untersuchungszeitraumes noch umfassend abgelehnt, war diese am Ende des betrachteten Zeitraumes weitgehend akzeptiert, wenn auch in erster Linie noch als Getreidesubstitut.

Mangel, Teuerung und Hunger endeten nach dem hier betrachteten Zeitraum nicht. Deutschland erlebte die letzte große Hungerkrise nach dem Ende des zweiten Weltkrieges, im so genannten Hungerwinter 1946/47. Menschen, welche nach dieser Zeit geboren wurden, kennen kollektiven Nahrungsmangel und dessen schmerzliche Auswirkungen meist nicht mehr aus eigener Erfahrung, sondern nur noch aus den Erzählungen älterer Verwandter oder aus den Medien. Statt Mangel herrscht in einigen Teilen der Welt nun permanenter Nahrungsüberfluss, welcher wiederum andere Schwierigkeiten mit sich bringt. Menschen sorgen sich dort nun eher darum, sich beim vielfältigen, abwechslungsreichen und stets verfügbaren Nahrungsangebot selbst zu regulieren, anstatt sich Gedanken darüber zu machen, ausreichend Lebensmittel zur Verfügung zu haben. Hunger und die Sorge auch morgen noch genug zu essen zu haben, ist vielen Menschen gänzlich unbekannt. Die letzten Jahre zeigten dann allerdings schmerzlich auf, dass unsere Ernährung auch im Europa des 21. Jahrhunderts nicht ganz so sicher ist, wie wir glauben wollten und dass Nahrungsmangel nicht nur in die Vergangenheit oder andere Teile der Welt gehört. Die sich seit dem Jahr 2020 ausbreitende Corona-Pandemie und der seit Februar 2022 wütende Krieg in der Ukraine haben Entwicklungen zu Tage gebracht, welche wohl die meisten Menschen nur wenige Jahre zuvor nicht für möglich gehalten hätten. Während der ersten Welle der Pandemie, im Frühjahr 2020, stritten sich die Menschen

in deutschen Supermärkten nicht nur um Desinfektionsmittel und Toilettenpapier, sondern auch um Mehl und Hefe.¹⁶⁸⁸ Leere Regale und Verkaufsbeschränkungen für die begehrten Waren dürften vielen Menschen noch allzu gut in Erinnerung sein. Wut auf diejenigen, welche die Mangelgüter horteten und teilweise mit merklichen Preisaufschlägen weiterverkauften, breitete sich bei denen aus, die leer ausgegangen waren. Die Belustigung über panische Hamsterkäufer:innen mischte sich bei dem einen oder der anderen mit leichter Sorge darüber, wie wenig es doch brauchte, um die jahrelang vermittelte und gelebte Sicherheit zum Einsturz oder doch zumindest ins Wanken zu bringen. Doch zunächst beruhigte sich die durch Panikreaktionen in Schieflage geratene Versorgungssituation wieder und die meisten Menschen gewöhnten sich auf die eine oder andere Art an die Pandemie. Im Februar 2022 griff Russland dann die Ukraine an. Damit fielen zwei der größten Getreide-Exporteure der Welt für unabsehbare Zeit aus. In der Ukraine blieben aufgrund der Kriegssituation große Teile der Felder unbestellt. Im März 2022 kursierten Gerüchte, dass Russland den Getreideexport aussetzen könnte, was die weltweiten Getreidepreise augenblicklich ansteigen ließ. Am 15. März gab der Kreml dann bekannt, den Getreideexport in verschiedene Länder für die nächsten Monate einzuschränken, um die Versorgung der eigenen Bevölkerung sicherzustellen.¹⁶⁸⁹ Infolge dieser Entwicklungen wurde eine weitere Verschlechterung der globalen Ernährungslage befürchtet, welche bereits durch die Corona-Pandemie einen empfindlichen Rückschritt gemacht hatte. Besonders betroffen sollen dabei Länder in Afrika und im Nahen Osten sein.¹⁶⁹⁰ Doch auch in Deutschland lassen sich die ersten Auswirkungen dieser Entwicklung bereits spüren. Im Jahr 2022 sind vor allem Speiseöl und Mehl zur begehrten Mangelware geworden und können vielerorts nicht mehr unbegrenzt erworben werden. Der ungewohnte Mangel macht vielen Menschen Angst und führt wiederum zu Panikreaktionen und Hamsterkäufen, welche die Versorgungslage weiter verschärfen. Obwohl Politiker:innen wie Agrarminister Cem Özdemir in öffentlichen Erklärungen beteuerten, dass die Ernährungslage in Deutschland gesichert

¹⁶⁸⁸ Waltz, Alessa: Corona-Notfallvorräte einkaufen: Was in der 1. Welle am schnellsten ausverkauft war. Beitrag vom 21.10.2020. <https://www.infranken.de/ratgeber/gesundheit/coronavirus/corona-notfallvorrateaete-einkaufen-was-in-der-1-welle-am-schnellsten-ausverkauft-war-art-5052883> (Zugriff am 12.04.2022).

¹⁶⁸⁹ o. V.: Russland schränkt Getreideexporte ein. Beitrag vom 15.03.2022. <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/weltwirtschaft/russland-getreideexporte-sowjetrepubliken-101.html> (Zugriff am 12.04.2022).

¹⁶⁹⁰ Wille, Joachim: Putins Hunger: Ukraine-Krieg verschärft weltweite Hungersnot- Wie Hülsenfrüchte helfen können. Beitrag vom 19.03.2022. <https://www.fr.de/wissen/ukraine-krieg-putin-hunger-hungersnot-weizen-mais-ernaehrung-russland-91422386.html> (Zugriff am 12.04.2022).

sei, sind viele Menschen offenbar in Sorge vor einer drohenden Verknappung essenzieller Lebensmittel.¹⁶⁹¹ In der Presse werden diese Entwicklungen mit größtem Interesse beobachtet. Eine gewalttätige Auseinandersetzung um den versuchten Hamsterkauf mehrerer Flaschen Speiseöl in einem baden-württembergischen Supermarkt, wurde medial ebenso intensiv begleitet, wie ein ähnlicher Vorfall, der sich im Jahr 2020 wegen des Kaufs einer großen Menge Mehl ereignetet.¹⁶⁹² Der Wiesbadener Kurier meldete im März 2022 „Mehlmangel macht Bäckern in Wiesbaden Sorge“.¹⁶⁹³ Fränkische Müller gaben zur Beruhigung der Bevölkerung bekannt, dass die „Getreidelager in Franken voll“ seien und es daher keinen Grund gebe „Mehl zu horten.“¹⁶⁹⁴ Die Hessische Niedersächsische Allgemeine hingegen versorgte ihre Leser:innen mit Hinweisen zum Backen ohne Mehl und Öl, um auch bei Mehlnknappheit nicht auf gewohnte Backwaren verzichten zu müssen.¹⁶⁹⁵

Forschenden, welche sich mit Fragen historischer Ernährung beschäftigen, erscheinen derartige Schilderungen nur zu bekannt. Der kurze Exkurs in das 21. Jahrhundert zeigt auf, dass sich die Praktiken zur Bewältigung von Nahrungsunsicherheit und die Reaktionen auf Nahrungsmangel seit dem 18. Jahrhundert offenbar weniger stark verändert haben als weithin angenommen. Die Sicherstellung der Ernährung ist und war Voraussetzung für nahezu alle weiteren individuellen und gesellschaftlichen Bestrebungen. Nahrung ist und war daher stets politisch und gesellschaftlich in höchstem Maße relevant und Getreide kommt dabei eine besondere Rolle zu.

¹⁶⁹¹ o. V.: „Die eine Krise nicht gegen die andere ausspielen“. Beitrag vom 31.03.2022. <https://www.tageschau.de/inland/oezdemir-tagesthemen-101.html> (Zugriff am 12.04.2022).

¹⁶⁹² Vgl. z.B: Hagen, Daniel: Duo bedroht Kassiererin wegen Speiseöl – Kollege greift zum Nudelholz. Beitrag vom 27.03.2020. <https://www.heidelberg24.de/baden-wuerttemberg/nudelholz-speiseoel-asperg-ludwigsburg-polizei-streit-bedrohung-zr-91435698.html> (Zugriff am 12.04.2022).

Sowie: Sanders, Jörg: Streit um „Hamsterkauf“ führt in Hilter zu handfester Auseinandersetzung. Beitrag vom 13.03.2020. <https://www.noz.de/lokales/hilter/artikel/-20321299> (Zugriff am 12.04.2022).

¹⁶⁹³ Anderton, Julia: Mehlmangel macht Bäckern in Wiesbaden Sorge. Beitrag vom 30.03.2022. https://www.wiesbadener-kurier.de/lokales/wiesbaden/nachrichten-wiesbaden/mehlmangel-macht-backern-in-wiesbaden-sorgen_25450814 (Zugriff am 12.04.2022).

¹⁶⁹⁴ Schulze, Constanze: Getreidelager in Franken voll: Kein Grund Mehl zu horten. Beitrag vom 31.03.2022. <https://www.br.de/nachrichten/bayern/getreidelager-in-franken-voll-kein-grund-mehl-zu-horten,T1XmniN> (Zugriff am 12.04.2022).

¹⁶⁹⁵ Maier, Lucas: Lieferengpässe im Supermarkt: So können Sie ganz einfach ohne Mehl oder Sonnenblumenöl backen. Beitrag vom 31.03.2022. <https://www.hna.de/verbraucher/backen-ohne-mehl-backen-kochen-kuecheersatz-alternative-lebensmittel-knapp-ukraine-krieg-ernaehrung-ltt-zr-91427277.html> (Zugriff am 12.04.2022).

5. Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

5.1 Abbildungsverzeichnis

	Titel	Quellenangabe	Seite
Abbildung 1	Braunschweig-Wolfenbüttel 1780.	Albrecht, Absolutismus. S. 589	28
Abbildung 2	Handschriftliche Auflistung der Kornpreise von Mai 1775.	NLA WO, 2 Alt, Nr. 13491. Bl. 23r.	44
Abbildung 3	Handschriftliche Gegenüberstellung der Braunschweiger Getreidepreise von 1770 und 1771.	NLA WO, 2 Alt, Nr. 13491. Bl. 10r.	45
Abbildung 4	Getreidepreis in den Braunschweigischen Anzeigen vom 09.02.1780.	Braunschweigische Anzeigen. 12. Stück, 09.02.1780. Sp. 144.	53
Abbildung 5	Übersicht der Getreidepreise verschiedener Städte Braunschweig-Wolfenbüttels in den Braunschweigischen Anzeigen vom 04.01.1755.	Braunschweigische Anzeigen. 2. Stück, 04.01.1755. Sp. 57-58.	54
Abbildung 6	Darstellung der Braunschweiger Getreidepreise getrennt nach Himten und Wispeln und den Getreidemärkten in den Braunschweigischen Anzeigen vom 13.01.1745.	Braunschweigische Anzeigen. 4. Stück, 13.01.1745. Sp. 62.	55
Abbildung 7	Fehlende Angaben zu den Getreidepreisen in den Braunschweigischen Anzeigen 1745-1790.	Eigene Darstellung	67
Abbildung 8	Verlauf der Getreidepreise je Himten 1745-1789 (jährliche Mittelwerte, in Groschen).	Eigene Darstellung	68
Abbildung 9	Verlauf der Getreidepreise je Himten 1745-1789 (Maximalpreise, in Groschen).	Eigene Darstellung	69
Abbildung 10	Verlauf der Getreidepreise je Wispel 1745-1789 (Durchschnittspreise, in Talern).	Eigene Darstellung	72
Abbildung 11	Verlauf der monatlichen Durchschnittspreise für Weizen, Roggen, Gerste und Hafer 1745-1790 (pro Himten, in Groschen).	Eigene Darstellung	81
Abbildung 12	Verlauf der monatlichen Durchschnittspreise für Weizen, Roggen, Gerste und Hafer 1770-1773 (pro Himten, in Groschen).	Eigene Darstellung	83
Abbildung 13	Verlauf der monatlichen Durchschnittspreise für Weizen, Roggen, Gerste und Hafer 1777-1780 (pro Himten, in Groschen).	Eigene Darstellung	84
Abbildung 14	Verlauf der monatlichen Durchschnittspreise für Roggen 1745-1790.	Eigene Darstellung	85

	1770-1773 und 1777-1780 im Vergleich (pro Himten, in Groschen)		
Abbildung 15	Handschriftlicher Entwurf für einen Bezugschein.	NLA WO, 2 Alt, Nr. 13491. Bl. 15v.	257
Abbildung 16	Vorgedruckter Bezugsschein zum Ausfüllen.	NLA WO, 2 Alt, Nr. 13475. (ohne Paginierung).	258
Abbildung 17	Braunschweig-Wolfenbüttel 1780	Albrecht, Absolutismus. S. 589.	280
Abbildung 18	Empfängerliste einer Verordnung zur verbotenen Kornausfuhr. 27.09.1771.	NLA WO, 2 Alt, NR. 13476. Bl. 38r.	290
Abbildung 19	Braunschweiger Brottaxe für Februar 1767 in den Braunschweigischen Anzeigen vom 13.01.1767.	Braunschweigische Anzeigen. 9. Stück, 31.01.1767. Sp. 109-110.	317
Abbildung 20	Getreidepreisliste aus Amsterdam vom 25.04.1757.	NLA WO, 2 Alt, Nr. 13411. Bl. 115r.	345

5.2 Tabellenverzeichnis

	Titel	Quellenangabe	Seite
Tabelle 1	Jahre mit überdurchschnittlich hohen Preisen für Weizen, Roggen, Gerste und Hafer je Himten.	Eigene Darstellung	62
Tabelle 2	Jahre mit überdurchschnittlich hohen Preisen für Weizen, Roggen, Gerste und Hafer je Wispel.	Eigene Darstellung	62
Tabelle 3	Mittelpreise des Jahres 1770 im Vergleich zu den Mittelpreisen des Untersuchungszeitraums (Himten).	Eigene Darstellung	65
Tabelle 4	Mittelpreise des Jahres 1770 im Vergleich zu den Mittelpreisen des Untersuchungszeitraums (Wispel).	Eigene Darstellung	65
Tabelle 5	Maximalpreise für Weizen, Roggen, Gerste und Hafer pro Himten 1745-1789.	Eigene Darstellung	66
Tabelle 6	Maximalpreise für Weizen, Roggen, Gerste und Hafer pro Wispel 1745-1789.	Eigene Darstellung	71
Tabelle 7	Geringste Jahresdurchschnittspreise für Weizen, Roggen, Gerste und Hafer pro Himten in Groschen 1745-1789	Eigene Darstellung	73
Tabelle 8	Relative Veränderung der Weizenpreise zwischen den Jahren	Eigene Darstellung	75
Tabelle 9	Relative Veränderung der Roggenpreise zwischen den Jahren.	Eigene Darstellung	75
Tabelle 10	Relative Veränderung der Gerstenpreise zwischen den Jahren.	Eigene Darstellung	76
Tabelle 11	Relative Veränderung der Haferpreise zwischen den Jahren.	Eigene Darstellung	77
Tabelle 12	Spanne der Preise für Weizen, Roggen, Gerste und Hafer 1745-1790 (Himten).	Eigene Darstellung	79
Tabelle 13	Spanne der Preise für Weizen, Roggen, Gerste und Hafer 1745-1790.	Eigene Darstellung	79
Tabelle 14	Sortierte Monatsdurchschnittspreise für Weizen, Roggen, Gerste und Hafer 1745-1790.	Eigene Darstellung	80
Tabelle 15	Sortierte Monatsdurchschnittspreise für Weizen, Roggen, Gerste und Hafer 1770-1773.	Eigene Darstellung	82
Tabelle 16	Sortierte Monatsdurchschnittspreise für Weizen, Roggen, Gerste und Hafer 1777-1780.	Eigene Darstellung	84

6. Quellen- und Literaturverzeichnis

6.1 Quellen

6.1.1 Ungedruckte Quellen

Niedersächsisches Landesarchiv, Abteilung Wolfenbüttel (NLA WO)

- NLA WO, 2 Alt, Nr. 13372.
- NLA WO, 2 Alt, Nr. 13384.
- NLA WO, 2 Alt, Nr. 13387.
- NLA WO, 2 Alt, Nr. 13390.
- NLA WO, 2 Alt, Nr. 13394.
- NLA WO, 2 Alt, Nr. 13401.
- NLA WO, 2 Alt, Nr. 13406.
- NLA WO, 2 Alt, Nr. 13411.
- NLA WO, 2 Alt, Nr. 13448.
- NLA WO, 2 Alt, Nr. 13449.
- NLA WO, 2 Alt, Nr. 13461.
- NLA WO, 2 Alt, Nr. 13467.
- NLA WO, 2 Alt, Nr. 13474.
- NLA WO, 2 Alt, Nr. 13475.
- NLA WO, 2 Alt, Nr. 13476.
- NLA WO, 2 Alt, Nr. 13480.
- NLA WO, 2 Alt, Nr. 13491
- NLA WO, 2 Alt, Nr. 13492.
- NLA WO, 2 Alt, Nr. 13503.
- NLA WO, 8 Alt Eich, Nr. 443.
- NLA WO, 8 Alt Ott, Nr. 139.

6.1.2 Gedruckte Quellen

- Angyalffy, Mátyás András: Grundsätze der Feldkultur; oder gründliche und vollständige Anleitung zum Ackerbau und zur Pflege der Wiesen und Weiden. Ein Handbuch für praktische Landwirthe. Zweyter Theil. Pesth 1823.
- Aretin, Georg Freiherr von: Rezension zu Lips, Michael Alexander: Ueber die wahren Ursachen der Brodnoth und Theuerung. Erlangen 1817. In: Aretin, Georg Freiherr von: Zeitbedürfnisse mit besonderer Rücksicht auf Baiern. Erstes Bändchen. Sulzbach 1818. S. 134-143.
- Becker, Rudolf Zacharias: Noth- und Hülf-Büchlein für Bauersleute oder lehrreiche Freuden- und Trauer-Geschichte des Dorfs Mildheim. Für Junge und Alte beschrieben. Gotha und Leipzig 1788.
- Behr, Wilhelm, Joseph: Das Recht und die Pflicht der Regierungen in Beziehung auf die gegenwärtige Theurungsangelegenheit. Würzburg 1817.
- Bergius, Johann Heinrich Ludwig: Herrn Bergius Abhandlung von Lebensmitteln. In: Ders. (Hg.): Von Getreydemagazinen, von Lebensmitteln und von dem Unterhalt des Volkes. Frankfurt am Main 1771. S. 31-68.
- Brasen, Justus Christoph: Ueber den Nutzen öffentlicher Korn-Magazine. Braunschweig/Hildesheim 1773.
- Braunschweigische Anzeigen. 1745-1790.
- Braunschweigisches Magazin. 1788-1790.
- Braunsdorf, Johann Karl: Versuche über die Aufbewahrung des Getraides in luftdicht verschlossenen Räumen. Leipzig 1834.
- Breidenstein, Johann Philipp: Wahres Mittel eine Fruchttheurung auf ewig von einem Staate abzuhalten. Frankfurt und Leipzig 1773.
- Clavell, Franz: Überzeugender Beweis, daß eine etwas länger andauernde Getraidesperre gegen die Schweiz den Hochlöbl. Schwäbischen Reichs-Kreis und die darinn gesessene Hoch- und Löbliche Stände in kurzer Zeit gänzlich zu Grunde richten müsse. o. O. 1772.
- Die peinliche Gerichtsordnung Kaiser Karls V. und des Heiligen Römischen Reichs von 1532 (Carolina). Herausgegeben und erläutert von Friedrich-Christian Schroeder. Stuttgart 2000.

- Dinglinger, Georg Friedrich: Die beste Art Korn-Magazine und Frucht-Böden anzulegen; Auf welchen das Getrayde niemahls, weder vom weissen noch schwarzen Wurm anstecket werden kann. Hannover 1768.
- Fischer, Christian Hiskias Heinrich von: Anmerkungen über die dermalige Frucht-Sperre. Deutschland 1771.
- Fischer, Christian Hiskias Heinrich von: Gedanken ueber das Reichs-Gutachten vom 7ten Febr. 1772 die Getreid-Sperre betreffend nebst dem Kaiserlichen Allerhöchsten Commission Ratifications Decret vom 28. Febr. 1772. Frankfurt am Main 1772.
- Franck, Johann Philipp: System der landwirthschaftlichen Policey besonders in Hinsicht auf Teutschland. Erster Theil. Leipzig 1789.
- Friedrich der Grosse – Die Politischen Testamente. Übersetzt von Friedrich v. Oppeln-Bronikowski. Berlin 1922.
- Gelehrte Beyträge zu den Braunschweigischen Anzeigen. 1761-1787.
- Heyne, Christian Gottlob: Göttingen. In: Göttingische Anzeigen von den gelehrten Sachen. 86. Stück, 19.07.1773. S. 729-738.
- Jacobi, Adam Friedrich Ernst: Plan zu einem Societätsmagazin. In: Churbaierisches Intelligenzblatt. XXV (1773) S. 313-314.
- Justi, Johann Heinrich Gottlob von: Staatswirthschaft oder systematische Abhandlung aller Oekonomischen und Cameral-Wissenschaften, die zur Regierung eines Landes erfordert werden. Erster Theil. Leipzig 1758. (Zweyte stark vermehrte Auflage).
- Justi, Johann Heinrich Gottlob: Herrn von Justi Abhandlungen von dem Unterhalt des Volkes. In: Bergius, Johann Heinrich Ludwig (Hg.): Von Getreydemagazinen, von Lebensmitteln und von dem Unterhalt des Volkes. Frankfurt am Main 1771. S. 69-124.
- Krünitz, Johann Georg: Oeconomisch-technologische Encyklopädie, oder allgemeines System der Staats- Stadt- Haus- und Landwirthschaft und der Kunst-Geschichte in alphabetischer Ordnung. Bd. 44 (Kopf bis Korn-Consumtion). Berlin 1788.
- Krünitz, Johan Georg: Oeconomisch-technologische Encyklopädie, oder allgemeines System der Staats- Stadt- Haus- und Landwirthschaft und der Kunst-Geschichte in alphabetischer Ordnung. Bd. 46 (Korn-Preis – Krams-Vogel). Berlin 1789.
- Leo, Joseph Christoph Otto: Reizendes Beyspiel der Nützlichkeiit und Möglichkeit zu Abschaffung der Brache. Frankfurt am Main 1777.

- L. F. G. W: Ueberschlag, in wie fern es für den Landwirth rathsam ist, seine Kornfrüchte auf hohe Preise liegen zu lassen. In: Hannoverisches Magazin. 19. Stück, 06.03.1786. Sp. 297-304.
- Lichtenstein, Joachim Diederich: Zweifel und Bedenken bey der wichtigen Frage von der freyen Aus- und Einfuhr des Getraides. Braunschweig 1772.
- Lüders, Ernst Philipp: Abhandlungen und Bedenken über das Acker-Wesen und den Anbau verschiedener Feldfrüchte aus eigener Erfahrung entworfen. Flensburg 1765.
- Münchhausen, Otto von: Der freye Kornhandel als das beste Mittel um Mangel und Theurung zu verhüten; zur Warnung auf künftige Zeiten aus der Erfahrung und aus neuen Gründen erwiesen von dem Verfasser des Hausvaters. Hannover 1772.
- o. V.: Demüthiges Bittschreiben des Gemeinen Wesens an die Herren Capitalisten und Wucherer, um die Verleihung besserer Zeiten. Frankfurt/Leipzig 1772.
- o. V.: Patriotische Gedanken, über die ökonomische Untersuchung, die Sperrung der Fruchtausfuhr betreffend u.s.w.: Zur Prüfung und Beherzigung des vaterländischen Publici, bei jetzigen bedenklichen Zeitläuffen dem Druck überlassen. Lindau 1770.
- o. V.: Verzeichnis der sämtlichen Einwohner in den Herzogl. Braunschweigischen Landen, welches bey den Berathschlagungen des im Jahre 1775 gehaltenen Landtages für richtig angenommen und zum Grunde gelegt worden. In: Göttingisches Magazin der Wissenschaften und Literatur. Zweyten Jahrgangs drittes Stück., 1781. S. 430-438.
- Pfeiffer, Johann Friedrich von: Natürliche aus dem Endzweck der Gesellschaft entstehende Allgemeine Policeiwissenschaft. Erster Theil. Frankfurt am Main 1779.
- Philippi, Johan Heinrich: Der vertheidigte Korn-Jude. Berlin 1765.
- Plenciz, Marcus Anton von: Die beste Art Korn-Magazine und Fruchtböden anzulegen; Auf welchen das Getrayde niemahls, weder vom weissen noch schwarzen Wurm, angestecket werden kann. Wien 1764.
- Preisfrage der kurpfalzbaierisch sittlich=landwirthschaftlichen Gesellschaft zu Burghausen für das Jahr 1799: „Wie ist der Kornwurm oder sogenannte schwarze Käfer (nach Lineé der rothe Kornwurm Curculio frumentarius) am sichersten und mit leichtestem Aufwand zu vertilgen?“ In: Kurfürstlich gnädigst privilegierte Münchner Zeitung. Nr. 72, 16.10.1798. S. 929.
- Reimarus, Johann Albert Heinrich: Die wichtige Frage von der freyen Aus- und Einfuhr des Getraides, nach der Natur und Geschichte untersucht. Hamburg 1771.

- Reimarus, Johann Albert Heinrich: Preisschrift über die, von der K. Societät der Wissenschaften zu Göttingen aufgegebenene Frage: In wie fern und unter welchen Umständen die Anlegung beträchtlicher öffentlicher Kornmagazine dem Kornhandel und dem Lande überhaupt nachtheilig oder nützlich oder gleichgültig sey? Wie diese Magazine mit den wenigsten Kosten anzulegen und zu erhalten, auch dergestalt zu verwalten seyn, daß dem Lande daraus der meiste Nutzen zuwachse? Welche Folgen aus den öffentlichen Kornmagazinen in den Ländern, wo dergleichen befindlich sind, entstanden? Und welche Folgen deren Mangel veranlasset habe? In: Hannoverisches Magazin. 67. u. 68. Stück, 21. u. 24. 08.1772. Sp. 1057-1070 u. Sp. 1073- 1083.
- Rimrod, Karl Gottfried: Ein Vorschlag zu Anlegung eines öffentlichen Getreidemagazins, zu Jedermanns Vortheil und Niemandes Nachtheil. Herausgegeben von Daniel Gottfried Schreber, der Rechte Doctorn, öffentlichen Lehrer der Cameralwissenschaften und Mitglieder der Leipziger öconomischen Gesellschaft. Leipzig 1772.
- Rosenthal, Gottfried Erich: Geschichte des Erfurtischen Getraidepreises von 1651 bis 1775. Erfurt 1784.
- Rottmanner, Simon: Abhandlung über die Brache, oder der lateinische Wirth in Bayern. Nürnberg 1794.
- Rückert, Georg Christian Albrecht: Gedanken bey dem Getreidemangel in Deutschland von 1770 bis 1771 über dessen Quellen und den Mitteln wieder denselben auf künftige Zeiten. In: Ders. (Hg.): Der Feldbau chemisch untersucht um ihn zu seiner letzten Vollkommenheit zu erheben. Bd. 2. Erlangen 1789. S. 173-186.
- Scharnweber, Johann Ludwig Friedrich: Freye Urtheile und Betrachtungen über Anlegung beträchtlicher Korn-Magazine. Göttingen 1773.
- Schmahling, Ludwig Christoph: Nachruff an das Publicum, die vergangene Theurung betreffend. Leipzig 1772.
- Schrader, Paul August: Die Kunst, ohne Miswachs theure Zeiten zu machen, nebst den bewährten Mitteln darwider. Frankfurt/Leipzig 1771.
- Soden, Julius Graf von: Die annonarische Gesetzgebung. Versuch eines Systems über den Getraidhandel und die Gesetze nach welchen die Staatsverwaltung in Absicht des Getraides zu handeln hat: Nebst einer annonarischen Bibliothek. Nürnberg 1828.
- Spitzner, Johann Ernst: Die Landwirthschaft in Gemeinheiten nach ihren unleugbaren Vortheilen, Mängeln und möglichen Verbesserungen. Leipzig 1791.

- Steck, Johann Christoph Wilhelm von: Ausführungen politischer und rechtlicher Materien. Berlin 1776.
- Unger, Johann Friedrich: Zweytes Schreiben von der Ordnung der Fruchtpreise. In: Hannoverische Gelehrte Anzeigen auf das Jahr 1750. 20. u. 21. Stück.
- Unger, Johann Friedrich: Von der Ordnung der Fruchtpreise und deren Einflüsse in die wichtigsten Angelegenheiten des menschlichen Lebens. Erster Theil. Göttingen 1752.
- Voit, Johann Michael: Ueber die Aufbewahrung des Getreides in Scheunen, auf Schüttdböden, in hermetisch geschlossenen, mit Bleiblatten bekleideten Gewölben und in sogenannten Silos; dann über Getreidedarren und die zweckmäßigste Construction aller hieher gehörigen Bauwerke. Augsburg/Leipzig 1825.
- Zedler, Johann Heinrich (Hg.): Großes Universallexikon aller Wissenschaften und Künste. Bd. 1. Halle und Leipzig 1732.
- Zedler, Johann Heinrich (Hg.): Großes Universallexikon aller Wissenschaften und Künste. Bd. 15. Halle und Leipzig 1737.

6.1.3 Getreidepolitische Verordnungen Braunschweig-Wolfenbüttel

- Serenissimi gnädigste Verordnung, die Ausfuhr des Kornes betreffend. 19. Oktober 1756. Abgedruckt in: Braunschweigische Anzeigen. 86. Stück, 27.10.1756.
- Serenissimi gnädigste Verordnung, den Verkauf des Getraides und der Fourage betreffend. 3. Dezember 1757. Abgedruckt in: Braunschweigische Anzeigen. 101. Stück, 17.12.1757.
- Serenissimi gnädigste Verordnung, die verbotene Ausfuhr des Hafers in den Wolfenbüttel- und Schöningischen Districten betreffend. 6. November 1759. Abgedruckt in: Braunschweigische Anzeigen. 94. Stück, 24.11. 1759.
- Serenissimi gnädigste Verordnung, Die Ausfuhr des Getraides in den Wolfenbüttel- und Schöningischen Districten betr. 28. Oktober 1760. Abgedruckt in: Braunschweigische Anzeigen. 89. Stück, 05.11.1760.
- Serenissimi gnädigste Verordnung, Die Verrufung der neuen unter Chursächsischem Stempel geprägten 8 Ggr. Stücke von 1761, ingleichen die Auskippung der hiesigen 8 Ggr. Stücke betreffend. 27. Januar 1761. Abgedruckt in: Braunschweigische Anzeigen. 10. Stück, 04.02.1761.

- Die wieder gestattete Ausfuhr des Weizens betreffend. 10. März 1761. Abgedruckt in: Braunschweigische Anzeigen. 25. Stück, 28.03.1761.
- Serenissimi gnädigste Verordnung, die Ausfuhr des Korns, wie auch Heu und Strohes betr. 06. Oktober 1763. Abgedruckt in: Braunschweigische Anzeigen. 84. Stück. 19.10.1763.
- Serenissimi gnädigste vorläufige Münz-Verordnung betreffend. 1. Juni 1764. In: Braunschweigische Anzeigen. 47. Stück, 13.06.1764.
- Serenissimi gnädigste Verordnung die Zurückhaltung der Lebensmittel auf höhere Preise betref. 6. Juli 1764. Abgedruckt in: Braunschweigische Anzeigen. 61. Stück, 01.08.1764.
- Serenissimi gnädigste Verordnung, wegen Untersuch= und Bestrafung der Garten= und Felddiebereyen, wie auch Beschädigung der Hecken auf dem platten Lande vom 2. August 1764. Abgedruckt in: Braunschweigische Anzeigen. 67. Stück, 22.08.1764.
- Serenissimi gnädigste Verordnung, gegen die Ausfuhr im Harz und Weser-Districte. 19. Oktober 1770. Abgedruckt in: Braunschweigische Anzeigen. 101. Stück, 29.12.1770.
- Serenissimi gnädigste Verordng gegen die Ausfuhr der Kornfrüchte im Wolfenbüttel-schen und Schöningischen District. 13. December 1770. Abgedruckt in: Braunschweigische Anzeigen. 1. Stück, 02.01.1771.
- Verordnung zum Handel mit dem Stift Hildesheim. 7. November 1771. NLA WO, 8 Alt Eich, Nr. 443.
- Verordnung zu auswärtigen Mühlen. 25. November 1771. NLA WO, 8 Alt Eich, Nr. 443.
- Serenissimi gnädigste Verordnung den Korn Verkauf in der Stadt Braunschweig betreffend. 30. November 1771. NLA WO, 8 Alt Eich, Nr. 443.
- Serenissimi gnädigste Verordnung gegen die Feld= und Gartendieberey vom 27. August 1772. Abgedruckt in: Braunschweigische Anzeigen. 74. Stück, 19.09.1772.
- Verordnung zur Aufhebung des Getreidesperre mit dem Stift Hildesheim. 17. September 1772. NLA WO, 8 Alt Eich, Nr. 443.
- Serenissimi Circularrescript, die Versendung aller Getraidearten in die Auslande betreffend. 19. Juni 1789. Abgedruckt in: Braunschweigische Anzeigen. 50. Stück, 01.07.1789.
- Serenissimi Verordnung, die Ausfuhr des Getraides und der Hülsenfrüchte betreffend. 10. October 1789. Abgedruckt in: Braunschweigische Anzeigen. 80. Stück, 14.10.1789.

- Serenissimi Declaration der wegen der Fruchtsperre unterm 10ten dieses Monats erlassenen Verordnung, so viel die Chur-Braunschweigischen Lande und Unterthanen angehet. 24. Oktober 1789. Abgedruckt in: Braunschweigische Anzeigen. 85. Stück, 31.10.1789.
- Serenissimi fernerweite Declaration den nun auch mit dem Stift Hildesheim wegen der Fruchtsperre getroffenen Verein betreffend. 29. Oktober 1789. Abgedruckt in: Braunschweigische Anzeigen. 89. Stück, 14.11.1789.
- Serenissimi Verordnung, gegen alle Aus- und Durchfuhr des sogenannten ausländischen Getraides aus benachbarten Territoriis durch hiesige Lande nach Bremen und Hamburg. 17. November 1789. Abgedruckt in: Braunschweigische Anzeigen. 91. Stück, 21.11.1789.

6.2 Literatur

- Abel, Wilhelm: Agrarkrisen und Agrarkonjunktur in Mitteleuropa vom 13. bis zum 19. Jahrhundert. Berlin/Hamburg 1966.
- Abel, Wilhelm: Geschichte der deutschen Landwirtschaft vom frühen Mittelalter bis zum 19. Jahrhundert. Stuttgart 1967 (2., neubearb. Auflage).
- Abel, Wilhelm: Massenarmut und Hungerkrisen im vorindustriellen Europa. Versuch einer Synopsis. Hamburg/Berlin 1974.
- Achilles, Walter: Die steuerliche Belastung der braunschweigischen Landwirtschaft und ihr Beitrag zu den Staatseinnahmen im 17. und 18. Jahrhundert. Hildesheim 1972.
- Achilles, Walter: Die Auswirkungen der Getreidepreissteigerungen gegen Ende des 18. Jh. auf das Realeinkommen von Erzeugern und Verbrauchern. Dargestellt an Beispielen aus dem Raum Hildesheim. In: Bog, Ingomar et. al (Hg.): Wirtschaftliche und soziale Strukturen im saekularen Wandel. Festschrift für Wilhelm Abel zum 70. Geburtstag. Band I: Agrarische Wirtschaft und Gesellschaft in vorindustrieller Zeit. Hannover 1974. S. 112-130.
- Achilles, Walter: Deutsche Agrargeschichte im Zeitalter der Reformen und der Industrialisierung. Stuttgart 1993.

- Albrecht, Peter: Die Förderung des Landesausbaues im Herzogtum Braunschweig-Wolfenbüttel im Spiegel der Verwaltungsakten des 18. Jahrhunderts (1671-1806). Braunschweig 1980.
- Albrecht, Peter: Das Zeitalter des aufgeklärten Absolutismus. In: Jarck, Horst-Rüdiger; Schildt, Gerhard (Hg.): Die Braunschweigische Landesgeschichte. Jahrtausendrückblick einer Region. Braunschweig 2000. S. 575-610.
- Albrecht, Peter: Lichtenstein, Joachim Dietrich, Dr. jur. In: Braunschweigisches Biographisches Lexikon. 8. bis 18. Jahrhundert. Im Auftrag der Braunschweigischen Landschaft e. V. herausgegeben von Horst-Rüdiger Jarck mit Dieter Lent und Gudrun Fiedler, Martin Fimpel, Silke Wagener-Fimpel, Ulrich Schwarz. Braunschweig 2006. S. 443-444.
- Albrecht, Peter: Der Handel und Wandel – Handelstreibende. In: Märtl, Claudia; Kaufhold, Karl Heinrich; Leuschner, Jörg (Hg.): Die Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Braunschweigischen Landes. Band II-Frühneuzeit. Hildesheim 2008. S. 674-699.
- Albrecht, Peter: Die Maße und Gewichte. In: Märtl, Claudia; Kaufhold, Karl Heinrich; Leuschner, Jörg (Hg.): Die Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Braunschweigischen Landes. Band II-Frühneuzeit. Hildesheim 2008. S. 125-138.
- Albrecht, Peter: Obrigkeitliche Eingriffe in das Handelsgeschehen. In: Märtl, Claudia; Kaufhold, Karl Heinrich; Leuschner, Jörg (Hg.): Die Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Braunschweigischen Landes. Band II-Frühneuzeit. Hildesheim 2008. S. 700-736.
- Alfani, Guido; Ó Gráda, Cormac (Hg.): Famine in European History. Cambridge 2017.
- Amt, Stefan: Georg Friedrich Dinglinger - neue Forschungsergebnisse zum Werk des hannoverschen Festungsbaumeisters. In: Hannoversche Geschichtsblätter, Neue Folge 48 (1994). S. 185-217.
- Becker, Theresa: „Das Commerz muss nicht alle Ordnung umstossen wollen.“ Das Verhältnis von Politik und Handel in Lüneburg und Hann. Münden im 18. Jahrhundert. Hannover 2013.
- Behringer, Wolfgang: Mörder, Diebe, Ehebrecher. Verbrechen und Strafen in Kurbayern vom 16. bis 18. Jahrhundert. In: van Dülmen, Richard (Hg.): Verbrechen, Strafen und soziale Kontrolle. Studien zur historischen Kulturforschung III. Frankfurt am Main 1990. S. 85-132

- Behringer, Wolfgang: Weather, Hunger and Fear: Origins of the European Witch-Hunts in Climate, Society and Mentality. In: German History 13/1 (1995). S. 1-27.
- Behringer, Wolfgang: Die Krise von 1570. Ein Beitrag zur Krisengeschichte der Neuzeit. In: Jakubowski-Tiessen, Manfred; Lehmann, Hartmut (Hg.): Um Himmels Willen. Religion in Katastrophenzeiten. Göttingen 2003. S. 51-156.
- Behringer, Wolfgang: Tambora und das Jahr ohne Sommer. Wie ein Vulkan die Welt in die Krise stürzte. München 2015.
- Berding, Helmut: Die Ausstrahlung der Französischen Revolution auf Deutschland. In: Böning, Holger (Hg.): Französische Revolution und deutsche Öffentlichkeit. Wandlungen in Presse und Alltagskultur am Ende des 18. Jahrhunderts. München/London/ New York/ Paris 1992. S. 3-16.
- Berger, Claudia; de Boer, Jan-Hendryk; Kaiser-Kulins, Lena; Palberg, Kyra; Passig, David; Scheiner, Franzisca; Schmidt, Anna Maria; Schönstädt, Marie-Christin; Schröder, Martin; Strommenger, Anna; Tillmanns, Aljoscha; Wagner, Helen: Einleitung. In: de Boer, Jan-Hendryk (Hg.): Praxisformen. Zur kulturellen Logik von Zukunftshandeln. Frankfurt/New York 2019. S. 15-20.
- Biegel, Gerd: 6. Februar 1794. Rückkehr von Herzog Carl Wilhelm Ferdinand aus Frankreich und die Geschichte von Braunschweigs Stiftung. Braunschweig 1994.
- Biegel, Gerd: Das Braunschweiger Mumme Buch. Braunschweig 2009.
- Biehringer, Frieda: Herzog Karl I von Braunschweig. Wolfenbüttel 1920.
- Bilzer, Bert: Abriß der Münz- und Geldgeschichte des Landes Braunschweig. Braunschweig 1980.
- Blickle, Renate: Politische Streitkultur in Altbayern. Berlin/Boston 2017.
- Blome, Astrid: Regionale Strukturen und die Entstehung der deutschen Regionalpresse im 18. Jahrhundert. In: Albrecht, Peter; Böning, Holger (Hg.): Historische Presse und ihre Leser. Studien zu Zeitungen, Zeitschriften, Intelligenzblättern und Kalendern in Nordwestdeutschland. Bremen 2005.
- de Boer, Jan-Hendryk; Bubert, Marcel: Absichten, Pläne und Strategien erforschen: Einleitung. In: Dies. (Hg.): Absichten, Pläne, Strategien. Erkundungen einer historischen Intentionalitätsforschung. Frankfurt/New York 2018. S. 9-39.

- de Boer, Jan-Hendryk: Praktiken, Praxen und Praxisformen, oder: Von Serienkillern, verrückten Wänden und der ungewissen Zukunft. In: Ders. (Hg.): Praxisformen. Zur kulturellen Logik von Zukunftshandeln. Frankfurt/New York 2019. S. 21-43.
- Bohstedt, John: Gender, Household and Community Politics: Women in English Riots 1790-1810. In: Past and Present 120 (1988). S. 88-122.
- Bohstedt, John: Moralische Ökonomie und historischer Kontext. In: Gailus, Manfred; Volkmann, Heinrich (Hg.): Der Kampf um das tägliche Brot. Nahrungsmangel, Versorgungspolitik und Protest 1770-1990. Opladen 1994. S. 27-51.
- Böning, Holger: Die „Zeitung für Städte, Flecken und Dörfer, insonderheit für die lieben Landleute alt und jung“. In: Albrecht, Peter; Böning, Holger (Hg.): Historische Presse und ihre Leser. Studien zu Zeitungen, Zeitschriften, Intelligenzblättern und Kalendern in Nordwestdeutschland. Bremen 2005. S. 227-264.
- Brakensiek, Stefan: Agrarreform und ländliche Gesellschaft. Die Privatisierung der Marken in Nordwestdeutschland 1750-1850. Paderborn 1991.
- Brakensiek, Stefan: Fürstendiener-Staatsbeamte-Bürger. Amtsführung und Lebenswelt der Ortsbeamten in niederhessischen Kleinstädten (1750-1830). Göttingen 1999.
- Brakensiek, Stefan: Herrschaftsvermittlung im alten Europa. Praktiken lokaler Justiz, Politik und Verwaltung im internationalen Vergleich. In: Brakensiek, Stefan; Wunder, Heide (Hg.): Ergebene Diener ihrer Herren? Herrschaftsvermittlung im alten Europa. Köln/Weimar/Wien 2005. S. 1-21.
- Brakensiek, Stefan: Akzeptanzorientierte Herrschaft. Überlegungen zur politischen Kultur der frühen Neuzeit. In: Neuhaus, Helmut (Hg.): Die Frühe Neuzeit als Epoche. München 2009. S. 395-409.
- Bräuer, Helmut (Hg.): „...Capitalisten und Wucherer...“, 1772. Eine Schrift aus dem 18. Jahrhundert. Edition und Kommentar. Leipzig 2011.
- Brázdil, Rudolf; Valášek, Hubert; Luterbacher, Jörg; Macková, Jarmila: Die Hungerjahre 1770-1772 in den böhmischen Ländern. Verlauf, meteorologische Ursachen und Auswirkungen. In: Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften 12/2 (2001) S. 44-78.
- Brohm, Ulrich: Die Handwerkspolitik Herzog Augusts des Jüngeren von Braunschweig-Wolfenbüttel (1635-1666). Zur Rolle von Fürstenstaat und Zünften im Wiederaufbau nach dem Dreißigjährigen Krieg. Stuttgart 1999.

- Büchner, Stefan; Wolf, Gisela: Der Kornkäfer – *Sitophilus Granarius* (Linné) - Aus einer bandkeramischen Grube bei Göttingen. In: Archäologisches Korrespondenzblatt 27 (1997). S. 211-220.
- Bühler, Martin: Von Netzwerken zu Märkten. Die Entstehung eines globalen Getreidemarktes. Frankfurt/New York 2019.
- Busch, Ralf: The Case of Alexander David of Braunschweig. In: Mann, Vivian B.; Cohen, Richard I. (Hg.): From Court Jews to the Rothschilds. Art, Patronage and Power 1600-1800. München/New York 1996. S. 59-65.
- Butz, Werner: Der Polizeibegriff im Herzogtum Braunschweig-Wolfenbüttel. Umfang und geschichtliche Entwicklung bis 1806. Braunschweig 1986.
- Camenisch, Chantal: Endlose Kälte. Witterungsverlauf und Getreidepreise in den Burgundischen Niederlanden im 15. Jahrhundert. Basel 2015.
- Camenisch, Chantal: Wider den verderblichen Fürkauf. Spekulation auf Getreidepreise und obrigkeitliche Massnahmen gegen diese Praxis in der Stadt und Republik Bern, 1480-1750. In: *Traverse: Zeitschrift für Geschichte*. 24/3 (2017) S. 35-50.
- Camerer, Luitgard; Garzmann, Manfred R. W.; Schuegraf, Wolf-Dieter. Unter besonderer Mitarbeit von Norman-Mathias Pingel. (Herausgegeben im Auftrag der Stadt Braunschweig): Braunschweiger Stadtlexikon. Braunschweig 1992 (4. Aufl. 1996).
- Christiansen, Mogens Skytte: Gräser. Süßgräser, Sauergräser und Binsen Mittel- und Nordeuropas. München/Wien/ Zürich 1988. (3. Aufl.).
- Collet, Dominik: Storage and Starvation. Public Granaries as Agents of 'Food Security' in Early Modern Europe. In: *Historical Social Research* 35/4 (2010). Special issue: The Production of Human Security in Premodern and Contemporary History. S. 234-353.
- Collet, Dominik: ‚Moral economy‘ von oben? Getreidesperren als territoriale und soziale Grenzen während der Hungerkrise 1770-1772. In: *Jahrbuch für Regionalgeschichte* 29 (2011). S. 45-61.
- Collet, Dominik: Eine Kultur der Unsicherheit? *Empowering Interactions* während der Hungerkrise 1770-1772. In: Kampmann, Christoph; Niggemann, Ulrich (Hg.): Sicherheit in der Frühen Neuzeit. Norm. Praxis. Repräsentation. Köln/Weimar/Wien 2013. S. 367-380.
- Collet, Dominik: Mitleid machen. Die Nutzung von Emotionen in der Hungersnot 1770-1772. In: *Historische Anthropologie. Kultur - Gesellschaft – Alltag*, 23 (2015). S. 54-69.

- Collet, Dominik: Waren alle Hungertoten Sünder? Eine frühneuzeitliche Debatte an der Schnittstelle von Religion und Umwelt. In: Petersen, Sven; Collet, Dominik; Füssel, Marian (Hg.): Umwelten. Ereignisse, Räume und Erfahrungen der Frühen Neuzeit. Göttingen 2015. S. 129-144.
- Collet, Dominik: Die doppelte Katastrophe. Klima und Kultur in der europäischen Hungerkrise 1770-1772. Göttingen 2019.
- Collet, Dominik; Krämer, Daniel: Germany, Switzerland and Austria. In: Alfani, Guido; Ó Gráda, Cormac (Hg.): Famine in European History. Cambridge 2017. S. 101-119.
- Daxelmüller, Christoph: Zauberpraktiken. Die Ideengeschichte der Magie. Düsseldorf 2005.
- Dehesselles, Thomas: Policey, Handel und Kredit im Herzogtum Braunschweig-Wolfenbüttel in der frühen Neuzeit. Frankfurt am Main 1999.
- Denzel, Markus A.: Der Außenhandel und die Außenhandelsstatistik des Königreichs Hannover bzw. des Steuervereins im zweiten Viertel des 19. Jahrhunderts: Eine Einführung. In: Kaufhold, Karl Heinrich; Denzel, Markus A.: Der Handel im Kurfürstentum/Königreich Hannover (1780-1850). Gegenstand und Methode. Stuttgart 2000. S. 9-51.
- Denzel, Markus A., Gerhard, Hans-Jürgen: Inflationäre Prozesse in Nordwestdeutschland im 18. Jahrhundert: Professor Dr. Karl Heinrich Kaufhold zum 70. Geburtstag. In: Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. 90/1 (2003). S. 1-24.
- Deutsches Rechtswörterbuch. Wörterbuch der älteren deutschen Rechtssprache. In Verbindung mit der Akademie der Wissenschaften der DDR herausgegeben von der Heidelberger Akademie der Wissenschaften. Bd. 7 (Kanzlei-Krönung). Bearbeitet von Günther Dickel und Heino Speer. Weimar 1983.
- Dubler, Anne-Marie: Müller und Mühlen im alten Staat Luzern. Rechts- Wirtschafts- und Sozialgeschichte des luzernischen Landmüllergewerbes 14. bis 18. Jahrhundert. Luzern 1978.
- Dünnebier, Anna: Brot. In: Paczensky, Gerd von; Dünnebier, Anna: Kulturgeschichte des Essens und Trinkens. München 1994 (Genehmigte Sonderausgabe 1999). S. 77-86.
- Dünnebier, Anna: Feuer und die Folgen. In: Paczensky, Gerd von; Dünnebier, Anna: Kulturgeschichte des Essens und Trinkens. München 1994 (Genehmigte Sonderausgabe 1999). S. 11-29.

- Dünnebier, Anna: Küche der Armen. In: Paczensky, Gerd von; Dünnebier, Anna: Kulturgeschichte des Essens und Trinkens. München 1994 (Genehmigte Sonderausgabe 1999). S. 30-48.
- Dünnebier, Anna: Patriachat an Tisch und Herd. In: Paczensky, Gerd von; Dünnebier, Anna: Kulturgeschichte des Essens und Trinkens. München 1994 (Genehmigte Sonderausgabe 1999). S. 229-249
- Ebeling, Dietrich; Irsigler, Franz: Getreideumsatz, Getreide- und Brotpreise in Köln 1368-1797. Erster Teil: Getreideumsatz und Getreidepreise: Wochen-, Monats- und Jahrestabelle. Köln/Wien 1976. Zweiter Teil: Brotgewichte und Brotpreise. Köln/Wien 1977.
- Ebeling, Hans-Heinrich: Die Juden in Braunschweig. Rechts-, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte von den Anfängen der Jüdischen Gemeinde bis zur Emanzipation (1282-1848). Braunschweig 1985.
- Eckardt, Oscar: Getreidekunde. Rohstoffkunde für Getreidelagerung, Getreidehandel und Verarbeitungsbetriebe. Detmold 1969 (2., neubearbeitete Auflage).
- Elsas, Moritz John: Umriss einer Geschichte der Preise und Löhne in Deutschland vom ausgehenden Mittelalter bis zum Beginn des 19. Jahrhundert. Leiden 1936-1949 (2 Bde).
- Elster, Otto: Geschichte der stehenden Truppen im Herzogtum Braunschweig-Wolfenbüttel. 2. Band: 1714 - 1806. Leipzig 1901.
- Eschenburg, Johann Joachim: Entwurf einer Geschichte des Collegii Carolini in Braunschweig. Berlin und Stettin 1812.
- Finzsch, Norbert: Obrigkeit und Unterschichten. Zur Geschichte der rheinischen Unterschichten gegen Ende des 18. und zu Beginn des 19. Jahrhunderts. Stuttgart 1990.
- Frank, Robert Worth Jr.: The "Hungry Gap", Crop Failure, and Famine: The Fourteenth-Century Agricultural Crisis and Piers Plowman. In: Sweeney, Del (Hg.): Agriculture in the Middle Ages. Technology, Practice, and Representation. Philadelphia 1995, S. 227-243.
- Frauendorfer, Sigmund von: Ideengeschichte der Agrarwirtschaft und Agrarpolitik im deutschen Sprachgebiet. Bd. 1. München 1963 (2.Aufl).
- Freitag, Werner: Krisen vom „type ancien“. Eine Fallstudie: Die Grafschaft Lippe 1770-1773. In: Lippische Mitteilungen 55 (1986). S. 97-139.

- Fritscher, Bernhard: Meteorologie. In: Jaeger, Friedrich (Hg.): Enzyklopädie der Neuzeit. Bd. 8 Manufaktur-Naturgeschichte. Stuttgart/Weimar 2008. Sp. 436-438.
- Fritscher, Bernhard; Petri, Grischka: Wetterbeobachtung. In: Jaeger, Friedrich (Hg.): Enzyklopädie der Neuzeit. Bd. 14 Vater-Wirtschaftswachstum. Stuttgart/Weimar 2011. Sp. 1040-1046.
- Gailus, Manfred: Hungerunruhen in Preußen. In: Gailus, Manfred; Volkmann, Heinrich (Hg.): Der Kampf um das tägliche Brot. Nahrungsmangel, Versorgungspolitik und Protest 1770-1990. Opladen 1994. S. 176-199.
- Gailus, Manfred; Volkmann, Heinrich: Nahrungsmangel, Hunger und Protest. In: Dies. (Hg.): Der Kampf um das tägliche Brot. Nahrungsmangel, Versorgungspolitik und Protest 1770-1990. Opladen 1994. S. 9-23.
- Gailus, Manfred: Die Erfindung des „Korn-Juden“. Zur Geschichte eines antijüdischen Feindbildes des 18. und frühen 19. Jahrhunderts. In: Historische Zeitschrift 272 (2001) S. 597-633.
- Gailus, Manfred: Hungerkrisen und -revolten. In: Jaeger, Friedrich (Hg.): Enzyklopädie der Neuzeit. Bd. 5 Gymnasium-Japanhandel. Stuttgart/Weimar 2007 Sp. 711-723.
- Garzmann, Manfred R.W.: Mauvillon, Jakob. In: Braunschweigisches Biographisches Lexikon. 8. bis 18. Jahrhundert. Im Auftrag der Landschaft e.V. herausgegeben von Horst-Rüdiger Jarck mit Dieter Lent und Gudrun Fiedler, Martin Fimpel, Silke Wagener-Fimpel, Ulrich Schwarz. Braunschweig 2006. S. 481-483.
- Gerhard, Hans-Jürgen: Quantitative und qualitative Aspekte von Handwerkerereinkommen in nordwestdeutschen Städten von der Mitte des 18. bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts. In: Engelhardt, Ulrich (Hg.): Handwerker in der Industrialisierung. Lage, Kultur und Politik vom späten 18. bis ins frühe 20. Jahrhundert. Stuttgart 1984. S.51-77.
- Gerhard, Hans-Jürgen: Merkantilistische Handelshemmnisse (im territorialen Vergleich) am Beispiel eines territorial relativ einheitlichen Gebietes. In: Pohl, Hans (Hg.): Die Auswirkungen von Zöllen und anderen Handelshemmnissen auf Wirtschaft und Gesellschaft vom Mittelalter bis zur Gegenwart. Stuttgart 1987. S. 59-83.
- Gerhard, Hans-Jürgen: Die Geld und Währungsgeschichte von 1500 bis zum Ende des Alten Reiches. In: Märtl, Claudia; Kaufhold, Karl Heinrich; Leuschner, Jörg (Hg.): Die Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Braunschweigischen Landes. Band II- Frühneuzeit. Hildesheim 2008. S. 73-124.

- Gerhard, Hans-Jürgen; Engel, Alexander: Preisgeschichte der vorindustriellen Zeit. Ein Kompendium auf Basis ausgewählter Hamburger Materialien. Stuttgart 2006.
- Gerhard, Hans-Jürgen; Kaufhold, Karl Heinrich: Preise im vor- und frühindustriellen Deutschland. Grundnahrungsmittel. Göttingen 1990.
- Gerhard, Hans-Jürgen; Kaufhold, Karl Heinrich: Preise im vor- und frühindustriellen Deutschland. Nahrungsmittel-Getränke-Gewürze. Rohstoffe und Gewerbeprodukte. Stuttgart 2001.
- Gerstenberger, Heide: Markt und Gewalt. Die Funktionsweise des historischen Kapitalismus. Münster 2017.
- Gestrich, Andreas: Religion in der Hungerkrise von 1816/1817. In: Jakubowski-Tiessen, Manfred; Lehmann, Hartmut (Hg.): Um Himmels Willen. Religion in Katastrophenzeiten. Göttingen 2003. S. 275-293.
- Gömmel, Rainer: Die Entwicklung der Wirtschaft im Zeitalter des Merkantilismus 1620-1800. München 1998.
- Göttmann, Frank: Die Versorgungslage in Überlingen zur Zeit der Hungerkrise 1770/71. In: Ders. (Hg.): Vermischtes zur neueren Sozial-, Bevölkerungs- und Wirtschaftsgeschichte des Bodenseeraums. Horst Rabe zum Sechzigsten. Konstanz 1990. S. 75-134.
- Göttmann, Frank: Getreide. In: Jaeger, Friedrich (Hg.): Enzyklopädie der Neuzeit. Bd. 4 Friede-Gutsherrschaft. Stuttgart/Weimar 2006. Sp. 779-787.
- Göttmann, Frank: Städtische Vorratshaltung in der Vormoderne. Gebäude-Organisation-Prinzipien. In: Sonderegger, Stefan; Wittmann, Helge (Hg.): Reichsstadt und Landwirtschaft. Petersberg 2020. S. 185-226.
- Graber, Rolf: Protektionistische Marktsteuerung oder physiokratische Freihandelsdoktrin? Zum Verhalten städtischer Obrigkeiten der alten Eidgenossenschaft während der Hungerkrise 1770/72. In: Fischer, Michael; Gilli, Marita; Jochum, Manfred; Pelinka, Anton (Hg.): Aufklärung, Freimaurerei und Demokratie im Diskurs der Moderne: Festschrift zum 60.Geburtstag von Helmut Reinalter. Frankfurt am Main u.a. 2003. S. 123-142.
- Greyerz, Kaspar von: Die englischen und französischen Brotaufstände des 18. Jahrhunderts und die Anfänge der Französischen Revolution. In: Hagenmaier, Monika; Holtz, Sabine (Hg.): Krisenbewußtsein und Krisenbewältigung in der Frühen Neuzeit - Crisis in

Early Modern Europe. Festschrift für Hans-Christoph Rublack. Frankfurt am Main 1992. S. 99-112.

- Hassel, Georg; Bege, Karl: Geographisch-statistische Beschreibung der Fürstenthümer Wolfenbüttel und Blanckenburg. Bd. 1. Braunschweig 1802.
- Hassel, Georg; Bege, Karl: Geographisch-statistische Beschreibung der Fürstenthümer Wolfenbüttel und Blanckenburg. Bd. 2. Braunschweig 1803.
- Hauptmeyer, Carl-Hans: Aufklärung und bäuerliche Opposition im zentralen Niedersachsen des ausgehenden 18. Jahrhunderts. In: Vierhaus, Rudolf (Hg.): Das Volk als Objekt obrigkeitlichen Handelns. Tübingen 1992. S. 197-217.
- Hauptmeyer, Carl-Hans: Geschichte Niedersachsens. München 2009.
- Hecht, Michael: Handeln in der Hungerkrise 1846/47: Nahrungsproteste und „Krisenmanagement“ in Preußen. In: Collet, Dominik; Lassen, Thore; Schanbacher, Ansgar (Hg.): Handeln in Hungerkrisen. Neue Perspektiven auf soziale und klimatische Vulnerabilität. Göttingen 2012. S. 131- 147.
- Hellmann, Gustav: Die Entwicklung der meteorologischen Beobachtungen in Deutschland von den ersten Anfängen bis zur Einrichtung staatlicher Beobachtungsnetze. Berlin 1926.
- Herfordt, Ewa: Die fremden Gäste los seyn: Die Präsenz der Franzosen und ihre Wahrnehmung im Herzogtum Braunschweig-Wolfenbüttel während des Siebenjährigen Krieges (1756-1763). In: Lippelt, Christian; Schildt, Gerhardt (Hg.): Braunschweig-Wolfenbüttel in der Frühen Neuzeit. Neue historische Forschungen. Braunschweig 2003. S. 227-242.
- Herzig, Arno: Der Einfluß der Französischen Revolution auf den Unterschichtenprotest in Deutschland während der 1790er Jahre. In: Geschichte und Gesellschaft 12 (1988). S. 202-217.
- Herzig, Arno: Die norddeutschen Subsistenzproteste der 1790er Jahre. In: Gailus, Manfred; Volkmann, Heinrich (Hg.): Der Kampf um das tägliche Brot. Nahrungsmangel, Versorgungspolitik und Protest 1770-1990. Opladen 1994. S. 135-150.
- Hesse, Jan-Otmar; Roelofsen, Cornelis Gerrit: Freihandel. In: Jaeger, Friedrich (Hg.): Enzyklopädie der Neuzeit. Bd. 3 Dynastie-Freundschaftslinien. Stuttgart/Weimar 2006. Sp. 1134-1139.

- Hinrichs, Ernst: Aufklärung in Niedersachsen. Zentren, Institutionen, Ausprägungen. In: Vierhaus, Rudolf (Hg.): Das Volk als Objekt obrigkeitlichen Handelns. Tübingen 1992. S. 5-30.
- Hinrichs, Ernst: Die großen Mächte... und die kleinen Mächte: Zur Stellung der kleinen niedersächsischen Staaten im europäischen Mächtesystem des 18. Jahrhunderts. In: Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte 67 (1995). S. 1-22.
- Hirschfelder, Gunther: Europäische Esskultur. Geschichte der Ernährung von der Steinzeit bis heute. Frankfurt am Main 2001 (Studienausgabe 2005).
- Hirschfelder, Gunther: Brot. In: Jaeger, Friedrich (Hg.): Enzyklopädie der Neuzeit. Bd.2 Beobachtung-Dürre. Stuttgart/Weimar 2005. Sp. 443-445.
- Hoffmann, Carl A.: Landesherrliche Städte und Märkte im 17. und 18. Jahrhundert. Studien zu ihrer ökonomischen, rechtlichen und sozialen Entwicklung in Oberbayern. Kallmünz Obf. 1997.
- Holenstein, André: Kommunikatives Handeln im Umgang mit Policeyordnungen. Die Markgrafschaft Baden im 18. Jahrhundert. In: Asch, Ronald G.; Freist, Dagmar (Hg.): Staatsbildung als kultureller Prozess. Strukturwandel und Legitimation in der Frühen Neuzeit. Köln, Weimar, Wien 2005. S. 191-208.
- Huhn, Michael: Zwischen Teuerungspolitik und Freiheit des Getreidehandels: Staatliche und städtische Maßnahmen in Hungerkrisen 1770-1847. In: Teuteberg, Hans-Jürgen (Hg.): Durchbruch zum modernen Massenkonsum. Lebensmittelmärkte und Lebensmittelqualität im Städtewachstum des Industriezeitalters. Münster 1987. S. 37-90.
- Inhetveen, Heide: Die Frauen von Friedland. In: Dies.; Schmitt, Mathilde (Hg.): Pionierinnen des Landbaus. Uetersen 2000. S. 53-58.
- Inhetveen, Heide; Schmitt, Mathilde: Agrarpionierinnen. Frauen in der Fortschrittsgeschichte der Landwirtschaft. In: Dies. (Hg.): Pionierinnen des Landbaus. Uetersen 2000. S. 15-40.
- Jacobs, Rainer: Braunschweigisches Militärwesen 1641-1714. Heeresorganisation im Spannungsfeld von landständischer Verfassung und fürstlichem Absolutismus. In: Jarck, Horst-Rüdiger (Hg.): Braunschweigisches Jahrbuch für Landesgeschichte. Band 81. Braunschweig 2000. S. 29-75.

- Jacobs, Rainer: Braunschweigische Militärverwaltung im 17. und 18. Jahrhundert: Die institutionelle Einbindung des stehenden Heeres in das frühneuzeitliche Staatswesen. In: Lippelt, Christian; Schildt, Gerhardt (Hg.): Braunschweig-Wolfenbüttel in der Frühen Neuzeit. Neue historische Forschungen. Braunschweig 2003. S. 29-50.
- Jakubowski-Tiessen, Manfred; Lehmann, Hartmut: Religion in Katastrophenzeiten: Zur Einführung. In: Dies. (Hg.): Um Himmels Willen. Religion in Katastrophenzeiten. Göttingen 2003. S. 7-13.
- Jarck, Horst-Rüdiger; Schildt, Gerhard (Hg.): Die Braunschweigische Landesgeschichte. Jahrtausendrückblick einer Region. Braunschweig 2000.
- Jörg, Christian: Teure, Hunger, Großes Sterben. Hungersnöte und Versorgungskrisen in den Städten des Reiches während des 15. Jahrhunderts. Stuttgart 2008.
- Jütte, Robert: Klimabedingte Teuerungen und Hungersnöte. Bettelverbote und Armenfürsorge als Krisenmanagement. In: Behringer, Wolfgang; Lehmann, Hartmut; Pfister, Christian (Hg.): Kulturelle Konsequenzen der »Kleinen Eiszeit«. Cultural Consequences of the »Little Ice Age«. Göttingen 2005. S. 225-237.
- Jütte, Robert: Das Bild vom »Kornjuden« als Antifigur zum frühneuzeitlichen Prinzip der »guten nahrung« und der »moral economy«. In: Aschkenas 23 (1-2) (2013). S. 27-52.
- K.: Reimarus, Johann Albert Heinrich. In: Allgemeine Deutsche Biographie. Bd. 27. Leipzig 1888. S. 704-709.
- Kaiser, Hermann: Das alltägliche Brot. Über Schwarzbrot, Pumpernickel, Backhäuser und Grobbäcker. Ein geschichtlicher Abriss. Herausgegeben im Auftrag der Stiftung Museumsdorf Cloppenburg, Niedersächsisches Freilichtmuseum von Helmut Ottenjahn. Cloppenburg 1989.
- Kaiser-Kulins, Lena: Polemik gegen Getreidehändler im 18. Jahrhundert. In: de Boer, Jan-Hendryk (Hg.): Praxisformen. Zur kulturellen Logik von Zukunftshandeln. Frankfurt/New York 2019. S. 293-302.
- Kaiser-Kulins, Lena: Von Schleichhandel, Unterschleif und Contrebande - Schmuggel und illegaler Getreidehandel während der Hungerkrise 1770-1773. In: Westfälische Forschungen 71 (2021). Hunger, Nahrungsmangel und Protest in regionaler Perspektive. S. 73-86.
- Kaplan, Steven L.: The Famine Plot Persuasion in Eighteenth-Century France. In: Transactions of the American Philosophical Society. 72/3 (1982). S. 1-79.

- Kaplan, Steven L.: Provisioning Paris. Merchants and Millers in the Grain and Flour Trade during the Eighteenth Century. Ithaca/London 1984.
- Kästner, Alexander; Kesper-Biermann, Sylvia: Experten und Expertenwissen in der Strafjustiz von der Frühen Neuzeit bis zur Moderne. In: Dies. (Hg.): Experten und Expertenwissen in der Strafjustiz von der Frühen Neuzeit bis zur Moderne. Leipzig 2008. S. 1-16.
- Knäble, Philip: Einleitung. In: Füssel, Marian; Knäble, Philip; Elsemann, Nina (Hg.): Wissen und Wirtschaft. Expertenkulturen und Märkte vom 13. bis 18. Jahrhundert. Göttingen 2017. S. 9-30.
- Knoll, F.; Bode, Fr.: Das Herzogtum Braunschweig. Ein Handbuch der gesamten Landeskunde. Braunschweig 1891 (2. vollständig umgearbeitete und vermehrte Aufl.).
- Kockel, Valentin: Herculaneum. In: Cancik, Hubert; Schneider, Helmuth (Hg.): Der neue Pauly. Enzyklopädie der Antike. Rezeptions- und Wissenschaftsgeschichte. Bd. 14. Stuttgart/Weimar 2000. Sp. 355-361.
- Köhler, Ute; Geske, Christian; Mammen, Kerstin; Martens, Stefani; Reiners, Tobias Erik; Schreiber, Ralf; Weinhold, Ulrich: Maßnahmen zum Schutz des Feldhamsters (*Cricetus cricetus*) in Deutschland. In: Natur und Landschaft 89/8 (2014). S.344-349.
- Konersmann, Frank; Mahlerwein, Gunter: Kartoffel. In: Jaeger, Friedrich (Hg.): Enzyklopädie der Neuzeit. Bd. 6 Jenseits-Konvikt. Stuttgart/Weimar 2007. Sp. 403-407.
- Kopsidis, Michael: Liberale Wirtschaftspolitik im Zeitalter der Industrialisierung. In: Tilly, Richard H. (Hg.): Geschichte der Wirtschaftspolitik. Vom Merkantilismus zur sozialen Marktwirtschaft. München 1993. S. 34- 68.
- Krämer, Daniel: »Menschen grasten nun mit dem Vieh.« Die letzte grosse Hungerkrise der Schweiz 1816/17. Basel 2015.
- Krause, Karl Ernst Herrmann: Heise, Johann Christoph Friedrich. In: Allgemeine Deutsche Biographie. Bd. 11. Leipzig 1880. S. 669.
- Kreuter, Alma: Deutschsprachige Neurologen und Psychiater. Ein biographisch-bibliographisches Lexikon von den Vorläufern bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts. München/New Providence/London/Paris 1996.
- Krug, Günther E: Die Entwicklung ökonomischer Freiheitsrechte in Deutschland im Wandel von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft vom Ancien Regime bis zur Reichsgründung (1776-1871). Frankfurt am Main 1995.

- Krug- Richter, Barbara; Zimmermann, Clemens: Ernährung. In: Jaeger, Friedrich (Hg.): Enzyklopädie der Neuzeit. Bd. 3 Dynastie-Freundschaftslinien. Stuttgart/Weimar 2006. Sp. 463-485.
- Krustenstjern, Benigna von: »Gott der allmechtig, der das weter fiehren kann, wohin er will.« Gottesbild und Gottesverständnis in frühneuzeitlichen Chroniken. In: Behringer, Wolfgang; Lehmann, Hartmut; Pfister, Christian (Hg.): Kulturelle Konsequenzen der »Kleinen Eiszeit«. Cultural Consequences of the »Little Ice Age«. Göttingen 2005. S. 179-194.
- Kurz, Heinz D.: Geschichte des ökonomischen Denkens. München 2013.
- Labrousse, Ernest: La Crise de l'économie française à la fin de l'ancien régime et au début de la Révolution. Paris 1943.
- Landsteiner, Erich: Wenig Brot und saurer Wein. Kontinuität und Wandel in der zentraleuropäischen Ernährungskultur im letzten Drittel des 16. Jahrhunderts. In: Behringer, Wolfgang; Lehmann, Hartmut; Pfister, Christian (Hg.): Kulturelle Konsequenzen der »Kleinen Eiszeit«. Cultural Consequences of the »Little Ice Age«. Göttingen 2005. S.87-148.
- Landwehr, Achim: Die Rhetorik der „Guten Policey“. In: Zeitschrift für historische Forschung 30/2 (2003). S. 251-287.
- Landwehr, Götz: Die althannoverschen Landgerichte. Hildesheim 1964.
- Lassen, Thore: Hungerkrisen. Genese und Bewältigung von Hunger in ausgewählten Territorien Nordwestdeutschlands. 1690-1750. Göttingen 2016.
- Lehm Brock, Verena: Der denkende Landwirt. Agrarwissen und Aufklärung in Deutschland 1750-1820. Köln/Weimar/Wien 2020.
- Lehrmann, Joachim: Hexen- und Dämonenglaube im Lande Braunschweig. Die Geschichte einer Verfolgung unter regionalem Aspekt. Lehrte 2009 (stark erweiterte und überarbeitete 2. Aufl.).
- Lipp, Carola: Frauenspezifische Partizipation an Hungerunruhen des 19. Jahrhunderts. Überlegungen zu strukturellen Differenzen im Protestverhalten. In: Gailus, Manfred; Volkmann, Heinrich (Hg.): Der Kampf um das tägliche Brot. Nahrungsmangel, Versorgungspolitik und Protest 1770-1990. Opladen 1994. S. 200-213.

- Lippelt, Christian; Schildt, Gerhardt: Bilanz und Ausblick – Eine Einleitung. In: Dies. (Hg.): Braunschweig-Wolfenbüttel in der Frühen Neuzeit. Neue historische Forschungen. Braunschweig 2003. S. 7-9.
- Lorenzen-Schmidt, Klaus-Joachim: Agrarpreise. In: Jaeger, Friedrich (Hg.): Enzyklopädie der Neuzeit. Bd. 1 Abendland-Beleuchtung. Stuttgart/Weimar 2005. Sp. 119-122.
- Löwe, Heinz-Dietrich: Teuerungsrevolten, Teuerungspolitik und Marktregulierung im 18. Jahrhundert in England, Frankreich und Deutschland. In: Saeculum 37 (1986). S. 291-312.
- Ludewig, Hans-Ulrich: Karl I, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg (Wol.). In: Braunschweigisches Biographisches Lexikon. 8. bis 18. Jahrhundert. Im Auftrag der Braunschweigischen Landschaft e.V. herausgegeben von Horst-Rüdiger Jarck mit Dieter Lent und Gudrun Fiedler, Martin Fimpel, Silke Wagener-Fimpel, Ulrich Schwarz. Braunschweig 2006. S. 391-392.
- Lutterloh, Ernst-Otto: Dienste und Abgaben der Bauern des Herzogtums Braunschweig-Wolfenbüttel in der Mitte des 18. Jahrhunderts. Göttingen 1969.
- Magen, Ferdinand: Reichsexekutive und regionale Selbstverwaltung im späten 18. Jahrhundert. Zu Funktion und Bedeutung der süd- und westdeutschen Reichskreise bei der Handelsregulierung im Reich aus Anlaß der Hungerkrise von 1770/72. Berlin 1992.
- Märtl, Claudia: Die Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Braunschweigischen Landes im Mittelalter – Einführung. In: Märtl, Claudia; Kaufhold, Karl Heinrich; Leuschner, Jörg (Hg.): Die Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Braunschweigischen Landes. Band I Mittelalter. Hildesheim 2008. S. 1-26.
- März, Olav: Kleinstadt – Flecken – Dorf. Soziale und ökonomische Übergänge ländlicher Siedlungsformen im Braunschweiger Weserdistrikt des 18. Jahrhunderts. In: Lippelt, Christian; Schildt, Gerhardt (Hg.): Braunschweig-Wolfenbüttel in der Frühen Neuzeit. Neue historische Forschungen. Braunschweig 2003. S. 163-180.
- Mattmüller, Markus: Die Hungersnot der Jahre 1770/71 in der Basler Landschaft. In: Bernard, Nicolai; Reichen, Quirinus (Hg.): Gesellschaft und Gesellschaften. Festschrift zum 65. Geburtstag von Professor Dr. Ulrich im Hof. Bern 1982. S. 271-291.
- Medick, Hans: Teuerung, Hunger und moralische Ökonomie von oben. Die Hungerkrise der Jahre 1816-17 in Württemberg. In: Beiträge zur historischen Sozialkunde 2 (1985). S. 39-44.

- Mediger, Walther: Herzog Ferdinand von Braunschweig-Lüneburg und die alliierte Armee im Siebenjährigen Krieg (1757-1762). Für die Publikation aufbereitet und vollendet von Thomas Klingebiel. Hannover 2011.
- Meiners, Uwe: Die Kornfegge in Mitteleuropa. Wort- und sachkundige Studien zur Geschichte einer frühen landwirtschaftlichen Maschine. Münster 1983.
- Meumann, Markus; Pröve, Ralf: Die Faszination des Staates und die historische Praxis. Zur Beschreibung von Herrschaftsbeziehungen jenseits teleologischer und dualistischer Begriffsbildungen. In: Dies. (Hg.): Herrschaft in der Frühen Neuzeit. Umriss eines dynamisch-kommunikativen Prozesses. Münster 2004. S.11-51.
- Meyer von Konau, Gerold: Hirzel, Hans Kaspar. In: Allgemeine Deutsche Biographie, Bd. 12 Hensel - Holste. Leipzig 1880. S. 485–488.
- Möller, Petra: Beobachtungen zum Getreidehandel im Weserraum. In: Krutisch, Petra und Großmann, G. Ulrich im Auftrag des Instituts für Architektur-, Kunst- und Kulturgeschichte in Nord- und Westdeutschland beim Weserrenaissance-Museum Schloß Brake sowie Bulst, Neithard und Rüthing, Heinrich (Hg.): Der Weserraum zwischen 1500 und 1650: Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur in der Frühen Neuzeit. Marburg 1992. S. 115-143.
- Montanari, Massimo: Der Hunger und der Überfluß. Kulturgeschichte der Ernährung in Europa. (Aus dem Italienischen übersetzt von Matthias Rawert) München 1993.
- Müller, Holger: Statische und dynamische Messungen des Preisempfindens. Ergebnisse einer empirischen Studie im deutschen Zigarettenmarkt. In: Marketing ZFP – Journal of Research and Management. 27/3 (2005). S. 185-196.
- Müller, Holger: Empirische Untersuchung zur Messung der Preiswahrnehmung mittels Pricesensitivity-Meter. In: Marketing ZFP – Journal of Research and Management. 31/3(2009). S. 171-182.
- Naudé, Wilhelm: Deutsche städtische Getreidehandelspolitik vom 15.–17. Jahrhundert, mit besonderer Berücksichtigung Stettins und Hamburgs. Leipzig 1889.
- Oberschelp, Reinhard: Politische Geschichte Niedersachsens 1714-1803. Hildesheim 1983.
- Oberschelp, Reinhard (Hg.): Beiträge zur niedersächsischen Preisgeschichte des 16. bis 19. Jahrhunderts. Hildesheim 1986.

- Odenwälder, Nina: Nahrungsproteste und moralische Ökonomie. Das Alte Reich von 1600-1789. Saarbrücken 2008.
- Olsson, Mats; Svensson, Patrick: Storage and Commercial Networks in southern Sweden during the Agricultural Revolution. Paper for the session "Storage of Staple Food and Commercial Networks from the late Middle Ages to the Twentieth Century (Part 2)" at the Rural History Conference in Girona, Spain. September 2015.
- Peter, Peter: Kulturgeschichte der deutschen Küche. München 2014 (3. durchgesehene Aufl.).
- Pfister, Christian: Vom Paternalismus zur Marktwirtschaft 1798 -1856. In: Berner Zeitschrift für Geschichte und Heimatkunde 60/3 (1998). S. 160-176.
- Pfister, Ulrich: Die Frühe Neuzeit als wirtschaftshistorische Epoche. Fluktuationen relativer Preise 1450-1850. In: Die Frühe Neuzeit als Epoche 49 (2009) S. 409-434.
- Pindl, Kathrin: Grain Policies and Storage in Southern Germany: The Regensburg Hospital (17th-19th Centuries). In: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 59 (2018), S. 415-445.
- Pischke, Gudrun: Die Landesteilungen der Welfen im Mittelalter. Hildesheim 1987.
- Prass, Reiner: Allmendflachen und Gemeinheitsnutzung in der bäuerlichen Ökonomie: Neue Perspektiven zu einem lange unterschätzten Thema. In: Ders.; Schlumbohm, Jürgen; Beaur, Gérard; Duramelle, Christophe (Hg.): Ländliche Gesellschaften in Deutschland und Frankreich, 18.-19. Jahrhundert. Göttingen 2003. S. 205-222.
- Prass, Reiner: Grundzüge der Agrargeschichte, Bd.2: Vom Dreißigjährigen Krieg bis zum Beginn der Moderne (1650-1880), herausgegeben und eingeleitet von Stefan Brakensiek, mit einem Beitrag von Jürgen Schlumbohm. Köln/Weimar/Wien 2016.
- Pribram, Karl, Geschichte des ökonomischen Denkens. Bd. 1 (Übersetzt von Horst Bruhmann). Frankfurt am Main 1992.
- Rahlf, Thomas: Getreide in der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte vom 16. bis zum 18., Jahrhundert. Das Beispiel Köln im regionalen Vergleich. Trier 1996.
- Ramonat, Oliver: Krise. In: Jaeger, Friedrich (Hg.): Enzyklopädie der Neuzeit. Bd.7 Konzert-Männlichkeit. Stuttgart/Weimar 2008. Sp.226-229.
- Reinecke, Sven; Mühlheimer, Silke; Fischer, Peter Mathias: Die van Westendorp-Methode: Ein zu Unrecht vernachlässigtes Verfahren zur Ermittlung der Zahlungsbereitschaft. In: WiSt 38/2 (2009). S.97-100.

- Reinhardt, Volker: Überleben in der frühneuzeitlichen Stadt. Annona und Getreideversorgung in Rom 1563-1797. Tübingen 1991.
- Richter, Susan: Pflug und Steuerruder. Zur Verflechtung von Herrschaft und Landwirtschaft in der Aufklärung. Köln/Weimar/Wien 2015.
- Ries, Rotraud: „Unter Königen erwarb sie sich einen großen Namen“: Karriere und Nachruhm der Unternehmerin Madame Kaulla (1739-1809). In: Aschkenas. Zeitschrift für Geschichte und Kultur der Juden. 17/2 (2007). S. 405-430.
- Ries, Rotraud: Hoffaktoren. In: Diner, Dan (Hg.): Enzyklopädie jüdischer Geschichte und Kultur. Bd. 3 He-Lu. Stuttgart/Weimar 2012. S. 85-89.
- Rink, Martin: Kleiner Krieg. In: Jaeger, Friedrich (Hg.): Enzyklopädie der Neuzeit. Bd. 6 Jenseits-Konvikt. Stuttgart/Weimar 2007. Sp. 776-778.
- Rösener, Werner: Agrarwirtschaft, Agrarverfassung und ländliche Gesellschaft im Mittelalter. München 1992.
- Saehrendt, Helmut: Hannoversch Münden. Wissenswertes aus der Geschichte. Sehenswertes in der Stadt. Hannoversch Münden 2002.
- Schaefer, Karl Christian: Die merkantilistische Wirtschaftspolitik. In: Tilly, Richard H. (Hg.): Geschichte der Wirtschaftspolitik. Vom Merkantilismus zur sozialen Marktwirtschaft. München 1993. S. 8-33.
- Schäfer, Werner: Das Getreide. Eine Waren- und Sortenkunde. Unter Mitarbeit von H. Bolling u. W. Seibel. Frankfurt am Main 1985 (5., verb. u. erg. Aufl.).
- Schaier, Joachim: Verwaltungshandeln in einer Hungerkrise. Die Hungersnot 1846/47 im badischen Odenwald. Wiesbaden 1991.
- Schanbacher, Ansgar: Kartoffelkrankheit und Nahrungskrise in Nordwestdeutschland 1845-1848. Göttingen 2016.
- Scheller, Benjamin: Kontingenzkulturen – Kontingenzgeschichten: Zur Einleitung. In: Becker, Frank, Scheller, Benjamin, Schneider, Ute: Die Ungewissheit des Zukünftigen. Kontingenz in der Geschichte. Frankfurt/New York 2016. S. 9-30.
- Schennach, Martin Paul: Supplikationen. In: Pauser, Josef; Scheutz, Martin; Winkelbauer, Thomas (Hg.): Quellenkunde der Habsburgermonarchie (16.-18. Jahrhundert). Ein exemplarisches Handbuch. Wien/München 2004. S.572-584.

- Scheutz, Martin: Schnupftücher, Rasiermesser, Fleisch und Strümpfe. Kleinkriminalität und „Bagatelldelikte“ in der Frühen Neuzeit. In: Historische Sozialkunde. Geschichtsfachdidaktik-Politische Bildung. 2 (2014). S. 23-31.
- Schlumbohm, Jürgen: Freiheit – Die Anfänge der bürgerlichen Emanzipationsbewegung in Deutschland im Spiegel ihres Leitwortes. Düsseldorf 1975.
- Schmidt, Georg: Die Frühneuzeitlichen Hungerrevolten. Soziale Konflikte und Wirtschaftspolitik im Alten Reich. In: Zeitschrift für Historische Forschung. 18/3 (1991). S. 257-280.
- Schmidt, Georg: Wandel durch Vernunft. Deutschland 1715-1806. München 2009.
- Schmitt, Richard: Die Hungerjahre 1770-1773 in Rothenburg. In: Die Linde 65/9 (1983). S. 60-62, 65-72, 78-80.
- Schneeweiß, Christoph: Planung. Bd. 1. Systemanalytische und entscheidungstheoretische Grundlagen. Berlin/Heidelberg 1991.
- Schneider, Britta: Wo der getreid-Mangel Tag für Tag grösser, und bedenklicher werden will. Die Teuerung der Jahre 1770-1772 im Hochstift Bamberg. In: Häberlein, Mark; Kech, Kerstin; Staudenmaier, Johannes (Hg.): Bamberg in der Frühen Neuzeit: neue Beiträge zur Geschichte von Stadt und Hochstift. Bamberg 2008. S. 261-292.
- Schröder, Georg: Handbuch für Zollbeamte und Steuerpflichtige. Kassel 1860.
- Schröder-Lembke, Gertrud: Lüders, Philipp Ernst. In: Neue Deutsche Biographie Bd. 15. Berlin 1987. S. 456-457.
- Schubert, Ernst (Hg.): Geschichte Niedersachsens. Begründet von Hans Patze. Zweiter Band, Teil 1: Politik, Verfassung, Wirtschaft vom 9. bis zum ausgehenden 15. Jahrhundert. Hannover 1997.
- Seibel, Wilfried; Spicher, Gottfried: Brei-Fladen-Brot. In: Eiselen, Hermann (Hrsg.): Brotkultur. Köln 1995. S. 49-52.
- Sen, Amartya: Poverty and Famines: An essay on Entitlement and Deprivation. Oxford 1982.
- Skalweit, August: Die Getreidehandelspolitik und Kriegsmagazinverwaltung Preußens 1756-1806. Berlin 1931.
- Sokoll, Thomas: Merkantilismus. In: Jaeger, Friedrich (Hg.): Enzyklopädie der Neuzeit. Bd. 8 Manufaktur-Naturgeschichte. Stuttgart/Weimar 2008. Sp. 380-387.

- Sonkajärvi, Hanna: Supplikationen als Mittel zur Herrschaftsvermittlung in den Österreichischen Niederlanden im 18. Jahrhundert. In: Brakensiek, Stefan; Bredow, Corinna von; Näther, Birgit (Hg.): Herrschaft und Verwaltung in der Frühen Neuzeit. Berlin 2014. S. 75-89.
- Tenfelde, Klaus; Trischler, Helmut (Hg.): Bis vor die Stufen des Throns. Bittschriften und Beschwerden von Bergleuten im Zeitalter der Industrialisierung. München 1986.
- Teuteberg, Hans-Jürgen: Zum Problemfeld Urbanisierung und Ernährung im 19. Jahrhundert. In: Ders. (Hg.): Durchbruch zum modernen Massenkonsum. Lebensmittelmärkte und Lebensmittelqualität im Städtewachstum des Industriezeitalters. Münster 1987. S. 1-36.
- Teuteberg, Hans-Jürgen; Wiegelmann, Günter: Der Wandel der Nahrungsgewohnheiten unter dem Einfluß der Industrialisierung. Göttingen 1972.
- Teuteberg, Hans-Jürgen; Wiegelmann, Günter: Unsere tägliche Kost. Geschichte und regionale Prägung. Münster 1986.
- Thompson, Edward P.: The Moral Economy of the English Crowd in the Eighteenth Century. In: Past & Present 50 (1971) S. 76-136.
- Thompson, Edward P.: Plebeische Kultur und moralische Ökonomie. Aufsätze zur englischen Sozialgeschichte des 18. und 19. Jahrhunderts. Ausgewählt und eingeleitet von Dieter Groh. Frankfurt am Main/Berlin/Wien 1980.
- Tielecke, Hans: Der Kornkäfer. Der Großschädling Nr. 1 des lagernden Getreides. Wittenberg-Lutherstadt 1956 (Zweite, ergänzte Auflage).
- Tietz, Werner: Hirten, Bauern, Götter. Eine Geschichte der römischen Landwirtschaft. München 2015.
- Tilly, Charles: Food Supply and Public Order in Modern Europe. In: Ders. (Hg.): The Formation of National States in Western Europe. Princeton, New Jersey 1975. S. 380-456.
- Torp, Cornelius: Die Herausforderung der Globalisierung. Wirtschaft und Politik in Deutschland 1860-1914. Göttingen 2005.
- Torp, Cornelius: Protektionismus. In: Jaeger, Friedrich (Hg.): Enzyklopädie der Neuzeit. Bd. 10 Physiologie-Religiöses Epos. Stuttgart/Weimar 2009. Sp. 475-479.
- Ulbrich, Claudia: Zwischen Resignation und Aufbegehren. Frauen, Armut und Hunger im vorindustriellen Europa. In: Klein, Gabriele; Treibel, Annette (Hg.): Begehren und

Entbehren. Bochumer Beiträge zur Geschlechterforschung. Pfaffenweiler 1993. S. 167-183.

- Vasold, Manfred: Die Hunger- und Sterblichkeitskrise von 1770/73 und der Niedergang des Ancien régime. In: Saeculum 59 (2008). S. 107-142.
- Venturini, Carl: Das Herzogthum Braunschweig in seiner vormaligen und gegenwärtigen Beschaffenheit, geschichtlich und statistisch dargestellt. Helmstedt 1847. (Dritte neu bearbeitete Auflage.).
- Verdenhalven, Fritz: Alte Meß- und Währungssysteme aus dem deutschen Sprachgebiet. Was Familien- und Lokalgeschichtsforscher suchen. Insingn 2011 (2. wesentlich vermehrte und völlig überarbeitete Auflage).
- Walker, Gabrielle: Ein Meer von Luft. Eine Naturgeschichte der Atmosphäre. (Aus dem Englischen von Friedrich Griese). Berlin 2007.
- Walter, Rolf: Merkantilpolitische Handelshemmnisse (im territorialen Vergleich) am Beispiel eines territorial relativ zersplitterten Gebietes. In: Pohl, Hans: Die Auswirkungen von Zöllen und anderen Handelshemmnissen auf Wirtschaft und Gesellschaft vom Mittelalter bis zur Gegenwart. Stuttgart 1987. S. 84-120.
- Wegner, Paul: Die mittelalterliche Fluss-Schifffahrt im Wesergebiet. Bremen 2014.
- Wettmann-Jungblut, Peter: „Stelen inn rechter hungersnodtt“. Diebstahl, Eigentumschutz und strafrechtliche Kontrolle im vorindustriellen Baden 1600-1850. In: van Dülmen, Richard (Hg.): Verbrechen, Strafen und soziale Kontrolle. Studien zur historischen Kulturforschung III. Frankfurt am Main 1990. S. 133-177.
- Wiebe, Georg: Zur Geschichte der Preisrevolution des XVI. und XVII. Jahrhunderts. Leipzig 1895.
- Winter, Alix: Protektionismus und Freihandel. Europäische Pressedebatten um globale Märkte zur Zeit Napoleons. Potsdam 2018.
- Wittmann, Reinhard: Der lesende Landmann. Zur Rezeption aufklärerischer Bemühungen durch die bäuerliche Bevölkerung im 18. Jahrhundert. In: Berindei, Dan; Geseemann, Wolfgang; Hoffmann, Alfred; Leitsch, Walter; Timm, Albrecht; Vilfan, Sergij (Hg.): Der Bauer Mittel- und Osteuropas im sozio-ökonomischen Wandel des 18. und 19. Jahrhunderts. Beiträge zu seiner Lage und deren Widerspiegelung in der zeitgenössischen Publizistik und Literatur. Köln/Wien 1973. S. 142-196.

- Wohlauf, Gabriele: Die Spiegelglasmanufaktur Grünenplan im 18. Jahrhundert. Eine Studie zu ihrer Betriebstechnologie und Arbeiterschaft. Hamburg 1981.
- Wunder, Heide: „Der süße Brei“. Vom Sattwerden und Überleben in der Frühen Neuzeit. In: Meiners, Uwe; Zissow, Karl-Heinz (Hg.): Dinge und Menschen. Geschichte, Sachkultur, Museologie. Beiträge des Kolloquiums zum 65. Geburtstag von Helmut Ottenjahn, Cloppenburg 2000. S. 45-57.
- Würgler, Andreas: Das Modernisierungspotential von Unruhen im 18. Jahrhundert. Ein Beitrag zur Entstehung der politischen Öffentlichkeit in Deutschland und der Schweiz. In: Geschichte und Gesellschaft 21/2 (1995). S. 195-217.
- Zabel, Christine: Challenges of Food Security: Free Trade, Distribution and Political (In)Stability in Mid 18th Century France. In: European Journal for Security Research 3 (2018). S. 35-50.
- Zimmermann, Clemens: Reformen in der bäuerlichen Gesellschaft. Studien zum aufgeklärten Absolutismus in der Markgrafschaft Baden 1750-1790. Ostfildern 1983.
- Zimmermann, Clemens: ‚Noth‘ und ‚Theuerung‘ im badischen Umland: Reformkurs und Krisenmanagement unter dem aufgeklärten Absolutismus. In: Aufklärung. 2/1 (1987). Der Idealtyp des aufgeklärten Herrschers. S. 95-119.
- Zimmermann, Clemens: Entwicklungshemmnisse im bäuerlichen Milieu: Die Individualisierung der Allmenden und Gemeinheiten um 1780. In: Pierenkemper, Toni (Hg.): Landwirtschaft und industrielle Entwicklung. Zur ökonomischen Bedeutung von Bauernbefreiung, Agrarreform und Agrarrevolution. Stuttgart 1989. S. 98-112.
- Zimmermann, Clemens: Obrigkeithliche Krisenregulierung und kommunale Interessen: Das Beispiel Württemberg 1770/71. In: Gailus, Manfred; Volkmann, Heinrich (Hg.): Der Kampf um das tägliche Brot. Nahrungsmangel, Versorgungspolitik und Protest 1770-1990. Opladen 1994. S. 107-131.

6.3 Internetseiten

- Adler, Cornel; Frielitz, Cornelia; Günther, Janine: Kieselgur gegen vorratsschädliche Insekten im Getreidelager. Diatomaceous earths against stored product insects in grain storages. In: Rahman, Gerold (Hg.): Ressortforschung für den Ökologischen Landbau 2007. Schwerpunkt: Pflanze. S. 31-40. http://orgprints.org/12973/1/201_Ressortforschung_2007_Seite_1_bis_167_komplett.pdf#page=31 (Zugriff am 02.03.2022).
- Anderton, Julia: Mehlmangel macht Bäckern in Wiesbaden Sorge. Beitrag vom 30.03.2022. https://www.wiesbadener-kurier.de/lokales/wiesbaden/nachrichten-wiesbaden/mehlmangel-macht-backern-in-wiesbaden-sorgen_25450814 (Zugriff am 12.04.2022).
- Asseburg, Muriel: Die Forderungen: „Brot, Freiheit und soziale Gerechtigkeit“. Beitrag vom 25.11.2019. <https://www.bpb.de/themen/naher-mittlerer-osten/atlas-des-arabischen-fruehlings/300944/die-forderungen-brot-freiheit-und-soziale-gerechtigkeit/> (Zugriff am 14.04.2022).
- Hagen, Daniel: Duo bedroht KassiererIn wegen Speiseöl – Kollege greift zum Nudelholz. Beitrag vom 27.03.2020. <https://www.heidelberg24.de/baden-wuerttemberg/nudelholz-speiseoel-asperg-ludwigsburg-polizei-streit-bedrohung-zr-91435698.html> (Zugriff am 12.04.2022).
- Kaiser-Kulins, Lena: Ein Wundermittel gegen den „schwarzen Kornwurm“ – Nachverfolgung eines Zeitungsinserates von 1754. Blogbeitrag vom 02.05.2018. <https://grk1919.hypotheses.org/401> (Zugriff am 02.03.2022).
- Maier, Lucas: Lieferengpässe im Supermarkt: So können Sie ganz einfach ohne Mehl oder Sonnenblumenöl backen. Beitrag vom 31.03.2022. <https://www.hna.de/verbraucher/backen-ohne-mehl-backen-kochen-kueche-ersatz-alternative-lebensmittel-knapp-ukraine-krieg-ernaehrung-ltt-zr-91427277.html> (Zugriff am 12.04.2022).
- Mühlbauer, Peter: Brot ist älter als der Ackerbau. 17. Juli 2018. <https://www.heise.de/tp/features/Brot-ist-aelter-als-der-Ackerbau-4111738.html> (Zugriff am 26.07.2018).
- o. V.: „Die eine Krise nicht gegen die andere ausspielen“. Beitrag vom 31.03.2022. <https://www.tagesschau.de/inland/oezdemir-tagesthemen-101.html> (Zugriff am 12.04.2022).

- o. V.: Russland schränkt Getreideexporte ein. Beitrag vom 15.03.2022. <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/weltwirtschaft/russland-getreideexporte-sowjetrepubliken-101.html> (Zugriff am 12.04.2022).
- o. V.: Übeltäter im Garten! So werden Sie Pflanzenschädlinge umweltfreundlich los. In: <https://www.gartenhaus-gmbh.de/magazin/pflanzenschaedlinge-umweltfreundlich-bekaempfen/> (Zugriff am 02.03.2022).
- Parenti, Christian: Die Welt in einem Laib Brot. Beitrag vom 09.09.2011. <https://monde-diplomatique.de/artikel/!245356> (Zugriff am 06.04.2022).
- Sanders, Jörg: Streit um „Hamsterkauf“ führt in Hilter zu handfester Auseinandersetzung. Beitrag vom 13.03.2020. <https://www.noz.de/lokales/hilter/artikel/-20321299> (Zugriff am 12.04.2022).
- Schulze, Constanze: Getreidelager in Franken voll: kein Grund Mehl zu horten. Beitrag vom 31.03.2022. <https://www.br.de/nachrichten/bayern/getreidelager-in-franken-voll-kein-grund-mehl-zu-horten,T1XmniN> (Zugriff am 12.04.2022).
- Waltz, Alessa: Corona-Notfallvorräte einkaufen: Was in der 1. welle am schnellsten ausverkauft war. Beitrag vom 21.10.2020. <https://www.infranken.de/ratgeber/gesundheit/coronavirus/corona-notfallvorraete-einkaufen-was-in-der-1-welle-am-schnellsten-ausverkauft-war-art-5052883> (Zugriff am 12.04.2022).
- Wengenmayr, Roland: Messen-Berechnen-Interpretieren. Wie entsteht eine Wettervorhersage. Broschüre des Deutschen Wetterdienstes (DWD). https://www.dwd.de/SharedDocs/broschueren/DE/presse/wettervorhersage_pdf.pdf?__blob=publicationFile&v=8 (Zugriff am 08.04.2022).
- Wille, Joachim: Putins Hunger: Ukraine-Krieg verschärft weltweite Hungersnot- Wie Hülsenfrüchte helfen können. Beitrag vom 19.03.2022. <https://www.fr.de/wissen/ukraine-krieg-putin-hunger-hungersnot-weizen-mais-ernaehrung-russland-91422386.html> (Zugriff am 12.04.2022).

7. Eidesstattliche Versicherung

Hiermit versichere ich, Lena Maria Kaiser-Kulins, dass ich diese Arbeit selbstständig verfasst habe. Ich versichere weiterhin, dass ich bei der Erstellung der Arbeit keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt habe. Die Stellen der Arbeit, die dem Wortlaut oder dem Sinn nach anderen Werken entnommen wurden, sind in jedem Fall unter Angabe der Quelle deutlich kenntlich gemacht.

Neukirchen-Vluyn, den 26.04.2022

Lena Maria Kaiser-Kulins